Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1160

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/2 — 60000 — 6206/66

Bonn, den 28. November 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich das

Dritte Jahresgutachten
des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen
Entwicklung.

Das Gutachten wird vom Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) gleichzeitig mit der Zustellung an die gesetzgebenden Körperschaften veröffentlicht.

Ludwig Erhard

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51



Sachverständigenrat
zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Jahresgutachten 1966

Vorwort

1. Gemäß § 6 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein Drittes Jahresgutachten vor [2]).

2. Das Gesetz beauftragt den Sachverständigenrat,

   „die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darzustellen" und zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig

   Stabilität des Preisniveaus,

   hoher Beschäftigungsstand und

   außenwirtschaftliches Gleichgewicht

   bei stetigem und angemessenem Wachstum

   gewährleistet werden können"; es untersagt ihm jedoch, Empfehlungen für — bestimmte — wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auszusprechen.

3. Da das Gesetz vorsieht, daß die Ziele gleichzeitig erreicht werden sollen, sind sie für den Sachverständigenrat grundsätzlich gleichrangig. Daraus folgt, daß der Sachverständigenrat immer jenen Zielen die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß, die in der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbarer Entwicklung am wenigsten verwirklicht sind.

4. Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, von stetigen und angemessenem Wachstum im Rahmen der Marktwirtschaftlichen Ordnung begleitet, bilden auch die Grundlage für die weiteren Untersuchungen, mit denen der Gesetzgeber den Sachverständigenrat beauftragt hat:

   über „die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen",

---

1) Gesetz und Änderungsgesetz sind als Anhang I angefügt.

2) Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates erschienen das Jahresgutachten 1964 — nachfolgend zitiert: JG 64 — unter dem Titel: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" am 11. Januar 1965 das Jahresgutachten 1965 — JG 65 — unter dem Titel: „Stabilisierung ohne Stagnation" am 13. Dezember 1965 (beide im Kohlhammer-Verlag Stuttgart—Mainz). Zu denselben Zeitpunkten leitete die Bundesregierung gemäß § 6 Abs. 4 des Gesetzes (alte Fassung) ihre Stellungnahme dem Bundestage zu (Bundestagsdrucksache IV/2890 und V/123). Darüber hinaus hatte die Bundesregierung eine englische Übersetzung des Ersten Jahresgutachtens veranlaßt, die sie zusammen mit ihrer Stellungnahme den Vereinten Nationen als Beitrag zur Frage „Wechselwirkungen zwischen Inflation und wirtschaftlicher Entwicklung" vorgelegt hat.

über „die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot"

und

über „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren ... Beseitigung".

5. Mit der im Gesetz niedergelegten Beschränkung des Auftrages, die darin besteht, daß der Sachverständigenrat „keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen" soll, hat der Gesetzgeber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die politische Verantwortung in diesem Bereich ausschließlich bei den verfassungsmäßig zuständigen Organen bleibt; er will nicht einmal Empfehlungen, die diese nach außen hin abschwächen könnten.

6. Wie schon im Vorwort zum Jahresgutachten 1965 möchte der Sachverständigenrat mit Nachdruck betonen, daß er — entgegen einer in der Öffentlichkeit noch verbreiteten Vorstellung — kein Beratergremium der Bundesregierung ist. Zwar schlägt die Bundesregierung dem Bundespräsidenten die Mitglieder des Sachverständigenrates zur Berufung vor; der Sachverständigenrat ist aber nach § 1 Absatz 1 des Gesetzes „ein Rat von unabhängigen Sachverständigen" und nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes „nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig".

   Der Sachverständigenrat soll nach dem Gesetz nicht beraten, sondern die „Urteilsbildung" erleichtern — durch „die periodische Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" ebenso wie durch das Aufzeigen von „Fehlentwicklungen und von Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung", und zwar nicht nur „bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen", sondern auch „in der Öffentlichkeit".

   An dieser Stellung des Sachverständigenrates ändert auch nichts, daß die Bundesregierung Adressat der Gutachten ist; denn nur sie kann die Gutachten den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen; sie hat dies nach dem geänderten Gesetz „unverzüglich" zu tun.

7. Der Stellung des Sachverständigenrates entspricht es, daß er seine Gutachten selbst veröffentlicht. Nach dem Gesetz hat dies bei den Jahresgutachten zum gleichen Zeitpunkt zu geschehen, an dem die Bundesregierung das Gutachten den gesetzgebenden Körperschaften vorlegt. Die Frist von acht Wochen, die das Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung zwischen der Fertigstellung des Gutachtens (15. November) und der Veröffentlichung vorgesehen hatte, ist durch die neue Fassung des Gesetzes beseitigt worden. Wie die Bundesregierung in der Begründung zum Änderungsgesetz feststellte (Bundestagsdrucksache V/810), haben die Erfahrungen mit dem Ersten und Zweiten Jahresgutachten gezeigt,

„daß eine möglichst rasche Veröffentlichung des Gutachtens im Interesse einer Versachlichung der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen notwendig ist".

8. Nach wie vor gelten die Überlegungen, die der Sachverständigenrat seinem Zweiten Jahresgutachten voranstellte. Die Jahresgutachten sind mit mehr Abstand geschrieben und müssen auch mit mehr Abstand gelesen werden als manche Veröffentlichungen zur kurzfristigen Konjunkturlage. Ein größerer Zeitraum im Rückblick und im Ausblick, der das Urteil unabhängig macht von der Nachricht der Stunde, ist den Problemen angemessen, die sich der Wirtschaftspolitik stellen. Denn der zeitliche Zusammenhang von Ursache und Wirkung, von Nebenwirkung und Rückwirkung im Ablauf des Wirtschaftsgeschehens läßt sich nicht in der Bilanz von Wochen und Monaten und auch nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eines Kalenderjahres erfassen. Die Zyklen, in denen unsere Wirtschaft wächst und in denen sich der bedauerliche Geldwertschwund vollzieht, dauern immer mehrere Jahre. Somit sind die Preissteigerungen von heute im Grunde das Ergebnis von Fehlhandlungen und Versäumnissen einer Zeit, die mehr als ein Jahr zurückliegt, und so wird heute nicht entschieden über die gesamtwirtschaftliche Lage des nächsten Monats, sondern weitgehend schon über das Geschehen im nächsten und übernächsten Jahre.

   Ein Teil der Kritik, die die Gutachten erfahren haben, übersieht diese Zusammenhänge.

9. Die andere verschiedentlich geäußerte Kritik, die dahin geht, die Gutachten seien zu umfassend und zu breit angelegt und zum Teil in einer Fachsprache geschrieben, die der Allgemeinheit das Verständnis erschwere, übersieht, daß der Gegenstand der Jahresgutachten eine allzu vereinfachende Darstellung verbietet. In jeder These seiner Gutachten muß der Sachverständigenrat den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang bedenken, bei jedem der vier gesetzten Ziele die anderen drei („gleichzeitig") im Auge behalten. Deshalb lassen sich die Jahresgutachten auch nicht kürzer fassen oder durch eine Kurzfassung ergänzen. Im übrigen darf und muß der Sachverständigenrat darauf vertrauen, daß seine Gedanken und Überlegungen durch die Organe, die berufen sind, die breitere Öffentlichkeit zu informieren, verständnisvoll weitergegeben werden.

10. In dem vorliegenden Jahresgutachten hat der Sachverständigenrat wie in den beiden ersten Jahresgutachten versucht, die gesamtwirtschaftliche Lage in einem größeren zeitlichen Zusammenhang zu sehen und noch mehr als in früheren Jahresgutachten auch im Blick auf die mittelfristige Zukunft.

    a) Zunächst wird wiederum die gesamtwirtschaftliche Lage, wie sie sich bis zum Herbst 1966 entwickelt hat, beschrieben und im Zusammenhang mit vergleichbaren Phasen früherer Wachstumszyklen untersucht.

b) Das zweite Kapitel gibt eine Vorausschau auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1967, wie sie zu erwarten wäre, wenn im Bereich der Finanz-, Wirtschafts- und Lohnpolitik kein Wandel der Konzeption und der Methode, sondern allenfalls eine Anpassung an die veränderte konjunkturelle Lage einträte.

c) Vielfältiger waren in diesem Jahr die Probleme, die sich aus dem Auftrag ergaben, Fehlentwicklungen darzulegen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung und Vermeidung. Fehlentwicklungen beseitigen und vermeiden heißt unter den gegenwärtigen Umständen, eine Expansion in die Wege leiten, die an den mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten orientiert ist und in der, soll Geldwertstabilität weiterhin Ziel bleiben, die Preisentwicklung durch Verschärfung des Preiswettbewerbs von außen unter Kontrolle gehalten wird: Kontrollierte Expansion.

d) Das vierte Kapitel befaßt sich mit Einzelproblemen einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik. Die Überlegungen, die hier vorgeführt werden, bedürften einer Vertiefung, falls der Gedanke der Leitlinien Bedeutung erlangen sollte.

11. Die Vorschläge, die der Sachverständigenrat im Zweiten Jahresgutachten zur Verbesserung des einkommensteuerstatistischen Instrumentariums unterbreitet hat (JG 65 Anhang III), waren Gegenstand einer Aussprache mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums und des Statistischen Bundesamtes; zuvor hatten außer Abgeordneten des Bundestages insbesondere die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund die Vorschläge des Sachverständigenrates mit Nachdruck unterstützt. Die Steuerstatistik kann — als Grundlage der Einkommens- und Vermögensstatistik — nur dann nachhaltig und grundlegend verbessert werden, wenn eine jährliche Einkommensteuererklärungsstatistik und eine jährliche Körperschaftsteuererklärungsstatistik neben oder an die Stelle der bisherigen Steuerstatistiken dieser Art treten; nur so werden in jährlichem Abstand brauchbare Unterlagen geschaffen, die nicht schon veraltet und überholt sind, wenn sie aufgearbeitet vorliegen. Es ist nunmehr Aufgabe des Statistischen Bundesamtes und des Bundesfinanzministeriums, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten.

12. Der Sachverständigenrat dankt den Vertretern der Bundesministerien, der EWG-Kommission, der Deutschen Bundesbank, des Sozialbeirates, der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Wirtschaftswissenschaften an den Hochschulen und in den Forschungsinstituten. Mit ihnen allen konnte sich der Sachverständigenrat aussprechen; die in diesen Aussprachen gewonnenen Erkenntnisse bilden einen wertvollen Beitrag zu diesem Gutachten.

Besonderen Dank gebührt drei Herren: Professor Otto Eckstein, Harvard University, ehemals Mitglied des Council of Economic Advisers, für eine Untersuchung über die Stabilitätspolitik in den Vereinigten Staaten; Dr. Lothar Floss, Brüssel, für einen Bericht über die Konjunkturpolitik in Italien; Dr. Wolfgang Michalski, Hauptabteilungsleiter im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, für seine Mitarbeit an dem Abschnitt über Mittelfristige Finanzplanung.

Professor Dr. Günther Jahr von der Universität des Saarlandes hat dem Sachverständigenrat ein ausführliches Gutachten über Implikationen eines anhaltenden Geldwertschwundes in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland erstattet; eine Zusammenfassung ist im Anhang abgedruckt. Auch ihm sei an dieser Stelle besonders gedankt.

13. Nach der Vorlage des Zweiten Jahresgutachtens schied Dr. Fritz W. Meyer, Professor an der Universität Bonn, aus dem Sachverständigenrat aus. An seine Stelle berief der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung, nachdem diese den Sachverständigenrat im Sinne des Gesetzes (§ 7 Abs. 2) gehört hatte, Dr. Wolfgang Stützel, Professor an der Universität des Saarlandes.

14. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt hat sich vertieft; die Mitarbeiter des Amtes haben die Arbeiten des Sachverständigenrates sehr erleichtert.

15. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Hilfe seiner Mitarbeiter nicht fertigstellen können. Ein besonderes Maß an Verantwortung hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Olaf Sievert, zu tragen. Alle Fehler und Mängel, die dieser Bericht enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 18. November 1966

W. Bauer

P. Binder

H. Giersch

H. Koch

W. Stützel

Inhalt

Verzeichnis der Schaubilder

Verzeichnis der Tabellen im Text

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

Allgemeiner Teil

Besondere Tabellen, auf die im Textteil Bezug genommen wird

Statistische Materialquellen

Statistische Angaben über die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); davon abweichende Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt. Angaben für die Industrie gelten für Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.

Material über fremde Länder wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen, in denen die Daten soweit wie möglich vergleichbar gemacht worden sind (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Allgemeines Statistisches Bulletin. OECD: General Statistics. Vereinte Nationen: Yearbook of National Accounts Statistics). Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Preismeßzahlen für Zeiträume von mehr als einem Monat geben den durchschnittlichen Stand im jeweiligen Zeitraum an.

Abkürzungen

BMF — Bundesministerium der Finanzen

BMWi — Bundesministerium für Wirtschaft

DIW — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

RWI — Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

VDMA — Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Frankfurt/M.

Ifo — Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

WWI — Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Köln

Zeichenerklärung

— = nichts

0 = weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit

. = kein Nachweis

... = Angaben fallen später an

ERSTES KAPITEL

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

I. Überblick

1. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich in der Abschwungsphase des vierten Wachstumszyklus in der Nachkriegszeit. Die Expansion der Nachfrage läßt von Vierteljahr zu Vierteljahr nach. In jüngster Zeit mehren sich sogar die Zeichen dafür, daß die Nachfrage zurückgeht. In immer mehr Wirtschaftszweigen passen sich die Unternehmer diesem Prozeß an, indem sie die Produktion drosseln. Gewiß steigt in den vom Wachstum begünstigten Wirtschaftszweigen die Produktion noch so stark, daß dadurch die Produktionsausfälle mehr als ausgeglichen werden: das reale Bruttosozialprodukt ist für das zweite Halbjahr 1966 noch um 2,5 bis 3 vH höher zu veranschlagen als im Vorjahr (Schaubild 1). Sollte aber die Tendenz zum Rückgang der Nachfrage längere Zeit anhalten oder sich gar verstärken, so würde dies die Gefahr einer Rezession heraufbeschwören, von der die Wirtschaft in der Bundesrepublik bisher verschont geblieben ist.

2. Obwohl die Nachfrage hinter dem Angebot zurückblieb, ist der Anstieg der Preise noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Erzeugerpreise für Industriewaren sind zwar seit dem Frühjahr 1966 nicht mehr gestiegen, hauptsächlich aber nur wegen des Rückgangs der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten. Daß das für den Geldwert entscheidende Niveau der Verbraucherpreise in den letzten Monaten stabil blieb, ist allein darauf zurückzuführen, daß das Angebot an Nahrungsmitteln 1966 reichlicher ausfiel als im vorigen Jahr. Läßt man die Preise für Nahrungsmittel außer Betracht, so zeigt sich, daß der Preisauftrieb bis zum Sommer 1966 sich noch beschleunigt und seither nicht ermäßigt hat: der Preisindex für die Lebenshaltung ohne Ernährung war im zweiten und dritten Vierteljahr 1966 jeweils um 4,3 vH höher als vor Jahresfrist (Schaubild 2).

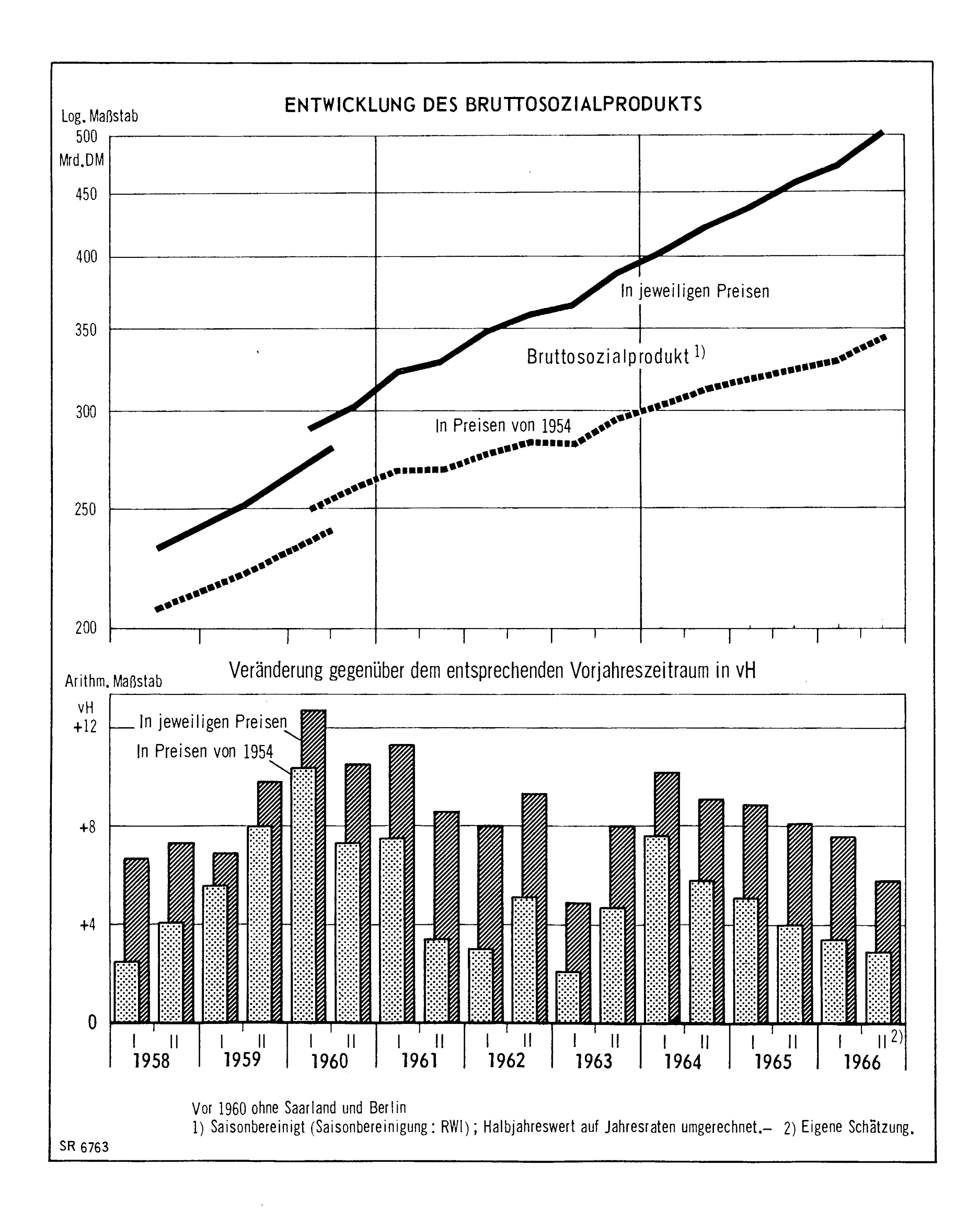
3. Die Wirtschaftspolitik sieht sich somit gegenwärtig und in den kommenden Monaten — wie stets in diesen Phasen der konjunkturellen Entwicklung — in besonderem Maße dem Zielkonflikt zwischen Geldwertstabilität und Wachstum gegenübergestellt. Da der Weg der Nachfragerestriktion das Wachstum zu beeinträchtigen, ja möglicherweise sogar die Beschäftigung zu gefährden droht, und da umgekehrt eine Expansionspolitik, die eine Stagnation zu vermeiden trachtet, über kurz oder lang die inflatorischen Kräfte wieder verstärkte, ist die Entscheidung nicht leicht. Das dritte Kapitel dieses Gutachtens ist daher den Fragen gewidmet, die dieser Konflikt aufwirft, und den Möglichkeiten, die sich als Lösung anbieten.

4. Wenn die konjunkturelle Situation bis zum Frühjahr oder Sommer 1966 durch ein nur verhältnismäßig langsames Abklingen der Nachfrageexpansion gekennzeichnet war, so deshalb, weil — ganz in Übereinstimmung mit früheren Zyklen — zunächst lediglich die Investitionskonjunktur nachließ, die Nachfrage auf den Verbrauchsgütermärkten sich dagegen noch rasch ausweitete. Überdies hat sich auch die Ausfuhr wieder stärker belebt. Je mehr sich indessen die allgemeine konjunkturelle Entspannung in der Einkommensentwicklung niederschlägt, desto mehr wird auch die Verbrauchskonjunktur gedämpft. Das ist seit dem Sommer 1966 deutlich zu erkennen (Schaubild 3).

5. Das Nachlassen der Investitionskonjunktur zeigt sich besonders ausgeprägt an den Inlandsbestellungen beim Maschinenbau; sie gehen bereits seit dem Frühjahr 1965 konjunkturell, das heißt nach Ausschaltung der Saisonschwankungen, zurück.

6. Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem gegenwärtigen und dem vorigen Zyklus besteht darin, daß im Boom 1959/60 die Nachfrage nach Investitionsgütern innerhalb kurzer Frist so stark zugenommen hatte, daß sie weit über die Möglichkeiten, das Angebot auszuweiten, hinausging, zumal damals zu der konjunkturellen Expansion im Inneren noch eine ebenso lebhafte Ausweitung der Auslandsnachfrage kam. Dies führte zu einem erheblichen Auftragsstau, der dazu beitrug, daß das allgemeine Investitionsklima noch verhältnismäßig lange Zeit günstig blieb, nachdem 1960 der Höhepunkt des Wachstumszyklus überschritten worden war. Im Vergleich dazu spielte sich der Aufschwung 1963 und 1964, was die Nachfrage nach Investitionsgütern anlangt, in wesentlich milderen Formen ab. Zu einem Auftragsstau ist es gar nicht gekommen, so daß die Investitionstätigkeit weitgehend parallel zur nachlassenden Nachfragesteigerung verläuft (Schaubild 4). Dies ist wohl der Hauptgrund dafür, daß die Zuwachsrate der Ausgaben für Ausrüstungsgüter in den eineinhalb Jahren nach dem Höhepunkt im ersten Halbjahr 1965 von 16,5 vH auf fast Null gesunken ist.

Schaubild 1


ENTWICKLUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS
Log. Maßstab
500
Mrd.DM
450
400
350
300
250
200
In jeweiligen Preisen
Bruttosozialprodukt 1)
In Preisen von 1954
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH
Arithm. Maßstab
vH
+12
+8
+4
0
In jeweiligen Preisen
In Preisen von 1954
I II
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
2)
Vor 1960 ohne Saarland und Berlin
1) Saisonbereinigt (Saisonbereinigung: RWI); Halbjahreswert auf Jahresraten umgerechnet.– 2) Eigene Schätzung.
SR 6763

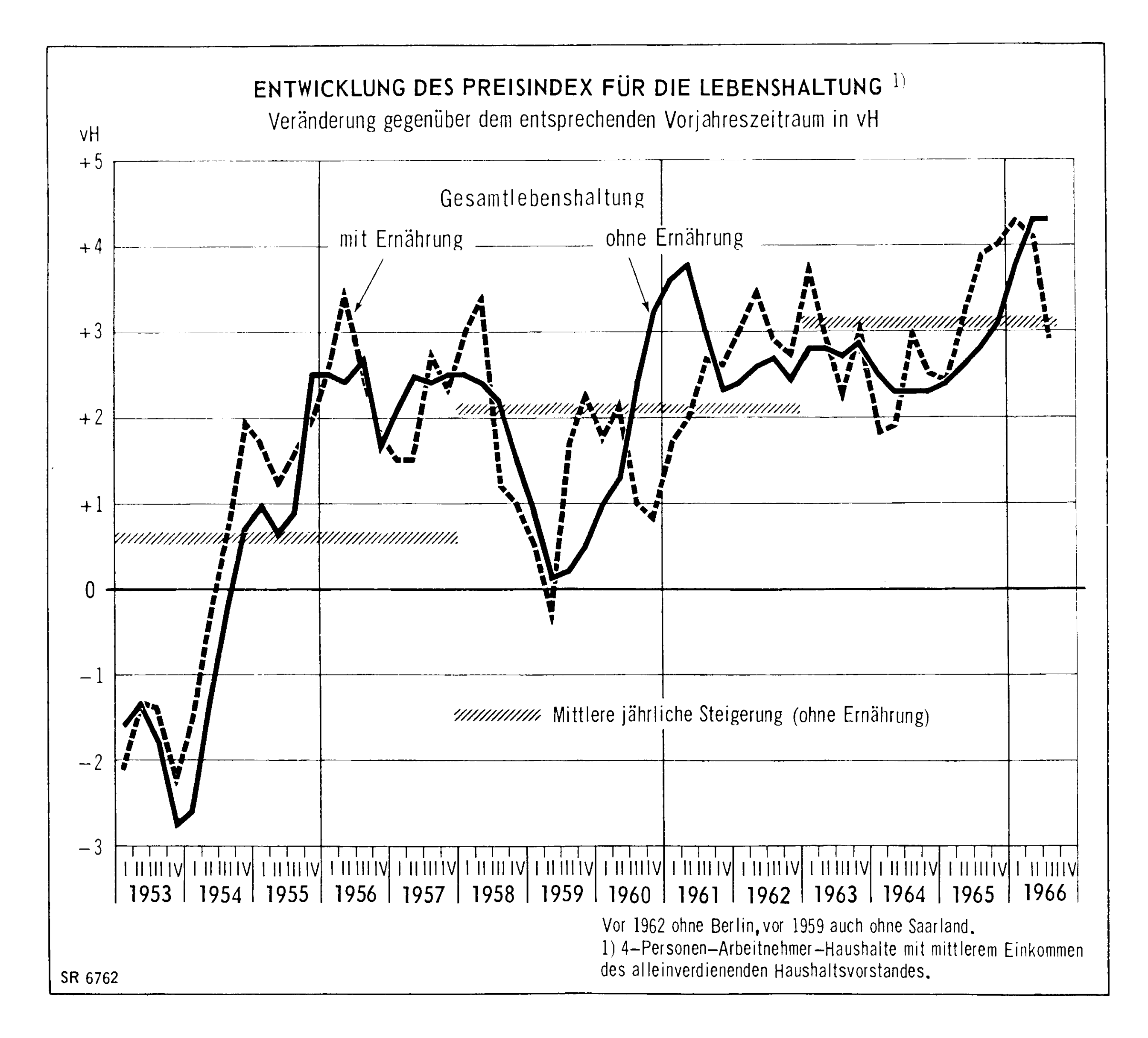
7. Die starke Abkühlung des Investitionsklimas mag schließlich auch damit zusammenhängen, daß sich seit dem Ende der fünfziger Jahre die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen verringert haben; ihre Abhängigkeit von der Außenfinanzierung ist daher größer geworden. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden schon deshalb stärker als im letzten Zyklus von der Kreditpolitik beeinflußt. Hinzu kam, daß die Bundesbank in diesem Zyklus, da auch im Ausland Geld teurer geworden ist, ihre Politik der Nachfragedämpfung durchhalten konnte — die Zinssätze stiegen bis auf 9 und 10 Prozent —, während sie im letzten Zyklus, der starken Devisenzuflüsse wegen, ihren restriktiven Kurs im Höhepunkt des Aufschwungs aufgeben mußte.

8. Besonders spürbar hat sich die Restriktionspolitik diesmal auf die Baukonjunktur ausgewirkt. Wie man an den Baugenehmigungen für Hochbauten und den Auftragsvergaben im Tiefbau sehen kann, geht die Nachfrage seit dem Frühjahr 1966 zurück, besonders stark die Nachfrage der öffentlichen Hand. Obwohl die Bauwirtschaft im Hochbau noch immer über Auftragsreserven verfügt, hat sie ihre Produktion im Laufe des Jahres mehr und mehr der veränderten Nachfragesituation angepaßt.

Diese Entwicklung der Bauinvestitionen zeigt einen weiteren Unterschied zur entsprechenden Phase des vorigen Zyklus an. Anders als damals haben die Ausgaben für Bauinvestitionen seit Mitte 1965 weniger stark zugenommen als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Im Gegensatz zu damals gehen gegenwärtig von ihnen keine konjunkturstützenden Impulse aus.

9. Mit dem Nachlassen der inländischen Auftriebskräfte im zweiten Halbjahr 1965 bahnte sich eine deutliche Verbesserung der Handelsbilanz

Schaubild 2



Vor 1962 ohne Berlin, vor 1959 auch ohne Saarland.
1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Schaubild 3

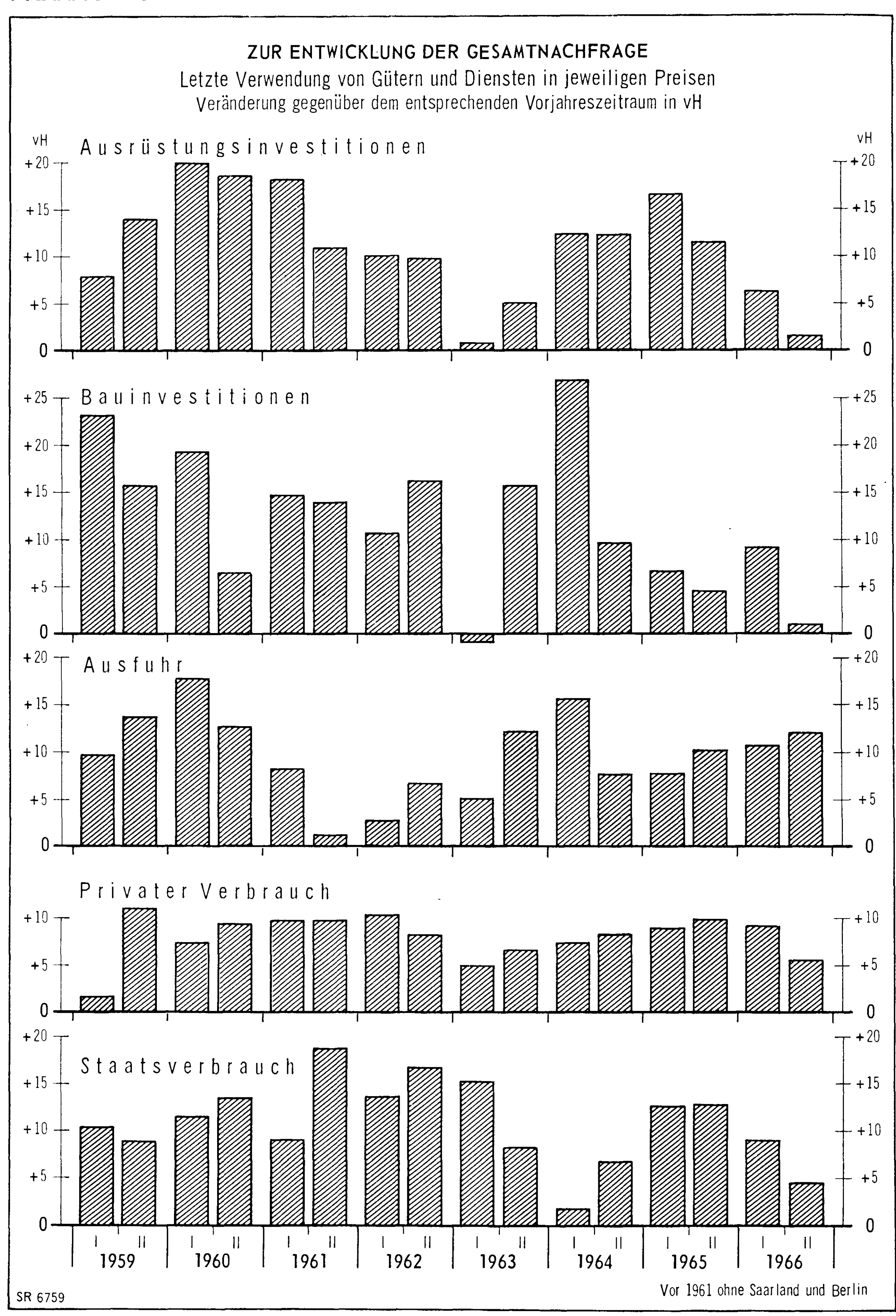

ZUR ENTWICKLUNG DER GESAMTNACHFRAGE
Letzte Verwendung von Gütern und Diensten in jeweiligen Preisen
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH
vH
Ausrüstungsinvestitionen
Bauinvestitionen
Ausfuhr
Privater Verbrauch
Staatsverbrauch
+25
+20
+15
+10
+5
0
I II
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
SR 6759
Vor 1961 ohne Saarland und Berlin

Schaubild 4

HEIMISCHE PRODUKTION UND EINFUHR VON GÜTERN UND DIENSTEN
in jeweiligen Preisen
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

vH
Bruttoinlandsprodukt
+15
+10
+5
0

Einfuhr
+25
+20
+15
+10
+5
0

I II 1959 I II 1960 I II 1961 I II 1962 I II 1963 I II 1964 I II 1965 I II 1966

SR 6760

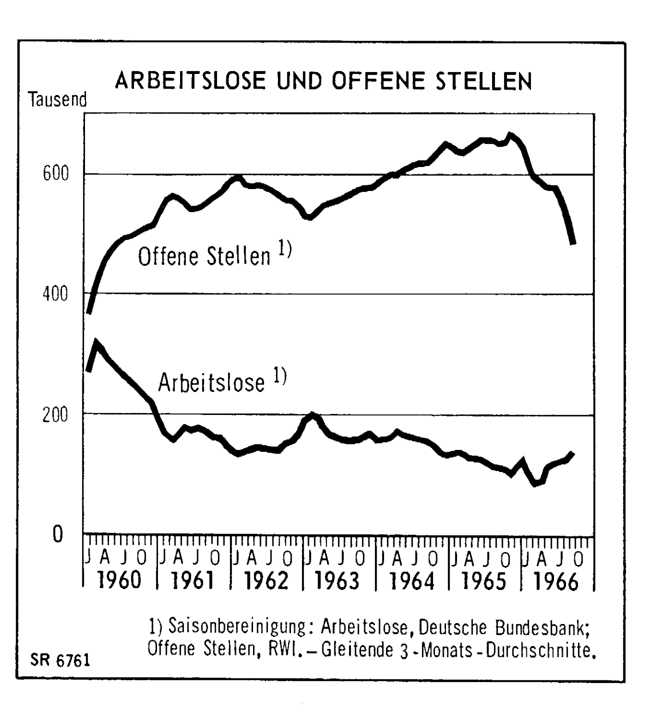
Vor 1961 ohne Saarland und Berlin.

an. Die Exporte haben unter dem Einfluß der günstigen Konjunkturentwicklung im Ausland und dem Drang der Unternehmen, die geringeren Absatzchancen im Inland durch erhöhte Exporte auszugleichen, beschleunigt zugenommen; mit dem Wandel der Binnenkonjunktur ist eine Stagnation der Importe einhergegangen (Schaubild 4). So weist die Handelsbilanz, die Mitte 1965 sogar passiv war, wieder erhebliche Überschüsse aus.

10. Die Abschwächung der Expansion ließ die Nachfrage nach Arbeitskräften sinken. Ende Oktober waren bei den Arbeitsämtern knapp 35 vH weniger offene Stellen gemeldet als im Vorjahr. Zu einer spürbaren Arbeitslosigkeit ist es dagegen bisher noch nicht gekommen (Schaubild 5).

11. Auch der Lohnanstieg ist geringer geworden. Die 1966 in Kraft getretenen tariflichen Stundenlohnerhöhungen betrugen im Durchschnitt weniger als 6 vH und damit weniger als in jedem der letzten zehn Jahre, ausgenommen 1963. Das Niveau der Tariflöhne liegt allerdings um

Schaubild 5



7 vH über dem Vorjahresstand, da sich hierin noch Lohnerhöhungen aus dem Jahre 1965 auswirken. Die Effektivlöhne sind 8 vH höher als im Vorjahr. Die Lohndrift, gemessen am Unterschied zwischen den Steigerungsraten von Effektivlöhnen und Tariflöhnen, hat sich verringert. Der Lohnanstieg geht aber immer noch erheblich über die Produktivitätssteigerung von 4 vH hinaus. Dies ist im Zusammenhang mit der Preisentwicklung — nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland — zu sehen.

12. Von der öffentlichen Hand sind 1966 keine expansiven Impulse auf die Gesamtnachfrage ausgegangen; die Ausgaben waren zum Teil niedriger als geplant, da die öffentlichen Haushalte durch die Anspannung an den Kreditmärkten besonders stark betroffen, ja zum Teil in akute Zahlungsschwierigkeiten gebracht worden sind. Möglicherweise geht die Drosselung der öffentlichen Ausgaben mittlerweile schon so weit, daß dadurch die Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums nun ähnlich prozyklisch verstärkt wird, wie 1965 die Übersteigerungen der öffentlichen Ausgaben den Preis- und Kostenauftrieb gefördert haben.

II. Außenwirtschaft

Der internationale Rahmen

13. In den meisten Industrieländern der westlichen Welt haben seit Mitte 1965 Produktion, Einkommen und Nachfrage weiterhin verhältnismäßig stark zugenommen. Dabei war vielfach der Preisanstieg größer als in den frühen sechziger Jahren; das Zinsniveau hat sich allgemein erhöht (Tabelle 1).

14. Gestützt wurde dieses Wachstum durch den nun schon seit fünf Jahren währenden Aufschwung in den Vereinigten Staaten, den längsten der Nachkriegszeit. Das amerikanische Bruttosozialprodukt nahm von 1960 bis 1965 im Durchschnitt um jährlich 4,7 vH zu. Die Zuwachsrate für 1966 wird ungefähr in der gleichen Größenordnung — eher noch darüber — liegen, ohne daß Zeichen für ein Nachlassen der Expansion deutlich werden (Schaubild 6). Das Preisniveau blieb dabei bis Anfang 1966 einigermaßen stabil. Seitdem sind die Preise — vor allem unter dem Einfluß der Ausgaben im Zusammenhang mit dem Vietnam-Krieg — in Bewegung geraten. Zwar wird darauf verwiesen, daß die jüngsten Preisniveausteigerungen lediglich auf den stärkeren Anstieg der Agrar-, Rohstoff- und Dienstleistungspreise zurückgingen, doch ebenso wichtig erscheint, daß die Verkaufspreise vieler Industriezweige nicht mehr — wie in den frühen sechziger Jahren — sinken. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten in den ersten acht Monaten 1966 entsprach einer Jahresrate von 3,8 vH. Nach langen Jahren der Stabilität des internen Preisniveaus, an die sich die Bevölkerung gewöhnt hatte, beunruhigte die jüngste Preisentwicklung weite Bevölkerungskreise und ließ die Stabilisierung zu einer politisch vordringlichen Aufgabe werden. Die bis dahin nur durch die Zahlungsbilanzdefizite motivierten Restriktionsmaßnahmen der Notenbank wurden 1966 verschärft. Man rechnet damit, daß diese Politik ab Anfang 1967 durch Steuererhöhungen unterstützt wird. Allerdings wird es schwierig sein, den Anstieg des Preisniveaus zu bremsen. Angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der Verknappung der Arbeitskräfte, die in dem allmählichen Rückgang der Arbeitslosenquote von 6 vH im Jahre 1963 auf 4 vH im Jahre 1966 zum Ausdruck kommt, wird es kaum möglich sein, die Lohnerhöhungen im Rahmen der (nur) produktivitätsorientierten Lohnleitlinien („wage guidelines") zu halten. Andererseits dürfte ein massiver Restriktionsdruck, der die Arbeitslosenquote wieder herauftreibt, auf starken politischen Widerstand stoßen.

15. In Großbritannien verringerten die einschneidenden Maßnahmen, die die Leistungsbilanz verbessern und die Stellung des Pfundes wieder festigen sollten, zwar den Devisenabstrom; sie dämpften aber auch die Gewinnerwartungen und Wachstumsaussichten. Die Industrieproduktion stagniert schon seit Jahresbeginn. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der kurzen Zeit von Mitte August, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Lohn- und Preisstopp, bis Mitte Oktober weit rascher, als von der Regierung erwartet, von 320 000 auf 440 000 gestiegen; und es wird damit gerechnet, daß diese Zahl — sie entspricht heute schon etwa 2 vH aller Beschäftigten — weiter steigt.

16. Innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat sich der Schwerpunkt des wirtschaftlichen Wachstums verlagert. In der Bundesrepublik, den Niederlanden und Belgien, die sich in der Spätphase des Wachstumszyklus befinden, der 1964/65 seinen Höhepunkt hatte, schwächten sich die konjunkturellen Auftriebskräfte weiter ab. Hingegen bahnte sich in Frankreich und in Italien nach einer Phase ernsthafter Stabilisierungsbemühungen seit Mitte 1965 ein neuer Konjunkturaufschwung an (Ziffern 3008 f.). In beiden Ländern wurde er vor allem von einer Expansion der Staatsausgaben ausgelöst, in Italien, wo die Restriktionspolitik der Jahre 1964/65 wegen der sich bessernden Zahlungsbilanzsituation aufgegeben wurde, kam ein kräftiger Anstieg des privaten Verbrauchs hinzu. Die Industrieproduktion steigt in beiden Ländern seit Mitte 1965 beschleunigt an (Tabelle 1). Der Anstieg der Lebenshaltungskosten ist geringer als im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1965 und auch geringer als in den übrigen Ländern der EWG. Dies entspricht der Erfahrung, daß Aufschwungsphasen, wenn die Aus-

Tabelle 1

Internationaler Überblick

Produktion, Preise, Zinsen

vH

Land	Produktion: Reales Bruttosozialprodukt: durchschnittliche jährliche Veränderung 1955 bis 1960	1960 bis 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: 1965 1. Halbjahr	1965 2. Halbjahr	1966 [1]	Industrieproduktion [2]: durchschnittliche jährliche Veränderung 1955 bis 1960	1960 bis 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: 1965 1. Halbjahr	1965 2. Halbjahr	1966 1. Halbjahr
Vereinigte Staaten	+ 2,2	+ 4,7	+ 5,3	+ 6,6	+ 5,0	+ 2,4	+ 5,7	+ 8	+ 8	+ 9
Kanada	+ 3,4	+ 5,5	+ 5,9	+ 7,4	+ 6,0	+ 3,3	+ 7,2	+ 7	+10	+10
Japan	+ 9,6	+ 9,6	+ 2,5 [1]		+ 7,0	+16,3	+11,7	+ 7	+ 3	+ 7
Großbritannien [3]	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 4	+ 2	+ 1
Schweden	.	+ 5,1	+ 3,8		+ 3,5	+ 4,9	+ 3,9	+ 5	+ 0	− 1
Frankreich	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,1		+ 5,5	+ 6,2	+ 5,1	− 0	+ 4	+ 7
Italien	+ 5,5	+ 5,1	+ 3,4		+ 4,9	+ 9,0	+ 6,8	+ 1	+ 9	+11
Belgien	+ 2,5	+ 4,9	+ 4,9		+ 3,3	+ 2,7	+ 5,7	+ 3	+ 2	+ 2
Niederlande	+ 4,1	+ 5,0	+ 6,5		+ 5,3	+ 6,5	+ 6,0	+ 6	+ 6	+ 6
Bundesrepublik Deutschland	+ 6,3	+ 4,8	+ 5,1	+ 4,0	+ 3,2	+ 7,1	+ 5,7	+ 7	+ 4	+ 3

Land	Preise: Großhandelspreise [4]: durchschnittliche jährliche Veränderung 1955 bis 1960	1960 bis 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: 1965 1. Halbjahr	1965 2. Halbjahr	1966 1. Halbjahr	Verbraucherpreise: durchschnittliche jährliche Veränderung 1955 bis 1960	1960 bis 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: 1965 1. Halbjahr	1965 2. Halbjahr	1966 1. Halbjahr
Vereinigte Staaten	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,6
Kanada	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,0	+ 3,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,6
Japan	+ 2,0	− 0,6	− 0,3	− 0,2	+ 0,2	+ 1,5	+ 6,2	+ 8,0	+ 7,3	+ 5,6
Großbritannien	+ 2,4	+ 2,2	+ 4,0	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,5	+ 4,9	+ 4,7	+ 4,0
Schweden	+ 2,1	+ 2,7	+ 5	+ 2	+ 3	+ 3,5	+ 3,7	+ 4	+ 5	+ 8
Frankreich	+ 5,1	+ 2,0	+ 1,1	± 0,0	+ 2,8	+ 5,8	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4
Italien	+ 0,1	+ 1,8	− 0,9	− 0,8	+ 0,9	+ 1,9	+ 4,9	+ 5,3	+ 3,8	+ 2,7
Belgien	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 0,9	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,5	+ 4,3	+ 3,9	+ 4,8
Niederlande	+ 0,2	+ 2,3	+ 3	+ 3	+ 5	+ 2,7	+ 3,5	+ 5	+ 5	+ 7
Bundesrepublik Deutschland	+ 0,6	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,9	+ 4,2

Fortsetzung Seite 22

noch Tabelle 1

Land	Zinsen									
	Diskontsatz					Rendite ausgewählter Staatsschuldpapiere				
	Durchschnitt aus den Vierteljahresendsätzen									
	1955 bis 1960	1960 bis 1965	1965		1966 1. Halbjahr	1955 bis 1960	1960 bis 1965	1965		1966 1. Halbjahr
			1. Halbjahr	2. Halbjahr				1. Halbjahr	2. Halbjahr	
Vereinigte Staaten	2,84	3,40	4,00	4,25	4,50	3,52	4,04	4,14	4,37	4,63
Kanada	3,35	3,85	4,25	4,50	5,25	4,20	5,04	5,00	5,18	5,44
Japan	7,32	6,56	5,85	5,48	5,48	.	.	.	.	.
Großbritannien	5,06	5,27	6,50	6,00	6,00	4,66	5,97	6,49	6,34	6,78
Schweden	4,32	4,69	5,25	5,50	5,75	4,17	4,64	4,97	5,04	5,87
Frankreich	3,84	3,69	3,75	3,50	3,50	5,42	5,09	5,28	5,22	5,39
Italien	3,77	3,50	3,50	3,50	3,50	6,13	5,31	5,41	5,45	5,43
Belgien	3,63	4,36	4,75	4,75	5,00	4,36	4,17	4,06	4,06	4,06
Niederlande	3,34	3,88	4,50	4,50	4,75	4,06	4,47	5,01	5,53	6,09
Bundesrepublik Deutschland	3,88	3,40	3,50	4,00	4,50	6,7	6,3	6,8	7,6	8,1

[1]) eigene Schätzung
[2]) aus bereinigten Indices
[3]) statt Halbjahresergebnisse des realen Bruttosozialprodukts: Reales Bruttoinlandsprodukt
[4]) Großhandelspreise für Industrieerzeugnisse. Ausnahmen: Japan: Großhandelspreise für Investitionsgüter; Frankreich: Großhandelspreise für Halbwaren und Vorerzeugnisse; Italien: Großhandelspreise für Investitionsgüter; Bundesrepublik Deutschland: Erzeugerpreise industrieller Produkte (ohne Energie).

Quelle OECD

lastung der Kapazitäten zunimmt und die Lohnkosten noch nicht auf breiter Front steigen, die Preise weniger und seltener erhöht werden als in Zeiten nach dem konjunkturellen Höhepunkt.

17. Während Anfang der sechziger Jahre die Konjunktur in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ziemlich phasengleich verlief, so daß sich die konjunkturellen Tendenzen wechselseitig verstärkten, hat die neuerdings zu beobachtende Phasenverschiebung dazu beigetragen, daß sich die Schwankungen in den einzelnen Ländern gegenseitig eher etwas dämpften. Ob diese Gegenläufigkeit allerdings auch in weiterer Zukunft — über das Jahr 1967 hinaus — fortdauern wird, erscheint ungewiß: Die Nachfrage der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Italiens könnte das Wachstum gerade in den Ländern stärker anregen, in denen es sich, wie in der Bundesrepublik, in Belgien und in den Niederlanden, erst vor kurzem verlangsamt hat, bevor in den beiden romanischen Ländern wieder eine Abschwächung eintritt.

18. Tabelle 1 läßt erkennen, daß nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch ihre wichtigsten Partnerländer innerhalb und außerhalb der EWG in der letzten Zeit vom Ziel der Preisstabilität weit entfernt waren. In den Ländern, die zur „Gruppe der Zehn" gehören, lagen die Jahresraten, um die sich die Verbraucherpreise vom ersten Halbjahr 1965 bis zum ersten Halbjahr 1966 erhöht haben, zwischen 2,4 vH in Frankreich und 8 vH in Schweden.

Unter den Ländern der EWG hatten seit Sommer 1965 die Niederlande die höchsten Geldentwertungsraten (Schaubild 7). Die verantwortlichen Instanzen hatten hier 1963 ihre außenwirtschaftlich nicht abgesicherte Politik der binnenwirtschaftlichen Preis- und Lohnstabilisierung aufgegeben und damit einen nun schon zweieinhalb Jahre anhaltenden und durch Sonderfaktoren — vor allem durch eine Erhöhung der Verbrauchsteuern — verstärkten Prozeß der Anpassung an die internationale Geldentwertung zugelassen. Die Haushaltspolitik und die Notenbankpolitik haben kaum zur Stabilisierung beigetragen. Selbst wenn man den

Schaubild 6

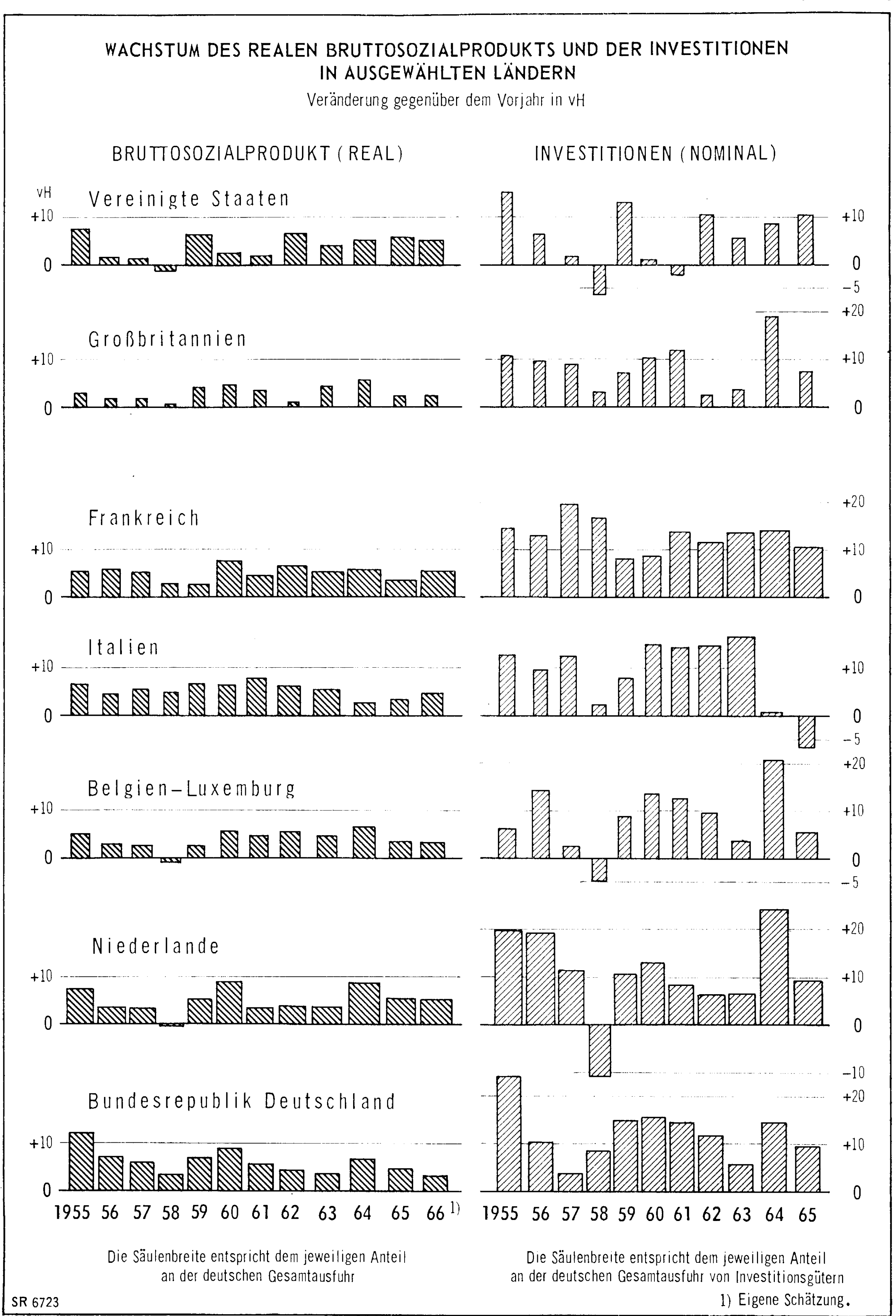
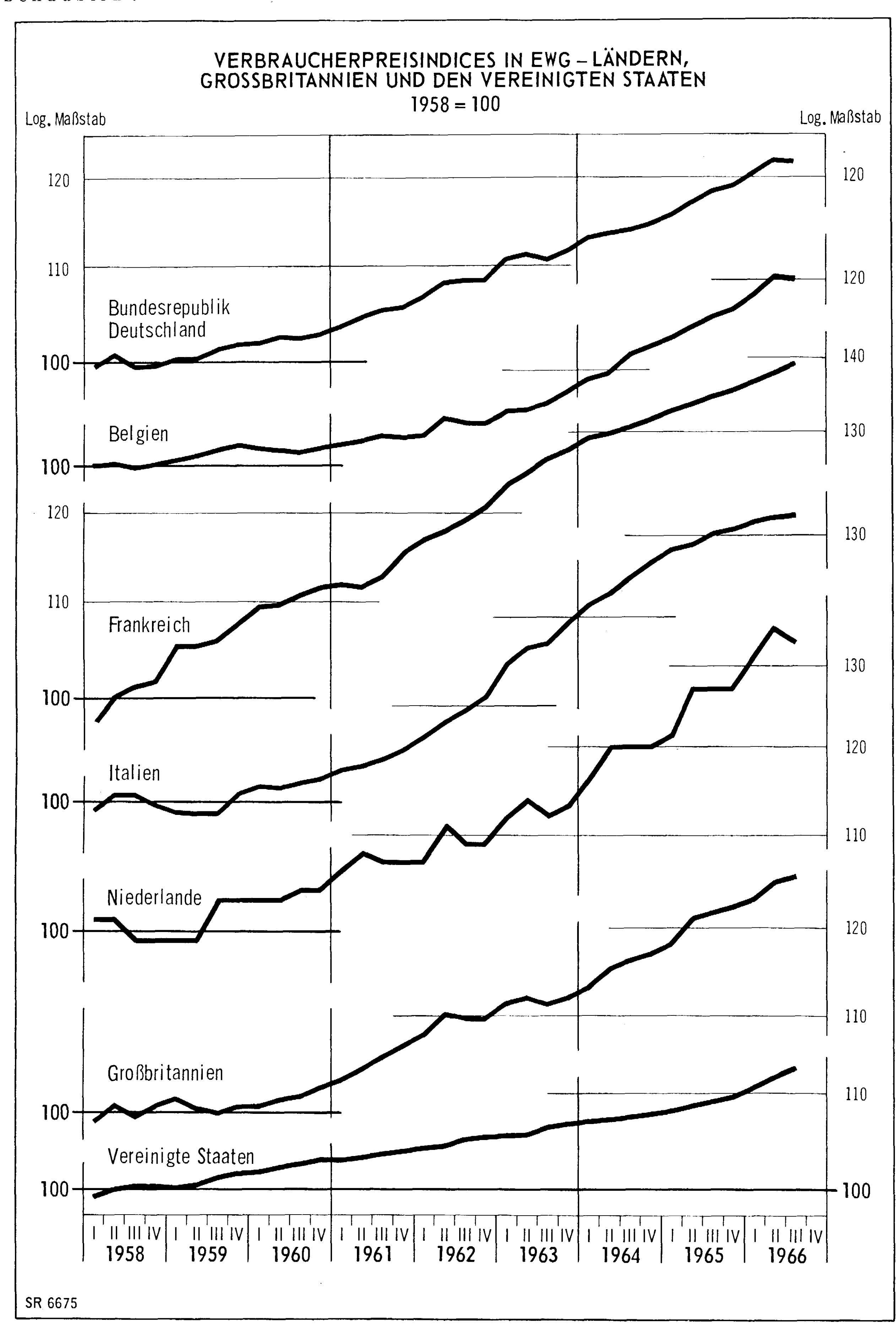

WACHSTUM DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS UND DER INVESTITIONEN IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
BRUTTOSOZIALPRODUKT (REAL)
INVESTITIONEN (NOMINAL)
vH
Vereinigte Staaten
Großbritannien
Frankreich
Italien
Belgien-Luxemburg
Niederlande
Bundesrepublik Deutschland
+20
+10
0
-5
-10
1955 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 1)
1955 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65
Die Säulenbreite entspricht dem jeweiligen Anteil an der deutschen Gesamtausfuhr
Die Säulenbreite entspricht dem jeweiligen Anteil an der deutschen Gesamtausfuhr von Investitionsgütern
1) Eigene Schätzung.
SR 6723

Schaubild 7


VERBRAUCHERPREISINDICES IN EWG – LÄNDERN, GROSSBRITANNIEN UND DEN VEREINIGTEN STAATEN
1958 = 100
Log. Maßstab
Log. Maßstab
Bundesrepublik Deutschland
Belgien
Frankreich
Italien
Niederlande
Großbritannien
Vereinigte Staaten
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
SR 6675

Preisindex um die Lohnsteuer und um die Sozialbeiträge bereinigt, ergibt sich für die ersten neun Monate 1966, auf Jahresrate umgerechnet, ein Preisanstieg von über 5 vH.

In Frankreich stiegen die Verbraucherpreise in den beiden letzten Jahren um durchschnittlich etwas mehr als 2,5 vH, eine Rate, die die Regierung als mit der von ihr verfolgten Stabilitätspolitik (unter anderem Preisstopp auf der Erzeugerebene) vereinbar anzusehen scheint.

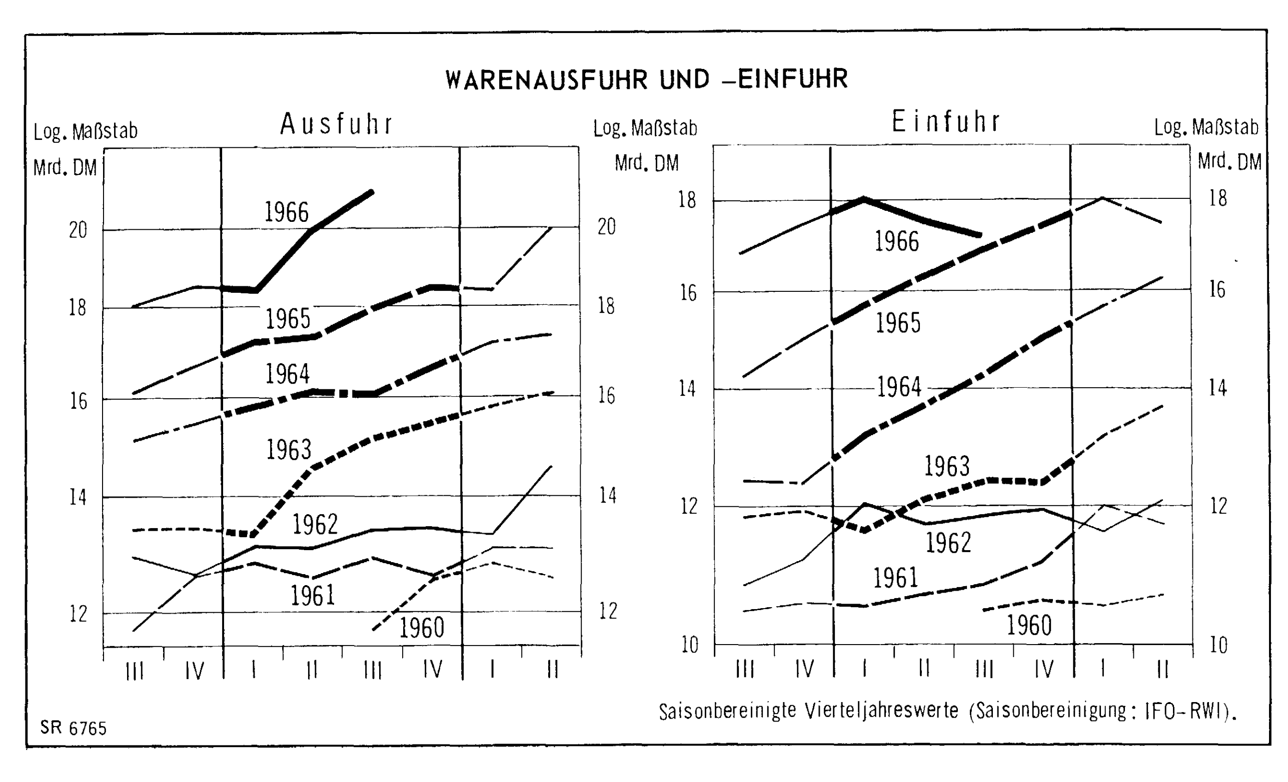
In Italien hat der neue Aufschwung, da er bisher noch nicht auf Engpässe am Arbeitsmarkt traf und infolgedessen mit nur geringen Lohnerhöhungen einherging, den Preisanstieg noch nicht beschleunigt; im Gegenteil, seit dem Frühjahr 1965 hat sich der Preisanstieg verlangsamt. Italien ist damit vor Frankreich das Land innerhalb der EWG, das im ersten Halbjahr 1966 dem Ziel der Preisstabilität am nächsten gekommen ist (Schaubild 7).

Entwicklung der Ausfuhr

19. Im Zuge der Expansion in wichtigen Abnehmerländern und begünstigt durch den Preisanstieg in Ländern, die mit der Bundesrepublik auf den Weltmärkten in Wettbewerb stehen, hat sich die Nachfrage nach Waren aus der Bundesrepublik seit Frühjahr 1966 beträchtlich verstärkt (Schaubild 8). Die ausländische Nachfrage stieß im Inland auf große Lieferfähigkeit, da mit der Restriktionspolitik die Expansion der Inlandsnachfrage gedämpft wurde. Dem Wert nach wurde im ersten Halbjahr 1966 um 11 vH mehr exportiert als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Das übertrifft noch die seinerzeit als optimistisch angesehene Schätzung des Sachverständigenrates (JG 65 Ziffer 164). Im dritten Quartal betrug die Zunahme der Warenausfuhr gegenüber dem entsprechenden Vorjahresabschnitt sogar über 15 vH (Tabelle 2). Dem Volumen nach war die Steigerung etwas geringer. Der Auftragseingang aus dem Ausland läßt erwarten, daß sich die Exporte weiter günstig entwickeln werden (Schaubild 8).

20. Besonders stark, um etwa 25 vH, erhöhte sich in den ersten drei Quartalen 1966 die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, unserem größten Exportmarkt außerhalb der EWG (Tabelle 3). Dabei hat die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen, die fast zwei Fünftel unserer Gesamtausfuhren in die Vereinigten Staaten ausmacht, trotz der Absatzstockung, die im Frühjahr 1966 allgemein auf dem amerikanischen Automobilmarkt zu beobachten war und die auch die Expansion des deutschen Automobilabsatzes vorübergehend abgeschwächt hatte, um über 30 vH zugenommen. Noch mehr erhöhte sich die Ausfuhr von Maschinen und von elektrotechnischen Erzeugnissen (Tabelle 81 im Anhang). Wie immer in Zeiten einer Belebung der Weltkonjunktur zeigen sich hier die langfristigen Vorteile des deutschen Exportsortiments. Hinzu kommt, daß

Schaubild 8



der amerikanische Boom die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik, dem nach Kanada und Japan drittgrößten Lieferland der USA, nicht nur direkt angeregt hat, sondern auch indirekt dadurch, daß die Konjunktur in anderen wichtigen Partnerländern von der amerikanischen Nachfrage beeinflußt wird.

21. Auch unsere Ausfuhren in die Länder der EWG, die 1964 und 1965 zum ersten Mal seit Beginn der EWG-Zollsenkungen langsamer zugenommen hatten als die Ausfuhren in Drittländer, haben sich in den ersten drei Quartalen 1966 wieder überdurchschnittlich erhöht (Tabelle 3).

Der Umschwung ist im wesentlichen auf die Belebung der Konjunktur in Italien und Frankreich zurückzuführen. So hat die deutsche Ausfuhr nach Italien, die bis Mitte 1965 unter dem Einfluß der italienischen Restriktionspolitik zurückgegangen war, mit dem raschen Anstieg der italienischen Industrieproduktion wieder beträchtlich zugenommen. Ähnlich schnell sind auch in Frankreich mit der konjunkturellen Belebung die Einfuhren aus der Bundesrepublik gestiegen, und, ähnlich wie von Italien und den Vereinigten Staaten, wurden in erster Linie mehr Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse bezogen.

Die deutschen Ausfuhren in die Niederlande — dem nach Frankreich zweitgrößten Exportmarkt der Bundesrepublik — haben zwar im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls wieder etwas stärker zugenommen, doch war die Ausfuhrsteigerung geringer als im Handel mit Frankreich und Italien. Ähnliches gilt für unsere Ausfuhren nach Belgien (Tabelle 3).

Tabelle 2

Ausfuhr

Lfd. Nr.		1960	1961	1962	1963
					Tatsächliche
1	Ausfuhr [1]) insgesamt	47,9	51,0	53,0	58,3
2	nach EWG-Ländern	14,1	16,2	18,0	21,8
3	nach anderen Ländern	33,8	34,8	35,0	36,6
			Veränderung gegenüber dem		
4	Ausfuhr [1]) insgesamt	+16,4	+ 6,3	+ 3,9	+10,1
5	nach EWG-Ländern	+23,4	+14,4	+11,3	+20,8
6	nach anderen Ländern	+13,7	+ 3,0	+ 0,5	+ 4,6
	Von der Ausfuhr waren [2])				
7	Bergbauliche Erzeugnisse	+13,2	− 1,3	− 1,6	+ 7,7
8	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	+20,2	+ 3,5	− 0,0	+ 6,6
9	Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien	+15,3	+ 9,4	+ 5,9	+11,1
10	Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	+13,2	+ 3,6	+ 7,1	+13,8
11	Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien	+13,2	− 3,0	+ 8,1	+ 7,6
12	Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr, 1960 = 100	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,4	− 0,9
13	Dienstleistungseinnahmen	+13,5	− 1,7	+10,6	+ 5,3

[1]) Spezialhandel nach Verbrauchsländern
[2]) Gegliedert in Anlehnung an die Produktionsstatistik. Ohne Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

22. Die Exporte in die Länder der Europäischen Freihandelszone haben sich seit Anfang 1965 kaum noch erhöht, nachdem sie in der Zeit von Mitte 1964 bis Mitte 1965 schneller als unsere Gesamtausfuhren und auch schneller als in den Jahren davor zugenommen hatten (Tabelle 3). Unsere Exporte nach Schweden, dessen Sozialprodukt seit 1965 langsamer als zuvor wächst, waren in den ersten neun Monaten 1966 niedriger als im Vorjahr. Die Exporte in die Schweiz lagen im Durchschnitt der ersten neun Monate 1966 etwas über ihrem Vorjahreswert (+ 3,8 vH). Die Exporte nach Großbritannien waren 1966 im ersten Halbjahr um mehr als 20 vH und auch im dritten Quartal noch um 9 vH höher als im Vorjahr, obwohl die britische Industrieproduktion praktisch stagnierte.

23. Die Ausfuhr in die (außereuropäischen) Entwicklungsländer ist in den ersten neun Monaten gegenüber dem Vorjahr um 8,5 vH gestiegen, also weniger als die Gesamtausfuhr, an der diese Länder einen Anteil von 14 vH haben (Tabelle 82 im Anhang).

24. Die Ostausfuhr hat in den letzten eineinhalb Jahren überdurchschnittlich zugenommen; sie spielt jedoch nach wie vor nur eine unbedeutende Rolle (Tabelle 83 im Anhang).

25. Die Einnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland waren in den ersten sechs Monaten 1966 um 11 vH höher als im ersten Halbjahr des Vorjahres (Tabelle 2). Besonders die Einnahmen aus dem Transport-

Tabelle 2

1964	1965	1965				1966			Anteil 1965 in vH	Lfd. Nr.
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr		
Werte in Mrd. DM										
64,9	71,7	17,4	17,4	17,3	19,6	19,0	19,6	19,9	*100*	1
23,6	25,2	6,3	6,2	5,9	6,9	7,0	7,2	7,1	*35,2*	2
41,3	46,4	11,1	11,2	11,4	12,7	11,9	12,4	12,8	*64,8*	3
entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH										
+11,3	*+10,4*	*+11,6*	*+ 7,2*	*+11,5*	*+11,1*	*+ 9,1*	*+12,8*	*+15,3*	*100*	4
+ 8,6	*+ 6,7*	*+ 5,8*	*+ 0,8*	*+ 6,6*	*+13,7*	*+12,0*	*+17,3*	*+21,6*	*35,4*	5
+13,0	*+12,5*	*+15,3*	*+11,1*	*+14,2*	*+ 9,8*	*+ 7,5*	*+10,4*	*+12,1*	*64,6*	6
— 6,0	*— 3,4*	*— 8,0*	*— 9,4*	*+ 3,8*	*+ 0,5*	*— 5,2*	*— 1,0*	*— 6,1*	*3,4*	7
+12,5	*+12,8*	*+14,3*	*+ 8,9*	*+16,9*	*+11,3*	*+ 9,7*	*+16,0*	*+16,0*	*27,4*	8
+10,8	*+ 9,3*	*+11,4*	*+ 6,7*	*+ 8,7*	*+10,3*	*+ 8,6*	*+12,2*	*+17,2*	*54,3*	9
+15,5	*+10,9*	*+10,9*	*+ 8,9*	*+10,3*	*+13,3*	*+14,7*	*+13,6*	*+14,8*	*10,1*	10
+23,6	*+23,9*	*+21,6*	*+14,6*	*+29,8*	*+30,4*	*+ 1,8*	*+ 1,1*	*+ 7,8*	*2,1*	11
+ 1,1	*+ 2,0*	*+ 2,2*	*+ 2,6*	*+ 1,8*	*+ 1,3*	*+ 2,0*	*+ 1,6*	*+ 1,1*	.	12
+ 8,9	*+ 9,8*	*+ 4,4*	*+ 4,1*	*+10,9*	*+18,8*	*+ 8,2*	*+13,0*	...	.	13

Schaubild 9

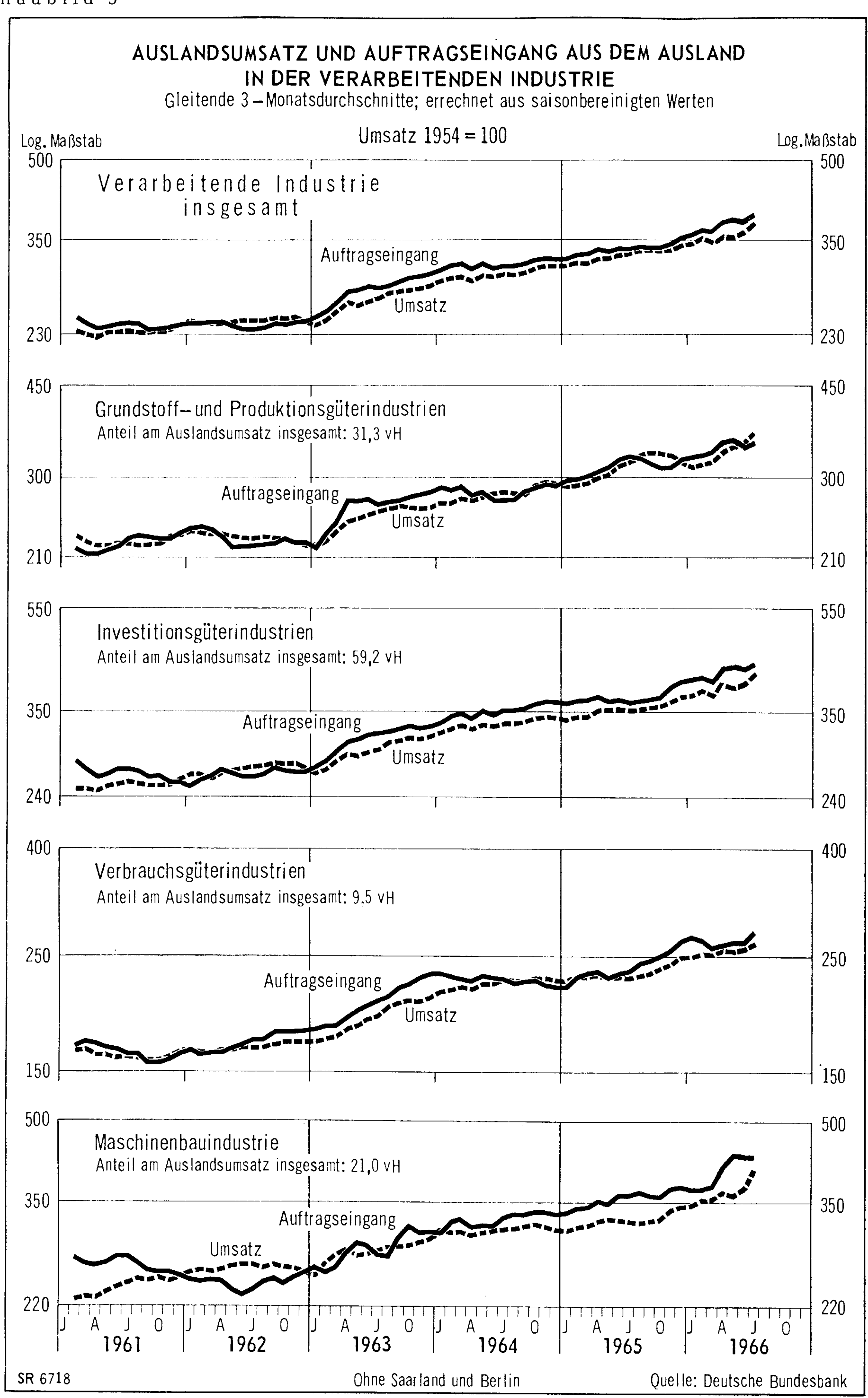

AUSLANDSUMSATZ UND AUFTRAGSEINGANG AUS DEM AUSLAND
IN DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE
Gleitende 3-Monatsdurchschnitte; errechnet aus saisonbereinigten Werten
Umsatz 1954 = 100
Log. Maßstab
Verarbeitende Industrie insgesamt
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien
Anteil am Auslandsumsatz insgesamt: 31,3 vH
Investitionsgüterindustrien
Anteil am Auslandsumsatz insgesamt: 59,2 vH
Verbrauchsgüterindustrien
Anteil am Auslandsumsatz insgesamt: 9,5 vH
Maschinenbauindustrie
Anteil am Auslandsumsatz insgesamt: 21,0 vH
Auftragseingang
Umsatz
1961
1962
1963
1964
1965
1966
SR 6718
Ohne Saarland und Berlin
Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 3

Ausfuhr nach Ländergruppen bzw. Ländern [1])

vH

Ländergruppe/Land	Anteil 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum						
		1965				1966		
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
EWG-Länder	35,2	+ 5,8	+ 0,8	+ 6,6	+13,7	+12,0	+17,3	+21,6
Belgien-Luxemburg	7,8	+16,2	+11,9	+15,9	+12,2	+15,8	+11,0	+19,5
Frankreich	10,9	+ 7,8	+ 1,7	+ 0,5	+ 9,6	+15,1	+18,7	+21,3
Italien	6,3	−21,6	− 9,4	+ 7,0	+22,6	+23,1	+23,1	+34,7
Niederlande	10,3	+18,3	− 1,1	+ 6,5	+14,1	+ 0,4	+17,1	+15,3
EFTA-Länder	27,0	+13,0	+ 8,6	+11,4	+ 5,3	+ 4,0	+ 5,7	+ 5,1
Großbritannien	3,9	− 8,9	− 0,2	+14,0	+ 9,0	+22,1	+20,5	+ 9,7
Österreich	5,3	+17,3	+15,2	+16,3	+12,9	+16,0	+14,1	+11,8
Schweden	5,2	+22,6	+17,3	+17,8	+ 5,3	− 4,9	− 7,4	− 5,5
Schweiz	6,5	+ 8,1	− 1,5	+ 2,1	− 0,2	− 0,7	+ 4,3	+ 7,8
Übrige EFTA-Länder	6,1	+24,3	+14,0	+11,7	+ 2,4	− 3,2	+ 2,4	+ 1,8
Vereinigte Staaten	8,0	+12,2	+17,5	+24,7	+24,5	+26,9	+16,9	+29,8
Übrige Länder	29,8	+18,2	+11,9	+14,1	+10,3	+ 5,9	+13,0	+13,4
Insgesamt	100	+11,6	+ 7,2	+11,5	+11,1	+ 9,1	+12,8	+15,3
Insgesamt ohne EWG	64,8	+15,3	+11,1	+14,2	+ 9,8	+ 7,5	+10,4	+12,1

[1]) Spezialhandel nach Verbrauchsländern

Tabelle 4

Entwicklung der letzten Verwendung von Waren und Dienstleistungen

1951 bis 1966

Jahr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Anteil am Zuwachs der letzten Verwendung in vH		
		Ausfuhr	Investitionen	Privater Verbrauch
1951	+23,1	29,1	16,6	40,6
1952	+14,3	17,5	23,9	41,7
1953	+ 7,5	27,8	2,7	66,3
1954	+ 9,8	33,0	28,0	33,8
1955	+16,0	19,9	36,3	37,7
1956	+10,9	32,4	11,2	49,8
1957	+10,0	35,3	12,5	43,9
1958	+ 6,5	10,0	13,6	56,8
1959	+ 9,5	24,5	30,8	33,5
1960	+12,8	23,7	33,3	32,1
1961	+ 9,3	8,9	22,6	51,2
1962	+ 9,0	9,1	20,5	50,0
1963	+ 6,6	21,8	13,5	42,9
1964 [1]	+ 9,9	19,2	36,9	38,1
1965 [1]	+ 9,9	15,6	22,7	45,5
1966 [2]	+ 6,6	29,5	6,2	52,0

[1]) vorläufige Ergebnisse
[2]) eigene Schätzung

geschäft, aus Versicherungsleistungen und aus dem Transfer von Kapitalerträgen nahmen stark zu.

26. Der Aufschwung der Auslandsnachfrage seit dem Herbst 1965 kompensierte in vielen Bereichen wenigstens zum Teil die gerade eintretende Abschwächung der internen Nachfrage. Der Anteil der Exporte an dem Zuwachs der vom Inland produzierten und importierten Güter (letzte Verwendung von Waren und Dienstleistungen), der 1964 und 1965 zurückgegangen war, vergrößerte sich, nach bisheriger Schätzung, 1966 wieder auf nahezu 30 vH (Tabelle 4).

27. Wie stark sich im Bereich der Industrie das Schwergewicht der Nachfrageimpulse vom Inland auf das Ausland verlagert hat, verdeutlicht Schaubild 9. Ähnlich wie im zweiten Halbjahr 1963 haben sich für alle Gruppen der Industrie Auslandsaufträge und Auslandsumsätze weit stärker erhöht als die entsprechenden Inlandsgrößen.

28. Um Anhaltspunkte dafür zu erlangen, ob die Entwicklung der Exporte in der jüngsten Vergangenheit eher durch eine Belebung der Nachfrage im Ausland oder eher durch verstärkte Bemühungen der deutschen Industrie um die Auslandsmärkte bedingt sei, hat der Sachverständigenrat im Herbst 1966 ausgewählte Industriefirmen befragt. Dieser Umfrage zufolge führten die Unternehmen, die erhöhte Auftragseingänge aus dem Ausland hatten, dies auch auf die konjunkturelle Belebung im Auland, in erster Linie aber auf eigene Bemühungen, nämlich Qualitätsverbesserungen und stärkere Auslandswerbung, zurück. Aus dem Bereich der Stahlindustrie wurden als weitere Gründe Preiszugeständnisse und kürzere Lieferfristen gemeldet.

Entwicklung der Einfuhr

29. Nachdem in den Jahren 1964 und 1965 die Einfuhr weit stärker zugenommen hatte, als dem längerfristigen Trend entsprochen hätte, und auch weit stärker, als die inländischen Einkommen gestiegen sind, ist sie seit Frühjahr 1966 — wenn man sie saisonal bereinigt — sogar zurückgegangen (Schaubild 8). Diese Entwicklung erklärt sich aus dem Zusammentreffen mehrerer Faktoren: Die inländische Nachfrage hat 1966 weniger zugenommen als im Vorjahr, das Angebot ist gewachsen, weil neue Kapazitäten geschaffen wurden. Einige ausländische Anbieter haben außerdem ihre Preise mehr erhöht als ihre inländischen Konkurrenten. Weil im Inland ein erneuter Konjunkturaufschwung nicht in Sicht ist und die Zinssätze extrem hoch sind, zeigen die Unternehmen nur eine geringe Neigung, ihre Läger zu erhöhen. Auch die Preisentwicklung auf den Weltrohstoffmärkten gibt wenig Anlaß zu vorsorglicher Lageraufstockung. Hinzu kamen zwei Sonderfaktoren: Einmal ist die Ernte verhältnismäßig gut ausgefallen, zum anderen waren die Einfuhren der Regierung erheblich geringer als im vorigen Jahr (Tabelle 5).

30. Tabelle 6 läßt erkennen, daß in den ersten drei Quartalen des Jahres 1966 — verglichen mit den entsprechenden Vorjahreszeiträumen — unter unseren Lieferländern die Länder der EWG insgesamt weiter an Bedeutung gewonnen haben. Allerdings war auch hier die Verlangsamung der Einfuhrzunahmen deutlich spürbar. Nur die Importe aus Frankreich erhöhten sich im ersten Halbjahr 1966 noch verhältnismäßig stark. Daran waren insbesondere Maschinen und Kraftfahrzeuge beteiligt. Im dritten Quartal wurde auch aus Frankreich kaum mehr importiert als ein Jahr zuvor. Die Einfuhren aus Belgien und den Niederlanden erhöhten sich nur unwesentlich.

31. Der Anteil der Importe aus den EFTA-Ländern ist 1966, wie in fast allen Jahren seit 1958, zurückgegangen. Während sich der Absatz der EWG-Länder auf dem deutschen Markt von 1958 bis 1966 — in dem Zeitraum also, in dem die beiden Ländergruppen ihre internen Zölle zu vier Fünfteln abbauten — mehr als verdreifachte, hat sich der Import aus den Ländern der Freihandelszone lediglich verdoppelt. Besonders die skandinavischen Länder scheinen als Lieferanten auf dem deutschen Markt von der Entwicklung der Zollpolitik in Europa betroffen worden zu sein.

32. Die Importe aus den Vereinigten Staaten, dem bisher wichtigsten Lieferland der Bundesrepublik, stagnierten in den ersten drei Quartalen 1966 auf dem Niveau des dritten Quartals 1965 und waren nur noch geringfügig höher als die aus Frankreich (Tabelle 84 im Anhang).

33. Im Rahmen der Gesamteinfuhr haben sich die Fertigwarenimporte, insbesondere die Einfuhr von Investitionsgütern (Ziffer 50) gegenüber dem Vorjahr noch erhöht, während die Einfuhr von Halbwaren, ähnlich wie beim Abklingen des Booms im Jahre 1961, schon seit dem vierten Quartal 1965 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert zurückblieb.

Die Einfuhr der Bundesregierung (nicht-kommerzielle Einfuhr) ging von 2,8 Mrd. DM in den ersten neun Monaten 1965 auf 1,4 Mrd. DM im gleichen Zeitraum 1966 zurück.

34. Die Ausgaben im Dienstleistungsverkehr, die ein Fünftel des gesamten Leistungsimports (Waren und Dienste) ausmachen, waren im ersten Halbjahr 1966 um 10 vH höher als im ersten Halbjahr 1965. Besonders stark haben dabei wiederum die Ausgaben für Auslandsreisen zugenommen (+ 15 vH). Dagegen waren die in das Ausland transferierten Erträge von in der Bundesrepublik investierten Auslandskapital um 21 vH niedriger als in der ersten Jahreshälfte 1965. Damit hat sich dieser Posten wieder etwa auf den Umfang früherer Jahre reduziert, nachdem 1965, als Folge der Einführung der deutschen Kuponsteuer und der amerikanischen Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz, zeitweilig weit mehr Kapitalerträge von Ausländern aus der Bundesrepublik in ihre Heimatländer transferiert worden waren.

Außenhandelspreise, Auslandspreise und Wettbewerbsposition

35. Parallel zur Preisentwicklung in den meisten unserer wichtigsten Partnerländer (Ziffern 17 ff) sind die Preise der deutschen Warenausfuhr und -einfuhr seit Herbst 1963 beschleunigt gestiegen. Im Frühjahr 1966 kam der Anstieg sowohl der Einfuhrpreise wie der Ausfuhrpreise zum Stillstand. Seitdem gehen sie — allerdings teilweise durch Saisoneinflüsse und durch Sonderentwicklungen bedingt — zurück (Schaubild 10), liegen aber im Durchschnitt immer noch über den entsprechenden Vorjahreswerten. Anders als im letzten Wachstumszyklus, nach dessen Höhepunkt im Jahre 1960 der Preisauftrieb bei Export- und Importwaren, im Zusammenhang mit der Aufwertung der DM, alsbald unterbrochen wurde und die Preise 1962 sogar auf breiter Front sanken, ist es diesmal erst sehr viel später und nicht im gleichen Umfang zu einer Beruhigung der Preisentwicklung im Außenhandel gekommen. Der Preiserhöhungsspielraum, den der Inflationstrend im Ausland schafft, wenn der direkte internationale Preiszusammenhang nicht durch wechselkurspolitische Maßnahmen aufgehoben wird, erlaubte es, daß die Preiswelle, die eine Phase der konjunkturellen Übersteigerung mit einer gewissen Verzögerung erfahrungsgemäß auslöst, längere Zeit frei auslaufen konnte. Für die Preisentwicklung in der Bundesrepublik war das inso-

Tabelle 5

Einfuhr

Lfd. Nr.		1960	1961	1962	1963
					Tatsächliche
1	Einfuhr [1]) insgesamt	42,7	44,4	49,5	52,3
2	aus EWG-Ländern	12,7	13,8	16,0	17,3
3	aus anderen Ländern	30,0	30,6	33,5	34,9
		Veränderung gegenüber dem			
4	Einfuhr [1]) insgesamt	+19,3	+ 3,8	+11,6	+ 5,6
5	aus EWG-Ländern	+23,0	+ 8,4	+15,9	+ 8,6
6	aus anderen Ländern	+17,8	+ 1,9	+ 9,6	+ 4,3
	Von der Einfuhr waren [2])				
7	Bergbauliche Erzeugnisse	+28,0	+ 1,9	− 3,2	+ 7,7
8	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	+30,3	− 2,7	+ 6,5	+ 5,5
9	Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien	+30,1	+24,1	+19,1	+ 2,2
10	Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	+24,9	+12,6	+14,8	+10,1
11	Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien	+ 9,2	+ 5,5	+21,4	+ 2,1
12	Erzeugnisse der Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, der Fischerei, des Gartenbaues und der Tierzucht	+ 5,3	− 1,0	+10,2	− 7,9
13	Waren, die nicht zugeordnet werden konnten	+ 8,4	+ 5,4	+38,9	+70,1
14	Index der Durchschnittswerte der Einfuhr, 1960 = 100	+ 1,8	− 3,3	− 2,4	− 0,8
15	Dienstleistungsausgaben	+ 8,4	+19,3	+20,7	+ 2,6

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern
[2]) gegliedert in Anlehnung an die Produktionsstatistik

fern von Bedeutung, als ein überdurchschnittlich großer Anteil der Ausfuhrgüter zur Gruppe derjenigen Güter zu zählen ist, deren Preise eigentlich sinken müßten, wenn das gesamte Preisniveau stabil bleiben soll (Ziffer 200).

36. Im Export, ebenso wie im Import, stiegen in den ersten neun Monaten 1966 — gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum — am stärksten die Preise für Halbwaren (Tabelle 7). Hierfür ist weitgehend die Preishausse bei Kupfer verantwortlich. Niedriger als im Vorjahr waren nur die Ausfuhrpreise für Ernährungsgüter, die sich im vergangenen Jahre wegen der schlechten Ernten stark verteuert hatten. Schaltet man die Preise für Ernährungsgüter aus, so zeigt sich, daß der bei Importen wie bei Exporten seit dem Herbst 1963 bestehende Preisauftrieb auch 1966 anhielt.

37. Errechnet man aus den Indices der Durchschnittswerte von Export und Import das reale Austauschverhältnis unserer Wirtschaft mit dem Ausland — ihre sogenannten Terms of Trade —, so ergibt sich, daß sich dies Verhältnis 1965 und 1966, anders als in den meisten früheren Jahren, verschlechtert hat; das heißt: für ein bestimmtes Importvolumen mußten mehr Güter exportiert werden als in den jeweiligen Vorjahren (Tabelle 65 im Anhang).

Tabelle 5

1964	1965	1965				1966			Anteil 1965 in vH	Lfd. Nr.
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr		
Werte in Mrd. DM										
58,8	70,4	16,3	17,4	17,7	19,0	18,1	18,2	17,6	*100*	1
20,4	26,6	6,0	6,7	6,8	7,1	6,8	7,1	6,8	*37,8*	2
38,4	43,8	10,3	10,8	10,9	11,9	11,3	11,1	10,8	*62,2*	3
entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH										
+12,6	*+19,7*	*+23,5*	*+ 22,4*	*+19,7*	*+14,4*	*+11,3*	*+ 4,7*	*− 0,4*	*100*	4
+17,6	*+30,7*	*+43,3*	*+ 35,3*	*+29,0*	*+19,4*	*+13,5*	*+ 6,6*	*− 0,3*	*37,8*	5
+10,0	*+13,9*	*+14,3*	*+ 15,6*	*+14,5*	*+11,7*	*+10,0*	*+ 3,4*	*− 0,5*	*62,2*	6
+21,4	*+ 6,4*	*+12,1*	*+ 6,9*	*+ 6,3*	*+ 1,2*	*+ 8,8*	*+ 2,9*	*+ 3,0*	*9,4*	7
+23,1	*+14,6*	*+32,0*	*+ 18,2*	*+10,2*	*+ 2,6*	*+ 3,0*	*+ 4,4*	*+ 1,5*	*27,1*	8
+18,0	*+31,2*	*+31,6*	*+ 28,1*	*+27,5*	*+37,1*	*+30,3*	*+11,1*	*+ 7,5*	*15,7*	9
+14,5	*+25,7*	*+27,0*	*+ 24,3*	*+27,8*	*+24,0*	*+22,7*	*+13,5*	*+ 6,7*	*12,7*	10
+ 5,5	*+24,3*	*+13,8*	*+ 21,8*	*+29,2*	*+30,5*	*+25,6*	*+ 7,4*	*+ 4,5*	*8,9*	11
+11,2	*+13,5*	*+ 5,1*	*+ 13,3*	*+20,5*	*+15,3*	*+18,4*	*+ 4,3*	*− 5,0*	*19,8*	12
−30,1	*+46,3*	*+71,6*	*+135,7*	*+43,2*	*− 4,3*	*−47,9*	*−27,1*	*−37,1*	*6,5*	13
+ 1,1	*+ 3,1*	*+ 2,0*	*+ 2,8*	*+ 3,6*	*+ 3,4*	*+ 2,8*	*+ 1,9*	*+ 0,6*	.	14
+13,0	*+13,8*	*+ 3,7*	*+ 22,5*	*+16,5*	*+11,1*	*+16,6*	*+ 4,9*	...	.	15

38. Wie sich bestimmte Elemente dessen, was unter der „internationalen Wettbewerbsposition" der deutschen Wirtschaft verstanden werden kann, entwickelt haben, zeigt Schaubild 11.

a) In der deutschen Industrie sind die Lohnkosten je Produkteinheit, die unter den Gesamtkosten je Produkteinheit (bei Weglassung der zwischenbetrieblichen Umsätze) das größte Gewicht haben, 1965, anders als 1963 und 1964, stärker gestiegen als in den wichtigsten Partnerländern (andere EWG-Länder, USA, Großbritannien zusammengenommen).

b) Die Durchschnittswerte der deutschen Ausfuhr, einer der Indikatoren für das Exportpreisniveau, deren Anstieg 1964 gegenüber der Erhöhung der entsprechenden ausländischen Durchschnittswerte zurückgeblieben war, sind 1965, als der Exportboom abgeklungen war, etwa ebenso gestiegen wie jene.

c) Obwohl in der Bundesrepublik die Lohnkosten je Produkteinheit zeitweilig stärker gestiegen sind als im Ausland, hat die deutsche Industrie ihren Anteil am Weltexport von rund 9,5 vH 1959 auf knapp 11 vH 1965 steigern können.

39. Deuten also schon die genannten Indizien nicht darauf hin, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft international verschlechtert hat, so wird dieser Eindruck noch bestätigt, wenn man verfolgt, welchen Anteil deutsche Exporte an den Importen anderer Länder gehabt haben (Tabelle 8).

40. Auch für die nächste Zukunft zeichnen sich keine Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft ab, zumal der Preisauftrieb in fast allen wichtigen Partnerländern, nicht zuletzt in den USA, anzuhalten scheint, der Kostenanstieg in der Bundesrepublik dagegen eher geringer werden wird.

Tabelle 6

Einfuhr nach Ländergruppen bzw. Ländern [1]

vH

Ländergruppe/Land	Anteil 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum						
		1965				1966		
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
EWG-Länder	37,8	+43,3	+35,3	+29,0	+19,4	+13,5	+ 6,6	−0,3
Belgien-Luxemburg	7,7	+57,7	+37,8	+17,4	+ 4,2	+ 5,8	+ 7,9	−3,0
Frankreich	11,1	+26,6	+23,3	+27,5	+23,4	+24,4	+13,3	+1,4
Italien	9,3	+52,1	+59,3	+44,9	+35,2	+17,5	− 0,2	−1,7
Niederlande	9,7	+47,1	+29,0	+25,8	+15,1	+ 4,0	+ 4,5	+1,4
EFTA-Länder	17,2	+18,6	+13,0	+14,2	+ 9,4	+ 8,9	+ 0,7	−4,9
Großbritannien	4,5	+16,9	+13,2	+12,2	+ 9,9	+16,3	− 7,3	−5,3
Österreich	2,4	+25,8	+ 8,5	+ 9,9	+ 8,2	+12,4	+ 4,4	−6,9
Schweden	3,5	+17,4	+ 9,3	+ 7,8	− 2,4	− 0,3	+ 2,4	−3,2
Schweiz	3,2	+26,9	+16,2	+23,3	+18,7	+ 8,8	+11,1	−3,6
Übrige EFTA-Länder	3,7	+11,4	+17,3	+19,6	+14,2	+ 6,8	− 1,8	−6,2
Vereinigte Staaten	13,1	+ 8,9	+24,9	+13,5	+ 9,7	+ 5,3	− 2,3	−4,2
Übrige Länder	31,9	+14,3	+13,3	+15,1	+13,8	+12,4	+ 7,4	+3,4
Insgesamt	100	+23,5	+22,4	+19,7	+14,4	+11,3	+ 4,7	−0,4
Insgesamt ohne EWG	62,2	+14,3	+15,6	+14,5	+11,7	+10,0	+ 3,4	−0,5

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern

Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost

41. Die Lieferungen aus der Bundesrepublik in das Währungsgebiet der DM-Ost hielten sich 1965 wiederum in der bescheidenen Größenordnung von nur wenig über 1 Mrd. DM. Das entspricht 0,3 vH des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik. Im ersten Halbjahr 1966 waren es 620 Millionen DM.

Größere Salden entstanden in den einzelnen Jahren nicht, weil bei den Handelspartnern der Bundesrepublik im innerdeutschen Warenverkehr das Bestreben besteht, möglichst nicht mehr im Bundesgebiet zu kaufen, als im Bundesgebiet abgesetzt werden kann.

42. Unter den westdeutschen Lieferungen haben die Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, und hier wiederum chemische Erzeugnisse und Düngemittel, besonders großes Gewicht; in allen Jahren seit 1958 lag der Anteil bei nahezu 50 vH (Tabelle 85 im Anhang). In der jüngsten Vergangenheit wurden vor allem mehr Nahrungs- und Genußmittel ge-

Tabelle 7

Indizes der Preise für Außenhandelsgüter

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Verkaufspreise für Ausfuhrgüter: insgesamt	darunter Güter der gewerblichen Wirtschaft: Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren: zusammen	darunter Investitionsgüter[1]	Einkaufspreise für Auslandsgüter: insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft: Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren: zusammen	darunter Investitionsgüter[1]
1959	−0,8	−0,6	−0,6	−0,7	−0,5	−2,5	−3,9	−3,5	+ 0,8	−2,2	−1,4
1960	+1,3	−0,9	+0,8	+1,6	+2,0	+0,7	−0,8	+0,9	+ 2,8	+0,9	−0,3
1961	−0,2	+0,1	−4,5	+0,3	+2,7	−3,8	−4,0	−4,0	− 4,8	−2,4	−1,3
1962	+0,2	±0,0	−3,3	+0,6	+2,6	−1,0	+1,6	−3,1	− 2,2	−1,2	+0,5
1963	+0,1	+2,3	−0,6	−0,1	+0,7	+2,4	+6,1	+0,8	+ 0,8	+0,4	+0,4
1964	+3,6	+2,4	+5,8	+3,4	+3,2	+2,1	+0,3	+2,7	+ 4,7	+2,1	+3,8
1965	+2,4	+1,9	+3,6	+2,3	+3,0	+2,5	+5,8	−1,3	+ 3,6	+0,8	+0,6
1964 1. Vierteljahr	+2,2	+2,5	+2,8	+2,1	+2,7	+1,2	−2,9	+4,6	+ 3,3	+2,0	+4,0
2. Vierteljahr	+3,7	+2,8	+5,8	+3,4	+3,3	+2,7	+1,5	+3,6	+ 4,3	+2,2	+4,2
3. Vierteljahr	+4,1	+3,0	+7,0	+3,9	+3,3	+2,4	+0,8	+2,9	+ 5,1	+2,2	+3,4
4. Vierteljahr	+4,4	+1,2	+7,3	+4,3	+3,9	+2,2	+1,9	−0,3	+ 6,2	+2,1	+3,4
1965 1. Vierteljahr	+3,6	+2,1	+6,5	+3,6	+3,4	+1,7	+4,3	−2,9	+ 4,9	+0,9	+0,3
2. Vierteljahr	+2,4	+1,4	+3,7	+2,6	+3,2	+2,4	+6,1	−2,4	+ 5,0	+0,8	±0,0
3. Vierteljahr	+1,9	+1,7	+2,3	+1,9	+3,1	+2,7	+6,4	−0,8	+ 3,0	+0,7	+1,1
4. Vierteljahr	+1,4	+2,5	+2,2	+1,2	+2,3	+2,8	+6,2	+0,9	+ 1,7	+0,9	+1,1
1966 1. Vierteljahr	+1,4	+1,4	+1,5	+0,8	+1,9	+3,5	+4,3	+4,4	+ 3,4	+1,7	+1,4
2. Vierteljahr	+2,4	+1,7	+3,7	+2,0	+2,5	+4,0	−0,6	+5,6	+12,9	+2,2	+1,7
3. Vierteljahr[2]	+2,2	+0,2	+3,1	+1,9	+2,6	+1,9	−4,0	+3,0	+10,6	+2,1	+1,3

[1]) nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppierte Fertigwaren-Enderzeugnisse
[2]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 8

Anteil der Einfuhr aus der Bundesrepublik an der Gesamteinfuhr ausgewählter Länder

vH

Zeitraum	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten
1954	7,9	13,4	16,9	35,9	20,5	21,7	2,7
1955	9,2	12,7	17,6	35,4	22,1	23,5	3,2
1956	10,1	12,5	17,8	34,0	22,0	24,4	3,9
1957	11,0	12,1	18,5	36,5	22,1	26,0	4,6
1958	11,6	12,0	19,5	39,1	23,4	26,6	4,9
1959	14,5	13,8	20,7	40,3	22,8	27,9	6,1
1960	15,8	14,2	21,6	39,9	21,4	29,4	6,1
1961	17,1	15,6	23,1	42,9	22,2	31,5	5,9
1962	17,6	16,9	23,1	42,3	22,0	31,5	5,9
1963	18,0	17,1	24,3	41,3	21,5	31,6	5,9
1964	18,3	16,3	24,3	41,7	21,5	30,3	6,3
1965	18,5	14,7	23,7	41,8	21,5	30,1	6,3
1966 1. Halbjahr	18,9	15,4	24,2	41,8	20,2	28,9	6,9

Schaubild 10

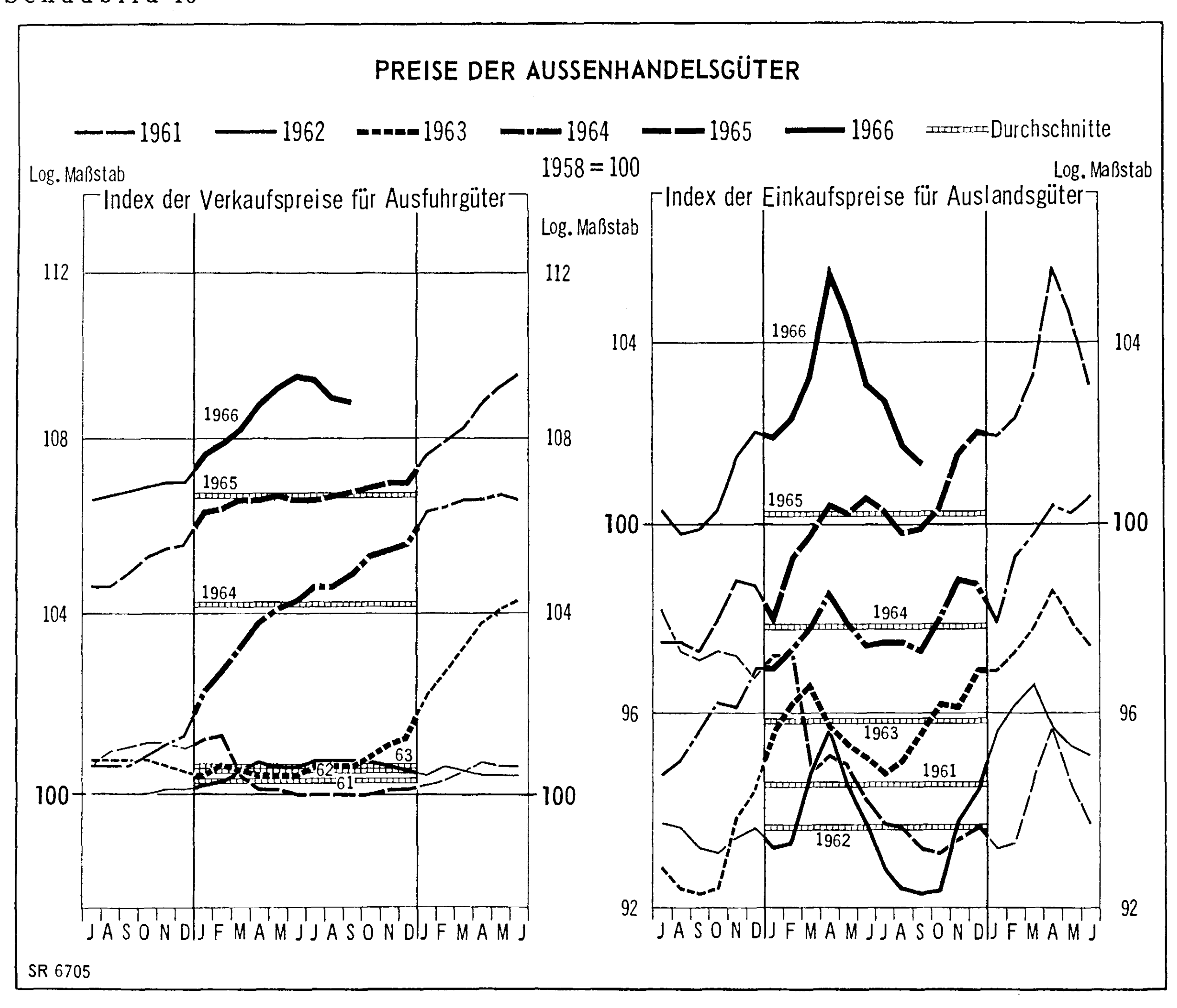


Schaubild 11

INDIZIEN FÜR DIE ENTWICKLUNG DER "INTERNATIONALEN WETTBEWERBSPOSITION" DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Veränderung der Lohnkosten je Produkteinheit [2] (in der Industrie)

Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr

Anteil der Bundesrepublik Deutschland an der Weltausfuhr

1) Frankreich, Italien, Beneluxländer, Großbritannien u. Vereinigte Staaten, zusammengewogen mit Anteilen am Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland. – 2) Quelle: EWG-Kommission.

SR 6676

liefert; gleichzeitig ging der Anteil der Investitionsgüter weiter zurück.

Das Sortiment der im innerdeutschen Warenverkehr bezogenen Waren ist breit gestreut. Ein gewisses Schwergewicht liegt bei Braunkohle; in den letzten Jahren haben Verbrauchsgüter, besonders Textilien und Bekleidung, an Bedeutung gewonnen; unter den Investitionsgütern spielen lediglich elektrotechnische Erzeugnisse eine größere Rolle.

III. Investitionen

Ausrüstungsinvestitionen

43. Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen seit Mitte 1965 läßt sich wie folgt kennzeichnen:

— Der jüngste Investitionszyklus trat im Verlauf des Jahres 1965 in seine Abschwungsphase ein; die Periode beschleunigten Investitionswachstums dauerte also rund zwei Jahre.

— Je mehr die konjunkturellen Auftriebskräfte nachließen, desto kleiner wurde der Spielraum der Selbstfinanzierung. Restriktionspolitische Maßnahmen bewirkten, daß die Investoren auch nicht verstärkt auf die Außenfinanzierung ihrer Projekte ausweichen konnten.

— Das Investitionsklima hat sich inzwischen in nahezu allen Bereichen abgekühlt.

— Die Preise für heimische Investitionsgüter haben, im Unterschied zum vorigen Konjunkturabschwung, erst in den letzten Monaten auf den konjunkturellen Klimawechsel reagiert. Steigende Exporte infolge der gegenläufigen Konjunkturentwicklung in wichtigen Abnehmerländern und die mit zunehmender internationaler Spezialisierung abnehmende Preiskonkurrenz sind mögliche Erklärungen für die verzögerte Preisreaktion.

Die Auftriebstendenzen aus dem Ausland werden wahrscheinlich nicht ausreichen, um bereits im Frühjahr 1967 die Investitionstätigkeit im Unternehmensbereich auf breiter Front zu beleben.

44. Daß der Höhepunkt des gegenwärtigen Investitionszyklus bereits im Verlauf des Jahres 1965 überschritten wurde, ist an den Zuwachsraten der Ausrüstungsinvestitionen abzulesen; seit dem zweiten Halbjahr 1965 nehmen die Zuwachsraten ständig ab (Tabelle 9).

Im Jahre 1966 werden die Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft), die über 95 vH aller Ausrüstungsinvestitionen bestreiten, ihre Investitionen weniger erhöhen als ihren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt; ähnlich wie 1952, 1957 und 1963 wird also ihre Investitionsquote zurückgehen (Schaubild 12).

45. Die Phase, in der sich das Investitionswachstum beschleunigte, war, wie aus Schaubild 13 hervorgeht, ungefähr so lang wie im vorausgegangenen Zyklus. Demgegenüber war die anschließende Phase der Hochkonjunktur merklich kürzer als zuvor. Berücksichtigt man, daß die Wachstumsraten zwischen 1958 und 1963 fast durchweg höher lagen, dann entspricht das erste Halbjahr 1966 etwa dem zweiten Halbjahr 1962. So gesehen fehlte im gegenwärtigen Zyklus die einjährige Periode von Mitte 1960

bis Mitte 1961, in der die Ausrüstungsinvestitionen zwar nicht mehr beschleunigt, aber doch mit fast unveränderter Rate zunahmen. Der Abschwung hat also diesmal eher eingesetzt.

46. Bereits Ende 1965 hatte die Industrie — dem Ifo-Investitionstest zufolge — für 1966 eine wesentlich geringere Ausweitung ihrer Investitionen geplant als für 1965 (5 vH gegenüber 16 vH). Im Verlauf des Jahres 1966 wurden die Investitionspläne weiter eingeschränkt. Im Frühjahr konnte nur noch mit einem Wachstum von 3 vH gerechnet werden. Die Ergebnisse der Nacherhebung im dritten Vierteljahr lassen bestenfalls erwarten, daß die industriellen Investitionen 1966 das Vorjahresniveau erreichen. Vor allem hat 1966 die Neigung zu Erweiterungsinvestitionen nachgelassen. In der Industrie beabsichtigten nur 34 vH der befragten Investoren, ihre Kapazitäten auszuweiten (1965: 40 vH), im Bauhauptgewerbe sogar nur noch 16 vH (1965: 21 vH). Nach den Befragungsergebnissen ist damit zu rechnen, daß im Bauhauptgewerbe die Investitionen 1966 auch weiterhin abnehmen werden, wie im Vorjahr um wenigstens 6 vH. Demgegenüber zeigte sich der Handel investitionsfreudig.

47. Wie die gesamten Investitionsausgaben hatten 1965 auch die gesamten Innenfinanzierungsmittel der Unternehmen langsamer zugenommen als im Vorjahr. Die Summe aus nichtentnommenen Gewinnen, Abschreibungen und Übertragungen des Staates stieg im Unter-

Tabelle 9

Ausrüstungsinvestitionen

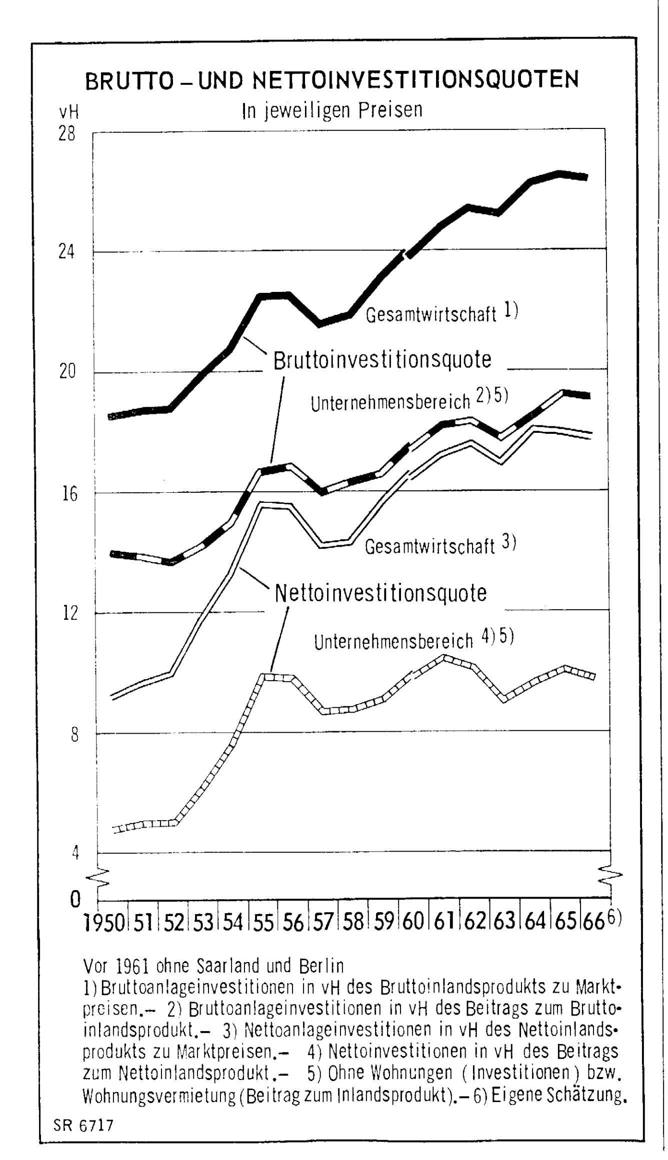
Zeitraum	Insgesamt		Neue Ausrüstungen			Preisindex für Ausrüstungen
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1954	aus inländischer Produktion zu Erzeugerpreisen	Einfuhr zu Grenzwerten	Eigenleistung und Handels- und Transportspannen	
			in jeweiligen Preisen			
	Mrd. DM					1954 = 100
1960	35,60	32,87	28,60	2,20	5,58	108,3
1961	40,66	36,65	32,38	2,62	6,40	110,9
1962	44,66	38,86	35,02	3,19	7,17	114,9
1963	45,97	39,90	36,20	3,12	7,34	115,2
1964 [1]	51,60	44,50	40,63	3,65	8,10	116,0
1965 [1]	58,70	49,19	45,40	4,91	9,15	119,3
1965 1. Halbjahr [1]	28,30	23,83	21,97	2,31	4,41	118,8
2. Halbjahr [1]	30,40	25,36	23,43	2,60	4,74	119,9
1966 1. Halbjahr [2]	30,06	24,74	22,86	2,90	4,72	121,5
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH					
1961	*+14,2*	*+11,5*	*+13,2*	*+19,1*	*+14,7*	*+2,4*
1962	*+ 9,8*	*+ 6,0*	*+ 8,2*	*+21,8*	*+12,0*	*+3,6*
1963	*+ 2,9*	*+ 2,7*	*+ 3,4*	*− 2,2*	*+ 2,4*	*+0,3*
1964 [1]	*+12,2*	*+11,5*	*+12,2*	*+17,0*	*+10,4*	*+0,7*
1965 [1]	*+13,8*	*+10,5*	*+11,7*	*+34,5*	*+13,0*	*+2,8*
1965 1. Halbjahr [1]	*+16,5*	*+13,3*	*+16,1*	*+28,3*	*+10,3*	*+2,9*
2. Halbjahr [1]	*+11,4*	*+ 8,1*	*+ 7,9*	*+40,5*	*+15,6*	*+3,0*
1966 1. Halbjahr [2]	*+ 6,2*	*+ 3,8*	*+ 4,1*	*+25,5*	*+ 7,0*	*+2,3*

[1]) vorläufige Ergebnisse
[2]) erste vorläufige Ergebnisse

nehmensbereich (ohne Wohnungswirtschaft) nur noch um 5,6 vH (1964: 14,2 vH). Wie Schaubild 14 erkennen läßt, stimmen Innenfinanzierungsmöglichkeiten und Investitionstätigkeit der Unternehmen in der Entwicklung weitgehend überein. Längerfristig haben die Unternehmen eine allmähliche Verringerung ihrer Innenfinanzierungsquote hingenommen. Die damit wachsende Abhängigkeit von Außenfinanzierungsmöglichkeiten erhöht zugleich die Reagibilität der Investoren auf Maßnahmen, die die Aufnahme von Krediten erschweren. Die jüngste Entwicklung scheint dies zu bestätigen.

48. Das Investitionsklima hat sich im Verlauf des Jahres 1966 in mehr und mehr Bereichen verschlechtert. Die Inlandsbestellungen beim Maschinenbau, der nahezu alle Bereiche mit Ausrüstungsgütern beliefert, lassen dies deutlich

Schaubild 12



Vor 1961 ohne Saarland und Berlin
1) Bruttoanlageinvestitionen in vH des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen.– 2) Bruttoanlageinvestitionen in vH des Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt.– 3) Nettoanlageinvestitionen in vH des Nettoinlandsprodukts zu Marktpreisen.– 4) Nettoinvestitionen in vH des Beitrags zum Nettoinlandsprodukt.– 5) Ohne Wohnungen (Investitionen) bzw. Wohnungsvermietung (Beitrag zum Inlandsprodukt).– 6) Eigene Schätzung.

SR 6717

Tabelle 10

Auftragseingang aus dem Inland in 31 Zweigen des Maschinenbaus

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Zeitraum	Es meldeten ... Zweige eine Zunahme	Abnahme
1958	17	14
1959	31	—
1960	30	1
1961	9	22
1962	8	23
1963	18	13
1964	30	1
1965	21	10
1963 1. Halbjahr	8	23
2. Halbjahr	25	6
1964 1. Halbjahr	30	1
2. Halbjahr	25	6
1965 1. Halbjahr	24	7
2. Halbjahr	16	15
1966 1. Halbjahr	8	23
3. Vierteljahr	5	26

ohne Berlin; bis einschließlich 1961 ohne Saarland
Quelle: VDMA

erkennen. Während im zweiten Halbjahr 1965 von 31 Zweigen des Maschinenbaus immer noch gut die Hälfte eine Zunahme des Auftragseingangs aus dem Inland meldete, war es im ersten Halbjahr 1966 — ebenso wie in der ersten Jahreshälfte 1963 — ein Viertel, im dritten Vierteljahr 1966 sogar nur noch ein Sechstel (Tabelle 10). Höhere Auftragseingänge melden im wesentlichen nur noch jene Zweige des Maschinenbaus, die für konsumnahe Bereiche oder unmittelbar für den privaten Verbrauch produzieren (zum Beispiel Druck- und Papiermaschinen, Wäschereimaschinen und Nähmaschinen).

49. Obwohl der Auftragseingang aus dem Inland nun schon seit dem vierten Vierteljahr 1965 hinter dem Inlandsabsatz zurückbleibt, stiegen die Investitionsgüterpreise noch bis zum August 1966; sie waren im dritten Vierteljahr 1966 um 2,9 vH höher als im Vorjahr. Im vorigen Konjunkturabschwung war die Phase, in der der Auftragseingang ebenfalls merklich unter dem Inlandsabsatz lag (Mitte 1962 bis Mitte 1963), zugleich eine Periode stabiler Preise gewesen (Schaubild 15). Allerdings — und darin besteht wohl der Unterschied zur gegenwärtigen Situa-

tion — dürfte es damals wegen der Aufwertung für die Unternehmen schwerer gewesen sein, auf die Auslandsmärkte auszuweichen. Bis Ende 1962 waren die Neubestellungen aus dem Ausland geringer als die gleichzeitigen Ausfuhren. Demgegenüber lagen 1965/66 die Auftragseingänge aus dem Ausland ständig über dem laufenden Absatz.

50. Der Druck auf die Preise scheint auch deshalb geringer zu sein als noch im letzten Wachstumszyklus, weil die direkte internationale Preiskonkurrenz infolge zunehmender Spezialisierung der Anbieter geringer wird. In diese Richtung weisen jedenfalls die Ergebnisse einer Umfrage des Ifo-Instituts. Danach wurden rund zwei Drittel der importierten Investitionsgüter deshalb eingeführt, weil vergleichbare Produkte im Inland nicht hergestellt werden. Dies ist wohl auch einer der Gründe dafür, warum in nahezu allen hochindustrialisierten Ländern der Anteil der Investitionsgütereinfuhren an den Gesamteinfuhren in den letzten Jahren stark gestiegen ist (Tabelle 11). Zunehmende internationale Arbeitsteilung bringt es mit sich, daß die heimischen Investoren weniger Möglichkeiten haben, kurzfristig auf günstigere ausländische Angebote auszuweichen. Es überrascht daher nicht, daß die Preise für heimische Investitionsgüter deutlich stärker steigen konnten als die Preise für importierte Investitionsgüter (Schaubild 16).

Schaubild 13

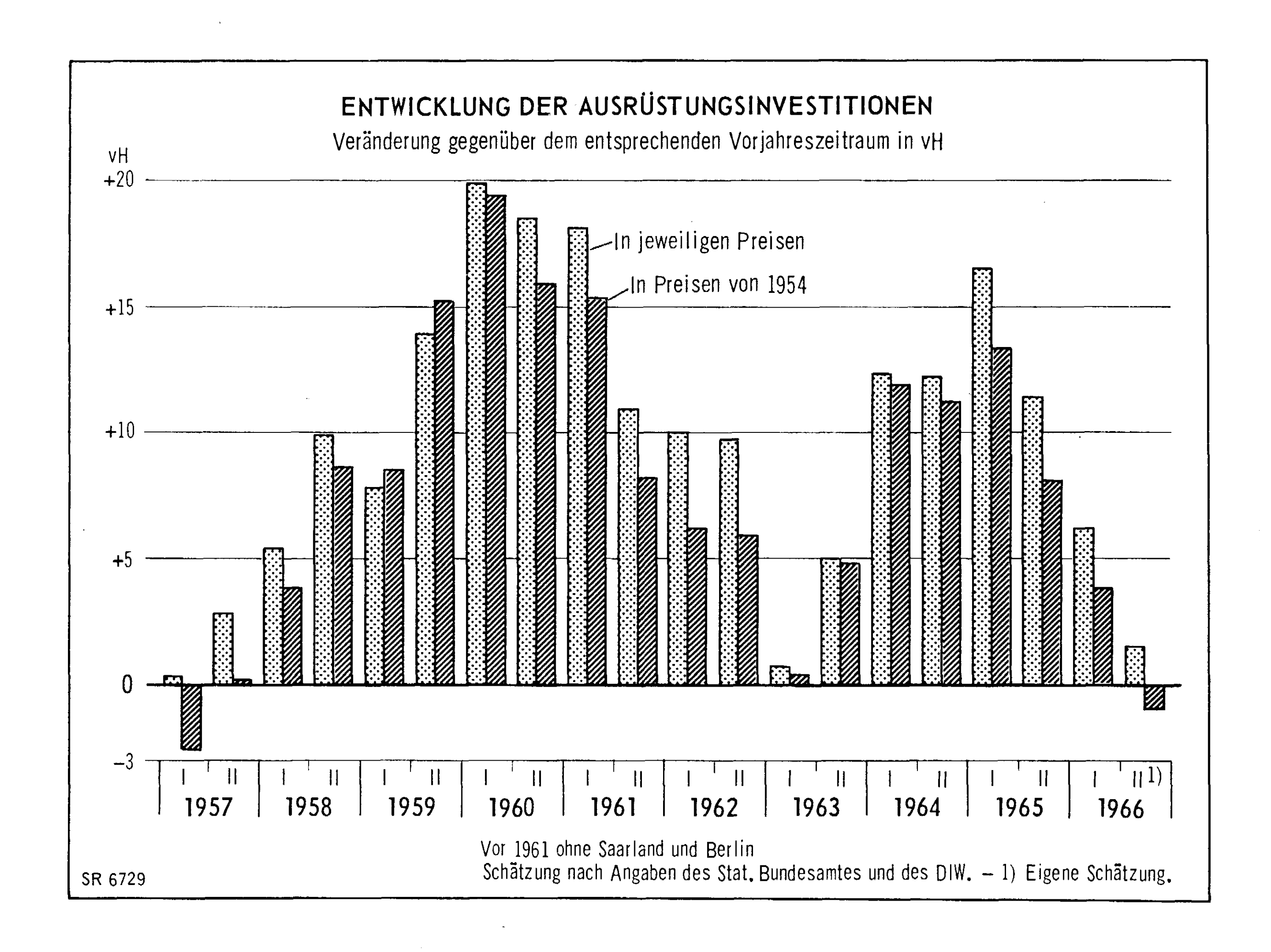


Schaubild 14

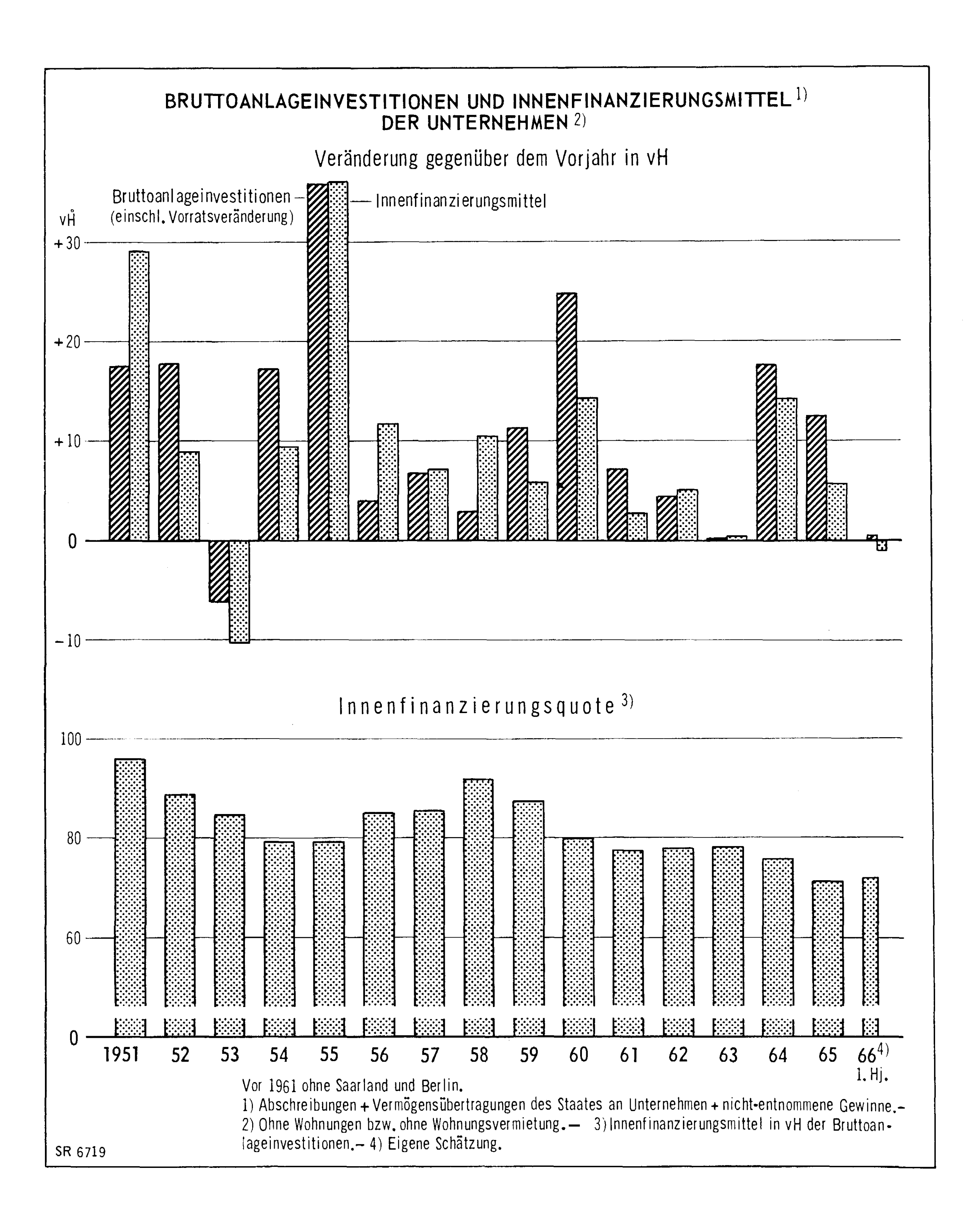


Schaubild 15

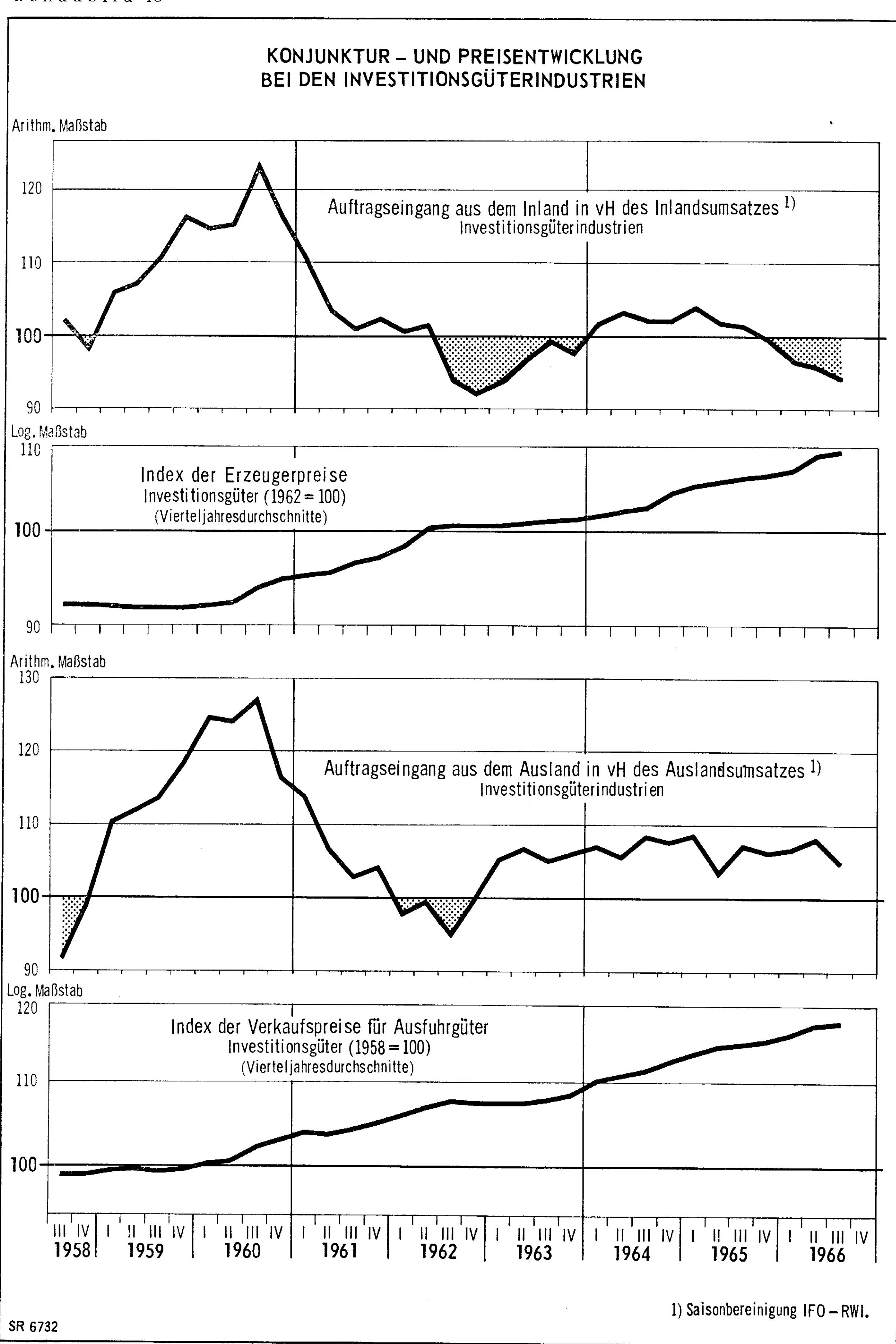


Schaubild 16

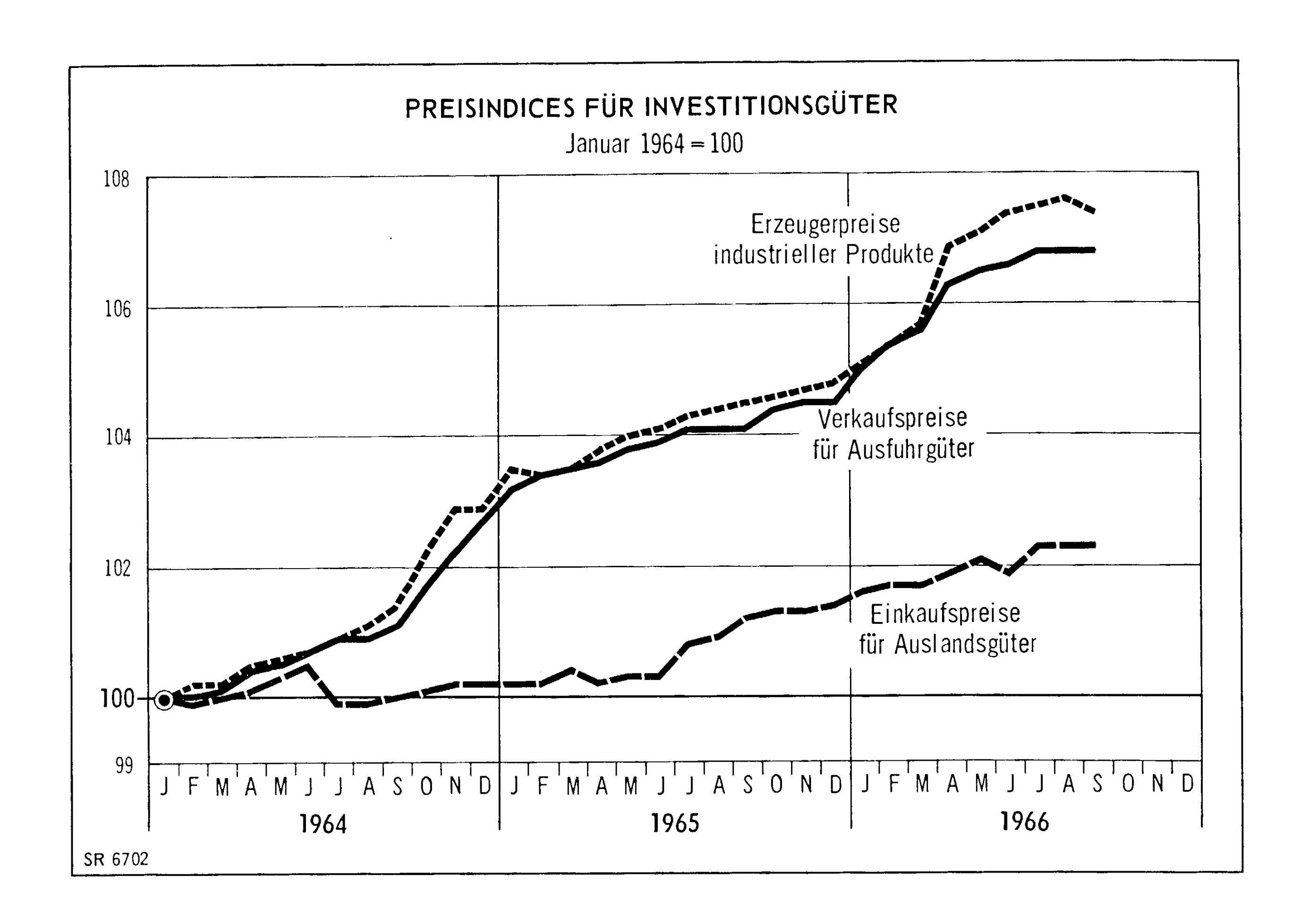


Tabelle 11

Investitionsgütereinfuhr ausgewählter Länder

Anteil an der Gesamteinfuhr in vH

	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Bundesrepublik Deutschland	7,6	8,1	9,1	11,1	11,3	11,0	11,2	12,0
Belgien-Luxemburg	16,0	15,2	20,0	21,8	23,5	23,9	22,6	22,2
Frankreich	12,4	13,0	14,7	16,1	17,9	17,7	18,7	19,1
Italien	11,2	11,7	13,4	16,9	19,1	19,2	18,0	14,7
Niederlande	18,4	17,9	21,0	22,8	24,1	24,4	22,7	22,2
Großbritannien	6,0	6,5	7,7	8,4	8,9	8,4	9,8	10,6
Schweden	22,2	22,3	22,4	23,7	25,1	24,4	24,1	25,2
Vereinigte Staaten	6,1	7,1	7,8	8,6	9,0	9,0	9,8	11,8

51. Die Frühindikatoren für die Ausrüstungsinvestitionen deuten darauf hin, daß sich die Investitionstätigkeit kaum vor Mitte nächsten Jahres wesentlich beleben wird.

In den Investitionsgüterindustrien gehen die Auftragseingänge aus dem Inland beschleunigt zurück (Schaubild 17).

Vor allem im Maschinenbau, dessen Entwicklung besonders stark von der Investitionstätigkeit bestimmt wird, ist die Situation sehr ungünstig. Im Unterschied zum vorigen Konjunkturzyklus wurde jedoch jener Teil des Maschinenbaus, der Investitionsgüter für die Investitionsgüterindustrien selbst herstellt, bisher noch recht wenig von der abgeschwächten Investitionskonjunktur betroffen (Schaubild 18).

Auch der geringe Grad der Kapazitätsauslastung in der Industrie läßt erwarten, daß sich das Investitionsklima nicht schnell bessern wird. Diese Vermutung wird durch die Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests gestützt. Offenbar hat die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäfts noch keine optimistischere Einschätzung der näheren Zukunft bewirkt. Die Erwartungen der befragten Unternehmen gehen eher dahin, daß sich in der verarbeitenden Industrie die Geschäftslage in den kommenden Monaten noch weiter verschlechtern wird.

Nach den bisher vorliegenden Plänen ist 1967 im Bereich der Industrie mit einem merklichen Rückgang der Investitionen zu rechnen. In der Bauwirtschaft wird die konjunkturelle und restriktionspolitisch erzwungene Abschwächung der Baunachfrage zunehmend spürbar. Auch im Handel werden die Aussichten für die kommenden Monate weniger optimistisch als bisher beurteilt.

Schaubild 17

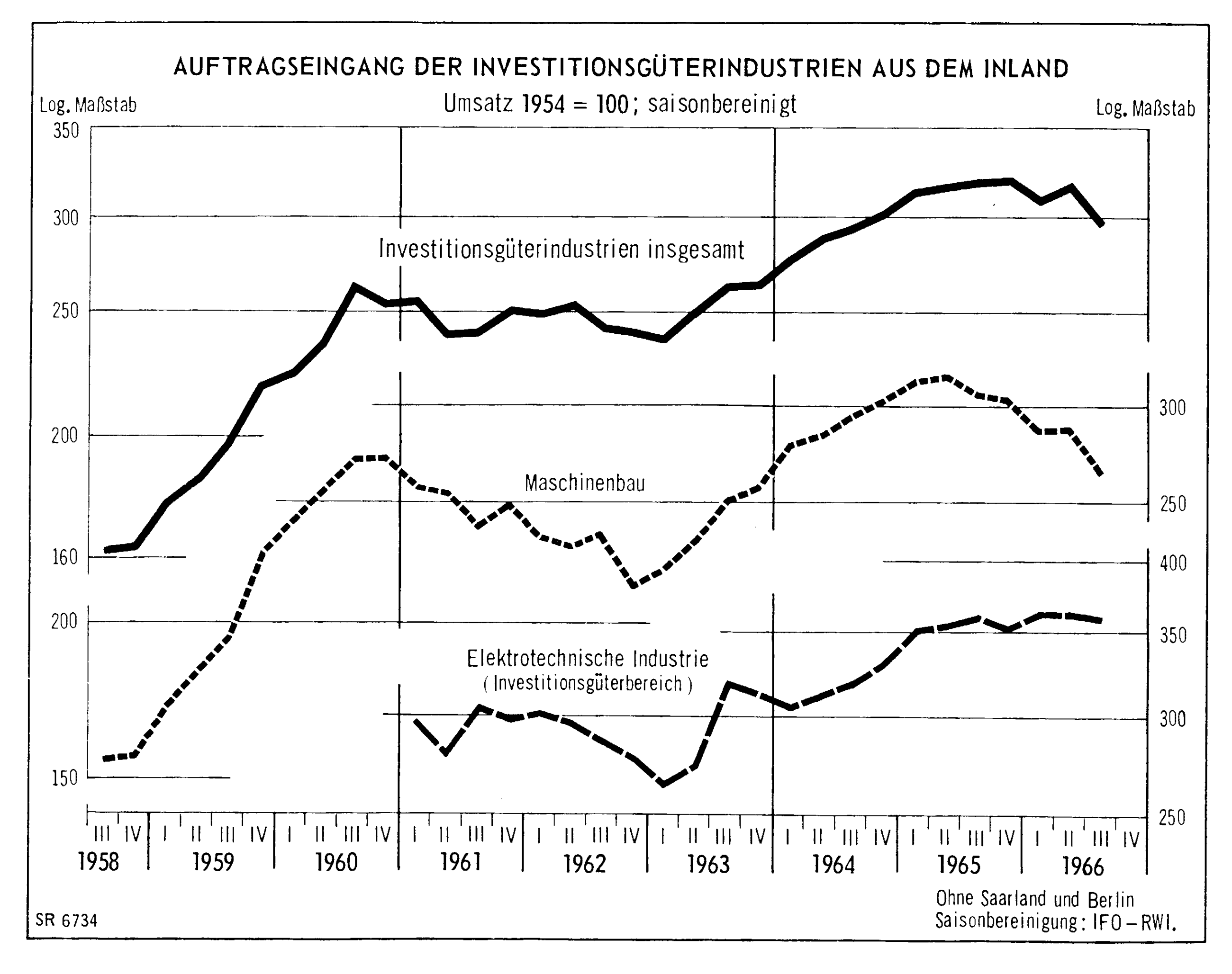
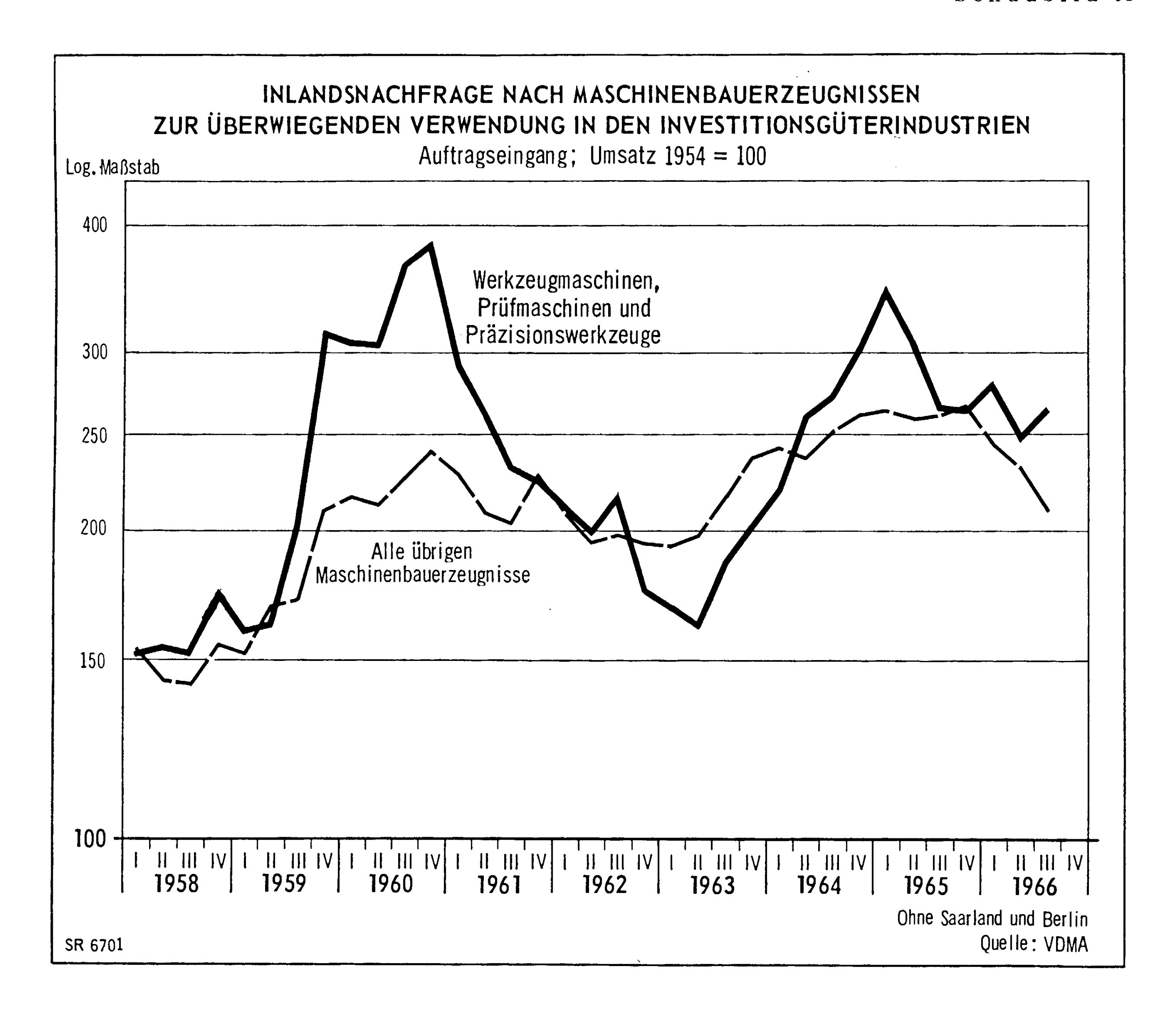


Schaubild 18

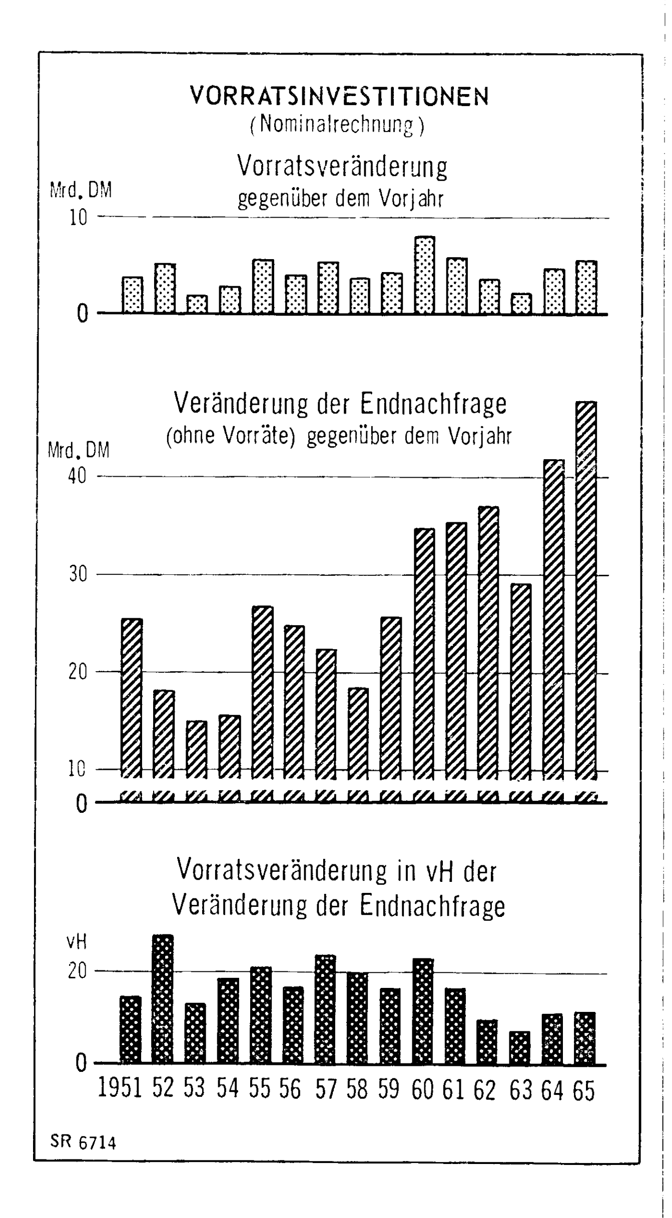


Vorratsinvestitionen

52. Wie in der Abschwungsphase vergangener Wachstumszyklen nehmen auch gegenwärtig die gesamtwirtschaftlichen Lagerbestände nur noch wenig zu. Bereits im zweiten Halbjahr 1965 wuchsen die Vorräte nicht nur saisonbedingt weniger stark als im ersten Halbjahr, sondern gingen — ähnlich wie 1962 — sogar leicht zurück. Die saisonübliche Lageraufstokkung im ersten Halbjahr 1966 war mit 2,7 Mrd. DM geringer als jemals in den letzten sechs Jahren.

53. Über mehrere Wachstumszyklen hinweg zeigen die Vorratsinvestitionen fast den gleichen Rhythmus wie die Veränderungen der Endnachfrage (Schaubild 19). Seit 1950 kam es in keinem einzigen Jahr zu einem Lagerabbau; die Werte der Lageraufstockung bewegen sich, sieht man vom Jahre 1960 ab, das eine Ausnahme bildet, zwischen rund 2 Mrd. DM in nachfrageschwachen Jahren (1953 und 1963) und rund 6 Mrd. DM in nachfragestärkeren Jahren (1955, 1961 und 1964); entsprechend schwankt das Verhältnis zwischen Vorratsveränderung und Veränderung der Endnachfrage innerhalb relativ enger Grenzen. Hinzu kommt, daß die Impulse, die dem Konjunkturverlauf durch Lagerschwankungen erteilt werden, eher abnehmen, da die Vorräte nicht so stark wachsen wie die Endnachfrage und insofern ständig an Gewicht verlieren. Dieser Trend ist das Ergebnis von Rationalisierungserfolgen in der Lagerhaltung, die den Fortschritten in der Transport- und Kommunikationstechnik sowie in der innerbetrieblichen Organisation zu verdanken sind, aber auch mit der Betriebs- und Unternehmenskonzentration und mit der zwischenbetrieblichen Kooperation zusammenhängen.

Schaubild 19



All dies schließt selbstverständlich nicht aus, daß Schwankungen der Vorratsinvestitionen — Lagerzyklen — in einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft, zum Beispiel in der Eisen- und Stahlindustrie, nach wie vor bestimmende Faktoren der Branchenkonjunktur sind.

Bauinvestitionen

54. Lag es 1965 hauptsächlich am schlechten Wetter, wenn die Bauinvestitionen nur wenig zunahmen, so hat sich nunmehr wegen nachlassender Nachfrage die Baukonjunktur zunehmend verschlechtert. Folgende Faktoren waren dafür ausschlaggebend:

— Mit der Abschwächung der Investitionstätigkeit im Unternehmensbereich sinkt dort der Bedarf an Bauinvestitionen.

— Infolge von Finanzierungsschwierigkeiten mußte die öffentliche Hand zahlreiche Bauinvestitionen aufschieben.

— Im Wohnungsbau haben die kreditpolitische Restriktion und die Einschränkung der staatlichen Förderung dazu geführt, daß nun auch dieser Teil der Bauinvestitionen wesentlich langsamer wächst als in den letzten Jahren.

Dies alles überschneidet sich mit der seit längerem zu beobachtenden Tendenz zu geringeren Wachstumsraten der Bauinvestitionen.

55. Im Jahre 1965 wuchs das Volumen der Bauinvestitionen nur um 3 vH. Der verregnete Sommer und der früh einsetzende Winter hemmten die Bautätigkeit. Die konjunkturellen Einflüsse waren dagegen noch gering. Erste Anzeichen einer Abschwächung der Nachfrage nach Hochbauten waren im zweiten Halbjahr 1965 zu beobachten. Außer im Wohnungsbau nahmen die Baugenehmigungen in allen Bereichen des Hochbaus wesentlich langsamer zu als 1964 (Schaubild 20).

56. Seit dem Frühjahr 1966 werden für Hochbauten weniger Genehmigungen erteilt als im Vorjahr (Tabelle 12). Auch die Auftragsvergaben für Tiefbauten liegen unter dem Vorjahresniveau (Tabelle 13). Die Bautätigkeit hat sich der veränderten Nachfrage angepaßt. Zwar waren im ersten Vierteljahr 1966 die realen Bauinvestitionen, des besseren Wetters wegen, um 13 vH höher als im Vorjahr; im zweiten Vierteljahr betrug der Abstand aber nur noch 3 vH. Seither ist das Bauvolumen trotz günstiger Witterung praktisch auf dem Vorjahresstand.

Von der Kapazität her wäre eine weitere kräftige Steigerung der Bauinvestitionen möglich gewesen: der Gerätebestand des Bauhauptgewerbes hatte 1965 nochmals um 11 vH zugenommen; er ist damit fast doppelt so groß wie 1960. Zum ersten Mal ist im Baugewerbe die Beschäftigtenzahl spürbar zurückgegangen: im September 1966 waren hier knapp 70 000 Personen weniger beschäftigt als ein Jahr vorher.

57. Auch für Wirtschaftsbauten wurden weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr. Der Rückgang vom zweiten Halbjahr 1965 setzte sich, mit einer kurzen Unterbrechung im Frühjahr, im weiteren Verlauf des Jahres 1966 fort (Tabelle 12).

58. Die Bauausgaben des Staates nahmen 1965 und 1966 noch weniger zu als die der Unternehmen, nicht zuletzt wohl wegen der akuten Finanzierungsschwierigkeiten, insbesondere bei den Ländern und Gemeinden. Wie groß diese Finanzierungsschwierigkeiten sind, geht zum Beispiel aus Meldungen hervor, nach denen öffentliche Bauaufträge nur noch bei längerfristiger Vorfinanzierung durch den Auftragnehmer erteilt

Schaubild 20

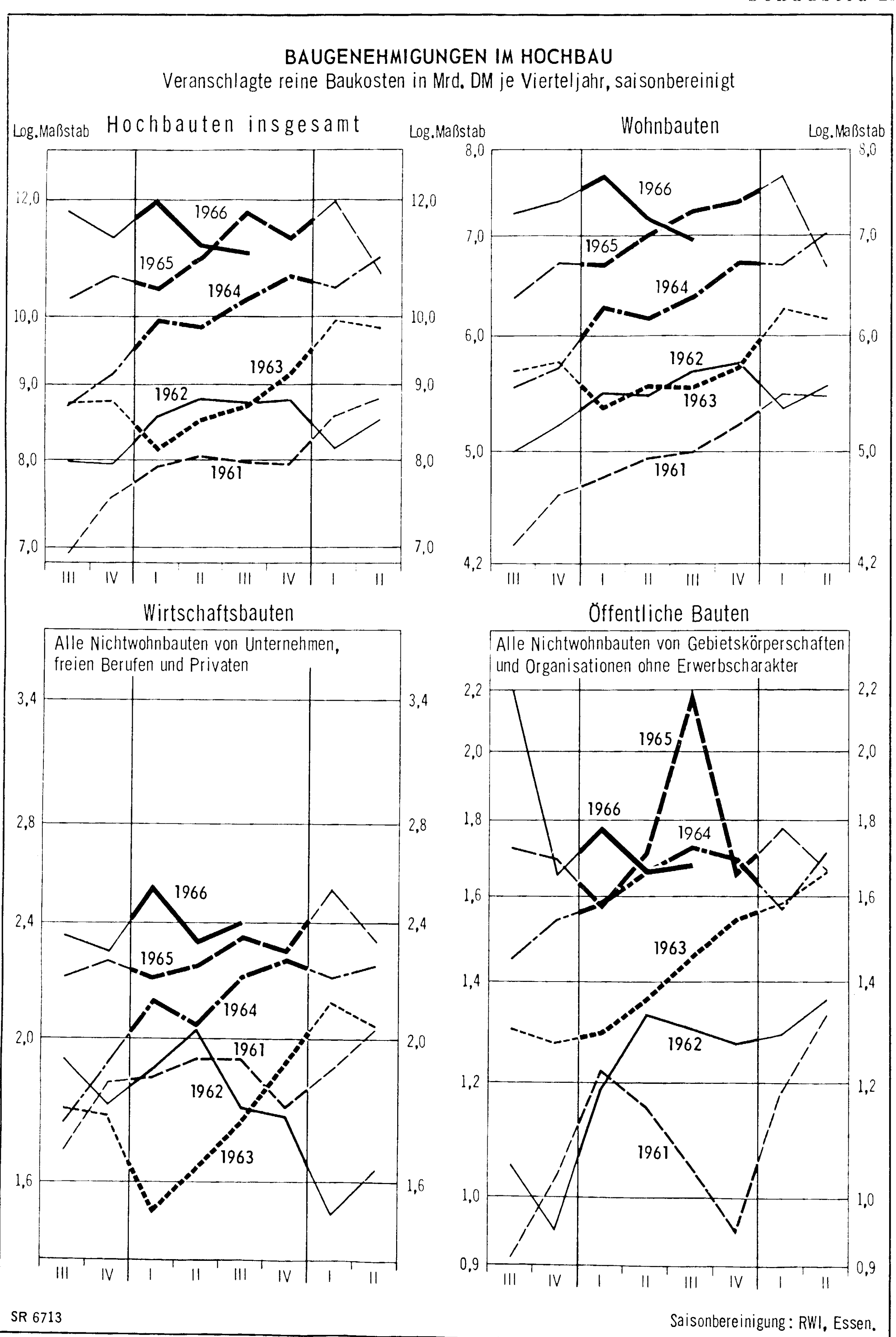


Tabelle 12

Baugenehmigungen im Hochbau

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1964	1965	1965				1966		
			1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
	a) Gewerbliche und industrielle Hochbauten								
Umbauter Raum insgesamt	+ 20,9	− 1,0	− 4,3	+ 4,5	− 2,0	− 3,1	+16,8	− 5,7	− 4,2
davon:									
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	+ 11,5	− 0,7	− 5,7	+ 2,1	+ 0,5	− 1,5	+11,5	−17,6	−10,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	+ 21,1	+ 0,7	− 5,3	+11,3	− 2,3	− 0,9	+23,9	− 4,3	− 0,8
Bürogebäude	+103,8	+13,2	+23,3	+ 6,4	+ 7,9	+16,6	− 8,6	+43,3	− 2,4
Sonstige	+ 8,9	−34,6	−14,5	−49,2	−17,1	−49,7	−18,3	− 5,6	−30,9
	b) Öffentliche Hochbauten								
Umbauter Raum insgesamt	+ 14,0	− 0,1	− 4,9	− 1,3	+15,1	− 9,8	+10,7	−11,3	−26,3
davon:									
Anstaltsgebäude	+ 5,5	− 5,0	−13,1	+11,3	+ 2,9	−16,8	+11,5	−21,4	−13,1
Bürogebäude	+127,9	+ 2,0	+59,3	−19,6	+52,0	−35,9	−35,2	+ 0,6	−55,6
Schulgebäude	+ 8,1	−11,0	− 3,4	−11,8	− 6,4	−19,8	+11,6	−12,3	−27,0
Sonstige	+ 13,2	+12,6	− 9,4	+ 2,8	+34,3	+14,2	+21,6	− 4,3	−26,1
	c) Wohnbauten nach Bauherren								
Zahl der Wohnungen insgesamt[1]	+ 4,4	+ 3,4	− 1,1	+ 4,7	+ 5,7	+ 3,3	+ 9,5	− 5,9	−12,3
darunter für:									
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen ..	+ 1,5	− 3,4	−14,3	− 4,3	− 2,6	+ 4,5	+12,5	− 6,6	−23,2
Freie Wohnungsunternehmen	+ 13,9	+25,8	− 4,2	+36,8	+30,1	+34,5	+51,2	+11,3	−12,3
Private Haushalte	+ 5,4	+ 3,6	+ 2,6	+ 5,0	+ 5,3	+ 0,9	+ 6,6	− 6,8	− 7,4
Umbauter Raum der Wohngebäude	+ 7,2	+ 5,3	+ 1,9	+ 8,2	+5,6	+ 4,6	+11,1	− 4,8	− 9,9

[1]) einschließlich öffentlicher Bauherren und Unternehmen

wurden. Es häufen sich Klagen der Bauwirtschaft über einen schleppenden Zahlungseingang aus Forderungen an die öffentliche Hand, die aus der Abwicklung laufender Projekte herrühren. Die Tiefbauaufträge der Gemeinden nahmen in den ersten neun Monaten am stärksten ab (Tabelle 13). Bei den Schulbauten, die vorwiegend von den Kommunen getragen werden, wurde, nachdem die erteilten Baugenehmigungen schon 1965 beträchtlich zurückgegangen waren (— 11 vH), die Planung neuer Projekte noch einmal eingeschränkt (Tabelle 12).

59. Im Wohnungsbau wird die Investitionsneigung nun ebenfalls geringer. Das Volumen der genehmigten Wohnbauten nimmt gegenüber dem Vorjahr ab (Tabelle 12). Die tatsächlichen Ausgaben für den Wohnungsbau sind im ersten Halbjahr 1966 zwar immer noch um etwa 8,7 vH gestiegen, die Auftragsreserve des Baugewerbes wurde aber nach den Konjunkturtestergebnissen im Verlauf des Jahres ständig kleiner. Auch der Wohnungsbau dürfte im zweiten Halbjahr 1966 kaum größer sein als in der zweiten Jahreshälfte 1965.

60. Im Jahre 1965, als der Kapitalmarkt auch schon wenig ergiebig und das Zinsniveau schon hoch war, konnten im Wohnungsbau die Bauherren in größerem Maße auf andere Finanzierungsquellen zurückgreifen (Tabelle 86 im Anhang). Während die Hypothekenbanken infolge der Kapitalmarktmisere gegenüber 1964 weniger Mittel (—5,8 vH) zu höheren Zinssätzen für den Wohnungsbau bereitstellten, hat sich der Beitrag der Bausparkassen, Sparkassen und Versicherungen zur Wohnungsbaufinanzierung kräftig erhöht (+ 5,5 vH).

Im Jahre 1966 haben die Sparkassen und Bausparkassen trotz stark steigender Neuabschlüsse

Tabelle 13

Auftragsvergaben der öffentlichen Hand für Tiefbauten nach der Art der Bauten und Bauherren (Baulastträger) [1]

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1964	1965	1965				1966		
			1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
Insgesamt	+ 0,5	+15,7	+20,4	+11,6	+11,0	+25,0	+ 1,3	— 6,2	— 9,1
Art der Bauten									
Straßen	— 1,9	+16,4	+25,4	+ 9,7	+18,0	+18,2	+ 8,0	— 4,0	—14,2
Straßenbrücken	+ 8,2	+26,7	+52,8	+51,9	— 1,4	+23,8	— 9,4	+31,9	+ 7,8
Bundeswasserstraßen [2]	+ 0,9	—14,9	+40,4	—25,8	—22,3	—36,4	—20,5	—18,4	+51,5
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten [3]	— 5,0	+11,3	— 0,2	+15,5	— 2,9	+36,3	+ 6,7	—23,5	+ 0,5
Sonstige Tiefbauten	+14,6	+19,8	+ 9,9	+ 3,1	+21,3	+45,1	— 8,6	—10,7	—26,7
Bauherren									
Bund	+11,3	+14,5	+25,4	+ 1,4	+19,4	+16,4	+14,9	+17,3	—11,5
Länder	—18,5	+18,6	+45,6	+21,9	+ 9,3	+ 7,1	— 7,2	—12,6	—12,2
Gemeinden [4] und Gemeindeverbände	+ 2,0	+14,0	+ 5,5	+12,0	+ 4,0	+39,6	— 9,5	—18,7	— 9,6
Sonstige [5]	— 2,7	+29,7	+28,2	+57,2	+12,9	+28,2	+18,0	—19,5	+ 6,7

[1]) Aufträge über 25 000 DM ohne das vom Bauherren gestellte Material. Ohne Nachträge.

[2]) einschließlich Häfen

[3]) einschließlich Landeskulturbauten

[4]) über 5000 Einwohner

[5]) Juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, bei denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist.

von Raten- und Bausparverträgen und beträchtlicher Rückflüsse von Tilgungen den Rückgang bei den Emissionsinstituten nicht ausgleichen können. Die Neuzusagen der Kapitalsammelstellen nehmen seit Anfang des Jahres ab. Zu dem Mangel an privaten Mitteln kommt die weitere Einschränkung der öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus (Tabelle 14).

61. Regional gesehen war die Entwicklung der Bautätigkeit uneinheitlich (Schaubild 21). Während in den meisten Bundesländern die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sogar absolut zurückging, nahm sie in Hessen etwa mit derselben Rate wie im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, in Bayern sogar noch stärker zu.

62. Wenn auch die geschilderte Abschwächung im Wachstum der Bauinvestitionen hauptsächlich konjunkturellen Komponenten zuzurechnen ist, so entspricht sie doch zu einem gewissen Teil einem längerfristigen Trend. Das Volumen der Bauinvestitionen ist seit 1950 von Jahrfünft zu Jahrfünft langsamer gewachsen (Schaubild 22). Dabei hat sich seine Zusammensetzung geändert (Schaubild 23). Der Anteil des Wohnungsbaus nimmt seit Anfang der fünfziger Jahre ständig ab. Der öffentliche Bau hat inzwischen ein größeres Gewicht als die Bauinvestitionen der Unternehmen. Entsprechend groß ist der unmittelbare Einfluß des Staates auf die Baukonjunktur.

Tabelle 14

Finanzierung des Wohnungsbaus

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1964	1965					1966		
		Jahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
Kapitalsammelstellen [1]									
Neue Hypothekenzusagen									
Emissionsinstitute ...	+19,5	− 8,2	+11,2	−19,1	−16,1	− 6,3	−24,2	−29,6	−36,4[a])
Sparkassen	+21,2	+11,9	+19,9	+17,2	+12,6	− 0,1	+ 3,4	−10,1	−20,3[a])
Bausparkassen	+17,3	+26,3	+20,3	+30,6	+25,4	+30,2	+ 7,1	+15,4	+ 3,8
insgesamt ...	+19,1	+11,5	+16,3	+10,8	+ 9,2	+10,2	− 3,5	− 2,7	−12,9
darunter sozialer Wohnungsbau	+20,9	− 3,1	+ 1,7	− 0,9	− 3,1	− 8,9	−11,1	−13,1	−18,2
Auszahlungen	+14,4	+ 9,0	+11,9	+ 6,4	+11,4	+ 7,3	− 1,9	+ 4,5	− 1,2
darunter sozialer Wohnungsbau	+10,6	− 3,4	+ 1,9	− 6,0	+ 0,4	− 7,7	− 5,2	− 2,3	− 5,4
Öffentliche Förderung [2]									
Bewilligungen	+31,5	− 9,2	−22,0	−21,0	− 0,8	− 3,6	−13,7	−15,4	−18,8[a])
Auszahlungen	+32,2	+ 6,2	−23,1	+45,7	+ 3,4	− 2,4	−11,6	− 7,2	−12,6[a])

[1]) ohne Lebens- und Sozialversicherungen

[2]) Kapitalhilfen: Bundes-, Lastenausgleichs- und eigene Landesmittel, über die durch die Bewilligungsstellen der Länder verfügt wird

[a]) Juli, August

Schaubild 21

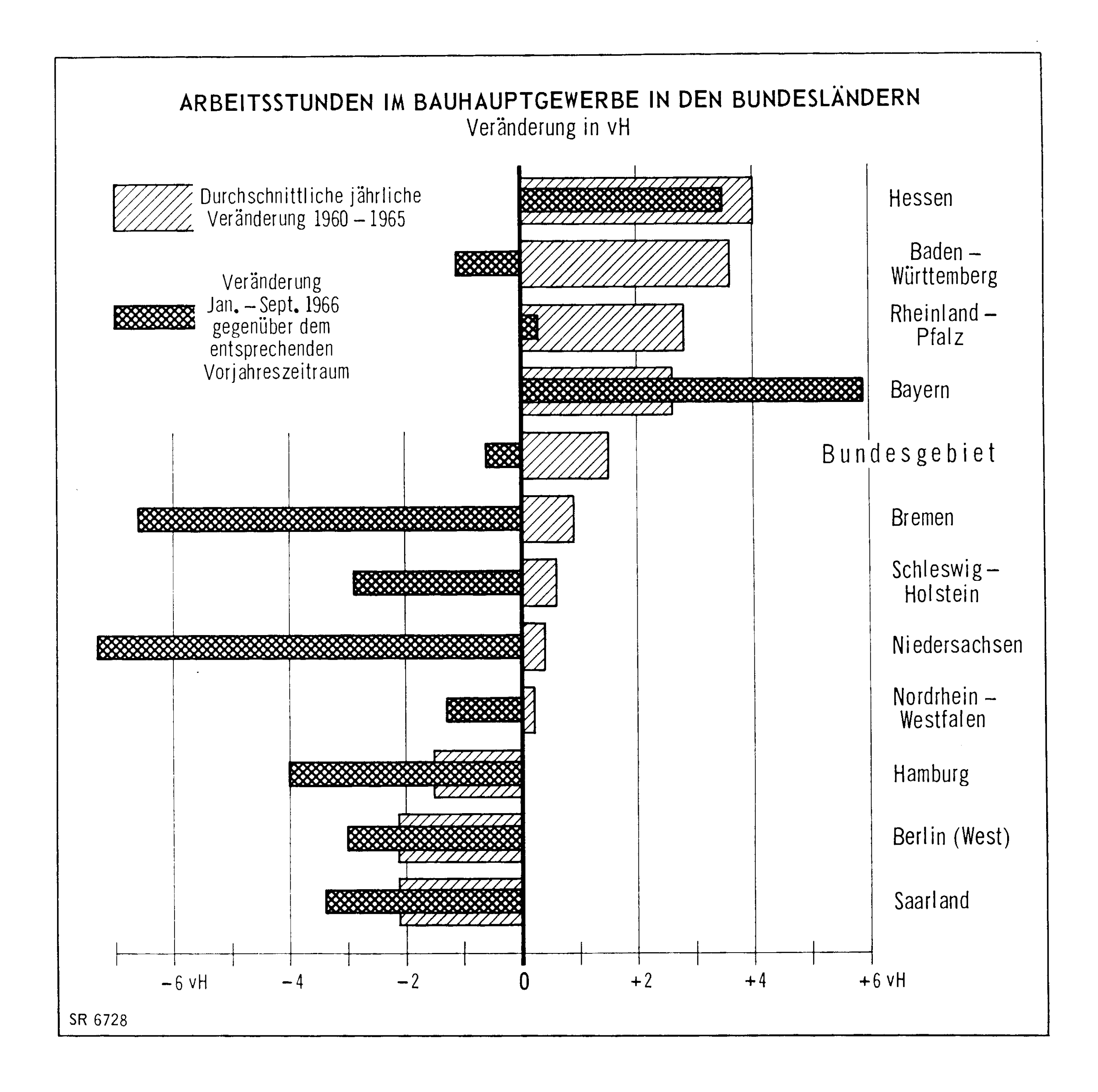


Schaubild 22

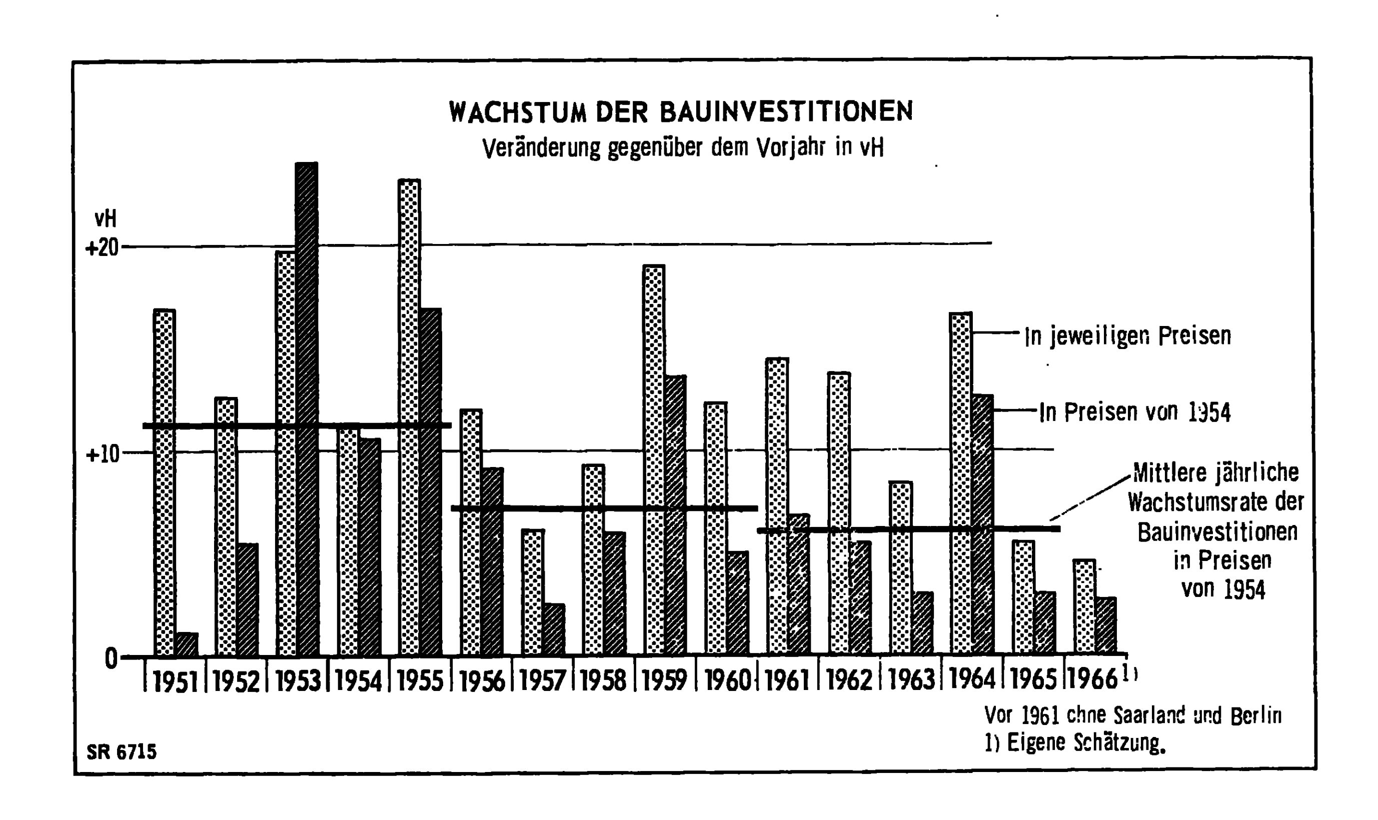
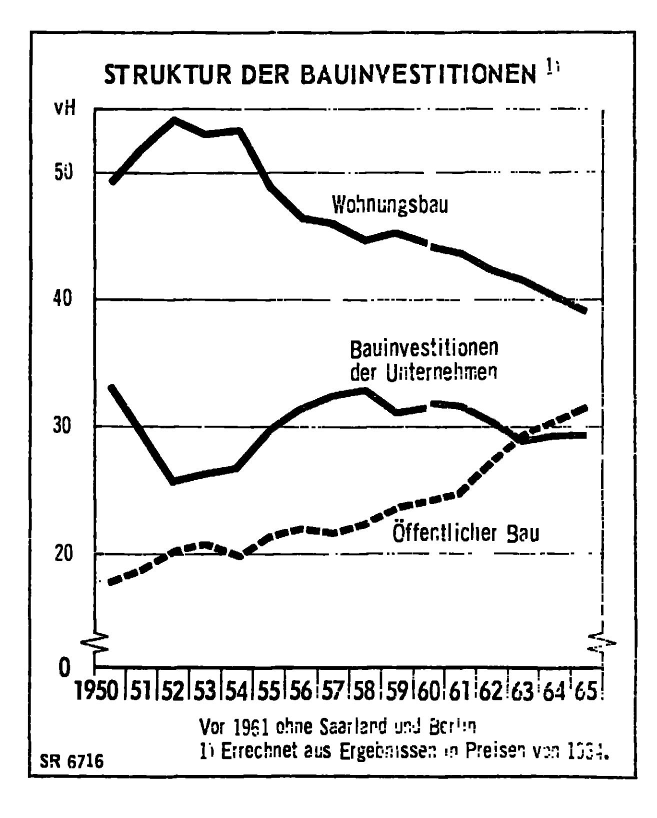


Schaubild 23



63. Obwohl sich die Lage auf dem Baumarkt grundlegend gewandelt hat, sind die Preise für die verschiedenen Hochbauarbeiten in den ersten neun Monaten 1966 gegenüber dem letzten Quartal 1965 nochmals um 2 bis 3 vH gestiegen. Nur für wenige Einzelleistungen liegen sie unter denen des Vorjahres, so zum Beispiel für Erd- und Grundbauarbeiten. Im Tiefbau sind die Preise weiter gesunken, wenn auch langsamer als 1965.

64. Auch die Lohnentwicklung spiegelt die Lage in der Bauwirtschaft. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1966 lagen die Bruttostundenverdienste im Bauhauptgewerbe um 6,8 vH über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Das ist weniger als die entsprechende Veränderung der tariflichen Stundenlöhne (ohne vermögenswirksame Leistungen + 8,7 vH).

IV. Produktion und Produktivität

65. Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts wird 1966 bei knapp 3,5 vH liegen und damit geringer sein als im Vorjahr (4,5 vH). Dabei ist das Arbeitsvolumen leicht zurückgegangen und auch der Produktivitätsfortschritt

hat sich etwas vermindert. Lohn-, Material- und Kapitalkosten sind weiter gestiegen, der Preisauftrieb hat sich im Verlauf des Jahres beruhigt.

Produktion

66. In der Industrie, in der die Wachstumszyklen besonders ausgeprägt sind, überstieg die Produktion — saisonbereinigt — in den ersten neun Monaten 1966 nur noch wenig das Niveau, das sie gegen Jahresende 1965 erreicht hatte (Schaubild 24). Die gesamte industrielle Produktion hat gegenüber 1965 um nicht mehr als 2 vH zugenommen, verglichen mit einem Anstieg von 5,8 vH im Jahre 1965 und 9,3 vH im Jahre 1964. Im allgemeinen ist der Produktionsanstieg eher durch eine Nachfrageabschwächung als durch Arbeitskräftemangel oder Kapazitätsengpässe behindert worden. Tabelle 15 zeigt, welchen Beitrag die großen Industriebereiche zum Anstieg der Industrieproduktion in den ersten neun Monaten 1966 leisteten. Danach hat sich das Wachstumstempo in allen Bereichen der verarbeitenden Industrie verlangsamt. In den Investitionsgüterindustrien konnte noch nicht einmal das Produktionsniveau des Vorjahres erreicht werden. Außerdem schlägt der Produktionsrückgang im Steinkohlenbergbau auf das Gesamtergebnis durch.

67. Die Unterschiede in der Produktionsentwicklung der einzelnen Branchen haben, wie auch in früheren Wachstumszyklen, mit dem Eintritt in ein ruhigeres Konjunkturklima zugenommen. Hatten im dritten Vierteljahr 1965 von 38 Industriezweigen nur sieben die Produktion gegenüber dem Vorjahr gedrosselt, so waren es 1966 vierzehn und damit etwa ebenso viele wie in den wachstumsschwachen Jahren 1958, 1962 und 1963 (Tabelle 16).

68. Wie Tabelle 17 zeigt, spiegeln sich in der gegenwärtigen Branchenkonjunktur vor allem die längerfristigen Wachstumschancen wider. Vergleicht man die Rangfolge, wie sie sich auf Grund des Produktionswachstums für die 19

Tabelle 15

Anteil der Industriegruppen am Produktionszuwachs [1])

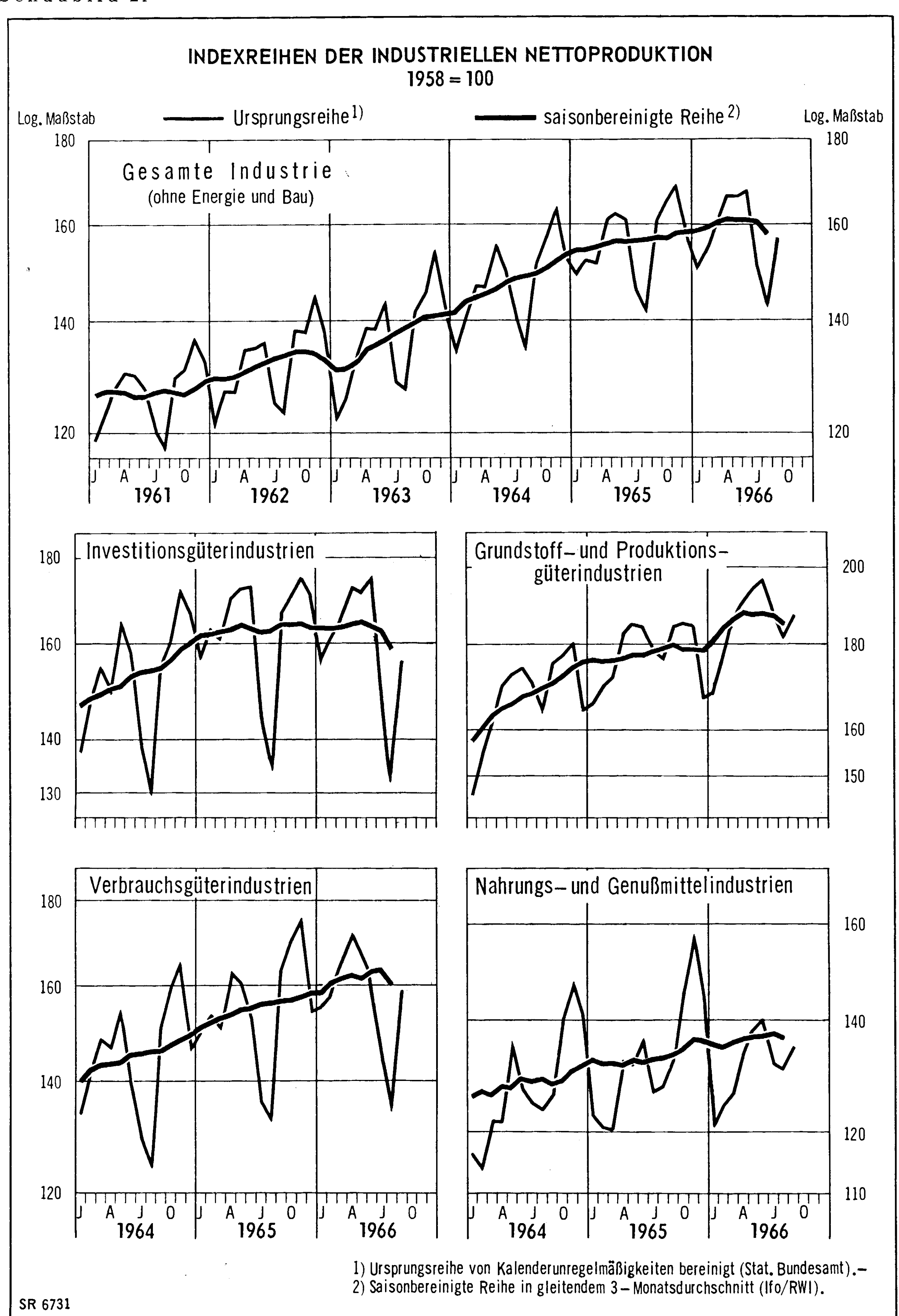
vH

Industriegruppe	Anteil an der Gesamtproduktion 1958	Produktionszuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum				Anteil am Produktionszuwachs		
		1964	1965	1966 1. Halbjahr	1966 3. Vierteljahr	1964	1965	1966 Januar bis September
Bergbau	7,86	+ 2,0	− 2,6	− 3,6	− 5,4	+ 1,3	− 2,4	− 9,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	25,42	+13,7	+ 6,1	+ 5,6	+ 3,1	+40,2	+30,2	+59,3
Investitionsgüterindustrien	29,63	+ 8,9	+ 7,3	+ 0,9	− 2,8	+29,1	+38,3	− 4,9
Verbrauchsgüterindustrien	16,64	+ 7,4	+ 7,3	+ 5,5	+ 1,5	+13,1	+20,5	+29,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	12,46	+ 5,0	+ 4,1	+ 3,0	+ 2,4	+ 6,0	+ 7,6	+12,5
Energieversorgungsbetriebe	4,40	+10,5	+ 5,4	+ 3,5	+ 4,4	+ 5,4	+ 4,6	+ 7,7
Bauhauptgewerbe	3,59	+12,5	+ 2,0	+ 8,0	− 3,1	+ 4,9	+ 1,3	+ 5,8
Industrie insgesamt	100	+ 9,3	+ 5,8	+ 3,4	+ 0,4	100	100	100

ohne Berlin

[1]) nach dem Index der industriellen Nettoproduktion (1958 = 100), kalendermonatlich

Schaubild 24



aufgeführten Industriezweige in der Zeit von 1960 bis 1964 ergibt, mit der entsprechenden Rangfolge für die ersten acht Monate 1966, so zeigt sich im allgemeinen eine bemerkenswerte Übereinstimmung [1]). Gegenüber dem längerfristigen Wachstumstempo hat sich 1966 allerdings das Wachstum besonders stark verlangsamt

in der elektrotechnischen Industrie,

in der EBM-Industrie und im Stahlbau.

Über oder nahe bei der längerfristigen Wachstumsrate lag die Produktionszunahme

in der chemischen Industrie,

in der Textil- und Bekleidungsindustrie und

in der tabakverarbeitenden Industrie.

[1]) Der Zusammenhang zwischen den Rangziffern für den Zeitraum 1960 bis 1964 und denen für die ersten acht Monate 1966 ist durch einen Korrelationskoeffizienten von 0,78 gekennzeichnet.

69. Die Produktion der Landwirtschaft, die 1965 wegen der schlechten Ernte um etwa 5 vH zurückgegangen war, nahm 1966 wieder zu, wenn auch nicht so kräftig wie in dem Rekorderntejahr 1964. Mit etwa 14 Millionen Tonnen war die Getreideernte normal. Auch bei Obst und Gemüse war die Ernte besser als 1965. Die tierische Produktion hat sich jedoch weniger günstig entwickelt; vor allem auf dem Schweinemarkt machte sich eine anhaltende Knappheit bemerkbar, die auch durch Einfuhren nicht nennenswert gemildert werden konnte.

70. Dem veränderten Konjunkturklima, insbesondere dem Auslaufen der Konsumwelle, entspricht, daß auch im Großhandel und im Einzelhandel die Umsätze, nach Ausschaltung der Preiskomponente, 1966 langsamer gestiegen sind als in den beiden vorangegangenen Jahren (Tabelle 18); dabei sind die Zuwachsraten von Vierteljahr zu Vierteljahr kleiner geworden. Die Kauf- und Versandhäuser haben erneut

Tabelle 16

Von 38 Industriezweigen haben ihre Produktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Zeitraum	gedrosselt [1])				zusammen		erhöht [1])			
	über 10,0 vH	5,1 bis 10,0 vH	2,1 bis 5,0 vH	bis 2,0 vH	gedrosselt	erhöht	bis 2,0 vH	2,1 bis 5,0 vH	5,1 bis 10,0 vH	über 10,0 vH
1958	—	4	4	5	13	25	7	11	1	6
1959	—	3	2	—	5	33	2	6	15	10
1960	—	2	—	—	2	36	2	2	13	19
1961	—	—	—	1	1	37	8	10	13	6
1962	1	3	5	4	13	25	6	6	9	4
1963	1	3	2	6	12	26	7	12	3	4
1964	—	1	—	1	2	36	3	8	12	13
1965	—	1	2	2	5	33	3	12	12	6
1965 1. Vierteljahr	—	1	1	2	4	34	3	6	14	11
2. Vierteljahr	—	1	2	2	5	33	2	8	15	8
3. Vierteljahr	—	2	3	2	7	31	4	13	9	5
4. Vierteljahr	1	4	4	1	10	28	5	11	10	2
1966 1. Vierteljahr	2	2	4	2	10	28	7	8	9	4
2. Vierteljahr	1	4	3	4	12	26	6	10	8	2
3. Vierteljahr [2])	—	4	6	4	14	24	7	8	7	2

ohne Berlin

[1]) Auszählung nach dem kalendermonatlichen Nettoproduktionsindex (1958 = 100)

[2]) Juni, Juli, August

Quelle: RWI, Essen

besser abgeschnitten als der übrige Einzelhandel; der Trend zu größeren Verkaufsstätten setzt sich also trotz des „Selbstbeschränkungsabkommens" fort.

71. Noch weit stärker, als es dem längerfristigen Wandel der Nachfragestruktur entspricht, hat sich 1966 der Dienstleistungsbereich ausgedehnt. Der Beitrag des Staates zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, in den auf Grund statistischer Konvention die kräftig gestiegenen Personalkosten voll eingehen, nahm im ersten Halbjahr 1966 wieder um rund 10 vH gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zu. Zu dieser starken Expansion haben Stellenmehrungen, Gehaltserhöhungen, Beförderungen und Stellenanhebungen beigetragen. Real, das heißt in konstanten Preisen gerechnet, ergibt sich hier wie für den Sektor Wohnungswesen, dessen Beitrag infolge massierter Mieterhöhungen nominal um rund 15 vH zugenommen hat, ein anderes Bild.

72. In der gedrängten Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stellt sich die Produktionsentwicklung wie in Tabelle 19 dar.

Tabelle 17

Entwicklung der Nettoproduktion ausgewählter Industriegruppen bzw. -zweige [1]

Industriegruppe bzw. -zweig	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1960 bis 1964		Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 1965		Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 1966 Januar bis August	
	vH	Rang	vH	Rang	vH	Rang
Mineralölverarbeitung	+15,9	1	+10,6	3	+10,7	1
Chemische Industrie	+10,1	2	+11,0	2	+10,2	2
Straßenfahrzeugbau	+ 8,3	3	+ 4,5	11,5	+ 5,5	3
Brauerei und Mälzerei	+ 7,7	4	+ 1,4	15	+ 5,1	4
Industrie der Steine und Erden	+ 6,9	5	− 0,3	18	+ 3,2	10
Elektrotechnische Industrie	+ 6,7	6	+12,0	1	− 0,7	14
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	+ 5,7	7	+ 7,3	6	+ 0,3	12
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	+ 5,6	8	+ 6,4	8	+ 4,8	5,5
Holzverarbeitende Industrie	+ 5,4	9	+ 8,3	5	+ 4,6	7
Stahl- und Leichtmetallbau	+ 4,5	10	+ 5,7	10	− 3,7	16
Textilindustrie	+ 4,2	11	+ 4,5	11,5	+ 3,8	9
Bekleidungsindustrie	+ 3,9	12,5	+ 9,4	4	+ 4,5	8
Tabakverarbeitende Industrie	+ 3,9	12,5	+ 3,9	13	+ 4,8	5,5
Maschinenbau	+ 3,6	14	+ 6,5	7	+ 0,1	13
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	+ 3,2	15	+ 3,7	14	+ 2,7	11
Eisenschaffende Industrie	+ 2,3	16	± 0,0	17	− 1,3	15
Stahlverformung	+ 2,1	17	+ 5,9	9	− 7,4	18
Kohlenbergbau	+ 0,9	18	− 4,8	19	− 5,9	17
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	+ 0,6	19	+ 1,1	16	−11,0	19

ohne Berlin

[1]) Index der industriellen Nettoproduktion (kalendermonatlich)

Tabelle 18

Groß- und Einzelhandelsumsatz

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Einzelhandelsumsatz: insgesamt einschließlich Warenhaus- und Versandhandelsunternehmen	Einzelhandelsumsatz: insgesamt ohne Warenhaus- und Versandhandelsunternehmen	Einzelhandelsumsatz: Warenhausunternehmen	Einzelhandelsumsatz: Versandhandelsunternehmen [1]	Einzelhandelsumsatz: insgesamt	Großhandelsumsatz insgesamt
	in jeweiligen Preisen				in Preisen von 1962	in jeweiligen Preisen
1963	+ 5	+ 5	+ 8	+10	+ 3	+ 5
1964	+ 8	+ 7	+11	+15	+ 6	+ 8
1965	+10	+ 9	+15	+22	+ 6	+ 8
1966 Januar bis September [2]	+ 7	.	+10	+15	+ 4	+ 4
1. Vierteljahr	+10	+10	+13	+21	+ 6	+ 9
2. Vierteljahr	+ 6	+ 6	+ 8	+ 6	+ 2	+ 4
3. Vierteljahr [2]	+ 5	+ 4	+ 9	+19	+ 2	+ 1

[1]) mit warenhausähnlichem Sortiment
[2]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 19

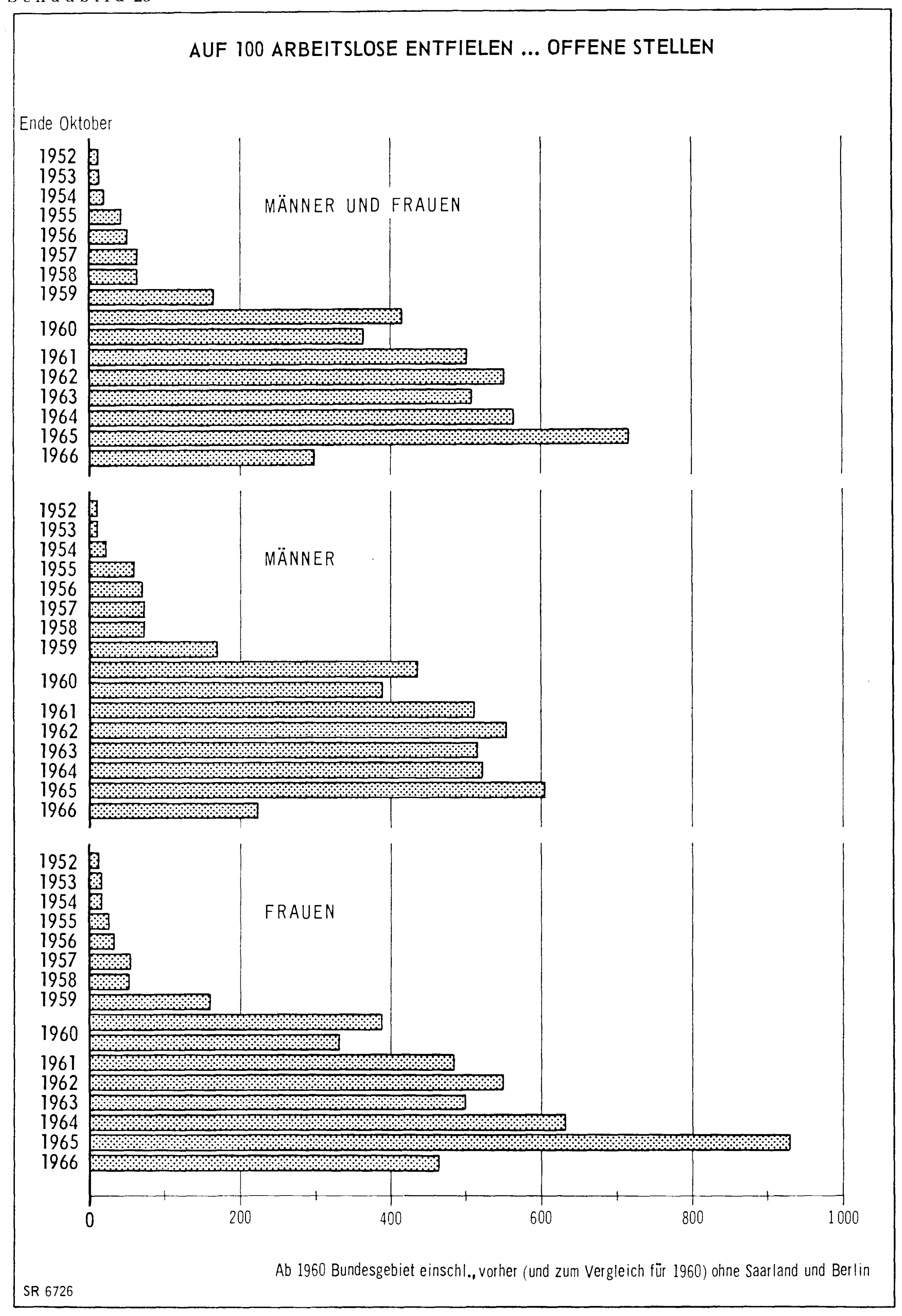
Beiträge der Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

vH

Bereich	Anteil 1964	1965 [1] 1. Halbjahr	1965 [1] 2. Halbjahr	1966 [2] 1. Halbjahr	1965 [1] 1. Halbjahr	1965 [1] 2. Halbjahr	1966 [2] 1. Halbjahr
		Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in jeweiligen Preisen			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Preisen von 1954		
Land- und Forstwirtschaft	4,9	− 1,3	− 3,7	− 3,5	− 2,9	− 9,3	− 9,9
Warenproduzierendes Gewerbe	52,8	+ 9,5	+ 7,1	+ 6,5	+ 6,5	+ 4,4	+ 3,8
Handel	13,4	+ 8,9	+10,3	+ 7,9 (Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung zusammen)	+ 6,0	+ 6,5	+ 4,4 (Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung zusammen)
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6,0	+ 6,6	+ 6,3		+ 2,2	+ 4,9	
Dienstleistungen [3])	14,6	+ 9,2	+10,8	+11,0 (Dienstleistungen und Staat zusammen)	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,1 (Dienstleistungen und Staat zusammen)
darunter: Wohnungsvermietung	3,4	+11,9	+14,1		+ 5,5	+ 5,7	
Staat	8,2	+14,1	+13,8		+ 5,1	+ 4,8	
insgesamt	100	+ 9,0	+ 8,1	+ 7,4	+ 5,2	+ 3,9	+ 3,2

[1]) vorläufige Ergebnisse
[2]) erste vorläufige Ergebnisse
[3]) einschließlich privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

Schaubild 25



Beschäftigung

73. Die Verknappung auf dem Arbeitsmarkt, die Mitte 1965 ihren bisherigen Höhepunkt erreichte, hat seither allgemein stark nachgelassen, und zwar besonders seit dem Frühjahr 1966 (Schaubild 5). Bisher drückt sich diese Entspannung so gut wie ausschließlich in einem Rückgang der offenen Stellen aus. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat selbst in strukturschwachen Regionen nur geringfügig zugenommen. Auch blieb die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften nach wie vor hoch.

74. Ende Oktober 1966 waren den Arbeitsämtern rund 220 000 oder über 30 vH weniger offene Stellen gemeldet als ein Jahr zuvor (Schaubild 25). Minderanforderungen des Baugewerbes, vor allem aber der metallerzeugenden und der metallverarbeitenden Industrie spielen hierbei eine große Rolle. Von der Zunahme an Arbeitslosen entfiel über ein Drittel auf ungelernte Hilfskräfte; auf 100 offene Stellen für Hilfsarbeiter kamen zu diesem Zeitpunkt immerhin schon 75 Arbeitslose.

75. Die Zahl der offenen Stellen für Männer, die schon 1965 auf dem Vorjahresstand geblieben war, liegt seit März 1966 unter dem vergleichbaren Niveau von 1963, dem Jahr, von dem der gegenwärtige Wachstumszyklus seinen Ausgang nahm. Seit April 1966 waren den Arbeitsämtern auch weniger offene Stellen für Frauen gemeldet als jeweils ein Jahr zuvor, Ende Sep-

Tabelle 20

Erwerbstätigkeit

Veränderung gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt in 1 000

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966[1])
	Quellen des Arbeitsmarktes						
Natürliche Bevölkerungsbewegung[2])	+ 4	− 58	− 33	− 40	− 47	− 65	−130
Arbeitslosenreserve	+269	+ 90	+ 26	− 32	+ 17	+ 22	− 10
Wanderungsgewinn	+ 65	+116	+ 45	+ 25	0	0	0
Ausländische Arbeitnehmer	+112	+196	+154	+144	+129	+217	+140
Erwerbstätige	+450	+344	+192	+ 97	+ 99	+174	0
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	−117	− 55	−131	−153	−145	−120	− 80
Beschäftigte Arbeitnehmer	+567	+399	+323	+250	+244	+294	+ 80
	Erwerbstätige nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen						
Land- und Forstwirtschaft[3])	−197	−178	− 62	−153	−146	−118	− 80
Warenproduzierendes Gewerbe[4])	+300	+267	+131	+ 53	+ 53	+196	− 20
Handel und Verkehr	+157	+107	+ 17	+ 90	+ 23	+ 26	+100 (Handel und Verkehr und Übrige Bereiche zusammen)
Übrige Bereiche[5])	+190	+148	+106	+107	+169	+ 70	
Alle Bereiche	+450	+344	+192	+ 97	+ 99	+174	0

[1]) eigene Schätzung
[2]) einschließlich Änderung in der Erwerbsbeteiligung
[3]) einschließlich Tierhaltung und Fischerei
[4]) Industrie, Handwerk, Sonstiges Produzierendes Gewerbe
[5]) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter

tember sogar nur noch wenige mehr als 1963 (Tabelle 87 im Anhang). Die Auflockerung hat also nunmehr offenbar auch die verbrauchsnahen Bereiche, die vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, erfaßt.

76. Da die Entspannung der Arbeitsmärkte hauptsächlich von der Nachfrageseite ausging, ist das inländische Angebot an Gütern und Diensten davon kaum berührt worden. Erstmals seit der Währungsreform hat möglicherweise die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr zugenommen (Tabelle 20). Hierin spiegelt sich in erster Linie die Ungunst der natürlichen Bevölkerungsbewegung. So hat 1966 einzig der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte ein Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung verhindert. Daran wird sich wohl auch in absehbarer Zukunft nichts ändern, weil die natürliche Bevölkerungsbewegung eher in Richtung auf eine weitere Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen verläuft. Allerdings sind 1966 erheblich weniger ausländische Arbeitskräfte zusätzlich in die Bundesrepublik gekommen als 1965. Dies hängt damit zusammen, daß sich gerade in den Wirtschaftszweigen, in denen absolut und relativ die meisten Ausländer beschäftigt sind (Bau, Metall), die Nachfrage nach Arbeitskräften besonders stark abgeschwächt hat. Es kommt hinzu, daß ungelernte Kräfte nicht mehr so knapp sind wie früher.

77. In der Industrie hatte die Zahl der Beschäftigten von April 1964 bis März 1966, jeweils im Vergleich zum Vorjahr, ständig zugenommen. Wie

Tabelle 21

Von 38 Industriezweigen haben ihre Beschäftigung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Zeitraum	gedrosselt [1]					erhöht [1]				
	über 10,0 vH	5,1 bis 10,0 vH	2,1 bis 5,0 vH	bis 2,0 vH	zusammen	zusammen	bis 2,0 vH	2,1 bis 5,0 vH	5,1 bis 10,0 vH	über 10,0 vH
	Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin									
1958	2	4	2	13	21	17	5	8	2	2
	Bundesgebiet ohne Berlin									
1959	2	4	8	5	19	19	7	6	5	1
1960	—	3	3	5	11	27	7	6	9	5
1961	—	3	5	2	10	28	7	14	7	—
1962	2	3	9	10	24	14	5	7	2	—
1963	2	7	7	11	27	11	8	3	—	—
	Bundesgebiet									
1964	2	1	7	8	18	20	12	6	2	—
1965	1	2	3	5	11	27	12	12	3	—
1965 1. Vierteljahr	1	1	5	5	12	26	10	12	4	—
2. Vierteljahr	1	1	4	4	10	28	11	13	4	—
3. Vierteljahr	1	2	2	6	11	27	13	11	3	—
4. Vierteljahr	1	2	4	9	16	22	10	11	1	—
1966 1. Vierteljahr	1	4	5	12	22	16	11	3	2	—
2. Vierteljahr	1	4	8	12	25	13	10	2	1	—
3. Vierteljahr [2]	1	4	9	12	26	12	8	4	—	—

[1]) Auszählung nach Ergebnissen der Industrieberichterstattung (hauptbeteiligte Industriezweige)
[2]) Juni, Juli, August

Quelle: RWI, Essen (für 1961 bis 1963 und ab 1965 bis 1966 2. Vierteljahr)

1963 ging seither die Beschäftigung von Monat zu Monat zurück. Ein wesentlicher Beschäftigungsrückgang war allerdings auch Ende August 1966 noch nicht zu verzeichnen; immerhin wurde zu diesem Zeitpunkt der entsprechende Vorjahresstand um 75 000 Personen oder fast 1 vH unterschritten (Tabelle 88 im Anhang). Gleichzeitig hat sich die Zahl der Industriezweige mit rückläufiger Beschäftigung von Vierteljahr zu Vierteljahr erhöht. Von 38 Industriezweigen wiesen im Durchschnitt der Monate Juni bis August 1966 zwei Drittel einen Beschäftigungsrückgang im Vergleich zum Vorjahr auf; ein Jahr vorher waren es nur elf gewesen (Tabelle 21); auch dies entspricht den Spätphasen früherer Wachstumszyklen. Im übrigen ist der Rückgang der Industriebeschäftigung auch trendbedingt: Wenn das Arbeitskräftevolumen der Gesamtwirtschaft stagniert, aber diese weiter wächst, bringen der Wandel der Nachfragestruktur und die unterschiedlichen Produktivitätsfortschritte es mit sich, daß der Dienstleistungsbereich im weiteren Sinne Arbeitskräfte aus den übrigen Sektoren abzieht. Dabei werden um so mehr Menschen aus der Industrie abwandern müssen, je stärker die Abwanderung aus der Landwirtschaft aufgehalten wird.

78. Die Industriebeschäftigung hätte sich, in Anpassung an die konjunkturelle Produktionsentwicklung, vermutlich noch stärker vermindert, stünde dem nicht eine gegenläufige Tendenz in der Beschäftigtenstruktur entgegen. Seit Jahren wächst der Anteil der Angestellten an den insgesamt Beschäftigten, und dies, obwohl die neu hinzugekommenen ausländischen Arbeitskräfte so gut wie ausschließlich als Arbeiter eingestellt werden (Tabelle 89 im Anhang). Die Einstellung oder Entlassung von Angestellten — und auch die von hochqualifizierten Arbeitern — ist im allgemeinen an den Produktionstrends, nicht an den kurzfristigen Produktionsschwankungen orientiert. Diese beiden Gruppen von abhängig Beschäftigten haben daher auf kurze Sicht für die Betriebe den Charakter von fixen Produktionsfaktoren, mit der Folge, daß kurzfristige Produktionsschwankungen immer stärker alls früher auf das Produktionsergebnis je Stunde durchzuschlagen drohen. Je höher der Anteil der Angestellten ist, desto weniger gelingt es nämlich auch, den Arbeitseinsatz über die Arbeitszeit an ein niedrigeres Produktionsniveau oder ein geringeres Produktionswachstum anzupassen.

79. Ausschlaggebend für die Arbeitszeitentwicklung waren auch 1966 die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen. Vom Bergbau abgesehen, hat die Konjunkturlage offenbar keinen großen Einfluß auf die Zahl der geleisteten Stunden gehabt. Im Juli 1966 haben die männlichen Arbeiter im Durchschnitt der Industrie je Woche noch 3,5 Überstunden geleistet gegenüber 3,7 im Juli 1965.

Produktivität

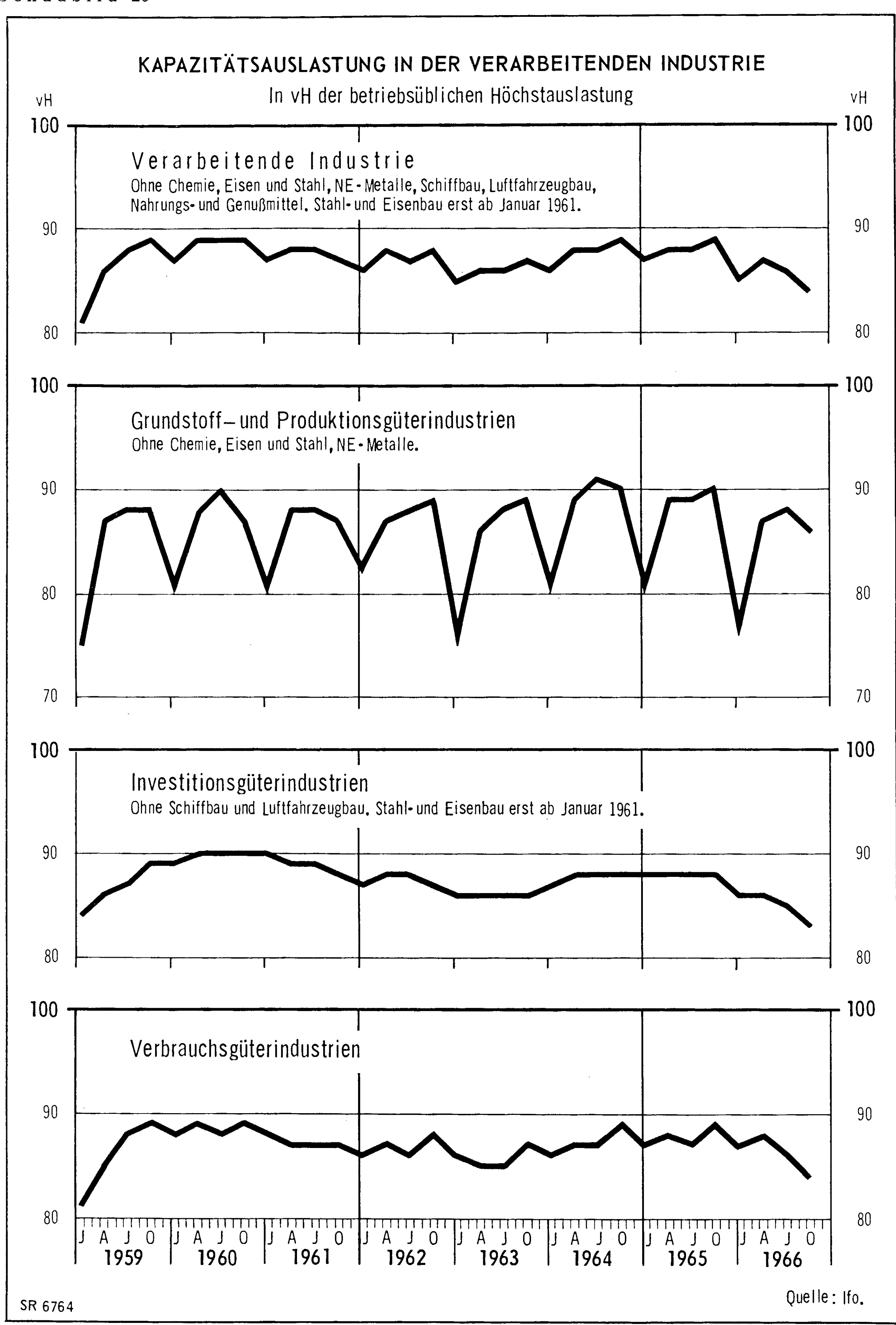
80. Die Zahl der Erwerbstätigen hat 1966 — nach unserer Schätzung [1]) — zum ersten Mal seit 1948 nicht mehr zugenommen. Zugleich ist die durchschnittliche Arbeitszeit weiter zurückgegangen, so daß sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen verkleinert hat.

Bei verringertem Wachstum des Sozialprodukts errechnet sich hieraus für das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, dem Maßstab für die gesamtwirtschaftliche Produktivität, auch ein etwas geringerer Produktivitätsfortschritt als im Vorjahr. Dem Anstieg der Produktivität um rund 4 vH im Jahre 1965 stand in der ersten Jahreshälfte 1966 nur ein solcher von knapp 3 vH gegenüber. Allerdings hat sich der Produktivitätsfortschritt im Verlauf des Jahres wieder beschleunigt. Hierzu hat beigetragen, daß die Ernte 1966 besser ausgefallen ist als 1965.

---

1) Diese Schätzung hat einen möglichen Fehler bis etwa 100 000 nach oben und nach unten: die Zahl der Erwerbstätigen kann also, von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gerechnet, 1966 durchaus um 100 000 niedriger oder um 100 000 höher liegen als im Vorjahr. Solche Unsicherheiten erschweren die Konjungkturdiagnose heute stärker als in früheren Jahren, als die Zahl der Erwerbspersonen noch kräftig zunahm. Ein Teil dieser Ungewißheit rührt zwar daher, daß wir schon im Herbst 1966 eine Schätzung für den Jahresdurchschnitt 1966 vornehmen müssen. Besonders ins Gewicht fällt jedoch, daß bisher kein Ersatz für die im September 1963 eingestellte, ihrerseits sehr mangelhafte Vierteljahresstatistik der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durch eine verbesserte Statistik über die abhängig Beschäftigten geschaffen worden ist. Seither liegen kurzfristig Informationen über die Beschäftigungsentwicklung nur für Teilbereiche (Industrie, Bau, Handwerk) vor. Was den für entwickelte Volkswirtschaften immer bedeutsamer werdenden tertiären Sektor und die Selbständigen, vor allem in der Landwirtschaft und im Handel, angeht, so ist man auf die Ergebnisse des Mikrozensus angewiesen, die zum einen nur jährlich und vor allem erst rund neun Monate nach der Erhebung anfallen, zum anderen wegen des niedrigen Auswahlsatzes, nur sehr pauschale Urteile erlauben. Der Sachverständigenrat bedauert erneut, ebenso wie andere Stellen, die sich der Konjunkturbeobachtung in der Bundesrepublik widmen, daß derartige Informationslücken, die beim heutigen Stand der statistischen Erhebungs- und Aufbereitungstechnik ohne weiteres geschlossen werden könnten, nach wie vor bestehen. Würden diese Lücken alsbald geschlossen, so bedeutete dies auch für die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die kraft Gesetzes verpflichtet ist, „die Lage und die Entwicklung des Arbeitsmarktes im allgemeinen und in den einzelnen Wirtschaftszweigen, Berufen und Gebieten zu beobachten und zu untersuchen" (§ 202 AVAVG), einen erheblichen Gewinn, zumal wenn die Bundesanstalt in ein Bundesamt für Beschäftigung und Strukturpolitik umgewandelt werden sollte (Ziffer 95). — Ähnliches gilt für den Mangel an Unterlagen über die geleistete Arbeitszeit.

Schaubild 26

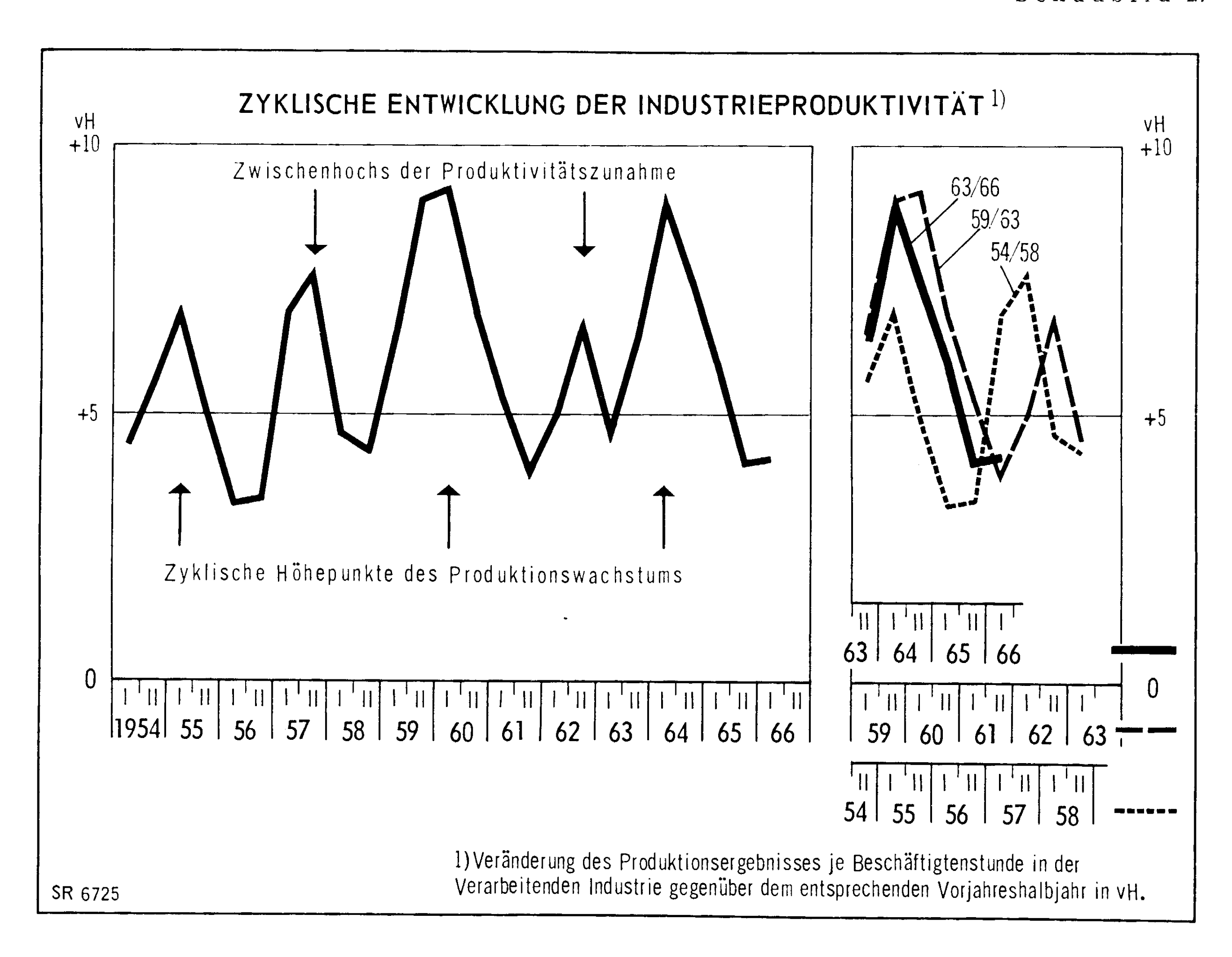


81. Da der Höhepunkt der privaten Investitionstätigkeit meist mit dem Höhepunkt der Wachstumszyklen zusammenfällt, können sich Verbesserungen und Erweiterungen des Produktionsapparates zunächst nicht voll auswirken. Der von den Investitionen verursachte Produktivitätseffekt wird erst dann voll realisiert, wenn im nächsten Aufschwung die Kapazitäten wieder stärker angespannt werden. Dann nimmt die Produktivität überdurchschnittlich zu, bis nach Erreichen des zyklischen Höhepunktes das Gegenteil eintritt. In der zuletzt genannten Situation befinden wir uns zur Zeit. Im Bereich der verarbeitenden Industrie ist nach den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests die Produktionskapazität 1965 um knapp 9 vH gestiegen, hingegen hat die Produktion 1966 nicht annähernd so stark zugenommen, was sich in der Kapazitätsauslastung zeigt (Schaubild 26). So erklärt es sich, warum das Tempo der Produktivitätszunahme vor allem in der ersten Hälfte 1966 — und übrigens auch 1965 — um so viel geringer war als 1964, dem Jahr, in dem die Produktion voll in die vorhandenen Kapazitäten hineinwuchs.

82. Zeiten abgeschwächter Konjunktur werden von den Unternehmen häufig auch dazu genutzt, solche Reparaturen und Überholungsarbeiten nachzuholen, die in der Phase höchster Anspannung des Produktionsapparates unterlassen wurden. Diese Arbeiten sind mit eine Voraussetzung dafür, daß im nächsten Aufschwung wieder hohe Produktivitätsfortschritte erzielt werden können. Die übliche statistische Definition des Produktionsergebnisses bringt es mit sich, daß derartige Arbeiten in der Produktivitätsrechnung der Periode, in der sie vorgenommen werden, nicht voll zu Buche schlagen, wohl aber in der Kostenrechnung.

Wenn die hohen Zuwachsraten der Produktivität, die im Aufschwung erzielt werden, nicht durchgehalten werden können, so liegt dies unter anderem auch daran, daß die Unternehmen einen Teil ihrer Arbeitskräfte als eine Art konjunktureller Eingreifreserve betrachten und nutzen. Diese Reserve verschafft den Unternehmen im Aufschwung die Elastizität, die erst die hohen Produktivitätsfortschritte und damit Gewinne ermöglicht. Geht umgekehrt die Kapazitätsauslastung zurück, drückt sie die Erträge.

Schaubild 27



Eine Rolle mag auch spielen, daß in Zeiten konjunktureller Anspannung die Arbeitsorganisation straffer gehandhabt wird und die Sortimente vereinfacht werden, wie auch, daß mit nachlassender Nachfrage die aufgelegten Serien kleiner und die anteiligen Kosten der Umstellung größer werden (Losgrößeneffekt).

83. Wie rasch und wie vollständig die Unternehmer das Arbeitsvolumen an die Produktionsentwicklung anpassen, hängt wohl auch davon ab, wie stetig das Wachstum verläuft. Zyklische Schwankungen erschweren es insbesondere den strukturschwachen Branchen, die längerfristigen Trends rechtzeitig zu erkennen, und machen es wahrscheinlicher, daß Arbeitskräfte, die man in Expansionsbranchen dringend benötigt, in anderen Bereichen gehortet werden. Halten aber strukturschwache Branchen Arbeitskräfte fest, obwohl anderswo welche gesucht werden, so sind damit volkswirtschaftliche Verluste verbunden. Zugleich deutet ein solches Verhalten der Arbeitgeber darauf hin, daß die Löhne eher zu niedrig als zu hoch sind, und daß man erwartet, dies werde auch in der überschaubaren Zukunft so bleiben.

84. Wenn strukturschwache Bereiche mit dem Freisetzen zurückhalten, so wird sich andernorts die Tendenz, konjunkturell an und für sich entbehrliche Arbeitskräfte weiterzubeschäftigen, möglicherweise verstärken. Die Sorge, daß man für Arbeiter, die man bei vorübergehend rückläufiger Produktion entläßt, beim Umschwung nicht sofort Ersatz findet, scheint bis in das Jahr 1966 hinein sehr verbreitet gewesen zu sein.

85. Es läßt sich zeigen (Schaubild 27), daß in der Spätphase des gegenwärtigen Zyklus das Verhältnis zwischen Produktionswachstum und Beschäftigtenentwicklung jedenfalls in der In-

Tabelle 22

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie [1]) nach ausgewählten Industriegruppen bzw. -zweigen

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Industriegruppe bzw. -zweig	1960 bis 1964 [2])	1960	1961	1962	1963	1964
Bergbau	+7,6	+10,8	+7,5	+ 8,3	+ 8,2	+ 6,3
Kohlenbergbau	+6,5	+ 9,8	+6,8	+ 7,3	+ 6,8	+ 5,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	+7,3	+ 9,9	+3,1	+ 7,5	+ 7,4	+11,4
Industrie der Steine und Erden	+6,7	+ 6,0	+7,4	+ 6,1	+ 4,9	+ 8,4
Eisenschaffende Industrie	+3,3	+10,2	−4,0	+ 3,0	− 0,2	+15,2
Chemische Industrie	+9,1	+ 9,6	+3,7	+11,1	+10,4	+11,3
Investitionsgüterindustrien	+4,6	+ 8,2	+4,4	+ 3,6	+ 3,5	+ 6,8
Maschinenbau	+2,8	+ 5,8	+4,1	+ 2,6	− 0,5	+ 5,1
Straßenfahrzeugbau	+7,0	+ 9,1	+4,3	+ 6,7	+13,1	+ 3,9
Elektrotechnische Industrie	+5,0	+ 7,8	+5,2	+ 2,9	+ 2,8	+ 9,1
Verbrauchsgüterindustrien	+6,8	+ 8,2	+6,2	+ 7,8	+ 5,6	+ 7,6
Textilindustrie	+8,6	+ 8,4	+7,1	+11,7	+ 9,0	+ 6,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	+5,5	+ 3,7	+5,3	+ 5,1	+ 5,2	+ 6,3
insgesamt	+6,1	+ 8,1	+4,6	+ 6,0	+ 5,6	+ 8,3

ohne Berlin

[1]) ohne Energie und Bau

[2]) durchschnittliches jährliches Produktivitätswachstum

dustrie nicht ungünstiger ist als in der Spätphase der beiden vorangegangenen. Heute wie damals folgte auf die Phase stark beschleunigten eine Phase verlangsamten Produktivitätsfortschritts. Da die Unternehmen geneigt sind, ihre Arbeitskräfte eine gewisse Zeit durchzuhalten, bedarf es wohl einer längeren Phase verringerter Kapazitätsauslastung, ehe sie überzählige Arbeitskräfte entlassen, so daß die — statistisch gemessene — Produktivität schon dadurch wieder stärker zunimmt, wenn auch nicht so stark wie in einer Aufschwungsphase. In eine solche Zwischenphase ist die Industrie im Sommer 1966 offensichtlich eingetreten.

86. Besonders ungünstig hat sich im ersten Halbjahr 1966 das Verhältnis von Produktion und Faktoreinsatz in den Investitionsgüterindustrien entwickelt, vor allem im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie (Tabelle 22). Unter dem Einfluß der guten Investitionskonjunktur hatte insbesondere die elektrotechnische Industrie 1964 und 1965 sehr beachtliche Produktivitätsfortschritte erzielt. In den ersten sechs Monaten 1966 ist hingegen die Produktivität in der elektrotechnischen Industrie nur um 1,3 vH gestiegen (gegenüber 5 vH im längerfristigen Durchschnitt); im Maschinenbau ist sie sogar unter das Vorjahresniveau gesunken (wie übrigens auch 1963). Der Vermutung, daß in diesen Branchen Arbeitskräfte gehortet werden in Vorgriff auf den Bedarf, den die für den 1. Januar 1967 angesetzte Kürzung der tariflichen Arbeitszeit in der Metallindustrie auf 40 Stunden mit sich bringt, steht entgegen, daß auch hier im Juli 1966, dem letzten Monat, für den statistische Informationen zur Verfügung stehen, im Durchschnitt fast so viele Überstunden geleistet wurden wie ein Jahr zuvor.

Tabelle 22

1965	1965		1966	
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Juni bis August
+4,2	+ 4,7	+3,8	+6,2	+5,9
+1,9	+ 2,5	+1,3	+4,5	+5,9
+5,2	+ 5,9	+4,5	+8,0	+8,4
+1,1	+ 1,3	+1,1	+7,3	+2,4
−0,1	+ 2,6	−2,5	+2,9	+7,4
+8,0	+ 8,1	+7,8	+9,3	+9,6
+4,1	+ 6,0	+2,5	+1,5	+2,4
+2,6	+ 4,5	+0,6	−0,2	+0,7
+0,8	+ 2,0	−0,5	+3,5	+6,2
+8,3	+10,3	+6,4	+1,3	−0,9
+7,3	+ 7,7	+7,0	+5,3	+5,1
+7,2	+ 7,2	+7,1	+6,6	+3,7
+5,4	+ 5,6	+4,9	+3,1	+3,0
+4,9	+ 6,0	+4,1	+4,5	+5,1

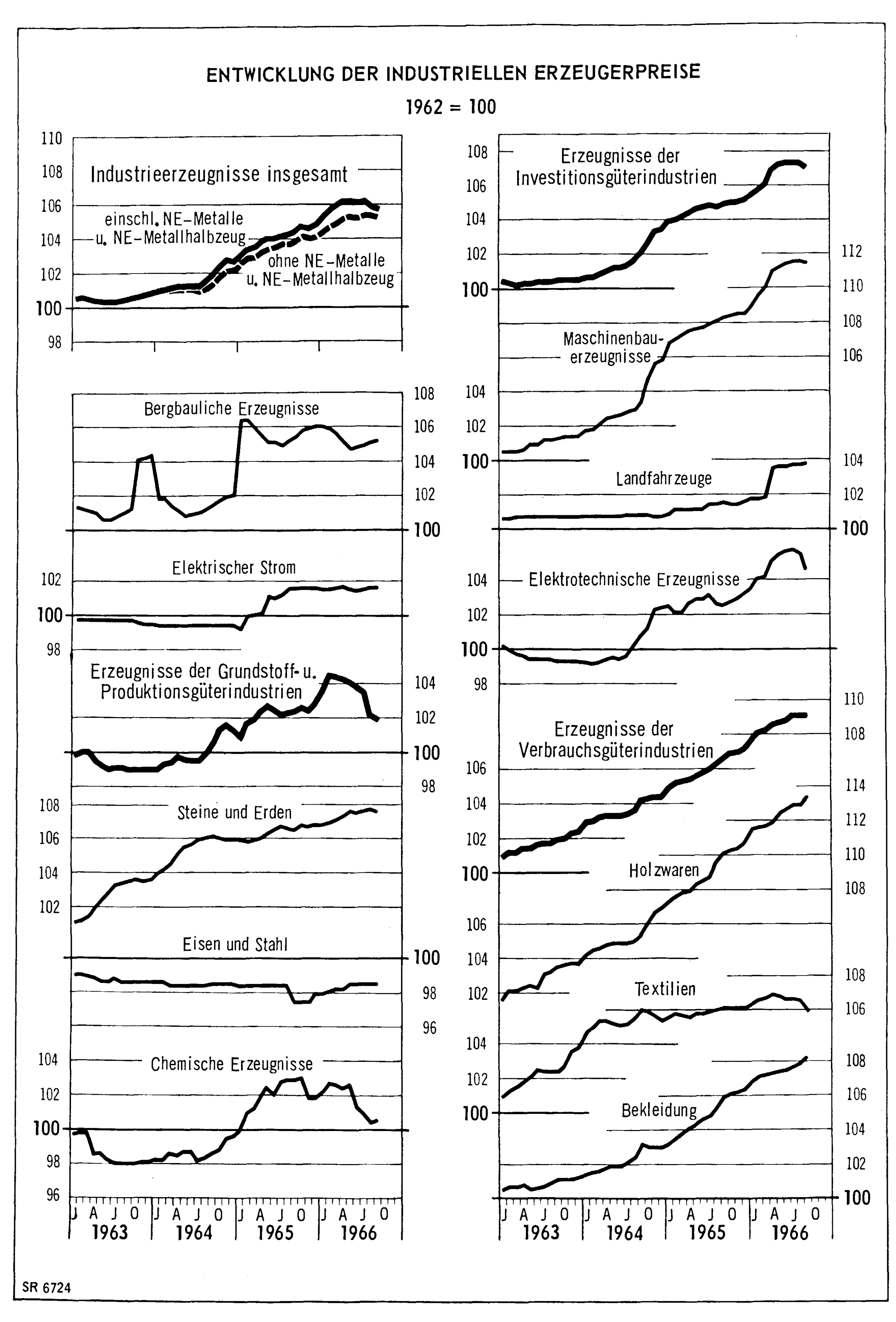
Kosten

87. Mit dem Nachlassen der konjunkturellen Auftriebskräfte hat sich zwar der Lohnanstieg verringert, in gleichem Maße aber auch der Anstieg der Produktivität. Infolgedessen sind im ersten Halbjahr 1966 die Lohnkosten je Produkteinheit (Lohnstückkosten) — in der Gesamtwirtschaft wie in der verarbeitenden Industrie mit rund 5 vH — genauso schnell gestiegen wie 1965. Da sich der Produktivitätsfortschritt in der zweiten Jahreshälfte 1966 etwas beschleunigt hat, die Lohntendenz aber weiter in die entgegengesetzte Richtung läuft, wird der Anstieg der Lohnstückkosten, aufs ganze Jahr gerechnet, 1966 wohl näher bei 4 vH als bei 5 vH liegen. Damit bleibt er allerdings — wie auch der Preisanstieg — immer noch über dem längerfristigen Durchschnitt.

88. Die Grundstoffpreise zeigen zwar seit Anfang 1966 eher eine leicht fallende Tendenz, dennoch ergibt sich im Vorjahresvergleich — wegen des starken Preisanstiegs 1965 — noch eine preisbedingte Zunahme der Materialkosten, die vermutlich nicht durch Einsparungen ausgeglichen werden konnte und daher überwiegend auf die Stückkosten durchschlug. So lag der Preisindex ausgewählter Grundstoffe in den ersten neun Monaten von 1966 durchschnittlich noch um 1,1 vH über dem entsprechenden Niveau des Vorjahres. Der Umbruch im Preistrend betrifft gleichermaßen Agrarrohstoffe wie Industrierohstoffe, ausländische wie inländische.

89. Für die Entwicklung der Kapitalkosten waren die sehr hohen Zinssätze ausschlaggebend. Doch sind auch die Preise für Investitionsgüter trotz nachlassender Nachfrage weiter gestiegen und schließlich scheint die Abschreibungsquote im Trend zuzunehmen. Es gab also keinen Faktor, der die Wirkung der hohen Zinssätze auf die Kapitalkosten gedämpft hätte.

Schaubild 28



Erzeugerpreise

90. Der Anstieg der Lohn-, Material- und Kapitalkosten ist nicht ohne Einfluß auf die Preisentwicklung geblieben, wenn ihm auch die inländische Nachfrage Grenzen gesetzt hat. So ist erst zur Jahresmitte 1966 hin der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise vorläufig zum Stillstand gekommen. Das leichte Sinken des Erzeugerpreisindex, auf das im Sommer 1966 häufig hingewiesen wurde, spiegelt in erster Linie den kräftigen Rückgang der Weltmarktpreise für NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug (Schaubild 28) wider. Bis in die jüngste Zeit waren in Einzelbereichen noch recht erhebliche Preiserhöhungen zu verzeichnen. In den ersten vier Monaten 1966 wurden vor allem die Preise für Investitionsgüter kräftig hinaufgesetzt. Im April 1966 wurden Personenkraftwagen schlagartig um 2,6 vH teurer. Zahlreiche Verbrauchsgüterpreise sind noch bis ins dritte Vierteljahr 1966 hinein gestiegen; so die für Glaswaren, Möbel, Druckereierzeugnisse, Schuhe und Bekleidung. Insgesamt lagen daher die Industriepreise im September 1966 immer noch um 1,2 vH über dem Stand vom September 1965 und um 0,9 vH über dem Stand vom Dezember 1965. Selbst wenn im übrigen die Industriepreise nicht gestiegen wären, so hätte dies nicht ohne weiteres Stabilität für das gesamtwirtschaftliche Preisniveau bedeutet (Ziffer 201).

91. Bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen hat sich das reichlichere Angebot bemerkbar gemacht. Agrargüter waren im September 1966 sogar um etwa 3 vH billiger als im Vorjahr, damit jedoch rund 7 vH teurer als im Herbst 1964. Auch die Landwirtschaft ist also in den allgemeinen inflatorischen Trend einbezogen gewesen.

Produktivitätsfördernde Maßnahmen

92. Gesamtwirtschaftliche Bedingung für kräftige Produktivitätsfortschritte auf mittlere Sicht wäre eine stetige Expansion der Nachfrage, die dem möglichen Wachstum des realen Produktionspotentials entspricht; in den Zeiten, in denen die Nachfrage nicht so expandiert, bleiben Chancen des Produktivitätsfortschritts ungenutzt. Dies wird allerdings immer wieder hingenommen werden müssen, wenn man nicht rechtzeitig auch der Gefahr einer übermäßigen Expansion begegnet, und zwar nicht nur durch eine Nachfragedämpfung, sondern auch durch Kombination von Lohn-, Währungs-, Wettbewerbs- und Preispolitik. Jeder unkontrollierte Konjunkturaufschwung nimmt — statt der Merkmale einer anhaltenden Mengenkonjunktur — sehr bald die Züge einer Preiskonjunktur an, die das Ziel der Geldwertstabilität so in den Vordergrund rückt, daß wachtumshemmende Restriktionsmaßnahmen schließlich unausweichlich werden. Eine solche Schaukelpolitik bringt das genaue Gegenteil dessen, was einem kräftigen Produktivitätsfortschritt dienlich ist: möglichst stabile Erwartungen für eine möglichst lange Zeit. Ohne Planungssicherheit in diesem Sinne werden die Unternehmer viel zu sehr von den kurzfristigen Risiken und Chancen beim Ein- und Verkauf beansprucht, während die mittelfristige Planung der Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen, die Entwicklung neuer Erzeugnisse und billigerer Herstellungsverfahren und ganz besonders die langfristig orientierte Forschung ins Hintertreffen geraten. Bei kurzfristiger Wirtschaftspolitik kann eine langfristige Unternehmenspolitik kaum gedeihen.

93. Zur Produktivitätspolitik gehört auch, daß man für eine ausreichende Investitionsquote sorgt. Extrapoliert man die Trends der Vergangenheit, so kann vermutet werden, daß das Investitionsvolumen (brutto) im Unternehmensbereich (ohne Wohnungswirtschaft) auf mittlere Sicht um jährlich mindestens 3 bis 4 vH zunehmen muß, wenn der Produktivitätsfortschritt bei 4 vH liegen soll (Anhang VII). Wenn die Arbeitsproduktivität jährlich um 5 vH steigen soll, muß das Investitionsvolumen sogar schätzungsweise nur 9 bis 11 vH zunehmen. Dies ist nur erreichbar, wenn mehr gespart wird, sei es im Unternehmensbereich, sei es durch wirksam geförderte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

94. Auf die Gesamtwirtschaft bezogen heißt Produktivitätsfortschritt auch Strukturwandel: mit einem Gesundschrumpfen oder einem Gesundwachsen der produktivitätsschwachen Sektoren und Branchen. Alles, was der Sachverständigenrat an wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen im Strukturkapitel seines Jahresgutachtens 1965 vorgetragen hat, wäre zu wiederholen. Hervorgehoben sei hier nur der Hinweis, daß das weitere Wachstum unserer Wirtschaft sehr davon abhängen wird, ob es gelingt, den notwendigen Wandel in der Beschäftigtenstruktur reibungslos zu bewirken. Bei konstantem gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen müssen die Wachstumsindustrien ihren Mehrbedarf an Arbeitskräften zu einem weit größeren Teil als in den fünfziger Jahren zu Lasten anderer Sektoren und Branchen decken. Deshalb steht die Frage, wie man die Mobilität der Arbeitskräfte fördern und überkommene Mobilitätshindernisse beseitigen kann, nach wie vor auf der Tagesordnung.

95. Chancen für eine produktivitätsorientierte Arbeitsmarktpolitik liegen unter anderem im Bereich der Arbeitsvermittlung, für die die Arbeitsämter fast ein Monopol haben, ohne daß sie dessen Möglichkeiten für eine solche Arbeitsmarktpolitik wahrgenommen hätten, obwohl die Vollbeschäftigung sie von umfangreichen Aufgaben entlastet hat. So könnten die Arbeitsämter die Arbeitsvermittlung im interregionalen Rahmen mit Hilfe der modernen Datenverarbeitungstechnik ausbauen; so könnte — wie geplant — die Bundesanstalt für Arbeits-

vermittlung und Arbeitslosenversicherung in ein Bundesamt für Beschäftigungs- und Strukturpolitik umgewandelt werden. Mittelfristige Strukturprojektionen, wie sie in der Regionalforschung unentbehrlich sind und auch in Teilbereichen des „manpower planning" schon Eingang gefunden haben, könnten dazu beitragen, daß Maßnahmen zur Förderung der Mobilität — vor allem zur Umschulung und Fortbildung — den Marktbedingungen entsprechen und die gesamtwirtschaftliche Produktivität wirksam erhöhen.

96. Die betriebliche Altersvorsorge ist mobilitätshemmend, wenn die Arbeitnehmer bei einem Betriebswechsel ihre Anwartschaft verlieren. Dadurch kann gerade bei den hochqualifizierten Arbeitskräften die Bereitschaft, zu einem produktiveren Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb zu wandern, erheblich verringert werden. Arbeitsmarktpolitisch bedenklich ist es auch, die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes versorgungsrechtlich den Beamten gleichzustellen, ohne daß schon Wege gefunden sind, die die Mobilität zwischen dem öffentlichen Bereich und der Privatwirtschaft erhalten. Diese Regelungen könnten Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst, vor allem in öffentlichen Verkehrsbetrieben, noch mehr erschweren.

97. Neben mobilitätshemmenden Elementen enthält unsere Rechtsordnung noch eine Reihe von Vorschriften, die das Arbeitsangebot unmittelbar einzuschränken geeignet sind. Hier seien nur einige erwähnt. Dem Wunsch vieler Arbeitskräfte, den Eintritt des Rentenalters hinauszuschieben, steht die Regelung entgegen, daß derjenige, der ein späteres als das normale Rentenalter wählt, nicht in den vollen Genuß der versicherungstechnisch möglichen Mehrleistungen gelangt. Eine erhebliche Arbeitsmarktreserve liegt in der Ausdehnung der Teilzeitarbeit. Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe könnten eine solche Entwicklung fördern, indem sie die starre Zweiteilung in arbeitsfähige und nicht arbeitsfähige Personen aufgeben. Insbesondere wäre das Sozialrecht elastischer zu gestalten, damit den verheirateten Frauen die Teilnahme am Erwerbsleben erleichtert wird. Auch sollte geprüft werden, ob durch steuerpolitische Maßnahmen Anreize geschaffen werden sollen, Überstunden zu leisten.

98. Durch gesetzliche oder tarifliche Regelungen, die für die Arbeitnehmer einen Anspruch auf einen bezahlten „Urlaub" zum Zwecke der beruflichen Fortbildung begründen, ließe sich die Qualität der Arbeitskräfte ebenso erhöhen wie deren Fähigkeit und Bereitschaft zum Stellenwechsel (JG 65 Ziffer 275). Damit die Belastung für die Unternehmen nicht zu groß wird, könnten Umschulungskurse der Betriebe, die im Zuge des innerbetrieblichen Strukturwandels notwendig werden, auf diesen Anspruch angerechnet werden.

V. Einkommen

99. Seit dem Aufschwungsjahr 1964 hat sich die Zuwachsrate des Volkseinkommens laufend vermindert (Schaubild 29). Nach 9,5 vH im Jahre 1964 und 8,0 vH im Jahre 1965 betrug sie im ersten Halbjahr 1966 nur noch 6,8 vH (Tabelle 23); die Schätzung für das ganze Jahr 1966 liegt bei 6 vH. Das Einkommenswachstum hat sich damit so stark verlangsamt wie in den konjunkturschwachen Jahren 1958 und 1963, real sogar noch etwas stärker.

100. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erreichte erst 1965 — also ein Jahr später als das Volkseinkommen — den höchsten Zuwachs (11,0 vH) in diesem Wachstumszyklus. Im ersten Halbjahr 1966 nahm es nur noch um 6,6 vH zu (Tabelle 23). Daß im Zyklus das Haushaltseinkommen später als das Volkseinkommen seinen maximalen Zuwachs erreicht, hängt vor allem mit der Entwicklung der unverteilten Gewinne zusammen, die in den Zuwachsraten des Volkseinkommens durchschlägt. Diese Gewinneinkommen erhöhen sich in den Aufschwungsjahren sehr stark (1960: + 16 vH; 1964: + 23 vH) und gehen im jeweils folgenden Jahr, wenn sich die Lohnpolitik der Gewerkschaften voll an der günstigen Ertragslage des Vorjahres orientieren kann, ebenso scharf zurück (1961: —15 vH; 1965: —20 vH).

101. 1965 wurde die Wachstumsdifferenz zwischen Volkseinkommen und dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte noch dadurch vergrößert, daß die laufenden Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte mit 11,8 vH stärker und zugleich die direkten Steuern infolge der Steuersenkung am 1. Januar 1965 weniger zunahmen als in irgendeinem Jahr seit 1958/1959. Volkseinkommen und verfügbares Einkommen steigen 1966 wieder mit gleichen Raten, da

- die Summe der direkten Steuern und der Beiträge zur Sozialversicherung wieder überproportional zunimmt (1. Halbjahr 1966: 13 vH) und
- der Anstieg der öffentlichen Einkommensübertragungen deutlich flacher ist als im Vorjahr (1. Halbjahr 1966: 9,4 vH).

102. Das Lohneinkommen wächst auch 1966 — insgesamt und je Kopf — wieder schneller als das Unternehmer- und Kapitaleinkommen (Tabelle 23). Hierin mischen sich konjunkturelle und längerfristige Einflüsse. Während die Gewinne in der Aufschwungsphase eines Wachstumszyklus rascher als die Lohneinkommen zunehmen, tritt in der Spätphase eines solchen Zyklus das Umgekehrte ein. Doch sind hier auch längerfristige Kräfte am Werk; mit dem anhaltenden Arbeitermangel scheint eine dauerhafte Verschiebung der Lohn/Gewinn-Relation einherzugehen.

Schaubild 29

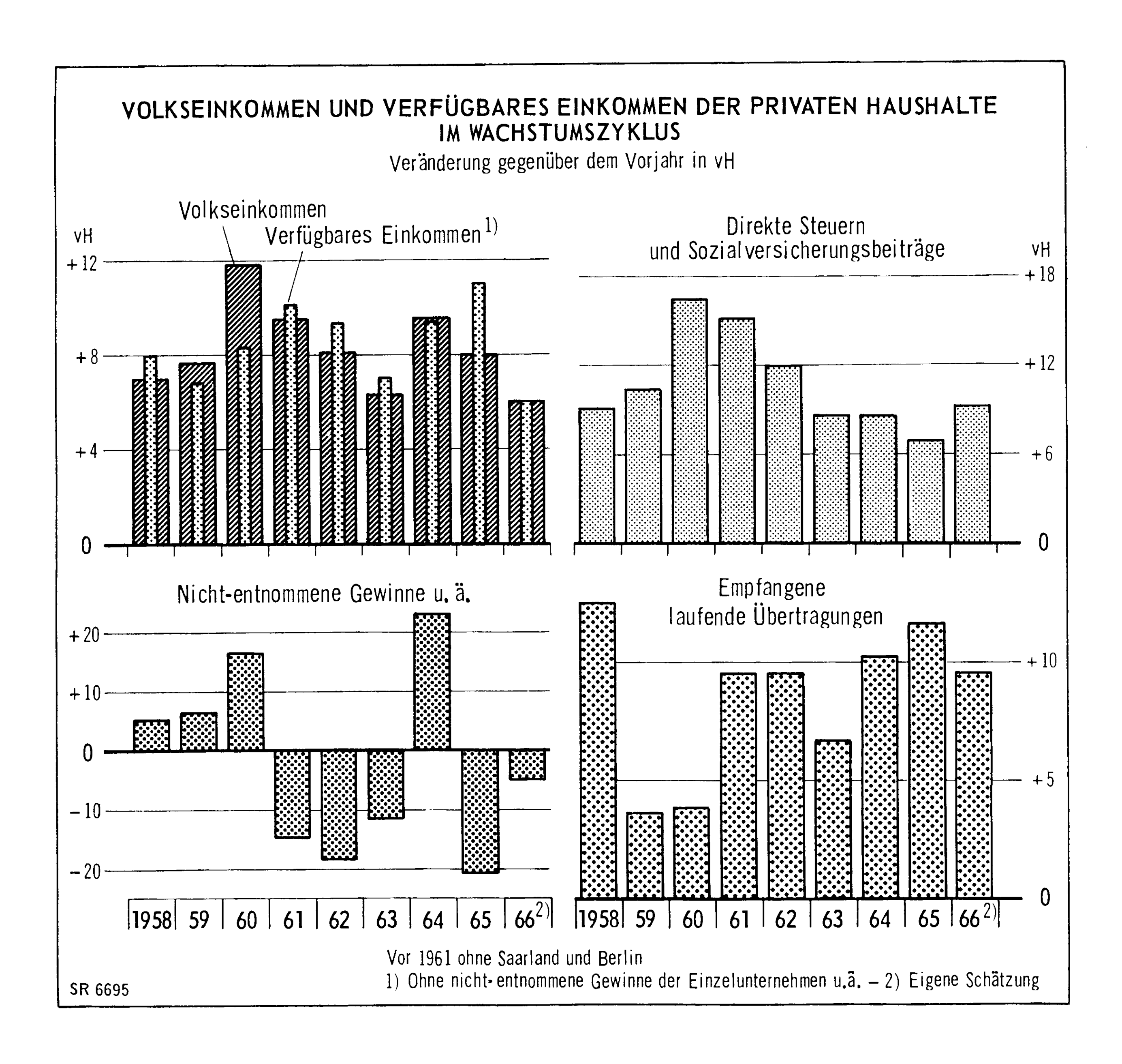


Tabelle 23

Verteilung und Umverteilung

	1960	1961
(1) Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)	229,8	251,6
(2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	139,8	157,2
(3) Lohnsteuer und Beiträge zur Sozialversicherung	35,1	40,1
(4) Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (2) ./. (3)	104,6	117,1
(5) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (1) ./. (2)	90,0	94,4
(6) Direkte Steuern u. ä. auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	20,7	23,9
(7) Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (5) ./. (6)	69,3	70,6
(8) Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen (4) + (7)	174,0	187,7
(9) Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,6	4,3
(10) Laufende Übertragungen vom Staat an private Haushalte (netto)	37,0	40,5
(11) Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch [4])	2,5	3,2
(12) Nicht-entnommene Gewinne u. ä.	19,3	16,4
(13) Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä. (8) ./. (9) + (10) ./. (11) ./. (12)	185,5	204,2
	Veränderung	
(1) Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)	.	*+ 9,5*
(2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	.	*+12,5*
(3) Lohnsteuer und Beiträge zur Sozialversicherung	.	*+14,0*
(4) Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (2) ./. (3)	.	*+11,9*
(5) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (1) ./. (2)	.	*+ 4,9*
(6) Direkte Steuern u. ä. auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	.	*+15,3*
(7) Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (5) ./. (6)	.	*+ 1,8*
(8) Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen (4) + (7)	.	*+ 7,9*
(9) Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	.	*+18,4*
(10) Laufende Übertragungen vom Staat an private Haushalte (netto)	.	*+ 9,3*
(11) Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch [4])	.	*+26,9*
(12) Nicht-entnommene Gewinne u. ä.	.	*−14,9*
(13) Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä. (8) ./. (9) + (10) ./. (11) ./. (12)	.	*+10,1*

[1]) vorläufige Ergebnisse
[2]) eigene Schätzung; gerundete Ergebnisse
[3]) erste vorläufige Ergebnisse
[4]) einschließlich Saldo der Einkommensübertragungen mit der übrigen Welt, Rückerstattungen, Strafen, freiwillige Beiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen zur Sozialversicherung

Tabelle 23

des Volkseinkommens

1962	1963	1964 [1]	1965 [1]	1966 [2]	1965 [1] 1. Halbjahr	1965 [1] 2. Halbjahr	1966 1. Halbjahr [3]	1966 2. Halbjahr [2]
			Mrd. DM					
271,9	289,0	316,5	341,8	362,5	160,0	181,8	170,9	191,5
173,9	186,5	204,4	225,7	244,0	106,6	119,1	116,3	127,5
44,8	48,7	53,3	57,3	.	25,8	31,5	29,6	.
129,0	137,9	151,1	168,4	.	80,8	87,6	86,7	.
98,0	102,5	112,1	116,2	118,5	53,4	62,7	54,6	64,0
26,1	27,1	28,4	28,8	.	14,6	14,3	15,8	.
72,0	75,4	83,7	87,3	.	38,9	48,5	38,8	.
201,0	213,3	234,8	255,7	268,0	119,7	136,0	125,5	142,5
4,6	5,0	5,4	5,6	.	2,3	3,3	2,3	.
44,3	47,2	51,9	58,1	63,5	28,4	29,6	31,1	32,5
4,0	4,7	5,5	6,6	.	2,9	3,7	3,5	.
13,4	11,9	14,6	11,6	.	7,3	4,3	6,2	.
223,2	238,9	261,3	290,1	307,5	135,7	154,4	144,7	163,0
gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH								
+ 8,1	+ 6,3	+ 9,5	+ 8,0	+ 6,0	+ 8,3	+ 7,7	+ 6,8	+ 5,5
+10,6	+ 7,3	+ 9,6	+10,4	+ 8,0	+10,0	+10,8	+ 9,1	+ 7,0
+11,9	+ 8,6	+ 9,5	+ 7,5	.	+ 5,0	+ 9,6	+14,6	.
+10,2	+ 6,8	+ 9,6	+11,4	.	+11,8	+11,2	+ 7,4	.
+ 3,8	+ 4,6	+ 9,4	+ 3,6	+ 2,5	+ 5,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,5
+ 9,3	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,5	.	+ 0,6	+ 2,4	+ 8,6	.
+ 2,0	+ 4,8	+11,0	+ 4,3	.	+ 6,8	+ 2,4	− 0,2	.
+ 7,1	+ 6,1	+10,1	+ 8,9	+ 5,0	+10,1	+ 7,9	+ 4,9	+ 5,0
+ 6,5	+ 9,6	+ 6,8	+ 3,5	.	± 0,0	+ 6,1	+ 1,8	.
+ 9,5	+ 6,5	+10,1	+11,8	+ 9,5	+12,0	+11,7	+ 9,4	+ 9,5
+25,5	+15,4	+17,2	+21,1	.	+16,8	+24,7	+18,5	.
−18,3	−11,6	+23,0	−20,8	.	+ 7,7	−45,4	−14,9	.
+ 9,3	+ 7,0	+ 9,4	+11,0	+ 6,0	+10,7	+11,3	+ 6,7	+5,5

Lohneinkommen

103. Die Lohnentwicklung ist 1966 vom konjunkturellen Klimawechsel nicht unbeeinflußt geblieben. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten, die seit dem ersten Halbjahr 1964 jeweils mit Jahresraten von rund 9 vH zugenommen hatte, stieg im ersten Halbjahr 1966 nur um etwa 8 vH an. Da sich der Lohnanstieg seither weiter verlangsamt hat, nehmen die Effektivverdienste im Durchschnitt des Jahres 1966 um nicht mehr als 7,5 vH zu.

104. Bei den Tarifverdiensten verlief die Entwicklung in dieselbe Richtung. Hatte das gesamtwirtschaftliche Tariflohn- und -gehaltsniveau auf Wochenbasis gerechnet 1965 noch um 7 vH zugenommen, so lag es in den drei ersten Quartalen 1966 nur mehr um knapp 6 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand (Tabelle 24). Die Spanne zwischen den Wachstumsraten von Effektiv- und Tarifverdiensten (Lohndrift) dürfte daher in jüngster Zeit eher kleiner geworden sein.

105. Deutlicher noch kommt der konjunkturelle Umschwung zum Ausdruck, wenn man ausschließlich die Neuabschlüsse von Tarifverträgen (einschließlich Stufenerhöhungen) betrachtet. Machten die tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen, auf Stundenbasis gerechnet, 1964 und 1965 noch 7,8 und 7,1 vH aus, so

Tabelle 24

Tariflohn- und -gehaltserhöhungen [1])

Zeitraum		Beschäftigte, für die Tariflohn- oder -gehaltserhöhungen in Kraft getreten sind [2])		Tariflich vereinbarte Lohn- und -gehaltserhöhungen			Tariflöhne und -gehälter	
		1000	vH der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten [3])	je Stunde	Ausgleich für Arbeitszeitverkürzungen	je Woche	je Stunde	je Woche
				vH			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH	
1960		16 100	95	8,6	0,4	8,2	+7,5	+6,8
1961		16 170	94	8,9	0,1	8,8	+8,7	+8,5
1962		15 910	90	8,0	1,5	6,5	+8,8	+7,6
1963		16 620	91	5,9	0,6	5,3	+5,8	+5,1
1964		17 580	96	7,8	1,5	6,3	+6,4	+4,9
1965 [4])		17 640	95	7,1	0,8	6,3	+7,8	+7,0
1964	1. Vierteljahr	7 480	41	4,1	1,7	2,4	+5,8	+4,9
	2. Vierteljahr	10 710	58	4,6	1,1	3,5	+6,1	+4,5
	3. Vierteljahr	2 400	13	5,4	0,6	4,8	+5,8	+4,2
	4. Vierteljahr	7 930	43	5,5	0,1	5,4	+7,6	+6,1
1965 [4])	1. Vierteljahr	6 460	35	6,0	0,3	5,7	+8,1	+7,2
	2. Vierteljahr	5 350	29	7,6	1,3	6,3	+7,5	+6,9
	3. Vierteljahr	8 090	44	3,7	0,7	3,0	+8,5	+7,7
	4. Vierteljahr	3 240	17	5,3	0,4	4,9	+6,9	+6,0
1966 [4])	1. Vierteljahr	7 610	40	5,6	0,5	5,1	+7,1	+6,2
	2. Vierteljahr	7 680	41	5,9	0,5	5,4	+7,4	+6,6
	3. Vierteljahr	2 620	14	5,6	1,2	4,4	+6,6	+5,9

ohne Berlin

[1]) Gehaltserhöhungen für Angestellte und Beamte einschließlich unterstelltem Verdienstausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen

[2]) Jahresergebnisse, ohne Doppelzählungen bei mehrfachen Tarifänderungen

[3]) Erfaßt sind die Tarifverträge von etwa 85 vH aller Beschäftigten.

[4]) vorläufige Ergebnisse

Quelle: Deutsche Bundesbank

lagen sie in den ersten drei Quartalen 1966 zwischen durchschnittlich 5,5 und 6 vH. Auch dies entspricht der Erfahrung früherer Wachstumszyklen. Wenn auch die jeweiligen Tariflohnerhöhungen nicht das Ausmaß der Effektivlohnsteigerungen erreichen, so verlaufen sie doch phasengleich mit diesen. Hingegen folgt das jeweilige Niveau der Tariflöhne, das ist der Durchschnitt der Sätze aller laufenden Tarifverträge, wegen des Gewichts alter Verträge nur verzögert: In der Aufschwungsphase eines Wachstumszyklus bleiben die Zuwachsraten des Niveaus hinter den Tariflohnerhöhungen zurück; in der Spätphase eines solchen Zyklus tritt das Gegenteil ein (Schaubild 30).

Diese Phasenverschiebung ist um so größer, je länger die durchschnittliche Laufzeit der Tarifverträge ist. So waren 1963 für knapp 70 vH der Arbeitnehmer, für die überhaupt neue Tarife vereinbart wurden, Verträge mit einer Laufzeit von mehr als 17 Monaten abgeschlossen worden. Dagegen war die durchschnittliche Laufzeit der 1964 und 1965 ausgehandelten Verträge kürzer (Tabelle 25). Die im ersten Halbjahr 1966 neu vereinbarten Tarifverträge sehen im Durchschnitt wieder eine etwas längere Laufdauer vor; dies geht vor allem auf die Abschlüsse im Bergbau (24 Monate), in der Metallindustrie (18 Monate) und im Öffentlichen Dienst sowie bei Bundesbahn und Bundespost (15 Monate) zurück.

106. Daß die Gewerkschaften ganz allgemein der veränderten gesamtwirtschaftlichen Lage Rechnung getragen haben, zeigt sich auch in der unverändert günstigen Streikbilanz der Bundesrepublik. In keinem größeren Bereich haben die Arbeitnehmer Lohnforderungen mit Streik durchzusetzen versucht. Bemerkenswert ist ferner, daß die Vertreter der Arbeitnehmer sich nochmals zu einer Verschiebung langfristig vereinbarter Arbeitszeitverkürzungen bereit fanden.

107. In den Lohnforderungen der Gewerkschaften und in den Lohnangeboten der Arbeitgeber kommen die Erwartungen der Tarifpartner über die Geldwertentwicklung unmittelbar zum Ausdruck. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Zuwachsraten von Effektiv- wie Tariflöhnen nach wie vor beträchtlich über die Rate des Produktivitätsfortschrittes hinausgehen. Ein Wandel in Richtung auf eine kostenniveau-

Schaubild 30

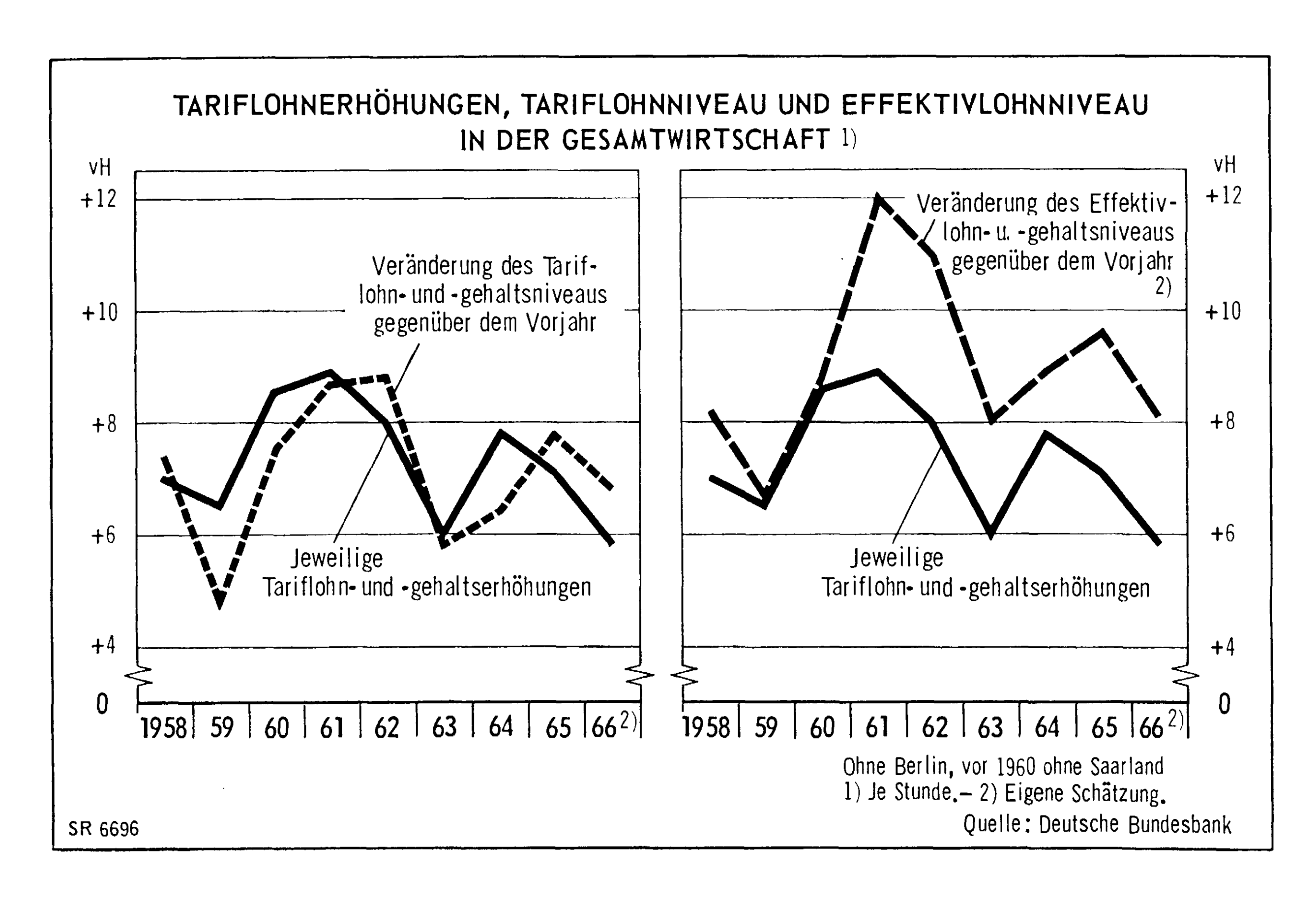


Tabelle 25

Zur Laufzeit neu abgeschlossener Tarifverträge

Zeitraum	Durch Neuabschlüsse erfaßte Arbeitnehmer						Durchschnittliche Laufdauer der Tarifverträge
	insgesamt	davon in					
		unbefristeten Verträgen	Verträgen mit einer Laufzeit von ... Monaten				
			weniger als 13	13 bis 15	16 bis 18	19 und mehr	
	1000	vH					Monate
1962	15 284	*7,0*	*53,1*	*38,4*	*1,4*	*0,2*	.
1963	14 734	*5,3*	*19,4*	*7,3*	*36,2*	*31,8*	17,1
1964	9 632	*3,9*	*27,4*	*56,2*	*11,1*	*1,4*	14,3
1965	12 024	*5,7*	*42,6*	*46,0*	*5,0*	*0,7*	13,5
1966 1. Halbjahr	11 170	*1,0*	*34,8*	*22,6*	*38,1*	*3,5*	15,3

Quelle: WWI — Tarif-Archiv

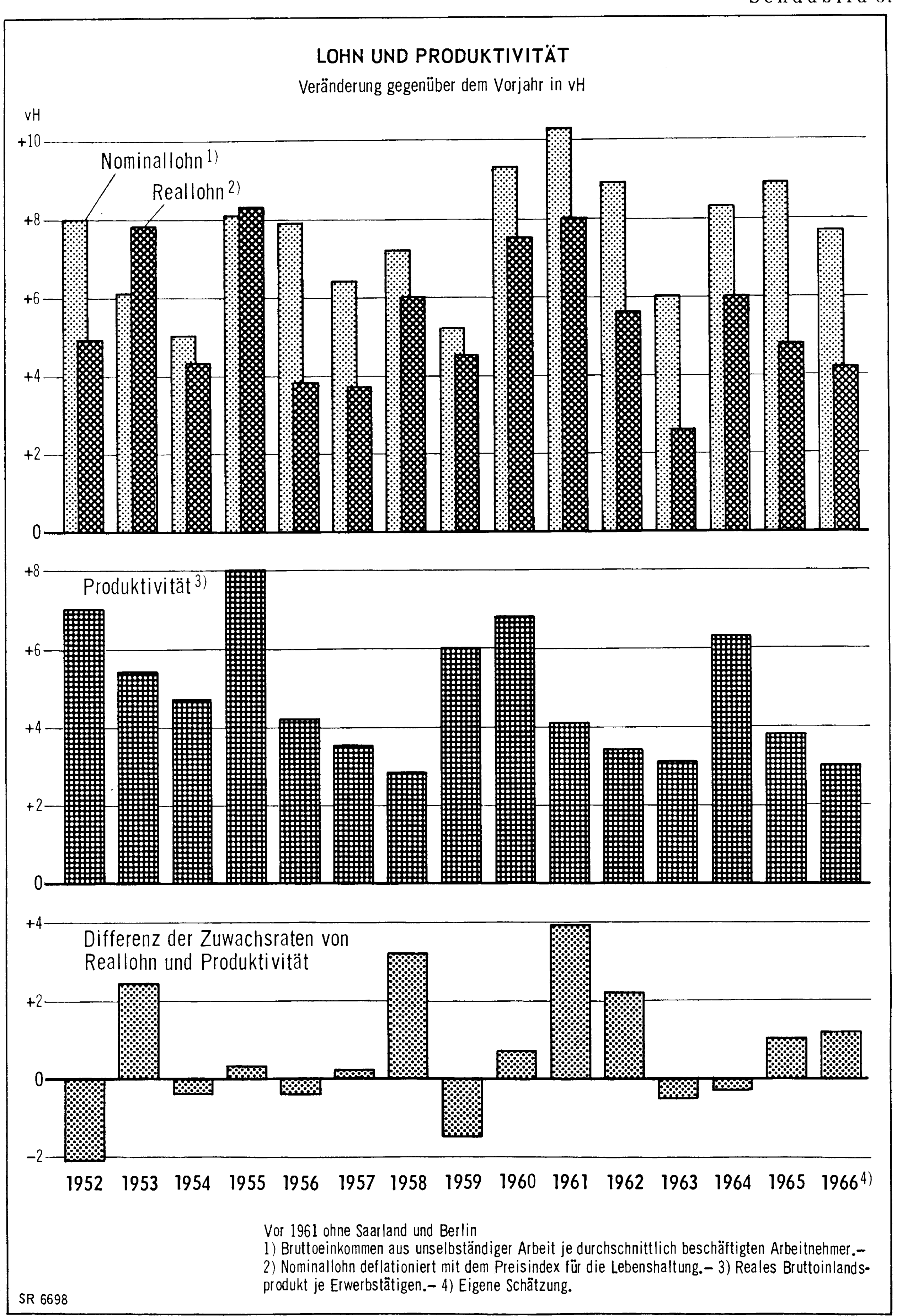
neutrale Lohnpolitik schien dem Sachverständigenrat angesichts der allseitigen Preissteigerungserwartungen im Herbst 1965 nur im Rahmen einer konzertierten Stabilisierungsaktion möglich. Für die Löhne hielt der Rat im ersten Jahr einer solchen Aktion einen Anstieg um 6,5 vH für möglich und nötig. Diese Lohnleitlinie ist allerdings vielfach dahin gehend ausgelegt worden, als sei eine Lohnerhöhung um diesen Satz gegenüber den am 31. Dezember 1965 bestehenden Lohnsätzen gemeint gewesen. Daß sie sich nicht auf den Jahresendstand bezog, sondern — der Logik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entsprechend, in die die Leitlinie hineingestellt war — auf den Jahresdurchschnitt 1965, hat der Rat unverzüglich, noch vor dem Abschluß der für die Lohnrunde 1966 so bedeutsamen Tarifverhandlungen in der Metallindustrie, durch seinen Generalsekretär darlegen lassen.

Reallöhne und Produktivität

108. Wenn die nominalen Effektivverdienste schneller steigen als die Produktivität (und die Tarifverdienste) — wie in den meisten Jahren seit 1950 —, so bedeutet dies nicht notwendig, daß die Arbeitnehmer ihren Anteil am realen Sozialprodukt erhöhen konnten. In der Tat hat der Reallohn — längerfristig gesehen — nicht viel mehr als die Produktivität zugenommen. Zwar war das nominale Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer 1965 über dreimal so hoch wie 1950, nach dem Preisindex für die Lebenshaltung haben sich jedoch die Verbraucherpreise von 1950 bis 1965 um knapp 40 vH erhöht, so daß der durchschnittliche Realverdienst eines Arbeitnehmers zwischen 1950 und 1965 nur um rund 130 vH zugenommen hat. Dem steht ein Anstieg der Arbeitsproduktivität des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen um 110 vH gegenüber. In den einzelnen Abschnitten ergibt sich jedoch ein etwas anderes Bild (Schaubild 31). Bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung ist der Reallohn — übers ganze gesehen — um nicht mehr als die Produktivität gestiegen. Merklich übertrifft die Reallohnsteigerung die Produktivitätssteigerung hingegen in den Jahren nach 1960, also seit dem Eintritt in die Phase anhaltenden Arbeitermangels [1]). Dies sind die Signale, die der Markt setzt, wenn sich die Knappheitsverhältnisse zwischen den Produktionsfaktoren verschieben. So ist das Arbeitsangebot in den Jahren nach 1960 relativ knapper geworden, da sich die Altersstruktur der Bevölkerung verschlechtert hat, da der Wanderungsgewinn aus Mitteldeutschland bedeutungslos geworden ist, und da sich die Erwerbsquoten der jungen Menschen mit zunehmender Ausbildungszeit teilweise ermäßigt haben. Außerdem ist das Arbeitsangebot relativ knapper geworden durch die laufenden Arbeitszeitverkürzungen (die freilich erst manche der beobachteten Produktivitätsfortschritte ausgelöst haben mögen). Daß arbeitssparende technische

[1]) Dies spiegelt sich auch deutlich in derjenigen Lohnquote, die sich ergibt, wenn man rechnerisch den Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen konstant hält. Diese Größe, die in den fünfziger Jahren insgesamt einen fallenden Trend aufwies, zeigt seit 1960 eine ansteigende Tendenz (JG 65 Tabelle 30).

Schaubild 31



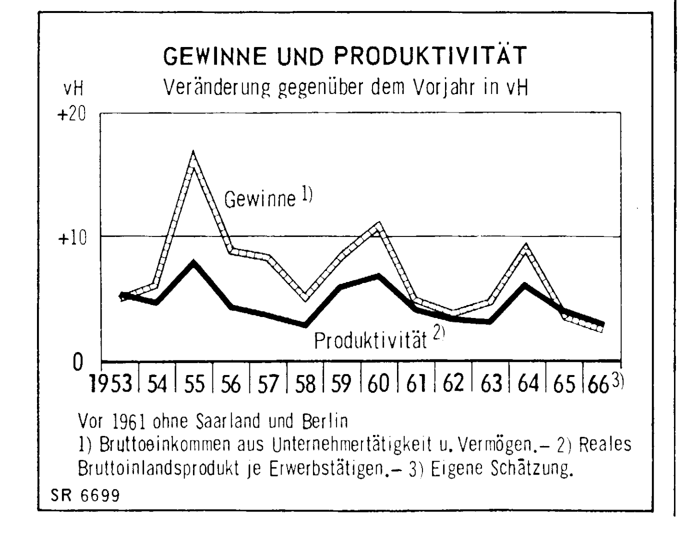
Vor 1961 ohne Saarland und Berlin
1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer.– 2) Nominallohn deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung.– 3) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.– 4) Eigene Schätzung.

Fortschritte, die der Verknappung der Arbeitskräfte entgegenwirkten, durch gewerkschaftliche Maßnahmen behindert wurden, läßt sich in der Bundesrepublik nicht feststellen. Allerdings hat es in der Bundesrepublik auch so gut wie keine technologisch bedingte Arbeitslosigkeit gegeben. Auf das Verhältnis von Reallohnsteigerung zu Produktivitätsfortschritt Anfang der sechziger Jahre hat wohl auch die Aufwertung insofern Einfluß gehabt, als sie es den Unternehmern vorübergehend erschwerte, ihre Gewinnmargen durch Preiserhöhungen zu verteidigen.

Unternehmer- und Kapitaleinkommen

109. Die vom Statistischen Bundesamt berechneten Zahlen für das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die mangels anderer nach wie vor besten Indikatoren der Gewinnentwicklung (Vorwort, Ziffer 11), lagen im ersten Halbjahr 1966 nur noch um rund 2 vH höher als im Vorjahr, nachdem sie sich schon 1965 lediglich um 3,6 vH erhöht hatten (Tabelle 23). Die Gewinnmargen haben sich also weiter verkleinert, wie es für eine derartige Phase eines Wachstumszyklus kennzeichnend ist. Wenn in der Aufschwungsphase eines Zyklus die Kapazitätsausnutzung kräftig zunimmt und dies die Arbeitsproduktivität ansteigen läßt, nehmen die Gewinne überproportional zu (Schaubild 32). Wenn dann im weiteren Verlauf die Kapazitätsreserven ausgeschöpft sind und die Lohnentwicklung Anschluß an die Gewinnlage gewonnen hat, fallen die Zuwachsraten der Gewinne rasch ab. In einer solchen Spätphase befindet sich unsere Wirtschaft im Jahre 1966. Wahrscheinlich werden in diesem Jahr in den besonders konjunkturreagiblen Branchen sogar die Gewinne des Vorjahres nicht mehr erreicht. Diese Vermutung wird gestützt durch die Erfahrung von 1963, als das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im verarbeitenden Gewerbe unter dem Vorjahresniveau lag. Weitergehende Analysen läßt das auf diesem Gebiete besonders lückenhafte statistische Material nicht zu.

Schaubild 32



Vor 1961 ohne Saarland und Berlin
1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen.– 2) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.– 3) Eigene Schätzung.
SR 6699

110. Die ungünstige Ertragslage und die anhaltenden Finanzierungsschwierigkeiten haben die Unternehmer offenbar veranlaßt, ihre Gewinnentnahmen, die von 1964 auf 1965 noch sehr kräftig zugenommen hatten (10 vH), 1966 kaum noch zu erhöhen (1. Halbjahr 1966: 3 vH). Gleichwohl sind die nicht-entnommenen Gewinne, wie schon 1965, auch im ersten Halbjahr 1966 wieder merklich zurückgegangen.

Belastung des Einkommens

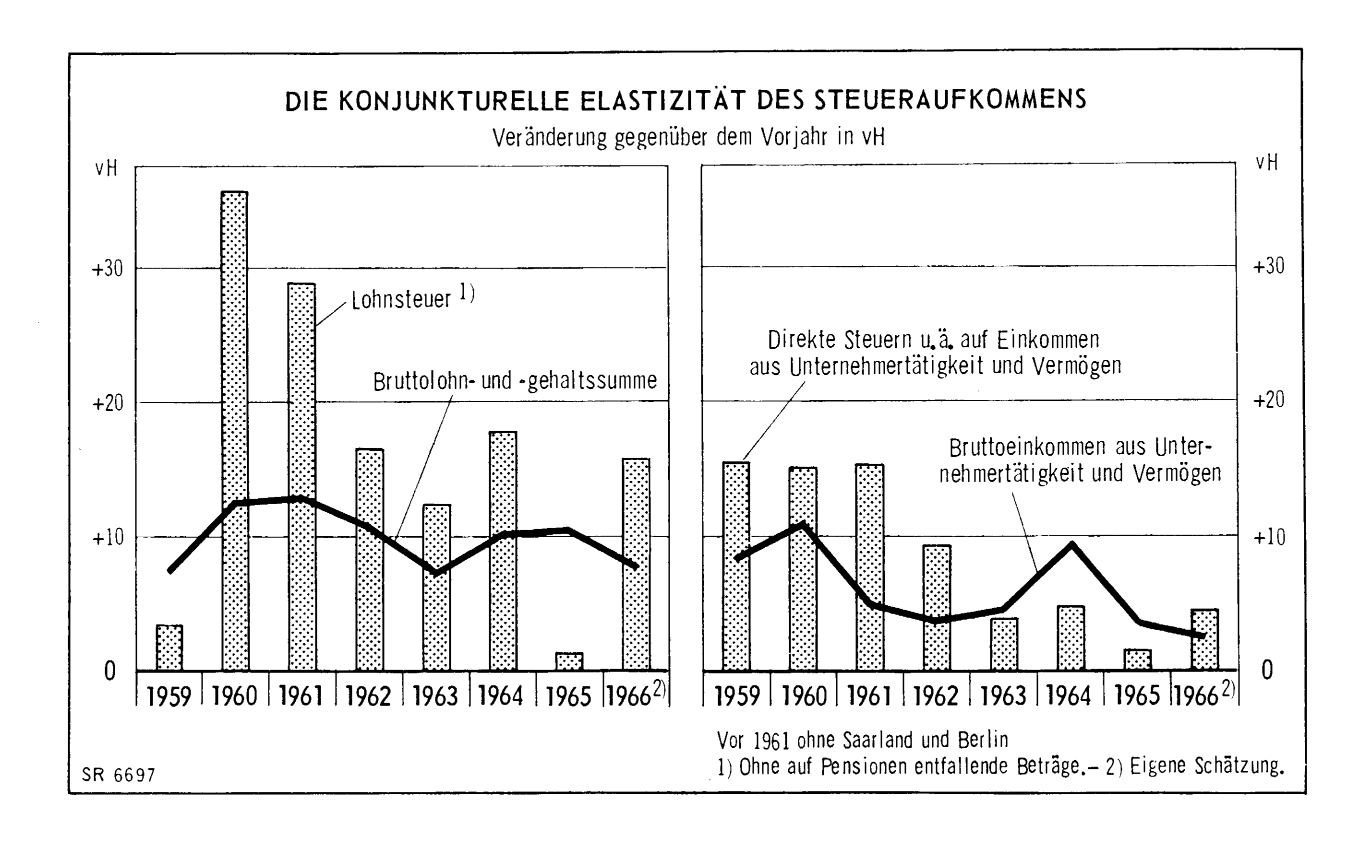
111. Die Belastung des Volkseinkommens durch direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge hat sich 1966, nachdem sie 1964 veranlagungsbedingt und 1965 infolge der Steuersenkungen erstmals seit 1954 wieder abgenommen hatte, auf schätzungsweise 27 vH erhöht (die längerfristige Entwicklung zeigt Tabelle 90 im Anhang).

112. Lie Lohnsteuerzahlungen lagen im ersten Halbjahr 1966 um etwa 20 vH über denen des Vorjahres. Dieser kräftige Anstieg geht fast ausschließlich darauf zurück, daß die Nominaleinkommen direkt oder indirekt in höhere Progressionszonen des Steuertarifs hineinwuchsen. Da die Pflichtversicherungsgrenzen in der zweiten Hälfte von 1965 erhöht worden waren, stiegen auch die Beiträge zur Sozialversicherung überproportional an; sie lagen im ersten Halbjahr 1966 um gut 12 vH über dem Vorjahresstand.

Mit der überproportionalen Zunahme der Arbeitgeberbeiträge hatte sich zugleich der Spielraum der Sozialpartner für kostenniveau-neutrale Lohnerhöhungen verkleinert (JG 64 Ziffer 248 c). Lohnsteueraufkommen und Beiträge zur Sozialversicherung zusammen übertrafen im ersten Halbjahr 1966 um fast 15 vH den entsprechenden Vorjahresstand. Sie haben damit, anders als im Jahre zuvor, erheblich stärker zugenommen als das Bruttoarbeitseinkommen (9,1 vH).

113. Die Zahlungen an direkten Steuern auf Unternehmer- und Kapitaleinkommen haben 1966 ebenfalls kräftig zugenommen. Die gegenwärtige Erhebungspraxis bringt es mit sich, daß

Schaubild 33



die Steuerzahlungen eher prozyklisch wirken (JG 65 Ziffer 103). Da erst in diesem Jahr die Abschlußzahlungen für das gewinnstarke Jahr 1964 fällig werden, haben die Unternehmen im ersten Halbjahr 1966 um rund 10 vH mehr direkte Steuern abführen müssen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, in dem die Zuwachsrate dieser Steuern insgesamt nur 1,5 vH betrug (Tabelle 23). Die so errechneten Nettogewinne lagen daher 1966 sogar etwas unter dem Vorjahresstand. Schaubild 33 zeigt, wie unterschiedlich die Konjunkturreagibilität der Lohnsteuer einerseits und der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer andererseits in den letzten Jahren war.

Übertragene Einkommen

114. Stärker als die anderen Einkommensarten der privaten Haushalte nehmen schon seit dem zweiten Halbjahr 1964 die öffentlichen Einkommensübertragungen zu, also die Renten, Pensionen und Unterstützungen. Allerdings hat sich ihr Wachstum in jüngster Zeit leicht abgeschwächt. Mit rund 31 Mrd. DM lagen sie im ersten Halbjahr 1966 um 9,4 vH über der entsprechenden Vorjahressumme; 1965 hatte die Zuwachsrate noch fast 12 vH betragen (Tabelle 23). Ausschlaggebend für diese starke Zunahme war weder, daß sich die Zahl der Leistungsempfänger infolge der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung vergrößerte — obwohl sich deren Einfluß bereits bemerkbar macht (Schaubild 34) —, noch daß sich der Kreis der Leistungsberechtigten oder die Leistungsberechnung änderten, sondern die mehr oder weniger automatisch, aber zeitlich verzögerte Anpassung der Sozialleistungen an die allgemeine Einkommensentwicklung. So wurden etwa die laufenden Renten in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 1965 um 9,4 vH, 1966 um 8,3 vH heraufgesetzt.

115. Über einen längeren Zeitraum betrachtet hat sich die Summe der öffentlichen Einkommensübertragungen sehr gleichläufig mit dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, dem Volkseinkommen und den gesamten Staatsausgaben entwickelt. Die Einkommensübertragungen hatten 1950 wie 1965 — jeweils rund gerechnet — einen Anteil von einem

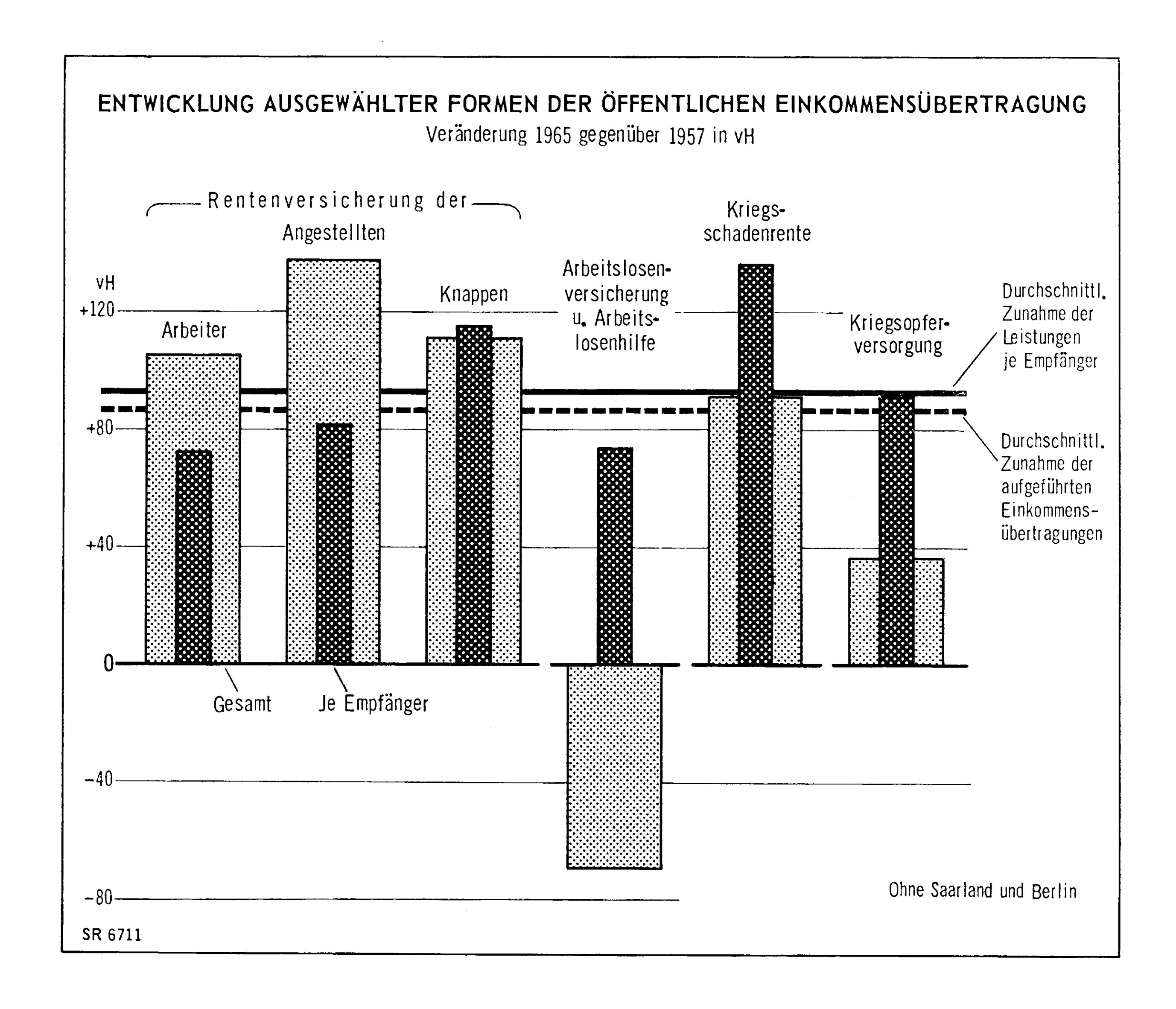
Sechstel am Volkseinkommen,

Fünftel am verfügbaren Einkommen,

Drittel an den gesamten Staatsausgaben.

Diese Gleichläufigkeit ist mit darauf zurückzuführen, daß sich die sozialpolitische Forderung, die Sozialleistungen laufend an die ge-

Schaubild 34

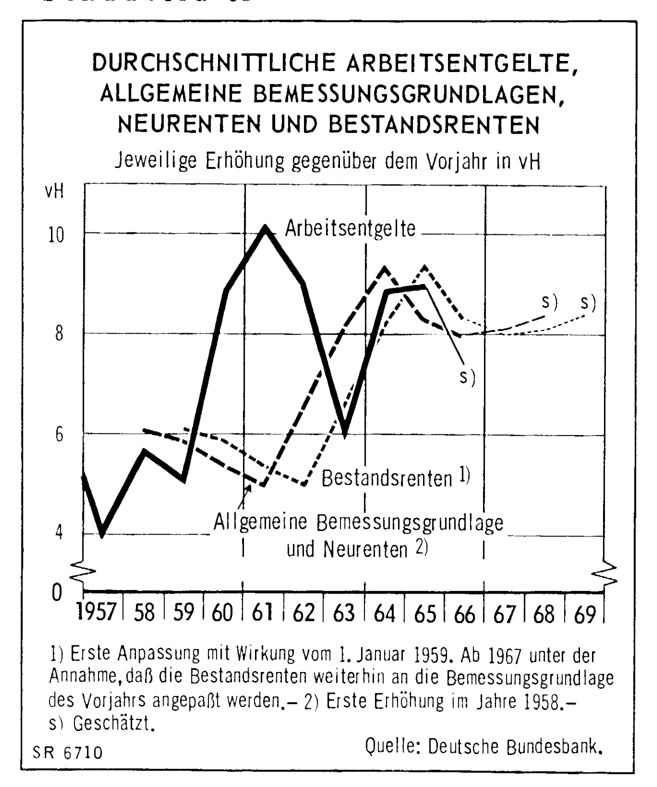


samtwirtschaftliche Entwicklung anzupassen, durchsetzte. Zugleich hielten sich mehrere Tendenzen die Waage: Dämpfend auf die Zunahme der Sozialleistungen wirkte, daß die unmittelbar auf den Krieg zurückzuführenden Leistungen sich verminderten, daß die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung 1958 nicht angepaßt wurden und daß die Renten überhaupt stets verzögert angepaßt werden. Beschleunigend wirkte demgegenüber die Tendenz, den Kreis der Berechtigten zu erweitern und die Berechtigungsmerkmale zu vermehren.

116. So ist seit der Rentenreform im Jahre 1957 im Zuge von neun Rentenanpassungen das allgemeine Niveau der damals bestehenden Renten um rund 70 vH gestiegen — allerdings immer noch um 25 vH weniger als die Durchschnittsverdienste aller Versicherten. Wegen des unterschiedlichen Ausmaßes, in dem die einzelnen Sozialleistungen „dynamisiert" wurden, und auf Grund des relativen Rückgangs der Kriegsfolgelasten hat sich die Struktur der öffentlichen Einkommensübertragungen seit 1950 erheblich gewandelt (Tabelle 91 im Anhang).

117. Das Verfahren, nach dem seit 1957 die Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden, schafft für jede Stabilisierungspolitik schwerwiegende Übergangsprobleme, da die Rentenerhöhungen der Zunahme der nominalen Arbeitsentgelte der Versicherten mit mehrjähriger Verzögerung folgen (Schaubild 35). So sehr die automatische oder halbautomatische Anpassung der Renten

Schaubild 35

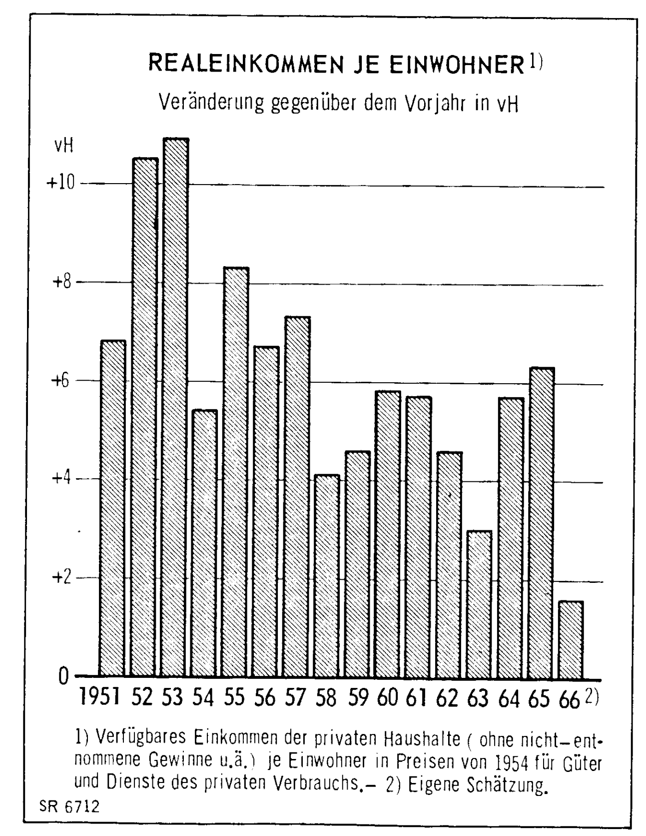


1) Erste Anpassung mit Wirkung vom 1. Januar 1959. Ab 1967 unter der Annahme, daß die Bestandsrenten weiterhin an die Bemessungsgrundlage des Vorjahrs angepaßt werden. – 2) Erste Erhöhung im Jahre 1958. – s) Geschätzt.

SR 6710 Quelle: Deutsche Bundesbank.

in der Phase sich beschleunigender Geldentwertung dämpfend gewirkt hat, so leicht könnte dies Verfahren Versuche beeinträchtigen, den Anstieg der gesamten nominalen Einkommen kurzfristig auf den Anstieg des realen Sozialprodukts zu reduzieren.

Schaubild 36



1) Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (ohne nicht-entnommene Gewinne u.ä.) je Einwohner in Preisen von 1954 für Güter und Dienste des privaten Verbrauchs. – 2) Eigene Schätzung.

SR 6712

Verfügbares Einkommen

118. Auf Grund der geschilderten Tendenzen ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der ersten Hälfte 1966 nur noch um 6,7 vH gestiegen; auf das ganze Jahr gerechnet dürfte der Anstieg sogar noch etwas geringer ausfallen. Wegen der starken Preissteigerungen nimmt jedoch das reale verfügbare Einkommen nur etwa halb so stark zu, je Einwohner mithin sogar weniger als in irgend einem Jahr seit 1950 (Schaubild 36). Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die durchschnittliche Sparneigung der privaten Haushalte 1966 zurückgegangen.

VI. Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte

119. Der Verzögerung, mit der das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Wachstumszyklus der Entwicklung des Volkseinkommens folgt (Ziffer 100), entspricht es, daß der Höhepunkt der Verbrauchskonjunktur in die Phase rückläufiger Investitionskonjunktur fällt. So haben die Zuwachsraten des privaten Verbrauchs vom zweiten Vierteljahr 1965 an bis zum ersten Vierteljahr 1966 nahe bei 10 vH gelegen, im Vergleich zu 8 vH im Jahre 1964 und 6 vH im Jahre 1963. Seit dem zweiten Vierteljahr 1966 hat jedoch der Anstieg der Verbrauchsausgaben deutlich nachgelassen und sich damit stärker an die Einkommensentwicklung angepaßt; für 1966 ist infolgedessen nur noch mit einer Zunahme der privaten Verbrauchsausgaben um rund 7,5 vH zu rechnen. Da sich die Verbraucherpreise 1966 noch stärker erhöht haben als 1965, tritt der Unterschied kräftiger hervor, wenn man die Verbrauchsausgaben preisbereinigt. Danach erreichten die Zuwachsraten des (realen) privaten Verbrauchs in diesem Wachstumszyklus ihre Spitze gegen Mitte 1965. Seither nehmen sie sehr gleichmäßig ab; die Verbrauchsausgaben werden daher 1966 real nur noch etwa halb so stark zunehmen wie 1965 (rund 3,5 vH gegen 6 vH).

120. Der Zunahme des privaten Verbrauchs im ersten Halbjahr 1966 gegenüber dem ersten Halbjahr 1965 um 11 Mrd. DM stand eine Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um lediglich 9 Mrd. DM gegenüber (Tabelle 26). Die Gesamtersparnis der privaten Haushalte war also geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, dem Höhepunkt der dritten Sparwelle, die 1963 begonnen hatte. Die durchschnittliche Sparquote, der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen, ging von 12,2 vH im ersten Halbjahr 1965 auf 10,1 vH im ersten Halbjahr 1966 zurück. Die marginale Sparquote, die Zunahme der Ersparnis in vH der Zunahme des ver-

fügbaren Einkommens, war infolge der rückläufigen Ersparnisbildung negativ, ähnlich, wenn auch stärker als im zweiten Halbjahr 1961 und im ersten Halbjahr 1962 (Schaubild 37).

121. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob eher die starke Zunahme der Verbrauchsausgaben die Verbraucherpreise in die Höhe getrieben hat oder ob eher der starke Preisanstieg die unerwartete Zunahme der Verbrauchsausgaben verursacht hat, sei es dadurch, daß die Verbraucher die Preiserhöhungen einfach hinnahmen und also als Ersparnis weniger übrigblieb, sei es dadurch, daß die fortschreitende Teuerung — die Geldentwertungsrate übertraf zeitweise den Zinssatz für Spareinlagen (Tabelle 27) — die Neigung zum Sparen minderte.

122. Einen wichtigen Hinweis gibt immerhin die Struktur der Preisveränderungen. Das Schwergewicht der Preiserhöhungen lag wiederum bei Bedarfsgruppen, für die die Nachfrage als relativ preisunelastisch angesehen werden muß, nämlich bei Nahrungsmitteln, Wohnungen und Verkehrsleistungen (Schaubild 38). Mehr als die Hälfte aller Ausgaben der privaten Haushalte entfallen auf diese Gruppen (Tabelle 28); starke Preissteigerungen bei Gütern und Dienstleistungen dieser Gruppen

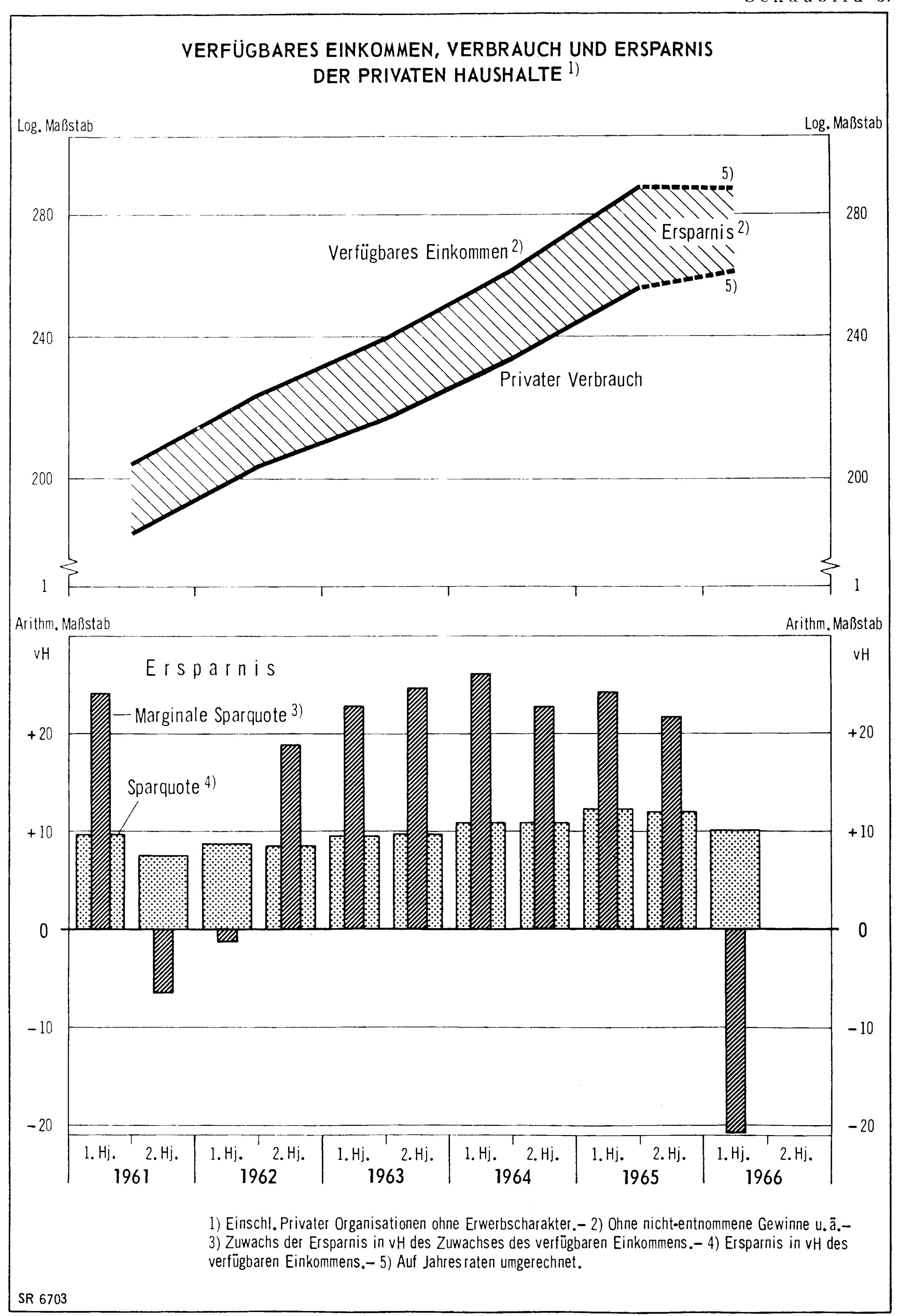
Tabelle 26

Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte [1])

Zeitraum	Verfügbares Einkommen [2])	Privater Verbrauch	Ersparnis [2])	Sparquote [3])	Marginale Sparquote [4])
		Mrd. DM			vH
1960	185,5	170,0	15,5	*8,3*	.
1961	204,2	186,8	17,4	*8,5*	*+10,4*
1962	223,2	204,0	19,2	*8,6*	*+ 9,2*
1963	238,9	215,9	23,0	*9,6*	*+23,9*
1964 [5])	261,3	232,9	28,4	*10,9*	*+24,4*
1965 [5])	290,1	255,1	35,0	*12,1*	*+22,9*
1965 [5]) 1. Halbjahr	135,7	119,1	16,5	*12,2*	*+24,3*
2. Halbjahr	154,4	135,9	18,5	*12,0*	*+21,7*
1966 [6]) 1. Halbjahr	144,7	130,1	14,7	*10,1*	*−20,8*
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH				
1961	*+10,1*	*+9,8*	*+12,6*	.	.
1962	*+ 9,3*	*+9,2*	*+10,1*	.	.
1963	*+ 7,0*	*+5,8*	*+19,5*	.	.
1964 [5])	*+ 9,4*	*+7,9*	*+23,8*	.	.
1965 [5])	*+11,0*	*+9,5*	*+23,2*	.	.
1965 [5]) 1. Halbjahr	*+10,7*	*+9,0*	*+23,8*	.	.
2. Halbjahr	*+11,3*	*+9,9*	*+22,6*	.	.
1966 [6]) 1. Halbjahr	*+ 6,7*	*+9,2*	*−11,4*	.	.

[1]) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter
[2]) ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä.
[3]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens
[4]) Zuwachs der Ersparnis in vH des Zuwachses des verfügbaren Einkommens
[5]) vorläufige Ergebnisse
[6]) erste vorläufige Ergebnisse

Schaubild 37



1) Einschl. Privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.– 2) Ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä.– 3) Zuwachs der Ersparnis in vH des Zuwachses des verfügbaren Einkommens.– 4) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.– 5) Auf Jahresraten umgerechnet.

SR 6703

Tabelle 27

Sparzins und Teuerung

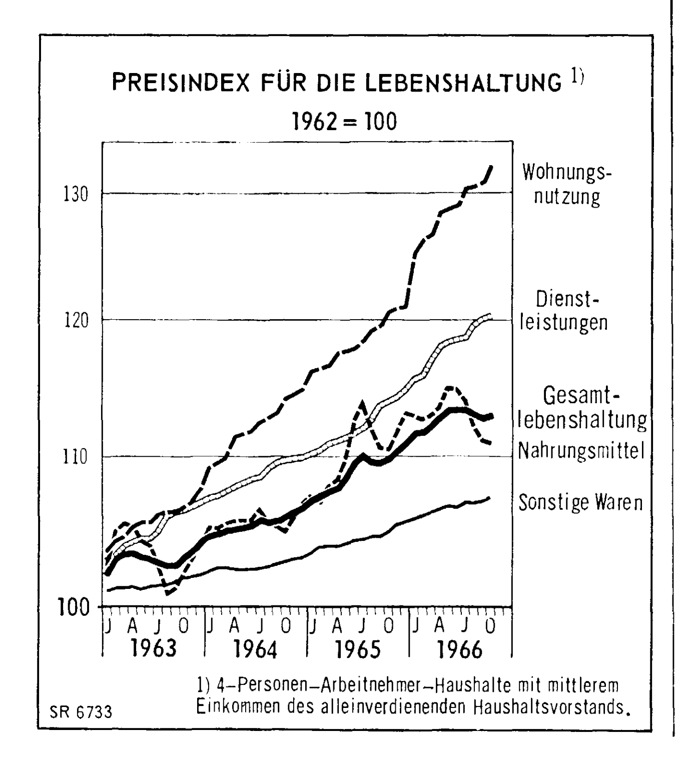
vH

Zeitraum	Zinssatz für Spareinlagen [1])	Preisindex für die Lebenshaltung [2])	„Realzins" (Spalte 1 ·/· Spalte 2)
	1	2	3
1960	3,75	+ 1,4	+ 2,4
1961	3,50	+ 2,3	+ 1,2
1962	3,25	+ 3,0	+ 0,3
1963	3,25	+ 3,0	+ 0,3
1964	3,25	+ 2,3	+ 1,0
1965	3,42	+ 3,4	± 0,0
1966			
1. Halbjahr	3,75	+ 4,2	— 0,4
3. Vierteljahr	4,50	+ 2,9	+ 1,6

[1]) mit gesetzlicher Kündigungsfrist und (ab 1. März 1965) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 6 bis weniger als 12 Monaten

[2]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

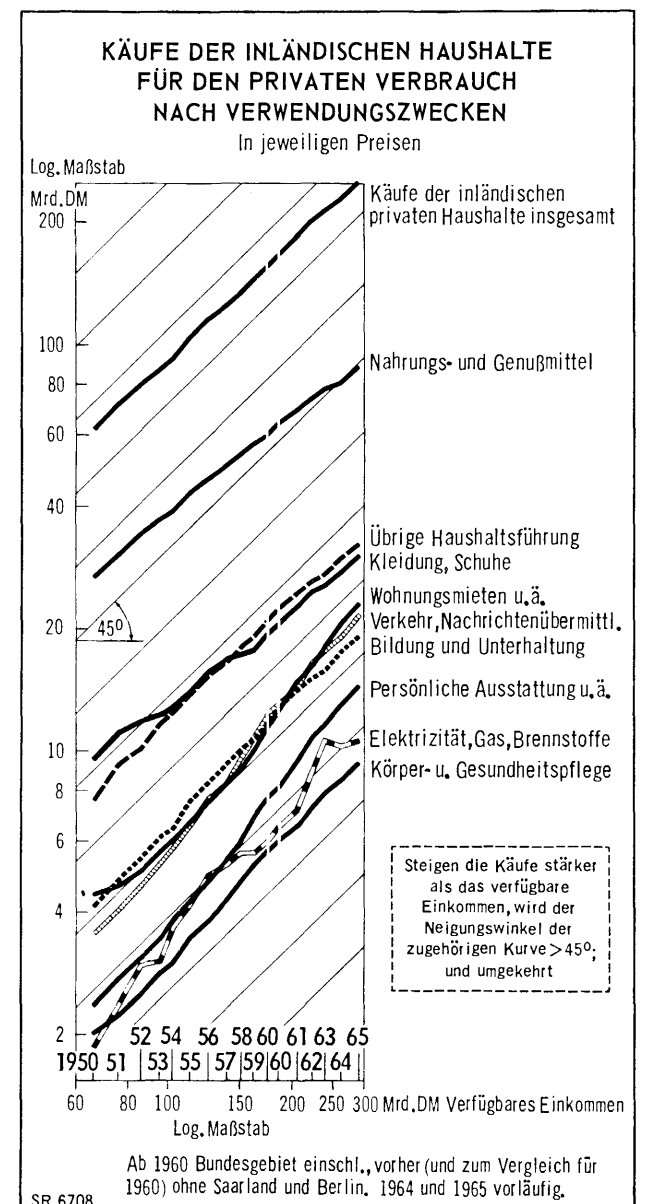
Schaubild 38



beanspruchen also selbst bei konstantem Realkonsum einen erheblichen Teil des zusätzlich verfügbaren Einkommens. Tabelle 28 zeigt, wie sich das große Gewicht dieser Ausgabenkategorien in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten niederschlägt. Nahezu zwei Drittel der Erhöhung der Lebenshaltungskosten im ersten Halbjahr 1966 entfallen auf die Preiserhöhungen in den Bedarfsgruppen Ernährung, Wohnung und Verkehr. Wie sich die Struktur der Verbrauchsausgaben verändert hat, zeigt Schaubild 39.

123. Ob es außer den erwähnten Gründen, die wahrscheinlich dazu beigetragen haben, daß die privaten Verbrauchsausgaben im ersten Halbjahr 1966 stärker als das verfügbare Einkommen zunahmen, auch eine selbständige

Schaubild 39



teuerungsbedingte Verminderung der Sparneigung gegeben hat, diese Frage läßt sich nicht mit der wünschenswerten Zuverlässigkeit beantworten.

124. Da das Sparverhalten der einzelnen sozialen Gruppen sehr unterschiedlich ist, hängt die kurzfristige Bewegung der Sparquote sehr stark davon ab, wie sich die Einkommen in diesen Gruppen konjunkturell entwickeln. Es darf als sicher gelten, daß die durchschnittliche Sparquote der Arbeitnehmerhaushalte merklich unter der der Selbständigenhaushalte liegt. Unter diesen Umständen wiegt besonders schwer, daß das Nettoeinkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die Hauptquelle der Einkommen der Selbständigenhaushalte, im ersten Halbjahr 1966 kaum höher gewesen sein dürfte als ein Jahr vorher. Einschließlich der nicht-entnommenen Gewinne nahm das gesamte Nettoeinkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegenüber dem Vorjahr sogar ab. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die allgemeinen Finanzierungsschwierigkeiten wahrscheinlich bewirkt haben, daß selbständige Gewerbetreibende mehr als sonst außerbetriebliche Ersparnisse zur Betriebsfinanzierung einsetzten, was, rein rechnerisch, die laufende Haushaltserparnis minderte.

Zusammen mit der Belastung der privaten Haushalte aus dem verstärkten Preisauftrieb vermag die Abnahme der Privatentnahmen der Selbständigen durchaus den Rückgang der laufenden Haushaltsersparnisse im ersten Halbjahr 1966 zu erklären.

125. Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1966 gab es keine eindeutigen Zeichen für einen grundsätzlichen Wandel des Sparverhaltens der privaten Haushalte auf Grund der fortgesetzten Geldentwertung. Die Veränderungen bei den Umsätzen des Einzelhandels (Tabelle 29) lassen erkennen, wie stark die Haushalte inzwischen ihre Verbrauchsausgaben an die Einkommensentwicklung angepaßt haben. Dies wurde sicherlich dadurch erleichtert, daß zumindest die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln — wenn vielleicht auch nur saison-

Tabelle 28

Anteil der Bedarfsgruppen am Preisanstieg für die Lebenshaltung [1])

vH

Bedarfsgruppe	Preisänderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum				Anteil an den Ausgaben für die Lebenshaltung	Anteil an der Preisänderung			
	1965	1966				1965	1966		
		Januar bis März	Januar bis Juni	Januar bis September			Januar bis März	Januar bis Juni	Januar bis September
Ernährung	+4,5	+5,1	+4,6	+3,2	35,0	47,3	41,3	37,7	29,3
Getränke und Tabakwaren	+0,2	+3,4	+3,8	+4,0	8,2	0,5	6,1	6,9	8,0
Wohnung	+5,8	+8,2	+8,7	+8,9	9,9	18,2	20,4	21,8	24,9
Heizung und Beleuchtung	+1,7	+1,5	+1,3	+1,2	4,7	2,4	1,6	1,4	1,4
Hausrat	+1,8	+1,8	+1,6	+1,5	9,5	4,8	3,7	3,3	3,4
Bekleidung	+2,7	+3,3	+3,3	+3,3	12,5	9,8	9,4	9,4	10,4
Reinigung und Körperpflege	+3,1	+4,1	+4,3	+4,5	5,0	4,5	4,7	4,9	5,7
Bildung, Unterhaltung usw.	+4,1	+5,0	+4,8	+4,7	8,5	10,5	10,1	9,7	10,6
Verkehr	+1,0	+1,8	+3,2	+3,7	6,8	2,1	2,8	5,0	6,3
Gesamtlebenshaltung	+3,4	+4,3	+4,3	+3,9	100	100	100	100	100

[1]) Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

Tabelle 29

Einzelhandelsumsatz

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum		Einzelhandel insgesamt	mit Nahrungs- und Genußmitteln	mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen	mit Hausrat und Wohnbedarf	übriger Einzelhandel
		in jeweiligen Preisen				
1963		+ 4,9	+4,8	+ 4,3	+ 1,8	+ 7,3
1964		+ 7,7	+7,1	+ 7,4	+10,3	+ 7,4
1965		+10,1	+9,0	+10,7	+11,6	+10,3
1966	1. Vierteljahr	+10,4	+8,7	+12,3	+ 9,8	+11,4
	2. Vierteljahr	+ 5,8	+7,2	+ 3,2	+ 8,0	+ 5,2
	3. Vierteljahr [1]	+ 4,2	+4,0	+ 4,5	+ 7,4	+ 3,3
		in Preisen von 1962				
1963		+ 2,7	+3,4	+ 2,1	— 0,4	+ 4,0
1964		+ 5,6	+5,0	+ 5,2	+ 8,3	+ 5,2
1965		+ 6,3	+4,7	+ 7,9	+ 7,8	+ 6,4
1966	1. Vierteljahr	+ 6,2	+3,4	+ 9,0	+ 7,4	+ 7,6
	2. Vierteljahr	+ 2,1	+2,6	+ 0,2	+ 5,9	+ 1,6
	3. Vierteljahr [1]	+ 2,7	+3,5	+ 1,9	+ 5,3	± 0,0

[1]) vorläufige Ergebnisse

bedingt (Schaubild 38) — aufgehört haben. Obwohl die Spartätigkeit gerade im dritten Vierteljahr 1965 durch die VEBA-Privatisierung besonders stark angeregt worden war, dürften die laufenden Ersparnisse im gleichen Zeitraum 1966 bereits wieder etwas höher gewesen sein. Der Nettozustrom von Spargeldern bei Geschäftsbanken und Bausparkassen, im vergangenen Jahr fast zwei Drittel der gesamten Geldvermögensänderung der privaten Haushalte, war im dritten Vierteljahr 1966 um 29,6 vH größer als 1965.

VII. Öffentliche Finanzen

126. Der akute Mangel an Deckungsmitteln sowie die Einsicht, daß die öffentliche Hand zu den Preisauftriebstendenzen des Jahres 1965 wesentlich beigetragen habe, hat schon Ende 1965 zu einer eingehenden Revision der ursprünglichen Ausgabenpläne für 1966 geführt, die insgesamt einen Betrag von etwa 151 Mrd. DM vorgesehen hatten. Die endgültigen Etatansätze aller Gebietskörperschaften beliefen sich auf rund 148 Mrd. DM [1]) (Tabelle 30). Allein der Bund hat mit dem Haushaltssicherungsgesetz vom 20. Dezember 1965 Ausgaben in Höhe von etwa 1,6 Mrd. DM für 1966 eingespart, indem er ausgabewirksame Gesetze ganz oder teilweise außer Kraft setzte.

Trotz zahlreicher überplanmäßiger Ausgaben wird das tatsächliche Ausgabevolumen von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt schätzungsweise noch etwas unter den Haushaltsansätzen bleiben, da die nachträglichen Kürzungen an anderen Stellen größer waren. Während der Bund seinen Voranschlag mit 0,3 Mrd. DM geringfügig überschreitet [2]) und die Länder etwa 2,2 Mrd. DM mehr ausgeben, bleiben die Gemeinden um 2,8 Mrd. DM unter ihren Ausgabenplänen.

[1]) ohne Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen

[2]) Nicht berücksichtigt ist hier der im Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1966 vorgesehene Betrag von 1,0 Mrd. DM zur Zahlung im Rahmen des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens, der auch bei der Berechnung der im Text wiedergegebenen Zuwachsraten der Gesamtausgaben außer acht blieb. In Tabelle 31 ist der Betrag dagegen berücksichtigt.

Tabelle 30

Haushaltsansätze der Gebietskörperschaften

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	Bund		Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen		Länder		Gemeinden und Gemeindeverbände [1]		Insgesamt	
	1965	1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966	1965	1966
	Mrd. DM									
Eigenfinanzierte Ausgaben [2]) ...	63,2	67,7	4,0	3,4	43,7	47,1	33,2	35,7	144,1	153,9
Ausgabevolumen [3])	63,5 [a])	68,0 [a])	5,6 [b])	4,9 [b])	52,4 [c])	57,0 [c])	44,5 [d])	48,0 [d])	144,0 [e])	153,2 [e])
Steuereinnahmen	57,4	63,7	1,6	1,7	34,4	37,2	12,4	13,0	105,9	115,6
Kreditaufnahme am Kapitalmarkt und aus öffentlichen Sondermitteln .	2,8 [a])	1,2 [a])	0,5	0,3	3,7	3,7	7,4	7,4	14,4	12,6
Sonstige Einnahmen [4])	3,3	3,1	3,2 [b])	3,0 [b])	14,3	16,0	24,7	27,5	23,4	25,7
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH									
Eigenfinanzierte Ausgaben [2]) ...	+ 7,6	+ 7,1	− 3,4	−14,8	+ 9,9	+ 7,8	+13,7	+ 7,5	+ 9,3	+ 6,8
Ausgabevolumen [3])	+ 7,7	+ 7,0	+ 2,2	−13,0	+ 7,8	+ 8,7	+11,8	+ 7,8	+ 8,3	+ 6,4
Steuereinnahmen	+ 7,9	+10,9	− 9,0	+ 5,4	+ 8,5	+ 8,1	+ 9,6	+ 4,9	+ 8,0	+ 9,2
Kreditaufnahme am Kapitalmarkt und aus öffentlichen Sondermitteln .	+22,9	−57,1	−16,7	−40,0	+37,0	− 0,6	+25,7	+ 0,1	+25,6	−12,5
Sonstige Einnahmen [4])	− 4,5	− 6,7	+ 3,3	− 6,9	+ 2,0	+12,2	+ 9,4	+11,8	+ 5,3	+ 9,8

[1]) einschließlich Gemeinden unter 10 000 Einwohner und Ämter (geschätzt)
[2]) Nettoausgaben (nach Abzug aller Zahlungen von Gebietskörperschaften)
[3]) Gesamtausgaben (stufenweise Bereinigung)
[4]) einschließlich Zahlungen von Gebietskörperschaften
a) einschließlich Schuldbuchforderungen an die Träger der Sozialversicherung (1965 und 1966: 750 Millionen DM)
b) ohne Liquiditätshilfe an die Kreditanstalt für Wiederaufbau
c) bereinigt um Zahlungen an Länder
d) bereinigt um Zahlungen an Gemeinden
e) bereinigt um Zahlungen an Gebietskörperschaften

Tabelle 31

Unmittelbare Ausgaben

Art der Ausgaben	Bund [2])				
	1965	1966 [3])		1967 [4])	
	Mrd. DM		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
Staatsverbrauch					
Personalausgaben	6,9	7,7	+10,5	8,3	+ 7,8
Sachausgaben	14,8	14,9 [a])	+ 0,7	15,9 [a])	+ 6,9
zusammen ...	21,8	22,6	+ 3,8	24,2	+ 7,2
Einkommens- und Vermögensübertragungen an Inländer					
Einkommensübertragungen [7])	12,8	13,1	+ 2,5	14,6	+11,5
Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung	8,9 [b])	9,7 [b])	+ 9,4	10,7 [b])	+ 9,7
Vermögensübertragungen	0,5	0,7	+29,4	0,7	+ 9,1
Zinsen	1,1	1,3	+16,1	1,4	+10,0
zusammen ...	23,2	24,8	+ 6,4	27,4	+10,6
Investitionen und Investitionsförderung					
Direktinvestitionen [7])	3,4 [c])	3,3 [c])	− 2,9	3,7 [c])	+10,8
Investitionszuschüsse	2,7	2,7	+ 0,7	2,6	− 3,7
Darlehen	1,9	2,5	+31,9	2,7	+ 8,1
Beteiligungen	0,2	0,1	−18,8	0,2	+30,8
zusammen ...	8,1	8,6	+ 6,0	9,1	+ 5,8
Übertragungen an das Ausland					
Einkommensübertragungen	1,0	0,8	−19,2	1,1	+31,3
Vermögensübertragungen	0,5	0,4	−11,1	0,5	+35,0
zusammen ...	1,4	1,2	−16,7	1,6	+32,5
Tilgungen	1,3	1,5	+15,6	1,8	+20,9
Insgesamt [8])	55,9	58,7	+ 5,0	64,1	+ 9,3
Nachrichtlich:					
Zuweisungen und Darlehen an Gebietskörperschaften	9,9	10,7	+ 7,9	10,9	+ 1,6
Bruttohaushalte	65,8	69,4	+ 5,4	75,0	+ 8,1

[1]) Gliederung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten
[2]) ohne Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen
[3]) einschließlich Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 1966
[4]) vorläufige Schätzungen nach dem Regierungs-Entwurf
[5]) vorläufige Schätzungen auf Grund der Angaben von sieben Bundesländern
[6]) vorläufige Schätzungen
[7]) Bei der Beurteilung der Einkommensübertragungen bei Ländern und Gemeinden und den Investitionen bei den Gemeinden ist zu berücksichtigen, daß die Finanzierung zu großen Teilen in den Verantwortungsbereich der übergeordneten Ebene fällt und durch zweckgebundene Zuweisungen gesichert wird.

Tabelle 31

von Bund, Ländern und Gemeinden [1])

Länder					Gemeinden					Gesamtausgaben				
1965	1966		1967 [5])		1965	1966		1967 [6])		1965	1966		1967	
Mrd. DM	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd. DM	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd. DM	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
18,2	20,0	+ 9,9	21,6	+ 7,8	9,0	9,8	+ 9,2	10,3	+5,7	34,1	37,4	+ 9,8	40,2	+ 7,2
6,4	7,1	+10,5	7,8	+10,3	6,6	7,1	+ 7,4	7,6	+6,3	27,8	29,1	+ 4,5	31,3	+ 7,6
24,6	27,1	+10,0	29,4	+ 8,4	15,6	16,9	+ 8,4	17,9	+6,0	61,9	66,5	+ 7,4	71,5	+ 7,4
3,3	3,3	+ 1,2	3,2	− 4,8	2,1	2,7	+25,0	2,8	+4,9	18,2	19,0	+ 4,9	20,5	+ 7,7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,9	9,7	+ 9,4	10,7	+ 9,7
—	—	—	—	—	2,3	2,4	+ 5,3	2,5	+5,4	2,9	3,1	+ 9,7	3,2	+ 6,2
0,8	1,0	+19,8	1,3	+34,0	0,9	1,1	+13,8	1,2	+8,4	2,9	3,3	+16,4	3,9	+16,5
4,1	4,3	+ 4,9	4,5	+ 4,0	5,3	6,1	+14,6	6,5	+5,7	32,7	35,2	+ 7,6	38,3	+ 9,0
4,6	4,8	+ 4,4	4,0	−15,8	13,0	14,0	+ 7,4	14,9	+6,3	21,0	22,1	+ 5,1	22,6	+ 2,2
2,4	2,5	+ 7,7	2,7	+ 6,7	—	—	—	—	—	5,0	5,2	+ 4,0	5,3	+ 1,3
4,6	4,3	− 6,5	3,9	− 9,3	1,9	1,7	− 8,1	1,7	±0,0	8,3	8,5	+ 1,8	8,3	− 2,4
0,1	0,1	± 0,0	0,1	−20,0	— [e])	— [e])	—	— [e])	—	0,3	0,2	−11,5	0,3	+17,4
11,6	11,7	+ 0,7	10,7	− 8,4	14,9	15,7	+ 5,5	16,6	+5,6	34,6	36,0	+ 4,0	36,4	+ 1,1
1,4	1,3	− 2,9	1,4	+ 0,7	—	—	—	—	—	2,4	2,1	− 9,7	2,4	+12,1
0,2	0,2	± 0,0	0,2	+17,6	—	—	—	—	—	0,6	0,6	− 8,1	0,7	+29,8
1,6	1,5	− 2,6	1,6	+ 2,6	—	—	—	—	—	3,0	2,7	− 9,4	3,1	+15,9
0,6	0,7	+16,1	0,8	+15,4	1,3	1,4	+ 7,0	1,5	+6,5	3,1	3,5	+12,1	4,0	+14,2
42,4	45,2	+ 6,6	46,8	+ 3,6	37,0	40,0	+ 7,9	42,3	+5,8	135,3	143,8	+ 6,3	153,2	+ 6,5
12,0	12,8	+ 6,4	14,2	+10,9	1,1	1,2	+10,1	1,3	+4,2	.	.	.	.	.
54,4	58,0	+ 6,6	61,0	+ 5,2	38,1	41,2	+ 8,1	43,6	+5,8	.	.	.	.	.

[6]) ohne Zuführungen an Rücklagen; laufende Ausgaben für das Erwerbsvermögen netto gestellt
[a]) einschließlich Zahlungen im Rahmen des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens
[b]) einschließlich Schuldbuchforderungen an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (1965 und 1966: 750 Millionen DM, 1967: 1250 Millionen DM)
[c]) einschließlich Straßenbau aus „Öffa"-Krediten (1965: 96 Millionen DM, 1966: 80 Millionen DM, 1967: 100 Millionen DM)
[e]) in der Zeile „Darlehen" nachgewiesen

127. Erzwungen wurden die Ausgabekürzungen dadurch, daß — anders als in den meisten vorangegangenen Jahren — die tatsächlichen Steuereinnahmen hinter den vorausgeschätzten zurückblieben und weil am Kapitalmarkt nicht einmal die geplanten Anleihen voll begeben werden konnten. Nach den korrigierten Steuerschätzungen vom Herbst 1966 wird das Steueraufkommen der Gebietskörperschaften um rund 1,5 Mrd. DM niedriger sein, als man in den Haushaltsvoranschlägen zugrunde gelegt und in den Steuerschätzungen vom Frühjahr 1966 noch als realistisch angesehen hatte. Dagegen werden voraussichtlich die sonstigen laufenden Einnahmen um mehr als 0,5 Mrd. DM höher sein, als in den Haushalten eingeplant worden war.

128. Die geschilderte Ausgaben- und Einnahmenentwicklung führt dazu, daß der voraussichtliche Anleihe- und Kreditbedarf der Gebietskörperschaften insgesamt im Jahre 1966 nicht wesentlich unter dem geplanten von 12 Mrd. DM liegen wird. Hiervon werden aber wahrscheinlich nur rund 9 Mrd. DM durch Anleihen und Bankkredite finanziert werden können; der Rest muß über Kassenkredite und durch Auflösung von Rücklagen gedeckt werden.

129. Das voraussichtliche Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften insgesamt dehnt sich 1966 gegenüber 1965 — im Vergleich der Istergebnisse — um etwa 5,5 vH aus, das heißt weniger stark, als das nominale Bruttosozialprodukt zunimmt. Beim Bund steigen die unmittelbaren Ausgaben um etwas mehr als 3 vH, bei den Ländern um etwa 6,6 vH und bei den Gemeinden um 7,9 vH. Geht man von den Bruttohaushalten aus, die die finanzpolitischen Zuständigkeiten zum Ausdruck bringen, so beträgt der geschätzte Zuwachs beim Bund etwa 4 vH, bei den Ländern etwas weniger als 6,6 vH (Tabelle 31).

130. Mit der vergleichsweise zurückhaltenden Ausdehnung ihrer Haushalte hat die öffentliche Hand sicherlich einen wesentlichen Beitrag zu der auf Abschwächung der Auftriebskräfte gerichteten Konjunkturpolitik geleistet. Was die Struktur der öffentlichen Ausgaben angeht, tat sie dies jedoch noch nicht in einer Weise, die einer Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung auf längere Sicht günstig sein kann. Die Ausgaben, die unmittelbar auf den privaten Verbrauch wirken (Personalausgaben und Einkommensübertragungen), wurden weiter kräftig erhöht (+8,1 vH), und zwar weniger beim Bund (+5,3 vH) als bei den Ländern (+8,6 vH) und Gemeinden (+12,2 vH). Dagegen sind die Ausgaben für Direktinvestitionen mit etwas über 5 vH sehr viel weniger stark gestiegen; zusammen mit den Ausgaben für Investitionsförderung weisen sie sogar nur eine Zunahme von 4 vH auf. Damit gingen von den öffentlichen Investitionen keine expansiven Impulse aus. Nicht nur unter dem Gesichtspunkt, daß ein zu scharfer konjunktureller Rückgang der von den öffentlichen Investitionen abhängigen privaten Investitionen vermieden werden sollte, sondern auch im Hinblick auf das weitere wirtschaftliche Wachstum wäre es zweckmäßig gewesen, wenn die öffentlichen Investitionen sich mindestens mit der vorausgeschätzten Zunahme des Produktionspotentials ausgedehnt hätten (Tabelle 32).

Dies gilt besonders für den Bund, bei dem die Investitionsausgaben sogar gesunken sind; aber auch — im Hinblick auf die Bedeutung einer stetigen Zunahme der öffentlichen Investitionen für das zukünftige Wachstum — für die Länder und Gemeinden, die hier zusammen zu sehen sind, da die Investitionsausgaben der Gemeinden sehr stark von den Investitionszuschüssen der Länder (1966: +3,1 vH) abhängen.

131. Am stärksten wirken sich die allgemeinen Finanzierungsschwierigkeiten auf die Investitionsmöglichkeiten der kreisfreien Städte aus. Deren Ausgabevolumen wird nur halb so stark steigen wie das aller Gemeinden; die Investitionsausgaben gehen gegenüber 1965 sogar absolut zurück, obwohl der Bedarf an Infrastrukturmaßnahmen unverändert stark zunimmt. Die Steuereinnahmen, besonders aus der Gewerbesteuer, und die Zweckzuweisungen der Länder steigen hier — schon seit Jahren — unterdurchschnittlich; der Anteil des Schuldendienstes an den gesamten vermögenswirksamen Ausgaben ist dagegen sehr hoch (Tabelle 92 im Anhang).

132. Da bei den Einkommens- und Vermögensübertragungen sowie bei den Personalausgaben der größte Teil rechtlich gebunden ist, nimmt es nicht wunder, daß bei schwieriger Haushaltslage oder beabsichtigter Nachfragedämpfung in der Regel an den Investitionshaushalten gekürzt wird. Hierin äußern sich die Schwierigkeiten einer antizyklischen Finanzpolitik, denn diese Art der kontraktiven Ausgabenpolitik zeigt schon nach kurzer Zeit ihre nachteiligen Wirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum. Der Sachverständigenrat hat sich deshalb schon in seinen früheren Gutachten dafür ausgesprochen (JG 64 Ziffer 214 f, JG 65 Ziffer 191), daß eine antizyklische Fiskalpolitik auf der Ausgabenseite, von außergewöhnlichen Situationen abgesehen, nicht so vorteilhaft ist wie auf der Einnahmenseite und daß es deshalb vorzuziehen wäre, wenn die Staatsausgaben unabhängig von der konjunkturellen Lage stetig wachsen.

133. Wenn gleichwohl die Ausgaben antizyklisch — also über Verstetigung hinaus — zur Nachfragedämpfung beitragen sollen, dürften die sogenannten „rechtlich fixierten" Positionen nicht als unantastbar gelten. Der Bund ist zwar

mit dem Haushaltssicherungsgesetz 1966 in diese Richtung gegangen, jedoch hat er dabei nur die Ausführung von Gesetzen vertagt, die erst wenige Monate vorher beschlossen und sämtlich noch nicht ausgabewirksam geworden waren.

134. Das Steueraufkommen stieg 1966 aus konjunkturellen Gründen sehr viel weniger an, als in den Haushaltsplänen veranschlagt worden war (Tabelle 33). Dies geschah, obwohl infolge des starken Anstiegs der Arbeitseinkommen die Lohnsteuer mehr zunahm (+14,1 vH) als vorausgeschätzt und obwohl bei einigen Steuern die Sätze erhöht worden waren, so bei der Schaumweinsteuer um die Hälfte (Mehreinnahmen 60 Millionen DM) und beim Branntweinmonopol um ein Fünftel (Mehreinnahmen 320 Millionen DM). Gleichzeitig ging jedoch das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer stark zurück, und zwar nicht nur gegenüber den Voranschlägen, in denen noch mit einer Zunahme gerechnet worden war; es erreichte nicht einmal die Höhe des Jahres 1965 (−5,8 vH). Die veranlagte Einkommensteuer und die Umsatzsteuer erbrachten zusammen fast 0,5 Mrd. DM weniger, als in den Etats veranschlagt worden war. Insgesamt belief sich das Minderaufkommen gegenüber den Vorausschätzungen vom Anfang des Jahres — wie oben erwähnt — auf etwa 1,5 Mrd. DM. Daß ein solches Minderaufkommen als „Steuerausfall" bezeichnet werden muß, liegt ausschließlich daran, daß die Einnahmen unter Berücksichtigung einer Inflationsrate veranschlagt und voll zur Deckung laufender Ausgaben verplant werden. Wenn dann im öffentlichen Haushalt unerwartet ein Defizit auftritt, so muß — im Widerspruch zu jeder offiziellen Propagierung von Preisstabilität — als Grund angegeben werden, daß die Preise weniger stark gestiegen sind, als man erwartet hat.

Tabelle 32

Ausgaben für Sachinvestitionen

Ausgabenart	Einheit	1963 [1]	1964 [1]	1965 [2]	1966 [2]
Bauinvestitionen	Mrd. DM	14,0	16,6	17,6	18,6
	vH [3]	.	*+18,6*	*+6,0*	*+5,7*
darunter:					
Straßen	Mrd. DM	6,3	6,8	7,1	7,4
Schulen	Mrd. DM	2,1	2,7	3,1	3,3
Wissenschaftspflege	Mrd. DM	0,6	0,8	1,0	1,0
Gesundheitswesen	Mrd. DM	0,8	1,0	1,1	1,2
Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen	Mrd. DM	2,4	3,0	3,1	3,3
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	Mrd. DM	1,5	1,5	1,6	1,6
Grunderwerb	Mrd. DM	1,0	1,1	1,2	1,3
insgesamt	Mrd. DM	16,5	19,2	20,4	21,5
	vH [3]	.	*+16,4*	*+6,3*	*+5,4*

[1]) Einzelpositionen zum Teil geschätzt
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr vH

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Tabelle 33

Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden, Lastenausgleichsabgaben

Steuerart	1965	1966 [1])		1965 [3])	1966	
	Millionen DM		Veränderung in vH [2])	Millionen DM	Veränderung [4])	Veränderung [5])
					gegenüber dem Vorjahr in vH	
	Januar bis September			Jahr		
Bundessteuern [6])	42 970	46 065	+ 7,2	58 374	+7,8	+ 9,1
darunter:						
Umsatzsteuer einschließlich Umsatzausgleichsteuer [6])	17 659	18 596	+ 5,3	23 930	+6,2	+ 7,5
Mineralölsteuer	5 333	5 819	+ 9,1	7 428	+9,0	+ 9,7
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	11 624	12 753	+ 9,7	16 012	+9,1	+11,3
Ländersteuern [7])	23 611	25 821	+ 9,4	32 366	+8,9	+10,5
darunter:						
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	18 182	19 947	+ 9,7	25 044	+9,1	+11,3
	Januar bis Juni					
Gemeindesteuern	6 490	6 942	+ 7,0	13 063	+6,8	+ 8,3
Lastenausgleichsabgaben	886	768	−13,3	1 660	−3,6	+ 0,3

1) vorläufige Ergebnisse
2) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum
3) Ist-Ergebnisse
4) voraussichtliche Veränderung
5) geschätzte Veränderung in den Haushaltsplänen
6) ohne Einfuhrabgaben für Regierungskäufe im Ausland
7) ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die öffentlichen Haushalte 1967

135. In der Haushaltsplanung für das Jahr 1967 herrscht bei Ende der Berichtszeit — Mitte November 1966 — Unordnung. In den Haushaltsentwürfen für 1967

— ist unterstellt, daß bestimmte Steuereinnahmen, deren Aufteilung auf Bund und Länder umstritten ist, von beiden zur Ausgabendeckung herangezogen werden dürfen; Bund und Länder verschleiern auf diese Weise eine zusätzliche Deckungslücke von zusammen etwa 2 Mrd. DM;

— werden Steuermehreinnahmen verplant, von denen als unwahrscheinlich gilt, daß die gesetzlichen Grundlagen hierzu (beantragt: Steueränderungsgesetz 1967) vom Parlament in vollem Umfang gebilligt werden;

— werden bestimmte Ausgabeverpflichtungen der öffentlichen Hand nicht mehr angesetzt, obwohl die Gesetze, die sie vorschreiben, noch in Kraft sind und die Verabschiedung entsprechender Änderungsgesetze (beantragt: Finanzplanungsgesetz 1967) ungewiß ist;

— sind ungedeckte Ausgaben in der Größenordnung von über 2 Mrd. DM in einen Nachtragshaushalt 1966 und einen Ergänzungshaushalt 1967 verwiesen worden, obwohl die Verpflichtung zu diesen Ausgaben seit 1964 bekannt ist;

— wird davon ausgegangen, daß bestimmte ordentliche Staatsausgaben, zu denen die öffentliche Hand rechtlich verpflichtet ist, auf Selbstverwaltungskörperschaften verschoben werden können, deren eigene Auf-

gaben der Art nach mit solchen Ausgaben nichts zu tun haben.

Es ist daher noch ungewiß, ob und wie 1967 der Haushalt formell ausgeglichen werden kann.

136. Bliebe es bei der Regelung, wonach der Bundesanteil am Aufkommen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer 1967 automatisch auf 35 vH zurückgeht, und würden das Steueränderungsgesetz, das Finanzplanungsgesetz sowie die Verlagerung bestimmter Ausgaben auf Körperschaften außerhalb des Haushalts vom Parlament abgelehnt, so beliefen sich die Ausgaben des Bundes 1967 auf rund 79 Mrd. DM; die ordentlichen Einnahmen — bei einem unterstellten Wachstum des realen Bruttosozialprodukts um knapp 4 vH und geschätztem Preisniveauanstieg um fast 2,5 vH — auf etwa 70 Mrd. DM; das Kassendefizit betrüge fast 9 Mrd. DM.

137. Geht man hingegen davon aus,

— daß durch Steuererhöhungen (Steueränderungsgesetz und Ergänzungshaushalt 1967), wie geplant, Steuern in Höhe von 2,5 Mrd. DM mehr eingehen,

— daß durch das Finanzplanungsgesetz Ausgaben in Höhe von 870 Millionen DM echt eingespart werden,

— daß der Bund, wie geplant, Ausgabeverpflichtungen gegenüber den Sozialversicherungsträgern in Höhe von 1,25 Mrd. DM durch Forderungen gegen sich selbst (Schuldbuchforderungen) außerhalb des Haushalts einlösen kann,

— daß Zahlungen im Rahmen des Mutterschutzgesetzes, wie geplant, in Höhe von 330 Millionen DM auf die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und letztlich über eine Beitragserhöhung abgewälzt werden können,

— daß im Ergänzungshaushalt nachträglich vorgeschlagene Kürzungen in vollem Umfang durchsetzbar sind,

und nimmt man darüber hinaus an,

— daß es im Streit um die Steueraufkommensanteile zwischen Bund und Ländern zu einem Kompromiß kommt, 37 vH für den Bund, 63 vH für die Länder,

so wäre bei Ausgaben von 75,3 Mrd. DM und Einnahmen von 73,3 Mrd. DM nur noch ein Kassendefizit von 2 Mrd. DM zu finanzieren.

138. Unterstellt man auch für die Haushaltsentwicklung bei den Ländern und Gemeinden den erwähnten Kompromiß im Einkommen- und Körperschaftsteuerstreit, so entstünden — ohne Steuererhöhungen — nach den bisher bekanntgewordenen Plänen und Bedarfsanmeldungen bei den Ländern Defizite von etwa 3,5 Mrd. DM, bei den Gemeinden Defizite von etwas mehr als 5 Mrd. DM. Wird das Steueränderungsgesetz gebilligt, so vermindert sich der Kreditbedarf der Länder um knapp 400 Millionen DM.

139. Die gesamten öffentlichen Ausgaben werden sich 1967 nach den bisher bekannten Voranschlägen und unter der Annahme, daß die verschleierte Deckungslücke bei Bund und Ländern durch Kreditaufnahme ausgeglichen wird, um etwa 6,5 vH ausdehnen. Ohne die im kommenden Jahr besonders hohen Auslandszahlungen gerechnet, wird die Zunahme etwa 6 vH betragen. Die Unterscheidung zwischen „inlandswirksamen" und „auslandswirksamen" Ausgaben ist zwar grundsätzlich sehr fragwürdig, da wohl auch die sogenannten „auslandswirksamen" Ausgaben zum großen Teil — wenn auch mit zeitlicher Verzögerung — auf dem Inlandsmarkt nachfragewirksam werden. Doch im vorliegenden Fall läßt die Art der geplanten Transaktionen, die den Anteil der auslandswirksamen an den gesamten Ausgaben steigen lassen werden — vorzeitige Schuldenrückzahlung von Regierung zu Regierung im Rahmen des deutsch-amerikanischen Devisenhilfeabkommens — vermuten, daß die zusätzlichen Auslandszahlungen nicht ohne weiteres als inlandswirksame Nachfrage zurückkehren werden.

140. Im Hinblick auf den weiterhin zu erwartenden konjunkturellen Rückgang wäre eine expansiv wirkende Ausdehnung der öffentlichen Haushalte nicht ungünstig zu beurteilen, ginge sie Hand in Hand mit einer wachstumsfördernden Änderung der Ausgabenstruktur. Doch werden sich wieder die Personalausgaben (um über 7 vH) und die Einkommensübertragungen (um etwa 8 vH) stark erhöhen, während für die unmittelbaren und mittelbaren Investitionsausgaben nur ein Zuwachs von etwa 1 vH bleibt. Selbst dieser Schätzwert kann sich leicht als noch zu hoch erweisen. Erhalten die Länder nur 63 vH des Aufkommens aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer und damit etwa 1 Mrd. DM weniger als in den Voranschlägen angenommen, so werden sie wahrscheinlich in erster Linie ihre Investitionen und die Investitionszuschüsse an die Gemeinden und privaten Unternehmen um diesen Betrag kürzen, es sei denn, auf dem Kapitalmarkt ließen sich die oben genannten 3 bis 3,5 Mrd. DM aufnehmen.

141. Bei einem funktionsfähigen Kapitalmarkt müßte es nicht unbedingt ausgeschlossen sein, den gesamten (Mindest-)Kreditbedarf der öffentlichen Hand in Höhe von etwa 10 Mrd. DM unterzubringen. Dies setzte allerdings voraus, daß das Vertrauen der Anleger in eine geordnete auf Wachstum und Stabilität gerichtete Finanzpolitik so schnell wie möglich wiedergewonnen wird. Wäre schon früher die Finanzgebarung in geordnete und überschaubare Bahnen zurückgeführt worden, so

könnte die öffentliche Hand in der gegenwärtigen Konjunkturlage eine noch mehr auf Defizite ausgerichtete und damit antizyklische Haushaltspolitik betreiben, ohne Gefahr zu laufen, daß dies zu Finanzierungsschwierigkeiten führte oder bestehende Schwierigkeiten verstärkte. So aber muß erst wieder Ordnung, und mit der Ordnung Vertrauen hergestellt werden, ehe die öffentliche Hand zusätzliche Investitionen über den Kapitalmarkt finanzieren kann. Es müßten bereits im ersten Halbjahr 1967

— ein mehrjähriger detaillierter Finanzplan die Richtung der zukünftigen Fiskalpolitik anzeigen,

— Korrekturen an der Struktur der einzelnen Haushalte vorgenommen werden und

— die dringlichsten Maßnahmen einer später umfassend durchzuführenden Finanzreform, insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage der Städte, vorweggenommen werden.

Wird mit der Ordnung der finanziellen Verhältnisse gezögert und werden Reformmaßnahmen wieder in die weitere Zukunft verschoben, so ist jetzt schon zu sehen, daß der Kapitalmarkt auf keinen Fall für den gesamten nötigen Anleihebedarf aufnahmebereit sein wird. Dann aber ist ein absoluter Rückgang der öffentlichen Investitionsausgaben im Jahre 1967 durchaus wahrscheinlich, eine Entwicklung, die den Keim zu weiteren Fehlentwicklungen in sich trägt.

Mittelfristige Finanzplanung

142. Selbst wenn es gelingen sollte, die gegenwärtigen finanzpolitischen Schwierigkeiten bald zu überwinden, so bleibt die Auseinandersetzung mit den längerfristigen Perspektiven dennoch nicht weniger dringlich; denn obwohl der Anteil des Sozialprodukts, den die öffentliche Hand kontrolliert, in der Bundesrepublik — auch im internationalen Vergleich — hoch ist, sind wachstumspolitisch wichtige öffentliche Investitionen — so etwa in den Bereichen von Verkehr, Gesundheit und Bildung — ins Hintertreffen geraten.

143. In offiziellen Teilprogrammen und anderen „Bedarfsfeststellungen" werden für den Ausbau dieser Bereiche in den nächsten Jahren hohe Beträge gefordert. Eine Liste im Anhang (Tabelle 93 im Anhang) vermittelt einen Eindruck von deren Größenordnung. Es handelt sich hierbei um Beträge,

— die sich sinnvollerweise nicht addieren lassen, da sie sich auf verschiedene Zeiträume beziehen, von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen und sich überdies teilweise überschneiden;

— die aus taktischen Gründen überhöht sind, weil man Streichungen von vornherein einkalkuliert hat;

— die teilweise von Optimalvorstellungen über Einzelbereiche geprägt sind, ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Erträge, die mit den knappen Mitteln an anderer Stelle erzielt werden könnten;

— die teilweise aber auch zu niedrig angesetzt sind, weil sie auf Preisen beruhen, die durch den anhaltenden Geldentwertungsprozeß längst überholt sind;

— die meistens die Folgekosten, die sich an die Investitionsvorhaben anschließen, nicht mit umfassen, und

— die insoweit ungenau sind, als sie neueste institutionelle und technische Entwicklungen nicht berücksichtigen.

144. Um eine Diskussion über diesen Fragenkreis zu fördern, vor allem aber, um anzuregen, daß überhaupt realistische, detailliert quantifizierte Alternativprojektionen aufgestellt werden, gibt der Sachverständigenrat eine erste grobe Näherungsrechnung wieder, in der die für Infrastrukturinvestitionen und deren Folgekosten in den nächsten fünf Jahren unter gewissen Annahmen verfügbare Finanzmasse ermittelt wird.

Diese Rechnung geht davon aus,

— daß das nominale Bruttosozialprodukt um 5 vH je Jahr steigt und

— daß sich die Staatsausgaben insgesamt proportional zum Sozialprodukt erhöhen.

145. Unter diesen Annahmen ergibt sich für den Zeitraum von 1966 bis 1970 eine staatliche Finanzmasse von etwa 850 Mrd. DM. Zieht man, wie in Tabelle 94 im Anhang, von dieser Summe alle jene Ausgaben ab, die nicht unmittelbar Ausgaben für die Infrastruktur darstellen, und außerdem die laufenden Personal- und Sachausgaben für die bereits bestehende Infrastruktur, so verbleibt ein für neue Infrastrukturinvestitionen und deren Folgekosten verfügbarer Betrag von nicht mehr als 180 Mrd. DM.

146. Stellt man diesem Betrag die Zahlen der erwähnten Ausbauprogramme und Bedarfsmeldungen gegenüber, so zeigt sich — selbst angesichts aller Vorbehalte, die man gegenüber unserer Rechnung machen muß —, wie groß die Diskrepanz zwischen den vorliegenden Plänen und dem ist, was allenfalls realisierbar erscheint. Diese Diskrepanz zu überwinden, kommen drei, zweckmäßigerweise gleichzeitig zu beschreitende Wege in Betracht:

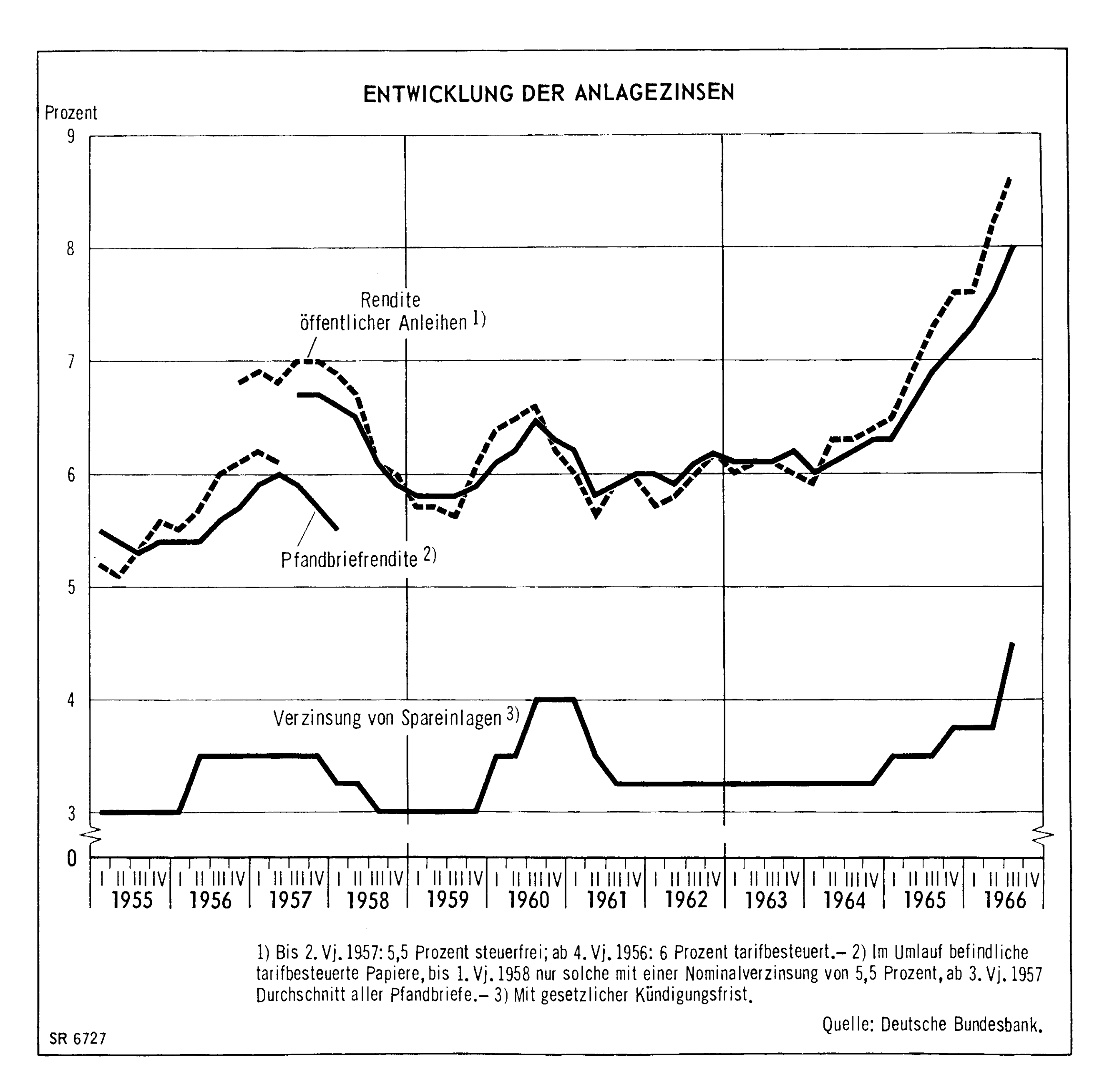
— die Anforderungen systematisch zu überprüfen und, im Einklang mit zuvor festgelegten Prioritäten, zu kürzen;

— an anderen Stellen des Staatshaushalts einzusparen;

— den Anteil des Staates am Sozialprodukt durch höhere Steuern, Aufnahme von Anleihen und Verlagerung von Aufgaben auf parafiskalische Institutionen zugunsten der Infrastrukturverbesserungen zu erhöhen, ohne daß diese Maßnahmen zu Preissteigerungen führen, was wiederum voraussetzt, daß sich nicht nur die Gesamtnachfrage im Rahmen der realen Produktionsmöglichkeiten hält, sondern auch, daß auf Einzelmärkten ausreichende Kapazitäten bestehen oder geschaffen werden.

147. Mit der Andeutung dieser Zusammenhänge unterstreicht der Rat die insbesondere in jüngerer Zeit häufig erhobene Forderung nach einer mittelfristigen Finanzplanung in der Bundesrepublik, damit um der wirtschaftspolitischen Rationalität und Stetigkeit willen die Orientierung an längerfristigen Überlegungen an die Stelle kurzfristiger und sich widersprechender Improvisationen trete.

Schaubild 40



1) Bis 2. Vj. 1957: 5,5 Prozent steuerfrei; ab 4. Vj. 1956: 6 Prozent tarifbesteuert.– 2) Im Umlauf befindliche tarifbesteuerte Papiere, bis 1. Vj. 1958 nur solche mit einer Nominalverzinsung von 5,5 Prozent, ab 3. Vj. 1957 Durchschnitt aller Pfandbriefe.– 3) Mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

VIII. Finanzierung: Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte

148. Unter den Faktoren, die die Dispositionen der Unternehmen und öffentlichen Haushalte bestimmten, kam in der Zeit seit Abschluß des Jahresgutachtens 1965 den Änderungen im Finanzierungsklima eine größere Bedeutung zu als in den vorausgegangenen Jahren.

149. Die seit 1964 zu beobachtende Anspannung an den Kredit- und Kapitalmärkten hat sich vom Herbst 1965 bis zum Sommer 1966 wesentlich verschärft. Nicht wenige Unternehmen und öffentliche Haushalte, deren Dispositionen vordem von der Finanzierungsseite her allenfalls durch die Höhe der Finanzierungskosten beeinflußt wurden, gerieten in jüngerer Zeit an Grenzen des ihnen offenstehenden Finanzierungsspielraums, die sie auch durch ein Angebot höherer Zinsen oder attraktiverer Emissionskurse kaum noch ausweiten konnten, so daß ihre Dispositionen und Planungen nicht mehr nur durch Kosten- und Rentabilitätserwägungen, sondern auch durch unüberwindbare Geldknappheit, ja zum Teil durch die schiere Sorge um Sicherung und Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit bestimmt wurden.

150. So war im Bereich der Kreditfinanzierung der Unternehmen und öffentlichen Haushalte die Knappheit an Finanzierungsmitteln noch größer, als der Anstieg der Marktzinsen erkennen läßt (Schaubild 40). Während auf anderen Märkten ein knapp werdendes Gut normalerweise allein über steigende Preise zugeteilt wird, geht auf Kreditmärkten mit einer Verknappung ganz regelmäßig sowohl eine Preissteigerung als auch eine schärfere qualitative Auslese der Nachfrager einher. Diese schärfere Auslese führte dazu, daß ein Teil der Kreditnachfrage trotz der Bereitschaft, die hohen Kreditkosten aufzuwenden, nicht befriedigt wurde. Auch im Bereich der Beteiligungsfinanzierung dürfte die Verknappung stärker gewesen sein, als beispielsweise die Entwicklung des Betrages der Aktienemissionen vermuten läßt: das niedrige Kursniveau erschwerte die Aktienemission; Bezugsrechtsankündigungen führten nicht — wie in früheren Jahren meist — zu höheren Kursen, sondern ließen in mehreren Fällen den Kurs sinken.

151. Insgesamt hat die Anspannung an den Geld- und Kreditmärkten ein seit langem nicht gekanntes Ausmaß erreicht. So erscheint es angezeigt, den gesamten Anspannungsprozeß, dessen Anfänge schon mehrere Jahre zurückreichen, unter Darlegung der Entwicklung in den wichtigsten Teilbereichen (Bankengeldmarkt, Markt der Bankkredite und Bankeinlagen, Kapitalmarkt) als ein Ganzes zu analysieren.

Bankengeldmarkt und Notenbankpolitik

152. In der Entwicklung des für die Lage am inländischen Bankengeldmarkt maßgeblichen Saldos von Zugang und Abgang freier liquider Mittel bei den inländischen Kreditinstituten (ohne Bundesbank) war Anfang 1964 eine Wende zu verzeichnen (Tabelle 34 und Tabelle 95 im Anhang). In den Jahren 1962 und 1963 zusammengenommen hatten die Mittel, die den Kreditinstituten aus dem Abbau der Nettoguthaben öffentlicher Stellen im Zentralbanksystem und aus den Devisenzugängen zugeströmt waren, noch gerade ausgereicht, den zusätzlichen Bargeldanforderungen des Publikums gerecht zu werden und die mit der Änderung der Bezugsbasen („mindestreservepflichtige Verbindlichkeiten") mitwachsenden Mindestreserveverpflichtungen zu erfüllen. Ab 1964 aber, bis ins laufende Jahr 1966 hinein, blieben die Zuströme an liquiden Mitteln hinter den Mittelanforderungen weit zurück. Die Bestände der Kreditinstitute an frei verfügbaren Mitteln verringerten sich 1964 um 3,3 Mrd. DM, 1965 um 3,7 Mrd. DM und in den ersten vier Monaten 1966, nur zum kleineren Teil saisonbedingt, um weitere 3,1 Mrd. DM, insgesamt also ab 1964 um über 10 Mrd. DM. Seither haben die flüssigen Mittel wieder etwas zugenommen, vor allem im Zusammenhang mit Änderungen in der Zahlungsbilanz.

153. Zu einem nicht unerheblichen Teil war die Abnahme der flüssigen Mittel das Ergebnis bestimmter notenbankpolitischer Maßnahmen und Unterlassungen.

Im Jahre 1964 beruhte der Rückgang der freien Reserven der Kreditinstitute nur zum geringeren Teil auf exogenen Faktoren, die sich dem unmittelbaren Einfluß der Bundesbank entziehen: bei unverändert hohen Bargeldanforderungen des Publikums ergab sich aus dem Rückgang des Gesamtzustroms vom Ausland und von inländischen öffentlichen Stellen ein Überschuß der Abgänge über die Zugänge von 1,1 Mrd. DM; weitere 2,2 Mrd. DM Abgänge erzwang die Bundesbank durch ihre Mindestreserveregelungen, nach denen die Kreditinstitute in diesem Jahr ihre Pflichtreserven um diesen Betrag auf über 13 Mrd. DM erhöhen mußten.

Im Jahre 1965 und in den ersten vier Monaten 1966 schmälerte in zunehmendem Maße die Entwicklung der exogenen Salden die freien Liquiditätsreserven der Banken. Das Devisengeschäft, das jahrelang zur Erhöhung der freien Liquiditätsreserven beigetragen hatte, brachte mit dem Umschwung der Zahlungsbilanz bis ins Frühjahr 1966 für die Kreditinstitute nicht unerhebliche Belastungen. Stetig zunehmende Bargeldanforderungen des Publikums und wechselnde Anforderungen durch Überweisungen auf Bundesbankkonten

öffentlicher Stellen brachten die Gesamtbelastung der Kreditinstitute aus exogenen Einflüssen 1965 und in den ersten Monaten 1966 auf 5,4 Mrd. DM.

An sich hätten die Kreditinstitute zumindest einen Großteil dieser Anforderungen (einschließlich der Belastungen aus den Zahlungsbilanzdefiziten) aus ihren jahrelang angesammelten Zentralbankguthaben decken können, ihre freien Mittel also nicht zu verringern brauchen. Da jedoch die Bundesbank die Mindestreservesätze — ausgenommen für den Monat Dezember 1965 — nicht senkte, waren die Kreditinstitute gezwungen, von Anfang 1965 bis April 1966 über die genannten 5,4 Mrd. DM hinaus weitere 1,4 Mrd. DM freier Mittel zur Auffüllung der Mindestreserven zu verwenden.

Tabelle 34

Entwicklung der Bankenliquidität

Veränderung der freien Liquiditätsreserven [1]) der Kreditinstitute

Mrd. DM [2])

Zeitraum	Von außen beeinflußt					Bindung von Liquiditätsreserven durch Mindestreservepflicht [4]) [8])	insgesamt
	durch Bargeldanforderungen des Publikums [3]) [4])	durch Devisengeschäfte [5])	durch Nettogeldanlage öffentlicher Stellen bei der Bundesbank [6])	durch sonstige Anforderungen [7])	zusammen		
1962	−1,8	−0,4	+1,8	+0,3	−0,1	−1,0	−1,1
1963	−1,6	+2,8	+1,5	−0,2	+2,5	−1,2	+1,3
1964	−1,8	+0,4	+0,4	−0,1	−1,1	−2,2	−3,3
1965	−1,9	−1,3	+1,2	−0,7	−2,7	−1,0	−3,7
1966 Januar bis April	+0,3	−1,4	−1,0	−0,6	−2,7	−0,4	−3,1
Mai bis August	−0,9	+1,8	+2,0	−0,2	+2,7	−0,7	+2,0
Zum Vergleich:							
1965 Januar bis April	+0,1	−0,3	−0,5	−0,3	−1,0	+0,4	−0,6
Mai bis August	−1,1	−1,9	+1,4	−0,3	−1,9	−0,9	−2,8

[1]) Veränderung der freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute — Veränderung der Liquiditätsanlagen der Kreditinstitute (Bestände an inländischen Schatzwechseln, U-Schätzen, Vorratsstellenwechseln und Privatdiskonten sowie kurzfristige Guthaben bei ausländischen Banken und Anlagen in ausländischen Geldmarktpapieren) — Veränderung der Inanspruchnahme von Refinanzierungskrediten bei der Bundesbank

[2]) Berechnet auf der Basis von Durchschnitten aus den vier Bankwochenstichtagen der Jahresschlußmonate bezw. der Monate April und August

[3]) Die Veränderung der Kassenbestände der Kreditinstitute läßt sich hier nicht ausschalten.

[4]) Zunahme: —; Abnahme: +

[5]) Anforderungen an die freien Liquiditätsreserven wegen Devisenkäufen des Publikums, einer Erhöhung der langfristigen Auslandsforderungen oder einer Verringerung der Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute

[6]) Netto-Guthaben deutscher öffentlicher Stellen bei der Bundesbank und Abgabe bzw. Rücknahme von Mobilisierungstiteln durch die Bundesbank im Offenmarktgeschäft mit Nichtbanken

[7]) Netto-Guthaben anderer inländischer Einleger (Wirtschaftsunternehmen und Private) bei der Bundesbank + Aktivierung (bzw. — Passivierung) der schwebenden Verrechnungen im Zahlungsverkehr der Bundesbank + (bzw. —) sonstige Vorgänge

[8]) Zentralbankguthaben der Kreditinstitute (einschließlich Überschußreserven)

Quelle: Deutsche Bundesbank

154. So bedeutsam diese Mittelanforderungen auch waren, so hätten sie doch noch nicht notwendigerweise zu einer Anspannung am Bankengeldmarkt zu führen brauchen.

Wenn aus irgendwelchen Bereichen, und das gilt für alle Kredit- und Kapitalmärkte, Mittel abströmen (Defizitbereiche), so daß hier — zum Beispiel bei den inländischen Kreditinstituten — ein Finanzierungsbedarf entsteht, gibt es notwendig andere Bereiche oder Stellen (einschließlich Bundesbank und Ausland), denen diese Mittel zuströmen (Überschußbereiche); dabei decken die Mittel, die dem einen zuströmen, ihrem Betrag nach selbstverständlich stets genau den Finanzierungsbedarf der anderen. So kann die Entwicklung des Marktklimas (Zinssätze, sonstige Konditionen, Knappheitslagen) an allen Geld-, Kredit- und Kapitalmärkten, also auch am Bankengeldmarkt, nie allein aus der Entwicklung der Beträge und der Vorzeichen irgendwelcher Salden (Defizite, Überschüsse; Finanzierungsbedarf hier, Betrag anlagefähiger Mittel dort) hergeleitet oder erklärt werden. Entscheidend für das Finanzierungsklima ist vielmehr selbst nach Auftreten noch so großer Defizite ausschließlich, ob und zu welchen Konditionen die Überschußbereiche bereit und in der Lage sind, die ihnen zuströmenden Mittel den Defizitbereichen wieder zur Verfügung zu stellen.

Abgeströmt waren nun allerdings freie Liquiditätsreserven inländischer Kreditinstitute

— ins Ausland, soweit der Abstrom mit dem Rückgang von Devisenbeständen zusammenhing,

— zur Deutschen Bundesbank, soweit der Abstrom mit der Erhöhung der in Mindestreserveguthaben, in anderen Zentralbankguthaben und in Noten der Deutschen Bundesbank angelegten Beträge zusammenhing.

Mithin kam es für den Bankengeldmarkt entscheidend darauf an, ob und zu welchen Bedingungen die inländischen Kreditinstitute sich

— im Ausland oder

— bei der Deutschen Bundesbank

refinanzieren konnten.

155. Den Zugang zu den internen Refinanzierungsmöglichkeiten hat die Bundesbank erheblich verteuert. Von den Sätzen, zu denen sie Mittel zur Verfügung stellt (vgl. Tabelle 96 im Anhang), wurden seit Beginn der Anspannungsperiode erhöht:

— der Diskontsatz von 3 auf 5 Prozent

— der Lombardsatz von 4 auf $6^1/_4$ Prozent

— der Privatdiskontsatz in sieben Schritten von $3^3/_{16}$ auf $5^7/_{32}$ Prozent,

— die Sätze, zu denen die Bundesbank Geldmarktpapiere von den Banken zurücknimmt, parallel zu den „Abgabesätzen" (Ziff. 158), von 3 bis $3^5/_8$ Prozent (je nach Restlaufzeit) auf 5 bis $6^1/_4$ Prozent.

Der Zugang zum Rediskontkredit ist auch sonst schwerer geworden. Im Verlauf des Jahres 1965 wurden die Rediskontkontingente neu berechnet; dabei ergaben sich Kürzungen, die zur Hälfte im Oktober 1965, zur anderen Hälfte im Mai 1966 in Kraft traten. Da sich der Betrag der tatsächlich in Anspruch genommenen Rediskontkredite im Verlauf der Anspannungsperiode von unter 2 Mrd. DM auf fast 6 Mrd. DM erhöht hat, sind die Reserven unausgenutzter Kontingente in einem Maße verringert worden, das verschiedentlich die weitere Inanspruchnahme dieses letzten Spielraums der Refinanzierung ausschließt.

156. Auch das Zusammenwirken aller bisher genannten Faktoren (Mindestreservepolitik, Devisenabgang, Erhöhung der Bargeldanforderungen des Publikums, Verteuerung und Erschwerung der Refinanzierung bei der Bundesbank) hätte noch nicht ausgereicht, einen Anstieg der freien Zinsen am Geldmarkt (mit Wirkungen auf weitere inländische Kreditmärkte) herbeizuführen, wenn sich die inländischen Kreditinstitute direkt oder indirekt — etwa durch Einschalten inländischer Nichtbanken — auf ausländischen Geldmärkten relativ günstig hätten refinanzieren können.

Gewiß sind manche Wege in dem System der kommunizierenden Röhren, durch das der inländische Geldmarkt mit ausländischen Märkten verbunden ist, durch administrative Eingriffe versperrt gewesen und bis heute versperrt:

— Die Hereinnahme befristeter Einlagen von „Gebietsfremden" ist dadurch erschwert, daß Kreditinstitute Auslandseinlagen, von Ausnahmen abgesehen, nicht verzinsen dürfen.

— Wenn deutsche Kreditinstitute direkt Refinanzierungskredite im Ausland aufnehmen, dann bringt das ihnen keine Entlastung, da ihre Rediskontkontingente entsprechend gekürzt werden, sofern sie nicht die gleichen Beträge zu den gleichen Fristen wieder im Ausland anlegen.

— Sehr viele längerfristige Schuldverschreibungen inländischer Aussteller können von inländischen Kreditinstituten weder an Ausländer verkauft noch an Ausländer in Pension gegeben werden, ohne daß der „Gebietsfremde" damit kuponsteuerpflichtig wird.

Andere Wege aber waren und sind offen, so vor allem:

— die Kreditaufnahme inländischer Nichtbanken bei ausländischen Banken und an sonstigen ausländischen Kredit- und Kapitalmärkten (Finanzkredite), auch in Form

von Auslandskrediten, die von inländischen Kreditinstituten verbürgt oder von inländischen Kreditinstituten aufgenommen und über eine Auslandsadresse inländischen Wirtschaftsunternehmen außerhalb des Kreditsystems zugeleitet werden,

— die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten durch inländische Wirtschaftsunternehmen, allgemein: die Verschiebung der Zahlungsziele im Außenhandel, hier: die Verlagerung der Finanzierung von inländischen auf ausländische Märkte (Verschiebung der Terms of Payment).

Auf diesen beiden Wegen sind nach Einsetzen der inländischen Restriktionspolitik sofort ansehnliche Beträge ins Inland gekommen. An kurzfristigen Auslandskrediten (Finanzkrediten) hatten inländische Wirtschaftsunternehmen Ende April 1966 rund 2 Mrd. DM mehr aufgenommen als Anfang 1964. Die Verschiebung der Zahlungsziele im Import und im Export dürfte seit Anfang 1964, dem Beginn der Anspannungsphase, bis Ende August 1966 rund 4,5 Mrd. DM zusätzliche Devisen gebracht haben, wie aus den sogenannten Restposten der Zahlungsbilanz zu schließen ist. Beides wirkte insoweit den inländischen Anspannungstendenzen entgegen. Sonst wäre die Belastung der inländischen Kreditinstitute durch Devisenabgänge entsprechend größer gewesen. Diese Gegenwirkung hätte jedoch noch größer sein können. Die gesamte kurzfristige Auslandsverschuldung deutscher Wirtschaftsunternehmen (Finanzkredite) ist mit 5 oder 6 Mrd. DM immer noch gering. Jede weitere Verkürzung der durchschnittlichen Zahlungsziele im deutschen Export um eine Woche bei gleichzeitiger gleichgroßer Verlängerung der durchschnittlichen Ziele im deutschen Import brächte angesichts der gegenwärtigen Außenhandelsumsätze von rund 3 Mrd. DM je Woche weitere 3 Mrd. DM zusätzlicher Devisen und eine entsprechende Entlastung der inländischen Kreditinstitute.

157. Hält man sich vor Augen, wieviel trotz der Kuponsteuer auf den offen gebliebenen Wegen noch hätte ins Inland kommen können, so wird deutlich: Die Restriktionsmaßnahmen der Deutschen Bundesbank hätten die freien Zinsen am inländischen Bankengeldmarkt kaum steigen lassen, wenn nicht in der gesamten Anspannungsperiode auch die Zinssätze, zu denen deutsche Kreditsuchende Gelder auf den entsprechenden ausländischen Geldmärkten aufnehmen konnten, erheblich gestiegen wären. Ein Indiz für diesen Anstieg ist die Entwicklung der Zinssätze für Dreimonatsgelder, die im Verkehr unter Ausländern an ausländischen Märkten zustande kamen (Schaubild 41); die Sätze, die deutsche Kreditnehmer im Ausland zu zahlen hatten, waren im allgemeinen etwas höher.

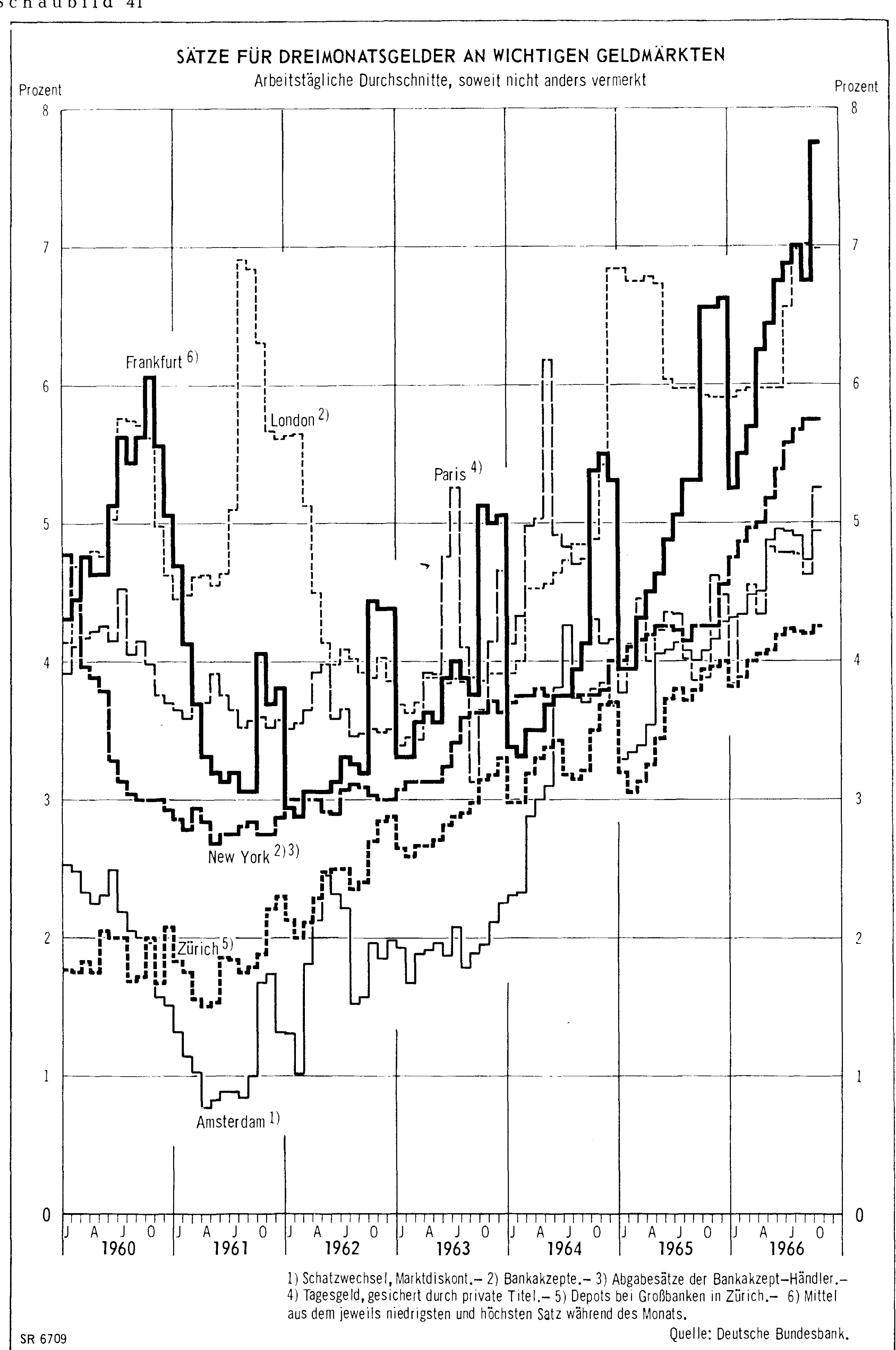
158. Nur weil die im Ausland von deutschen Kreditnehmern zu zahlenden Zinsen derart stiegen, konnte die Deutsche Bundesbank auch die Sätze, zu denen sie Mittel hereinnimmt, also ihre „Abgabesätze für Geldmarktpapiere", erheblich heraufsetzen, ohne damit einen die Anspannung kompensierenden Zustrom von Auslandsmitteln auszulösen. Lagen diese Abgabesätze noch Anfang 1965 zwischen $2^1/_2$ und $3^3/_8$ Prozent, so liegen sie im Herbst 1966 nach sechsmaliger schrittweiser Anhebung zwischen $4^7/_8$ und 6 Prozent.

159. Die geschilderte Entwicklung erlaubt zwei Schlußfolgerungen:

Der Spielraum für eine autonome Geldmarktzinspolitik der Bundesrepublik ist, gemessen an den Zinsänderungen, die unabhängig von den Auslandszinsen herbeigeführt werden können, seit Anfang der sechziger Jahre kaum größer geworden. Damals war offenkundig geworden, daß die Liberalisierung im gesamten Außenwirtschaftsverkehr einer eigenständigen inländischen Geldmarktpolitik nur einen sehr kleinen Spielraum beläßt. Die Zwischenzeit lehrt nicht das Gegenteil, denn in ihr konnten die Maßnahmen der eigenständigen inländischen Geldmarktpolitik nur „effektiv" werden, weil sich auch die Auslandszinsen in der von dieser Politik erstrebten Richtung bewegten. An dem geringen Umfang des Spielraums inländischer Zinspolitik dürfte sich auch dann wenig ändern, wenn der Kreis der Stellen, die Beträge bestimmter Höhe bei der Bundesbank anzulegen haben, so wie es der Entwurf des Stabilitätsgesetzes vorsieht, über die Kreditinstitute hinaus auf Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger ausgedehnt wird. Auch zusätzliche Einzelmaßnahmen zur Abwehr des Zustroms von Auslandsgeldern auf Grund von § 23 Außenwirtschaftsgesetz sind schwerlich geeignet, den Spielraum wesentlich zu vergrößern, wenn man nicht zur totalen Kontrolle aller internationalen Zahlungsströme übergehen will, einschließlich derer, die mit sichtbaren und unsichtbaren Exporten und Importen zusammenhängen („Devisenbannwirtschaft").

160. So klein der genannte zinspolitische Spielraum im letzten Jahrzehnt auch geworden sein mag, so hat doch gerade die größere Freizügigkeit des internationalen Kreditverkehrs, die diesen Spielraum verkleinerte, zugleich die Chance vergrößert, mit Hilfe verhältnismäßig geringer eigenständiger Zinsänderungen die Zahlungsbilanz bereits recht stark zu beeinflussen. Wollte man den Spielraum für eine eigenständige Zinspolitik in dem von der Kuponsteuer nicht betroffenen kurzfristigen Bereich wieder etwas vergrößern, so könnte man das ohne Entliberalisierung allenfalls mit Maßnahmen, die bewirken, daß deutschen Kreditnehmern Finanz- und Lieferantenkredite nur zu höheren Sätzen gewährt werden als

Schaubild 41



1) Schatzwechsel, Marktdiskont.– 2) Bankakzepte.– 3) Abgabesätze der Bankakzept-Händler.– 4) Tagesgeld, gesichert durch private Titel.– 5) Depots bei Großbanken in Zürich.– 6) Mittel aus dem jeweils niedrigsten und höchsten Satz während des Monats.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

ausländischen Konkurrenten, also mit Maßnahmen, die bewirken, daß die Bonität deutscher Kreditnehmer im Ausland etwas vorsichtiger beurteilt wird als die sonst vergleichbarer ausländischer Kreditnehmer. Im Urteil ausländischer Märkte bonitätsmäßig tiefer zu rangieren als andere Industrieländer, wäre allerdings, gemessen an den dann noch verbleibenden Vorzügen einer größeren zinspolitischen Autonomie — die Chance, über Zinspolitik den internationalen Kreditverkehr und damit die Zahlungsbilanz zu steuern, würde damit ja wieder geschmälert werden, ein sehr hoher Preis.

Bankkredite, Geldkapitalbildung bei Banken, Geldvolumen

161. Die gesamte über inländische Kreditinstitute (einschließlich der Deutschen Bundesbank) laufende Verschuldung, wie sie im Volumen der bei allen Instituten ausstehenden Kredite und den etwa gleich hohen Forderungen gegen die inländischen Kreditinstitute [1]) zum Ausdruck kommt (Schaubild 42 und Tabelle 97 im Anhang), hat seit der geschilderten Anspannung am Geldmarkt der Banken untereinander (Anfang 1964) zunächst bis in die Frühjahrsmonate 1966 mit einer Jahresrate in der Größenordnung von 11 vH (32 und 35 Mrd. DM) ähnlich stark zugenommen wie in den unmittelbar vorangegangenen Jahren. Seit Frühjahr 1966 scheint sich das Zuwachstempo etwas verlangsamt zu haben.

162. Somit ist seit Anfang 1964 eine zunehmende Anspannung der Bankenliquidität und nichtsdestoweniger eine bis zum Frühjahr 1966 unvermindert anhaltende Expansion des Bankkreditvolumens zu beobachten. Wollte man — wie es vielfach geschieht — jede Zunahme einer Verschuldung mit einem Ausgabenwachstum gleichsetzen oder gar in jeder Zunahme des Bankkreditvolumens einen für den Strom der Gesamtausgaben expansiven Faktor erblicken, so müßte man schließen, daß die Anspannung am Refinanzierungsmarkt der Banken nicht bis zu den Ausgabendispositionen der Unternehmen und der öffentlichen und privaten Haushalte durchschlug. Man gewänne den Eindruck, daß erst seit dem zweiten Quartal 1966, seitdem der Verschuldungszuwachs merklich hinter dem vorjährigen zurückbleibt, die monetären Bremsen auch auf die Ausgabendispositionen durchgreifen.

163. Tatsächlich läßt sich an der Entwicklung von Beständen ausstehender Kredite nicht ohne weiteres ablesen, ob Ausgabeströme durch die Kreditinstitute vergrößert oder verkleinert werden. Dies darf bei der Festlegung von Kreditplafonds, wie sie das Stabilitätsgesetz in Ausnahmefällen erlauben würde, nicht übersehen werden und erfordert deshalb eine eingehendere Analyse der Zusammenhänge.

164. Zunächst ist überhaupt allen Zahlen über Verschuldungszunahmen nie anzusehen, ob die Zunahme der Verschuldung auf einer Ausgabenexpansion bei gleichbleibenden Einnahmen oder auf einem Einnahmenrückgang bei gleichbleibenden Ausgaben beruht oder darauf, daß die Einnahmen stärker zurückgingen als die Ausgaben. Selbst aus einer Expansion des Betrages ausstehender kurzfristiger Bankkredite — einem Vorgang, der in der Öffentlichkeit häufig als notwendige und hinreichende Bedingung für Ausgabenexpansionen angesehen wird (sogenannter schöpferischer Bankkredit) — kann regelmäßig noch nicht abgelesen werden, ob sie überhaupt etwas mit expansiven Tendenzen im Sinne einer Ausgabensteigerung oder auch nur einer Verstärkung von Neuausleihungen zu tun hat oder ob sie lediglich eine Abschwächung von Strömen indiziert, sei es eine Stockung im Fluß der Kreditrückzahlungen (Einfrieren von Krediten), sei es darüber hinaus ein Rückgang der Einnahmen der Kreditnehmer. Rote Zahlen im Bankauszug sind nun einmal — und das darf gerade bei der Analyse der jüngsten Entwicklung nicht übersehen werden — nicht immer ein Symptom von Investitionsausgaben; sie sind zuweilen nur das Gegenstück von roten Zahlen in der Gewinn- und Verlustrechnung.

165. Zweitens ist bei der Gegenüberstellung der Zuwachsraten monetärer Bestände mit den gleichzeitigen Zuwachsraten von Investitions- und Konsumausgaben, Umsätzen oder anderen monetären Strömen in der Bundesrepublik noch für einige Jahre mit einer Trendkomponente zu rechnen, die aus Besonderheiten der Vergangenheit herrührt. Im gesamten Volumen der Bankkredite und auch unter den ihnen gegenüberstehenden Bankpassiven befinden sich Positionen sehr unterschiedlicher Umschlagsdauer. Durch die Währungsreform waren alle Schuldverhältnisse dezimiert. Bestände mit verhältnismäßig kurzer Umschlagsdauer haben sich schnell wieder normalisiert: die seitherige Bestandszunahme entspricht einigermaßen der Zunahme der Umsätze. So hielt sich auch in jüngerer Zeit bei den sich am raschesten umschlagenden Beständen, dem Bargeldumlauf und den privaten Sichtgutha-

[1]) Goldbestände der Bundesbank werden bei dieser Analyse Forderungen an Ausländer gleichgestellt; Schuldverhältnisse zwischen Kreditinstituten werden weggelassen. Der Unterschied zwischen dem Gesamtbetrag der Passiven der Kreditinstitute und dem Gesamtbetrag ihrer Forderungen entspricht stets dem Wert ihrer Sachanlagen; er kann bei monetären Analysen vernachlässigt werden. Beteiligungen an Kreditinstituten sowie die in Form von Banknoten oder Sichtguthaben „monetisierten" Forderungen an Kreditinstitute werden zu den „Forderungen gegen inländische Kreditinstitute" gezählt.

Schaubild 42

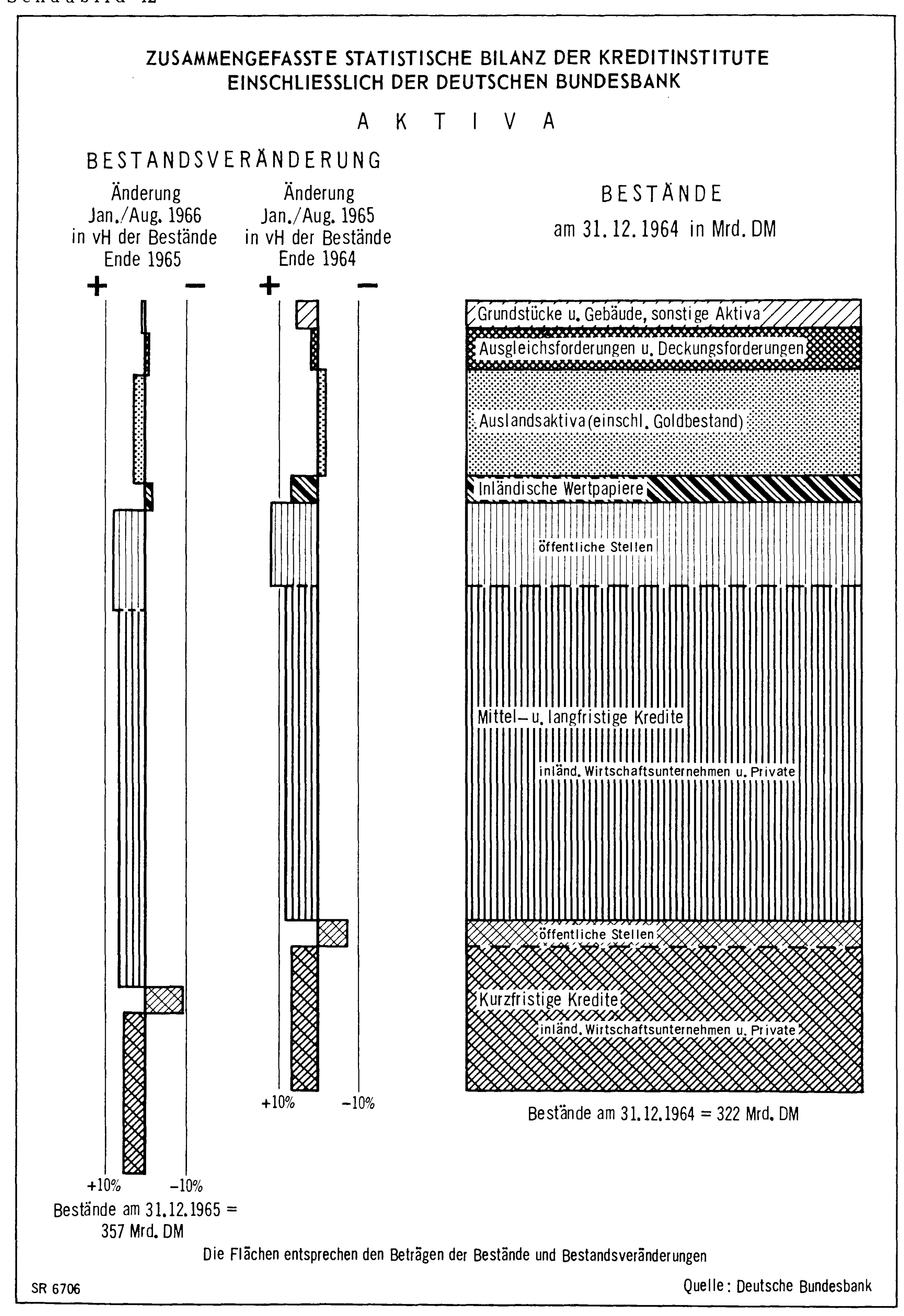


Schaubild 42

ZUSAMMENGEFASSTE STATISTISCHE BILANZ DER KREDITINSTITUTE EINSCHLIESSLICH DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

P A S S I V A

BESTÄNDE

am 31.12.1964 in Mrd. DM

Kapital, Rücklagen u. sonstige Passiva

Auslandspassiva

Umlauf an Bankschuldverschreibungen, ohne die von inländ. Kreditinstituten gehaltenen Bestände

Bei inländischen Nichtbanken aufgenommene längerfristige Gelder und Darlehen

inländische öffentliche Stellen

inländ. Wirtschaftsunternehmen u. Private

Spareinlagen inländischer Nichtbanken

Termineinlagen

inländischer öffentlicher Stellen

inländ. Wirtschaftsunternehmen u. Privater

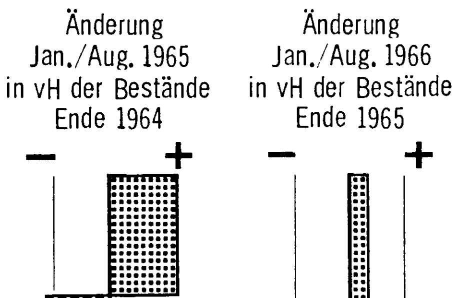
Sichteinlagen

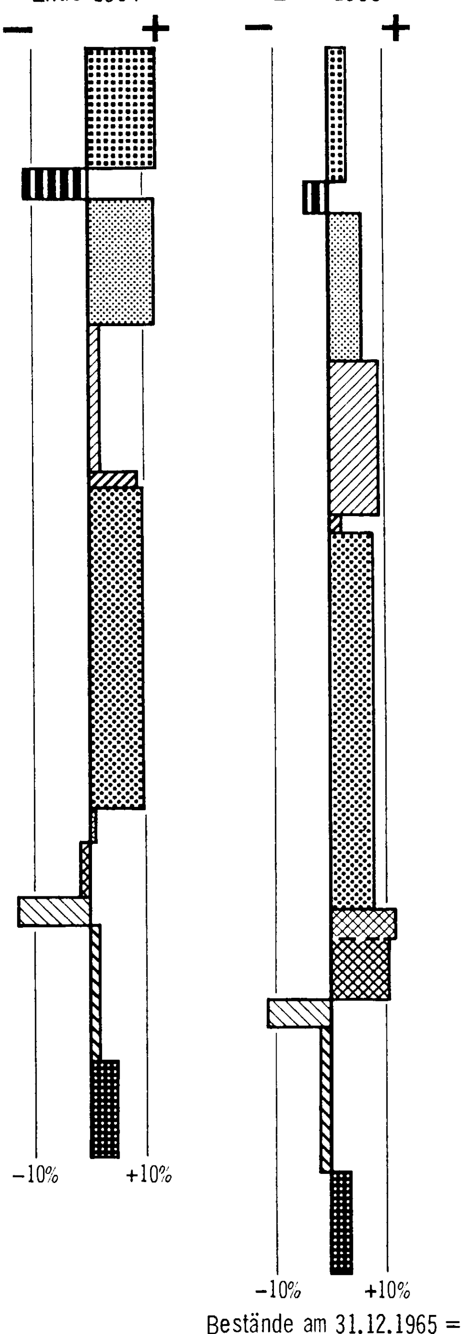
inländischer öffentlicher Stellen

inländ. Wirtschaftsunternehmen u. Privater

Bargeldumlauf ohne Kassenbestände d. Kreditinstitute

Bestände am 31.12.1964 = 322 Mrd. DM





Bestände am 31.12.1965 = 357 Mrd. DM

Die Flächen entsprechen den Beträgen der Bestände und Bestandsveränderungen

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 6707

ben, das Wachstum in der Größenordnung der gleichzeitigen Umsatzsteigerungen.

Im Gegensatz dazu ist bei den langfristigen Positionen (langfristige Kredite, langfristig aufgenommene Gelder, Bankschuldverschreibungen) der Einschnitt der Währungsreform noch immer nicht verwunden: Noch geraume Zeit wird verstreichen, bis hier die Abgänge (Hypothekenrückzahlungen, Pfandbriefrückzahlungen) wieder normales Friedensniveau erreichen. Bis dahin wird das Wachstum der Bestände an langfristigen Positionen (als Saldo zwischen „normal" hohen Zugängen und immer noch anomal niedrigen Abgängen) stärker sein, als es den Umsatzgrößen entspräche (Wiederauffüllungseffekt).

166. Drittens ist beim Vergleich der Entwicklung von monetären Beständen und Umsätzen eine in die Zukunft weisende Trendkomponente zu berücksichtigen. Mit der Zunahme der Masseneinkommen haben die Bestände an Geldersparnissen, auch soweit sie bei Kreditinstituten auf Sparkonten oder in Bankschuldverschreibungen angelegt sind, stärker als die Einkommensströme zugenommen. Das gilt selbst für Zeiten, in denen sich — wie etwa in der ersten Hälfte 1966 — der Zugang zu diesen Beständen, also die laufende Geldersparnis, im Vergleich zum Vorjahr etwas verringerte. Solange diese Tendenz vorherrscht, werden auch die Bankkredite, die die Unternehmen und öffentlichen Haushalte ganz unabhängig von der Entwicklung ihrer Investitionsausgaben schon deshalb aufnehmen müssen, weil sie den Liquiditätsentzug, der sich aus der Bildung solcher Geldersparnisse für sie ergibt, wieder kompensieren müssen, stärker als das Gesamteinkommen zunehmen (Massenspareffekt).

167. Viertens pflegen sich in konjunkturellen Aufschwungsphasen die Einnahmen der einzelnen Unternehmen und ihre jeweiligen Ausgaben (einschließlich ihrer Investitionsausgaben) eher „parallel" zu entwickeln, während sich in Abschwächungsphasen gewöhnlich stärkere Differenzierungen zeigen (JG 1965 Ziffer 123). Nicht wenige Unternehmen bleiben dann mit ihren Ausgaben hinter ihren laufenden Einnahmen zurück, sind also Einnahmenüberschußbereiche. Das hat, von sonstigen Einflüssen abgesehen, zur Folge, daß sich die anderen Unternehmen, bei denen die umgekehrten Verhältnisse vorliegen (Ausgabenüberschußbereiche), zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität desto stärker verschulden müssen. Ein Hinweis darauf, wie sich Einnahmenüberschußbereiche und Ausgabenüberschußbereiche innerhalb des Unternehmenssektors auseinanderentwickeln (Spreizeffekt) ergibt sich, wenn man den jährlichen Zuwachs der Nettoverschuldung des gesamten Unternehmenssektors mit dem Zuwachs der Bruttoverschuldung vergleicht, der um die Geldvermögensbildung einzelner Unternehmen höher ist. So war etwa in den Jahren der scharfen Kreditrestriktion 1950/51, als viele Unternehmen Einnahmenüberschüsse bildeten, die Zunahme der Bruttoverschuldung der Unternehmen mehr als doppelt so groß wie die Nettoverschuldung. Den Spreizeffekt im Konjunkturverlauf zeigt Schaubild 43.

168. Wenn Bankgläubiger ihre Einlagen abrufen, um Aktien oder Anleihen zu kaufen, aus deren Emissionserlös der Emittent seine Bankkredite zurückzahlt, so bringt das einen Rückgang des Bankkreditvolumens, ohne daß man daraus auf eine konjunkturelle Dämpfung schließen könnte. Wenn umgekehrt der Umfang solcher Konsolidierungstransaktionen erheblich zurückgeht, nimmt die bankmäßige Verschuldung entsprechend stärker zu, ohne daß man hieraus den Schluß ziehen könnte, daß die Kreditinstitute die konjunkturelle Expansion förderten. Auch durch solche Vorgänge wird das Wachstum der über Kreditinstitute laufenden Verschuldung — wiederum ziemlich unabhängig von der Gesamtnachfrage — beeinflußt (Direktverschuldungseffekt).

In jüngerer Zeit war der Umfang solcher Konsolidierungstransaktionen klassischer Art rückläufig. Neben sie traten jedoch andere Typen von Direktverschuldungen: Im längerfristigen Bereich die Konsolidierung durch Aufnahme mittel- und langfristiger Schuldscheindarlehen, im kürzerfristigen Bereich das direkte „Industrieclearing", bei dem der potentielle Bankgläubiger unmittelbar die Wechsel des potentiellen Bankschuldners hereinnimmt und diesem unmittelbar Termingelder gibt.

169. Selbst wenn das Volumen aller Transaktionen zur Ablösung von Bankverschuldungen durch Direktverschuldungen (Ziffer 168) im Jahre 1966 eher zugenommen haben sollte, so könnten doch, ohne daß sich die Bedeutung der einzelnen Komponenten quantifizieren ließe,

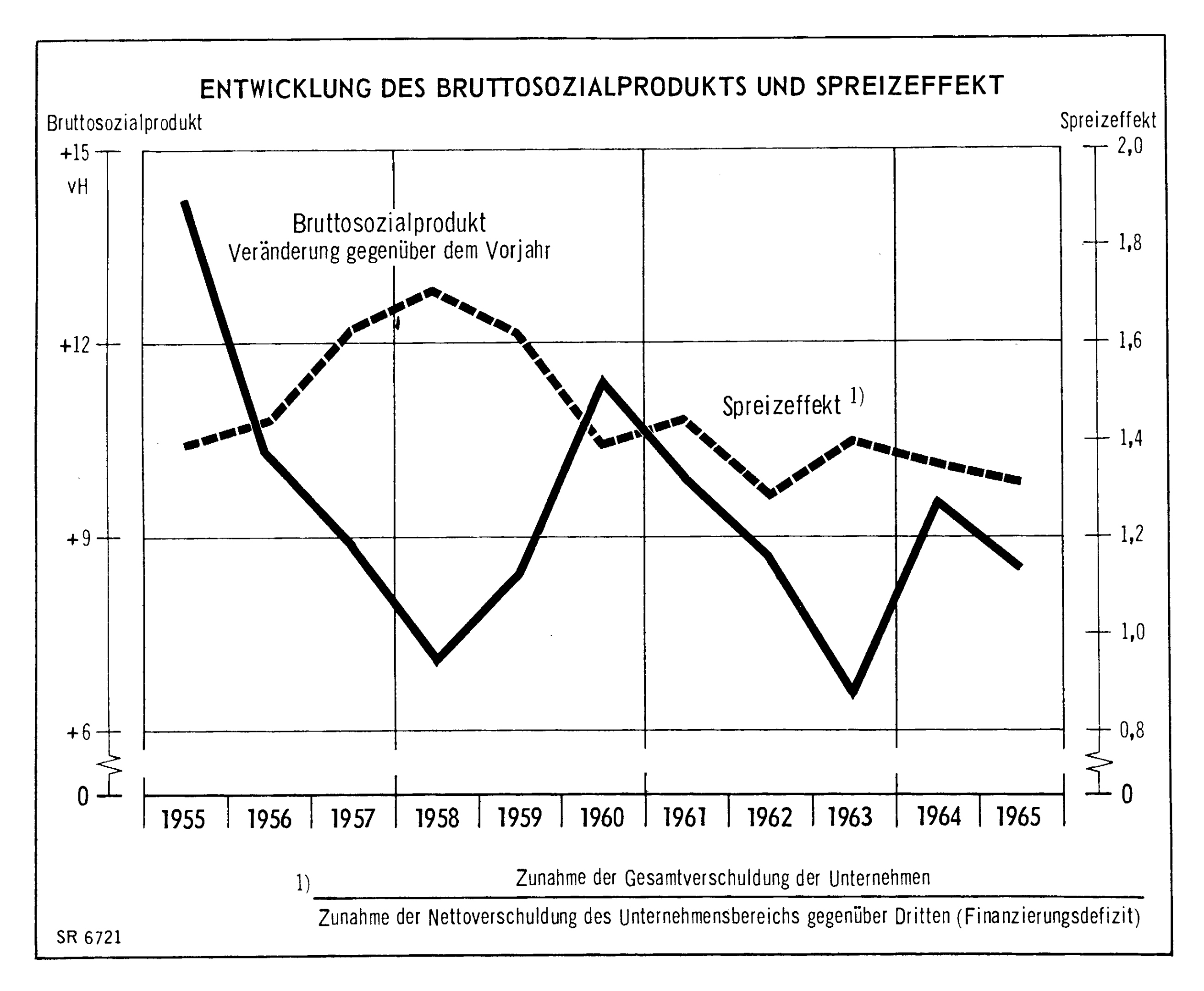
— der Wiederauffüllungseffekt (Ziffer 165)
— der Massenspareffekt (Ziffer 166)
— der Spreizefekt (Ziffer 167)

allein schon ausreichen zu erklären, daß das Wachstum der gesamten über Kreditinstitute laufenden Verschuldungen (rund 11 vH im ersten Halbjahr) über das Wachstum der für die konjunkturelle Entwicklung repräsentativen Ausgabenströme (zum Beispiel Bruttosozialprodukt 7,6 vH) hinausging. Danach bliebe wenig Raum, diese Wachstumsdifferenz — unabhängig von den genannten Komponenten und auch unabhängig von der Entwicklung der Kreditkonditionen — als eine konjunkturexpansive Komponente zu deuten.

170. In den Konditionen für Bankeinlagen kam die Anspannung am Bankengeldmarkt sowie am Wertpapier- und Schuldscheindarlehensmarkt zum Ausdruck. Wohl hat man lange Zeit ver-

sucht, die Habenzinsen der Banken mit Hilfe der Höchstzinsanordnungen, unter die alle Termineinlagen bis vier Jahre Gesamtlaufzeit fielen, möglichst niedrig zu halten, um einen weiteren Zinsanstieg und Kursverfall auf den Rentenmärkten zu verhüten. Indessen überrollte die tatsächliche Entwicklung alle diese Versuche. Die Höchstzinsanordnungen zu umgehen war gang und gäbe (sogenannte graue Habenzinsen). Die Aufsichtsbehörde erhöhte am 1. März 1965 die Höchstzinssätze und entließ alle Einlagen mit Laufzeiten von 2½ Jahren und darüber aus der Höchstzinsbindung (Tabelle 96 im Anhang). Als sich auch diese Regelung — selbst nach nochmaliger Erhöhung der Höchstzinssätze am 1. Oktober 1965 — als nicht beständig erwies, gab man schließlich die Versuche, mit Zinsverordnungen gegen Markttendenzen anzukämpfen, teilweise auf, indem man mit Wirkung vom 1. Juli 1966 die Zinsbindung für alle mindestens auf drei Monate hereingenommenen Termin- und Spareinlagen im Betrag von 1 Million DM und darüber fallen ließ. Nur für kleinere Einlagen blieb es bei Höchstzinsen. Mit dem Wegfall der Zinsbindung für die Nichtbankenkundschaft sind die letzten Schranken gefallen, deretwegen jahrzehntelang der deutsche „Geldmarkt der Banken untereinander" ein abgeschlossener Markt war. Es gibt genau genommen seit Sommer 1966 keinen eigenständigen Bankengeldmarkt mehr. An seine Stelle trat ein „Geldmarkt der ersten Adressen", ein Markt, zu dem neben Banken viele Versicherungen, andere Kapitalsammelstellen und Wirtschaftsunternehmen gehören. Die Zinssätze für Dreimonatsgelder und Halbjahresgelder an diesem Markt der ersten Adressen lagen im Sommer 1966 zwischen 6 und 7 Prozent. Dreimonatsgelder über Jahresultimo kosteten im Oktober 1966 fast 8 Prozent (Schaubild 41).

Schaubild 43



171. Ebenfalls im Einklang mit der allgemeinen Anspannung sind auch die Sollzinsen der Banken im gewöhnlichen Kreditgeschäft wesentlich gestiegen. Einmal sind die vorgeschriebenen Höchstsollzinssätze mit den Diskontsatzänderungen und mit dem Inkrafttreten der neuen Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen seit Anfang 1965 um insgesamt 1½ Prozentpunkte erhöht worden. Vor allem aber hat sich die Differenz zwischen den durchschnittlichen Effektivzinsen und den „Tarif-Höchstzinsen", also gewissermaßen die „Zinsdrift", in den letzten anderthalb Jahren erheblich verringert. Hatten vordem die Kreditinstitute unter dem Druck des Wettbewerbs viele Kredite weit — verschiedentlich um über 2 Prozentpunkte — unter den Tarif-Höchstzinsen abgerechnet, so gehören heute auch nur geringfügige Unterschreitungen der Tarifhöchstsätze, von den Transaktionen am Geldmarkt der ersten Adressen abgesehen, zu den seltenen Ausnahmen.

Kapitalmarkt

172. Die über Aktienemissionen aufgenommenen Beträge [1]) haben seit Beginn der Anspannungsperiode (Anfang 1964) nicht unerheblich zugenommen. Sie beliefen sich

1962 auf 2,2 Mrd. DM

1963 auf 1,3 Mrd. DM

1964 auf 2,2 Mrd. DM

1965 auf 4,0 Mrd. DM [2])

1966 auf 2,2 Mrd. DM (erste neun Monate).

Über Emissionen von Industrie-Anleihen, einschließlich Wandelschuldverschreibungen, wurden per Saldo, also abzüglich der Tilgung alter Anleihen, in den Jahren 1963 bis 1965 jeweils nur Beträge zwischen 0,3 und 0,4 Mrd. DM und in den ersten neun Monaten 1966 nur ganz geringe Beträge aufgenommen. In vielen Monaten waren die Tilgungen sogar größer als die Neuemissionen.

173. An Anleihen der öffentlichen Hand wurden in den Jahren 1963 bis 1965 jeweils per Saldo rund 3,2 Mrd. DM abgesetzt, im ersten Quartal 1966 weitere 0,6 Mrd. DM. Ab April 1966 überwogen die Tilgungen die unbedeutenden Neuemissionen; von April bis September 1966 belief sich der Tilgungsüberschuß auf 0,3 Mrd. DM.

174. Zu diesen statistisch erfaßten Änderungen der in Aktien verbrieften Beteiligungsverhältnisse sowie der längerfristigen Direktverschuldungen (festverzinsliche Wertpapiere) müßte man noch die statistisch zur Zeit nicht erfaßten sonstigen Kapitaleinlagen (Kommanditeinlagen, Einlagen stiller Gesellschafter, sonstige Gesellschaftereinlagen) sowie die Zunahme an Schuldscheindarlehen und sonstige Direktdarlehen hinzuzählen [1]), wollte man die sogenannte Ergiebigkeit des Kapitalmarktes quantitativ beurteilen — Ergiebigkeit etwa als Gesamtbetrag der Zunahme von Beteiligungsverhältnissen oder von längerfristigen Direktverschuldungen verstanden. Schuldscheindarlehen und sonstige Direktdarlehen sind Bestandteile des Gesamtvolumens der längerfristigen Geldanlagen, die allen Anzeichen zufolge in jüngerer Zeit gegenüber den statistisch erfaßten Bestandteilen an Bedeutung gewonnen haben.

Aus den Gründen, die im einzelnen in den Ziffern 164 bis 168 dargelegt sind, trüge indessen selbst eine vollständige Statistik der Zunahme von Direktbeteiligungen und längerfristigen Direktforderungen für sich genommen — im Gegensatz zur weitverbreiteten Ansicht — nichts zur Klärung der Frage bei, ob der Kapitalmarkt die Nachfrage der Unternehmen und Haushalte eher gedämpft oder angeregt hat [2]). Vor allem bringt eine Angabe über das Gesamtvolumen der am Kapitalmarkt aufgenommenen Mittel keinen Hinweis auf die Gründe, die die Konditionen (Zinsen, Kurse) auf diesem Markt bestimmt haben.

175. Auch für die Diagnose der Kapitalmarktentwicklung gilt, was über den Bankengeldmarkt ausgeführt wurde (Ziffer 154). Mit jedem Ausgabenüberschuß oder Einnahmendefizit (etwa von Unternehmen oder öffentlichen Haushalten) entsteht mit Notwendigkeit im gleichen Augenblick ein gleichhoher Einnahmenüberschuß bei den Empfängern dieser Ausgaben.

Bei der Diagnose außenwirtschaftlicher Beziehungen ist sich jedermann bewußt, daß den Leistungsbilanzdefiziten der defizitären Länder ebenso hohe Leistungsbilanzüberschüsse der anderen Länder gegenüberstehen und daß das „Zahlungsbilanzproblem" ausschließlich auf die Frage hinausläuft, ob die Defizitländer jeweils so attraktive Kreditkonditionen bieten können, daß ihre Defizite aus Kapitalexporten der Überschußländer finanzierungsmäßig konsolidiert werden. Dasselbe gilt aber auch für den Binnenverkehr. Auch hier sind die einzelwirtschaftlichen oder intersektoralen

---

[1]) Anzahl der gegen Bareinzahlung emittierten Aktien x Emissionskurse je Aktie.

[2]) darunter 1,1 Mrd. DM für VEBA-Aktien.

[1]) Zur Geldkapitalbildung in Form der Geldanlage in längerfristigen Bankschuldverschreibungen (Pfandbriefen, Kommunalobligationen) vgl. Ziffer 165 sowie Ziffer 189.

[2]) Eine solche Statistik könnte lediglich zeigen, inwieweit, entsprechend dem säkularen Trend in modernen Industrieländern, die Trennung zwischen Vermögensbesitzern und Vermögensverwaltern, genauer: die Divergenz zwischen der „interpersonellen Streuung der Vermögensbildung" und der „interpersonellen Streuung der Sachvermögensbildung", auch in der Bundesrepublik weiter zunahm.

„Leistungsbilanzdefizite" (die Einnahme-Ausgabe-Salden der Tabelle 35 und Tabellen 98 und 99 im Anhang) schon bei und mit ihrer Entstehung notwendig gleich groß wie die „Überschüsse" (positive „Finanzierungssalden") der jeweils übrigen Bereiche. Auch hier lautet die Frage nicht, ob dem Betrag nach ausreichende Mittel vorhanden sind, um den Finanzierungsbedarf der Defizitbereiche zu decken. Die Frage ist stets nur, ob und zu welchen Konditionen sich die Inhaber von Überschüssen bereit finden, den Inhabern von Defiziten Mittel in den von ihnen gewünschten Fristen und in den von ihnen gewünschten Beteiligungs- oder Kreditformen zur Verfügung zu stellen.

176. Schaubild 40 gibt einen Hinweis darauf, wie stark sich die Renditensätze, zu denen Geldgeber bereit waren, längerfristige Schuldtitel zu erwerben, von Herbst 1965 bis zum Sommer 1966 noch einmal erhöht haben. Dabei zeigt das Schaubild noch nicht die ganze Wirklichkeit, sondern lediglich die Renditensätze, die sich für Altemissionen auf Grund der Börsenkurse ergaben. Die Renditensätze, die sich für Neuemissionen auf Grund der öffentlich bekanntgegebenen Emissionskurse errechnen, waren noch höher. Und selbst zu diesen Konditionen wurden jeweils nur Teilbeträge abgesetzt; größere Beträge konnten nur unter Gewährung noch höherer Renditen untergebracht werden. Dabei reichten die Abschläge vom öffentlich bekanntgegebenen Emissionskurs bis zu 4 Prozentpunkten, also weit über die Normalbonifikation hinaus. Am Markt der Schuldscheindarlehen mußten selbst erstklassige Schuldner Zinsen zwischen 9 und 10 Prozent bieten, einzelne öffentliche Stellen sogar über 10 Prozent. Die innerdeutschen Zinssätze am längerfristigen Markt sind damit — selbst abzüglich der Kuponsteuer — höher als ausländische Sätze (Tabelle 1).

Tabelle 35

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Einnahme-Ausgabe-Salden der Sektoren

Mrd. DM

Sektor	Begriff	1965 1. Halbjahr	1965 2. Halbjahr	1966 1. Halbjahr
Private Haushalte	s	+15,0	+17,0	+12,4
	i	—	—	—
	g	+15,0	+17,0	+12,4
Unternehmen	s	+12,5	+11,1	+12,6
	i	+31,0	+28,8	+29,2
	g	−18,5	−17,7	−16,6
Gebietskörperschaften .	s	+ 6,3	+ 5,3	+ 9,3
	i	+ 6,9	+11,0	+ 7,4
	g	− 0,1	− 5,7	+ 1,9
Sozialversicherung ...	s	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,8
	i	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
	g	+ 0,5	+ 2,7	+ 0,7
Übrige Welt	s	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,6
	i	.	.	.
	g	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,6
insgesamt ...	S	+38,0	+39,9	+36,7
	I	+38,0	+39,9	+36,7
	G	—	—	—

s = Änderung des Gesamtvermögens (Vermögensbildung einschließlich Vermögensübertragungen) eines Sektors.
i = Änderung des Sachvermögens (Sachvermögensbildung) eines Sektors.
g = s — i = Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen — Verbindlichkeiten) eines Sektors = Einnahme-Ausgabe-Saldo des Sektors = Finanzierungssaldo des Sektors (gemäß Statistik der Deutschen Bundesbank über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung).

Quelle: Deutsche Bundesbank

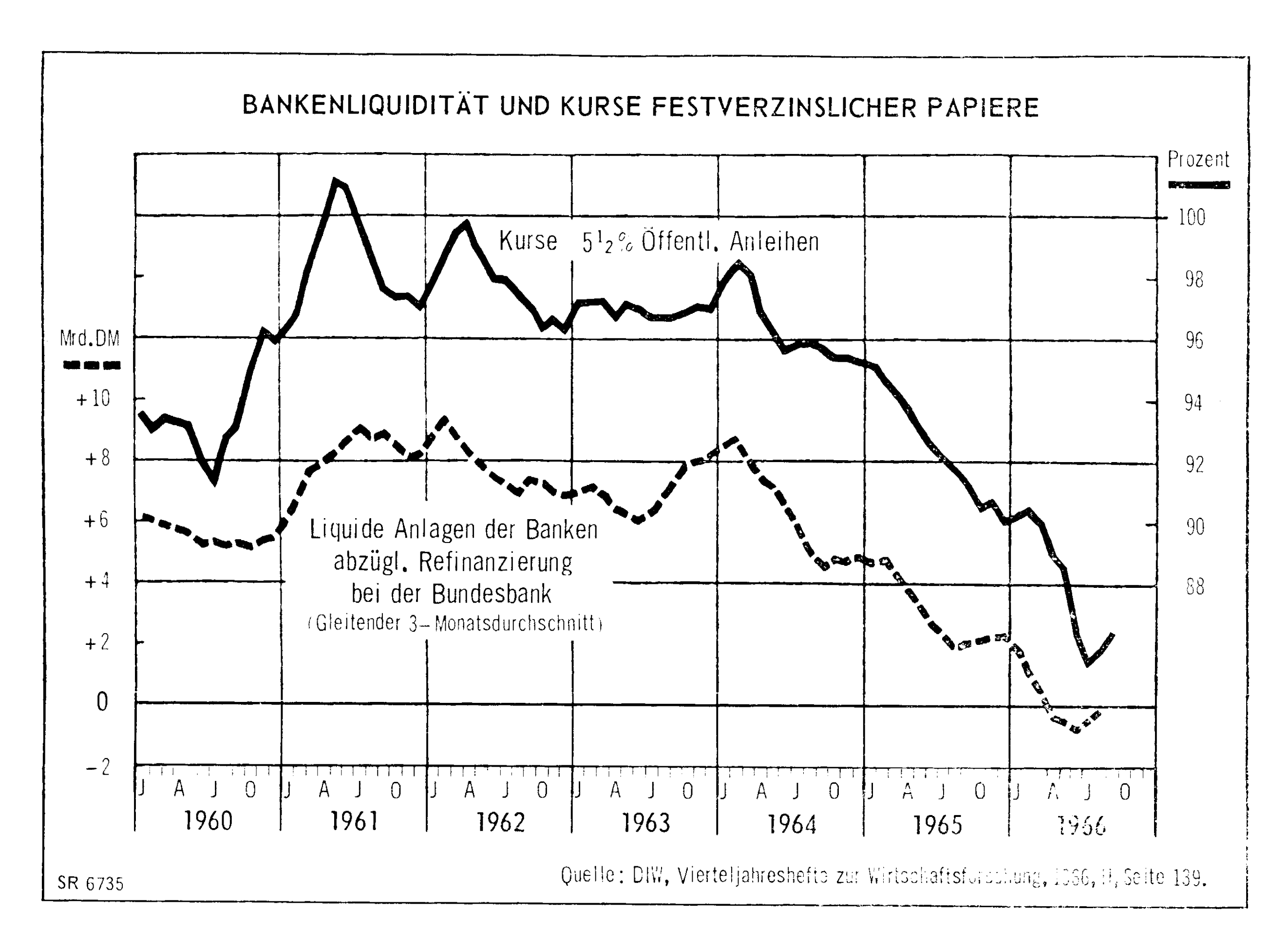
177. Aktien wurden im September 1966 — gemessen am Index der Aktienkurse — um 16 vH niedriger bewertet als im September 1965, um 28 vH niedriger als im September 1964 und um 45 vH niedriger als im August 1960, dem Monat in dem der Aktien-Index seinen Nachkriegshöchststand erreicht hatte. Der jetzige Kursstand entspricht dem in der Jahresmitte 1959.

Der Kursrückgang läßt sich aus der Lage der Gesellschaften allein nicht erklären: Die einbehaltenen Erträge dürften den inneren Wert der Aktien seit 1959 um bald die Hälfte erhöht haben; die durchschnittlich an die Aktionäre je 100-DM-Aktie ausgeschütteten Dividenden haben von 11,79 DM im Jahre 1960 auf 13,47 DM im Jahre 1965 zugenommen. Freilich hat sich der Anteil der Dividenden am erwirtschafteten Jahresgewinn zum Teil wesentlich erhöht; in manchen Fällen konnten Dividenden nur unter Auflösung von Rücklagen ausgeschüttet werden. Im Urteil ausländischer Unternehmer, die sich in der Lage sahen, Anteilsmehrheiten zu erwerben, waren die Aktienkurse im Vergleich zur Ertragskraft der Gesellschaften, wie zahlreiche Aufkäufe zeigen, verhältnismäßig niedrig.

178. Natürlich hingen der Anstieg der Zinssätze und der Kursverfall am Aktienmarkt eng mit den Anspannungen am Bankengeldmarkt zusammen. Wie sehr — erfahrungsgemäß — die Schwankungen bei den freien Reserven der Kreditinstitute (Ziffer 153) und die Schwankungen der Renditensätze zusammenfallen, läßt Schaubild 44 erkennen. Man darf dies als deutliches Indiz dafür nehmen, daß die von ihrer Liquiditätssituation mitbestimmte Anlageneigung der Kreditinstitute die Kursentwicklung am Kapitalmarkt stark beeinflußt. In der jüngsten Vergangenheit ging allerdings der Zinsanstieg am Kapitalmarkt seinem Gesamtumfang nach weit über das hinaus, was allein aus der Anspannung am Bankengeldmarkt, die in den Geldmarktzinsen zum Ausdruck kommt, erklärt werden kann. Er muß also außerdem eigenständige Ursachen haben.

179. In der öffentlichen Diskussion begegnet man oft der Auffassung, die Zinssätze am innerdeutschen Markt für längerfristige Anleihen und Kredite hätten sich so erhöht, weil die öffentliche Hand über ihre Verhältnisse gelebt, ihre Netto-Verschuldung allzusehr ausgedehnt habe. Wolle man das Zinsniveau

Schaubild 44



senken und in Zukunft Zinsentwicklungen ähnlicher Art vermeiden, so komme es in erster Linie darauf an, den Zuwachs der Verschuldung dieser öffentlichen Stellen strenger in Grenzen zu halten, als das bisher mit den Bemühungen an den sogenannten Runden Tischen gelungen ist. Die Erfahrungen aus anderen Ländern, in denen die Verschuldung öffentlicher Stellen wesentlich stärker zunahm, als es in jüngster Vergangenheit in der Bundesrepublik der Fall war, müssen jedoch erhebliche Zweifel an der Richtigkeit solcher Thesen erwecken. (JG. Ziffer 136.)

180. Bei einzelnen Transaktionen und von Tag zu Tag mag die Zins- und Kursentwicklung an Kapitalmärkten durch das Volumen der jeweils zu plazierenden Schuld- und Beteiligungstitel mitbestimmt werden. Aufs Ganze und über Wochen und Monate hinweg gesehen wird sie jedoch ausschließlich bestimmt durch das Verhältnis zwischen

— einerseits der Gesamtheit der Faktoren, die für das Zins- und Dividendenangebot der Aussteller von Schuld- und Beteiligungstiteln maßgebend sind (Bedürfnis oder gar Zwang zur Konsolidierung, Zahlungsunfähigkeit, Zahlungswilligkeit),

— andererseits der Anlageneigung der potentiellen Erwerber dieser Titel.

181. Im Hinblick auf diese Faktoren bestand und besteht in der Bundesrepublik aus mehreren Gründen eine für das Funktionieren der Kapitalmärkte besonders ungünstige Ausgangslage.

Anders als in anderen Ländern ist in der Bundesrepublik der Staat per Saldo nicht Schuldner, sondern Gläubiger,

— weil die aus dem Krieg stammenden Schuldverhältnisse dezimiert wurden,

— weil nach dem Krieg öffentliche Investitionen fast ausschließlich aus Steuermitteln finanziert wurden und

— weil die öffentliche Hand selbst Darlehen gewährt hat.

Die privaten Geldersparnisse sind trotz hoher jährlicher Zuwächse insgesamt immer noch verhältnismäßig gering. Diese Grundlage bestimmt die Empfindlichkeit der Kapitalmärkte in doppelter Weise: Ein Staat, dessen längerfristige Verschuldung relativ so gering ist wie die des Bundes und der nur gelegentlich den Kapitalmarkt mit Emissionen von Schuldtiteln in Anspruch nehmen muß, kann es sich bei seinen Zinsangeboten für Neuemissionen erlauben, wenig Rücksicht darauf zu nehmen, wie diese Angebote auf die Kurse seiner Altemissionen wirken. Ein solcher Staat kann sich in seiner Zinsangebotspolitik von den Rücksichten frei halten, die Staaten mit hoher Verschuldung und konstantem Emissionsbedürfnis (im Zuge ihres sogenannten „debt management") ebenso nehmen müssen wie andere Schuldner in vergleichbarer Lage, etwa Grundkreditanstalten und andere Daueremittenten (JG 1965 Ziffer 136). Privatpersonen mit verhältnismäßig geringen Gesamtersparnissen sind weniger geneigt, ihre Mittel statt auf Konten in langfristigen kursempfindlichen Titeln (Aktien, Anleihen) anzulegen.

182. Anders als in manchen anderen Ländern besteht in der Bundesrepublik nach geltendem Recht keine Möglichkeit, alle Stellen, die kraft ihrer Steuerhoheit Zinslasten auf die Steuerzahler abzuwälzen vermögen, durch Rechtszwang zu einer einheitlichen Zinsangebotspolitik anzuhalten. Einer Überbietungskonkurrenz dieser Körperschaften ist daher nur schwer Einhalt zu gebieten.

Anders als in früheren Friedenszeiten gibt es am Kapitalmarkt in der Bundesrepublik neben den Gebietskörperschaften noch sehr viele weitere Nachfrager, die den Anlegern zu Lasten von Steuerzahlern verhältnismäßig hohe Zinsen bieten können, da sie umfangreiche staatliche Zinssubventionen und andere Subventionen erhalten.

183. Anders als in manchen vergleichbaren Ländern sind in der Bundesrepublik die öffentlichen Kapitalsammelstellen, wie Sozialversicherungen, Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Banken, in bezug auf ihre Anlagetätigkeit nicht nur unabhängig von zentraler Leitung, sondern sogar in der Lage, einer zentralen Politik der Kapitalmarktpflege entgegenzuwirken. (Ziffer 189).

184. Anders als in manchen anderen Ländern werden von den großen Gebietskörperschaften bei Anleihe-Emissionen die Emissionserlöse nicht — bis zu ihrer Verwendung — den Geschäftsbanken als Einlagen belassen, sondern zur Bundesbank überwiesen. Deshalb wirkt jede Anleihe-Emission dieser Körperschaften ähnlich restriktiv wie eine — vorübergehende — Erhöhung der Mindestreserven.

185. Anders als in manchen vergleichbaren Ländern ist es in der Bundesrepublik immer noch wenig populär, in Aktien zu sparen. Die Geldersparnis wird vorzugsweise in relativ kurzfristigen Forderungstiteln [etwa Spargutbaben [1])] gehalten. Da die Sparer wenig geneigt sind, Aktien und andere Beteiligungstitel zu erwerben, müssen sich die Unternehmen in verhältnismäßig starkem Maß verschulden.

[1]) Die durchschnittliche Verweildauer von Sparguthaben betrug im Jahre 1965 (bei einem Durchschnittsbestand in der Größenordnung von 100 Mrd. DM und Lastschriften in der Größenordnung von 5 Mrd. DM je Monat) ungefähr 20 Monate.

186. Hinzu traten in jüngerer Zeit eine Reihe von Einzelvorgängen, die die Kluft zwischen Konsolidierungswünschen und Anlageneigung noch erheblich verschärfen:

Einmal stehen viele der Sparer, die durch die Volksaktien-Emissionen für die Vermögensanlage in Aktien gewonnen werden sollten, immer noch unter dem Eindruck des für sie unglücklichen Verlaufs der Emission der VEBA-Aktien. Weil damals die Bestimmung der Höhe des Emissionskurses nicht — wie es etwa mit einer Tender-Zeichnung (einem Versteigerungsverfahren) möglich gewesen wäre — der Entscheidung der Anleger selbst überlassen, sondern vom Staat bestimmt wurde, sind die bald darauf eingetretenen Kursverluste von vielen Aktionären nicht ihrer eigenen, sondern der staatlichen Fehlprognose und damit dem Staat überhaupt zur Last gelegt worden. Große Behutsamkeit wird nötig sein, die Wunden dieser Enttäuschung verheilen zu lassen.

187. Auch die Kursverluste, die die Käufer festverzinslicher Wertpapiere hinnehmen mußten, rechnen viele Anleger — ob zu Recht oder zu Unrecht bleibe dahingestellt — kurzerhand „dem Staat" zu. Sie fühlten sich zunächst im Herbst 1963 vom „Staat" durch öffentliche Werbung aufgefordert, sechsprozentige Anleihen zu 100 DM zu kaufen; alsbald erfuhren sie, daß derselbe „Staat" durch Einführung der Kuponsteuer einen Kursdruck produziert; dann vermittelten ihnen gewisse Kurspflegebemühungen den Eindruck, der „Staat" wolle einen weiteren Kursverfall verhüten; schließlich aber erlebten sie, daß er weder eine Zinsheraufsetzung noch sonst einen helfenden Schritt unternahm, und nun rechnen sie sich aus, daß sie besser getan hätten, die Anleihen nicht zu kaufen und statt dessen ihr Geld auf einem Sparkonto stehen zu lassen, da dieselben Anleihen heute für 84 DM zu haben sind. Wenn Anleger unter dem Eindruck solcher Erinnerungen stehen, kann es nicht verwundern, daß sie sich vor erneuter Anlage in festverzinslichen Titeln zunächst einmal scheuen. Wenn Sparer erfahren, daß Emittenten besonderen Käufergruppen Anleihestücke erheblich unter dem öffentlich bekanntgegebenen Kurs verkaufen, während der kleine Sparer die durch diese Praktiken künstlich höher gehaltenen Kurse zu bezahlen hat, so kann solche Erfahrung das Vertrauen in die Institution des Rentenmarkts nur weiter schmälern.

Wenn Anleger erleben, daß öffentliche Stellen zunächst einen Stopp der Begebung höher verzinslicher Schuldtitel ankündigen, dann aber doch mit höheren Zinsgeboten, zum Beispiel mit hoch verzinslichen Schuldscheinen, an den Kapitalmarkt drängen, so kann es nicht überraschen, wenn sie zunächst einmal, trotz schon hoher Renditen, mit eher noch weiter steigenden Zinsen und weiterem Kursverfall rechnen und demgemäß mit Käufen zurückhalten.

188. Der Attentismus zeigte sich bei allen Anlegergruppen, angefangen von den Kreditinstituten selbst bis hin zum alten Kontensparer, der gerade gelernt hatte, daß ihm am Kapitalmarkt höhere Renditen in Aussicht gestellt werden. Daß er sich seit dem Herbst 1965 sogar noch verstärkt hat, lehrt außer der Zinsentwicklung, dem deutlichsten Anzeichen, auch die Umschichtung innerhalb der Bankbilanzen. Vergleicht man jeweils die Entwicklung in den ersten acht Monaten 1966 mit der Entwicklung im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (Schaubild 42 und Tabelle 97 im Anhang), so kann man feststellen:

Während 1965 die Buchwerte der Eigenbestände von Kreditinstituten an Wertpapieren (ohne Bestände an Schuldverschreibungen inländischer Banken) noch um 8,5 vH zunahmen, gingen sie 1966 um 1,7 vH zurück.

189. Während im Verlauf der ersten acht Monate 1965 der Umlauf an Bankschuldverschreibungen außerhalb des Kreditsystems noch um 12 vH zugenommen hatte und sich die Position „aufgenommene Gelder und Darlehen" demgegenüber nur um 2,7 vH erhöhte, war das Bild 1966 umgekehrt: die Position „aufgenommene Gelder und Darlehen" nahm jetzt um mehr als 8 vH zu, der Betrag umlaufender Bankschuldverschreibungen nur noch um knapp 6 vH. Bei den öffentlichen Kapitalsammelstellen war der Attentismus gegenüber einer Anlage in kursempfindlichen Wertpapieren offenbar besonders ausgeprägt. Sie vor allem legten jetzt mehr Gelder in unverbrieften Darlehen an.

190. Während sich die Termineinlagen 1965 fast kaum veränderten, haben sie sich 1966 stark erhöht. Freilich dürfte ein Teil dieser Erhöhung darauf zurückzuführen sein, daß sich der erhöhten Zinsspanne zwischen Sicht- und Termineinlagen wegen die Neigung verstärkt hat, Einlagen statt auf Sichtkonten nunmehr auf Terminkonten (Festgeldkonten, Kündigungsgeldkonten) zu führen (Schaubild 42).

191. Soviel die aufgezeigten Umstände dazu beigegetragen haben mögen, die für das Klima am Kapitalmarkt der Bundesrepublik maßgebliche Anlageneigung von In- und Ausländern so ungünstig zu beeinflussen, daß sich Zinssätze herausbildeten, wie sie bisher in Industrieländern nur sehr selten zu verzeichnen waren, ganz vermögen sie die Zinsentwicklung der letzten zwei Jahre nicht zu erklären. Es bleibt ein durch diesen Hinweis nicht erhellbarer Rest. Das wird deutlich, wenn man die längerfristigen Erfahrungen, die Anleger in der Bundesrepublik machen konnten, mit den kürzerfristigen Erfahrungen vergleicht.

Angenommen, ein Anleger hätte um die Jahresmitte 1956, also vor etwa zehn Jahren, je 1000 Deutsche Mark angelegt

— auf Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist,

— in einem Prämiensparvertrag,

— in einer öffentlichen Anleihe (7½ Prozent Nominalzins),

— in einem Pfandbrief,

— in deutschen Aktien,

— in Goldbarren,

und angenommen, dieser Anleger hätte im weiteren Verlauf alle Erträge aus jeder dieser Anlagen wiederum in derselben Anlageart angelegt [1]) und hätte alle seine Geldanlagen um die Jahresmitte 1966 aufgelöst, so wären aus den ursprünglich 1000 DM je Anlageart in der Zwischenzeit geworden:

		Durchschnittlicher Anlagenutzen je Jahr
— Spareinlage (mit gesetzlicher Kündigung) ...	1 395,— DM	+ 3,4 Prozent
— Prämiensparvertrag ...	2 391,— DM	+ 9,1 Prozent
— Öffentliche Anleihe ...	1 773,— DM	+ 5,9 Prozent
— Pfandbrief .	1 563,— DM	+ 4,6 Prozent
— Aktie:		
Automobilwert	10 829,— DM	+ 26,9 Prozent
Bankwert	5 045,— DM	+ 17,5 Prozent
Elektrowert	4 027,— DM	+ 15,0 Prozent
Chemiewert	3 935,— DM	+ 14,7 Prozent
Maschinenbauwert .	2 282,— DM	+ 8,6 Prozent
Montanwert	1 440,— DM	+ 3,7 Prozent
— Goldbarren	952,— DM	— 0,9 Prozent

Folgten die Anleger solchen längerfristigen Erfahrungen, die in der Bundesrepublik gemacht werden konnten, so müßten sie heute, zumal bei den vergleichsweise hohen Renditen, Wertpapiere anderen Anlageformen — von steuerbegünstigten abgesehen — vorziehen.

Anders sind die Lehren kürzerfristiger Erfahrungen. Vergegenwärtigt man sich, was ein

[1]) Von Stückelungsproblemen sei abgesehen. Steuern auf die Anlageerträge und Spesen blieben außer Betracht. Bei Aktien wird angenommen, der Anleger hätte Dividenden aus Aktien wieder in Aktien derselben Art angelegt und bei Bezugsrechtsangeboten jeweils soviel Bezugsrechte verkauft, wie erforderlich, damit er unter Verwendung des Verkaufserlöses gerade die ihm verbliebenen Bezugsrechte ausüben, das heißt die darauf zu beziehenden jungen Aktien bezahlen konnte.

Anleger jeweils — wie vorher gerechnet — in den einzelnen Jahren seit 1961 erhalten konnte (auch hier Erträge gegen Kursverluste saldiert), so ergeben sich folgende Beträge für den Anlagenutzen je Jahr:

	1961	1962	1963	1964	1965	1966 [1]
	in Prozent					
Spareinlage (mit gesetzlicher Kündigung)	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,8
Prämiensparvertrag	.	.	.	.	.	.
Bundesanleihe (6 Prozent)	+ 6,8	+ 4,9	+ 6,2	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,6
Pfandbrief (6 Prozent)	+10,5	+ 5,0	+ 7,2	+ 4,2	− 2,6	−12,4
Aktie: Automobilwert	− 7,9	−31,2	+33,5	−12,5	−17,1	−19,6
Bankwert	− 3,3	−25,7	+24,4	−25,9	−15,6	− 6,8
Elektrowert	+15,4	− 9,2	+ 1,8	+13,7	− 1,5	−36,2
Chemiewert	−22,0	−12,3	+15,5	+16,9	− 0,8	−35,0
Maschinenbauwert	−17,1	−34,2	+21,9	− 6,9	−32,3	−23,0
Montanwert	−15,3	−21,7	− 3,5	+10,6	−20,3	−45,0
Goldbarren	− 4,8	0	0	0	0	0

[1]) auf Jahresrate umgerechnet

Daß sich die Erwartungen der Anleger, von denen sie sich bei ihren Dispositionen leiten ließen, in den letzten Jahren besonders auf die kurzfristigen Erfahrungen und weniger als man annehmen sollte, auf die längerfristigen Erfahrungen gründen, läßt sich wohl mit Umständen, die im ökonomischen Bereich liegen, allein nicht erklären.

Zahlungsbilanz

192. „Lehrbuchmäßig reagiert" — das ist die einprägsame Wendung, mit der die Bundesbank zusammenfaßte, wie sich die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik auf die Anspannung an den Geld- und Kreditmärkten hin entwickelt hat.

Die Währungsreserven der Bundesbank, die 1963 noch zugenommen hatten, 1964 etwa gleich geblieben und im Jahre 1965 (um 1,5 Mrd. DM) geschrumpft waren, haben sich zwar im ersten Halbjahr 1966, zum Teil saisonbedingt, zunächst noch um eine weitere Milliarde DM verringert, schließlich aber im dritten Quartal 1966 um 0,75 Mrd. DM erhöht. Im Oktober 1966 verzeichnete die Bundesbank weitere 0,7 Mrd. DM Devisenzugänge. Damit verfügte sie Ende Oktober 1966 über Währungsreserven im Gegenwert von 29,3 Mrd. DM.

193. Unter den einzelnen Komponenten der Zahlungsbilanz, die diese Entwicklung bestimmten, ist die Bilanz der (statistisch nicht im einzelnen erfaßten) kurzfristigen Handelskredite — hauptsächlich Lieferantenkredite — am frühesten durch die interne Liquiditätsanspannung und Zinserhöhung beeinflußt worden (Ziffer 156). Nachdem diese Teilbilanz 1963 passiv gewesen war, brachte sie schon 1964 und 1965 zusammengenommen 3 Mrd. DM und in den ersten drei Quartalen 1966 mehr als eine weitere Milliarde DM Überschüsse.

194. Die Bilanz des statistisch erfaßten privaten kurzfristigen Kreditverkehrs hat sich demgegenüber nur geringfügig aktiviert. Im langfristigen privaten Kapitalverkehr war 1963 noch ein recht hoher Überschuß der Kapitalimporte über die Kapitalexporte zu verzeichnen gewesen. 1964 war der Überschuß, wohl wegen der Kuponsteuer, verhältnismäßig klein; 1965 aber war er, trotz der Kuponsteuer, schon wieder recht hoch (2 Mrd. DM). In den ersten drei Quartalen 1966 belief er sich auf 1,3 Mrd. DM.

Die Entwicklung im Bereich des kurz- und langfristigen Kreditverkehrs öffentlicher Stellen (Tabelle 53 im Anhang) ist wesentlich durch Transaktionen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bestimmt gewesen. Mit den Erhöhungen der Quote beim

Fonds und des Kapitalanteils bei der Weltbank hat die Bundesrepublik langfristiges Kapital exportiert; mit der Hinterlegung von Schuldscheinen aus Anlaß dieser Transaktionen hat sie kurzfristiges Kapital importiert.

195. Wenn trotz der genannten Überschüsse in den verschiedenen Teilen der Kapitalverkehrsbilanz, die verhältnismäßig rasch auf die interne Marktanspannung und Zinserhöhung reagierten, die Währungsreserven der Bundesbank, wie erwähnt, im Jahre 1965 noch abnahmen, und sich erst seit Sommer 1966 wieder merklich erhöhten, so lag das daran, daß die Bilanz der laufenden Posten einschließlich aller Übertragungen, also die Leistungsbilanz, durch die Verknappung an den inländischen Kreditmärkten erst viel später beeinflußt wurde. Nachdem innerhalb der Leistungsbilanz 1963 und 1964 die Überschüsse im Warenverkehr (je rund 6 Mrd. DM) gerade etwa ausgereicht hatten, außer den Defiziten der Dienstleistungsbilanz (rund 1 Mrd. DM) die beträchtlichen unentgeltlichen Übertragungen an Ausländer und ausländische Stellen (je rund 5 Mrd. DM) zu dekken, so hatten im Jahre 1965 erheblich verringerten Handelsbilanzüberschüssen (1,2 Mrd. DM) nicht unerheblich gestiegene Anforderungen im Dienstleistungsverkehr (1,4 Mrd. DM) und für unentgeltliche Leistungen (5,9 Mrd. DM) gegenübergestanden. Erst im Jahre 1966 hat die Verknappung an den heimischen Kreditmärkten bis auf die Handelsbilanz durchgeschlagen. Die ersten drei Quartale erbrachten Überschüsse von 4,5 Mrd. DM (entsprechende Vorjahreszeit: 0,6 Mrd. DM). Das Defizit der Dienstleistungsbilanz ist — trotz etwas erhöhter Ausgaben im Reiseverkehr — insgesamt nicht größer geworden. Auch die Gesamtanforderungen für Übertragungen und unentgeltliche Leistungen hielten sich etwa auf dem Vorjahresniveau. So belief sich das Defizit der gesamten Leistungsbilanz in den ersten drei Quartalen 1966 auf nur noch 1,3 Mrd. DM (entsprechende Vorjahreszeit 5,4 Mrd. DM).

196. Die Gesamtanforderungen für Übertragungen und unentgeltliche Leistungen, die, soll die Leistungsbilanz ausgeglichen sein, ebenso wie die Defizite der Dienstleistungsbilanz aus Handelsbilanzüberschüssen gedeckt werden müssen, werden 1966 voraussichtlich insgesamt etwas über 5 Mrd. DM betragen (darunter nicht ganz 2 Mrd. DM Überweisungen ausländischer Gastarbeiter und 1,6 Mrd. DM für Wiedergutmachungsleistungen). Für 1967 ist mit keinen wesentlichen Änderungen zu rechnen. Die Überweisungen der Gastarbeiter dürften etwa gleich bleiben, die Wiedergutmachungsleistungen auf 1,4 Mrd. DM zurückgehen; die Beiträge zum EWG-Agrarfonds dürften 0,7 Mrd. DM, die an internationale Organisationen 0,4 Mrd. DM beanspruchen. Im übrigen werden schätzungsweise, ähnlich wie bisher, 0,5 Mrd. DM für ins Ausland zu überweisende Renten und Pensionen und 0,3 Mrd. DM für andere öffentliche Leistungen benötigt werden. Kredite für Entwicklungshilfe sowie für Devisenhilfen — auch als Vorauszahlungen späterer Wareneinfuhren — sind bei diesen Anforderungen nicht mitgezählt, da sie, zum Unterschied von definitiven Hilfeleistungen oder anderen unentgeltlichen Leistungen, zunächst nur unsere Kapitalverkehrsbilanz belasten; sie lassen daher die Höhe unserer Netto-Auslandsposition unverändert; sie ändern lediglich deren Aufteilung auf kürzer- oder längerfristige Auslandsforderungen; sie brauchten deshalb, angesichts des Umfangs unserer zentralen Währungsreserven, die ohnedies schon zum Teil aus — kurzfristigen — Schuldtiteln fremder Staaten bestehen, aufs nächste nicht unbedingt aus Handelsbilanzüberschüssen gedeckt zu werden.

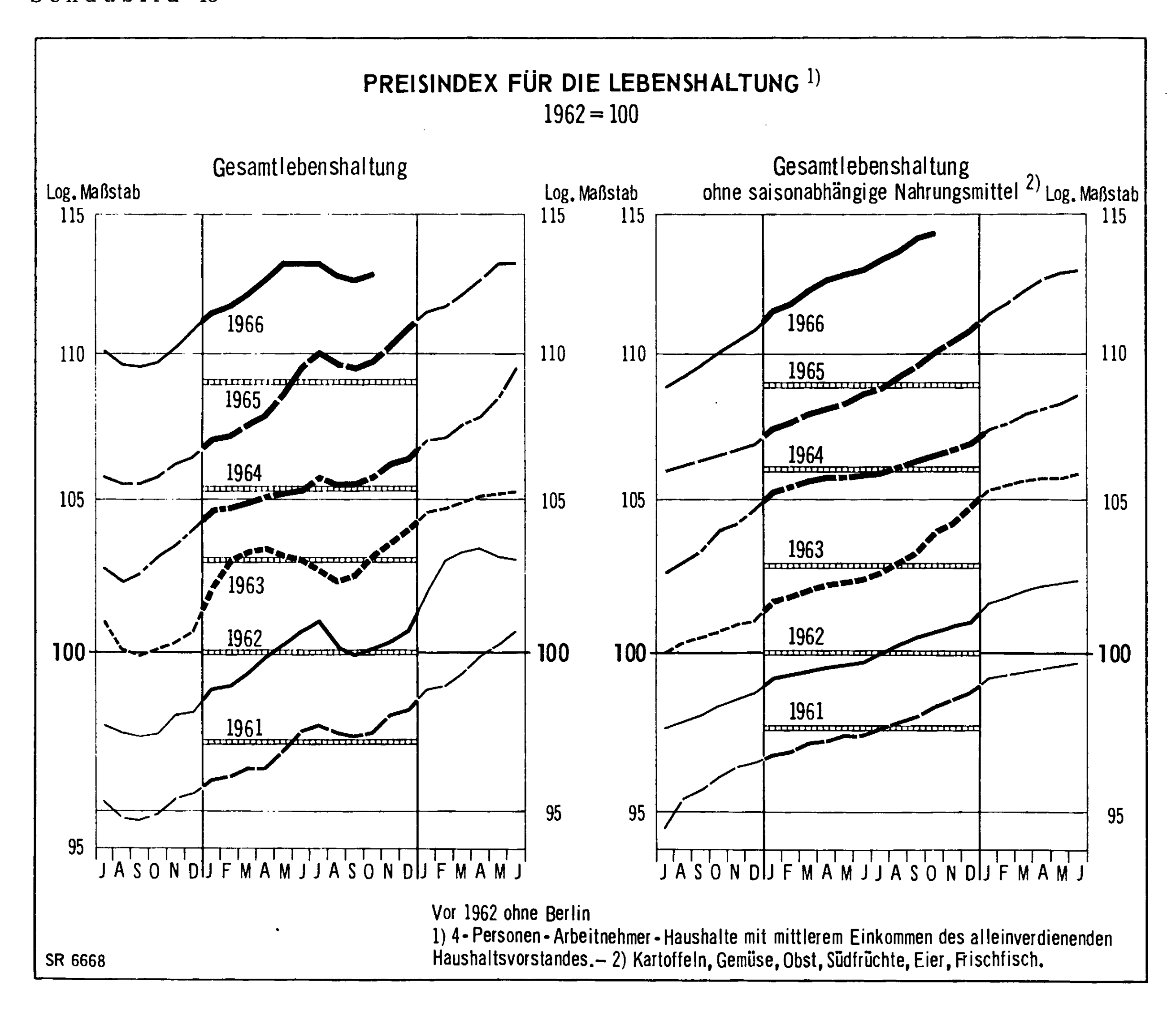
IX. Preisniveau

Überblick

197. Die Indikatoren für die Entwicklung des Preisniveaus seit dem Herbst 1965 zeigen sämtlich noch stärkere Steigerungen an, als der Sachverständigenrat selbst in der pessimistischen Alternative seiner Vorausschau erwartet hatte (Tabelle 36). Das Preisniveau für die Güter der Lebenshaltung insgesamt ist in den Sommermonaten 1966 zwar einigermaßen konstant geblieben; dies beruht jedoch ausschließlich auf der rückläufigen Preisentwicklung bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln, die sich im vorangegangenen Jahr witterungsbedingt zum Teil stark verteuert hatten. Die Preise der Güter für die Lebenshaltung ohne saisonabhängige Nahrungsmittel sind dagegen noch im dritten Vierteljahr mit einer Jahresrate von über 3 vH gestiegen (Schaubild 45), und selbst die Preise der Ernährungsgüter einschließlich saisonabhängiger Nahrungsmittel lagen in diesem Sommer noch über dem bereits hohen Niveau des Jahres 1965. Das Tempo der schleichenden Inflation hat sich damit trotz der deutlichen Abschwächung der konjunkturellen Auftriebskräfte noch einmal beschleunigt. In keinem Jahr seit der Korea-Krise sind die Preise stärker gestiegen als 1966.

198. Die erneute Beschleunigung der Geldentwertung läßt sich nicht mit einer realen Überforderung der Produktivkräfte durch eine übermäßige Nachfrageexpansion in der Bundesrepublik erklären. Wie erwähnt, kann schon seit etwa Anfang 1966 nicht mehr davon gesprochen werden, daß die Nachfrage im allgemeinen das durch die sachlichen und personellen Produktionskapazitäten begrenzte Angebotspotential voll ausschöpft.

Schaubild 45



Vor 1962 ohne Berlin
1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.– 2) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Eier, Frischfisch.

SR 6668

Tabelle 36

Tatsächliche und prognostizierte Preisentwicklung

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	Tatsächliche Entwicklung [1]						Prognose I JG 65			Prognose II JG 65	
	1964		1965		1966		1965	1966		1966	
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr [2]	2. Halbjahr [3]	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
Preisniveau des Bruttosozialprodukts	+2,5	+3,0	+3,6	+4,0	+4,0	+3,0	+4,0	+3,5	+3,0	+3,0	+2,5
Preisniveau des privaten Verbrauchs	+2,1	+2,5	+2,4	+3,8	+4,2	+3,0	+4,0	+3,5	+2,5	+3,5	+2,0
Preisniveau für die Lebenshaltung [4]	+1,9	+2,7	+2,8	+4,0	+4,2	+3,0	+3,5	+3,0	+2,0	.	.

[1] 1964 und 1965 vorläufige Ergebnisse
[2] erste vorläufige Ergebnisse
[3] Schätzung bzw. neue Prognose
[4] 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

199. Der Sachverständigenrat hatte in seinem Jahresgutachten 1965 die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik als die eines „labilen, inflatorischen Gleichgewichts" gekennzeichnet. In wesentlichen Punkten trifft diese Diagnose auch noch für die erste Hälfte des Jahres 1966 zu. Kern der Diagnose war die Feststellung, daß sich die Wirtschaft allgemein so an die schleichende Inflation angepaßt habe, daß sie einen Fortgang der Preissteigerungen erwarte und in den Einzelentscheidungen vorwegnehme und daher schon eine Abschwächung des Preisauftriebs als „deflatorische" Erscheinung zu interpretieren geneigt sei. Ist in einer stabilen Wirtschaft der stabile Geldwert der Orientierungsmaßstab, so ist es in einer solchen Situation offenbar der mit „normaler" oder gar steigender Rate sinkende Geldwert; denn von Preisen, die in einer stabilen Wirtschaft konstant bleiben würden, wird erwartet, daß sie steigen, bei Preisen, die in einer stabilen Wirtschaft sinken würden, rechnet man allenfalls mit Konstanz, von Preisen aber, die auch schon in der stabilen Wirtschaft steigen, wie die der Dienstleistungen, erwartet man einen noch rascheren Anstieg.

200. Gegenüber dem inflatorischen Grundzug haben sich auch kurzfristige Sonderentwicklungen nicht stärker als früher in den Vordergrund geschoben. Zwar haben rein rechnerisch auch 1966 die einzelnen Wirtschaftsbereiche wieder uneinheitlich zum Anstieg des Preisniveaus beigetragen, doch die Änderung der Preisstruktur, die sich auf diese Weise vollzieht, ist überwiegend ein normaler Vorgang, mit dem sich die Wirtschaft an den sehr unterschiedlichen Wandel der Produktions- und Absatzbedingungen anpaßt (JG 65 Ziffern 237 ff). Sie widerspricht insoweit also nicht der Vorstellung, daß die inflatorische Komponente nach wie vor in fast allen Einzelindices enthalten ist, sei es nun, daß diese steigen, konstant bleiben oder gar sinken.

201. Schaubild 46 zeigt, wie sich die Preisstruktur durch unterschiedliche Veränderungen der Einzelindices langfristig gewandelt hat [1]). Ohne die Preisniveausteigerungen hätten sich die Einzelindices so verändert, wie es Schaubild 47 angibt, wenn es zutrifft, daß die schleichende Geldentwertung auf die Dauer ohne größeren Einfluß auf die Preisstruktur gewesen ist. In einer Wirtschaft mit stabilem Preisniveau wären also die Preise in vielen Bereichen nicht nur relativ, das heißt im Vergleich zum Durchschnitt aller Preise, sondern auch absolut gesunken. In den übrigen Bereichen wäre der Preisanstieg entsprechend geringer gewesen.

[1]) Bei den Daten, die den Schaubildern 46 und 47 zugrunde liegen, handelt es sich um die Bereichsdeflatoren der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, vereinfacht gesprochen, um Verkaufspreisindices, die um bereichsspezifische Änderungen der Vorleistungspreise bereinigt sind.

Für die Einzelindices der Preise für die Güter der Lebenshaltung ist eine entsprechende Darstellung in Schaubild 48 gegeben.

Diese Vergleiche (Schaubilder 46, 47 und 48) veranschaulichen noch einmal zwei im Grunde triviale Tatsachen.

Erstens: Angesichts des unterschiedlichen Wandels der Kosten- und Absatzverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ist Preisniveaustabilität nur möglich, wenn unausbleiblichen Preissteigerungen in einigen Bereichen kompensatorische Preissenkungen in anderen gegenüberstehen.

Zweitens: Es ist nicht sinnvoll, außer in rein rechnerischer Weise, einzelnen Bereichen einen bestimmten Anteil am allgemeinen Preisauftrieb zuzurechnen. Es mag zwar sehr schwer sein, eine Norm für marktwirtschaftlich „richtige" Änderungen der Preisstruktur anzugeben, an der die tatsächliche Entwicklung dann zu messen wäre — an jeden einzelnen Bereich die Elle der Preisstabilität zu legen, wäre jedoch vollkommen willkürlich. Konstante Preise in der Automobilindustrie beispielsweise sind ebensowohl ein Beitrag zur schleichenden Inflation wie stark steigende Preise in Dienstleistungsbereichen.

Die Erwartung kompensatorischer Preissenkungen, die sich natürlich vor allem an große Bereiche der Industrie richtet, in denen überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erzielt werden können, ist immer wieder auf kräftigen Widerspruch gestoßen. Dabei wird leicht übersehen, daß es für ein Unternehmen oder eine ganze Branche, was die Rentabilitätsaussichten angeht, keinen Unterschied macht, ob die eigenen Preise sinken, während in der übrigen Wirtschaft das Preisniveau (annähernd) konstant bleibt, oder ob die eigenen Preise konstant bleiben, während in der übrigen Wirtschaft das Preisniveau steigt.

202. Daß sich die Unterschiede in der Erhöhung der Einzelindices für die Komponenten der Lebenshaltung in der jüngsten Vergangenheit überwiegend in der Nähe der längerfristigen Trends halten, läßt Tabelle 37 erkennen. Die Rangfolge der Veränderungsraten ist in den beiden Zeiträumen im wesentlichen die gleiche. Eine bedeutsamere Ausnahme bildet lediglich die jüngste Sonderentwicklung des Teilindex für die Gruppe Getränke und Tabakwaren, deren Ursache in den Preiserhöhungen im Anschluß an die Steuererhöhungen Anfang 1966 zu suchen sein dürfte.

Selbstverständlich sind auch die erneut sehr starken Preiserhöhungen für Wohnungsnutzung nicht allein oder nicht einmal überwiegend durch eine akute Produktionskosten- und Nachfragesteigerung bedingt. Hier handelt es sich vor allem um die allmähliche Korrektur einer säkularen Verzerrung. Auf die damit für die Beurteilung der Geldwertentwicklung aufgeworfenen Fragen wird im vierten Kapitel eingegangen. (Ziffern 304 ff.).

Schaubild 46

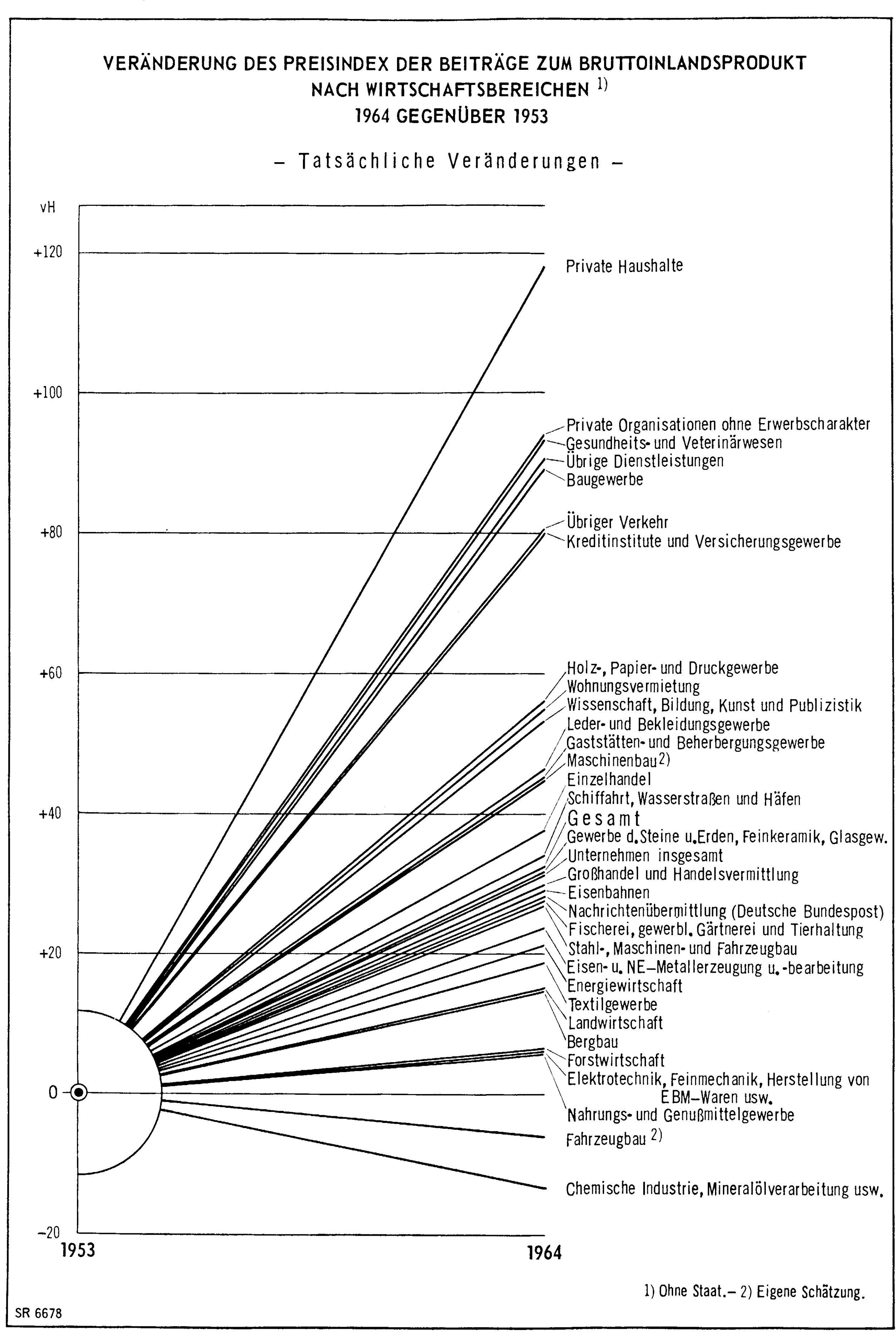


Schaubild 47

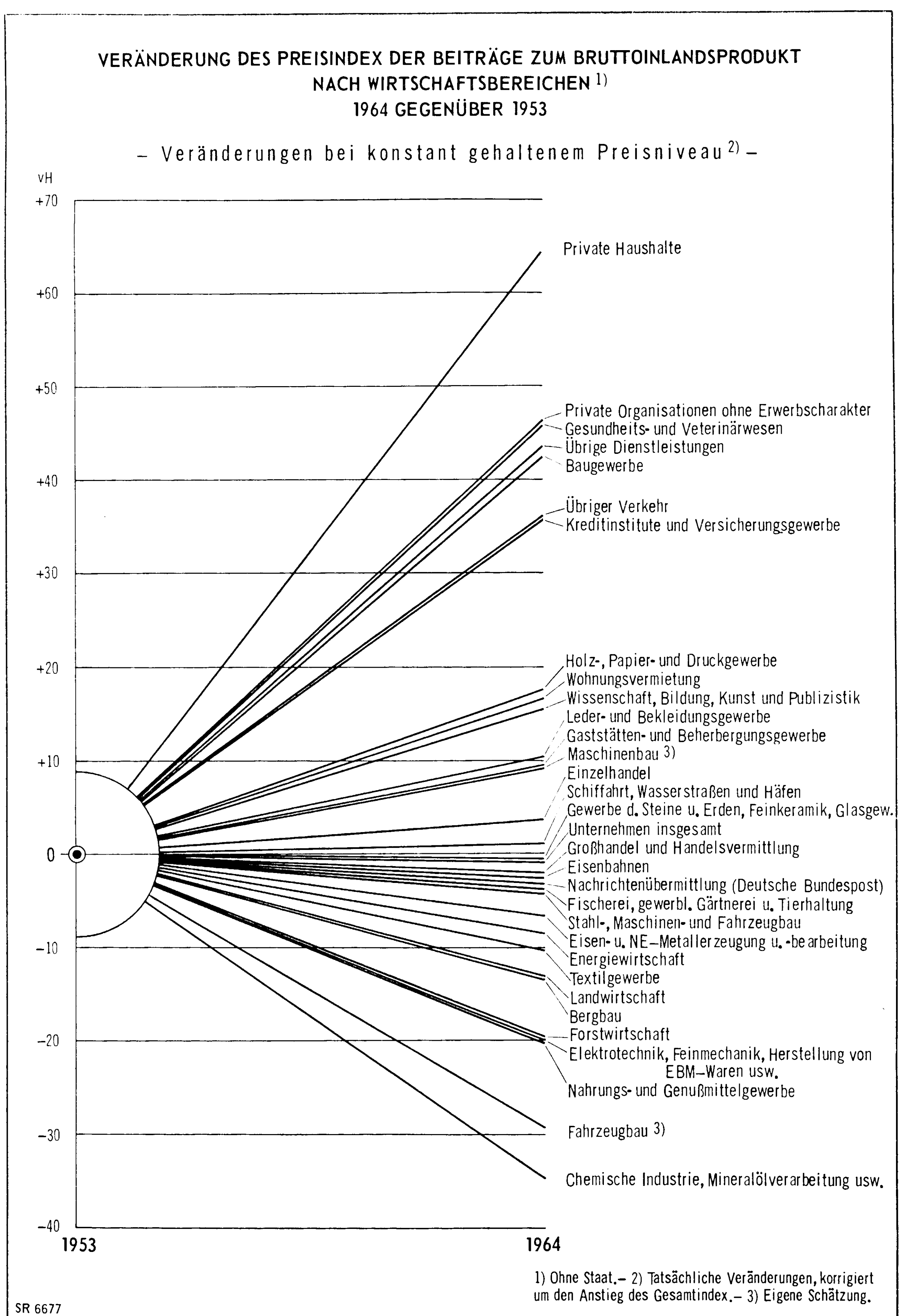
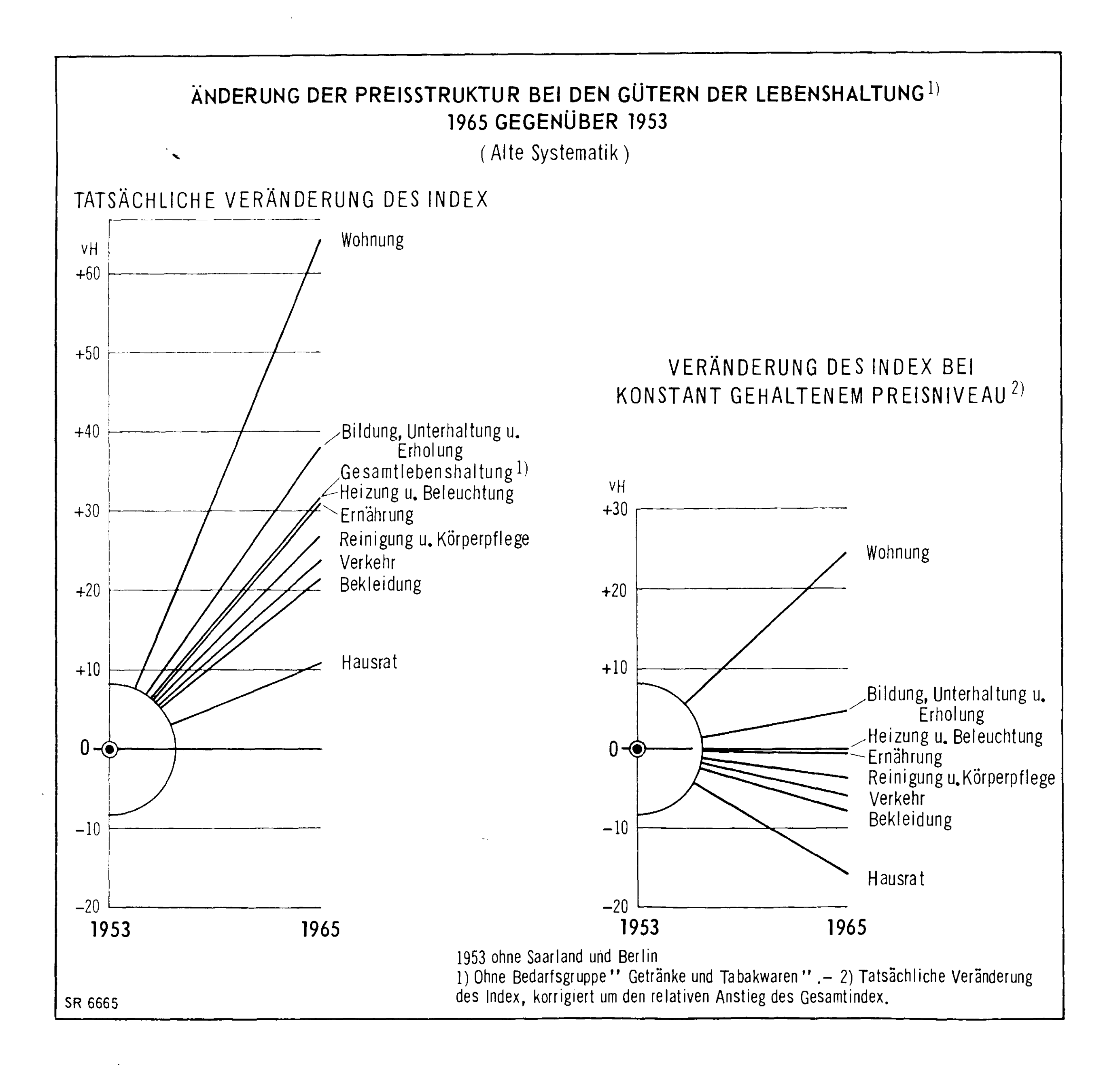


Schaubild 48



1953 ohne Saarland und Berlin
1) Ohne Bedarfsgruppe "Getränke und Tabakwaren". – 2) Tatsächliche Veränderung des Index, korrigiert um den relativen Anstieg des Gesamtindex.

Tabelle 37

Änderung der Preisstruktur bei den Gütern der Lebenshaltung

Bedarfsgruppe	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1960 bis 1965		Veränderung 1966 1. Halbjahr gegenüber 1965 1. Halbjahr	
	vH	Rang	vH	Rang
Wohnung	+5,9	1	+8,7	1
Bildung, Unterhaltung und Erholung	+3,9	2	+4,9	2
Ernährung	+3,0	3	+4,5	3
Gesamtlebenshaltung	+2,8	—	+4,2	—
Reinigung und Körperpflege	+2,7	4	+4,3	4
Bekleidung	+2,4	5	+3,3	5
Verkehr	+2,0	6	+3,2	6
Heizung und Beleuchtung	+1,9	7	+1,4	8
Hausrat	+1,3	8	+1,6	7
Getränke und Tabakwaren	+0,5	—	+3,8	—

Der Kern des Inflationsprozesses

203. Der Sachverständigenrat hält es nach wie vor für verfehlt, die Ursachen der schleichenden Geldentwertung in Teilbereichen der Volkswirtschaft oder bei einzelnen Gruppen zu suchen (JG 64, Ziffer 158; JG 65 Ziffer 182). Bei hinreichend langfristiger Betrachtung, wie sie dem Problem der schleichenden Inflation angemessen ist, kann kaum mehr jemand objektiv sagen, durch welches Tun oder Unterlassen die Spirale des Geldwertschwundes in Gang gesetzt wurde und wer am meisten dazu beiträgt, daß sie in Gang bleibt. Die landläufigen Vorstellungen über die Ursachen der Inflation versagen, wenn sich die Gesellschaft daran gewöhnt hat, daß das Preisniveau um drei Prozent im Jahre steigt.

204. Diese Auffassung widerspricht einer Reihe von vereinfachenden Zurechnungsversuchen, die sich früher einmal als plausibel erwiesen haben mögen, aber heute den Blick für die Zusammenhänge verstellen. So erschien es zu Anfang der fünfziger Jahre — unter dem Eindruck des Geldüberhangs vor der Währungsreform — glaubhaft, daß die Höhe des Preisniveaus durch die Höhe des Geld- und Kreditvolumens bestimmt sei und die Zentralbank mithin die ungeteilte Verantwortung für den Geldwert trage. Mitte der fünfziger Jahre, als die Vollbeschäftigung erreicht wurde, verbreitete sich mehr und mehr die Auffassung, daß wir im Unterschied zu früheren Zeiten keinen Goldstandard, sondern einen Lohnstandard hätten. Als dann — parallel mit dem Auftreten hoher Überschüsse bei der öffentlichen Hand (Juliusturm) — die Bundesbank auf Grund hoher Leistungsbilanzüberschüsse in größerem Umfang Devisen gegen Hergabe entsprechender Mengen Zentralbankgeld absorbieren mußte (Devisenturm), faszinierte die öffentliche Meinung eine Theorie des Inflationsimports, die allein den Liquiditätszustrom verantwortlich machte. Mit dem Wandel von der Überschußbildung zur Ausgabenexpansion mit Haushaltsdefiziten in den letzten Jahren fand die öffentliche Diskussion mehr und mehr Anlaß, die schleichende Inflation mit der Zunahme der öffentlichen Ausgaben in Verbindung zu bringen. Gleichzeitig wurden von verschiedenen Seiten die Politik der Arbeitszeitverkürzung und eine dadurch bedingte Übernachfrage am Arbeitsmarkt für die schleichende Inflation verantwortlich gemacht, während andere auf die unmittelbaren Wirkungen hinwiesen, die von der staatlichen Agrarpreispolitik, den Tarifanpassungen bei Bahn und Post, der Mietenpolitik und der Erhöhung anderer administrierter Preise auf das Preisniveau ausgingen. Letzteres wiederum wird kritisiert von denen, die von einer gegebenen Gesamtnachfrage aus-

gehen, und deshalb zu dem Schluß kommen, daß ein Anstieg einzelner Preise zwangsläufig von einem kompensatorischen Sinken anderer Preise begleitet sein müsse. Der Sachverständigenrat hält — wie zuvor angedeutet — alle diese Erklärungsversuche für einseitig und daher unzulänglich; denn sie lassen den Gesamtzusammenhang aller Größen unserer Volkswirtschaft ebenso außer acht wie die Interdependenz zwischen der Geldwertentwicklung im Inland und der im Ausland und die Tatsache, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ein historischer Prozeß ist, in dem die verschiedenen Größen zum Teil mit erheblicher zeitlicher Verzögerung aufeinander einwirken.

205. Schon in einer geschlossenen Wirtschaft gilt: Wer Marktmacht hat, kann sich inflatorisch und damit gleichgewichtsstörend verhalten, ohne damit rechnen zu müssen, daß der Markt ihn mit entsprechenden Sanktionen zum Rückzug zwingt. Die Gewerkschaften, die öffentlichen Haushalte, Monopolisten und sich gleichförmig verhaltende Unternehmergruppen können heute alle darauf zählen, daß eine von ihnen ausgehende Gleichgewichtsstörung früher oder später Anpassungen der übrigen Marktteilnehmer auslöst, die zu einem neuen Gleichgewicht auf höherem Niveau führen. Je größer die Marktmacht des Störenfrieds ist, desto weniger können auch globale Gegenmaßnahmen, mit denen die Widerstandskraft gegen derartige Störungen gestärkt werden sollen, erfolgreich sein und desto weniger lassen sich infolgedessen Anpassungsprozesse unterbinden. Läuft die Folge von Herausforderung und Anpassung ohne Unterbrechung ab wie bei der schleichenden Inflation, die in der Bundesrepublik nunmehr dreizehn Jahre währt, so ist, wie schon betont, meist nicht einmal mehr auszumachen, wer noch Störenfried ist und wer sich lediglich an eine für ihn vorgegebene Situation des Ungleichgewichts anpaßt. Die Ursache der Geldentwertung ist dann nicht mehr zurechenbar.

206. Vollends sinnlos wird eine einseitige Zurechnung der Inflationsverursachung in einer mit dem Ausland verbundenen — offenen — Volkswirtschaft. Trotzdem scheint in breiten Kreisen der Öffentlichkeit nach wie vor insbesondere die Auffassung verwurzelt, daß eine zurückhaltendere Lohnpolitik der Gewerkschaften den inflatorischen Trend in der Vergangenheit hätte abschwächen können.

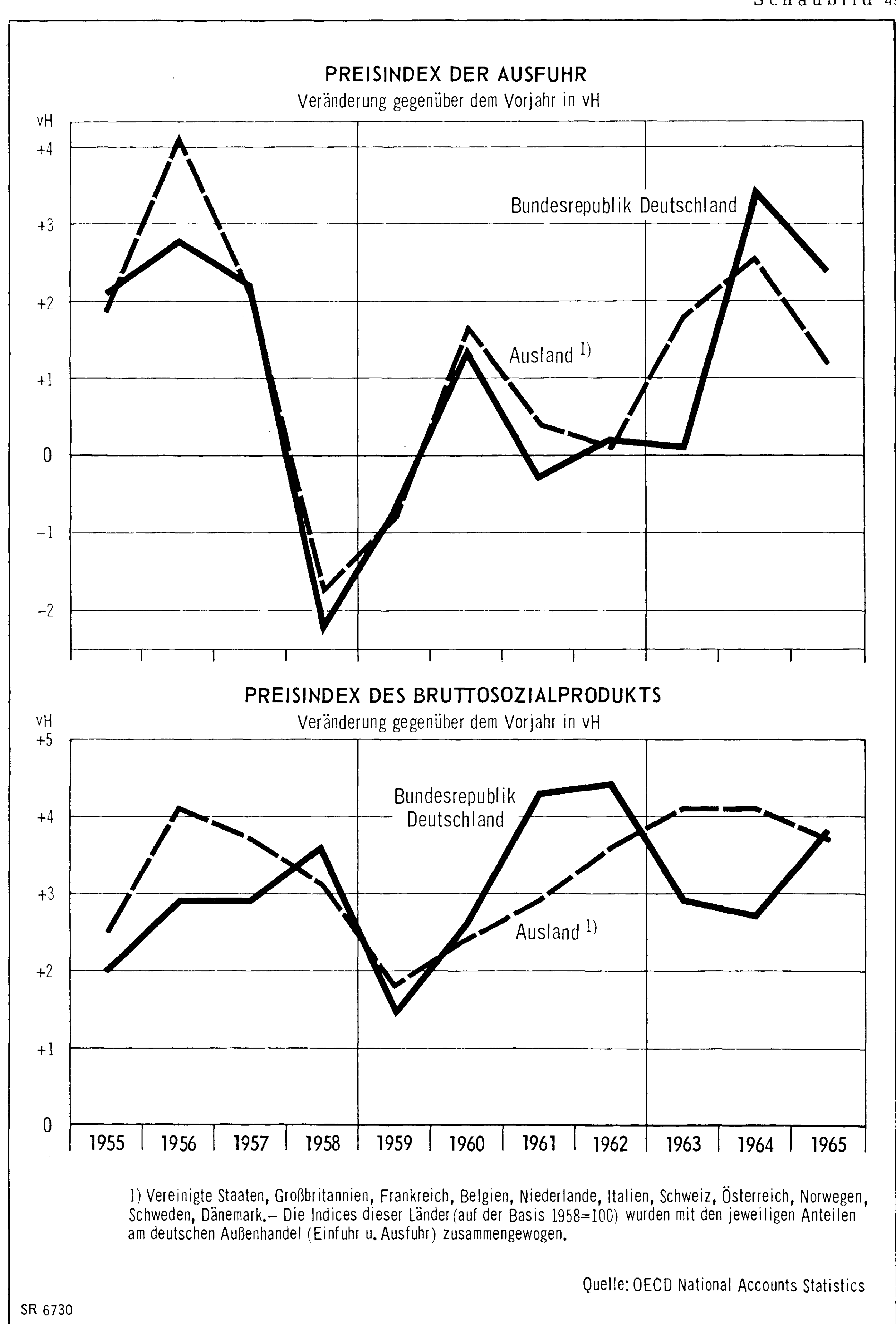
Es kann kein Zweifel sein, daß die Tariflöhne auch 1966 wieder in einem Ausmaß erhöht wurden, das als völlig unvereinbar mit Geldwertstabilität gelten muß. Aber diese Feststellung ist für die Erklärung der fortschreitenden Geldentwertung wertlos, solange man einräumen muß, daß ohne den gewerkschaftlichen Druck, der diese Lohnerhöhungen bewirkt hat, binnen kurzem die gleichen Preissteigerungen eingetreten wären, in diesem Falle ausgehend von den mit dem Ausland verflochtenen Wirtschaftsbereichen, denen nicht verwehrt werden kann, die steigenden Preise zu fordern, sei es im Inland, sei es im Ausland, zu denen auch die ausländischen Konkurrenten anbieten, und die unter dem Sog der Auslandsnachfrage und im Wettbewerb um die anhaltend knappen Arbeitskräfte die Effektivlöhne dann freiwillig auf das Niveau gebracht hätten, das Produktivitätssteigerung und vom Ausland vorgegebener Preiserhöhungsspielraum gestatten.

207. Allenfalls hätte es unter dem Druck der strengen Restriktionspolitik eine Phase der Anpassungsverzögerung bei Preisen und Löhnen geben können, die der Bundesrepublik erneut übermäßige und unerwünschte Ausfuhrüberschüsse eingebracht hätte. Daß aber der Anschluß an das internationale Inflationstempo wiederhergestellt worden wäre, und zwar ziemlich rasch, weil der internationale Preiszusammenhang sich bei unbehindertem Handel mehr und mehr direkt auf den internationalen Märkten realisiert, wo Angebot und Nachfrage konkurrierender Unternehmen sich treffen, und nicht vor allem auf dem Umweg über Zahlungsbilanzüberschüsse oder Defizite — wie eine unpassend gewordene Theorie es unentwegt vorschreiben möchte —, lehren alle Erfahrungen der letzten zehn Jahre und sollte heute wohl für die Beurteilung der Geldwertentwicklung in einem außenhandelsabhängigen Land mit festen Wechselkursen und freier Konvertibilität der Währung die allgemeine Grundlage abgeben.

208. Nur der direkte internationale Preiszusammenhang erklärt, warum sich der internationale Inflationstrend auf das heimische Preisniveau auch bei Zahlungsbilanzdefiziten überträgt.

Schon im Winter 1965/66, als die deutsche Zahlungsbilanz noch hohe Defizite aufwies, hatten sich die inflatorischen Störungen von außen in der Bundesrepublik wieder stärker bemerkbar gemacht und die Wirksamkeit der auf sich gestellten und an klassischen Vorstellungen orientierten Restriktionspolitik der Bundesbank auf die Preisentwicklung noch einmal verzögert. Als im Februar mit der Lohnrunde in der Metallindustrie die Weichen für die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung in diesem Jahre gestellt wurden, boten die Arbeitgeberverbände schon nach der ersten Verhandlungsrunde mehr, als mit einer auf eine allmähliche Stabilisierung gerichteten Lohnleitlinie vereinbar gewesen wäre. Das geschah jedenfalls nicht zuletzt unter dem Eindruck einer kräftigen Wiederbelebung der Auslandsnachfrage, die neuen Überwälzungsspielraum verhieß und den drohenden Streik gefährlicher erscheinen ließ als einen abermaligen Lohnkostendruck.

Schaubild 49

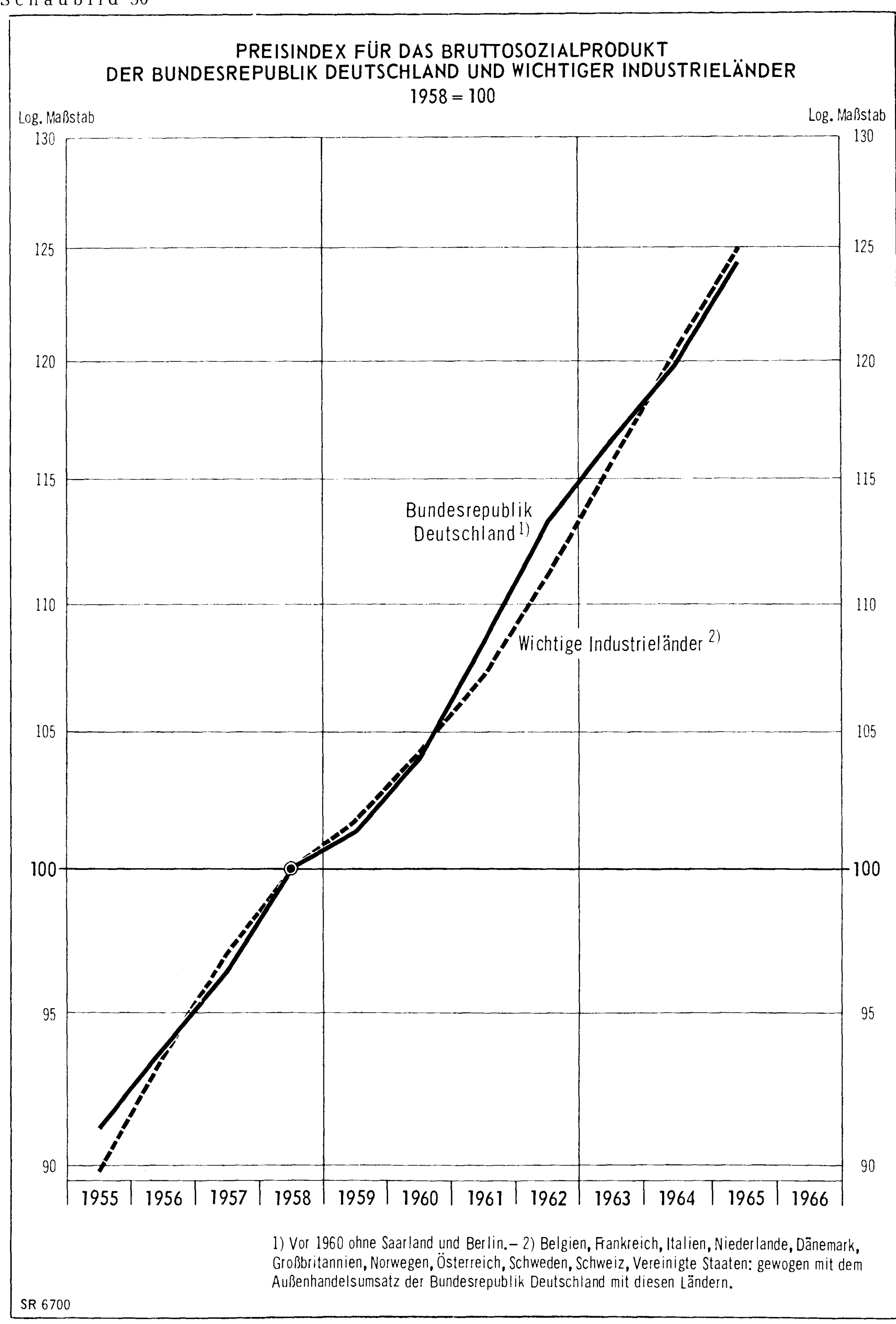


1) Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Schweiz, Österreich, Norwegen, Schweden, Dänemark.– Die Indices dieser Länder (auf der Basis 1958=100) wurden mit den jeweiligen Anteilen am deutschen Außenhandel (Einfuhr u. Ausfuhr) zusammengewogen.

Quelle: OECD National Accounts Statistics

SR 6730

Schaubild 50



1) Vor 1960 ohne Saarland und Berlin.– 2) Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten: gewogen mit dem Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik Deutschland mit diesen Ländern.

209. Im weiteren Verlauf des Jahres bestätigte die tatsächliche Entwicklung diese ersten Anzeichen. Denn der kräftige Anstieg der Ausfuhr, der trotz Lohnkostendruck, erhöhter Materialkosten auf Grund gestiegener Importpreise und trotz außerordentlich verschärfter Finanzierungsbedingungen erzielt wurde, erfolgte bei stark erhöhten Preisen (Ziffern 35 ff.). Die Tatsache, daß der Index der Ausfuhrpreise industrieller Produkte von September 1965 bis September 1966 noch stärker gestiegen ist als der Index der Erzeugerpreise (1,9 vH bzw. 1,2 vH), weist darauf hin, daß die Ausfuhrzunahme, zumindest bis dahin, nicht daraus resultierte, daß die Unternehmen angesichts der Enge der Binnenmärkte mit besonderen Preiszugeständnissen auf die Auslandsmärkte drängten.

210. Wie eng über viele Jahre hinweg die deutsche Preisentwicklung mit derjenigen in den übrigen großen Industrieländern verbunden gewesen ist, und zwar bei wechselnden Konjunkturlagen und wechselnden Zahlungsbilanzsituationen, zeigt Schaubild 49. Hier sind für die Zeit von 1955 bis 1965 die jährlichen Veränderungen von Preisniveauindices in der Bundesrepublik und in der Gruppe ihrer wichtigsten Partnerländer einander gegenübergestellt, die Indexveränderungen in den Partnerländern mit ihren Anteilen am deutschen Außenhandel zusammengewogen.[1])

211. Besonders streng, auch kurzfristig und damit unabhängig von Unterschieden der Konjunkturlage und der Zahlungsbilanzsituation, erscheint der Zusammenhang bei der Entwicklung der Exportpreise. Die Inflationsraten, die vom Preisindex des Sozialprodukts angezeigt werden, scheinen kurzfristig etwas unabhängiger von der Entwicklung im Ausland zu sein. Doch schon im Durchschnitt mehrerer Jahre gleichen sich auch hier Abweichungen vom Trend der schleichenden Weltinflation weitgehend wieder aus (Schaubild 50).

Fortschreitende Gewöhnung an die Inflation

212. So sehr man überzeugt sein darf, daß in einem System fester Wechselkurse und freier Konvertibilität der Währungen ein einzelnes außenhandelsabhängiges Land sich mit der Entwicklung seines Preisniveaus nicht dauerhaft vom Trend der Geldwertentwicklung in seinen wichtigsten Partnerländern abhängen kann, so unsicher ist es seit der Entwicklung von 1965 geworden, ob die Bundesrepublik heute noch wie in vielen früheren Jahren zu den Ländern gehört, die von der schleichenden Weltinflation eher mitgezogen werden, als daß sie sie mittreiben.

Daß die Bundesrepublik im Tempo der Geldentwertung mit voranging, war zwar offenbar nur ein kurzes Zwischenspiel und überdies vor allem dadurch bestimmt, daß in wichtigen Partnerländern, die vorher mit der Geldentwertung rasch vorangeeilt waren, eine Konsolidierungspause nötig geworden war, und weniger dadurch, daß die Bundesrepublik 1965 selbst mit dem ihr längerfristig vom Ausland vorgegebenen Preisniveauerhöhungsspielraum nicht ausgekommen wäre. 1966 schien, von den schwachen binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften und den entschlossenen Stabilisierungsbemühungen der Bundesbank her gesehen, sogar schon wieder mehr Stabilität möglich, als das Ausland der Bundesrepublik dann zugestand.

Aber mit der Beschleunigung des Inflationstempos hat sich die Gewöhnung an den Fortgang der Geldentwertung sicherlich auch bei uns weiter ausgebreitet. Alarmierend ist vor allem, daß in den letzten drei Jahren auch die Erzeugerpreise für Industriegüter stärker nach oben in Bewegung geraten sind. Die volle Inflationsrate war zwar auch schon vorher, als der Erzeugerpreisindex noch um durchschnittlich weniger als 1 vH jährlich stieg (1951 bis 1963), in den Industriepreisen enthalten, da diese in einer Wirtschaft mit stabilem Preisniveau ja trendmäßig sinken müssen (Ziffer 201, Schaubild 47). Doch bedeutet es wohl, was das Inflationsklima in der Bundesrepublik anlangt, einen wichtigen Einschnitt, wenn auch hier an die Stelle des Rechnens mit (nahezu) konstantem (Erzeuger-)Preisniveau die Erwartung stetigen Preisauftriebs tritt.

213. Es mag sein, daß neben den Nachwirkungen des zu lange unbehinderten Aufschwungs 1964/65 und neben den ab Anfang 1966 die Inflation wieder begünstigenden außenwirtschaftlichen Umständen vor allem diese Ausbreitung des Inflationsklimas, das heißt die immer häufiger und damit immer selbstverständlicher werdende Notwendigkeit, Preiserhöhungen hinzunehmen und anderen zuzumuten, dazu beigetragen hat, daß die von der Bundesbank eingeleitete außerordentliche Verschärfung der Finanzierungsbedingungen preispolitisch nicht durchschlagen konnte, abgesehen von den rein binnenwirtschaftlichen und besonders kapitalmarktabhängigen Bereichen wie der Bauwirtschaft. Daß die Produktionskosten steigen und daß steigende Kosten überwälzt werden können, ist offensichtlich so zur Gewohnheit geworden, daß dadurch die Bedingungen des Preiswettbewerbs undurchsichtiger und weniger streng geworden sind. Mangel an Preiswettbewerb aber — binnenwirtschaftlich ebenso wie außenwirtschaftlich — scheint der Hauptgrund dafür zu sein, daß die weithin festzustellende Abschwächung der

[1]) Das Bild ändert sich nur geringfügig, wenn man die Indexveränderungen der Partnerländer mit deren Anteilen am Welthandel zusammenwiegt.

Nachfrageexpansion im Inlande eher und stärker auf die Kapazitätsauslastung drückt, als zu einer Beruhigung der Preisentwicklung führt. Bei sinkender Kapazitätsauslastung ist die erste Reaktion vieler Unternehmen offensichtlich der Versuch, den damit verbundenen Anstieg der Stückkosten über höhere Preise auszugleichen. Das ist wider die Spielregeln einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Es scheint vielfach des massiven Angebotsdrucks zu bedürfen, den erst eine stark gedrückte Kapazitätsauslastung mit sich bringt, ehe ein intensiver Preiswettbewerb den Inflationsschleier durchbricht. Bis dahin ist offenbar auch eine Politik der Zinserhöhung nicht ohne weiteres geeignet, den Preisauftrieb zu dämpfen. Zwar hat die Restriktionspolitik der Bundesbank sicher eine spürbare Dämpfung der Investitionstätigkeit bewirkt, aber wohl auch bei zahlreichen Unternehmen den Versuch, den Anstieg der Finanzierungskosten auf die Abnehmer zu überwälzen.

Schon bei der Dämpfung der Investitionen ist der Bremsweg der Kreditpolitik lang gewesen, bei der Dämpfung des Preisauftriebs ist er offensichtlich noch viel länger. Die kostenerhöhenden Wirkungen der Restriktionspolitik scheinen, was die Preise angeht, die Wirkungen der Nachfragedämpfung lange Zeit übertroffen zu haben. Noch im Winter 1965/66 und im Frühjahr 1966 waren selbst die Erzeugerpreise industrieller Produkte auf breiter Front gestiegen. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache, daß in den folgenden Monaten wenigstens eine weitere Erhöhung des Niveaus unterblieb, keineswegs schon sehr ermutigend, zumal ein solcher Saisonverlauf durchaus den Erfahrungen früherer Jahre entspricht.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

214. In einer konjunkturellen Situation wie der gegenwärtigen gilt mehr denn je, was der Sachverständigenrat schon früher zur Aussagefähigkeit von Konjunkturprognosen gesagt hat, vor allem, daß niemand, auch nicht ein Gremium, in der Lage ist, die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorherzusagen. „Was wir verantworten können, ist sehr viel weniger: Wir können nur die Entwicklungen, die unsere Wirtschaft in der Zukunft nehmen könnte, der Reihe nach überprüfen, um aus dem weiten Bereich der Möglichkeiten jene Zukunftshypothese herauszufinden, die nach unserer Auffassung am besten mit den uns bekannten Tatsachen und Theoremen in Einklang steht und die wir deshalb als unsere beste ‚Setzung' ansehen. Sie ist eine Projektion, der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen, aber sie braucht noch nicht einmal eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen. In manchen Fällen würden wir es sogar begrüßen, wenn die Ereignisse unsere Vorhersagen nicht bestätigten. Das gilt vor allem für die Fehlentwicklungen, die sich durch ein vorbeugendes Verhalten des Staates und all derer, die außer ihm gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen, vermeiden lassen" (JG 64 Ziffer 217).

215. Die Informationen, auf die sich die Vorausschau für 1967 stützt, reichen höchstens bis September, zum Teil bis August, zum Teil auch nur bis zur Mitte 1966, so daß bereits die konjunkturelle Lage im vierten Quartal 1966, die die Basis für die weitere Entwicklung im Jahre 1967 bildet, geschätzt werden muß.

Eineinhalb Jahre nach dem Höhepunkt des vierten Wachstumszyklus der Nachkriegszeit hat das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise in die weitere wirtschaftliche Expansion, nicht zuletzt auf Grund des weithin sichtbaren Fehlens einer geschlossenen wirtschaftspolitischen Konzeption, großen Schaden genommen. In einer solchen Situation ist eine Prognose besonders schwer und besonders unsicher.

Die gegenwärtig verfügbaren Indikatoren erlauben allenfalls einen Blick bis ins Frühjahr 1967 hinein. Bis dahin dürfte die konjunkturelle Entwicklung durch die gegenwärtigen Investitionspläne, Auftragsbestände und die gegenwärtige Arbeitsmarktlage vorbestimmt sein. Der weitere Konjunkturverlauf hängt entscheidend von dem zukünftigen Verhalten einzelner Stellen wie der Bundesbank und der Bundesregierung ab. So lagen bei Abschluß des Berichtes noch keine verläßlichen Informationen über die Haushaltsgebarung und das konjunkturpolitische Verhalten der öffentlichen Hand vor. Kurz vor Beginn des neuen Haushaltsjahres steht noch nicht fest, wie das Aufkommen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer künftig auf Bund und Länder verteilt wird. Dies spielt zwar für die Gesamtheit der öffentlichen Ausgaben keine Rolle, wohl aber für die Struktur der öffentlichen Ausgaben; denn bei einer Kürzung des Länderanteils wäre mit einer Kürzung der Zuweisungen an die Gemeinden und daher vornehmlich mit einer Kürzung der öffentlichen Investitionsausgaben zu rechnen. Ungewiß ist ferner, ob die Bundesbank ihre bisherige Politik fortsetzen wird.

216. Mehr als früher sind wir deshalb darauf angewiesen, Annahmen über die Entwicklung des Staatsverbrauchs und der öffentlichen Investitionen zu setzen. Außerdem unterstellen wir, daß die Deutsche Bundesbank ihre restriktive Politik überprüfen und um die Jahreswende lockern wird.

Die einzelnen Annahmen und Überlegungen, die der Vorausschau zugrunde liegen, sind im folgenden dargestellt.

Nachfrage

217. Konjunkturlage und Konjunkturaussichten in den wichtigsten Partnerländern der Bundesrepublik, besonders in Italien und Frankreich, aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, lassen nach unserer Ansicht für 1967 erwarten, daß sich der kräftige Anstieg der Auslandsnachfrage fortsetzt. Auch die Entwicklungsländer dürften ihre Bezüge weiter erhöhen, zumal ihre Devisenreserven beachtlich gestiegen sind. Darüber hinaus haben sich bis zum Herbst 1966 die Bestände an unerledigten Auslandsaufträgen erhöht. Die Ausfuhrpreise sind in den letzten Monaten leicht gesunken. Offenbar versuchen die Unternehmen, die Lücke im Inlandsgeschäft durch preispolitische Bemühungen um Auslandsaufträge auszugleichen. Bei der Schätzung der Einnahmen aus Dienstleistungen für das Ausland haben wir angenommen, daß die Zahl der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Truppen gleichbleibt. Unter all diesen Annahmen erscheint es uns gerechtfertigt, davon auszugehen, daß die Ausfuhr von Gütern und Diensten in nahezu dem gleichen Tempo steigen wird wie vom ersten zum zweiten Halbjahr 1966. Dies ergibt für 1967 eine Zuwachsrate von 10 vH. Mehr wäre nur zu erwarten, wenn sich von der Binnenwirtschaft her der Zwang zum Export weiter verstärkte.

218. Die Zunahme der Ausfuhr dürfte jedoch für sich nicht ausreichen, einen Wandel in der nun schon seit mehr als einem Jahr nachlassenden Investitionsneigung der Unternehmen herbeizuführen. Da bislang kaum etwas für eine baldige Tendenzumkehr spricht, rechnen wir mit einem weiteren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen. Diese Prognose wird durch die Investitionserhebungen des Ifo-Instituts gestützt, denen zufolge namentlich die Industrie und das Baugewerbe 1967 weniger investieren werden als 1966. Die Lockerung der kreditpolitischen Restriktionen allein dürfte keine erhebliche Wirkung auf die Investitionsneigung haben, zumal die Unternehmen Verbesserungen der Kreditkonditionen zunächst vorwiegend zur Konsolidierung der erheblichen kurzfristigen Neuverschuldung nutzen dürften. Selbst wenn sich die Bereitschaft, wieder mehr zu investieren rasch vergrößern sollte, rechnen wir nicht damit, daß sich dies schon in den nächsten Monaten in höheren Ausgaben für Investitionszwecke niederschlagen wird. Wir haben daher für das erste Halbjahr bei den Investitionsausgaben einen Rückgang von 2 vH angesetzt.

219. Auch die gewerblichen Bauinvestitionen werden unserer Schätzung zufolge im ersten Halbjahr 1967 zurückgehen; die Genehmigungen sinken bereits seit dem Frühjahr 1966, und der Vorrat an genehmigten, aber noch nicht begonnenen und noch nicht fertiggestellten Bauten schrumpft.

Ähnlich ist die Situation im Wohnungsbau. Nachdem sich die Nachfrage bis zum Frühjahr 1966 gegenüber der Anspannung am Kapitalmarkt als unelastisch erwiesen hatte, geht sie nun zurück. Der Bauvorrat betrug im Herbst 1966 zwar noch 970 000 Wohnungen, indessen dürfte sich das Bautempo verlangsamen. Einerseits könnten die Bauunternehmen angesichts der geringeren Anschlußaufträge dazu neigen, die Auftragsdecke zu strecken; andererseits könnten viele Bauherren in der Erwartung sinkender Zinsen und zumindest weniger stark steigender Baupreise die Auftragsvergabe hinauszögern.

Bei den öffentlichen Bauten werden sich Einschränkungen der Bauaufträge im Jahre 1966 zu einem großen Teil ebenfalls erst 1967 auswirken. Wir halten es jedoch für wenig wahrscheinlich, daß 1967 die Aufträge nochmals gekürzt werden. Dabei gehen wir davon aus, daß die Verschuldungsmöglichkeiten der Gemeinden, die fast zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen durchführen, weder institutionell noch vom Kreditangebot her weiter eingeengt werden.

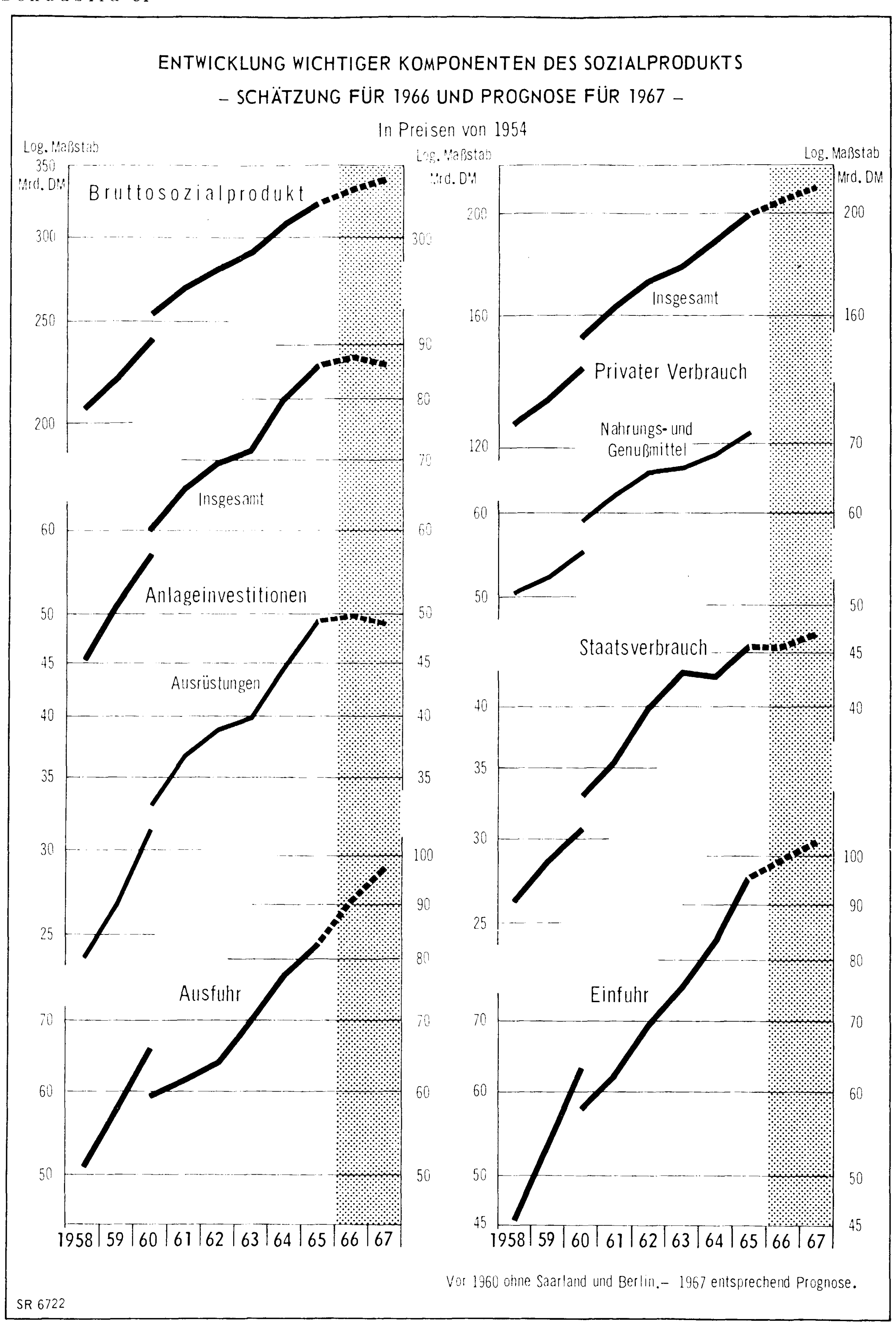
Für die gesamten Bauausgaben rechnen wir im ersten Halbjahr 1967 mit einem Rückgang um 2,5 vH, im zweiten mit einer leichten Zunahme von 1,5 vH.

220. Im Gegensatz zu den Investitionsausgaben werden die Verbrauchsausgaben, und zwar sowohl die öffentlichen als auch die privaten, 1967 aller Wahrscheinlichkeit nach weiter steigen:

Die Aufwendungen des Staates für den laufenden Bedarf werden möglicherweise sogar schneller zunehmen als 1966. Für die nicht-militärischen Ausgaben wird entscheidend sein, daß reichlich die Hälfte von ihnen auf Löhne und Gehälter entfällt, die zuletzt im Oktober 1966 erhöht wurden und für die Mitte 1967 neue Tarife auszuhandeln sind. Ferner dürften die öffentlichen Arbeitgeber 1967 angesichts der verringerten Anspannung an den Arbeitsmärkten unbesetzte Stellen eher besetzen können.

Auch bei den Verteidigungsausgaben rechnen wir nach dem Rückgang im Jahre 1966 mit

Schaubild 51



einer Steigerung, die jedoch keinen großen Einfluß auf das Konjunkturgeschehen haben dürfte, weil der überwiegende Teil der Mehrausgaben sehr wahrscheinlich auf Einfuhren entfallen wird. Insgesamt erwarten wir für den Staatsverbrauch eine Zunahme um 7,5 vH.

221. Die Zahlungen für Pensionen, Renten und Unterstützungen werden vermutlich um 7,5 bis 8 vH steigen, darunter die Leistungen der Sozialversicherungen um knapp 10 vH, die der sonstigen öffentlichen Stellen um rund 5 vH. Bei den Leistungen der Sozialversicherung wirkt sich hauptsächlich die an die Lohnentwicklung gekoppelte Anhebung der Altrenten um 8 vH — in der Unfallversicherung um 9 vH — aus, bei den übrigen Renten und Unterstützungen vor allem die vorgesehene Verbesserung der Kriegsopferversorgung um 15 bis 20 vH (880 Millionen DM).

222. Die gesamten öffentlichen Ausgaben für den Staatsverbrauch, für die Einkommensübertragungen und für die öffentlichen Investitionen wären diesen Annahmen zufolge 1967 um reichlich 7 vH höher als 1966, die Ausgaben von Bund [1]), Ländern und Gemeinden ohne Sozialversicherung um 5,5 vH (Ausgaben des Staates für Übertragungen an das Ausland sowie für alle Darlehen einschließlich der Devisenhilfe oder Vorauszahlungen für künftige Importe bleiben bei der gewählten Systematik der Prognoserechnung in diesem Zusammenhang außer Betracht; Rückwirkungen einer etwaigen Verstärkung von Auslandszahlungen gegenüber dem bisherigen Trend sind bei der obigen Schätzung der Exporte für 1967 nicht berücksichtigt worden).

223. Die privaten Verbrauchsausgaben, innerhalb der Gesamtnachfrage der gewichtigste Bereich, werden langsamer zunehmen als in den letzten Jahren. Angesichts der Lockerungstendenzen auf den Arbeitsmärkten und der geringeren Möglichkeiten, einen etwaigen Kostenanstieg zu überwälzen, rechnen wir damit, daß die 1967 tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen hinter denen des Jahres 1966 zurückbleiben werden. Zugleich dürfte sich die Spanne zwischen dem Anstieg der Effektivverdienste und der Tarifverdienste (Lohndrift) erneut vermindern. Ferner verschiebt sich wegen der im Durchschnitt längeren Laufzeit der 1966 neu abgeschlossenen Tarifverträge das Schwergewicht der Lohnerhöhungen von der ersten in die zweite Jahreshälfte. Bei unveränderten Steuersätzen rechnen wir daher, daß die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 1967 um etwa 4,5 vH zunehmen werden.

Da wir unter den gesetzten Annahmen keine Anzeichen für einen grundlegenden Wandel in der Gewinnsituation sehen, rechnen wir damit, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1967 insgesamt um nicht mehr als 5 vH zunehmen wird. Bei unveränderter Verbrauchsquote ergibt sich für die privaten Verbrauchsausgaben eine Zunahme von 5 vH.

224. Die voraussichtlichen Ausgaben der privaten und öffentlichen Haushalte, der Unternehmen und des Auslands summieren sich zu einer Größe von 605 Mrd. DM; das entspricht einer um 5,0 vH größeren Endnachfrage als 1966, verglichen mit einer Zunahme um 6,5 vH im Jahre 1966 und um knapp 10 vH im Jahre 1965.

225. Die Entwicklung, die wir unter den genannten Annahmen — also insbesondere unter der Annahme, daß es nicht in ausreichendem Maße zu einem vorbeugenden Handeln all derer, die wirtschaftspolitische Verantwortung tragen, kommt — für die wahrscheinlichste halten, bedeutet, daß 1967

— das Tempo der wirtschaftlichen Expansion weiter abnimmt,
— der Sozialproduktszuwachs allein von der Ausfuhr und den Verbrauchsausgaben absorbiert wird — zum Nachteil der Investitionen — und daher
— die Struktur der Ausgaben sich zum Nachteil künftigen Wachstums verändert.

Schaubild 51 soll verdeutlichen, wie sich unsere Schätzungen für 1966 und die Prognose für 1967 zur tatsächlichen Entwicklung seit 1958 verhalten.

Beschäftigung und Produktivität

Auf Grund der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der trend-bestimmten Veränderung der Erwerbsquoten stünden 1967 100 000 Arbeitskräfte weniger zur Verfügung als im Jahre 1966. Diese Abnahme wird dadurch ausgeglichen, daß wegen der Kurzschuljahre 1967 zwei Jahrgänge in das Erwerbsleben eintreten. Weil in den meisten Bundesländern das neunte Schuljahr obligatorisch wird, nimmt die Zahl der Erwerbspersonen jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte von 1967 zu (Tabelle 38).

Im Jahresdurchschnitt ergibt sich daraus eine Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen gegenüber 1966 um rund 25 000. Andererseits rechnen wir damit, daß die Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1966 weiter, wenn auch nicht sehr stark, zunimmt, weil die Wachstumsindustrien weniger Arbeitskräfte aufnehmen, weil strukturschwache Bereiche mehr Arbeitskräfte entlassen müssen und weil ganz allgemein die Neigung, Arbeitskräfte in Erwartung einer baldigen Konjunkturbelebung durchzuhalten, zurückgeht. Gleichwohl nehmen wir an, daß erneut ausländische Arbeitskräfte zuströmen, wenn auch erheblich weniger als in früheren Jahren.

[1]) einschließlich Lastenausgleichsfonds

Tabelle 38

Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit

	1965	1966 [1])	1967 [1])	1968 [1])	1966 [1]) 1. Halbjahr	1966 [1]) 2. Halbjahr	1967 [1]) 1. Halbjahr	1967 [1]) 2. Halbjahr
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in 1 000							
Wanderungen	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0
Ausländische Arbeitskräfte	+215	+140	+ 50	+50	+170	+110	+ 30	+ 70
Natürliche Bevölkerungsbewegung und Veränderung der Erwerbsquoten	− 60	−130	−100	−80	−120	−140	−100	−100
Änderung der Schulzeiten	—	—	+ 75	—	—	—	± 0	+150
Erwerbspersonen	+155	+ 10	+ 25	−30	+ 50	− 30	− 70	+120
Arbeitslose	− 20	+ 10	+ 25	−20	− 20	+ 40	+ 50	± 0
Erwerbstätige	+175	± 0	+ 0	−10	+ 70	− 70	−120	+120
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	−120	− 80	− 60	−70	− 90	− 70	− 70	− 50
Arbeitnehmer	+195	+ 80	+ 60	+60	+160	± 0	− 50	+170
	Jahresdurchschnitt in 1 000							
Erwerbstätige (Inländer)	27 150	27 150	27 150	27 160	27 080	27 210	26 960	27 330
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	5 310	5 230	5 170	5 100	5 240	5 210	5 170	5 160
Arbeitnehmer	21 840	21 920	21 980	22 060	21 840	22 000	21 790	22 170
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH							
Erwerbstätige (Inländer)	*+0,6*	*±0*	*±0*	*−0*	*+0,3*	*−0,3*	*−0,4*	*+0,4*
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	*−2,2*	*−1,5*	*−1,2*	*−1,4*	*−1,7*	*−1,3*	*−1,3*	*−1,0*
Arbeitnehmer	*+1,4*	*+0,4*	*+0,3*	*+0,3*	*+0,7*	*±0*	*−0,2*	*+0,8*

[1]) eigene Schätzung

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte diesen Überlegungen zufolge im ersten Halbjahr 1967 sogar nennenswert niedriger sein als im Jahre zuvor.

Ferner nehmen wir an, daß die mit Beginn des neuen Jahres in Kraft tretende Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie von $41^1/_4$ auf 40 Wochenstunden wegen der verschlechterten Auftragslage nur zu einem geringen Teil durch Überstunden ausgeglichen wird und daß auch im übrigen weniger Überstunden nachgefragt werden, so daß das Arbeitsvolumen 1967 noch stärker abnehmen dürfte als die Zahl der Erwerbstätigen.

227. Zunehmen wird das Produktionsvolumen unter diesen Umständen nur noch deshalb, weil die Produktivität voraussichtlich stärker steigt, als das Arbeitsvolumen zurückgeht. 1966 dürfte der Produktivitätsfortschritt (statistisch gemessene Produktionsleistung je Erwerbstätigenstunde) 3,5 bis 4 vH betragen. Für 1967 rechnen wir unter den dargelegten Nachfragebedingungen mit einer Rate von nur 3,0 bis 3,5 vH, da sich, konjunkturbedingt, gewisse Disproportionalitäten zwischen der Nachfragestruktur und der Kapazitäts- und damit Angebotsstruktur verstärken dürften und da — was freilich weniger ins Gewicht fällt — mehr Schulentlassene als sonst voll als Arbeitskräfte gezählt werden, es aber noch nicht sind (Ziffer 226).

228. Die Einfuhr wird von der Inlandskonjunktur keine Anregungen mehr erhalten; vermutlich werden kaum mehr Rohstoffe und Halbwaren eingeführt werden als 1966, und selbst die Bezüge von kommerziellen Fertigwaren, die in den letzten Jahren jeweils um 20 bis 30 vH zugenommen hatten, werden wahrscheinlich 1967 nur noch um 5 bis 10 vH höher sein als 1966. Die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln, die im Sommer 1966 auf Grund der reichlicheren Inlandsernten gesunken war, wird hingegen sehr wahrscheinlich wieder zunehmen. Bei den Verteidigungseinfuhren rechnen wir mit einem kräftigen Anstieg. Die Ausgaben für ausländische Dienstleistungen, namentlich die Reiseausgaben, werden vermutlich dem bisherigen Trend folgen, wegen der verlangsamten Einkommensexpansion jedoch nicht mehr beschleunigt zunehmen.

Preise

229. Bei dieser Entwicklung von Angebot und Nachfrage kann angenommen werden, daß sich der allgemeine Preis- und Kostenauftrieb in der Bundesrepublik zwar abschwächen, Preisstabilität aber aller Voraussicht nach nicht erreicht werden wird; zum Teil, weil der Wettbewerb — auf einzelnen Gebieten durch staatliche geförderte „Selbstbeschränkungen" — behindert wird und deshalb nicht überall, wo es möglich wäre, Preissenkungen erzwingt; zum Teil, weil den Unternehmern der Weg in die Mengenkonjunktur zu riskant erscheint und sie deshalb eher die Produktion als die Preise senken. Auf den verbrauchsnahen Märkten dürfte die Geldentwertung, am Preisindex des privaten Verbrauchs und von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gemessen, immer noch um 2 vH betragen. Etwa ebenso groß veranschlagen wir den Anstieg im Laufe des Jahres 1967 selbst.

Bei den Mieten und Dienstleistungen, auf die rund ein Viertel der im Preisindex für die Lebenshaltung erfaßten Ausgaben entfällt, muß fest mit einem weiteren Preisanstieg gerechnet werden; die Preise für gewerbliche Waren dürften allenfalls konstant bleiben.

230. Wenn sich die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt weiter lockern, wird auch der Lohnauftrieb nachlassen, jedoch nicht so sehr, daß der Anstieg der Löhne nicht über den Produktivitätsfortschritt hinausginge. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen, die im Laufe des Jahres 1966 vereinbart wurden, dürften zusammen mit den bereits ausgehandelten Tariflohnerhöhungen zum 1. Januar 1967 dahin wirken, daß das Niveau der tariflichen Stundenverdienste bereits zu Beginn des Jahres 1967 um 1,5 bis 2 vH über dem Durchschnitt des Jahres 1966 liegt. Zu einem ersten größeren Schub von Neuabschlüssen könnte es zum 1. April 1967 kommen, an dem in der Bauwirtschaft und in der Landwirtschaft die alten Tarifverträge auslaufen. Zur Jahresmitte folgen die Verträge in der Metallindustrie, der Bundesbahn und der Bundespost sowie im öffentlichen Dienst, im Herbst die in der Textilindustrie. Namentlich in der Bauindustrie, aber auch in vielen Sparten der Metallindustrie, dürften die gedämpften Absatz- und Ertragserwartungen den Widerstand der Arbeitgeber gegen Lohnerhöhungen verstärken; unter diesen Umständen könnte es dazu kommen, daß Neuabschlüsse zeitlich verschoben werden oder daß gar — wie in der Eisen- und Stahlindustrie — nur die tariflichen Verdienste angehoben werden, die effektiven dagegen überhaupt nicht oder nur in geringerem Umfang als die tariflichen. Die Verhaltensannahmen und die aus den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen folgenden Ergebnisse sind in Tabelle 39 dargestellt.

Tabelle 39

Die wichtigsten Daten der
Vorausschätzung

Lfd. Nr.		Einheit	1963	1964	1965	1966 1. Halbjahr
			Tatsächliche Werte			
	Nachfrage					
1	Ausfuhr	Mrd. DM	75,0	83,5	91,1	48,6
2	Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. DM	95,3	109,2	119,4	59,4
3	Ausrüstungen	Mrd. DM	46,0	51,6	58,7	30,1
4	Bauten	Mrd. DM	49,4	57,6	60,7	29,3
5	Vorratsveränderungen	Mrd. DM	+ 2,1	+4,7	+5,5	+ 2,7
6	Staatsverbrauch	Mrd. DM	59,2	61,7	69,6	34,8
7	Privater Verbrauch	Mrd. DM	215,9	232,9	255,1	130,1
8	Endnachfrage	Mrd. DM	447,5	492,0	540,7	275,6
	Gesamtangebot					
9	Bruttosozialprodukt	Mrd. DM	377,6	413,8	448,8	228,1
10	Einfuhr	Mrd. DM	70,0	78,2	91,9	47,4
	Komponenten des Angebots					
11	Erwerbstätige	1 000	26 880	26 979	27 153	27 084
12	Arbeitszeit	.	.	.	.	.
13	Arbeitsvolumen	.	.	.	.	.
14	Produktivität	.	.	.	.	.
15	Bruttoinlandsprodukt, real	Mrd. DM	289,9	309,4	323,5	160,5
	Preisentwicklung					
16	Bruttosozialprodukt	1954 = 100	130,5	134,1	139,2	142,5
17	Privater Verbrauch	1954 = 100	121,4	124,2	128,1	131,8
18	Preisindex für die Lebenshaltung	1962 = 100	103,0	105,4	109,0	112,4
	Einkommensverteilung					
	Bruttoeinkommen					
19	aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	186,5	204,4	225,7	116,3
20	aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd. DM	102,5	112,1	116,2	54,6
	Nettoeinkommen					
21	aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	137,9	151,1	168,4	86,7
22	aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd. DM	75,4	83,7	87,3	38,8
23	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	238,9	261,3	290,1	144,7

[1]) Zahlen für die Jahre 1963 bis 1. Halbjahr 1966 Statistisches Bundesamt; für das 2. Halbjahr 1966 und 1967 eigene Schätzung, teilweise gerundet

Tabelle 39

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen [1])
für 1967

1963	1964	1965	1966	1967	1966 1. Halbjahr	1966 2. Halbjahr	1967 1. Halbjahr	1967 2. Halbjahr	Lfd. Nr.
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH									
+ 8,8	+11,4	+ 9,1	+11,5	+10,0	+10,8	+12,0	+11,0	+ 9,0	1
+ 5,7	+14,5	+ 9,4	+ 4,5	− 1,0	+ 7,7	+ 1,0	− 2,0	+ 1,0	2
+ 2,9	+12,2	+13,8	+ 4,9	− 1,0	+ 6,2	+ 1,5	− 2,0	+ 0,5	3
+ 8,4	+16,6	+ 5,5	+ 4,5	− 0,5	+ 9,2	+ 1,0	− 2,5	+ 1,5	4
.	.	.	.	.	.	.	.	.	5
+11,5	+ 4,3	+12,7	+ 6,5	+ 7,5	+ 9,0	+ 4,5	+ 8,0	+ 6,5	6
+ 5,8	+ 7,9	+ 9,5	+ 7,5	+ 5,0	+ 9,2	+ 5,5	+ 4,5	+ 5,0	7
+ 6,6	+ 9,9	+ 9,9	+ 6,5	+ 5,0	+ 7,7	+ 5,5	+ 5,0	+ 5,0	8
+ 6,5	+ 9,6	+ 8,5	+ 6,5	+ 5,0	+ 7,6	+ 6,0	+ 4,5	+ 5,0	9
+ 7,2	+11,8	+17,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 8,4	+ 4,5	+ 6,5	+ 5,5	10
+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	0	0	+ 0,3	− 0,3	− 0,3	+ 0,4	11
− 1,3	+ 0,1	− 1,0	− 0,8	− 1,0	− 0,5	− 1,1	− 0,4	− 1,6	12
− 0,9	+ 0,5	− 0,4	− 0,8	− 1,0	− 0,2	− 1,4	− 0,7	− 1,2	13
+ 4,5	+ 6,0	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 4,0	14
+ 3,5	+ 6,7	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	15
+ 2,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,5	+ 2,0	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,0	16
+ 2,8	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,5	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,0	17
+ 3,0	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	18
+ 7,3	+ 9,6	+10,4	+ 8,0	+ 5,0	+ 9,1	+ 6,5	+ 4,5	+ 5,5	19
+ 4,6	+ 9,4	+ 3,6	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,0	+ 2,0	20
+ 6,8	+ 9,6	+11,4	+ 7,0	+ 4,5	+ 7,4	+ 6,0	+ 4,0	+ 5,0	21
+ 4,8	+11,0	+ 4,3	+ 1,5	+ 0,5	− 0,2	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,0	22
+ 7,0	+ 9,4	+11,0	+ 6,0	+ 4,5	+ 6,7	+ 5,5	+ 4,5	+ 4,5	23

DRITTES KAPITEL

Gegen Fehlentwicklungen — Für Währungsstabilität und Wachstum

I. Überblick

231. Das Gesetz verpflichtet den Sachverständigenrat, die Öffentlichkeit und die verantwortlichen Stellen in der Bundesrepublik darüber aufzuklären, inwieweit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von den Zielen der Stabilität des Preisniveaus, eines hohen Beschäftigungsstandes, des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und eines angemessenen und stetigen Wachstums abgewichen ist oder abzuweichen droht. Der Rat hat darüber hinaus darzulegen, wie sich solche Fehlentwicklungen vermeiden oder beseitigen lassen. Bei dieser wirtschaftspolitischen Aufklärungsaufgabe soll er jedoch keine Empfehlungen „aussprechen", die auf „bestimmte" Maßnahmen hinauslaufen. Daß hier „Sollen" und „Nicht-Sollen" kollidieren können, ist nicht zu bestreiten. Man wird daher auch verstehen, daß die Art, in der der Rat diese heikle Aufgabe bisher zu erfüllen versucht hat, nicht ohne Widerspruch geblieben ist. Doch bietet sich keine andere Möglichkeit an, als den bisherigen Weg behutsam weiterzugehen, zumal Kritik vornehmlich in Kreisen laut wurde, die — wie der Sachverständigenrat — die Urteilsbildung bei wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit zu erleichtern bemüht sind, aber dies im eigenen Auftrag tun und nicht ohne Berücksichtigung partikularer und häufig nur kurzfristiger Interessen. Der Sachverständigenrat sieht sich daher auch in diesem Jahre gehalten, die Öffentlichkeit mit seinen Besorgnissen vertraut zu machen und die verantwortlichen Instanzen mit den Alternativen der Entscheidung zu konfrontieren. So wenig aus dem Für und Wider einzelner Mittel und Wege eine Vorliebe des Rates herausgelesen werden darf, so nachdrücklich ist unser Plädoyer für konsistente Konzeptionen der Wirtschaftspolitik und für eindeutige Entscheidungen überall dort, wo die Zeit allein eine Lösung nicht erwarten läßt.

232. „Stabilisierung ohne Stagnation" war im Vorjahr die Formel, mit der der Sachverständigenrat im Titel der Buchveröffentlichung seines Zweiten Jahresgutachtens die Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik 1966 umriß. Tatsächlich war in der Folgezeit der Mangel an Stabilität — gemessen an der Verteuerung der Lebenshaltung — größer als in irgendeiner Phase seit der Korea-Krise. Andererseits befand sich unsere Wirtschaft 1966 ebenso am Rande einer Stagnation wie in den beiden wachstumsschwächsten Jahren 1958 und 1963, obwohl die Konjunkturphase, die diesen beiden Jahren entspricht, im gegenwärtigen Wachstumszyklus allem Anschein nach erst noch bevorsteht. Der Konflikt zwischen Stabilität und Wachstum, der 1966 ausgeprägter war als je zuvor, kann sich 1967 und in den Jahren danach noch verschärfen, wenn in der Wirtschaftspolitik neue Wege wieder nicht beschritten werden.

233. Demgegenüber sehen wir für die Beschäftigung auch 1967 keine ernsten Gefahren, obwohl uns die Sorgen, die die Bevölkerung in strukturschwachen Regionen bewegen, nicht fremd sind. Hauptgrund dieser Zuversicht sind die Zeichen kräftiger Wirtschaftsexpansion in wichtigen Partnerländern. So leicht die Auslandskonjunktur unsere Stabilisierungsbemühungen durchkreuzen kann, wenn eine außenwirtschaftliche Absicherung unterbleibt, so wirksam wird sie verhindern, daß Lohnerhöhungen, die das Ausmaß des Produktivitätsfortschritts in einer Region überschreiten, zu Verlusten, Absatzschwierigkeiten und Massenentlassungen führen. Gleichwohl gilt für strukturgefährdete Regionen die Regel, daß Unternehmen, die neue Arbeitsplätze anbieten, am schnellsten Zugang finden, wenn sie damit rechnen können, daß qualifizierte Kräfte zu angemessenen Bedingungen zu gewinnen sein werden. Dazu bedarf es nicht notwendig eines Reservoirs an Arbeitslosen, es sei denn, daß es an tarifpolitischer Einsicht und an wirtschaftspolitischem Weitblick fehlt. Konservierende Maßnahmen mildern die Schwierigkeiten nur auf ganz kurze Sicht, höchstens solange, wie panische Reaktionen zu befürchten sind. Nimmt man aber Beruhigungsmittel als Dauermedizin, so wirken sie lähmend auf die Kräfte, von denen die Sanierung zu erwarten ist.

234. Hinsichtlich ihrer Zahlungsbilanz hat die Bundesrepublik mit ihrem nach wie vor hohen Devisenpolster allen Grund zur Gelassenheit. Defizite, wie sie für die meisten Monate zwischen April 1965 und Mai 1966 ausgewiesen wurden, sind im herrschenden Währungssystem regelrechte Phänomene, wenn ihnen entsprechende Überschüsse vorausgegangen sind. Die Restriktionspolitik, die die Bundesbank getrieben hat, konnte nur angewandt werden oder wirken, weil diese Defizite — vor allem der hohen Auslandszinsen wegen —

nicht durch einen Liquiditätszustrom aus dem Ausland kompensiert wurden. Mit oder ohne Stabilitätsgesetz wird sich die Liquiditätsanspannung im Zuge der Aktivierung der Zahlungsbilanz lockern. Wurde das Geld im Inlande teuer, als Zahlungsbilanzdefizite entstanden, so wird es auch künftig nur einer Geldverteuerung bedürfen, um Zahlungsbilanzdefiziten zu begegnen. Die Bundesbank kann zwar bei Konvertibilität und festen Wechselkursen nicht das leisten, was manche als ihre Hauptaufgabe ansehen — den inneren Geldwert zu stabilisieren —, aber sie ist, wenn sie nur ihre kreditpolitischen Instrumente (bis hin zur Verweigerung jeglicher Refinanzierung) ausreichend hart einsetzt, stets in der Lage, beim jeweiligen Wechselkurs die äußere Zahlungsfähigkeit — die Konvertibilität — zu verteidigen, einschließlich des Rechts aller Inländer auf beliebig hohe Devisenbeträge für Reisen und Überweisungen in andere Währungsräume. Deshalb sollte niemand aus der Ohnmacht der Bundesbank, wie sie sich im bisherigen Trend der Preisentwicklung zeigt, irgendwelche Rückschlüsse auf ihre äußere Zahlungsfähigkeit — auch unter viel schwierigeren Bedingungen — ziehen. Parallelen zu der Zeit, als vor einer Generation die Devisenbewirtschaftung eingeführt wurde, sind Ausdruck mangelnden Verständnisses für die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge. Der Sachverständigenrat ist ganz im Gegenteil besorgt, daß intensive binnenwirtschaftliche Stabilisierungsbemühungen im Zusammenwirken mit den expansiven Kräften in wichtigen Partnerländern früher oder später wieder solche Leistungsbilanzüberschüsse hervorrufen können, die das Wachstum unseres eigenen Produktionspotentials einengen und lediglich unsere Forderungen gegen Ausländer erhöhen.

235. Auch im Rahmen knapper Erörterungen gebührt dem Konflikt zwischen Stabilität und Wachstum breiter Raum, da angenommen werden muß, daß dieser Konflikt 1967 und noch danach das Hauptproblem der Wirtschaftspolitik bilden wird. Relevant für die Diagnose und für das System der wirtschaftspolitischen Möglichkeiten, zwischen denen zu wählen sein wird (Ziffern 259 ff.), sind nicht nur die Erfahrungen der Bundesrepublik (Ziffern 246 ff.), sondern auch die Schwierigkeiten und die wirtschaftspolitischen Lösungsversuche anderer Länder (Ziffern 238 ff.).

236. Vergleicht man

— den Produktivitätsfortschritt (Anstieg des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde) als Maß des Wachstums und als wirtschaftspolitisches Aktivum

— mit dem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung als Maß des Geldwertschwunds und als wirtschaftspolitisches Passivum

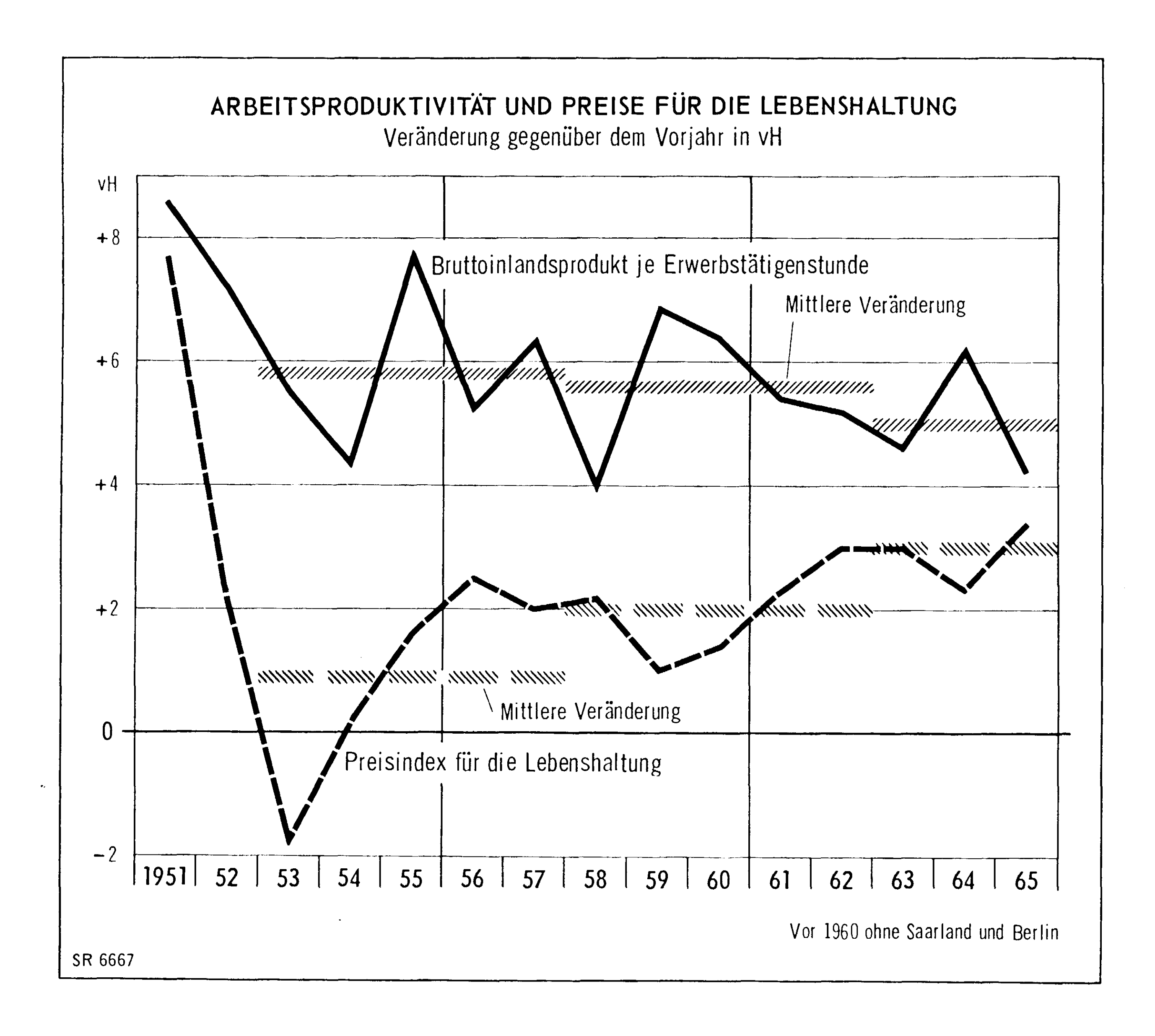
in der Bundesrepublik für die Zeit nach 1950, so ergibt sich der in Schaubild 52 gezeigte Verlauf.

Von Wachstumszyklus zu Wachstumszyklus wird das Bilanzbild schlechter; der Produktivitätsfortschritt scheint nachzulassen, während der Geldwertschwund sich beschleunigt. Ausgeprägt sind diese Tendenzen seit Erreichen der Vollbeschäftigung. Sie werden noch deutlicher, seit es immer schwieriger wird, die potentiellen Reserven an qualifizierten Arbeitskräften innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik für die Wachstumsbereiche auszuschöpfen. Einerseits scheint sich der kostendämpfende Produktivitätsanstieg abzuschwächen; andererseits wächst gleichzeitig den Arbeitskräften mit fortschreitender Erweiterung des sachlichen Produktionsapparates eine Verknappungsrente zu. Damit nimmt unsere Wirtschaft mehr und mehr Züge an, wie sie für die Wirtschaft Großbritanniens schon seit 15 Jahren typisch sind. Allerdings sind die Arbeitskraftreserven, die bei einem weiteren Schrumpfen der Landwirtschaft für die übrigen Sektoren mobilisiert werden können, in der Bundesrepublik noch immer erheblich größer als in Großbritannien (Anteil der Agrarbeschäftigten an den Beschäftigten insgesamt: 11 vH bzw. 4 vH). Außerdem liegt die Lohnquote in der Bundesrepublik, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß Strukturunterschiede die Vergleichbarkeit beeinträchtigen könnten, nicht unwesentlich unter der britischen (1965: 66 vH gegenüber 74 vH).

237. Über die relative Position der Bundesrepublik im internationalen Vergleich von Produktivitätsfortschritt und Preisanstieg gibt Tabelle 40 Aufschluß. Obwohl die Bundesrepublik von Periode zu Periode ein verschlechtertes Bilanzbild zeigt, behauptet sie im Vergleich zu ihren Partnerländern auch in der jüngsten Zeit (Periode III) immer noch eine sehr gute Position. Dies liegt aber daran, daß sich in Italien, in den Niederlanden und in Belgien von Periode II zu Periode III die Differenz noch viel mehr verschlechtert hat als bei uns, in allen drei Fällen bedingt durch einen beschleunigten Geldwertschwund und in Italien und den Niederlanden auch noch durch einen verlangsamten Produktivitätsanstieg. Verbessert hat sich die „Bilanz" von Periode II zu Periode III in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien. Ausschlaggebend dafür war in den angelsächsischen Ländern eine Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts, in Frankreich eine Verlangsamung des Preisanstiegs.

238. Als Beispiele gelungener Stabilisierungsaktionen werden häufig die Bemühungen angeführt, mit denen Italien und Frankreich den inflationistischen Übersteigerungen der Jahre 1962 und 1963 entgegenwirkten.

Schaubild 52



Als in Italien nach einer Phase starker Expansion die Inflationsrate 1962 auf 6,1 vH und 1963 auf 8,7 vH gestiegen war, ergriff Mitte 1963 die Banca d'Italia, die bis dahin eine expansive Politik verfolgt hatte, erstmalig restriktive Maßnahmen, vor allem unter dem Eindruck zunehmender Defizite in der Zahlungsbilanz, weniger aus Sorge um die Geldwertstabilität. Obwohl Notenbank und Regierung bemüht waren, die Investitionstätigkeit möglichst wenig zu behindern, blieb es nicht aus, daß die Stabilisierungspolitik, die auf Nachfragedämpfung und nicht so sehr auf Angebotsausweitung und Kostensenkung ausgerichtet war, auch die Investitionen und damit das Wachstum traf. Das Schwergewicht bildeteten die folgenden Maßnahmen:

— Die Banca d'Italia begann Mitte 1963 die Kreditexpansion zu bremsen; im Herbst verlangte sie von den Geschäftsbanken, die kurzfristige Auslandsverschuldung zu begrenzen.

— Die Regierung verwendete Steuermehreinnahmen teilweise zu einem Abbau des Budgetdefizits. Das Ausgabenwachstum verlangsamte sich von rund 18 vH (1963/64) auf rund 12 vH (1964/65).

— 1963 setzte die Regierung die Umsatzsteuer für Luxusgüter herauf. 1964 belegte sie den Erwerb bestimmter Motorfahrzeuge mit einer Sondersteuer und erhöhte sie die Sätze der allgemeinen Umsatzsteuer um ein Fünftel. Eine partielle Erhöhung der Einkommensteuer trat am 1. Januar 1965 in Kraft.

— Die Konditionen für Konsumentenkredite wurden von Oktober 1964 bis November 1965 verschärft.

Tabelle 40

Arbeitsproduktivität und Preise

Land	Periode I: Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen [1]	Periode I: Preisindex für die Lebenshaltung	Periode I: Differenz Spalte (1) ⁒ Spalte (2)	Periode II: Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen [1]	Periode II: Preisindex für die Lebenshaltung	Periode II: Differenz Spalte (4) ⁒ Spalte (5)	Periode III: Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen [1]	Periode III: Preisindex für die Lebenshaltung	Periode III: Differenz Spalte (7) ⁒ Spalte (8)
	jahresdurchschnittliche Veränderung 1952 bis 1957			jahresdurchschnittliche Veränderung 1957 bis 1962			jahresdurchschnittliche Veränderung 1962 bis 1965		
	vH		vH-Punkte	vH		vH-Punkte	vH		vH-Punkte
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Bundesrepublik Deutschland	+5,1	+0,9	+4,2	+4,5	+2,0	+2,5	+4,4	+2,9	+1,5
Belgien	+2,7 [a]	+1,3 [a]	+1,4 [a]	+3,0	+1,1	+1,9	+3,9 [b]	+3,2 [b]	+0,7 [b]
Frankreich	+6,6	+0,9	+5,7	+5,2	+6,5	−1,3	+3,6 [b]	+4,0 [b]	−0,4 [b]
Italien	+4,2	+2,2	+2,0	+6,5	+2,3	+4,2	+3,6	+6,0	−2,4
Niederlande	+4,0	+2,8	+1,2	+4,1	+1,9	+2,2	+2,3	+4,8	−2,5
Großbritannien	+2,0	+3,6	−1,6	+2,1	+2,5	−0,4	+3,2	+3,3	−0,1
Vereinigte Staaten	+1,6	+1,2	+0,4	+2,3	+1,5	+0,8	+2,8	+1,4	+1,4

[1]) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1954

[a]) 1953 bis 1957

[b]) 1962 bis 1964

— Außerdem versuchte man, durch schnellere und höhere Umsatzsteuerrückvergütungen für Exporte und Herabsetzung der maximalen Zahlungsfrist für gewisse Gebrauchsgüterimporte die Zahlungsbilanz zu verbessern.

Obwohl die Wachstumsrate 1964 auf 2,7 vH sank, hielt der Kostenauftrieb fast unvermindert an. Man hatte auf der einen Seite das Zinsniveau steigen lassen, aber auf der anderen Seite eine lohnpolitische Ergänzung der Stabilisierungspolitik nicht vorgesehen. Die Lohnkosten je Produkteinheit erhöhten sich 1964 noch um 10 vH. Kostendruck und Absatzmangel auf den Binnenmärkten hatten zur Folge, daß das Volumen der Ausrüstungsinvestition 1965 um etwa 30 vH kleiner war als 1963. Wäre es einer umfassenden Stabilisierungsaktion, die nicht nur den Nachfragesog, sondern auch den Kostendruck gemindert hätte, gelungen, in den Jahren 1964 und 1965 wenigstens das Investitionsvolumen von 1963 aufrechtzuerhalten, so hätte je Jahr schätzungsweise ein um etwa 3 vH größeres Angebot bereitgestanden. Die „Kosten" der Stabilisierungspolitik sind noch höher, berücksichtigt man auch den Produktionsausfall, der mit der zusätzlichen Arbeitslosigkeit und der Minderauslastung der Kapazitäten verbunden war.

239. Umfassender und ausgewogener war die Stabilisierungsaktion in Frankreich, die 1963 anlief mit dem Ziel, die nationale Inflationsrate von 4,8 vH (1962 Preisindex für die Lebenshaltung) zumindest wieder auf den internationalen Durchschnitt — 2 bis 3 vH — herabzudrücken und damit längerfristig das Zahlungsbilanzgleichgewicht zu sichern.

Ein defizitärer Staatshaushalt und ein Investitionsboom brachten 1962 eine Nachfrageübersteigerung. Anfang 1963 leitete die Regierung eine restriktive Politik ein, zunächst nur durch eine vorsichtig dosierte Einengung der Finanzierungsspielräume. Ab Herbst 1963 ergriff sie dann weitere Maßnahmen:

— direkte Kreditkontrollen, eine Diskonterhöhung, eine forcierte Sparförderung sowie eine drastische Einschränkung des Zuwachses der Staatsausgaben;

— zu der aktiven Preispolitik, die die Nachfragedämpfung entlasten sollte, gehörten ein Preisstopp auf der Erzeugerebene, eine konjunkturpolitische Zollsenkung und ein Verzicht auf die Erhöhung bestimmter staatlich administrierter Preise;

— das Arbeitsangebot wurde durch vorzeitige Entlassungen aus dem Militärdienst und ein Ausbildungsprogramm für Algerienheimkehrer vergrößert;

— mit Mitteln der Einkommenspolitik sollte der Anstieg des Kostenniveaus und der Konsumausgaben verringert werden.

Der Schwerpunkt lag bei der Nachfragepolitik und bei der Preispolitik. Die Einkommenspolitik erwies sich nur im öffentlichen Bereich als durchführbar; im privaten ist sie gescheitert.

Gemessen an dem Ziel, den Geldwertschwund auf den internationalen Durchschnitt zu senken, war die Stabilisierungspolitik im großen und ganzen erfolgreich; doch muß ein Teil der Stabilisierung sicherlich den schon vorhandenen Tendenzen einer konjunkturellen Abschwächung zugerechnet werden. Dank eines entschlossenen Einsatzes der Preispolitik ließ sich das Stabilisierungsziel auch ohne wuchtige Nachfragedrosselung erreichen, die mit auslastungsbedingten Wachstumseinbußen größeren Ausmaßes verbunden gewesen wäre. So nahmen die „produktiven" Investitionen der Unternehmen auch 1965, als die Dämpfungspolitik am stärksten wirkte, noch real um 2,5 vH zu, allerdings erheblich weniger als 1964 (7,0 vH) und 1963 (6,2 vH).

240. Die Vereinigten Staaten erlebten von 1961 bis 1965 eine Periode stetigen Wachstums bei fast stabilem Preisniveau. Während dieser Zeit betrug die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts jahresdurchschnittlich 5,5 vH. Die Lebenshaltung verteuerte sich von 1961 bis 1964 um 1,2 vH jährlich. Der Preisanstieg beschleunigte sich 1965 auf 1,7 vH; für 1966 muß mit etwa 3 vH gerechnet werden.

Einer wachstumsorientierten Fiskal- und Kreditpolitik gelang es bis 1965, Nachfrageübersteigerungen ebenso zu vermeiden wie eine Rezession. Die Wachstumsdifferenzen zwischen den einzelnen Branchen waren weniger ausgeprägt als in früheren Jahren. Eine stetige Expansion wurde allerdings dadurch wesentlich erleichtert, daß die amerikanische Wirtschaft während der gesamten Periode über erhebliche Kapazitätsreserven verfügte. Diese Reserven und die Disziplin der Gewerkschaften, die allerdings in erster Linie mit der hohen Rate der Arbeitslosigkeit zu Beginn der sechziger Jahre zusammenhängt, waren entscheidend für die Stabilität des Preisniveaus. Doch erklärt diese These nicht alles: Aufgrund ökonometrischer Untersuchungen der Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnentwicklung hätte erwartet werden dürfen, daß die Löhne bei der gegebenen Entwicklung der Arbeitslosigkeit zwischen 1961 und 1965 jährlich um mehr als 5 vH gestiegen wären. Tatsächlich betrug der Anstieg aber nur etwa 3 vH. Von der Differenz wird etwa die Hälfte der Leitlinien-Politik der amerikanischen Regierung zugerechnet. Nach der Lohnleitlinie des Council of Economic Advisers war auf mittlere Sicht ein jährlicher Anstieg des Lohnniveaus um 3,2 vH mit einem stabilen Kostenniveau vereinbar.

Der Erfolg der Einkommenspolitik wäre sicherlich nicht möglich gewesen, hätte die Regierung nicht mit preispolitischen Maßnahmen dafür gesorgt, daß die Reallöhne nicht wesentlich hinter den Nominallöhnen zurückblieben. Ein Land, das infolge seiner geringen Auslandsabhängigkeit den Preiswettbewerb von außen nur in begrenztem Maße aktivieren kann, muß zu diesem Zweck binnenwirtschaftliche Preispolitik treiben. Der amerikanischen Regierung kam dabei zugute, daß die Agrarpreise von 1955 bis 1964 praktisch konstant geblieben waren. Seit 1962 war auch mehr und mehr von Bedeutung, daß die Regierung durch direkte Interventionen bei den Anbietern von Aluminium, Kupfer und Stahl Preiszurückhaltung erzwang. Besonders wichtig war, daß die staatliche Ausgabenpolitik in den Dienst der Geldwertstabilität gestellt wurde: Sobald das Preisniveau spürbar stieg, hielt die Regierung jene Bereiche zur Preisdisziplin an, die von ihr besonders abhängig sind, vor allem die Rüstungsindustrie, die Weltraumindustrie und die Landwirtschaft.

Seit 1965 steigen Löhne und Preise unter dem Einfluß der Vollbeschäftigung und des Vietnam-Krieges wieder schneller. Doch scheint die Erfahrung der Jahre zwischen 1961 und 1965, möglicherweise aber auch die psychologische Nachwirkung der vorangegangenen Stagnationsphase, die Verhaltensweisen geändert und damit den Konflikt zwischen Wachstum und Geldwertstabilität etwas gemildert zu haben. Bei einer konsequenten Stabilitätspolitik, wie sie bis 1965 getrieben wurde, dürften ab 1967 die Chancen für ein größeres Maß an Stabilität als 1966 nicht allzu ungünstig sein.

II. Konzertierte Aktion: Konzeption und Reaktion

241. Weil die Wachstumseinbußen zu groß sind, wenn man Stabilität allein mit Nachfragedrosselung erlangen will, hat der Sachverständigenrat im vorigen Jahre das Konzept einer konzertierten Aktion zur Diskussion gestellt — als gesellschaftspolitische Chance, den Preis für die Preisstabilität zu senken. Der tragende Gedanke war einfach: Bei wirksamer Absicherung nach außen sollte die Inflations-

rate im Innern gleichzeitig, gleichmäßig und allmählich, in Schritten von einem Prozentpunkt je Jahr, aus allen preisbestimmenden Größen der Binnenwirtschaft eliminiert werden, also

— nicht nur aus den Komponenten der Nachfrage (Staat, Privatinvestitionen und — via Löhne — privater Verbrauch),

— sondern auch aus den Kosten für Arbeit und Kapital (Lohnerhöhungen und Zinsniveau).

242. Ein gleichzeitiges und gleichmäßiges Vorgehen in jeder Richtung sollte verhindern, daß sich Disproportionalitäten herausbilden, die dem Ziel eines angemessenen Wachstums abträglich sind. Nur die Privatinvestitionen zu drosseln oder auch nur die öffentlichen Ausgaben, schien ebenso gefährlich wie eine weitere Kompression der Unternehmergewinne oder eine Stabilisierung zum Nachteil der Arbeitnehmer. Das Jahr 1965 bot sich als brauchbare Ausgangsbasis und Referenzperiode an. Es lieferte zugleich gute Maßstäbe für wachstumsgerechte Proportionen der Makrogrößen, waren doch die Ziele, die das Sachverständigenratsgesetz nennt, 1965 annähernd verwirklicht, ausgenommen die Stabilität des Preisniveaus, auf die die konzertierte Aktion einzig und allein gerichtet war.

243. Für das Prinzip der Allmählichkeit sprachen mindestens zwei Gründe.

Erstens ist gleichzeitiges und gleichmäßiges Vorgehen aller nicht beliebig schnell möglich, weil es im Wirtschaftsablauf erhebliche Wirkungsverzögerungen gibt und weil Gruppen und Unternehmen vielfach an Verträge gebunden sind, die die Erwartung, es gehe alles so weiter wie bisher, mit zur — stillschweigenden — Geschäftsgrundlage haben. Wie bei wohldurchdachten Gesetzesänderungen mußte auch in einer ernst genommenen Stabilisierungsaktion für den Übergang Sorge getragen werden. Eine abrupte Stabilisierung hätte bei Unternehmen, die Fremdkapital zu inflatorisch überhöhten Zinssätzen aufgenommen haben, weil sie mit der Fortdauer des allgemeinen Preisanstiegs rechneten, das Gefühl der Überschuldung aufkommen lassen müssen, vor allem wenn eine Konversion oder eine schnelle Umschuldung nicht möglich gewesen wäre. Überschuldungs- und Liquiditätspessimismus hätten leicht die Gefahr einer Stabilisierungskrise heraufbeschwören können.

Zweitens wäre einer Aktion, die auf sofortige Stabilität abzielt, nur dann Erfolg beschieden gewesen, wenn die Bereitschaft bestanden hätte, das nationale Preisniveau gegen die inflatorischen Wirkungen abzusichern, die der direkte internationale Preiszusammenhang nach aller bisherigen Erfahrung erwarten läßt. Da jedoch in Besprechungen mit zuständigen Stellen der Bundesregierung keine Chance erkennbar wurde, daß man entsprechende währungspolitische Anregungen des Rates aufgreifen würde, konnte der Rat die grundsätzliche Bereitschaft der Gewerkschaften zu einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik zunächst nur in dem bescheidenen Maße in Rechnung stellen, in dem ein kurzfristiger Spielraum bei den Preisen und beim Wechselkurs bestand. Ein Preisanstieg von 2 vH und eine Wechselkursanpassung innerhalb der jetzigen Bandbreite (von 1 vH oder 0,75 vH nach jeder Seite) hätten zusammengenommen wahrscheinlich dem internationalen Preistrend für 1966 entsprochen, so daß die erste Phase der Stabilisierungsaktion auslandsneutral gewesen wäre und auch die Währung eines wichtigen Partnerlandes keineswegs in zusätzliche Gefahr gebracht hätte.

Hinzu kam eine allgemeine Erwägung: Nichts hätte dem Gedanken einer konzertierten Aktion mehr schaden können, als wenn der Sachverständigenrat den Anschein erweckt hätte, sie sei der Stein der Weisen, ein Instrument, das sofort möglich macht, worum man sich jahrelang vergeblich bemüht hat. Kaum etwas hätte auch das Vertrauen in den Sachverständigenrat mehr erschüttern können als die Vermutung, er sei eine politische Instanz, die das Unmögliche fordert, um das Mögliche zu erreichen.

244. Der Grundgedanke der konzertierten Aktion ist vor allem im Hinblick auf die lohnpolitischen Konsequenzen des Prinzips der Allmählichkeit mißverstanden worden. Zentraler Punkt war die Frage, ob für das erste Jahr auch bei den Löhnen — ebenso wie bei den Zinsen — noch ein Geldwertschwund von 2 vH, wie ihn der Sachverständigenrat im Jahresvergleich 1965/66 als unvermeidlich ansah, berücksichtigt werden sollte. Wie richtig es war, einen Preisanstieg in dieser Größenordnung für unvermeidlich anzunehmen, zeigte sich schon kurz nach Erstattung des Gutachtens. Die im Gutachten unterstellte Spanne von 2 vH, verglichen mit dem Jahresdurchschnitt von 1965, wurde bereits im Januar 1966 überschritten. Selbst wenn es möglich gewesen wäre, das Preisniveau auf diesem Januar-Stand zu stabilisieren, hätte eine auf den Produktivitätszuwachs bemessene Lohnleitlinie für 1966 (4,5 vH 1966 gegenüber 1965) den Versuch bedeutet, die Reallöhne nur um etwa die Hälfte dieses Zuwachses zu erhöhen. Abgesehen davon, daß ein derartiger Versuch einer außenwirtschaftlichen Absicherung bedurft hätte, zumindest im Ausmaß der jetzigen Wechselkurs-Bandbreite, wäre eine solche Lohnpolitik nur bei Unterbeschäftigung marktkonform — und damit erfolgversprechend — gewesen, nicht aber bei wachstumsbedingtem Mangel an Arbeitskräften. Viele, die die Lohnleitlinie des Sachverständigenrates für ein Verhängnis hielten, haben noch nicht einmal jenes Minimum an außenwirtschaftlicher Absicherung vorausgesetzt, von dem hier die

Rede war. Lohnleitlinien, die mehr Stabilität des Preisniveaus voraussetzen, als man erwarten kann, blieben Leitlinien allenfalls für die Tarifpolitik. Effektiv würden sie von den Kräften des Marktes zurückgewiesen, selbst wenn sich die Tarifpartner an sie hielten. Formen der Zurückweisung wären eine zunehmende Lohndrift oder Nebenleistungen der betrieblichen Sozialpolitik im scharfen Nachfragerwettbewerb auf dem Arbeitsmarkt.

245. Trotz allem fand das Konzept der konzertierten Aktion mehr Zustimmung als Ablehnung. Zitiert sei nur das Kommuniqué, auf das sich führende Repräsentanten der westdeutschen Volkswirtschaft — einschließlich beider Tarifpartner — als Ergebnis eines Stabilisierungsgesprächs im Bundeswirtschaftsministerium am 21. Januar 1966 einigten. Es enthält den Satz: „Die Teilnehmer bekunden ihre Bereitschaft, auch in ihren Bereichen an den Bemühungen zur Sicherung des Geldwertes im Sinne der Grundgedanken des Sachverständigengutachtens durch gleichzeitiges und gemeinsames Handeln mitzuwirken" (Anhang III). Dabei ist es geblieben. Die Debatte im Bundestag am 16. und 17. Februar 1966 über das Zweite Jahresgutachten setzte den Überlegungen, eine konzertierte Stabilisierungsaktion im Jahre 1966 durchzuführen, ein Ende [1]).

Trotzdem hat der Sachverständigenrat, unterstützt durch die Bereitschaft der Sozialpartner, mit diesen die Möglichkeiten konzertierter Aktionen weiter besprochen. Stellungnahmen der Sozialpartner zu dieser Frage sind im Anhang angefügt.

III. Die wirtschaftspolitischen Lehren des Jahres 1966

246. Vergleicht man die tatsächliche Entwicklung der Gesamtwirtschaft mit den quantitativen Vorstellungen, die dem Konzept der konzertierten Aktion zugrunde gelegen haben, so ergibt sich folgendes Bild:

Statt den Preisanstieg mit zurückhaltender Lohnpolitik und zurückhaltender Preisstellung und mit einer Aktivierung des Preiswettbewerbs von außen zu begrenzen und statt den Zuwachs des realen Produktionspotentials von 4 vH voll auszuschöpfen, wurde versucht, dem Preisanstieg ausschließlich durch Nachfragedämpfung entgegenzuwirken. Dabei ging die Wachstumsrate der westdeutschen Wirtschaft auf 3,0 vH zurück. Der Rückgang der Kapazitätsauslastung, der dem Produktionsausfall entsprach, war vor allem in den Investitionsgüterindustrien und in der Bauwirtschaft zu beobachten.

Zu dieser — konzentrierten statt konzertierten — Nachfragedämpfung ist es gekommen, weil das Schwergewicht auf der restriktiven Kreditpolitik lag und die Staatsausgaben im Bereich der öffentlichen Investitionen enger begrenzt wurden, als es im Rahmen einer konzertierten Aktion erforderlich gewesen wäre. Verglichen mit der Sechs-Prozent-Leitlinie der konzertierten Aktion werden 1966 für private und öffentliche Investitionen über zwei Milliarden DM weniger ausgegeben.

247. Andererseits haben die Arbeitgeber — trotz der stärkeren Nachfragedämpfung — den gewerkschaftlichen Lohnforderungen wesentlich größere Zugeständisse gemacht; auch haben die Unternehmen die Preise im ersten Halbjahr 1966 stärker heraufgesetzt, als der Sachverständigenrat gemäß dem Prinzip der Allmählichkeit für die Lohn- und Preisentwicklung angenommen hatte. Diese Feststellung wäre retrospektives Wunschdenken, hätte es nicht Möglichkeiten gegeben, die Leitlinien des Sachverständigenrates in die Vertragswirklichkeit umzusetzen, Möglichkeiten, auf die aus dem Kreise des Rates rechtzeitig hingewiesen worden ist.

Geeignet hätten sich dazu Tarifverträge mit sehr maßvollen Lohnerhöhungen auf der einen Seite und mit dem Recht vorzeitiger Kündigung bei einem wesentlich über 2 vH hinausgehenden Preisanstieg auf der anderen. Solche Verträge hätten sowohl den Lohnanstieg gebremst als auch das Interesse der Arbeitgeber und Unternehmer als Gruppe darauf konzentriert, durch stabilisierungskonforme Preispolitik das Risiko der Vertragsauflösung zu vermeiden. Unter dem Damoklesschwert einer potentiellen Kündigungswelle hätten vermutlich auch die Regierungsinstanzen alles darangesetzt, Preiserhöhungen im Bereich der administrierten Preise in engen Grenzen zu halten und die Importpolitik, selbst im Agrarbereich, in den Dienst des Stabilisierungsvorhabens zu stellen.

Eine sicherlich nicht weniger wirksame Alternative hätte darin bestanden, daß die Regierung die konzertierte Aktion durch eine wechselkurspolitische Aktivierung des Preiswettbewerbs von außen preispolitisch unterstützt hätte. Gleichwohl muß der Rat gegen sich gelten lassen, daß er in seinem Zweiten Jahresgutachten die wirtschaftspolitischen Konsequenzen, die sich aus dem internationalen Preiszusammenhang für jede Stabilisierungspolitik ergeben, weniger ausführlich behandelt hat, als es offenbar zweckmäßig war.

248. Für die Lohnpolitik lehrt das Jahr 1966, daß es nur sinnvol sein kann, Lohnleitlinien aufzuzeigen, die unter genau spezifizierten Bedingungen marktkonform sind und daher eine Orientierungsfunktion erfüllen, daß es aber keinen Zweck hat, die Kräfte des Marktes zu rückzustauen und sich dazu lohnpolitischer

[1]) Vergleiche die Protokolle der 21. und 22. Sitzung des Fünften Deutschen Bundestages.

Beschwörungsformeln zu bedienen. Diskreditiert werden Leitlinien vollends dann, wenn unverkennbar ist, daß man eine Überschreitung — unbekannten Ausmaßes — von vornherein einkalkuliert hat, wenn man also Leitlinien bewußt niedrig festsetzte, weil „die Erfahrung zeigt, daß so formulierte und gebilligte Richtsätze von vornherein nur als Untergrenze angesehen werden und darüber hinausgehende Forderungen und Ansprüche hervorrufen würden" (Stellungnahme der Bundesregierung zu JG 65, Ziffer 18). Eine Lohnleitlinie ist nach Auffassung des Rates nur sinnvoll als eine Angabe, die jene Lohnentwicklung vorausschätzt, die sich beim Eintreten der angenommenen Bedingungen ohnedies ergeben würde und die, wenn sie mit den gesamtwirtschaftlichen Zielen übereinstimmt, die staatlichen Instanzen und die gesellschaftlichen Gruppen dazu veranlassen kann, genau jene Bedingungen herzustellen, unter denen diese Lohnentwicklung eintreten wird und marktkonform ist. So war die Lohnleitlinie von 6,5 vH im Hinblick auf ein zwei- bis dreijähriges Stabilisierungsprogramm für das erste Jahr zielgerecht unter der Annahme, daß der Produktivitätsfortschritt 4,5 vH betrage und ein Anstieg des Preisniveaus um 2 vH kaum über dem unvermeidbaren Minimum, aber doch innerhalb der Grenzen des Erreichbaren liege. Marktkonform wäre sie gewesen, wenn die staatlichen Instanzen die Voraussetzungen der Leitlinie für realistisch gehalten und sie als quantitative Ziele akzeptiert hätten. Dann wäre es aber auch die Aufgabe dieser Instanzen gewesen, den Anstieg des Preisniveaus im ersten Jahre der Aktion nicht über die Zwei-Prozent-Marke hinausgehen zu lassen.

IV. Der Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität

249. Die Stabilisierungserfahrungen des Jahres 1966 bestätigen eine allgemeine Regel, zugleich einen wichtigen Satz der Theorie der Wirtschaftspolitik, der in der Praxis leicht übersehen wird: Wenn aus einer Kombination von Maßnahmen, die, gleichzeitig ergriffen, zu einem bestimmten Erfolg führen, von denen aber jede nur einen Teil der vielfältigen Wirkungszusammenhänge berührt, eine oder mehrere unterlassen werden, kann das Ergebnis eine Verschlechterung bedeuten.

Weil die interne Stabilisierungspolitik nicht ebenso auf eine Minderung des Kostendrucks (Lohnerhöhungen und Zinsniveau) gerichtet war wie auf einen — noch dazu einseitigen — Abbau übermäßiger Nachfrage, ging sie mit spürbaren Wachstumsverlusten einher.

Um den Kostendruck zu mindern, und zwar ohne die freie Lohnbildung einzuschränken oder Wachstumseinbußen hinzunehmen, hätte es einer Politik zur Verschärfung des Preiswettbewerbs von außen bedurft. Ohne sie führte die zielgerechte Lohnleitlinie am Markt vorbei. Ohne sie war es unmöglich, die Inflationsrate in den Zinssätzen und damit die Kapitalkosten zu senken.

Ohne eine außenwirtschaftliche Absicherung mußte die Stabilisierungspolitik in dem Maße scheitern, in dem der Geldwertschwund durch die internationale Inflationsrate bestimmt war.

250. Nicht frei vom Irrtum partiellen Denkens sind auch die Erwartungen, die hier und da an das vorgesehene Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität geknüpft werden. Die Grundhaltung des Sachverständigenrates zu dem Gesetzentwurf selbst ist ausgesprochen positiv. Ein solches Gesetz ist unter den gegebenen Umständen notwendig, damit es nicht an Kompetenzen fehlt, einem inflatorischen Anstieg der Staatsausgaben entgegenzuwirken, die öffentlichen Hände zu einem konjunkturgerechten Verhalten zu bewegen und die zeitlichen Verzögerungen zu verkürzen, die sonst beim Beschluß von Maßnahmen zur Beeinflussung der privaten Investitionsausgaben entstünden. Der Entwurf gibt der Bundesregierung sehr viel mehr Befugnisse, aber auch noch mehr Verantwortung für die Stabilität des Geldes und des Wachstums. Indes ist das Gesetz ohne außenwirtschaftliche Absicherung kein Instrument, mit dem man das Preisniveau in der Bundesrepublik stabil halten kann, solange in den wichtigen Partnerländern die Preise steigen. Es ist lediglich ein Instrument zur Bekämpfung von Zahlungsbilanzdefiziten oder einer über den internationalen Trend hinausgehenden Binnenpreissteigerung. Und selbst das kann ohne lohnpolitische Ergänzung möglicherweise nur erreicht werden, indem wichtige Bereiche der Binnenwirtschaft in die Unterbeschäftigung gedrängt werden.

Möglichkeiten, über eine außenwirtschaftliche Absicherung volle Preisniveaustabilität zu erreichen, werden in Ziffern 259 ff. behandelt. Welcher Art die lohnpolitische Ergänzung sein muß, hängt von der währungspolitischen Grundentscheidung ab.

251. Ein stabilitätskonformes Verhalten der öffentlichen Hand, wie es das Stabilitätsgesetz anstrebt, erfordert operationale Regeln der Budgetgestaltung, die über das altväterliche Prinzip des formalen Haushaltsausgleichs weit hinausgehen, aber sicher nur dann Bestandteile der Verfassungswirklichkeit werden können, wenn sie von Politikern und Wählern verstanden und bereitwillig akzeptiert werden. Der Sachverständigenrat hat sich als eine dieser Regeln die These zu eigen gemacht, daß die öffentlichen Ausgaben — unter sonst gleichen Umständen — in dem Maße zunehmen sollten, in dem das gesamtwirtschaftliche Pro-

duktionspotential wächst, möglicherweise modifiziert durch eine aus der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft hineinragende Rate unvermeidlichen Geldwertschwunds. In ihrer Einfachheit haben diese Grundsätze trotz mancher Mißverständnisse in der Öffentlichkeit Anklang gefunden. Doch gehören zu den gleichbleibenden Bedingungen, von denen soeben die Rede war, die Konstanz der Steuerdeckungsquote sowie der Einnahmen- und Ausgabenstruktur. Der Sachverständigenrat hat daher schon im Zusammenhang mit seiner Skizze einer konzertierten Aktion in seinem Zweiten Jahresgutachten die Möglichkeit aufgezeigt, daß eine überproportionale Zunahme der öffentlichen Ausgaben stabilitätskonform sein kann, wenn die Budgets zur selben Zeit eine höhere Steuerdeckungsquote beinhalten (JG 65 Ziffer 193). Allgemein ist eine überproportionale Ausweitung der öffentlichen Haushalte dann stabilitätskonform, wenn durch geeignete Maßnahmen der Steuerpolitik und der Sparförderung gesichert werden kann, daß die privaten Ausgaben entsprechend weniger stark steigen.

252. Der Sachverständigenrat hält es nach wie vor für bedenklich, wollte man der öffentlichen Hand, wie es häufig in den Forderungen nach einer antizyklischen Fiskalpolitik geschieht, die Rolle des konjunkturpolitischen Lückenbüßers zuweisen (JG 64 Ziffer 215).

Eine allgemeine und anhaltende Tendenz zur Übernachfrage dadurch zu kompensieren, daß man die öffentlichen Ausgaben drastisch beschränkt, ist nur für sehr kurze Zeit möglich, sollen nachteilige Wirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum vermieden werden; denn gerade solche Ausgaben, deren Produktivitätseffekte langfristiger Natur sind (Verkehr, Bildung, Forschung etc.) werden erfahrungsgemäß am ehesten beschnitten.

Auch die Forderung nach einer spezifisch antizyklischen Politik, das heißt die Forderung, der Staat solle die Wachstumszyklen der Privatinvestitionen durch antizyklische Variation seiner eigenen Investitionen ausgleichen, ist gesamtwirtschaftlich nicht unbedenklich aus zwei Gründen. Einmal sind möglicherweise die öffentlichen Instanzen in ihren Entscheidungen noch weniger flexibel als die Unternehmen und noch weniger in der Lage, Reibungsverluste zu vermeiden; zum anderen würden bei einer antizyklischen Investitionspolitik der öffentlichen Hand immer wieder jene Teile der Privatwirtschaft zu Lückenbüßern, die — wie der Tiefbau — hauptsächlich von Aufträgen der öffentlichen Hand abhängen.

Besser als durch antizyklische Variation ihrer Investitionen kann die öffentliche Hand zur Stabilität auf mittlere Sicht beitragen, indem sie das Volumen ihrer Ausgaben den Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Wirtschaftswachstums stetig anpaßt, zum Beispiel mit Hilfe mehrjähriger Haushaltsplanungen und einer zeitlichen Tiefenstaffelung der Investitionsprojekte. Dem Grundsatz entsprechend, daß Ursachentherapie auf die Dauer besser ist als ein Neutralisieren der Wirkungen, verwandelt sich die konjunkturpolitische Aufgabe im engeren Sinne in das Problem, mit dem Wachstum der öffentlichen Hand das Wachstum der privaten Investitionsausgaben zu verstetigen.

253. Das wirksamste Mittel zur Verstetigung der privaten inländischen Investitionstätigkeit — die heimische Kreditpolitik — stünde für diesen Zweck bei Konvertibilität und festen Wechselkursen nur zur Verfügung, wenn die Bandbreite der Wechselkursflexibilität größer wäre, als es die Schöpfer des Bretton-Woods-Systems für vertretbar hielten. Je weniger flexibel die Wechselkurse sind, um so flexibler muß die Steuerpolitik sein. Der ungedeckte Bedarf an Flexibilität soll nach dem Stabilitätsgesetz durch Variation der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten gedeckt werden. Auch der Sachverständigenrat, der dieses Instrument, allerdings neben anderen, in seinem Zweiten Jahresgutachten zur Diskussion gestellt hat, hält es nicht für ideal, weil es sich nicht fein genug dosieren läßt und den Prozeß der mittelfristigen Planung in den Unternehmen stört. Doch mag es unter den unvollkommenen Umständen noch das brauchbarste Instrument sein. Den Nachteilen, die man in Kauf nehmen muß, stehen die Vorteile einer gleichmäßigeren Beschäftigung der Investitionsgüterindustrie gegenüber, die die erhoffte Verstetigung des gesamtwirtschaftlichen Investitionswachstums verspricht.

V. Stabilisierungspolitik ohne Illusionen

254. Starr fixierte Wechselkurse verknüpfen das Preisniveau im Gebiet der Bundesrepublik fast ebenso fest mit dem Preistrend in der übrigen Welt, wie das Preisniveau in Hessen mit dem in den anderen Bundesländern zusammenhängt. Unterschiede im Niveau wie in der Struktur gibt es international wie interregional. Sie sind die Folge von Umständen, die sich auf kurze Sicht nur wenig ändern (Wirtschaftsstruktur und Produktivitätsniveau). Wenn die Gleichmäßigkeit der internationalen Preisentwicklung nicht so deutlich zutage getreten ist wie im interregionalen Vergleich, so liegt das in erster Linie an den Prozessen der Desintegration und der Integration, die die nationalen Preisniveaus erst auseinanderstreben und dann an die wachstums- und strukturbestimmten Relationen wieder sich angleichen ließen. Der Sachverständigenrat ist nach wie vor davon überzeugt, daß ein Land wie die Bundesrepublik „sich in einer weniger auf Preisstabilität bedachten Umwelt den Konsequenzen für sein eigenes Preisniveau nur durch

Anpassung des Wechselkurses" oder durch Aufwertungssurrogate entziehen kann (Vergleiche Stellungnahme der Bundesregierung zu JG 64 Ziffer 6).

255. Die verbreitete Ansicht, die die Preiswelle 1965/66 auf rein inländische Gründe zurückführt („hausgemachte" Inflation), weil sie ja mit Zahlungsbilanzdefiziten zusammentraf, verliert ihre Überzeugungskraft, wenn man — statt die kurzsichtige Methode der Simultanzurechnung anzuwenden (heutige Phänomene haben heutige Ursachen) und außerdem nur die Liquiditätsaspekte wichtig zu nehmen — zeitlich und sachlich den größeren Zusammenhang in Betracht zieht.

Zeitlich war die Preiswelle von 1965/66 die voraussehbare — und vom Sachverständigenrat vorausgesehene — Folge des exportinduzierten Booms von 1964 (vgl. Schreiben des Sachverständigenrates vom 20. Juni 1964 an den Bundeskanzler, abgedruckt JG 65 Ziffer 192). Die Ablehnung jeden Versuchs, den Inflationsimport durch Verbilligung der ausländischen Valuten zu unterlaufen, war gleichbedeutend damit, daß der inflatorische Anpassungsprozeß im Innern hingenommen werden mußte. Auf diese Weise hat sich die Bundesrepublik dem internationalen Inflationsgleichschritt wieder eingeordnet. Nur eine außenwirtschaftlich gut abgesicherte konzertierte Aktion hätte diesen Anpassungsprozeß noch etwas dämpfen können.

Wie wenig der Sachzusammenhang erfaßt wird, wenn die Liquiditätsprobleme allzu sehr das Denken beherrschen, zeigt sich daran, daß die Kuponsteuer, die auch mit Rücksicht auf die Geldwertstabilisierung in der Bundesrepublik eingeführt wurde, in dieser Hinsicht versagte. Sie konnte den Preisanstieg nicht vermindern. Daß es letzten Endes nicht die Liquidität ist, über die der Geldwertschwund vom Ausland auf das Binnenpreisniveau übertragen wird, sondern der direkte Preiszusammenhang, wird, wie schon dargelegt (Ziffern 208 bis 211), deutlich, wenn man nach den Preisen fragt, die die deutschen Unternehmen in den letzten Jahren für Importgüter bezahlen mußten oder im Exportgeschäft durchsetzen konnten. Sowohl Importpreise als auch Exportpreise stiegen unabhängig davon, ob die Zahlungsbilanz Überschüsse oder Defizite aufwies. Der Anstieg der Importpreise erhöhte das Kostenniveau, und der Anstieg der Exportpreise erlaubte es den Unternehmen, früher konzedierte Lohnerhöhungen auf die Preise zu überwälzen oder in laufenden Lohnverhandlungen durch verhältnismäßig große Konzessionsbereitschaft der Streikgefahr zu entgehen. Weniger Geldwertschwund im Ausland hätte aber nicht nur die Konzessionsbereitschaft der Unternehmen verringert, sondern auch bei den Gewerkschaften die Lohnforderungen gedämpft und dafür das Moment der Beschäftigungssicherung mehr in den Vordergrund gerückt.

256. Die Liquiditätshypothese des Inflationsimports ist gegenüber diesen Zusammenhängen blind. Sie hätte wahrscheinlich auch in der öffentlichen Meinung längst ihre Bedeutung verloren, wäre es nicht unter dem Eindruck der großen Nachkriegs-Inflationen üblich geworden, Inflation im Sinne von Preissteigerung mit Inflation im Sinne von Geldvermehrung (Erhöhung der Zahlungsmittelbestände) gleichzusetzen. In der „neuen" Inflation sind die Zusammenhänge komplexer, weil nicht nur die Nachfrager die Preise nach oben ziehen, sondern auch die Anbieter sie nach oben drücken und weil beides in der reichen und daher reichlich mit Liquidität versorgten Wirtschaft auch ohne Geldvermehrung keine Schwierigkeiten bereitet, sofern nur das Ziehen und Drücken einigermaßen im Gleichtakt vor sich geht — im nationalen wie im internationalen Rahmen.

257. Wie auch immer sich der Prozeß der internationalen Inflationsübertragung vollzieht, im Gleichtakt eines auch zeitlich ganz engen direkten Preiszusammenhangs oder mit Verzögerungen, sei es bei gleichzeitigem Exportsog von außen, sei es bei gleichzeitigem Exportdruck von innen, der Versuch einer Stabilisierung des nationalen Preisniveaus in einer Welt, die weniger auf Stabilität bedacht ist, ist „self-defeating" und die Hoffnung, daß mehr als Pyrrhus-Siege errungen werden können, ist eine Illusion, es sei denn, daß eine wirksame außenwirtschaftliche Absicherung von vornherein ins Auge gefaßt wird.

258. Als Möglichkeit der außenwirtschaftlichen Absicherung eines binnenwirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms wird verschiedentlich die Anwendung von § 23 Außenwirtschaftsgesetz in Betracht gezogen. Diese Vorschrift gestattet es, den Kapitalimport in allen möglichen Formen zu beschränken, „um einer Beeinträchtigung der Kaufkraft der Deutschen Mark entgegenzuwirken oder das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz sicherzustellen". Die Erörterung dieser Möglichkeit liegt außerhalb des gesetzlichen Auftrags an den Sachverständigenrat. Denn mit einer solchen Abkehr von der Konvertibilität, die bei ansteigendem Preistrend im Ausland und Stabilität im Inland immer schärfere Formen annehmen müßte, wäre ein Weg beschritten, der aus der marktwirtschaftlichen Ordnung hinausführte, die dem Sachverständigenrat als Rahmenbedingung gesetzt ist. Gewiß haften dieser Ordnung im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen noch manche Mängel an, solange wichtige Partnerländer die volle Inländerkonvertibilität bei weitem nicht verwirklicht haben oder sogar Anstrengungen unternehmen, den internationalen Kapitalverkehr indirekt oder mit

moralischem Zwang zu beschränken. Doch ist die Konvertibilität als internationales Ordnungsprinzip für ein so intensiv in die Weltwirtschaft eingegliedertes Land wie die Bundesrepublik derart lebenswichtig, daß man sie kaum beschränken kann, ohne der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nachhaltigen Schaden zuzufügen. Die positive Wirkung, die § 23 in Aussicht stellt, könnte angesichts des direkten internationalen Preiszusammenhangs nur von sehr kurzer Dauer sein, zeigt doch schon die Erfahrung mit der Kuponsteuer, wie minimal der Erfolg für die innere Geldwertstabilität ist und wieviel Vertrauensschwund ausgelöst wird, wenn man in den internationalen Geld- und Kapitalverkehr schockartig und wider die empfindliche Grundordnung dieses Marktes eingreift.

VI. Wege zur Währungsstabilität

Gehärteter Devisenstandard

259. Die schleichende Weltinflation an ihren Wurzeln zu bekämpfen, damit unser Preisniveau vor inflatorischen Einflüssen von außen bewahrt wird, ist der Weg, den die Bundesregierung bezeichnete, als sie zum Jahresgutachten 1964 erklärte (Stellungnahme Ziffer 11), „daß sich unsere wirtschaftspolitische Bemühung zur Stabilerhaltung des Geldwertes außer auf unser tägliches Handeln im eigenen Verantwortungsbereich auch auf das Feld der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik erstrecken muß". Inwieweit Aktionen der Bundesrepublik auf diesem Feld Erfolge erhoffen lassen, kann nicht abgeschätzt werden. Die internationale Preisstatistik zeigt keine Verlangsamung des internationalen Inflationstempos (Schaubild 7).

260. Ohne das Prinzip fester Wechselkurse (konstante Interventionspunkte mit einer Bandbreite in der Größenordnung von 2 vH) aufzugeben, lassen sich auf mittlere und längere Sicht Binnenpreisniveau-Steigerungen nur in dem Maße vermeiden, wie die wichtigsten Partnerländer der Bundesrepublik ihrerseits ihr Binnenpreisniveau stabilisieren. Nun ist die Bundesregierung gewiß nicht in der Lage, die Wirtschaftspolitik der großen Industrieländer unmittelbar zu beeinflussen. Wohl aber könnte sie im Zuge der „Bemühungen", die sich nach ihren eigenen Worten „auf das Feld der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik erstrecken", durch eigene Entscheidung und werbende Aktivität dahin wirken, daß sich innerhalb des Mitgliederkreises des Bretton-Woods-Systems zumindest die wichtigsten Länder Regeln unterwerfen, die strenger sind als die geltende Satzung des Internationalen Währungsfonds. Es müßten Regeln sein,

— die es den teilnehmenden Staaten schwerer machen, Binnenpreissteigerungen zuzulassen,

— die die Chance vergrößern, daß die Teilnehmerländer im Falle eines Konflikts zwischen Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und freier Lohnbildung eher auf freie Lohnbildung oder Vollbeschäftigung verzichten als auf die Stabilität des Preisniveaus,

— die die Länder, die auf Vollbeschäftigung nicht verzichten wollen, veranlassen, sich im Konfliktfall eher für eine „konzertierte Aktion der Sozialpartner" oder ähnliche Formen der Einkommenspolitik zu entscheiden, als zu Abwertung oder zu Abwertungssurrogaten Zuflucht zu nehmen.

261. Geeignet wären Regeln folgender Art:

Jedes der Länder, die sich an der Härtung beteiligen (Teilnehmerländer), müßte vorbehaltlos auf das Recht zur Abwertung seiner eigenen Währung gegenüber anderen verzichten, und zwar mit privatrechtlicher Wirkung gegenüber allen Inhabern seiner Währung: es müßte den Inhabern seiner Banknoten versprechen, diese jederzeit gegen Devisen einzulösen; es müßte versprechen, gegen jede inländische Währungseinheit mindestens so viele Devisen zu liefern, wie es dem derzeitigen „oberen Interventionspunkt" entspricht.

Jedes Teilnehmerland müßte ebenso ohne Vorbehalt, möglichst mit verfassungsrechtlicher Wirkung, darauf verzichten,

— Zahlungen und Überweisungen für internationale Transaktionen irgendwelchen Beschränkungen zu unterwerfen, und zwar nicht nur, wie es Artikel VIII der derzeitigen Satzung des Internationalen Währungsfonds bereits vorsieht, im Bereich der laufenden Transaktionen, sondern auch im Bereich des gesamten Kreditverkehrs,

— Maßnahmen zu ergreifen, die, wie die in jüngster Zeit wieder häufiger vorkommenden Änderungen besonderer Steuern oder Subventionen, im Hinblick auf Export- und Importpreise ähnlich wie eine Paritätsänderung wirken, oder

— in irgendwelchen Rechtsbestimmungen, die den Kreditverkehr betreffen (einschließlich denen des Steuerrechts und der Mindestreservebestimmungen), Gebietsfremde gegenüber Gebietsansässigen direkt oder indirekt zu diskriminieren.

Um Länder, die diese volle Konvertibilität noch nicht erreicht haben, zu veranlassen, ihr näher zu kommen, damit sie sich möglichst bald dem Kreis der Länder mit gehärtetem Devisenstandard anschließen können, müßten

die Teilnehmerländer den Zugang zu ihren Kreditfazilitäten davon abhängig machen, daß sie konvertibilitätshemmende Vorschriften abbauen.

Beistandskredite in der bisher üblichen Form dürften sich die Teilnehmerländer untereinander nicht mehr gewähren. Ein „Geberland" dürfte nur organisatorische Hilfe zur Unterbringung von Anleihen des „Nehmerlandes" leisten, wie sie Emissionshäuser ihren Kunden zu gewähren pflegen (Fungibilisierung und Kommerzialisierung von Staatsanleihen zur „Devisenhilfe"); es dürfte für solche Anleihen eine Ausfallgarantie nicht übernehmen. Hingegen müßte es ausbedingen, daß das Nehmerland seinen eigenen Banken und anderen Anlegern unwiderruflich erlaubt, diese Titel von Ausländern zu erwerben (Rückstromgarantie). Damit stellte sich dem Nehmerland die Aufgabe, zu verhüten, daß die zur Anreicherung seiner Devisenreserven im Geberland plazierten Schuldtitel wieder zurückströmen; denn mit jedem solchen Rückstrom würden seine Devisenreserven wieder geschmälert werden. Damit träte an die Stelle der bisher bei Zahlungsbilanzhilfen üblichen wirtschaftspolitischen Auflagen, deren Formulierung außenpolitisch delikat und deren Erfüllung erfahrungsgemäß schwer zu beurteilen ist, ein System, in dem dem Nehmerland die freie Wahl bleibt, ob es gewillt ist,

— durch seine Binnenwirtschaftspolitik den inländischen Zinssatz so hoch und die Geldentwertungsbefürchtungen der heimischen Anleger so klein zu halten, daß diese Anleger heimische Geldanlagen vorziehen und der zur Devisenbeschaffung im Ausland plazierte Teil umlaufender Staatsschuldtitel auch tatsächlich im Ausland verbleibt, oder

— eine weniger stabilitätsorientierte Politik zu betreiben und damit auch die „Devisenhilfe" wieder teilweise oder ganz zu verlieren.

262. Diese Härtung der Währungsverfassungen der Teilnehmerländer verschaffte gewissen marktmäßigen Regelmechanismen größeren Spielraum.

Wenn in einem Land auch nur die Befürchtung aufkäme, daß die Binnenpreissteigerung über den Preistrend der anderen Länder hinausgeht, so löste das schon eine Geld- und Kapitalflucht aus diesem Land in die für „solider" gehaltenen Länder aus, eine Flucht aus der Währung des Landes, dem man weniger vertraut, es werde die übernommenen harten Verflichtungen tatsächlich weiterhin erfüllen können, in die jeweils härteren Währungen. Mit einer derartigen Geld- und Kapitalflucht würde zwar die Nettoauslandsposition des „unsolideren" Landes nicht verschlechtert(die staatlichen Devisenreserven würden geschmälert, die privaten Devisenbestände entsprechend erhöht; soweit Ausländer Bankguthaben abziehen, verringerten sich mit den staatlichen Devisenbeständen auch die privaten Auslandsschulden), aber da Währungsbehörden Devisen nur gegen Zentralbankgeld abgeben (also mit jedem Devisenkauf der Zentralbankgeldbestand der Geschäftsbanken abnimmt), wirkt jede Kapitalflucht — jede Privatisierung von Devisenbeständen — auf den heimischen Geldmarkt ähnlich restriktiv wie eine Mindestreserveerhöhung. Es besteht allerdings ein kleiner Unterschied. Im Falle der Privatisierung von Devisenreserven stellt sich der restriktive Effekt automatisch ein, auf Grund eines täglichen Plebiszits von Leuten, die Geschäfte machen wollen; zur Mindestreserveerhöhung bedarf es des Beschlusses einer Behörde, die bereit ist, gegen geschäftliche Interessen anderer zu handeln.

Im „unsolideren" Land würden die Zinssätze so weit steigen, bis der Abstand der höheren inländischen gegenüber den ausländischen Zinssätzen (Mißtrauensprämie) gerade die aus der mangelnden Solidität hervorgehenden Befürchtungen kompensierte. Dann hörten Geldflucht und Zinsanstieg von selbst auf. Gegebenenfalls könnte die Notenbank gegen Geldflucht intervenieren, indem sie gleich nach Auftreten der ersten Mißtrauenssymptome ihre Abgabesätze oder sonstigen Zinsen, zu denen sie Gelder hereinnimmt, um den Betrag der Mißtrauensprämie heraufsetzte. Dann hielte sie das Ausmaß der Privatisierung entsprechend klein. Intervenierte sie marktwidrig, indem sie Wechsel oder andere Titel nach Aufkommen der Befürchtungen noch zu den alten oder zu noch niedrigeren Sätzen ankaufte, so machte sie es dem Publikum nur leichter, sich jene Zentralbankgeldbeträge zu beschaffen, die es zum Ankauf von Devisen aus den zentralen Beständen brauchte; mit jedem Ankauf von Inlandspapieren vergrößerte sie ihre Devisenverluste.

Ähnlich wie bei Mittelabzügen von einer Geschäftsbank die von den Abzügen betroffene Bank unter einem unerbittlichen Zwang steht, eine restriktive Politik zu betreiben, während derselbe Vorgang bei den anderen Banken, denen diese Mittel zufließen, zwar den Spielraum, nicht aber unbedingt den Zwang zu einer Expansion vergrößert, ist es auch in einem Festkurssystem mit voller Konvertibilität. Die Länder, aus denen Mittel abgezogen werden, stehen, wenn sie eine weitere Schrumpfung ihrer zentralen Devisenbestände vermeiden wollen, unter dem Zwang, eine restriktive Politik zu betreiben, während derselbe Vorgang bei den Ländern, deren Währung von den Spekulanten bevorzugt wird, lediglich den Spielraum, nicht aber unbedingt den Zwang zur Expansion vergrößert. Das verleiht, sofern die größeren Spielräume zur Expansion von den „solideren" Ländern nicht

alsbald ausgenutzt werden, einem Festkurssystem bei voller Konvertibilität eine gewisse antiinflatorische Tendenz.

Diese Einseitigkeit des Systems ist aber in Zeiten weltweiter Inflation ein Vorzug, verglichen mit einem System, in dem die Länder die Konvertibilität einschränken können oder sich mehr oder weniger automatisch Beistandskredite gewähren.

263. Hinzu käme eine Besonderheit, die der eine als Vorzug, der andere als Nachteil empfinden mag:

In der Währungsverfassung des gehärteten Devisenstandards wäre die Relation zwischen zwei Währungen kein „Preis" mehr, sondern eine Zahl zur Schuldinhaltsbestimmung, also eine Schuldinhaltsbestimmungszahl nach Art der in Schuldverschreibungen fixierten Rückzahlungsbeträge (der Inhaber eines Zehnmarkscheins hat Anspruch auf mindestens 2,48 Dollar oder 12,16 Französische Franken u. ä.). Solche Einlösungsversprechen könnte ein Staat höchstens unter den Voraussetzungen ändern, unter denen sonst Änderungen des Inhalts bestehender Schuldverhältnisse (entschädigungslose Enteignungen, Zwangskonversionen, Währungsreformen) vorgenommen werden. Es könnten also in diesem System Parität und Interventionspunkte auch nicht als wirtschaftspolitische Instrumentvariable dienen.

264. Weiterhin ist zu bedenken:

Es ist nicht auszuschließen, daß dem System Deflationstendenzen innewohnen, die so stark sind, daß das Wachstum der vom Deflationsdruck betroffenen Länder gefährdet und Arbeitslosigkeit hervorgerufen würde. Dieser Gefahr könnten solche Länder nur in dem Maße entgehen, als es ihnen gelingt, mit Hilfe einer wachstumsorientierten Einkommenspolitik mit ihren internen Lohnsteigerungen (verglichen mit dem internen Produktivitätsfortschritt) hinter denen im Ausland zurückbleiben.

Es besteht die Gefahr, daß die Stabilisierungsbemühungen einer oder mehrerer Regierungen zunichte gemacht werden durch gemeinsame Bemühungen der Arbeitnehmerorganisationen, nationale Vorstöße in Richtung auf eine höhere Lohnquote international zu koordinieren, um dadurch das Risiko, daß höhere Löhne Arbeitslosigkeit und Zahlungsbilanzdefizite bewirken, möglichst abzuwenden.

In den „solideren" Ländern, das heißt den Ländern, die am wenigsten zur Inflation beitragen und eher Stabilität exportieren, kann es zu Preissteigerungsprozessen kommen, ohne daß der Markt stabilisierende Reaktionen auslöste.

Dies sind allerdings Probleme, die sich, obschon vielleicht nicht mit gleicher Schärfe, auch bei der Wahl anderer Wege zur Stabilisierung stellen.

265. So erstrebenswert es sein mag, das internationale Währungssystem zu härten und damit einer internationalen Privatrechtsgesellschaft näher zu kommen, so schwerwiegend ist doch die Ungewißheit, ob die politisch-soziologischen Vorbedingungen hierfür in den wichtigsten Ländern der westlichen Welt heute schon so weit gegeben sind, daß in wenigen Jahren mit nennenswerten Erfolgen zu rechnen wäre und die Bundesrepublik im Vertrauen darauf eine konzertierte Stabilisierungsaktion für die Jahre 1967 und 1968 ohne anderweitige außenwirtschaftliche Absicherung beginnen könnte. Deshalb ließe der Sachverständigenrat den ihm gegebenen gesetzlichen Auftrag unerfüllt, schreckte er davor zurück, noch andere Möglichkeiten der außenwirtschaftlichen Absicherung einer Stabilisierungspolitik aufzuzeigen.

Möglichkeiten der wechselkurspolitischen Absicherung oder Abstützung einer konzertierten Stabilisierungsaktion

266. Soll Preisniveaustabilität auch erreicht werden, wenn in anderen Ländern die Preise weiter steigen, so erscheint dies, wenn man vom gegenwärtigen Konjunkturtief absieht und eine mittlere Periode ins Auge faßt, nicht erreichbar, ohne daß die Bundesrepublik das Prinzip eines konstanten Wechselkurses der DM zugunsten des Prinzips einer konstanten Kaufkraft der DM aufgibt. Mit der Darstellung der Möglichkeiten, die hierfür in Betracht kommen, erfüllt der Sachverständigenrat das Versprechen, das er in Ziffer 204 seines Zweiten Jahresgutachtens abgab. Dort heißt es:

„Der Sachverständigenrat hat sich mit der Frage befaßt, wie das Stabilisierungsvorhaben darüber hinaus noch außenwirtschaftlich gesichert werden kann, ohne daß es einer Währungsaufwertung bedürfte, die vielen internationalen Verträgen des privaten Rechts nachträglich eine veränderte Geschäftsgrundlage gibt, noch ein Übergang zur vollen Wechselkursflexibilität nötig wäre, wie ihn die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum vorigen Jahresgutachten kategorisch abgelehnt hat. Er wird sich zu geeignetem Zeitpunkt über das Ergebnis der Beratungen äußern."

267. Soll die volle Wechselkursflexibilität, die keineswegs schwankende Wechselkurse bedeuten muß, kategorisch ausgeschlossen bleiben und sind unangekündigte Aufwertungen, die bei einer internen Stabilitätspolitik sonst

von Zeit zu Zeit unvermeidlich wären, aus staatspolitischen Gründen abzulehnen, so kommen nur noch die beiden nachstehend skizzierten Möglichkeiten in Betracht:

— ein mittelfristig garantierter Paritätsanstieg (Ziffern 268 ff.)

— eine Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben (Ziffern 275 ff.).

Jede von ihnen hat Vorteile und Nachteile. Keine ist ein Allheilmittel für die Schwächen unserer Zeit. Beide verdienen überhaupt nur Beachtung im Rahmen einer Konzeption der wirtschaftlichen Stabilität und unter einer Regierung, die entschlossen und auf Grund stabiler politischer Verhältnisse in der Lage ist, von ihren Kompetenzen zur Sicherung der Stabilität zielbewußt Gebrauch zu machen. Die Reihenfolge, in der die beiden Möglichkeiten der wechselkurspolitischen Absicherung erörtert werden, steht nicht im Zusammenhang mit irgendeiner Vorliebe des Rats.

Mittelfristig garantierter Paritätsanstieg

268. Um eine interne Stabilitätspolitik gegenüber einem internationalen Preisniveauanstieg von 2 bis 3 vH abzuschirmen und darüber hinaus abzustützen, könnten die für die Währungspolitik zuständigen Instanzen verbindlich erklären (Vorankündigung), daß während einer bestimmten Periode in der Zukunft (Festlegungsperiode) die Kurse, bei denen die Bundesbank am Kassadevisenmarkt intervenieren muß (Interventionspunkte), nicht konstant bleiben, sondern ansteigend fixiert werden, und zwar von Woche zu Woche ganz allmählich, so daß sich im Laufe eines Monats ein Paritätsanstieg von zum Beispiel 0,2 vH ergibt. Statt der konstant fixierten Parität von heute hätte man eine ansteigend fixierte Parität, statt eines Normal-Swapsatzes von 0 Prozent einen solchen von rund 2,5 Prozent je Jahr. Die Festlegungsperiode müßte im Zeitablauf nach vorn geschoben werden, damit sie nicht schrumpft. Die Fixierung des Normal-Swapsatzes schließt jede Analogie mit flexiblen Wechselkursen aus; infolgedessen werden alle Einwände, die man gegen größere Wechselkursflexibilität vorbringen mag, in diesem Falle gegenstandslos. Das System hat aber auch keinen der Vorzüge, die man einem System größerer Wechselkursflexibilität zuschreiben mag, ausgenommen, daß die betreffende Regierung auch dann noch guten Glaubens de facto Geldwertstabilität versprechen kann, wenn sie sich des direkten internationalen Preiszusammenhangs ebenso bewußt ist wie ihrer Ohnmacht, die anderen Länder zu einer Politik größerer Preisstabilität zu bewegen.

269. Legte man einen Anstieg der Interventionspunkte von — angenommen — 2,5 Prozent je Jahr (Normal-Swapsatz) fest, so bedeutete dies,

— das alle Inhaber von DM-Forderungen, die in fremder Währung rechnen, außer dem Zins, den sie in DM erhalten, eine zusätzliche Verzinsung von 2,5 Prozent verbuchen könnten, also zum Beispiel 8 statt 5,5 Prozent;

— daß infolgedessen Ausländer, die bisher bereit waren, DM-Forderungen zu halten, die sich mit 8 Prozent verzinsten nunmehr mit einer Verzinsung von 5,5 Prozent in DM zufrieden sein würden, weil ihnen 2,5 Prozent je Jahr durch den Swapsatz zugute kommen;

— daß unter diesen Umständen das deutsche Zinsniveau für Fristen innerhalb der Festlegungsperiode um 2,5 Prozentpunkte unter den Stand sänke, den es ohne die Erhöhung des Normal-Swapsatzes von 0 auf 2,5 Proeznt gehabt hätte;

— daß unter diesen Umständen die deutschen Zinsen für längere Kreditlaufzeiten um die vom Publikum für diese Laufzeiten erwarteten Wechselkurs-Steigerungsraten unter dem Stand blieben, den sie ohne Erhöhung des Normal-Swapsatzes gehabt hätten;

— daß die Bundesbank die von ihr fixierten Zinssätze (Diskont-, Lombard- und Abgabesätze) um die von Inländern und Ausländern erwarteten Wechselkurs-Steigerungsraten einerseits herabsetzen könnte, ohne daß sie Devisenverluste zu befürchten brauchte, andererseits aber auch herabsetzen müßte, um einen unerwünschten Devisenzustrom abzuwehren;

— daß alles in allem die mutige Festlegung der Regierung auf eine solche Politik auch wesentlich zur Gesundung des Kapitalmarktes beitrüge.

270. Für die Lohnentwicklung bedeutete die verbindliche Ankündigung eines Normal-Swapsatzes von 2,5 Prozent,

— daß die Arbeitgeber, vor allem, wenn die Unternehmen mit ausländischen Produzenten konkurrieren, von den sonst möglichen Lohnkonzessionen (in prozentualen Jahreszuwachsraten gerechnet) 2,5 Prozentpunkte abziehen müßten, damit ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht leidet;

— daß die Gewerkschaften sich mit um 2,5 Prozentpunkte geringeren Lohnerhöhungen zufriedengeben müßten, damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze nicht gefährdet wird;

— daß sich eine Lohnleitlinie für die Tarifpartner um 2,5 Prozent verminderte.

271. An der Entwicklung der Reallöhne, der Einkommensverteilung und des Beschäftigungsstandes brauchte sich — von verzögerten Anpassungen abgesehen — praktisch nichts zu ändern:

— denn es stiegen nicht nur die Nominallöhne um 2,5 Prozentpunkte weniger als sonst, sondern auch die Kosten (einschließlich der Preise der importierten Kostengüter und der Kapitalkosten) und damit alle Preise, die von den Lohneinkommen und von den Kosten her bestimmt werden;

— denn es verengten sich für alle Unternehmen, die direkt oder indirekt im Wettbewerb mit ausländischen Produzenten stehen, die Preiserhöhungsspielräume um 2,5 Prozentpunkte, das heißt in demselben Maße, wie der Kostendruck geringer ist (als sonst).

Die Aktion wäre also verteilungsneutral in dem Sinne, daß durch sie weder die realen Lohneinkommen noch die realen Gewinneinkommen (bestimmt durch die Erlös-Kosten-Relation) beeinflußt werden.

272. Weil es naheliegt, daß in der wirtschaftspolitischen Diskussion in aller Regel nur Einzelmaßnahmen erörtert werden, die sich auf ganz bestimmte und offenkundig gewordene Mißstände richten, nicht aber geschlossene Konzeptionen, die vielfältige Wirkungen haben und in sich ausgewogen sind, ist die Gefahr von Mißverständnissen groß. Ein verhängnisvolles Mißverständnis wäre es, hielte man das System des garantierten Paritätsanstiegs nicht für die Ergänzung eines binnenwirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms, sondern für eine Einzelmaßnahme, oder gar für eine Maßnahme, die gegen den deutschen Export gerichtet wäre, weil sie eine Art Aufwertung der DM beinhaltete und daher der Aufwertung von 1961 in Art und Wirkungsrichtung vergleichbar wäre. Solche Assoziationen sind nicht begründet. Grundsätzlich wäre das System einer durch Paritätsanstieg abgestützten Stabilisierungsaktion nicht nur verteilungsneutral im allgemeinen Sinne, sondern wegen des niedrigeren Zinsniveaus und des entsprechend verringerten Lohnanstiegs auch neutral in bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland und auf die Gewinnchancen im internationalen Konkurrenzkampf.

Bedenken wären nur gerechtfertigt, wenn die Gewerkschaften in den exportintensiven Bereichen eine Mitwirkung an der konzertierten Aktion ablehnten und sich dazu entschlössen, höhere Löhne auch um den Preis der Arbeitslosigkeit zu erzwingen. Für eine solche Annahme fehlt (bisher) jeder Grund. Die Lohnwelle von 1961, die mit der damaligen Aufwertung zusammentraf, kam konjunkturgerecht als Spätfolge des Booms und der Gewinnexpansion von 1960; und die Arbeitgeber hätten damals sicherlich mehr Widerstand geleistet und leisten müssen, wäre nicht alle Welt davon überzeugt gewesen, daß der gewählte Aufwertungssatz zur Wiederherstellung des internationalen Gleichgewichts nicht ausreichte und ergänzend eine interne Preisanpassung nach oben unausbleiblich war. Im vorliegenden Falle handelte es sich jedoch nicht um die schockartige Beseitigung eines mühsam abgestützten und schon im Einsturz begriffenen Ungleichgewichtssystems, sondern um ein gleichgewichtserhaltendes Konstruktionselement, das eine Wiederholung der Ereignisse von 1960/61 ebenso ausschließt, wie es die Gefahr mindert, daß eine interne Stabilisierungsaktion durch den Exportzwang, den sie möglicherweise ausübt, unvorhergesehene Abwertungsmaßnahmen konkurrierender Welthandelsländer auslöst.

273. Sehr sorgsam ist zu erwägen, welche Konsequenzen sich aus einer konzertierten Aktion mit vorangekündigtem Paritätsanstieg für die Exportgeschäfte ergäben, bei denen sich die Zahlung oder die Lieferung über mehrere Jahre erstreckt:

a) Soweit es sich um bereits abgeschlossene Geschäfte handelt, für die nur noch Zahlungen ausstehen, die auf DM lauten, fiele ein etwaiger Aufwertungsverlust beim Übergang zu einer stetig steigenden DM-Parität beim ausländischen Handelspartner an. Der deutsche Exporteur könnte dafür mit einem zusätzlichen Gewinn rechnen, sofern er seine Zinsbelastung aus Refinanzierungsgeschäften mit dem Sinken des deutschen Zinsniveaus vermindern kann. Dies gäbe ihm die Möglichkeit, den Verlust des ausländischen Partners durch einen Nachlaß zu kompensieren.

b) Soweit die Forderungen aus Auslandsgeschäften auf ausländische Währung lauten, fielen Aufwertungsverluste bei einem Exporteur nur dann an,

— wenn dieser seine Valuta-Aktivposition nicht durch Terminverkäufe oder durch Aufnahme von Valutakrediten gegen Wechselkursrisiken abgesichert hat und

— wenn er den dann entstehenden Aufwertungsverlust nicht durch eine entsprechende Verminderung der eigenen Zinsbelastung beim Sinken des deutschen Zinsniveaus kompensieren kann.

Die Vermögenswirkungen des Übergangs zur preisstabilisierenden Wechselkursregelung gleichen also nach Art und Ausmaß denen, die im Falle einer Zinsänderung auftreten.

c) Will man die Bedeutung des Systems einer stetig steigenden Parität für den Abschluß neuer Exportgeschäfte mit mehrjährigen Lieferfristen beurteilen, so muß man davon ausgehen, daß die Zinsen für langfristige DM-Kredite unter den entsprechenden

Zinssätzen im Ausland lägen, und zwar praktisch um den Swapsatz. Für Ausländer würde die DM als solche zwar laufend teurer, aber DM-Kredite wären entsprechend billiger: sie verursachten niedrigere Zinskosten, so daß DM-Preise für Lieferungen mit längeren Zahlungszielen einen niedrigeren Zinszuschlag auf die Barpreise bedingten. Wollten die deutschen Exporteure ihre ausländischen Partner von jedem Nachteil des Paritätsanstiegs freihalten, so könnten sie

— entweder in fremder Währung fakturieren oder

— dem Käufer zusichern, daß ihm bei Zahlung des Kaufpreises ein Nachlaß in Höhe des Swapsatzes gewährt würde.

In beiden Fällen wären die Auslandsforderungen wegen der Verringerung ihres DM-Wertes wertzuberichtigen; solchen Wertberichtigungen stünden Ersparnisse wegen niedrigerer Zinskosten für Refinanzierungskredite gegenüber.

Unter keinen Umständen bildete daher die stetige Steigerung der Parität eine Ausfuhrerschwernis, und zwar auch nicht im langfristigen Anlagengeschäft, wenn nur die Umstellungsprobleme bei der kaufmännischen Kalkulation richtig bedacht werden.

274. Schwerwiegender sind die verbleibenden Fragen, die den Übergang, die Höhe des (fixen) Swapsatzes, die Länge der Festlegungsperiode, die Anpassung der Preise, die im Rahmen der EWG fixiert sind, die Möglichkeit der Angliederung anderer Länder sowie den Fall einer unerwarteten Verringerung oder Verstärkung des Preisanstiegs in wichtigen Partnerländern betreffen,

a) Je länger die Festlegungsperiode ist,

— um so geringer wiegen die Übergangsschwierigkeiten, zum Beispiel bei Verträgen, die aus der Vergangenheit in die Festlegungsperiode hineinragen, wie Tarifabkommen oder Darlehnsverträge;

— um so kräftiger würde der Swapsatz auch die Zinsen für langfristige Darlehen (Kapitalkosten) herabdrücken und die Konversionsmöglichkeiten verbessern;

— um so mehr könnte man geneigt sein, mit Rücksicht auf etwaige Deflationsgefahren für die Binnenwirtschaft den Swapsatz ziemlich niedrig zu halten, zum Beispiel unter 2 Prozent, obwohl ein so niedriger Satz wahrscheinlich kaum soviel an zusätzlicher Stabilität einbrächte, wie nötig erscheint, damit die Reizschwelle im Bewußtsein der Bevölkerung erreicht würde;

— um so größer erscheint das Risiko, das die Regierung im Falle von Stagnations- oder Rezessionstendenzen im Ausland für den heimischen Beschäftigungsgrad übernimmt;

— um so wichtiger ist es, zur Verringerung dieses Risikos bei den Verhandlungen über eine konzertierte Aktion klarzulegen, daß beim Zusammentreffen von Zahlungsbilanzdefiziten und nachlassender Beschäftigung eine Lohnpause nötig ist.

b) Wenn der internationale Preisanstieg stärker ist, als es dem vorangekündigten Paritätsanstieg entspricht, ermöglichte das System auf die Dauer keine Stabilität des Preisniveaus in der Bundesrepublik. Der Geldwertschwund wäre dann aber immer noch um den Normal-Swapsatz geringer, als er sonst wäre. Wenn umgekehrt der internationale Preisanstieg nachhaltig geringer wird, hätte das System bei unverändertem Paritätsanstieg deflatorische Wirkungen. Diese wären aber so geringfügig, daß sie leicht durch einen entsprechend geringeren Lohnanstieg aufgefangen werden könnten, so daß die Arbeitsplätze gesichert blieben und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen nicht litte. Denn ein Swapsatz zwischen 2 und 3 Prozent liegt sicherlich unter der Rate des jährlichen Produktivitätsanstiegs, mit dem unsere Wirtschaft auf mittlere Sicht rechnen kann.

c) Zentrales Problem im Bereich der EWG wäre die Agrarpreisregelung. Diese stützt sich im wesentlichen auf Getreidepreise, die für die Gegenwart und für die Zukunft fixiert sind, und zwar in EWG-Rechnungseinheiten, also praktisch in Dollar. Diese Regelung hat zur Folge, daß sich bei steigenden Kosten- und Verbraucherpreisen das Realeinkommen der Landwirtschaft — abgesehen vom Produktivitätsfortschritt — verringert, bis die Festpreise einmal erhöht werden. Der gleitend garantierte Paritätsanstieg würde nun zwar bewirken, daß die deutschen Landwirte, soweit ihre Erlöse durch solche Festpreise bestimmt sind, im Laufe der Zeit weniger DM erhielten als sonst, aber gleichzeitig hätten sie auch niedrigere Materialkosten, Lohnkosten und Lebenshaltungskosten als sonst. Der garantierte Paritätsanstieg veränderte also die Lage der Landwirtschaft ebensowenig wie die aller anderen Einkommensgruppen, weil er ja die Entwicklung der Geldeinkommen aller in dem Maße bremste, wie er den Geldwertschwund verringerte. Vergleichsbasis ist immer die Entwicklung, die sonst stattfände.

Daß EWG-Marktordnungspreise bei schleichender Inflation real sinkende Preise sind,

begrüßen die Verfechter niedriger Getreidepreise; die Vertreter der Landwirtschaft aber begründen damit ihre Forderung, daß die in Rechnungseinheiten ausgedrückten Preise auf den ursprünglichen Realwert zu erhöhen sind. Dieses Problem bleibt — so oder so.

d) Im Hinblick auf unsere Mitgliedschaft beim internationalen Währungsfonds ist festzustellen:

Das System eines stetig steigenden DM-Kurses bedeutete nicht, daß die Bundesrepublik aus der internationalen Konjunkturgemeinschaft austräte. Sie löste sich lediglich vom Trend der internationalen Geldwertentwicklung. Die wechselseitige Abhängigkeit der nationalen Konjunkturverläufe sowie der daraus sich ergebende Zwang zur internationalen Solidarität, von der der Aufschwung der Weltwirtschaft in den letzten beiden Jahrzehnten stark mitbestimmt war, kämen auch dann voll zum Tragen. Deshalb sollte sich der Fonds dafür gewinnen lassen, einen solchen neuen Versuch zu unterstützen, schon um den Kräften der Stabilität in der Weltwirtschaft mehr Spielraum zu verschaffen.

e) Das System des garantierten Paritätsanstiegs ist offen dafür, daß sich andere Länder, deren Bevölkerung über den Geldwertschwund ähnlich besorgt ist wie die unsere, anschließen. Vorbedingung wäre allerdings, daß der paralelle Paritätsanstieg durch eine parallele Stabilisierungsaktion im Innern abgesichert werden kann und wird. Das System verfehlte seinen Zweck, sähen andere Länder in ihm die Chance für einen preiswerten Stabilitätsimport, zum Beispiel durch währungspolitische Partizipation ohne stabilitätspolitische Reziprozität. Deshalb wäre zu erwgen, ob die Befugnisse des Internationalen Währungsfonds nicht dahin gehend erweitert werden sollten, daß er Länder, die das System des garantierten Paritätsanstiegs anwenden, einem jährlichen Examen ihrer internen Stabilitätspolitik unterwerfen und ihnen gegebenenfalls ihre Ziehungsrechte beschränken kann. Der Fonds könnte gleichzeitig ein Mindestmaß für die Festlegungsperiode des Paritätsanstiegs bestimmen. Daß es zumindest wünschenswert wäre, wenn mit der Zeit alle EWG-Länder unter diesen strengen Regeln zu einer Stabilitätsgemeinschaft zusammenfänden, bedarf wohl keiner Begründung. Die Bemühungen anderer Länder um eine Mehrung der internationalen Liquidität brauchten einen solchen Stabilitätsblock nicht zu berühren, wenn sie bei einem Paritätsanstieg der EWG-Währung(en) nicht überhaupt gegenstandslos würden und aufhörten.

Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben

275. Die andere Möglichkeit für eine wechselkurspolitische Absicherung einer konzertierten Stabilisierungsaktion liegt in der Richtung eines Vorschlages, den siebenundzwanzig Professoren der Wirtschaftswissenschaft aus acht Ländern, darunter zwei jetzige Mitglieder des Sachverständigenrates und ein früheres Mitglied, am 21. Februar 1966 in der New York Times der Öffentlichkeit unterbreitet haben.

Im Grundsatz handelt es sich dabei

— um eine Dehnung der Bandbreite zwischen den Punkten, an denen die Währungsbehörden zur Intervention am Devisenkassamarkt verpflichtet sind, von zur Zeit ± 1 vH auf ± 4 bis 5 vH sowie

— um die generelle Erlaubnis zu Paritätsänderungen bis zu 2 vH gegenüber dem jeweiligen Vorjahresstand.

Um einen internationalen Preistrend von 2 bis 3 vH wechselkurspolitisch zu unterlaufen, benötigte die Bundesrepublik von der erweiterten Bandbreite nur die Aufwertungshälfte und von der Erlaubnis zur Paritätsänderung nur die Aufwertungserlaubnis. Es wäre dann in das Ermessen der Bundesbank gestellt,

— so am Devisenmarkt zu intervenieren, daß die Valuten billiger werden, und zwar kontinuierlich in dem Maße, wie es nötig erscheint, um die DM-Preise der Einfuhr- und Ausfuhrgüter mit den Erfordernissen eines stabilen Preisniveaus in Einklang zu bringen (Variante I) oder

— bei zielbewußter Stabilitätspolitik im Innern durch zinspolitische Intervention am Geldmarkt das Entstehen von Zahlungsbilanzüberschüssen zu vermeiden (Variante II).

276. Entschiede sich die Bundesbank im Rahmen ihres Ermessensspielraums für Variante I bei einem vorausgeschätzten internationalen Preisanstieg von 2 bis 3 vH und sähe sie sich in der Lage, ihr künftiges Handeln von vornherein auch quantitativ festzulegen, so könnte sie um der besseren Voraussehbarkeit willen ihre Interventionspunkte lange im voraus und gegebenenfalls ohne Vorbehalt ankündigen. In diesem Falle wäre der Unterschied zum System des garantierten Paritätsanstiegs geringfügig.

277. Variante II, die essentiell zahlungsbilanzorientiert ist, verlagerte die Verantwortung für die Preisstabilität auf die Tarifpartner. Alles hinge dann davon ab, ob die Grundsätze einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik, wie sie der Sachverständigenrat in Ziffer 248 seines Ersten Jahresgutachtens dargelegt hat und wie sie im vierten Kapitel dieses Gutachtens weiterentwickelt werden, mit allen Konsequenzen

von den Tarifpartnern in die Praxis umgesetzt werden. Das Hauptproblem von Variante II läge darin, wie erreicht werden kann, daß die Unternehmen in den exportintensiven Bereichen nicht nur darauf verzichten, sich bei ihrer Preisstellung an einem steigenden internationalen Trend zu orientieren, sondern auch von sich aus unverzüglich die Preise senken, wenn sie überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erzielen. Handelten sie anders, dann bestünde die Gefahr, daß Arbeitgeberverbände, in denen exportintensive Unternehmen eine bedeutende Rolle spielen, auch ohne Mehrbedarf an Arbeitskräften Lohnerhöhungen zugestehen, die den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt übersteigen. Zu verhindern, daß solche Lohnzugeständnisse auch in den binnenwirtschaftlich orientierten Bereichen gewährt werden, erscheint fast unmöglich, es sei denn, daß die Bundesbank den größeren Spielraum, den ihr die größere Bandbreite verschaffte, ganz zielbewußt nutzte, um durch Zinserhöhungen eine Situation am Rande der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. In diesem Falle ergäbe sich eine verstärkte Aufwertung, die eine größere Preis- und Lohndisziplin erzwänge — zu spät allerdings und nicht ganz schmerzlos. Dies ließe sich vermeiden, wenn die Bundesbank die Zinssätze — und damit den DM-Kurs für die Ausländer — vorsorglich leicht erhöhte, bevor die Lohnverhandlungen in den Schlüsselbereichen einen stabilitätspolitisch nicht vertetbaren Abschluß finden. Ähnlich müßte sie auch verfahren, wenn Bestrebungen im Gange sind, die öffentlichen Haushalte in einer Weise auszudehnen, die mit den Prinzipien der Geldwertstabilität nicht vereinbar ist, damit die Sorge um den Export die verantwortlichen Politiker an die Regeln gesunder Haushaltspolitik bindet.

278. Wichtigstes Element für die Funktionsfähigkeit dieses Systems wäre also neben einer strengen Notenbankpolitik die Einsicht und die Mitwirkung vor allem jener Gruppen, in denen die Interessen der Exportwirtschaft vorherrschen. Außerdem müßte die Bundesbank im Bundesbankgesetz ausdrücklich verpflichtet werden, alle ihre Mittel einzusetzen, um ohne Rücksicht auf andere Ziele die Konstanz des Binnenpreisniveaus innerhalb enger Grenzen zu wahren. Sobald sich der Preisindex für die Lebenshaltung einer kritischen Grenze nähert, müßte die Bundesbank Frühwarnungen geben, die keinen Zweifel an ihrer restriktiven Absicht lassen. In diesem Falle träte wohl auch die öffentliche Meinung an die Seite derer, die — wie der Sachverständigenrat — die Einhaltung bestimmter Regeln stabilitätskonformen Verhaltens für notwendig erachten. Der mögliche Einwand, daß größere Flexibilität des Wechselkurses eher die inflatorischen als die stabilisierenden Kräfte stärke, wäre unter diesen Umständen nicht nur übertrieben; er wäre in der Richtung falsch.

279. Gegenüber dem System des „garantierten Paritätsanstiegs" hat die „Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben" folgende Vorzüge und Nachteile:

a) Es bedürfte keiner mittelfristigen Festlegung der Regierung auf einen bestimmten Paritätsanstieg und infolgedessen auch keiner mittelfristigen Vorausschätzung des internationalen Preistrends;

   ob aber das Zinsniveau in dem Maße sänke und der Kapitalmarkt ebenso schnell gesundete wie bei garantiertem Paritätsanstieg, hinge hier ausschließlich davon ab, ob das Publikum im Inland und Ausland den Instanzen und Gremien, die wirtschaftspolitischen Ermessensspielraum haben, die Entschlossenheit zutraut, bei allen ihren Maßnahmen den Erfordernissen einer konsequenten Stabilisierungspolitik gerecht zu werden.

b) Die absolute Geldwertstabilität könnte ohne das Risiko eines Deflationsimports in der Bundesrepublik erreicht werden, weil es mit variablen Wechselkursänderungsraten stets möglich ist, die jeweiligen Inflationsraten des Auslandes zu neutralisieren;

   aber es müßten wohl die verantwortlichen Instanzen dafür sorgen, daß jenen Unternehmen, die im Rahmen des langfristigen Anlagegeschäfts exportieren, etwaige Wechselkursrisiken, die speziell auf sie entfallen, abgenommen werden.

c) Es könnte sich die Bundesrepublik bei den Bemühungen um eine Ausnahmegenehmigung des Internationalen Währungsfonds auf das Urteil einer internationalen Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern stützen; sie wäre gegen den Vorwurf des nationalen Alleingangs geschützt;

   aber es wäre möglicherweise etwas schwerer, die Zustimmung des Fonds zu erwirken.

d) Es erübrigt sich, eine Vorbehaltsklausel (escape clause) vorzusehen, also anzugeben, unter welchen Umständen gegebenenfalls die Rückkehr zu einem konstanten Wechselkurs (oder die Herabsetzung eines angekündigten Swapsatzes oder die Verkürzung der Festlegungsperiode) in Betracht gezogen wird;

   aber die geringere Vorhersehbarkeit der Wechselkursentwicklung könnte die gemeinsame Agrarpolitik innerhalb der EWG erschweren und aus diesem Grunde politische Widerstände in den Organen der Gemeinschaft wecken.

Zusammenfassung

280. Keines der beiden beschriebenen Systeme wechselkurspolitischer Absicherung stünde dem weitergesteckten Ziel einer Härtung des

internationalen Währungssystems im Wege. In jedem der beiden Fälle handelt es sich nur darum, von der Außenwirtschaft her die Vorbedingung für das Gelingen einer konzertierten Aktion im Innern zu schaffen. Diese Absicherung nach außen ist nach Ansicht des Rates die unerläßliche Vorbedingung dafür, daß die im Gesetz genannten Ziele, Wachstum und Geldwertstabilität, in absehbarer Zeit gleichzeitig und auf Dauer verwirklicht werden können. Wenn dies in einem Lande gelänge und damit gezeigt werden könnte, daß der Konflikt zwischen Wachstum und Geldwertstabilität durch einen gleichzeitigen und gleichmäßigen Wandel der Verhaltensweisen wesentlich gemildert, wenn nicht gar aufgehoben werden kann, ohne daß für irgendeine Gruppe ein Nachteil entsteht, gewänne möglicherweise der Wille zur Stabilität auch in anderen Ländern so an politischem Gewicht, daß sich diese auf der Grundlage der stabilitätspolitischen Reziprozität zusammenschlössen. Wollte man dagegen sofort zum gehärteten Devisenstandard übergehen, so könnte von den genannten Zielen, Wachstum und Geldwertstabilität, wenn man nicht auf Wachstum verzichten will, die Geldwertstabilität nur insoweit erreicht werden, als ausreichend viele Welthandelsländer eine erfolgreiche Stabilitätspolitik betreiben. Und selbst Verzicht auf Wachstum garantierte noch keine Preisstabilität, wenn in anderen Ländern die Preissteigerungstendenzen anhielten und man nicht zu Einschränkungen im Außenwirtschaftsverkehr übergehen und das ganze System wieder aufgeben wollte. Gleichwohl ist richtig, daß es im Bereich der Währungspolitik nicht leicht ist, sich für einen eigenen Weg zu entscheiden, auch wenn alle Vorkehrungen getroffen wären, daß dabei unseren Partnerländern eher Vorteile als Nachteile entstünden.

281. Der Sachverständigenrat ist sich bewußt, daß mit jeder an Preisstabilität orientierten Währungspolitik, mag sie nun das Programm eines gehärteten Devisenstandards (Ziffern 259 bis 265) oder eines mittelfristig garantierten Paritätsanstiegs (Ziffern 268 bis 274) oder einer Bandbreitenerweiterung mit begrenstem Paritätsanstiegs (Ziffern 275 bis 279) als Vorstufen zur Härtung der Weltwährungsverfassung beinhalten, Vorteile und Nachteile, Chancen und Risiken verbunden sind. Da diese aber vornehmlich politisch-gesellschaftliche Voraussetzungen haben und daher letztlich Fragen sind, die die Politik abzuwägen und zu entscheiden hätte, liegen die Antworten außerhalb des gesetzlichen Auftrags des Sachverständigenrates; trotzdem seien die folgenden drei Erwägungen angedeutet:

— In jeder Gesellschaft gibt es eine Gruppe von Menschen, für die die Wechselkurse den Charakter des Unveränderlichen haben, vergleichbar mit Maß und Gewicht. Diese Menschen werden daher geneigt sein, wo immer sich eine Verschlechterung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage in einen auch nur äußerlichen Zusammenhang mit der Wechselkursänderung bringen läßt, diese der Wechselkursänderung und damit der staatlichen Politik, nicht ihrer eigenen wirtschaftlichen Fehldisposition zuzuschreiben. Die ohnedies bei vielen Gruppen zu beobachtende Tendenz, wirtschaftliche Vorteile weniger im Leistungswettbewerb als im Wettbewerb um höhere Subventionen zu suchen, eine Tendenz, die der dem Rat als Rahmenbedingung vorgegebenen „Marktwirtschaftliche Ordnung" zuwiderläuft, brauchte dadurch aber nicht verstärkt zu werden. Es besteht vielmehr gerade umgekehrt die Chance, daß eine Entscheidung dafür, Wechselkursänderungen unter die Instrumente einer Stabilitätspolitik aufzunehmen, andere — meist punktuelle und weniger vorhersehbare — Eingriffe der Obrigkeit entbehrlich macht, wenn nur beachtet wird, daß die wechselkurspolitischen Maßnahmen Teile von Gesamtprogrammen sein müßten, die, entsprechend dem Grundsatz einer Konstanz der Wirtschaftspolitik, die dem Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen insgesamt verstetigen, die mittelfristige Planung der Unternehmen gegenüber dem bisherigen Zustand erleichtern und damit das Wachstum fördern.

— Ferner kann nicht von vorneherein ausgeschlossen werden, daß es vielleicht eine gewisse Zeit dauert, bis die Furcht überwunden ist, daß, ist der Wechselkurs erst wirtschaftspolitische Instrumentvariable geworden, auch ein System, das im Prinzip nur einen Anstieg des Wechselkurses gestatten soll, einmal in umgekehrter Richtung mißbraucht werden kann.

— Das System eines gehärteten Devisenstandards mag, läßt es sich verwirklichen, letztlich allen anderen Systemen überlegen sein, doch könnte es sein, daß die Hoffnung auf seine Verwirklichung noch auf Jahre hinaus lediglich zum Alibi einer Politik wird, der es für eine ernsthafte Stabilitätspolitik an Entschlossenheit fehlt.

282. Welche politische Entscheidungen auch getroffen werden mögen — der Rat versäumte seine ihm vom Gesetzgeber auferlegte Pflicht, die Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit zu erleichtern, wenn er nicht — in Zusammenfassung einzelner ihm wichtig erscheinender Gedanken des ersten Abschnitts dieses Kapitels — ausdrücklich und einmütig folgendes feststellte:

Solange man mit weiteren ausländischen Preissteigerungen rechnen muß, kann von zwei Dingen allenfalls eines versprochen werden,

entweder: Konstanz des Binnenpreisniveaus, also Geldwertstabilität im Sinne des Ziels, das im gesetzlichen Auftrag

an den Sachverständigenrat ausdrücklich genannt ist,

oder: Konstanz der Wechselkurse.

Verspricht man Konstanz des Binnenpreisniveaus, dann muß man Raum dafür geben, daß Auslandspreissteigerungen durch entsprechende Verbilligung von Devisen, also Anhebungen der Wechselkurse, kompensiert werden.

Verspricht man Konstanz der Wechselkurse, dann muß der Bevölkerung gegenüber offen bekannt werden, daß man sich dem Ziel der Konstanz des Binnenpreisniveaus nur in dem Maße nähern kann, als auch die wichtigsten Partnerländer aus eigenem Antrieb und unter dem marktmäßigen und politischen Einfluß der Wirtschafts- und Währungspolitik der Bundesrepublik diesem Ziel näherkommen, und dann müssen auch die entsprechenden Konsequenzen für die innere Rechtsordnung gezogen werden [1]).

Wer angesichts dieser Zusammenhänge in einer Umwelt steigender Preise den deutschen Bürgern beides verspricht, Konstanz der Wechselkurse und Konstanz des Binnenpreisniveaus, gibt ein Versprechen ab, von dem von vornherein klar ist, daß er es nicht wird einlösen können.

VII. Kontrollierte Expansion

283. Betont man das Ziel eines angemessenen Wachstums, so erscheint es dringend an der Zeit, die Weichen der Wirtschaftspolitik auf Expansion zu stellen. Eine Politik, die die Auftragseingänge aus dem Inland — vor allem bei der Investitionsgüterindustrie — unter das Vorjahresniveau sinken läßt, so daß bestehende Kapazitäten und der ganze Zuwachs des Produktionspotentials auf die Auslandsmärkte verwiesen werden, ist sicherlich nicht wachstumsfördernd. Denn solange noch hohe Investitionen in der Industrie notwendig sind, damit unsere Wirtschaft die Möglichkeiten des technischen Fortschritts ausschöpfen kann, und solange unsere Infrastruktur noch erhebliche Mängel und Engpässe aufweist, ist anzunehmen, daß eine Million DM, die in unserer Industrie oder in unserer Infrastruktur investiert wird, mehr Ertrag bringen wird, als man für eine Million DM Auslands-Forderungen erhält.

284. Stabilität ist zwar nach wie vor ein wichtiges Ziel, aber nach dem Gesetz, das von angemessenem Wachstum spricht, ist dieses Ziel nicht eine Stabilität um jeden Preis. Daß der Sachverständigenrat den Preis für beachtlich hält, den die Bundesrepublik wegen einer unzulänglichen Stabilitätspolitik im Jahre 1966 bezahlen mußte, ist dargelegt worden (Ziffer 246); die von ihm im vorigen Jahresgutachten für 1966 geäußerte Befürchtung, die Bundesbank könnte „vor einem ernsthaften Zielkonflikt stehen" (JG 65 Ziffer 129), hat sich leider als berechtigt erwiesen. Trotzdem sei skizziert, wie die Fortsetzung einer strikten Stabilitätspolitik — auch über 1967 hinaus — aussähe, falls die Maßnahmen, zu denen das Stabilitätsgesetz (nach dem Regierungsentwurf) die Bundesregierung und die Bundesbank ermächtigt, konsequent ergriffen und seine beiden Lücken — die Lohnpolitik und die außenwirtschaftliche Absicherung — nicht geschlossen werden.

285. Eine Stabilitätspolitik, die weder lohn- noch wechselkurspolitisch abgesichert ist, müßte die Binnennachfrage so drosseln, daß — trotz der noch hinzukommenden Auslandsnachfrage — die exportintensiven Bereiche — als Lohnführer — keine stärkeren Lohnerhöhungen mehr gewähren, als dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt entspricht. Doch setzte dies wahrscheinlich in den binnenmarktorientierten Bereichen eine sehr fühlbare Unterbeschäftigung voraus. Diese könnte um so geringer sein, je mehr Arbeitskräfte freigesetzt werden, die sich für exportintensive (und exportintensiver werdende) Branchen eignen, und je weniger sich die Arbeitnehmer in diesen Bereichen gegen den lohndrückenden Zustrom solcher Arbeitskräfte sperren. Und bei alledem ist schon unterstellt, daß sich die Maßnahmen durchsetzen lassen, die erforderlich sind, um die Binnennachfrage in ausreichendem Maße zu drosseln — Erhöhung von Steuern, die die privaten Konsum- und Investitionsausgaben beschneiden, Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben, besonders bei Infrastruktur- und Sozialausgaben, Kreditplafondierung. Doch ist es auch möglich, daß die Arbeitslosigkeit, die eine erfolgreiche Stabilisierungspolitik dieser Art erfordert, für politisch unerträglich gehalten wird. Sie wäre sicherlich sehr viel größer, als dem Anstieg der Arbeitsproduktivität dienlich ist, zumal die Vorstellung, man brauche bei unseren Arbeitern mit Reaktionen gegen arbeitssparende Neuerungen oder mit einem Verhalten, das die Mitwirkung an produktivitätssteigernden Maßnahmen von kräftigen Lohnerhöhungen abhängig macht, nicht zu rechnen, wenig mehr ist als eine fragwürdige Extrapolation günstiger Erfahrungen aus Zeiten kräftiger Wirtschaftsexpansion. Abgesehen davon fände die alte Kaufkrafttheorie des Lohnes, die eine agressive Lohnpolitik beschäftigungspolitisch zu rechtfertigen sucht, bald mehr und mehr Zustimmung. Im übrigen könnte ein fühlbarer Deflationsdruck viele kleine und mittlere Unternehmen, die im Export wenig Aussichten haben, an die Grenze ihrer Selbständigkeit drängen.

[1]) Vgl. hierzu das im Anhang veröffentlichte Gutachten von Günther Jahr: Implikationen eines anhaltenden Geldwertschwundes in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland

286. Auf eine übermäßige allgemeine Nachfragedämpfung ließe sich verzichten, ohne daß dies eine Gefahr für die Stabilität des Preisniveaus mit sich brächte, wenn man gewinninduzierte Lohnerhöhungen in den exportintensiven Bereichen unmittelbar verhindern könnte. Da eine Aufhebung der Tarifautonomie wohl nicht ernstlich zur Diskussion steht und mit der Nebenbedingung „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung" nicht gut vereinbar wäre, käme als Maßnahme theoretisch nur eine Steuer in Betracht. Aber eine Übergewinnsteuer, die sich zunächst anböte, müßte so konstruiert werden, daß sie hauptsächlich die übermäßigen Gewinne aus dem Exportgeschäft träfe, und zwar in dem Maße, in dem der Export durch konstante Preise der inländischen Kostengüter einerseits und durch steigende Absatzpreise im Ausland andererseits begünstigt wäre. Denkbar wäre auch eine Kombination von Beschäftigungsteuer und Exportsteuer, etwa in Form einer Beschäftigungsteuer, deren Satz mit dem Anteil des Exports am Gesamtumsatz steigt — gleichsam ein Gegenstück zum Grundgedanken der englischen Payroll-Tax, die sich als ein Abwertungsersatz auffassen läßt. Aber keine dieser steuerrechtlichen Regelungen ließe sich so ausgestalten, daß sie nicht binnen kurzem unterlaufen und damit wirkungslos würden.

287. Wer eine „Stabilitätspolitik um jeden Preis" ablehnt, muß nicht unbedingt eine ungezügelte Expansion befürworten; aber eine Stabilitätspolitik der beschriebenen Art würde sicherlich dafür sorgen, daß die Gruppe ihrer Anhänger sehr schnell schrumpft und die ihrer extremen Gegner entsprechend zunimmt. Möglicherweise hat schon die Entwicklung im Herbst 1966 einen Stimmungsumschwung eingeleitet. Gäbe es nicht das Argument, erst müsse die öffentliche Hand zu einer sparsamen, geordneten und planmäßigen Haushaltsführung zurückfinden und damit die Basis für eine Rückkehr des Vertrauens am Kapitalmarkt schaffen, hätten die Stimmen zugunsten einer expansiven Konjunkturpolitik sicherlich mehr Überzeugungskraft und einen stärkeren Widerhall. Nimmt man an, daß die Bundesbank die kreditpolitischen Zügel alsbald lockert, so kann sich 1967/68 eine Entwicklung durchsetzen, die derjenigen von 1963/64 nicht unähnlich ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß neue Investitionsentschlüsse eine gewisse Anlaufzeit benötigen und daß es nach den Erfahrungen der recht scharfen Liquiditätsanspannung und der nicht unerheblichen Gewinneinbußen länger dauern könnte als 1963, bis die Unternehmer und ihre Kreditgeber soviel Vertrauen gewonnen haben, daß sie umfangreichere Investitionen riskieren. Wollte man eine konsequente Wachstumspolitik betreiben, so könnte es angeraten sein, 1967 von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die steuerlichen Abschreibungen zu erleichtern. Eine solche Politik brauchte 1967 noch keine Preiswelle auszulösen, aber wie 1965 käme spätestens 1969 die lohn- und preispolitische Rechnung, verbunden mit Zahlungsbilanzdefiziten, wahrscheinlich aber schon 1968, da man erwarten müßte, daß die Anspannung am Arbeitsmarkt schneller zunähme als in der Vergangenheit, daß die Lohnwelle aus diesem Grunde oder in Antizipation der Gewinnexpansion eher ausgelöst würde und daß der Kostendruck schon 1968 die Preise wieder kräftig in die Höhe triebe. Hätte der Sachverständigenrat vorauszusagen, wie sich bei einer Politik, die das Wachstum in den Vordergrund stellt, die Effektivlöhne im Durchschnitt der nächsten zwei bis drei Jahre entwickeln würden, so läge die Minimalschätzung — bei einem Produktivitätsfortschritt von rund 4 vH und einem international vorgegebenen Preistrend von 2 bis 3 vH — zwischen 6 und 7 vH. Das wären 2 bis 3 vH zuviel, und zwar nicht nur bei den Löhnen, sondern auch bei den Preisen. Gemessen an den Zielen, die das Gesetz dem Sachverständigenrat vorgibt, müßte das als Fehlentwicklung bezeichnet werden.

288. Vereinbar mit den Zielen des Gesetzes — und daher keine Fehlentwicklung in seinem Sinne — wäre nur eine kontrollierte Expansion, die Wachstum mit Stabilität verbindet; dazu bedürfte es einer Mengenkonjunktur, die das wachsende Produktionspotential weitgehend ausschöpft, die den Unternehmen in wachstumsschwachen Branchen die Umstellung auf neue Erzeugnisse und billigere Herstellungsverfahren erleichtert, die den Arbeitskräften auch dann noch Anreiz gibt, sich umschulen zu lassen und Arbeitsplatz und Wohnort zu wechseln, wenn sie im fortgeschrittenen Alter stehen, und die alle Unternehmen veranlaßt, ihre Produktionsprogramme auf jene Erzeugnisse zu konzentrieren, bei denen ihre Kostenvorteile und die Chancen für Produktivitätsfortschritte am größten sind. Es ist zu vermuten, daß eine solche Entwicklung auf mittlere Sicht den meisten Haushalten und Unternehmen mehr Vorteile brächte als jede andere und daß es kaum eine Gruppe gäbe, die mit Nachteilen rechnen müßte. Eine solche kontrollierte Expansion erforderte mittelfristige Konzeptionen statt kurzfristiger Improvisationen und sicherlich nicht wenig Verständnis für die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge.

289. Das Gelingen der kontrollierten Expansion steht und fällt mit der Möglichkeit, das Preisniveau und die Lohnentwicklung wirksam zu beeinflussen. Da direkte Kontrollen schon mit Rücksicht auf den „Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung" ausscheiden, kommen nur indirekt wirkende Maßnahmen in Betracht. Dabei kann das Schwergewicht entweder auf den Preisen und damit beim Preiswettbewerb oder auf den Löhnen und damit bei den Tarifpartnern liegen. Eine vertrauen-

erweckende Finanzpolitik ist in dem einen wie in dem anderen Falle Vorbedingung.

290. Legt man das Schwergewicht auf die Lohnpolitik, so muß man Arbeitgeber und Arbeitnehmer von der Möglichkeit und Unschädlichkeit der Lohnleitlinien überzeugen. Das gelingt nur, wenn sich nachweisen läßt, daß die vorgegebenen Leitlinien marktgerecht sind. Möglicherweise werden die Tarifpartner Klauseln für vorzeitige Kündigung vereinbaren wollen. Kündigungsgrund für die Gewerkschaften könnte sein, daß das Preisniveau eine bestimmte Marke überschritten hat, für die Arbeitgeberseite, daß Tarifabschlüsse in anderen Bereichen (ohne besonderen Arbeitskräftemangel) die Leitlinie überschritten haben und aus diesem Grunde erhebliche Preissteigerungen bei Vorerzeugnissen eingetreten sind.

291. Der Spielraum für eine außenwirtschaftliche Absicherung der „kontrollierten Expansion" könnte von vornherein Bestandteil der Lohnleitlinie sein, wenn gewährleistet ist, daß die Wirtschaftspolitik auch bereit ist, den Spielraum zu nutzen. Läge also der Anstieg des internationalen Preisniveaus in der mittelfristigen Periode, für die die kontrollierte Expansion geplant wird, bei 2 bis 3 vH je Jahr und wäre mittelfristig mit einem Produktivitätsanstieg von 4 vH zu rechnen, so ergäbe sich eine Basis-Leitlinie von 6 bis 7 vH, von der jedes Prozent Spielraum für eine dauerhafte wechselkurspolitische Absicherung — bis hin zum vollen Ausgleich für den internationalen Preistrend — abzusetzen wäre.

292. Werden in die Tarifverträge Vorbehalte für eine vorzeitige Kündigung aufgenommen, so dürfte die Marge eines zu tolerierenden Preisanstiegs nicht allzu eng bemessen sein, damit das System der vorzeitig kündbaren Tarifverträge hinreichend elastisch wäre. Solche Spielräume benötigt das Marktsystem — ebenso wie es die Lohndrift braucht —, um Veränderungen der Knappheits- und Preisrelationen zu bewältigen. Hier wären die Spielräume auch Ausdruck des Vertrauens, das die Gruppen einander entgegenbringen müssen und um das eine Regierung, die eine derart kontrollierte Expansion in die Wege leiten will, werben müßte. Auf die Dauer ließen sich allerdings solche Spielräume nur rechtfertigen, wenn sie nicht nur in einer Richtung ausgenutzt würden.

293. Der lohnpolitisch kontrollierten, preis- und wechselkurspolitisch abgesicherten Expansion steht die preispolitisch kontrollierte Expansion gegenüber. Sie bedürfte auch außenwirtschaftlich der Absicherung, aber nicht in Form einer bloßen Erweiterung der Wechselkursbandbreite, sondern in Form einer Abstützung, etwa durch einen garantierten Paritätsanstieg für, sagen wir, drei Jahre (Ziffern 268 bis 274). Der Paritätsanstieg wirkte, wenn er nicht zu gering bemessen und verläßlich voraussehbar ist, als marktkonformes System der Preiskontrolle, und zwar im Exportbereich ebenso wie bei Erzeugnissen, die mit den Importen konkurrieren. Selbstverständlich hätte er auch zur Folge, daß die Preise von Vorerzeugnissen, die aus dem Ausland stammen, weniger steigen, stabil bleiben oder gar sinken.

294. Damit die außenwirtschaftliche Abstützung nicht auf Deflationsdruck hinausliefe, bei dem die Gewinnmargen schrumpfen, so daß das Wachstum der Binnenwirtschaft mittel- und langfristig von dieser Seite her beeinträchtigt würde, läßt auch diese Strategie Zurückhaltung in der Lohnpolitik erforderlich erscheinen. Die Tarifpartner müßten daher hier eine an längerfristigen Zielen orientierte Lohnleitlinie anerkennen — als Preis für einen dauerhaft hohen Beschäftigungsgrad und für große Produktivitätsfortschritte auch in der weiteren Zukunft.

Eine solche Lohnleitlinie ergäbe, wenn der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt bei 4 vH liegt und der internationale Geldwertschwund bei 2 bis 3 vH, eine Basis-Leitzahl von 6 bis 7 vH je Jahr. Sie könnte auf jeden Fall um den ganzen Paritätsanstieg gemindert werden, sänke also bei einem garantierten Paritätsanstieg, der, auf das Jahr gerechnet, etwa 2,5 vH ausmacht, auf etwa 4 vH.

Das Risiko läge in der Vorausschätzung des internationalen Preisanstiegs: ist dieser geringer, als mit dem Paritätsanstieg vorweggenommen, verliert die Lohnleitlinie ihren Wert, weil Lohnerhöhungen, die sich an ihr orientieren, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze gefährden. Aus diesem Grunde wäre es zweckmäßig, in die Leitlinie eine anti-deflatorische Sicherheitsmarge einzurechnen, sie also um einen halben oder einen ganzen Prozentpunkt niedriger anzusetzen. Sollte sich zeigen, daß eine Sicherheitsmarge überflüssig war, so schlüge sich dies zum guten Teil in einer zunehmenden Lohndrift nieder. Sie könnte in künftigen Tarifverträgen vorab konsolidiert werden. An die Stelle der Sicherheitsmarge könnten zum Teil vermögenswirksame Vereinbarungen in Tarifverträgen treten, da eine zusätzliche Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wenn sie zugleich die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen erweitert, dem Sicherheitsbedürfnis der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber entgegenkommt.

295. Jede konsequente Stabilitätspolitik wirft Fragen des Übergangs auf. Es sind die gleichen Probleme, die im Zusammenhang mit der konzertierten Aktion unter dem Stichwort Allmählichkeit (Ziffer 243) behandelt wurden und die immer auftreten, wenn die Wirtschaftspolitik vom bisherigen Kurs abweicht. Denn jeder, der in seinem Bereich Entscheidungen zu treffen und Verträge abzuschließen hat, die weit in die Zukunft greifen, muß Annahmen über die künftige Wirtschaftspolitik machen; er wird im Zweifel davon ausgehen, daß alles so bleibt

wie bisher. Weil es unter diesen Umständen zwischen dem Erfordernis, die Wirtschaftspolitik solle möglichst konstant sein, und der Notwendigkeit einer besseren Wirtschaftspolitik einen Konflikt gibt, darf man sich zu einem neuen Kurs nur entschließen, wenn man ihn für eine längere Reihe von Jahren durchhalten kann; außerdem wird es notwendig sein, eine Übergangsperiode einzuschalten, in der alte Verträge auslaufen oder angepaßt werden und in der sich die Erwartungen für die Zukunft, die in neue Verträge eingehen müssen, allmählich auf den neuen Kurs der Wirtschaftspolitik umstellen können. Für eine Übergangsperiode könnte es beispielsweise zweckmäßig sein, die zur Absicherung oder Abstützung einer Stabilitätspolitik nötige Wechselkursänderung zunächst nur auf etwa die Hälfte des internationalen Inflationstrends zu bemessen. Nur konkrete Verhandlungen könnten zeigen, ob eine konzertierte Aktion, die zunächst mit halber Geschwindigkeit anläuft, politisch leichter oder schwerer durchsetzbar wäre als ein Neubeginn mit ganzer Kraft.

Alternative Projektionen für 1967

296. Der Sachverständigenrat legt im folgenden quantitative Projektionen der in den Ziffern 283 bis 295 zur Diskussion gestellten alternativen Konzeptionen dar. Soweit Maßnahmen angenommen werden, die die Nachfrage direkt berühren — Steigerung der öffentlichen Investitionen oder Kürzung von Verbrauchsausgaben —, bereitet eine quantitative Aussage, von den Sekundärwirkungen einmal abgesehen, keine allzu großen Schwierigkeiten. Soweit allerdings die erörterten Konzeptionen indirekt wirkende Maßnahmen vorsehen, die nur einen Anreiz zu einem bestimmten Handeln bieten — Änderung von Abschreibungssätzen, Beeinflussung der Liquidität —, ist es sehr schwierig, die Wirkungen auf die Nachfrage zu schätzen. Trotzdem glauben wir, nicht darauf verzichten zu können, die einzelnen Nachfrageströme zu quantifizieren. Worauf es allein ankommt, ist zu zeigen, in welchen Größenordnungen sich die Konsequenzen der zur Diskussion gestellten Konzeptionen halten.

Die Alternativprojektionen für 1967 zeigen lediglich für das zweite Halbjahr andere Werte als die im zweiten Kapitel dargestellte Prognose. Die Wirkungen, die sich noch für das erste Halbjahr 1967 ergäben — entschiede man sich bereits zu Beginn des Jahres für eine der Alternativen —, haben wir wegen der Wirkungsverzögerungen bei allen Maßnahmen und wegen der Ungewißheiten jeder Übergangszeit nicht quantifiziert.

Die von der Prognose im zweiten Kapitel abweichenden Annahmen sind in den folgenden Ziffern 297 bis 299 im einzelnen dargelegt. Wir gehen davon aus, daß Bundesregierung und Bundesbank über die Kompetenzen verfügen, die ihnen der Entwurf des Stabilitätsgesetzes in Aussicht stellt.

Alternativprojektion I

297. Unterstellt sei, daß Bundesregierung und Bundesbank in der Absicht, den Anstieg des Preisniveaus auf 1 bis 1,5 vH zu begrenzen, die Politik der Nachfragedämpfung ohne Rücksicht auf das wirtschaftliche Wachstum konsequent fortsetzen. Eine Absicherung nach außen sei ebensowenig vorgesehen wie eine einkommenspolitische Ergänzung. Die Projektion beruht auf der Annahme, daß folgende Maßnahmen ergriffen würden:

— Bund, Länder und Gemeinden kürzen ihre inlandswirksamen Ausgaben gegenüber dem in der Prognose angenommenen Betrag um 2,2 Mrd. DM. Hierzu werden bei den öffentlichen Investitionen 500 Millionen DM, bei den Übertragungen an private Haushalte (Ausbildungsbeihilfe, Kindergeld, Wohngeld, Sparprämien) 400 Millionen DM und beim öffentlichen Verbrauch 1,2 Mrd. DM eingespart — beim Staatsverbrauch vor allem dadurch, daß für die öffentlichen Stellen ein weitgehender Einstellungs- und Beförderungsstop erlassen wird und in den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst Mitte 1967 die Löhne und Gehälter nur um 2 vH erhöht werden.

— Durch Steuererhöhungen sollen die öffentlichen Einnahmen 1967 zusätzlich um 2,8 Mrd. DM steigen. Soweit Überschüsse entstehen, werden sie als Konjunkturrücklage bei der Bundesbank stillgelegt oder zur Tilgung von Schulden bei der Bundesbank verwendet.

— Die Bundesbank hält an ihrem restriktiven Kurs fest und erhöht die Mindestreserven in dem Maße, in dem Liquidität aus dem Ausland zufließt; reicht dieses Mittel nicht aus, so begrenzt sie die Kredite direkt (Plafondierung).

Tabelle 41 zeigt in Spalte 3, welche Veränderungen der volkswirtschaftlichen Größen wir bei einer solchen Politik der „Stabilisierung um jeden Preis" erwarten. Der Preisanstieg erscheint mit 2,0 vH beim privaten Verbrauch noch recht hoch, aber rund 0,5 Prozentpunkte gehen allein auf eine Erhöhung der indirekten Steuern zurück; dabei ist unterstellt, daß im zweiten Halbjahr 1967 nicht der Gesamtbetrag der Steuererhöhungen auf die privaten Haushalte überwälzt ist. Die Produktivität steigt zwar noch etwas mehr als unter den weniger kontraktiven Bedingungen, die der Prognose im zweiten Kapitel zugrunde liegen. Doch ist der Zuwachs etwa zur Hälfte durch den Rückgang des Arbeitsvolumens bedingt. Im Herbst 1967 würde es — grob gegriffen — 200 000 Arbeitslose geben. Die Steuereinnahmen steigen um weniger als den erwarteten Mehrbetrag, weil mit dem schwächeren Wachstum des Sozialprodukts auch der Zuwachs des Steueraufkommens geringer wird.

Tabelle 41

Gegenüberstellung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei alternativen Konzeptionen

	Prognose		Alternativprojektionen					
			I	II	III	I	II	III
	1967					1968 [1])		
	1. Halbjahr	2. Halbjahr						
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH [2])							
Nachfrage								
Ausfuhr in Preisen von 1954	+ 9,5	+7,5	+10,0	+ 7,0	+ 7,5			
Preisindex der Ausfuhr	+ 1,5	+1,5	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,5			
Ausfuhr in jeweiligen Preisen	+11,0	+9,0	+11,0	+ 9,5	+ 8,0			
Bruttoanlageinvestitionen								
Ausrüstungen	− 2,0	+0,5	− 2,0	+ 7,0	+ 5,5			
Bauten	− 2,5	+1,5	− 3,5	+ 6,5	+ 5,5			
Unternehmen	.	(0)	(− 3,0)	(+ 4,0)	(+ 3,5)			
Staat	.	(+5,5)	(− 5,0)	(+12,0)	(+10,0)			
Staatsverbrauch	+ 8,0	+6,5	+ 4,0	+ 7,5	+ 6,0			
Privater Verbrauch	+ 4,5	+5,0	+ 3,5	+ 6,0	+ 4,0			
Endnachfrage	+ 5,0	+5,0	+ 3,5	+ 7,0	+ 5,5			
Gesamtangebot								
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	+ 4,5	+5,0	+ 3,0	+ 7,5	+ 5,5			
Einfuhr in jeweiligen Preisen	+ 6,5	+5,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 5,0			
Preisindex der Einfuhr	+ 1,0	+1,0	+ 1,0	+ 1,0	0			
Einfuhr in Preisen von 1954	+ 5,5	+4,5	+ 3,0	+ 5,5	+ 5,0			
Komponenten des Angebots								
Erwerbstätige	− 0,3	+0,4	0	+ 0,7	+ 0,4			
Arbeitszeit	− 0,8	−0,9	− 1,8	− 0,7	− 0,8			
Arbeitsvolumen im engeren Sinne	− 1,1	−0,5	− 1,8	0	− 0,4			
Arbeitstage	+ 0,4	−0,7	.	.	.			
Arbeitsvolumen	− 0,7	−1,2	− 2,5	− 0,5	− 1,0			

Fortsetzung Seite 154

noch: Tabelle 41

Gegenüberstellung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei alternativen Konzeptionen

	Prognose		Alternativprojektionen					
			I	II	III	I	II	III
	1967					1968 [1])		
	1. Halbjahr	2. Halbjahr						
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH [2])							
Produktivität je Erwerbstätigenstunde	+ 3,0	+4,0	+ 4,5	+ 5,0	+ 5,0	↘	→	→
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954	+ 2,0	+3,0	+ 2,0	+ 4,5	+ 4,0	↘	→	→
Preisentwicklung								
Bruttosozialprodukt	+ 2,5	+2,0	+ 1,5	+ 3,0	+ 1,5	↘	↗	↘
Privater Verbrauch	+ 2,0	+2,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,5	↘	↗	↘
darunter bedingt durch Erhöhung der indirekten Steuern	.	.	+ 0,5	.	.			
Einkommensverteilung								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	+ 4,5	+5,5	+ 3,0	+ 7,0	+ 4,0			
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,0	+2,0	− 2,0	+ 7,0	+ 7,0			
Einnahmen des Staates [3])	+ 5,0	+6,5	+ 6,0[a])	+ 8,5	+ 5,5			
Lohnkosten je Produkteinheit	+ 2,5	+2,5	+ 1,0	+ 2,5	+ 0	↗	↗	→
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in 1 000							
Arbeitskräfteangebot								
Natürliche Bevölkerungsbewegung und Änderung der Erwerbsquoten	−100	+ 50	+45	+ 55	+ 50			
Ausländische Arbeitskräfte	+ 30	+ 70	+10	+100	+ 70			
Erwerbspersonen	− 70	+120	+55	+155	+120			
Arbeitslose	+ 50	0	+55	− 20	0			
Erwerbstätige	−120	+120	0	+175	+120			

[1]) Die Richtung der Pfeile deutet die — erwartete — Entwicklung der Zuwachsraten gegen dem 2. Halbjahr 1967 an.
[2]) Veränderungsraten gerundet
[3]) einschließlich Sozialversicherung
[a]) einschließlich Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen

Alternativprojektion II

298. Im Mittelpunkt der zweiten Projektion steht die Aufgabe, das Produktionspotential im Hinblick auf ein möglichst kräftiges Wachstum auszuschöpfen. Bundesregierung und Bundesbank leiten dazu ab Jahresbeginn 1967 eine expansive Politik ein und sind bereit, einen Geldwertschwund bis 3 vH zu tolerieren. Der Richtungswechsel sei mit folgenden Maßnahmen verbunden:

— Die Bundesbank senkt die Mindestreservesätze und erleichtert die Refinanzierung.

— Die öffentliche Hand investiert 1967 um 10 vH mehr als 1966; Bundesbahn und Bunpost erhalten 500 Millionen DM für zusätzliche Investitionen.

— Die Investitionsneigung der privaten Wirtschaft wird durch höhere steuerliche Abschreibungssätze, Investitionszuschüsse, Darlehen oder Bürgschaften des Staates stimuliert.

— Der Staat verzichtet auf Steuererhöhungen und finanziert die Mehrausgaben durch Verschuldung.

Die von uns erwarteten Auswirkungen der Expansionspolitik sind, soweit 1967 in Betracht kommt, in Tabelle 41, Spalte 4 quantifiziert. Ihre vollen Wirkungen wird diese Politik allerdings noch nicht 1967 haben, denn viele Entscheidungen, deren Konsequenzen bis tief in das Jahr 1967 hineinreichen, sind gegenwärtig schon gefallen, und zwar unter pessemistischen Erwartungen.

Kostenniveau und Preise würden 1967 nur mäßig steigen, jedenfalls solange man mit auslastungsbedingten Produktivitätszuwächsen rechnen darf. Schon 1968 käme die Lohn- und Preiswelle dann aber wohl zum Durchbruch. Die Tendenzen für dieses Jahr sind in der Tabelle durch Pfeile angedeutet.

Alternativprojektion III

299. Für die quantitative Projektion einer dritten Alternative — kontrollierte Expansion — haben wir angenommen, daß eine umfassende wirtschaftspolitische Konzeption besteht, die es erlaubt, den Konflikt zwischen Geldwertstabilität und Wachstum, der die anderen Alternativprojektionen kennzeichnet, wesentlich zu mildern:

— Durch eine außenwirtschaftliche Absicherung ab Jahresmitte 1967 gelingt es, das Preisniveau in der Bundesrepublik weitgehend vor inflatorischen Einflüssen von außen zu bewahren (Ziffern 266 ff.).

— Die Bundesbank lockert zuvor die Kreditbremsen (Ziffer 269).

— Die öffentliche Hand erhöht ihre Investitionsausgaben um 10 vH gegenüber dem Vorjahr. Die Mehrausgaben werden durch Anleihen finanziert, die am wieder gesundeten Kapitalmarkt (Ziffer 269) aufgenommen werden können.

— Eine Einkommenspolitik, wie sie in Ziffer 301 quantitativ skizziert ist, sichert ein stabiles Kostenniveau. Kostenniveau-neutral ist die Lohnpolitik 1967, wenn sich die Sozialpartner bei allen Tariflohnabschlüssen in diesem Jahr an einer Leitlinie von 4 vH (gegenüber dem jeweils letzten Stand) orientieren.

Die Ergebnisse dieser Projektion zeigt Tabelle 41, Spalte 5. Auch bei dieser Konzeption werden die Maßnahmen erst im Jahre 1968 voll wirken. Doch dürfte sich im zweiten Halbjahr 1967 der Tendenzwandel schon deutlich abzeichnen:

— Der Preisauftrieb wird fast ebenso sehr gedämpft wie bei einer Politik der „Stabilisierung um jeden Preis"; volle Preisstabilität kann aber im zweiten Halbjahr 1967 nicht erreicht werden, weil noch nicht alle Nachholprozesse abgeschlossen sind.

— Der Produktivitätsfortschritt ist fast genau so kräftig wie bei einer einseitigen Wachstumspolitik.

300. Die Pfeile in der Tabelle machen deutlich, welche Folgen wir für 1968 erwarten je nachdem, welchen Weg die wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen 1967 beschreiten. Bei einer kontrollierten (Alternative III) wie bei einer unkontrollierten (Alternative II) Expansion ergäben sich wohl kaum Unterschiede für Produktivitätsfortschritt, Wachstum und Außenhandel. Bei einer unkontrollierten Expansion stiege jedoch das Preisniveau des privaten Verbrauchs vermutlich um mehr als 3 vH. Damit ergäbe sich erneut eine Situation, in der Stabilität nur noch um den „Preis" eines verminderten Wachstums zu haben wäre, es sei denn, die Wirtschaftspolitik wäre im Jahre 1969 mit einer konzertierten Aktion erfolgreicher als 1966.

301. Bei einer Wirtschaftspolitik nach dem Konzept der kontrollierten Expansion rechnen wir mit einem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, von 4 vH. Dieser Prozentsatz wäre die Basis der Leitlinie für eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik. Die Komponenten, die neben dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität bei der Aufstellung einer Lohnleitlinie zu berücksichtigen sind (Ziffer 335), schätzen wir (in Prozentpunkten) unter den Annahmen der dritten Alternative für 1967 wie folgt:

— den Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur (1967 vor allem bestimmt durch die Zunahme des Anteils der Lehrlinge an der Gesamtzahl der Beschäftigten .... (+) 0,1

— den Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (1967 vor allem bestimmt durch die Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung) .... (−) 0,1

— den Terms-of-Trade-Effekt ...... (+) 0,1

— die „harte" Lohndrift (Ziffer 326) (−) 0,5.

Um den Saldo dieser Werte (−0,4 vH) müßte die Basisleitlinie korrigiert werden. Im Ergebnis bedeutete dies, eine Leitlinie für den Anstieg des Tariflohn- und -gehaltsniveaus in der Gesamtwirtschaft (auf Stundenbasis) von 3,5 vH im Jahresdurchschnitt 1967 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1966; dies wäre mit der Stabilität des Kostenniveaus vereinbar. Damit sich der Anstieg des Tariflohnniveaus in diesem Rahmen hält, dürften — und hierbei sind die bereits vereinbarten Stufenerhöhungen vorab berücksichtigt — die 1967 fälligen Neuabschlüsse im Durchschnitt nur Erhöhungen um 4 vH gegenüber dem letzten Tarifstand vorsehen.

VIERTES KAPITEL

Einzelprobleme einer stabilitätskonformen Einkommenspolitik

302. Nachdem die vom Sachverständigenrat in Ziffer 248 [1]) seines Jahresgutachtens 1964 dargelegte Regel für eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik weithin Zustimmung erfahren hatte, sind bei der Diskussion um die Anwendung dieser Regel eine Reihe von Einzelproblemen in den Vordergrund getreten. Es geht dabei vor allem um folgende Fragen:

— Welche Modifikation der Regel ist nötig bei Preissteigerungen?

— Welchen Veränderungen der Kapitalkosten je Produkteinheit hat die Lohnpolitik Rechnung zu tragen, und wie lassen sich solche Veränderungen ermitteln?

— Sind vermögenswirksame Zuschläge zum Arbeitseinkommen, wie sie beispielsweise in der Bauwirtschaft vereinbart wurden, auf die durch den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt möglichen kostenniveau-neutralen Lohnsteigerungen anzurechnen?

— In welchem Maße ist bei der Tariflohnpolitik zu berücksichtigen, daß in der Vergangenheit die effektiven Lohneinkommen je Arbeitsstunde meist stärker zugenommen haben als die tariflich vereinbarten Stundenlöhne?

— Sollte bei der Orientierung der Lohnpolitik am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt von kurzfristigen Änderungen der Produktivität — etwa derjenigen von Jahr zu Jahr — ausgegangen werden oder von einem längerfristig erzielbaren Durchschnitt?

[1]) wieder abgedruckt im Anhang II

Die Berücksichtigung von Preissteigerungen

303. Der Sachverständigenrat hatte in seinem Zweiten Jahresgutachten eine Lohnleitlinie genannt, nach der im ersten Jahr der konzertierten Aktion bei Tarifabschlüssen eine für unvermeidlich gehaltene Teuerungsrate von 2 vH neben dem Produktivitätsfortschritt berücksichtigt werden sollte [1]). Der Rat ging dabei von dem Grundsatz aus, daß zumindest während einer Stabilisierungsaktion ein Kampf um eine Veränderung der Einkommensanteile der großen sozialen Gruppen nicht stattfinden sollte.

Mit dieser Berücksichtigung einer Teuerungsrate sollte allerdings nicht ein Grundsatz aufgestellt werden, nach dem nun jede erwartete Erhöhung des Preisniveaus Anlaß für eine entsprechende Modifikation produktivitätsorientierter Lohnleitlinien geben müßte.

304. Wenn durch staatliche Maßnahmen die relative Einkommensposition bestimmter Gruppen, zum Beispiel der Landwirtschaft durch Erhöhung von Marktordnungspreisen, verbessert werden soll, so ist im allgemeinen davon auszugehen, daß die Last solcher Einkommensumverteilungspolitik letztlich die Konsumenten tragen müssen. Häufig führen solche Umverteilungen allerdings zu fortgesetzten Überwälzungsprozessen. Nehmen etwa die Ge-

[1]) Für solche Fälle Robert M. Solow: „What is needed is some target pace for slowing down the price trend over a couple of years." (The Case against the Guideposts, in: Guidelines, Informal Controls, and the Market Place Chicago—London 1966.)

werkschaften den das Preisniveau erhöhenden Primäreffekt der Maßnahme zum Anlaß für zusätzliche, zumindest teilweise erfolgreiche Lohnforderungen, die dann ihrerseits eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen, so kann die inflatorische Wirkung des gesamten Prozesses schließlich ein Vielfaches der Primärwirkungen ausmachen.

Solche kumulativen Überwälzungsprozesse gilt es zu vermeiden oder wenigstens möglichst gering zu halten. Dazu bedarf es der Einsicht aller Betroffenen, daß der Staat meist in der Lage ist, deren relative Einkommensposition auch gegen ihren Willen zu verändern.

305. Zu den staatlichen Maßnahmen, die regelmäßig unmittelbar preiswirksam sind und häufig im Verteilungskampf zu fortgesetzten Abwälzungsversuchen führen, gehören auch die Erhöhungen indirekter Steuern. Für sie gilt daher das gleiche wie für Maßnahmen der direkten Preispolitik. Möglicherweise anders zu werten sind Erhöhungen des Preisniveaus, die auf einer schubweisen Erhöhung der Preise für Leistungen der öffentlichen Unternehmen, insbesondere also Bahn und Post, beruhen. Hier handelt es sich meist nicht um ein Problem der Einkommensumverteilung, sondern um das Problem, wie eine verzögerte Anpassung der Preise für bestimmte Güter und Dienste an die Kostenentwicklung zeitlich richtig zuzurechnen wäre. Einer Erhöhung der indirekten Steuern wäre der Vorgang nur gleichzusetzen, wenn die Erhöhung administrierter Preise deshalb nötig geworden ist, weil bestimmte Lasten der öffentlichen Unternehmen, die bisher durch die öffentlichen Haushalte gedeckt waren, nunmehr über den Markt finanziert werden sollen.

306. Da große Gruppen genügend wirtschaftliche Macht haben, um die staatliche Wirtschaftspolitik mit inflatorisch wirkenden Reaktionen zu durchkreuzen, sollte die Wirtschaftspolitik viel stärker als bisher solchen Widerstand berücksichtigen. Viel käme wahrscheinlich darauf an, daß der Staat in der Gesetzgebung wie in der öffentlichen Diskussion ohne Beschönigung darlegte, welche Gruppen in welcher Höhe durch preispolitische oder steuerpolitische Maßnahmen zusätzliche Belastungen hinnehmen sollen. Man mag dem Staat das Recht zugestehen, von seinen Bürgern zu fordern, daß sie davon ablassen, über die wirtschaftliche Macht der Interessengruppen, in denen sie formiert sind, die Folgen einer staatlichen Umverteilungspolitik abzuwehren. Aber auch der Gesetzgeber kann sich nicht gut auf seine Souveränität berufen und von den Betroffenen Stillhalten verlangen, wenn er sie über die Wirkungen solcher Maßnahmen im Dunkeln läßt. Der Staat müßte zumindest ausdrücklich feststellen, daß preissteigernde Maßnahmen, mit denen die Einnahmen des Fiskus oder die Einkünfte bestimmter Gruppen erhöht werden sollen, den Verbrauchern eine zusätzliche Belastung bringen müssen und mithin nicht Anlaß einkommenspolitischer Kompensationsforderungen sein dürften.

307. Wenn diejenigen, die durch preis- oder steuerpolitische Maßnahmen betroffen sind, Abwehrmaßnahmen unterlassen, bleibt die preisniveauerhöhende Wirkung auf den Primäreffekt beschränkt.

Sollen staatliche Maßnahmen, die einzelne Preise — und damit die Einkommen bestimmter Gruppen oder die Einnahmen des Staates — erhöhen, sich überhaupt nicht in einer Erhöhung des Preisniveaus niederschlagen, so müssen natürlich genügend andere Preise entsprechend sinken. Das wäre im allgemeinen nur zu erwarten, wenn die nichtbegünstigten Gruppen nicht nur auf Abwehrreaktionen verzichteten, sondern es darüber hinaus sogar hinnähmen, daß ihre Nominaleinkommen insgesamt entsprechend weniger stark erhöht werden, als die gesamtwirtschaftliche Produktivität zunimmt.

Dieser zweite Weg verspricht zwar einen stabileren Geldwert, doch kann man sich kaum vorstellen, der Staat könnte Verständnis dafür erlangen, daß bei Maßnahmen, die eine Erhöhung bestimmter Preise bewirken, die Bürger auf sonst erreichbare Einkommenssteigerungen verzichten, damit — wegen der so möglichen Lohnkostensenkungen — andere Preise sinken können. Es dürfte schon schwer genug sein, auch nur Kompensationsforderungen der betroffenen Einkommensbezieher abzuwehren.

308. Wenn es darum ginge, einen Index zu konstruieren, der den einkommenspolitisch relevanten Anstieg des Preisniveaus angeben soll, so dürfte man natürlich nicht annehmen, daß die öffentlich beeinflußten Preise ohne staatlichen Eingriff konstant geblieben wären. Wie die rein marktbedingte Preisentwicklung tatsächlich gewesen wäre, ist allerdings zuverlässig nicht zu ermitteln. Man hätte aber wohl davon auszugehen, daß sich in einer wettbewerbsbestimmten Marktwirtschaft

- Veränderungen der relativen Preise eines Sektors längerfristig vor allem nach dem dort erzielten relativen Produktivitätsfortschritt sowie nach der Veränderung der Preise für die dort benötigten Vorleistungen bestimmen und
- Veränderungen des Anteils der indirekten Steuern, Zölle und Abschöpfungen (abzüglich Subventionen) am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen voll in einer entsprechenden Veränderung des Preisniveaus auswirken.

Bei schubweisen Veränderungen der administrierten Preise für Leistungen öffentlicher Un-

ternehmen käme grundsätzlich in Betracht, diese einkommenspolitisch so zu behandeln, als ob sie gleichmäßig über die Zeit verteilt worden wären.

Die Berücksichtigung der Kapitalkosten

309. Wächst der Kapitalstock einer Wirtschaft rascher als ihr Arbeitskräftepotential, nimmt also die Kapitalintensität der Produktion zu, so entsteht — wenn der technische Fortschritt keinen Ausgleich schafft — in der Regel eine Tendenz zu sinkender Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Nur der technische Fortschritt kann bewirken, daß mit dem Kapitalwachstum ein entstehender Bedarf an Kräften zur Besetzung neu geschaffener Arbeitsplätze, der nicht aus einer Vermehrung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots gedeckt werden kann, durch Einsparungen an anderer Stelle befriedigt wird. Anderenfalls muß Arbeit durch Kapital ersetzt werden. Solche Prozesse, bei denen ein Produktionsfaktor durch einen anderen ersetzt wird, werden in der Regel dadurch in Gang gebracht, daß das Entgelt für den Einsatz des relativ reichlicher vorhandenen Faktors — hier also die Kapitalrendite — (relativ) sinkt. Nun ist jedoch durch nichts ausgemacht, daß der Kapitalzins dabei so stark sinken muß, daß die Kostensteigerung, die der Mehreinsatz von Kapital mit sich bringt, voll ausgeglichen wird. Ist dies nicht der Fall, so steigen die Kapitalkosten je Produkteinheit (Zinskosten und Abschreibungen) [1]). Selbstverständlich ist auch das Umgekehrte möglich.

310. Nehmen die Kapitalkosten je Produkteinheit zu, sei es weil mehr Kapital je Produkteinheit eingesetzt wird, ohne daß der Kapitalzins entsprechend sinkt, sei es, weil die Abschreibungsperioden kürzer werden, so vermindert dies jenen Zuwachs des Produktionsergebnisses je Stunde, der an die Arbeitskräfte verteilt werden kann. Der Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnerhöhungen wird geringer.

311. Ein Ansteigen des Kapitalmarktzinses sollte jedoch lohnpolitisch dann nicht berücksichtigt werden, wenn er das Ergebnis konjunkturpolitischer Restriktionen ist. Könnten nämlich die Unternehmen höhere Kapitalmarktzinsen ohne weiteres auf die Lohnkosten zurückwälzen, so wäre der beabsichtigte Bremseffekt sowohl im Bereich der Liquidität als auch der Rentabilität der Unternehmen entsprechend gemindert. Entsprechend schafft ein Zinsrückgang einen echten Spielraum für höhere Nominal- und Reallöhne nur, wenn er die Kapitalkosten je Produkteinheit langfristig mindert.

312. Steuerliche Änderungen der Abschreibungsmodalitäten, die konjunkturpolitisch motiviert sind, müssen lohnpolitisch natürlich genau so ignoriert werden, wie es bei den Zinskosten erläutert wurde.

Anders ist es, wenn die durchschnittlichen Abschreibungsperioden kürzer werden, weil die Investitionsgüter im Durchschnitt nicht mehr so dauerhaft sind, sei es aus Gründen geänderter Technik, sei es wegen eines Strukturwandels, mit dem der Anteil der Anlagen kurzer Lebensdauer zunimmt. Solche Vorgänge äußern sich darin, daß die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts, unter sonst gleichen Bedingungen, größer ist als die Wachstumsrate des Nettosozialprodukts. Relevant für die lohnpolitische Produktivitätsrechnung ist die letztere. Fraglich ist nur, ob die amtliche Statistik Veränderungen in diesem Bereich rechtzeitig und genau genug erfassen kann. Hinzu kommt, daß die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer der Anlagen, auf die es hier allein ankommt, vom erwarteten technischen Fortschritt abhängt und daher von der technischen Lebensdauer sehr stark abweichen kann.

313. Die Veränderungen der Kapitalkosten je Produkteinheit nach diesen Grundsätzen in der Einkommenspolitik zu berücksichtigen, ist außerordentlich schwer. Selbst über die Faktoren, die die Entwicklung in der Vergangenheit bestimmten, haben wir nur sehr unzulängliche Kenntnis.

Der Sachverständigenrat konnte sich nicht entschließen, die Ergebnisse der von ihm vorgenommenen Schätzungen hier mitzuteilen, da der Fehlerbereich der Rechnungen zu groß ist, als daß die Ergebnisse schon Bestandteil lohnpolitischer Leitlinien werden dürften.

Die Berücksichtigung vermögenswirksamer Zuschläge auf das Arbeitseinkommen

314. Um die Vermögensbildung in der Hand der abhängig Beschäftigten zu fördern, haben einzelne Tarifpartner sowie einzelne Unternehmen und Betriebvertretungen begonnen, zugunsten der Arbeitnehmer einen Zuschlag zum Lohn- oder Gehaltseinkommen zu vereinbaren, der für eine Reihe von Jahren vermögenswirksam anzulegen ist. Der Staat fördert diese Politik durch Steuerbegünstigungen, die über die allgemeinen Maßnahmen der Sparförderung hinausgehen. Damit ist die Frage aufgeworfen, ob und in welchem Umfang solche Zuschläge im Rahmen einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik über jene Lohnerhöhungen hinaus gewährt werden können, die nach Maß-

[1]) Abschreibungen, d. h. der Wertverzehr am Kapitalstock, können auch als Vorleistungen behandelt werden; hier soll jedoch entsprechend den Meßvorschriften an anderen Stellen des Gutachtens zunächst von den Bruttowerten ausgegangen werden, so daß die Abschreibungen als Teil der Kapitalkosten erscheinen.

gabe des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts möglich sind.

315. Staat und Arbeitnehmerorganisationen gehen bei der Förderung solcher Formen des kollektiven Sparens offensichtlich zunächst davon aus, daß der Sparwille der breiten Schichten nicht ihrer Sparfähigkeit entspricht und der Anteil der Arbeitnehmer an der laufenden Vermögensbildung nur sehr langsam zunimmt. Hinzu kommt aber wohl die verteilungstheoretische Überlegung, daß durch eine Förderung des Sparens in breiten Schichten der Bevölkerung möglicherweise nicht nur deren Anteil an der laufenden Vermögensbildung, sondern auch ihr Anteil am Volkseinkommen geändert werden kann. Hierauf wird dann die Forderung gegründet, daß auch im Rahmen einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik Raum gelassen werden müsse für vermögenswirksame Zuschläge zum normalen Arbeitseinkommen, die die Einkommensverteilung ändern, das heißt, die auf den Lohnerhöhungsspielraum, den der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt gewährt, nicht anzurechnen wären.

316. Der verteilungspolitische Optimismus der Vertreter einer solchermaßen begründeten Sparförderung hat folgende — hier vereinfachte — Grundlage: Hält man die Entwicklung der Investitionsausgaben (und des Außenbeitrags) in einer Volkswirtschaft für gegeben, so werden die Gewinne diejenige Höhe erreichen, die es den Unternehmern erlaubt, neben ihren Konsumausgaben soviel von den Investitionsausgaben zu finanzieren, wie die Summe der Ersparnisse der übrigen sozialen Gruppen und des Staates sowie die Kapitalimporte unfinanziert lassen.

Anders gesehen: Beeinflussen die Arbeitnehmer mit ihren Konsumausgaben das gesamtwirtschaftliche Produktionsvolumen nicht, so können sie durch Ausgabezurückhaltung — Sparen — die Unternehmen zwingen, ihnen Waren und Dienstleistungen billiger anzubieten, als diese es sonst täten, und zur Finanzierung ihrer Investitionen die Arbeitnehmerersparnisse — statt eigener Gewinne — in Anspruch zu nehmen.

317. Daß man erwarten dürfe, marktwidrige, wenn auch gesparte Lohnerhöhungen hätten bloß zur Folge, daß unternehmerische Gewinne durch Arbeitnehmerersparnisse ersetzt werden, begegnet allerdings begründeter Skepsis. Die skeptische Auffassung bezweifelt, daß man, ohne daß es zu Überwälzungsprozessen kommt, tarifvertraglich etwas aufteilen kann, was als Unternehmensgewinn unabdingbare Funktionen erfüllt. Es muß damit gerechnet werden, daß die Unternehmen die zusätzlichen Löhne, die vermögenswirksam angelegt werden, in ihrer vollen Höhe als Kosten ansehen, die zu überwälzen sie sich berechtigt fühlen. Kommt es zu Überwälzungsversuchen auf breiter Front, so wird das Preisniveau steigen. Blieben allerdings gleichzeitig die Investitionsausgaben unverändert, so erlitten die Unternehmen mit jeder Preiserhöhung einen entsprechenden Rückgang ihrer Absatzmengen; ihre Gesamterlöse würden nicht steigen, der Überwälzungsversuch wäre gescheitert. Die Chancen für ein Gelingen der Fortwälzungsversuche sind also umso größer, je stärker die Unternehmer die Investitionsausgaben erhöhen. Daß die Unternehmer grundsätzlich geneigt sein werden, mehr zu investieren, ist schon deshalb wahrscheinlich, weil sie die Lohnerhöhung durch verstärkten Produktivitätsfortschritt mittels vermehrten Einsatzes von Kapital, das durch die Lohnerhöhung — relativ — billiger geworden ist, aufzufangen suchen werden. Den Überwälzungsversuch kreditpolitisch vollständig zu verhindern, würde die Vollbeschäftigung kosten. Nur um den Preis einer Rezession also könnten die Reallöhne um den Betrag, der vermögenswirksam angelegt ist, zusätzlich steigen, jedenfalls auf kurze Sicht.

318. Auch der Sachverständigenrat neigt der Auffassung zu, daß mit Überwälzungsversuchen gerechnet werden muß.

Offen ist allerdings die Frage, in welchem Maße die Überwälzung gelänge. Daß den Arbeitnehmern am freien Reallohn alles wieder verlorenginge, was ihnen an anlagepflichtigen Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus zunächst gewährt würde, ist nicht sehr wahrscheinlich. Insoweit das (Zwangs-) Sparen der vermögenswirksamen Lohnzuschläge wirklich zusätzliches Sparen der Arbeitnehmer ist, verändern sich, wenn auch nur allmählich, die Knappheitsrelationen und damit die Einkommensrelationen zum Nachteil des Produktionsfaktors Kapital und zugunsten der Arbeitnehmer.

319. Mit dem Problem, wie die Überwälzungsmöglichkeiten ohne Gefahr für einen hohen Beschäftigungsstand beschränkt werden könnten, sind zugleich folgende Fragen aufgeworfen, die der Sachverständigenrat hier nicht weiter erörtern kann:

Kann erreicht werden, daß selbst bei sinkender Profitrate die Bereitschaft der Unternehmer zu expansiven Investitionen nicht nachläßt,

- sei es durch Förderung risikofreudigen unternehmerischen Nachwuchses,
- sei es durch Verringerung der unternehmerischen Investitionsrisiken über eine Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung,
- sei es generell durch mehr Konstanz in der Wirtschaftspolitik?

Welcher Spielraum besteht für (geldwertneutrale) steuerpolitische Maßnahmen, die einem Sinken der durchschnittlichen Kapitalrendite entgegenwirken?

Lassen sich in größeren Bereichen die bisherigen Selbstfinanzierungsgewohnheiten (teilweise) ablösen durch neue oder alte Formen der Fremd- oder Beteiligungsfinanzierung, wenn man die entsprechenden institutionellen Voraussetzungen hierfür schafft?

320. Eine besondere Würdigung verdient die Mitwirkung des Fiskus bei der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Dieser könnte die Unternehmen, die vermögenswirksame Lohnerhöhungen vereinbaren, auf steuerlichem Wege entlasten und auf diese Weise die zusätzlichen Löhne ganz oder zu einem erheblichen Teil tragen. Insoweit entfielen dann die Bedenken, die bei allen Verfahren, die eine Erhöhung des Kostenniveaus mit sich bringen, auftauchen, weil sie entweder die Geldwertstabilität oder die Vollbeschäftigung gefährden. Der Staat könnte die Kosten tragen, indem er auf einen Teil seiner Steuereinnahmen verzichtet und in entsprechender Höhe Anleihen aufnimmt.

Die Verschuldung der öffentlichen Hand, der ja immer entsprechende Vermögenstitel in Privathand gegenüberstehen, ist in der Bundesrepublik verhältnismäßig gering (Ziffer 181 JG 64, Ziffer 196), anders als in vielen anderen Ländern, die das Privatvermögen in Form von Geldforderungen — vor allem gegenüber dem Staat — nicht gelegentlich durch Währungsreformen vernichtet haben.

Die gesamte Politik der Sparförderung in der Bundesrepublik im Wege der Steuerbegünstigung ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Verschuldungsreserve der öffentlichen Hand zu sehen. Eine großzügigere Sparförderung der öffentlichen Hand erscheint daher, unbeschadet der Zweckmäßigkeit einer Reform, geldwertpolitisch völlig unbedenklich. Wirksame Maßnahmen der Sparförderung können als Umgestaltung der Einkommensteuer in Richtung auf eine Ausgabensteuer angesehen werden. Die Probleme einer dauerhaften Gesundung des Kapitalmarktes, auf dem der Fiskus die Ausgaben für die Sparförderung — und mehr — im Wege der Anleihebegebung leicht müßte zurückerhalten können, scheinen den Blick hierfür zu verstellen.

321. Nach den hier mitgeteilten Überlegungen läßt sich die Ausgangsfrage der Ziffer 314, ob und in welchem Maße vermögenswirksame Zuschläge zum Arbeitseinkommen außerhalb des produktivitätsabhängigen Spielraums für Lohnerhöhungen gewährt werden können, quantitativ nicht verläßlich beantworten. Der Anteil der Zuschläge, der nicht „anzurechnen" wäre, dürfte um so größer sein, je größer die Bereitschaft der Unternehmer ist, expansive Investitionen bei sinkender Profitrate nicht zu unterlassen, und je stärker der Staat durch Verschuldung eine zusätzliche Vermögensbildung in Privathand erlaubt.

Zur Frage der Lohndrift

322. Aus Gründen, die noch im einzelnen darzulegen sind, weicht die Effektivlohnentwicklung im allgemeinen von der Tariflohnentwicklung ab (Lohndrift). Während aber eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik im Sinne der Ziffer 248 unseres Jahresgutachtens 1964 nur an die Tariflöhne anknüpfen kann, gelten die dort genannten Bedingungen ausnahmslos für die effektiven Stundenlöhne. An der Lohnleitlinie, die der Rat in seinem vorjährigen Gutachten zur Diskussion gestellt hatte, ist mit dem Argument Kritik geübt worden, der Rat unterschätze die Bedeutung der Lohndrift. Eine von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vorgelegte Untersuchung schließt mit der These, in der Differenz zwischen der Zuwachsrate der Effektivlöhne und der der Tariflöhne gäbe es einen konjunkturunabhängigen „harten Kern", auf den in den Jahren 1958 bis 1965 etwa zwei Drittel dieser Wachstumsdifferenz zurückgingen.

323. Das beobachtete Auseinanderklaffen von Tariflohnentwicklung und Effektivlohnentwicklung hat drei Gründe: Marktkräfte, Strukturwandlungen und statistische Fehler.

a) Eine Zunahme der Lohndrift ist typisch für Phasen konjunktureller Anpassung; sie ist das Mittel, mit dem der Markt auf die Arbeitskräfteverknappung antwortet, weil die Tariflöhne meist längerfristig fixiert sind. So wie die Effektivlöhne den Tariflöhnen davonlaufen können, so kann aber auch die Zunahme der Effektivlöhne hinter der der Tariflöhne zurückbleiben. Keineswegs muß etwa eine Tariflohnerhöhung von 6 vH zu einer Effektivlohnsteigerung um denselben Satz führen. Der Hauptgrund hierfür ist, daß die Tarifverträge in der Bundesrepublik, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sogenannnte Effektivklauseln nicht enthalten und Tariflohnerhöhungen daher jederzeit auf die Differenz zwischen Effektivlohn und Tariflohn angerechnet werden könen.

b) Strukturwandlungen wären für sich genommen ausreichend, um zu bewirken, daß die Effektivlöhne schneller steigen als die Tariflöhne. Selbst wenn diese unverändert blieben, würde das effektive Lohnniveau tendenziell schon deshalb zunehmen, weil die Arbeiter zu — tariflich — besser bezahlten Arbeitsplätzen wechselten. Lohnsummeneffekte des Strukturwandels werden sich immer dann ergeben, wenn

— Arbeitskräfte innerhalb einer Branche von Betrieb zu Betrieb „wandern",

— Arbeitskräfte von Branche zu Branche „wandern" [1]),

— Arbeitskräfte zwischen den Regionen, aber innerhalb derselben Branche „wandern",

— Arbeitskräfte aus der Gruppe der Zeitlöhner in die der Leistungslöhner „überwechseln" und umgekehrt,

— der Anteil der höher qualifizierten Arbeitskräfte steigt (sinkt),

— der Anteil der männlichen (weiblichen) Arbeitskräfte sich ändert.

c) Ein Teil der beobachteten Lohndrift geht auf unterschiedliche statistische Definitionen der Reihen zurück. So berücksichtigt die Tariflohnstatistik nicht

— eine Veränderung der Lohngruppeneinteilung,

— eine Veränderung der sogenannten Altersstaffel,

— eine Veränderung der Ortsklassenstaffel,

— eine Gewährung, Erhöhung oder Verminderung von Zulagen und Zuschlägen (Nacht-, Mehrarbeits-, Sonn-, Feiertagszuschlägen, Erschwernis- und Schichtzulagen, Hausstands- oder Kindergeldern, Wohnungsgeld),

— eine Gewährung, Erhöhung oder Verminderung von einmaligen Jahresleistungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld).

Dies alles schlägt sich jedoch in der Summe der in der Gesamtwirtschaft gezahlten Löhne und Gehälter nieder. Bezieht man diese auf die Beschäftigtenstunden und vergleicht sie mit dem Tariflohn- und -gehaltsniveau auf Stundenbasis, so kann sich eine Wachstumsdifferenz auch ergeben,

— wenn die tarifliche Urlaubszeit verändert wird, da dies nur die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigtenstunde erhöht, nicht aber den tariflichen Stundenlohn,

— wenn zusätzliche Arbeitsstunden geleistet werden, unabhängig davon, ob sich gleichzeitig der tarifliche Mehrarbeitszuschlag erhöht.

324. Als Ergebnis von Beratungen, die der Sachverständigenrat mit Vertretern der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes geführt hat, ist festzuhalten, daß von der in den Jahren 1958 bis 1965 beobachteten Differenz in den Wachtstumsraten von Effektivlöhnen und Tariflöhnen — sie machte im Durchschnitt je Jahr etwa zwei Prozentpunkte aus — möglicherweise die Hälfte auf Unterschiede in den Definitionen der statistisch gemessenen Größen und Lohnsummeneffekte zurückzuführen ist. Die vorhandenen Unterlagen lassen es jedoch nicht zu, hierüber eine eindeutige Aussage zu machen; wahrscheinlich liegt der gesuchte Anteil zwischen 0,5 und 1,5 Prozentpunkten. Daß es so schwierig ist, ihn genauer festzulegen, hängt damit zusammen, daß der wechselnde Einfluß der Marktkräfte den auf Strukturwandlungen und statistischen Fehlern beruhenden „harten Kern" überlagert und so die gesamte Lohndrift größer oder kleiner werden läßt, als der „harte Kern" ausmacht, möglicherweise sogar negativ. Im übrigen braucht ein „harter Kern", der es in einer Periode war, es in einer anderen nicht zu sein, da die Strategien der Tarifpartner vielfältig sind und ein Faktor, der gestern für die Lohndrift von Bedeutung war — etwa die tarifliche Normierung eines Urlaubsgeldes —, morgen bedeutungslos sein kann.

325. Da es für die Lohnpolitik so wichtig ist, die Fragen der Lohndrift zu klären, regt der Rat an, die statistische Aktivität auf diesem Gebiet erheblich zu verstärken. Umfassendere laufende Erhebungen und betriebliche Fallstudien wären nötig.

326. Nicht für alle Komponenten der gemessenen Lohndrift gilt allerdings in gleichem Maße, daß es wegen der Ungewißheit über ihre vermutliche künftige Bedeutung schwierig ist, sie bei einer Tarifpolitik, die sich an Lohnleitlinien orientiert, zu berücksichtigen. Soweit es sich um Erhöhungen der Lohneinkommen je Beschäftigten handelt, die zwar tariflich vereinbart sind, aber nicht den tariflichen Stunden- oder Wochenlohn betreffen (der allein in den Tariflohnindex eingeht), dürften die Tarifpartner einigermaßen zuverlässig abschätzen und damit in äquivalenten Stundenlöhnen ausdrücken können, was solche Nebenabreden (über Verbesserungen bei Urlaubszeit, Urlaubsgeld etc.) für die vom jeweiligen Neuabschluß betroffenen Arbeitnehmer im Durchschnitt ausmachen. Ebenso wie Arbeitszeitverkürzungen — entsprechend dem vereinbarten Lohnausgleich — einer Tariflohnerhöhung im engeren Sinne gleichzusetzen wären, müßten andere Nebenleistungen von vornherein mit ihrem Lohnäquivalent auf die gesamtwirtschaftlich für vertretbar zu erachtenden Lohnsatzerhöhungen angerechnet werden. Zieht man dies in Betracht, so verbleibt der Teil der künftigen gesamtwirtschaftlichen Lohndrift, der auch für die beteiligten Tarifpartner schwer abzuschätzen ist; der Größenordnung nach dürfte er sicherlich unter 1vH, wahrscheinlich unter 0,5 vH liegen.

[1]) zum Teil im Tariflohnindex der Bundesbank berücksichtigt

Kurzfristige versus mittelfristige Produktivitätsfortschritte

327. Aus Gründen, deren wichtigste in den Ziffern 81 ff. dargelegt worden sind, weicht die relative Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in einem kürzeren Zeitraum, zum Beispiel einem Jahr, immer wieder sehr stark vom längerfristigen Durchschnitt des Produktivitätsfortschritts ab. Damit ist die Frage aufgeworfen, ob eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik den kurzfristigen Schwankungen der Produktivitätsentwicklung möglichst flexibel folgen soll, oder ob zweckmäßiger ist, sie an den längerfristigen Chancen der Einkommenssteigerung auszurichten.

328. Grundsätzlich erscheinen beide Wege gangbar. Die Entwicklung der Reallöhne dürfte von der Art der einkommenspolitischen Strategie letztlich kaum berührt werden. Der Sachverständigenrat hat die Aufmerksamkeit der Sozialpartner bisher vor allem auf die kurzfristige Steigerung der Arbeitsproduktivität gelenkt. In den Vereinigten Staaten werden seit mehreren Jahren vom Council of Economic Advisers lohnpolitische Leitlinien gegeben, die unmittelbar an Mehrjahresdurchschnitten der Vergangenheit anknüpfen.

329. Was die Vorhersehbarkeit der Produktivitätsentwicklung angeht, dürften Vorhersagen, die sich auf den Durchschnitt mehrerer künftiger Jahre erstrecken, weniger von den tatsächlichen Werten abweichen als Vorhersagen auf kurze Sicht. Dies liegt daran, daß eine mittelfristige Prognose sich stärker an den Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung, die von der vergleichsweise gut bekannten Entwicklung der Produktivkräfte her bestimmt werden, ausrichten kann. Eine kurzfristige Produktivitätsprognose dagegen ist immer zugleich eine Konjunkturprognose.

330. Gleichwohl kann es sein, daß die Sozialpartner sich auf längere Sicht in einer so wichtigen Sache einer Prognose nicht anvertrauen möchten. Wenn das der Fall ist, käme vielleicht ein mehr mechanisches Verfahren der Leitlinienfindung in Betracht. So könnte der Trend der letzten Jahre — beispielsweise ein gleitender Drei-Jahresdurchschnitt — als Indikator der längerfristigen Entwicklung gewählt werden. Jede Formel dieser Art hätte aber natürlich den Nachteil mangelnder Flexibilität. Sonderentwicklungen der jüngsten Vergangenheit bekämen ein zu großes Gewicht, Faktoren, die eine Trendänderung erwarten lassen, ein zu geringes.

331. Die größere Zuverlässigkeit der mittelfristigen Vorhersagen würde es im Prinzip erlauben, bei entsprechendem Vertrauen der Sozialpartner den Verteilungskampf davon zu entlasten, daß dauernd jeweils eine der großen Gruppen bestrbet ist, das für sie unbefriedigende Verteilungsergebnis der gerade abgelaufenen Periode nachträglich zu korrigieren. Der häufige und nur schwer vorhersehbare Wechsel der Konjunkturlage sowie der institutionell bedingte Mangel an Flexibilität bei den Tarifvereinbarungen haben es mit sich gebracht, daß Gewinnexpansion und Lohnwellen oft erst verzögert aufeinander folgen. Dadurch wird das zyklische Element in der konjunkturellen Entwicklung noch verstärkt. Dieser Nachteil ließe sich jedoch vermeiden, wenn die Wirtschaftspolitik zu gleicher Zeit auf stetiges Wachstum und stetige Einkommensentwicklung hinwirkte.

332. Je nach Konjunkturlage müßten die Tarifpartner allerdings ein hohes Maß an Vertrauen in die Richtigkeit einer am Trend des Produktivitätsfortschritts orientierten Lohnleitlinie aufbringen.

Die Unternehmer müßten bereit sein, eine starke Kompression ihrer Gewinnmargen hinzunehmen, wenn sich die Nachfrageexpansion abschwächt, die Kapazitätsauslastung zurückgeht und der Produktivitätsfortschritt gering wird, die Löhne aber — trendorientiert — kräftig steigen.

Entsprechend müßte von den Arbeitnehmerorganisationen erwartet werden, daß sie keinen vermeintlichen Nachholanspruch durchzusetzen versuchen, wenn die Nachfrage kräftig expandiert, die Kapazitäten stärker ausgelastet und große Produktivitätsfortschritte erzielt werden, so daß die Gewinne stark zunehmen.

333. Diese Probleme wären wesentlich geringer, wenn die Effektivlöhne entsprechend beweglich wären. Bei trendorientiertem Anstieg der Tariflöhne würde die Lohndrift stärker schwanken; in einer Wachstumspause könnte sie auch einmal negativ werden.

334. Für die Arbeitnehmerorganisationen läge die Hauptschwierigkeit einer mehr oder weniger mechanischen Verstetigung der tariflichen Einkommensentwicklung möglicherweise vor allem darin, daß ihre Rolle als Marktpartei verändert würde. Eine Lohnleitlinie, die auf der vorhersehbaren kurzfristigen Produktivitätsentwicklung beruht, läßt ihnen — abgesehen davon, daß sie sich für oder gegen die Lohnleitlinie aussprechen können — die Möglichkeit, in einzelnen Bereichen die Marktverhältnisse abzutasten und spezifische Gleichgewichtslöhne zu vereinbaren. Würden sie dagegen eine trendorientierte Lohnleitlinie akzeptieren, so hätten sie sich damit verpflichtet, in Jahren der Hochkonjunktur global wie in Einzelbereichen weniger zu fordern, als die Knappheit der Arbeitskräfte zuließe. Umgekehrt könnten sie bei weniger günstiger Konjunktur einem Überangebot an Arbeitskräften nicht durch ein Zurückhalten bei Lohnforderungen entgegenwirken.

Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen 1958 bis 1965

335. Tabelle 42 gibt, soweit die verfügbaren statistischen Informationen quantitative Schätzungen erlauben, einen Überblick über die längerfristige Entwicklung der Faktoren, die im Rahmen einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik neben dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zu berücksichtigen sind. Alle Zahlen der Tabelle beziehen sich allein auf den privaten Bereich der Gesamtwirtschaft, zum einen, weil es keine ausreichend zuverlässigen Schätzungen über Produktivitätsfortschritte im öffentlichen Bereich gibt, zum anderen, weil sich Einnahmen und Ausgaben des Staates überwiegend nach anderen als marktwirtschaftlichen Gründen bestimmen.

Tabelle 42

Produktivität, Preise, Löhne

Größenordnungen zu JG 64 Ziffer 248
Durchschnittliche jährliche Veränderung 1959/1965
in vH

(1)	Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	+4,9
(2)	Terms-of-Trade-Effekt	+0,3
(3)	Kapitalkosteneffekt	.
(4)	Lohnsummeneffekt des Strukturwandels	−0,2
(5)	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	+0,3
(6)	Preisindex für die Lebenshaltung	+2,6
(7)	Preisindex für die letzte Verwendung	+2,4
(8)	Korrigierter Preisindex für die letzte Verwendung (Ziffer 308)	.
(9)	Tariflohn- und -gehaltssumme auf Wochenbasis	+6,6
(10)	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	+9,0
(11)	Lohndrift [= (10) ⁒ (9)]	+2,4

Alle Größen beziehen sich auf den privaten Sektor. — Die unter (2), (3) und (4) ausgewiesenen Effekte sind ausgedrückt in Einheiten der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer. — Weitere Erläuterungen: Anhang VII



Anhang

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963

(Bundesgesetzbl. I S. 685)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfasssung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstellt jährlich bis zum 15. November ein Gutachten. Darüber hinaus soll er nach seinem Ermessen zusätzliche Gutachten erstellen, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden.

(2) Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung zusätzlicher Gutachten nach Absatz 1 Satz 2 beauftragen.

(3) Der Sachverständigenrat leitet die Gutachten der Bundesregierung unverzüglich zu und veröffentlicht sie acht Wochen danach. Die Gutachten nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 kann der Sachverständigenrat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft auch zu einem anderen Zeitpunkt veröffentlichen.

(4) Zu dem Gutachten nach Absatz 1 Satz 1 nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen. Zu anderen Gutachten kann die Bundesregierung Stellung nehmen.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 14. August 1963

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern
Höcherl

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Dahlgrün

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 8. November 1966

(Bundesgesetzbl. I S. 633)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 6 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) erhält folgende Fassung:

„§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat soll nach seinem Ermessen zusätzliche Gutachten erstellen, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung solcher Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet diese Gutachten der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie eine Woche danach oder im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft zu einem späteren Zeitpunkt."

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 8. November 1966

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schmücker

II.

Auszug aus dem Jahresgutachten 1964

248. Wenn sich bei Vollbeschäftigung von der Preis-, Lohn- und Kostenseite her Gefahren der beschriebenen Art zeigen, kann die Geldwertstabilität zwar verteidigt werden, aber kurzfristig und ohne unmittelbare Eingriffe in die Preis- und Lohnbildung nur mit Mitteln, die zu sinkenden Investitionen und zunehmender Arbeitslosigkeit führen. Der Standpunkt, daß alle, die mehr für ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse fordern, als der Markt zu zahlen bereit ist, es selbst zu verantworten haben, wenn sie aus dem Markt gedrängt werden, ist so weit entfernt von den im Gesetz über den Sachverständigenrat niedergelegten Zielen, daß er hier ohne nähere Prüfung ausscheiden kann. Wir müssen also nach anderen Möglichkeiten suchen, die Vollbeschäftigung und die Geldwertstabilität gegen die Gefahren zu sichern, die nunmehr von dem Verhalten der Sozialpartner ausgehen können. Die einzige, die mit unserer Wirtschaftsordnung vereinbar ist — eine andere sehen wir nicht —, liegt in der Aufklärung über jene lohnpolitischen Bedingungen, unter denen ohne Beschränkung der tarifpolitischen Autonomie der Sozialpartner Geldwertstabilität ohne Arbeitslosigkeit — oder Vollbeschäftigung ohne Inflation — möglich ist.

a) Bei gegebenen Wettbewerbsbedingungen spielt sich im monetären Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Preisen und Kosten und damit auch zwischen Preis- und Kostenniveau ein. Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist daher identisch mit dem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.

b) Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne, solange die oben genannten Annahmen und Bedingungen — insbesondere monetäres und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — gegeben sind, dem Grundsatz nach im Durchschnitt nicht stärker erhöht werden als um den Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde — von etwaigen Struktureffekten bereinigt — erhöht. Wenn dagegen der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten abnimmt — zum Beispiel wegen Zinssenkung infolge zunehmenden Kapitalreichtums oder wegen kapitalsparenden technischen Fortschrittes — oder wenn die „terms of trade" sich verbessern — niedrigere Importpreise oder höhere Exportpreise —, so ist für Lohnerhöhungen ein zusätzlicher Spielraum über den Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinaus gegeben, ohne daß das Kostenniveau steigt — und umgekehrt. Ebenso mag es angebracht sein, den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt optimistisch einzuschätzen, in der Hoffnung, daß ein gewisser Lohndruck die Rationalisierungsbemühungen in den Unternehmen verstärkt.

c) Zu den Lohnerhöhungen gehören im Hinblick auf die Kostenseite auch Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, soweit sie den Arbeitgeberanteil betreffen. Es müßte daher die Regel gelten, die Beitragssätze, soweit erforderlich, in kürzeren Zeitabständen und dann jeweils nur geringfügig anzuheben; eine sprunghafte Beitragserhöhung würde den Spielraum der Sozialpartner für kostenniveau-neutrale Lohnerhöhungen in dem betreffenden Jahr zu sehr einengen.

d) Die Lohnerhöhung, die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kostenniveau-neutral ist, kann nur für jene Bereiche den Maßstab bilden, die sich im Gleichgewicht befinden und voraussichtlich im Gleichgewicht bleiben werden. Zeigt sich irgendwo ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften, der nicht aus dem Neuzugang, sondern nur durch Abzug aus anderen Bereichen gedeckt werden kann, so müssen, wie dies in der effektiven Lohnbemessung in der Regel schon geschieht, die Löhne in den Mangelbereichen stärker erhöht werden, und zwar um so mehr, je größer die Friktionen und der Widerstand sind, die der Lohnanreiz überwinden soll.

e) Auf der anderen Seite ist es erforderlich, daß überall dort die Löhne langsamer steigen, wo Arbeitskräfte nicht mehr so dringend benötigt werden, weil der Absatz schrumpft oder der technische Fortschritt Einsparungen ermöglicht; sonst fehlt für die Arbeitnehmer der Anreiz, von sich aus den Arbeitsplatz zu wechseln. Wenn die Unternehmen zögern, nicht mehr benötigte Arbeitskräfte zu entlassen, und sogar erhebliche Lohnzugeständnisse machen — vielleicht auch, weil sie mit entsprechender staatlicher Hilfe rechnen, die aus politischen Gründen gerechtfertigt sein mag —, so wird in solchen Bereichen ein Beschäftigungsstand aufrechterhalten, der die an sich mögliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und damit letzten Endes auch der Reallöhne verringert.

f) Da die Knappheitsbedingungen in den verschiedenen Gebieten, Industriezweigen und Berufssparten am besten in kollektiven Verhandlungen ermittel werden können, macht die gesamtwirtschaftliche Leitregel den Lohnfindungsprozeß durch die Tarifparteien nicht entbehrlich. Die Leitregel zeigt nur den Richtpunkt an, bei dem die Ziele der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zum Wohle aller am wenigsten miteinander in Konflikt stehen.

III.

DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT
LP — 02 00 79/1

Bonn, den 21. Januar 1966
Nr. 3322

Der Bundesminister für Wirtschaft gibt bekannt:

Heute morgen fand im Bundeswirtschaftsministerium unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Schmücker ein Gespräch über die wirtschaftliche Lage statt. Die Teilnehmer geben zum Abschluß der Aussprache folgendes Kommuniqué bekannt:

„In Fortsetzung der Gespräche beim Herrn Bundeskanzler am 13. und 14. Dezember 1965 fand am 21. Januar 1966 unter dem Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Schmücker mit den Mitgliedern des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und mit den Repräsentanten der großen wirtschaftlichen Gruppen eine Aussprache über gemeinsame Anstrengungen zur Stabilisierung der Preise unter gleichzeitiger Erhaltung einer weiteren wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung statt.

An dem Gespräch nahmen teil:

Bundeswirtschaftsminister Schmücker (als Vorsitzender), Bundesfinanzminister Dahlgrün, Bundesarbeitsminister Katzer, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Höcherl, Bundesbankpräsident Blessing, Staatssekretär Dr. Langer, Staatssekretär Kattenstroth, Prof. Dr. Bauer (Sachverständigenrat), Staatssekretär a. D. Dr. Binder (Sachverständigenrat), Prof. Dr. Giersch (Sachverständigenrat), Staatsminister a. D. Dr. Koch (Sachverständigenrat), Ludwig Rosenberg (DGB), Otto Brenner (IG Metall), Wilhelm Haferkamp (DGB), Georg Leber (IG Bau-Steine-Erden), Waldemar Reuter (DGB), Bernhard Tacke (DGB), Rolf Spaethen (DAG), Alfred Krause (Beamtenbund), Prof. Dr. Balke (BDA), Fritz Berg (BDI), Dr. E. G. Schneider (DIHT), Konsul Dietz (Deutscher Groß- und Außenhandel), Dr. A. Düren (DIHT), Dr. Lichler (BDA), Hans Schmitz (Einzelhandel), Joseph Wild (Handwerk), Frau Merkel (Verbraucherverbände), Edmund Rehwinkel (Bauernverband), Dr. Butschkau (Sparkassen- und Giro-Verband), Dr. Frhr. von Falkenhausen (Privates Bankgewerbe), Dr. Baumann (Genossenschaftsverbände).

Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß in der gegenwärtigen Situation die Sicherung des Geldwertes vordringlich ist. Dazu ist eine verstärkt auf Sparsamkeit bedachte Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig. Diese Politik muß unterstützt werden durch entsprechende Anstrengungen aller in der Wirtschaft verantwortlich tätigen Kräfte.

Die Teilnehmer bekunden ihre Bereitschaft, auch in ihren Bereichen an den Bemühungen zur Sicherung des Geldwertes im Sinne der Grundgedanken des Sachverständigengutachtens durch gleichzeitiges und gemeinsames Handeln mitzuwirken.

Das Gespräch wird im Monat März 1966 im gleichen Kreis fortgesetzt."

Im Auftrag
Oertel

(Dienstsiegel)

Beglaubigt:
Unterschrift
(Verw.-Angest.)

IV.

In einer Besprechung am 16. Juni 1966 mit den Vertretern der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der Sachverständigenrat die Frage gestellt, unter welchen Voraussetzungen die Sozialpartner an der Durchführung einer Stabilisierungsaktion im Sinne einer „Konzertierten Aktion" teilzunehmen bereit wären.

Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben zu diesen Fragen wie folgt Stellung genommen:

Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände

Zielsetzung und Erfordernisse einer Stabilisierungsaktion 1967

1. Grundsätzliche Bemerkungen

In seinem 2. Jahresgutachten hat der Sachverständigenrat eine Konzeption einer Stabilisierungsaktion vorgelegt, die das Ziel verfolgte, im Jahre 1966 und 1967 den Geldwertschwund — gemessen am Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung — schrittweise von 3 auf 1 % im Jahresdurchschnitt einzudämmen. Diese Konzeption einer „Stabilisierung ohne Stagnation" ist von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Prinzip bejaht und unterstützt worden.

Heute, an der Jahreshälfte 1966, läßt sich bereits absehen, daß der Stabilisierungsaktion des Sachverständigenrates in diesem Jahr voraussichtlich nicht der gewünschte Erfolg beschieden sein wird. Denn angesichts der bisherigen Wirtschafts- und Preisentwicklung während der ersten 6 Monate des Jahres 1966 erscheint es mehr als fraglich, ob es gelingt, den Geldwertschwund so weit einzudämmen, daß der Preisindex für die Lebenshaltung in diesem Jahr nur noch um 2%-Punkte über den Jahresdurchschnitt 1965 ansteigen wird; vielmehr steht zu befürchten, daß die Erhöhung der Lebenshaltungskosten in diesem Jahr genau so stark, wenn nicht sogar noch stärker als 1965 (= 3,4 %) ausfallen wird.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig. Die relativ starken Erhöhungen verschiedener administrativer Preise während des Frühjahrs 1966 spielten dabei ebenso eine Rolle wie auch der beträchtliche Anstieg der Zinskosten und gewisse Nachwirkungen aus dem inflatorischen Prozeß während des letzten Wachstumszyklus. Vor allem muß aber — und hierauf haben wir bereits bei dem letzten Gespräch mit dem Sachverständigenrat am 16 Juni 1966 in Hamburg eindringlich hingewiesen — der unverändert starke Anstieg der Lohnkosten je Produktionseinheit, wie er sich aus der sich eher noch ausweitenden Lohn-Produktivitäts-Schere ergeben hat, als eine entscheidende Ursache für die sich verstärkenden Preisbewegungen angesehen werden.

Besonders deutlich geht dies aus der Industriestatistik hervor: Im 1. Halbjahr 1965 erhöhte sich das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde noch um 6,1 % (immer im Verhältnis zur entsprechenden Vorjahreszeit), während die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigtenstunde eine Zuwachsrate von 10,3 % aufwies, so daß die Lohnkosten je Produkteinheit um 4 % zunahmen. Im 1. Vierteljahr 1966 dagegen ereichte das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde nur noch eine Wachstumsrate von 3,3 %, während sich die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigtenstunde um 9,3 % ausweitete mit der Folge, daß sich die Lohnkosten je Produkteinheit um 5,8 % erhöhten. Es ist kein Zweifel, daß die Mehrzahl der Unternehmen eine derartig starke Lohnkostenverteuerung, zumal sie mit anderen Kostenerhöhungen (Anstieg der Zinskosten, höheren Rohstoffpreisen, administrativen Preiserhöhungen) einherging, nicht verkraften konnte, sondern — soweit dies der Markt zuließ — im Preis abwälzen mußte, nachdem die Wirtschaft bereits 1965 mit erheblichen Lohnkostenerhöhungen konfrontiert war.

In diesem Zusammenhang erscheint es uns notwendig, gesondert zu prüfen, welche Auswirkungen über den Produktivitätszuwachs hinausgehende Lohnerhöhungen angesichts der lohnpolitischen Interdependenz auf die arbeitsintensiven Wirtschaftszweige haben. Es stellt sich die Frage, ob eine anhaltende Erhöhung des Preisniveaus nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung zuungunsten der arbeitsintensiven Bereiche führt.

Die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zwingt aber zu der Schlußfolgerung, daß für den beschleunigten Preisanstieg während der letzten Monate weitgehend Kostengesichtspunkte maßgebend waren. Denn abgesehen von zeitweisen Nachfrageimpulsen im Konsumgüterbereich gingen von den Nachfragefaktoren, denen in früheren Jahren für den Preisanstieg zweifellos eine gewisse Bedeutung zukam, in der letzten Zeit so gut wie keine inflatorischen Tendenzen aus. Dies gilt zumindest für die Außenwirtschaft und für die privaten Investitionen. Aber auch die öffentliche Hand — insbesondere der Bund — hat sich in der letzten Zeit mehr und mehr

bemüht, Zurückhaltung bei ihren Ausgaben zu üben.

Ein Preisanstieg, wieer in den letzten Monaten eingetreten ist (Preisindex für die Lebenshaltung Mai 1966 gegenüber Mai 1965 = 4,4 %), erscheint uns sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter gesellschaftspolitischen Gründen unvertretbar. Wir halten es deshalb für unbedingt erforderlich, daß die Bemühungen um eine Stabilisierung des Preisniveaus verstärkt werden, wobei es im gegenwärtigen Zeitpunkt in erster Linie darauf ankommt, der zunehmenden „Kosteninflation" Einhalt zu gebieten. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn der Sachverständigenrat seine Bemühungen um eine Preisstabilisierung fortführen und in seinem nächsten Jahresgutachten eine neue Stabilisierungsaktion konzipieren würde.

2. Zielsetzung der Stabilisierungsaktion

Das Ziel einer solchen Stabilisierungsaktion sollte — wie bisher — im Grundsatz auf eine Stabilisierung des Preisniveaus bei gleichzeitiger Wahrung der Vollbeschäftigung und eines angemessenen und stetigen Wirtschaftswachstums gerichtet sein. Unter den gegenwärtigen Bedingungen dürfte es allerdings — und darauf hat auch der Sachverständigenrat in seinem zweiten Jahresgutachten hingewiesen — außerordentlich schwierig sein, bis zur absoluten Geldwertstabilität vorzustoßen, wenn man Beeinträchtigungen der Beschäftigung und des Wachstums vermeiden will. Eine künftige Stabilisierungsaktion sollte deshalb als Ziel zunächst nur eine annähernde Stabilität des Preisniveaus anstreben.

Der Sachverständigenrat hat bisher für die Messung des Geldwertschwundes den Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde gelegt. Diese Methodik halten wir grundsätzlich für richtig; wir sind allerdings der Auffassung, daß hierbei der Preisindex insoweit eine Korrektur erfahren muß, als die „politischen Preisanpassungen" (als solche sehen wir derzeit an: die Erhöhung der Altbaumieten nach dem von uns grundsätzlich bejahten Lücke-Plan und die nicht-witterungs- und nicht-kostenbedingten Anhebungen der Agrarpreise) einer gesonderten Betrachtung unterzogen und sichtbar gemacht werden. Denn der politisch angestrebte Effekt dieser Anpassungsmaßnahmen, nämlich die Einkommensumverteilung, würde zunichte gemacht, wenn versucht würde, die durch diese politischen Preisanpassungen bewirkte Preisniveauerhöhung auszugleichen.

Ebenso wie alle Kräfte mobilisiert werden müssen, um einer allgemeinen Preisniveauerhöhung entgegenzuwirken, ist es erforderlich, daß die staatliche Agrarpolitik so mit der Mietenpolitik koordiniert wird, daß nur ein begrenztes Ausmaß der durch sie bewirkten Preisanpassungen in den Jahren während der Stabilisierungsaktion eintritt. Tempo, Ausmaß und Form dieser Preiserhöhungen müssen demnach so gestaltet sein, daß die dadurch eintretende relative Minderung der realen Kaufkraft aller Einkommensbezieher, insbesondere der Arbeitnehmer und Sozialleistungsempfänger, in engen Grenzen gehalten wird.

3. Grundsätze der Stabilisierungsaktion

Auch eine künftige Stabilisierungsaktion müßte sich im Prinzip an den gleichen Grundsätzen ausrichten, die der Sachverständigenrat bereits der Stabilisierungsaktion in seinem zweiten Jahresgutachten zugrunde gelegt hat. Diese Grundsätze waren die Gleichzeitigkeit und Gleichmäßigkeit des stabilitätskonformen Verhaltens aller für den Wirtschaftsablauf entscheidenden Sektoren.

Die Gleichzeitigkeit ist eine wichtige Vorbedingung für das Gelingen einer Stabilisierungsaktion. Denn nur dann, wenn alle relevanten Kräfte in der Wirtschaft gleichzeitig bestrebt sind, ihre Ansprüche an das Sozialprodukt zurückzuschrauben, wird nicht nur die faktische, sondern auch die psychologische Basis geschaffen werden können, auf denen allein das Bemühen um eine Geldwertstabilisierung von Erfolg begleitet sein kann. Zwar ist es zur Gewährleistung dieses Grundsatzes notwendig, daß die amtliche Wirtschaftspolitik hierbei die Führungsrolle übernimmt; andererseits darf aber diese Bedingung nicht dahingehend ausgelegt werden, daß die übrigen Sektoren, z. B. die Sozialpartner, nur dann in der Lage seien, an der Stabilisierungsaktion mitzuwirken, wenn die öffentliche Hand Vorleistungen erbracht habe. Diese mehrfach erhobene Forderung nach Vorleistungen der öffentlichen Hand widerspricht dem Prinzip der Gleichzeitigkeit und müßte deshalb die gesamte Stabilisierungsaktion gefährden.

Auch wenn wir grundsätzlich der Auffassung sind, daß auch für eine künftige Stabilisierungsaktion das Prinzip der Gleichmäßigkeit bestimmend sein müßte, so halten wir doch für das Jahr 1967 eine gewisse Einschränkung dieses Prinzips für erforderlich. Der Sachverständigenrat hat in seinem zweiten Jahresgutachten festgestellt, daß 1965 eine gute Ausgangsbasis für die von ihm vorgeschlagene Stabilisierungsaktion war, weil das Jahr 1965 Monate vor und Monate nach dem Höhepunkt des Wachstumszyklus enthalten hat und die durchschnittlichen Realproportionen deshalb in etwa ausgewogen waren. Die Verteilungsneutralität sei also gegeben gewesen, obwohl bereits im Jahre 1965 das durchschnittliche Nettoarbeitseinkommen der Arbeitnehmer um 9,7 % gestiegen ist, während sich das Nettoeinkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur um 4,2 % erhöhte.

Im Jahre 1966 werden sich die Realproportionen weiterhin zugunsten der Arbeitnehmer verschieben. Das Ifo-Institut hat prognostiziert, daß sich in diesem Jahr das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um ca. 3 % erhöhen wird, daß aber diese Zunahme fast vollständig auf die Erhöhung der Vermögenseinkommen entfallen wird, so daß mit stagnierenden Gewinnen gerechnet werden muß. Die durchschnittlichen Nettoeinkommen der Selbständigen werden also kaum noch steigen, während man für das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer im Durchschnitt ein Wachstum von über 6 % erwarten kann. Eine Stabilisierungsaktion für das Jahr 1967 kann daher an diesen erheblichen Verschiebungen der Realproportionen nicht vorbeigehen; insoweit erscheint uns eine Einschränkung des Grundsatzes der Gleichmäßigkeit erforderlich.

4. Gedanken zur Durchführung einer Stabilisierungsaktion

Die Formulierung konkreter Vorschläge für die Gestaltung einer Stabilisierungsaktion im kommenden Jahr hängt von der Voraussetzung ab, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1966 bekannt ist und daß auch gewisse Vorausschätzungen über die künftige Entwicklung — wie sie sich ergeben würde, wenn keine besonderen Maßnahmen zur Preisstabilisierung unternommen würden — vorliegen. Beides ist jedoch im Augenblick nicht der Fall. Aus diesem Grunde lassen sich nur einige grundsätzliche Überlegungen vortragen, die an die gegenwärtigen konjunkturellen Tendenzen anknüpfen.

a) Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand

Es muß anerkannt werden, daß sich der Bund in diesem Jahr bemüht hat, den Zuwachs der Ausgaben des Bundeshaushaltes drastisch einzuschränken und den Stabilitätszielen soweit als möglich unterzuordnen. Es erscheint uns notwendig, daß der Bund auf diesem Wege fortschreitet mit dem Ziel, schließlich den Ausgabenzuwachs in Einklang mit dem realen Wachstum des Sozialprodukts zu bringen. Dies setzt auch für das kommende Jahr weitere Ausgabenkürzungen voraus; Ansatzpunkt hierfür sollten in erster Linie die Subventionen sein.

Eine Einschränkung der Sparförderung, wie sie verschiedentlich jetzt diskutiert wird, erscheint uns dagegen nicht akzeptierbar. Denn eine solche Maßnahme müßte aller Voraussicht nach die — stabilisierend wirkende — Spartätigkeit und Sparneigung der privaten Haushalte, die durch den starken Preisanstieg während der letzten Monate offenbar bereits etwas gelitten hat, noch weiter beeinträchtigen. Diese grundsätzliche Ablehnung einer Einschränkung der Sparförderung schließt selbstverständlich eine sinnvolle Koordinierung der verschiedenen Sparförderungsgesetze und evtl. eine Konzentrierung der vorhandenen Mittel auf Personen mit geringerem Einkommen nicht aus.

Für außerordentlich bedenklich hielten wir es, wenn sich der Bund nicht zu den notwendigen Ausgabekürzungen entschließen, sondern das zu erwartende Defizit entweder durch Steuererhöhungen oder durch Anleiheaufnahme auf dem Kapitalmarkt abdecken würde. Denn Steuererhöhungen müßten in dem gegenwärtigen Zeitpunkt den Kostendruck, der schon heute eine Hauptquelle des andauernden Geldwertschwundes ist, noch weiter verschärfen. Eine erhebliche Ausweitung der Kreditaufnahme des Bundes dagegen würde den schon jetzt überbelasteten Kapitalmarkt noch weiter einengen, was sich insbesondere zum Schaden der privaten Investitionstätigkeit auswirken würde.

Die von uns skizzierten Überlegungen zum Bundeshaushalt gelten selbstverständlich im gleichen Maße für die Länder und Gemeinden, die ihre Haushaltspolitik bisher noch nicht genügend dem Stabilitätsziel untergeordnet haben. Wir begrüßen deshalb im Grundsatz den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität, der mehrere Maßnahmen vorsieht, die eine konjunkturgerechte Finanzpolitik aller öffentlichen Haushalte gewährleisten sollen. Eine rasche Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes halten wir für unerläßlich.

b) Private Investitionstätigkeit

Nach der neuesten Vorausschätzung des Ifo-Instituts wird sich in der Industrie 1966 ein Investitionszuwachs von etwa 3 % ergeben. Selbst wenn man für die übrigen Wirtschaftszweige ein etwas stärkeres Wachstum erwartet, so kann man doch nicht damit rechnen, daß der Zuwachs der gesamten privaten Anlageinvestitionen 1966 eine Rate von 4 bis 5 % übersteigen wird. Im Augenblick sind auch keine Tendenzen erkennbar, die für 1967 eine wesentlich günstigere Prognose gestatten; bestenfalls kann man auf Grund der gegenwärtigen Bedingungen mit einem gleichen Wachstumsniveau wie 1966 rechnen. Denn die scharfen Kreditrestriktionen der Bundesbank und der starke Lohnkostendruck, der in Verbindung mit den hohen Steuernachzahlungen für 1964 und mit weiteren Kostenerhöhungen die Gewinne in diesem Jahr stagnieren lassen wird, haben viele Unternehmen zur Reduzierung ihrer Investitionspläne gezwungen. Man kann auch nicht erwarten, daß die Belebung der Auslandsnachfrage, wie sie neuerdings zu verzeichnen ist, diese negativen Faktoren ausgleichen oder gar überkompensieren wird, so daß die Unternehmen dadurch zu verstärkten Investitionsanstrengungen im nächsten Jahr veranlaßt würden.

Angesichts dieser Situation im privaten Investitionsbereich erscheinen uns irgendwelche Maßnahmen zur Dämpfung der Investitionstätigkeit im Rahmen einer künftigen Stabilisierungsaktion für das Jahr 1967 verfehlt. Eher hielten wir im Interesse der Sicherung eines langfristig gesunden Wirtschaftswachstums eine Lockerung der Kreditmaßnahmen der Bundesbank für notwendig. Sobald sich Beruhigungstendenzen an der Preisfront durchsetzen oder andere wirksame konjunkturpolitische Instrumente zur Bremsung des Preisauftriebes vorhanden sein sollten, muß deshalb eine Lockerung der Kreditrestriktionen, die bisher ziemlich einseitig die private Investitionstätigkeit getroffen haben, vorgenommen werden.

c) Außenwirtschaft

Nach den neuesten Statistiken hat sich als Folge der veränderten konjunkturellen Situation sowohl in der Bundesrepublik als auch im Ausland, zum Teil aber auch wegen der eingeschränkten amerikanischen Lieferfähigkeit die Auslandsnachfrage verstärkt. Gleichzeitig hat sich die Einfuhrzunahme abgeschwächt; ob hieraus allerdings bereits auf einen grundlegenden Tendenzumschwung geschlossen werden kann, erscheint zumindest fraglich; denn die Einfuhr ist ohne die Auslandsbezüge von Regierungsgütern in den ersten 5 Monaten 1966 immer noch um rund 13 % gestiegen.

Als Folge dieser Veränderungen in der Außenwirtschaft hatten wir im Zeitraum Januar/Mai 1966 einen höheren Außenhandelssaldo zu verzeichnen als während des entsprechenden Vorjahreszeit-

raums. Dies dürfte — falls die politischen Spannungen in Ostasien anhalten sollten — mit Sicherheit auch für das gesamte Jahr 1966 gelten; die Außenhandelsbilanz wird 1966 aller Voraussicht nach mit einem höheren Aktiv-Saldo abschließen als 1965 (+1,2 Mrd. DM).

Andererseits steht zu erwarten, daß sich der Passiv-Saldo sowohl im Dienstleistungsverkehr (1965 = −1,6 Mrd. DM) als auch bei den unentgeltlichen Leistungen (1965 = −5,8 Mrd. DM) in diesem Jahr noch vergrößern wird. Nach unserer Prognose wird deshalb trotz verbessertem Außenhandelssaldo die Bilanz der laufenden Posten auch in diesem Jahr mit einem erheblichen Passiv-Saldo abschließen.

Angesichts dieser Entwicklung sind wir der Auffassung, daß eine Stabilisierungsaktion 1967 den Tendenzen im außenwirtschaftlichen Bereich Beachtung schenken muß. Besondere Maßnahmen sind jedoch auf diesem Gebiet bei der jetzigen Lage nicht erforderlich.

d) Strukturpolitik

Der Sachverständigenrat hat in seinen bisherigen Gutachten mehrfach darauf hingewiesen, daß versucht werden muß, die Sicherung des monetären Gleichgewichts nicht nur auf dem Weg der Nachfragedämpfung, sondern auch auf dem Weg der Angebotsausweitung durch Förderung des Produktivitätsfortschrittes sicherzustellen. In dieser Auffassung stimmen wir vollinhaltlich mit dem Sachverständigenrat überein.

In seinem letzten Gutachten hat der Sachverständigenrat den Strukturwandel in der Wirtschaft als eine wesentliche Voraussetzung für eine Verstärkung des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums bezeichnet und daraus die Forderung abgeleitet, daß in verstärktem Maße Arbeitskräfte in produktivere Bereiche überwechseln. Auch dieser Auffassung des Sachverständigenrates schließen wir uns grundsätzlich an; allerdings glauben wir nicht, daß dem Lohnsatz als Mittel zur Lenkung von Arbeitskräften in Wirtschaftszweige mit höherer Produktivität eine so große Bedeutung beigemessen werden kann. Unsere eigenen wie auch die Untersuchungen des Sachverständigenrates haben bestätigt, daß in der jüngsten Vergangenheit der Lohn diese Lenkungsfunktion nicht erfüllt hat. Wir sind der Meinung, daß die Tarifpolitik — selbst unter veränderten Wirtschaftsbedingungen — auch in Zukunft diese Funktion nicht ausüben kann. Diese Auffassung vertreten wir einmal aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. Das „Gesetz" der Interdependenz des Lohnes ist, insbesondere in Zeiten einer Anspannung am Arbeitsmarkt, so stark, daß die Differenz im Lohnwachstum zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen in der Regel sehr gering ausfallen wird. Vor allem sind es aber systembedingte Gründe, die der Lohnlenkungsfunktion entgegenstehen. Denn alle Industriegewerkschaften sind aus organisationspolitischen Gründen ständig bestrebt, möglichst gleich hohe Lohnabschlüsse zu tätigen.

Damit stellt sich die Frage, ob die Mobilität der Arbeitskräfte auf andere Weise — als durch den Lohn — gewährleistet und verstärkt werden kann. Eine wichtige Möglichkeit hierfür sehen wir in der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Das AVAVG wird gegenwärtig überarbeitet mit dem Ziel, die Mittel der Bundesanstalt künftig auch für Zwecke der Umschulung und der Förderung des Berufswechsels von Arbeitnehmern (z. B. Fortbildungsgeld und Anlernzuschüsse) einzusetzen. Wir begrüßen diese Überlegungen und würden uns für eine rasche Verabschiedung der geplanten Novelle zum AVAVG einsetzen, da wir glauben, daß durch diese gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen die Mobilität der Arbeitskräfte und damit der wachstumsnotwendige Strukturwandel in der Wirtschaft wesentlich gefördert werden können. Dagegen glauben wir nicht, daß das gleiche Ziel, insbesondere wegen der Begrenzung der Tarifverträge auf jeweils einen Wirtschaftszweig, auch auf tarifvertraglichem Wege erreicht werden kann. Denn die sogenannten „Rationalisierungs-Tarifverträge", die bisher in wenigen Branchen vereinbart worden sind, enthalten weitgehend nur Schutzregelungen für diejenigen Arbeitnehmer, die bei Arbeitsplatzumsetzungen im Betrieb Lohnminderungen erleiden; dagegen erscheint es bedenklich, irgendwelche die Mobilität fördernde Hilfen an Arbeitnehmer, die in einen anderen Wirtschaftszweig überwechseln wollen bzw. müssen, tarifvertraglich zu vereinbaren.

e) Lohnpolitik

Bereits in den vorstehenden Ausführungen haben wir mehrfach darauf hingewiesen, daß der starke Kostenanstieg während der letzten Monate eine entscheidende Ursache für den anhaltenden Preisauftrieb gewesen ist. Der Lohnpolitik kommt deshalb bei einer künftigen Stabilisierungsaktion besondere Bedeutung zu.

Das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum — gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde — wird 1966 aller Wahrscheinlichkeit nach geringer ausfallen, als allgemeinhin zu Anfang des Jahres erwartet wurde. Zu dieser Schlußfolgerung zwingt vor allem die starke Abschwächung des Produktivitätsfortschritts in der Industrie, für die bisher Zahlen für das 1. Vierteljahr 1966 vorliegen. Wir rechnen deshalb damit, daß sich das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde in diesem Jahr höchstens um ca. 4 % erhöhen wird.

Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftssituation (soweit diese bereits jetzt überhaupt eine Prognose für 1967 erlaubt) wird man damit rechnen müssen, daß der Produktivitätsanstieg im nächsten Jahr eher geringer als 1966 sein wird. Denn der geringe Zuwachs bei den produktiven Investitionen in diesem Jahr wird sich schon im kommenden Jahr wachstumshemmend auswirken; diese negative Tendenz wird mit Sicherheit auch nicht durch eine Verbesserung der Kapazitätsauslastung kompensiert werden, die sich möglicherweise auf Grund der jetzt erkennbar werdenden Zunahme der Auslandsnachfrage ergeben könnte.

Gemäß Ziffer 248 des ersten Jahresgutachtens des Sachverständigenrates muß von diesem Produktivi-

tätswachstum bei einer Veränderung der Kapitalkosten ein Abzug bzw. ein Zuschlag vorgenommen werden. Wir sind der Meinung, daß die Kapitalkosten je Produkteinheit — unabhängig vom gegenwärtigen Anstieg der Zinskosten — langfristig eine steigende Tendenz aufweisen. Als Indiz können die Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin über den Kapitalkoeffizienten in der Industrie dienen. Auch wenn wir wissen, daß sich diese Entwicklung für die Gesamtwirtschaft quantitätsmäßig nicht belegen läßt, so erscheint es uns doch notwendig, dies bei der Absteckung des Spielraums für die Reallohnerhöhung mit zu berücksichtigen.

Bezüglich der Lohnpolitik halten wir an dem von uns vertretenen Grundsatz fest, daß sich die **effektiven Lohnsteigerungen** im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt vorrangig am voraussichtlichen Produktivitätswachstum der Volkswirtschaft orientieren sollten; denn nur so kann eine kostenniveauneutrale Lohnentwicklung gewährleistet werden, die zwar nicht die alleinige, aber doch eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung der Preisniveaustabilität und der Vollbeschäftigung bildet.

In der **Tariflohnpolitik** muß hierbei noch folgender Gesichtspunkt Berücksichtigung finden:

> In unserer Ausarbeitung über die „Entwicklung der Tarif- und Effektivverdienste", die wir dem Sachverständigenrat bei dem Gespräch am 16. Juni 1966 in Hamburg übergeben haben, haben wir darauf hingewiesen, daß unabhängig von der konjunkturellen Lage die Effektivverdienste je Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft in den letzten Jahren immer etwas stärker gestiegen sind als das Tariflohn- und -gehaltsniveau. Aus tariflichen und strukturellen Gründen hat sich stets eine Wachstumsdifferenz ergeben, die bei 1,4 % im Jahresdurchschnitt lag. Dieser stärkere Anstieg der Effektivverdienste wird sich — normalen Konjunkturverlauf und Vollbeschäftigung vorausgesetzt — fortsetzen und müßte deshalb auch bei der Formulierung künftiger Lohnleitlinien entsprechend berücksichtigt werden.

Wenn man demgegenüber den bisherigen Überlegungen des Sachverständigenrates hinsichtlich seiner Stabiliserungskonzeption — die das Ziel verfolgt, den Geldwertschwund bis zur Erreichung der annähernden Preisstabilität schrittweise abzubauen — folgen würde, so müßte bei der Formulierung einer tarifpolitischen Lohnleitlinie für das Jahr 1967 zusätzlich berücksichtigt werden, daß sich die Realproportionen im Jahre 1966 zugunsten der Arbeitnehmer verschoben haben. Dies erfordert insofern eine Einschränkung des Grundsatzes der „Gleichmäßigkeit", als die Lohnleitlinie für 1967 niedriger angesetzt werden muß als im Fall ausgewogener Realproportionen.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte kann nur eine Lohnleitlinie für die Tariflohnpolitik 1967 entwickelt werden, die auch bei Anerkennung der „Allmählichkeit" den zu erwartenden Produktivitätsfortschritt nicht voll ausschöpfen dürfte. Nur unter diesen Bedingungen werden die Tarifpartner den Anforderungen gerecht, die im Rahmen einer Stabilisierungsaktion 1967 an die Lohnpolitik gestellt werden müssen.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bei dem Gespräch am 16. Juni 1966 in Hamburg hat uns der Sachverständigenrat gefragt, welche Möglichkeiten wir für eine Stabilisierungsaktion sähen. Wir haben damals unser Bedauern darüber ausgedrückt, daß das verabredete und gleichzeitige Handeln mit dem Ziel, die Preisstabilität zu fördern, bei gleichzeitiger Wahrung der weiteren im Gesetz über den Sachverständigenrat genannten Ziele, zu dem wir uns am 18. Juni 1965 gegenüber dem Rat bereit erklärt hatten, wegen der Weigerung der Bundesregierung, sich an einem solchen Vorgehen zu beteiligen, nicht zustande gekommen war. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß die entscheidenden Voraussetzungen für eine eventuelle neue Stabilisierungsaktion nicht gegeben sind, solange die durch den Herrn Bundeskanzler im Februar 1966 vor dem Deutschen Bundestag ausgesprochene grundsätzliche Ablehnung der Konzertierten Aktion nicht revidiert worden ist.

Der Sachverständigenrat hat uns alsdann gebeten, ihm die weiteren Voraussetzungen darzustellen, die nach unserer Meinung für die Durchführung einer Stabilisierungsaktion erfüllt werden müssen. Wir hatten die Absicht, dem Sachverständigenrat diese Mitteilung alsbald zu machen, haben jedoch davon Abstand genommen, weil kurz nach der Besprechung vom 16. Juni 1966 die Diskussion über die gesetzgeberischen Maßnahmen in Zusammenhang mit den Gesetzentwürfen zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität begann. In der gleichen Zeit wurde mit den beginnenden Beratungen über den Bundeshaushalt 1967 erkennbar, daß die Haushaltssituation außerordentlich schwierig werden würde. Wir hatten gehofft, daß die bei diesen Beratungen bestehenden Unklarheiten über die Gestaltung des Haushalts sowie über die dabei behandelten steuer- und finanzpolitischen Absichten der Bundesregierung so rechtzeitig beseitigt worden wären, daß wir dazu in unserer Stellungnahme an den Sachverständigenrat bereits ein Urteil abgeben könnten. Diese Unklarheiten bestehen auch heute noch.

Wir bitten deshalb um Verständnis, wenn wir uns darauf beschränken, die grundsätzlichen Voraussetzungen zu nennen, unter denen die Gewerkschaften bereit sind, an Maßnahmen mitzuwirken, die zur Stabilisierung des Preisniveaus sowie der Beschäf-

tigung beitragen und die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern:

1. Die Bundesregierung muß den von dem Herrn Bundeskanzler in der Debatte vor dem Deutschen Bundestag über das Jahresgutachten 1965/66 des Sachverständigenrates eingenommenen ablehnenden Standpunkt aufgeben.

2. Die Maßnahmen sind auf der Grundlage der Freiwilligkeit aller Beteiligten durchzuführen.

3. Die Tarifautonomie muß in vollem Umfang gewahrt bleiben.

4. Die vom Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1965/66 ausführlich dargestellten Bedingungen für eine Konzertierte Aktion müssen erfüllt werden. Die Gleichmäßigkeit und Gleichzeitigkeit sind dabei besonders wichtig.

5. Die an solchen Maßnahmen Beteiligten müssen umfassend über die wirtschaftlichen Zusammenhänge unterrichtet werden durch
   a) die Offenlegung aller für ihre eigene freie Entscheidung wesentlichen wirtschaftlichen Daten,
   b) die Darstellung der für diese Maßnahmen wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Absichten der Bundesregierung.

V.

Implikationen eines anhaltenden Geldwertschwundes in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland [1])

von Günther Jahr, Saarbrücken

Unterstellt man, die Kaufkraft von Geld (gemessen in Binnenpreisen, die konkret oder in statistischen Durchschnitten verglichen werden) verringere sich von Jahr zu Jahr in der Weise, daß für das einzelne Jahr genommen die Verringerung keine kritische Größenordnung erreicht, ohne daß der genaue Umfang im vorhinein bekannt ist (anhaltender Geldwertschwund), so ergeben sich für die Rechtsordnung im wesentlichen [2]) folgende Implikationen:

A. Implikationen für Geldvermögen

Ein anhaltender Geldwertschwund ist zunächst von Bedeutung für subjektive Rechte, die Geld zum Gegenstand haben, also für das Eigentum an gesetzlichen Zahlungsmitteln (Geldeigentum) und für Forderungen, die primär oder subsidiär (Schadensersatz, Konkurs) auf Leistung einer Summe Geldes gerichtet sind (Geldforderungen; dazu gehören praktisch alle Forderungen); den „persönlichen" Forderungen stehen andere auf Zahlung von Geld gerichtete Rechte gleich (Hypotheken, Grundschulden, auf Geld lautende Reallasten).

1. Geldeigentum

Geldeigentum wird notwendig von jedem Geldwertschwund berührt, da es in der modernen Währungsordnung in der Hauptsache „definitives Papiergeld" ist, das rechtlich keinen anderen Gehalt hat als eben „Kaufkraft" (sog. „Leere des Papiergelds"). Es liegt auf der Hand, daß als Folge der Erwartung eines anhaltenden Geldwertschwundes Vermögen regelmäßig nur für sehr kurze Fristen in der Form von Bargeld gehalten wird.

2. Geldforderungen

Geldforderungen dagegen werden nur dann notwendig von einem Geldwertschwund berührt, wenn sie dem Geldeigentum gleichstehen, d. h. wenn die geschuldete Summe unabänderlich fixiert ist. Jede Geldforderung muß zwar, um erfüllt werden zu können, auf einen Betrag fixiert sein, aber diese Fixierung muß nicht notwendig bei Schuldbegründung erfolgen und nicht notwendig unabänderlich sein.

a) Reine Geldbetragsforderungen

Von Anfang an unabänderlich fixiert ist der Forderungsbetrag zunächst bei den Ansprüchen aus normalen Verkaufs- und Darlehensgeschäften, bei wertpapierrechtlichen Ansprüchen auf Geld, bei öffentlich-rechtlichen Ansprüchen auf Zahlung von Strafen, Bußen, Gebühren, Umsatzsteuer u. ä. Die Fixierung erfolgt hier unmittelbar durch Zahlenangabe.

Für diese „reinen Geldbetragsforderungen" gilt der Satz „Mark gleich Mark": Der Gläubiger hat den Schuldbetrag zu fordern; die Zahlung dieses Betrags (Übereignung von gesetzlichen Zahlungsmitteln im Gesamtbetrag dieser Summe) ist daher Erfüllung. Der Gläubiger kann grundsätzlich wegen einer Verringerung des Geldwerts ebensowenig mehr fordern als der Schuldner wegen einer Erhöhung des Geldwerts weniger zu leisten brauchte; Unterschiede der Kaufkraft sind bedeutungslos.

Diese „nominalistische" Behandlung stellt die Geldbetragsforderungen im Hinblick auf die Problematik von Geldwertänderungen dem Geldeigentum gleich. Der Nominalismus bewirkt aber nicht nur diese Gleichstellung, sondern er ist darin begründet, daß diese Gleichstellung als gerecht angesehen wird. Gibt es Geldeigentum, so kann es auch Forderungen geben, die dem Geldeigentum „gleichwertig" sind, wie Forderungen auf Lieferung einer Ware gegen einen solventen Schuldner dem Eigentum an dieser Ware „gleichwertig" sein können. Soll eine Forderung auf einen Gegenstand nach dem Willen dessen, der sie begründet (Gesetzgeber, Vertragspartner, Erblasser), dem Eigentum an diesem Gegenstand gleichwertig sein, so gilt dieser Wille: das ist die Rechtfertigung des Nominalismus. Geldbetragsforderungen sind Forderungen, die dem Geldeigentum gleichstehen, weil sie ihm gleichstehen sollen.

Die nominalistische Behandlung von Geldbetragsforderungen ist jedoch selbst dann nicht unproblematisch, wenn sie dem Willen der Betroffenen entspricht, die gewisse Änderungen des Geldwerts als unbeachtlich ansehen oder in der Bestimmung des Schuldbetrags und der Nebenverpflichtungen (Zins, Disagio u. ä.) einkalkulieren. Der Satz „Mark gleich Mark" läßt zunächst Differenzen zwischen der tatsächlichen Kaufkraft des Schuldbetrags im Zeitpunkt der Fälligkeit und der tatsächlichen Kaufkraft des Schuldbetrags im Zeitpunkt der Schuldbegründung unbeachtet. Was die Regelung problematisch macht, ist jedoch nicht diese Wirkung, sondern vielmehr der Umstand, daß nach ihr auch Differenzen zwischen

[1]) Die Darlegung stützt sich auf ein allgemeines, dem Sachverständigenrat erstattetes Gutachten zu „Implikationen von Geldwertänderungen in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland".

[2]) Das Gewicht der Darlegung liegt auf dem Grundsätzlichen und Typischen; Einzelfragen werden durchweg nur insoweit erörtert, als ihnen exemplarische Bedeutung zukommt.

der tatsächlichen Kaufkraft des Schuldbetrags im Zeitpunkt der Fälligkeit und der für diesen Zeitpunkt vom Schuldbetrag bei dessen Festsetzung „erwarteten Kaufkraft" unbeachtlich sind (gemeint ist damit die Erwartung, die dazu geführt hat, den Schuldbetrag unter Berücksichtigung der Nebenbestimmungen [Zins u. ä.] so und nicht anders festzusetzen; weicht diese Festsetzung von der Vorstellung einer Partei über das, was „an sich" angemessen wäre, deshalb ab, weil diese Partei nicht in der Lage war, ihre Vorstellung gegenüber dem mächtigeren Vertragspartner durchzusetzen, so ändert das nichts daran, daß die Erwartung hinsichtlich des festgesetzten Betrags maßgebend ist; daß die schwächere Partei bei der Festsetzung dieses Betrags „gedrückt" wurde, ist nicht anders zu beurteilen, als wenn sie — wie es in dieser Situation bei beiderseitiger Annahme einer Konstanz des Geldwerts geschehen würde — hinsichtlich anderer Vertragsbestimmungen [Höhe der Zinsen] dem Druck des Mächtigeren hätte nachgeben müssen). Streng genommen ist nur der Eintritt einer Differenz der zweiterwähnten Art Realisierung eines Risikos, Abweichung von der „Null-Linie" einer Erwartung. Die gemachte Unterscheidung ist praktisch ohne Bedeutung, wenn die Fortdauer der bei Schuldbegründung bestehenden Kaufkraft erwartet wird. Sie macht aber deutlich, daß der Satz „Mark gleich Mark" für Geldbetragsforderungen auch dann eine Risikoverteilung enthält, wenn mit einer Geldwertänderung gerechnet wird und diese Erwartung in der Bestimmung des Schuldbetrags oder der Nebenverpflichtungen eingeht (Disagio, Zins): wird ein Geldwertschwund erwartet, so trägt bei Geldbetragsforderungen der Gläubiger das Risiko, daß ein tatsächlicher Schwund über das erwartete Maß hinausgeht, der Schuldner das Risiko, daß ein Schwund nicht oder nicht in dem erwarteten Umfang stattfindet.

Die Schwierigkeit, dieses Risiko sachgerecht zu kalkulieren, läßt vielfach Zweifel an der Richtigkeit des nominalistischen Prinzips aufkommen. Diese Zweifel können jedoch nicht dazu führen, das Prinzip überhaupt preiszugeben, das solange und soweit begründet bleibt, als kein rechtlicher Grund besteht, Geldbetragsforderungen und Geldeigentum verschieden zu behandeln. Ein solcher Grund könnte jedoch allenfalls in dem Umstand gefunden werden, daß dem Inhaber einer Geldforderung ein Schuldner gegenübersteht, während der Inhaber von Bargeld alleinsteht. Dieser Unterschied ermöglicht die Abweichungen vom strengen nominalistischen Prinzip, die die Rechtssprechung in der Großen Inflation unter dem Schlagwort „Aufwertung" zugelassen hat, aber er kann diese Abweichungen nicht ohne weiteres rechtfertigen. Die Rechtfertigung wird allgemein in dem Grundsatz von „Treu und Glauben" erblickt, d. h. letztlich in der Erwägung, ein Schuldner handele unanständig, wenn er sich auf den Grundsatz „Mark gleich Mark" berufen und seinen Gläubiger mit einem Bruchteil der Kaufkraft, die er, der Schuldner, bei Begründung der Schuld bekommen habe (Darlehen in besserem Geld o. ä.) abspeisen wollte. Diese Begründung kann jedoch nicht herangezogen werden, um das Risiko eines über die Erwartungen hinausgehenden Geldwertschwundes vom Gläubiger auf den Schuldner überzuwälzen, solange der Geldwertschwund keine kritische Größenordnung erreicht. Dem entspricht es, daß allgemein eine „Aufwertung" von Geldbetragsforderungen nur für den Fall „völligen Verfalls des Geldwerts" als zulässig angesehen wird.

Die „reinen Geldbetragsforderungen" werfen weiter besondere Probleme insofern auf, als in Sonderfällen zweifelhaft sein kann, was der festgesetzte Schuldbetrag ist. Geldwertänderungen sind hinsichtlich dieser Forderungen regelmäßig nur insoweit von Interesse, als die Fälligkeit aufgeschoben ist. Solche „terminierten Forderungen" sind wiederum regelmäßig verzinslich. Der Zins deckt als Preis der zeitweiligen Kapitalüberlassung regelmäßig auch das — nach dem Satz „Mark gleich Mark" den Gläubiger treffende — Risiko einer Wertminderung des Kapitals nach Ablauf der Überlassungsfrist (ganz ähnlich wie der Miet- oder Pachtzins bei Sachüberlassung). Als Zins gilt dabei im Rechtssinne jedoch nur, was außerhalb des Kapitalbetrags solange zu zahlen ist, als das Kapital „aussteht". Ein Disagio ist nicht Zins, weil es, wenn der Schuldner ausnahmsweise vor Fälligkeit zahlen muß, außer Betracht bleibt. Dieser Fall ist kraft Gesetzes gegeben, wenn der Schuldner in Konkurs fällt; der Gläubiger kann zwar die Zinsen nicht im Konkursverfahren geltend machen (§ 63 Nr. 1 KO), wohl aber seine Kapitalforderung zum Nennbetrag (also ohne Berücksichtigung des Disagio), der zum gesetzlichen Zinsfuß (4 vH, bei beiderseitigem Handelsgeschäft 5 vH) abgezinst wird (§ 65 KO). Im Falle des Konkurses wirken sich daher die verschiedenen Methoden, einen erwarteten Geldwertschwund auszugleichen (Erhöhung des Zinsfußes oder Disagio) ganz verschieden aus.

Hinsichtlich von Geldwertänderungen nach dem Zeitpunkt der „Vollfälligkeit" (bei terminierten Forderungen = Zeitpunkt der Fälligkeit; sonst: Termin einer Mahnung) bewirken die Vorschriften über Verpflichtung zum Ersatz des Verzugsschadens eine Änderung der im Satz „Mark gleich Mark" beschlossenen Risikoverteilung. Zahlt der Schuldner einer Geldbetragsforderung zum vereinbarten oder durch Mahnung gesetzten Termin nicht die geschuldete Summe, so hat er, wenn die Verzögerung nicht durch höhere Gewalt o. ä. entschuldigt ist, dem Gläubiger den „durch den Verzug entstehenden Schaden zu ersetzen" (§ 286 BGB; als Mindestbetrag des Schadens sind die gesetzlichen Zinsen oder die vereinbarten höheren Zinsen zu zahlen [§ 288 BGB]). Diese Verpflichtung umfaßt auch den Ersatz des „Geldentwertungsschadens", dies jedoch nicht in der Form eines allgemeinen „Entwertungszuschlags" zu den Zinsen, sondern nur, soweit der Gläubiger nachweisen kann, daß er bei rechtzeitiger Leistung das Geld für einen Zweck verwendet hätte, zu dessen Erreichung er jetzt infolge des Verzugs mehr aufwenden muß (sog. „konkrete Schadensberechnung"). Insoweit kann jedoch gesagt werden, daß das Risiko eines Geldwertschwundes nach Vollfälligkeit durch die Regelung des Verzugs vom Gläubiger auf den schuldhaft säumigen Schuldner übergewälzt wird.

b) Geldbetragsforderungen mit nicht eindeutig bestimmtem Betrag

Ebenfalls von Anfang an unabänderlich fixiert, aber nicht unmittelbar durch Zahlenangabe, sondern auf Grund einer Bewertung von Vermögen oder Vermögensgegenständen bestimmt, ist der Schuldbetrag bei Ansprüchen auf Zahlung des Werts eines Vermögensteils (Abfindungsansprüche ausscheidender Gesellschafter, Pflichtteilansprüche [Ansprüche auf Zahlung der Hälfte des Werts des gesetzlichen Erbteils], Vermögenssteuer), eines Teils eines Vermögenszuwachses (Gewinnbeteiligung, Einkommen- und Körperschaftssteuer) oder einzelner Vermögensgegenstände (Ansprüche auf Ersatz von Aufwendungen, Ersatz des Werts einer ungerechtfertigten Bereicherung, Ausgleich einer Aufopferung von Vermögensgegenständen).

Auch für diese Forderungen gilt der Satz „Mark gleich Mark", ist also die Bewertung bei Begründung der Forderung bis zur Erfüllung maßgebend; diese Forderungen sind also „Geldbetragsforderungen mit nicht eindeutig bestimmtem Betrag". Der Satz „Mark gleich Mark" bedeutet für sie, daß die Höhe der Forderung unverändert bleibt, auch wenn der Geldwertschwund zu einer Änderung der für die Bestimmung des Schuldbetrags maßgebenden Bewertung führt. Das Gesetz sieht für die Bestimmung der Höhe der Forderung den Wert als maßgebend an, den das in Betracht kommende Objekt (Vermögen, einzelne Vermögensgegenstände) zur Zeit der Entstehung der Forderung „hatte". Nun ist zwar nicht zu bestreiten, daß ein Objekt, für das im Jahre X 1 120 000 DM gezahlt werden mußte, im Jahre X den Wert „hatte", der sich aus der Abzinsung von 120 000 DM zum verkehrsüblichen Zinsfuß ergibt. Der Sinn der erwähnten gesetzlichen Bestimmungen kann jedoch nicht sein, eine solche Bewertung vorzuschreiben (welcher spätere Wert sollte denn abgezinst werden?). Wenn das Gesetz den Wert zu einem bestimmten Zeitpunkt für maßgebend erklärt, so legt es damit den der Bewertung zugrundezulegenden Informationsstand fest, das heißt es schreibt vor, daß die Bewertung nach den zu dem bestimmten Zeitpunkt vorhandenen Informationen zu erfolgen hat. Damit verteilt das Gesetz das Risiko unvollständiger Information in eindeutiger Weise: Das Risiko trifft den Gläubiger, wenn der Wert nach späteren Informationen höher anzusetzen war, sonst den Schuldner. Der Gläubiger hat also nicht deshalb mehr zu fordern, weil sich die Preise für das bewertete Objekt nach dem maßgebenden Zeitpunkt erhöht haben. Er steht nach dem Sinn des Gesetzes hinsichtlich der Risiken eines Geldwertschwundes nicht einem Gläubiger gleich, der Schadenersatz zu fordern hat, sondern einem Verkäufer. Sofern also eine Geldwertänderung zwischen diesem Zeitpunkt und dem Zeitpunkt der Leistung überhaupt zu einer Änderung des zu zahlenden Geldbetrages führen sollte (was nach geltendem Recht — abgesehen vom Grenzfall der „Aufwertung" — nicht der Fall ist), müßte also nicht die Änderung der Preise der konkreten zur Festsetzung des Betrags bewerteten Vermögensgegenstände, sondern die Änderung des allgemeinen Preisniveaus, in den üblichen statistischen Durchschnitten gemessen, zugrundegelegt werden. Demnach stellen diese Geldbetragsforderungen hinsichtlich der Auswirkungen der nach Begründung der Forderung eintretenden Geldwertänderungen keine anderen Probleme als die reinen Geldbetragsforderungen. Problematisch kann daher nur sein, ob die gesetzliche Regelung insofern sachgerecht ist, als sie den Betroffenen, der ja häufig nicht freiwillig Betroffener wird (Enteignung, Enterbung u. ä.), zum reinen Geldgläubiger macht (ihn stellt, wie wenn er verkauft hätte, statt ihn — was in vielen Fällen möglich wäre — so zu stellen, wie wenn er getauscht hätte). Diese Frage ist jedoch hier nicht weiter zu verfolgen [1]).

c) Geldbetragsforderungen mit Anpassungsvorbehalt

Von Anfang an unmittelbar durch Zahlenangaben fixiert, aber nicht unabänderlich, ist der Schuldbetrag bei einer Gruppe von Forderungen, die als „Geldbetragsforderungen mit Anpassungsvorbehalt" bezeichnet werden können. Hierher gehören in erster Linie Renten in Geld mit Alimentationsfunktion, wie Beamtengehälter, Sozialrenten und vergleichbare rechtsgeschäftliche Gestaltungen (privatvertragliche Pensionen mit vereinbartem Anpassungsvorbehalt). Der besondere Charakter dieser Forderungen kann dazu führen, daß der Betrag veränderten Verhältnissen angepaßt werden muß (erhöht oder herabgesetzt), weil seine Fixierung der Funktion des Rechts nicht mehr gerecht wird [2]). Freilich erfordert diese Funktion (Ermöglichung einer Lebensführung eines bestimmten sozialen Zuschnitts) in vielen Fällen eine Veränderung des Betrags auch dann, wenn andere Umstände als Geldwertänderungen bewirken, daß der Betrag nicht mehr der Funktion entspricht (Anpassung von Gehältern, Pensionen und Renten an Veränderungen anderer Einkommen infolge Steigerung des Sozialprodukts; Anpassung an Veränderungen der maßgeblichen sozialen Gewohnheiten). Dies ändert jedoch nichts daran, daß insoweit Implikationen von Geldwertänderungen bestehen, auch wenn in der Praxis von Gesetzgebung und Rechtsanwendung die verschiedenen Gründe der Anpassung häufig nicht auseinandergehalten werden.

---

[1]) Sie ist für einen Teil der hierher gehörenden Forderungen Gegenstand einer eingehenden Diskussion (insbesondere für das Pflichtteilsrecht). Sie stellte sich besonders scharf in der Nachkriegszeit bis zur Währungsreform.
Auf andere Probleme (Berechnung des Vermögenszuwachses zur Bestimmung der Höhe von Einkommensteuerschulden u. ä.) wird noch zurückgekommen.

[2]) So bei Beamtengehältern; vgl. die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes BVerfGR 4, 115 (135); 8, 12 (jeweiliger amtsgemäßer Unterhalt).
Für Sozialrenten vgl. § 49 II AngVersG: „Anpassung an die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität" und an die „Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen". Urteilmäßige Betragsfixierungen von Renten können bei einer „wesentlichen Änderung derjenigen Verhältnisse ..., die ... für die Bestimmung der Höhe ... maßgebend waren", nach § 323 ZPO abgeändert werden.

Die Ausgestaltung dieser Rechte als Geldbetragsforderungen zeitigt also den Nachteil, daß diese Forderungen immer erst durch besonderen Akt (Gesetz, Vertrag, Urteil) veränderten Verhältnissen angepaßt werden müssen, doch steht diesem Nachteil der Vorzug einfacher und einheitlicher Rechtsanwendung gegenüber, den die klare Fixierung des Betrags mit sich bringt.

d) Rechtspflichten zur Begründung oder Erhaltung von Geldbetragsforderungen

Das deutsche Recht schreibt für bestimmte Vermögen oder für Teile bestimmter Vermögen eine besondere Strukturierung in der Weise vor, daß der Verfügungsberechtigte zur Begründung oder Erhaltung von Geldbetragsforderungen verpflichtet wird. Solche Vorschriften bestehen etwa:

— für Mündelgeld (Geld von Personen, die unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehen),

— für Geld, das Gegenstand einer Nacherbfolge ist,

— für Kreditinstitute im Rahmen der Mindestreserve-Politik der Bundesbank (Kreditinstitute unterliegen weiter einem Verbot bestimmter Vermögensanlagen, das praktisch einen Zwang zur Anlage erheblicher Teile des Vermögens in Geldbetragsforderungen begründet),

— für Sozialversicherungsträger (Anlage in Forderungen gegen den Bund).

Diese Vorschriften setzen den Vermögensinhaber zwangsweise dem Risiko eines Vermögensverlustes infolge Geldwertschwundes aus. Soweit die Vorschriften die Erhaltung von Liquidität bezwecken, ist der Verlust regelmäßig unproblematisch, weil der Verlust durch entsprechende Gewinne, die der Vermögensinhaber als Schuldner macht (Minderung des Gewichts seiner Schulden infolge Geldwertschwundes), kompensiert wird. Soweit die erwähnten Vorschriften jedoch bezwecken, dem Vermögensinhaber eine gewisse Wertkonstanz zu gewährleisten, besteht die Gefahr einer „Frustrierung des Normzwecks" (siehe dazu unter B), wenn der tatsächliche Geldwertschwund nicht in der Bestimmung des Forderungsbetrags oder der Verzinsung ausgeglichen wird.

e) Gesetzliche Geldwertforderungen

Nicht von Anfang an fixiert ist der Schuldbetrag bei den Geldforderungen, für deren Höhe der jeweilige Wert von Umständen (etwa „entstandener Schaden" [1]) oder „angemessener Unterhalt" [2]) maßgebend ist. In dieser „Offenheit" des Schuldbetrags (Bestimmung durch den jeweiligen Wert einer „Ware" oder eines „Warenkorbs") liegt der Unterschied der „Geldwertforderungen" (Geldforderungen mit offenem Betrag) gegenüber den „Geldbetragsforderungen mit nicht eindeutig bestimmtem Betrag". Solche Geldwertforderungen sind in erster Linie die gesetzlichen Schadensersatz- und Unterhaltsansprüche.

Die zur Erfüllung von Geldwertforderungen notwendige Fixierung des Schuldbetrags ist unproblematisch, wenn sie im Zeitpunkt der Erfüllung erfolgt. Ist der Betrag der richtige, entspricht er dem geschuldeten Wert einer „Ware" oder eines „Warenkorbs", so ist der Zweck der Schuldbegründung erfüllt. Die weitere Verwendung des Geldes durch den Gläubiger ist dessen Sache und berührt den Schuldner nicht mehr. Im übrigen erfolgt die Fixierung durch Vertrag der Parteien (etwa Vergleich zur „Schadensregulierung") oder durch Urteil. Eine vertragliche Fixierung macht die Forderung zu einer vertraglichen Geldbetragsforderung; sie kann wie die vertragliche Begründung von Geldbetragsforderungen einen Versuch zur sogenannten „Geldwertsicherung" enthalten oder allgemein das Problem aufwerfen, ob nicht auch ohne ausdrückliche Bestimmung eine Anpassung an Geldwertänderung möglich und geboten ist. Diese Frage ist nach geltendem Recht für die vertragliche Fixierung von Schadensersatz- und Unterhaltsrenten zu bejahen, die allgemein wegen einer Veränderung der für die Bestimmung der Rentenhöhe maßgebenden Umstände (also nicht nur wegen Geldwertänderungen) unter dem rechtlichen Gesichtspunkt der „Veränderung der Geschäftsgrundlage" oder der „clausula rebus sic stantibus" abgeändert werden kann. Aus den gleichen Gründen kann auch eine urteilsmäßige Fixierung solcher Renten abgeändert werden; das Urteil kann bestimmen, daß die Abänderung rückwirkend vom Zeitpunkt der Erhebung der Klage an gilt. Die vertragliche oder urteilsmäßige Fixierung von Schadensersatz- und Unterhaltsrenten macht also die Geldwertforderungen zu „Geldbetragsforderungen mit Anpassungsvorbehalt".

f) Hypotheken, Grundschulden und Reallasten

Grundschulden stehen „reinen Geldbetragsforderungen" gleich, da sie nur mit einem bestimmten Betrag im Grundbuch eingetragen werden können. Das gleiche gilt für die Masse der Hypotheken. Eine Ausnahme macht die „Höchstbetragshypothek", durch die bis zu dem fixierten Betrag Forderungen unbestimmter Höhe gesichert werden können. Auf Geld lautende Reallasten können „rechtsgeschäftlichen Geldwertforderungen" (siehe dazu g) gleichstehen.

g) Sogenannte „Geldwertsicherung" durch Rechtsgeschäft

Die im Satz „Mark gleich Mark" beschlossene Problematik der Geldbetragsforderungen legt den Versuch nahe, das Risiko einer Abweichung der tatsächlichen Geldwertänderung von der erwarteten anders zu verteilen, als es der Regelung „Mark gleich Mark" entspricht. Diesen Versuch bezwecken

[1]) Geschuldet ist (wenn Naturalrestitution unmöglich, untunlich oder unerwünscht ist) Leistung von soviel Geld, wie erforderlich ist, „um den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatze verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre" (§ 249 BGB).

[2]) Geschuldet ist (wenn Leistung in Natur nicht in Betracht kommt) Leistung von soviel Geld, wie zur Befriedigung des Lebensbedarfs nach einem bestimmten sozialen Zuschnitt erforderlich ist.

verschiedene rechtsgeschäftliche Gestaltungen, die zusammen mit ganz anderen Regelungen als „Wertsicherungsklauseln" oder als Versuche der „Geldwertsicherung" bezeichnet werden. Alle diese Versuche haben zunächst gemeinsam, daß das, was gesichert wird oder gesichert werden soll, in keinem Falle der Geldwert ist, sondern eine auf den Geldwert bezügliche Erwartung. Sie unterscheiden sich im übrigen darin, daß (sofern zur Sicherung der Erwartung nicht überhaupt statt der Begründung von Geldforderungen die „Flucht in die Sachwerte" angetreten wird) zum Teil auf die Bestimmung eines Schuldbetrags ganz verzichtet wird, zum Teil zwar an der Bestimmung eines Schuldbetrags festgehalten, diese jedoch „geldwertabhängig" gemacht wird. Der Ausdruck „Geldwertsicherung" deckt also die Versuche der Begründung reiner rechtsgeschäftlicher Geldwertforderungen wie die Versuche, bei Geldbetragsforderungen eine Änderung der im Satz „Mark gleich Mark" beschlossenen Risikoverteilung zu bewirken.

Diese Versuche sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil in der Bundesrepublik Deutschland einer in der ganzen westlichen Welt einzigartige Regelung der durch „Wertklauseln" aufgeworfenen Fragen besteht. § 3 des Währungsgesetzes vom 20. Juni 1948 (Gesetz Nr. 61 der amerikanischen und der britischen Militärregierung, Verordnung Nr. 158 der französischen Militärregierung) bestimmt:

„Geldschulden dürfen nur mit Genehmigung der für die Erteilung von Devisengenehmigungen zuständigen Stelle in einer anderen Währung als in Deutscher Mark eingegangen werden. Das gleiche gilt für Geldschulden, deren Betrag in Deutscher Mark durch den Kurs einer solchen anderen Währung oder durch den Preis oder eine Menge von Feingold oder von anderen Gütern oder Leistungen bestimmt werden soll."

Zu dieser Bestimmung hat die Bundesbank „Grundsätze" veröffentlicht (Mitteilung Nr. 1009/58), in denen sie mitteilt, in welchen Fällen „eine Genehmigung ... nicht erteilt" wird, wovon dann wieder Ausnahmen offengelassen werden mit der Erklärung, soweit danach „die Erteilung der Genehmigung nicht ausgeschlossen" sei, könne „im allgemeinen mit ihrer Erteilung gerechnet werden". Da die in Betracht kommenden Abreden den Umfang zivilrechtlicher Ansprüche bestimmen, entscheiden über ihre Gültigkeit im Streitfall regelmäßig die ordentlichen Gerichte. Diese Gerichte sind in der Auslegung des Gesetzes frei; sie können also eine nicht genehmigte Abrede als vom Verbot nicht betroffen und daher rechtsgültig ansehen, auch wenn die Bundesbank die Abrede für genehmigungsbedürftig hält. Dies ist in mehreren Fällen geschehen und hat angesichts der Tatsache, daß die Gerichte das letzte Wort haben, dazu geführt, daß insoweit die Meinung der Bundesbank in der Praxis unbeachtet bleibt.

Die Regelung des § 3 WährG ist aus mehreren Gründen in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht unproblematisch. Bedenklich ist zunächst die Ausgestaltung der Regelung als „Verbot mit Erlaubnisvorbehalt". Diese Ausgestaltung überläßt, wenn von ihr in generellen Maßnahmen Gebrauch gemacht wird (wie seitens der Bundesbank geschehen), die Normsetzung in einem nach dem Grundgesetz unzulässigen Umfang einer Instanz, die nach dem Grundgesetz nicht zur Normsetzung ermächtigt werden kann. Ein „vorkonstitutionelles" Gesetz der Militärregierungen ist zwar deshalb nicht unwirksam, seine Geltung 17 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes ist aber doch nicht unproblematisch. Noch bedenklicher aber wäre es, wenn die Bundesbank auf generelle Maßnahmen verzichtete und nur Einzelentscheidungen träfe. Die mangelhafte Publizität solcher Entscheidungen würde nicht nur jede Berechenbarkeit ausschließen, sondern auch die Geltendmachung von Ansprüchen auf Gleichbehandlung, die nach dem Gleichheitssatz auch bei Dispensen von gesetzlichen Verboten gewahrt bleiben muß, unmöglich machen oder doch unerträglich erschweren. Im Augenblick bestehen zwar allgemeine Richtlinien, die jedoch nicht alle Fragen klären und im übrigen selbst nicht in allen Punkten strikte Geltung beanspruchen. Die damit begründete Problematik (Publizität, Berechenbarkeit, Gleichbehandlung) wird jedoch noch überschattet von der Problematik der Divergenz zwischen Bundesbank und ordentlichen Gerichten. Die Ausgestaltung der Regelung als „Verbot mit Erlaubnisvorbehalt", die Übertragung der Aufgabe, das Verbot zu konkretisieren, an die Bundesbank unter gleichzeitiger Zulassung einer abweichenden Konkretisierung durch die ordentlichen Gerichte, hat, um nur die drastischste Auswirkung zu erwähnen, dazu geführt, daß es heute rechtlich möglich und praktisch vernünftig ist, den Interessierten zu empfehlen, in einer ganzen Reihe von Fällen nicht erst gegen ablehnende Bescheide der Bundesbank vor den Verwaltungsgerichten anzugehen, sondern gleich vor den ordentlichen Gerichten auf Feststellung der Gültigkeit der beanstandeten Vereinbarungen zu klagen.

Im einzelnen gilt für die hauptsächlich üblichen „Wertklauseln" folgendes:

„Rechtsgeschäftliche Geldwertforderungen" (Forderungen, deren Betrag kraft Parteibestimmung [Vertrag, Testament] nach dem jeweiligen Wert einer „Ware" oder eines „Warenkorbs" bestimmt wird [etwa Alimentationsverpflichtungen als Gegenleistung für Hof- und Geschäftsübergabe, Unterhaltsvermächtnisse]) sind nach der in ihrer Tragweite freilich nicht eindeutig feststehenden Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (deren Vereinbarkeit mit dem Gesetz zu bezweifeln ist) nicht von § 3 WährG betroffen (genehmigungsfrei), nach Meinung der Bundesbank grundsätzlich genehmigungsbedürftig und, sofern sie die Bestimmung eines Mindestbetrages vorsehen, „nicht genehmigungsfähig". Die Bundesbank macht jedoch Ausnahmen für sogenannte „Spannungsklauseln" oder bei der Bezugnahme auf einem dem betreffenden Schuldverhältnis „eigentümlichen Wertmesser". Hierher gehören Bestimmungen, die den Betrag von Gehalts- oder Pensionsansprüchen u. ä. in eine feste Beziehung zu anderen ähnlichen Ansprüchen setzen (zum Beispiel die Zusage einer Pension in Höhe eines bestimmten Tarifgehalts) oder den Betrag einer Gegenleistung vom künftigen Preis der eigenen Leistung des Geld-

gläubigers abhängig machen. Solche Bestimmungen werden als genehmigungsfrei selbst dann angesehen, wenn sie einen Mindestbetrag (Geldforderungen mit nur nach oben offenem Betrag) oder einen Höchstbetrag (Geldforderungen mit nur nach unten offenem Betrag) oder sowohl Mindest- wie Höchstbetrag (Geldforderungen mit innerhalb einer Bandbreite offenem Betrag) enthalten.

Das gleiche gilt für Verträge, durch die der Betrag von Geldleistungen „sachwertabhängig" festgesetzt wird, wenn es sich um „ihrer Natur nach sachwertbezogene Leistungspflichten" handelt. Hierher gehören vor allem Leibrenten mit Versorgungscharakter, sowie vertragliche Unterhalts- und Altenteilrenten.

Für Fremdwährungsgeschäfte gilt § 3 Satz 1 WährG gemäß § 49 Abs. 1 AußWirtschG nur noch insoweit, als sie zwischen Inländern geschlossen wurden. Die Bundesbank hat jedoch in einer „Allgemeinen Genehmigung" eine Reihe von Geschäften unter Inländern auf Fremdwährungen zugelassen (Führung von Fremdwährungskonten bei Kreditinstituten, Aufnahme kurzfristiger Kredite durch Kreditinstitute, Erwerb von Edelmetallen und Fremdwährungsforderungen, bestimmte Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Außenhandelsgeschäften).

Sogenannte „Preisgleitklauseln" oder „Preisvorbehalte") werden vom Bundesgerichtshof als genehmigungsfrei angesehen, während die Bundesbank sie als genehmigungsbedürftig betrachtet, aber — soweit bekannt — im allgemeinen genehmigt. Mit diesen Klauseln wird eine Änderung des Preises einer Leistung für den Fall einer Änderung der Kosten ihrer Erbringung (Löhne, Materialpreise u. ä.) vereinbart. Zweifel über die Anerkennung solcher Klauseln in der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte sind allerdings begründet, wenn die Vereinbarung einseitig ist, also etwa nur eine Erhöhung vorsieht.

Die Rechtslage ist im wesentlichen die gleiche für sogenannte „Leistungsvorbehalte", das heißt für Klauseln, die die Bestimmung des zu leistenden Geldbetrags von Anfang an oder für bestimmte künftige Entwicklungen in der Weise offen lassen, daß die Bestimmung einem Schiedsgutachten überlassen wird oder daß eine Verpflichtung der Vertragspartner zur Vertragsänderung begründet wird (rechtsgeschäftliche Geldbetragsforderungen mit Anpassungsvorbehalt); im letzteren Falle ist es nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs unbedenklich, wenn die Änderung an eine bestimmte Veränderung des Index der Lebenshaltungskosten geknüpft wird, solange diese Veränderung nicht automatisch den Umfang der Betragsänderung bestimmt.

Angesichts der Problematik der gesetzlichen Regelung und angesichts ihrer weitgehenden Aushöhlung in der Praxis stellt sich die Frage, ob diese Regelung nicht aufgegeben werden sollte. Die Meinungen dazu sind geteilt; von juristischer Seite wird überwiegend die Abschaffung des Verbots von Wertklauseln befürwortet. An dieser Stelle kann zu dieser Frage nur auf einige ganz allgemeine Gesichtspunkte hingewiesen werden:

Die Regelung des § 3 WährG wird mit der Begründung verteidigt, die allgemeine Zulassung von Wertklauseln sei, wenn von der dadurch eröffneten Möglichkeit — womit zu rechnen — weitgehend Gebrauch gemacht werde, geeignet, inflationistische Tendenzen zu verstärken; im übrigen verhindere die Regelung das Ausweichen des Verkehrs in andere Wertmesser als Geld, das geeignet sei, das Ansehen der geltenden Währung zu untergraben und die Wirksamkeit währungspolitischer Maßnahmen zu beeinträchtigen. Demgegenüber kann heute angesichts der weitgehenden Aushöhlung des Verbots nicht mehr mit dem Gewicht, das dieser Argumentation früher zugekommen sein mochte, auf die unsozialen, ungerechten Folgen des Verbots bei bestimmten Geschäften (Hof- und Geschäftsübergabe, Vermögensauseinandersetzungen u. ä.), hingewiesen werden. Rechtlich ausgeschlossen sind Wertklauseln heute im wesentlichen nur noch bei Spar- und Lebensversicherungsverträgen, wo aber auch für die Schuldner die Schwierigkeit entsprechender Deckung besteht. Schwierigkeiten mag es ferner bereiten, bei anderen Schuldverhältnissen jeweils die richtige (die dem Schuldverhältnis „eigentümliche") Wertklausel zu finden, doch ist dieser Zwang zur Diversifikation der Wertmaßstäbe, wenn schon das Ausweichen in eine Ersatzwährung verhindert werden soll, unvermeidlich.

In der Diskussion von Sinn und Wert von Wertklauseln begegnet weiter immer wieder das Argument, solche Klauseln versagten im entscheidenden Falle ja doch, weil sie der Staat bei einer Währungskrise außer Kraft setzen werde. Bei diesem Argument, mit dem im Grunde eine moderne Parallele zur alten Münzverschlechterung nicht nur als möglich, sondern als rechtlich zulässig angesehen wird, wird regelmäßig die Frage, ob dieser Weg dem Staat des Grundgesetzes, der als freiheitlicher Rechtsstaat konzipiert und auf Eigentumsgarantie und Gleichbehandlungsgebot festgelegt ist, wirklich offen steht oder nicht vielmehr selbst durch Verfassungsänderung nicht eröffnet werden kann, nicht einmal aufgeworfen. Auch dieses Phänomen ist wohl nur aus der Unsicherheit zu begreifen, die die moderne Währungsordnung nicht nur für die Frage, was denn Geld eigentlich sei, sondern auch für die Frage nach den Grenzen währungsrechtlicher Normsetzung mit sich gebracht hat. Gemäß Art. 73 Nr. 4 des Grundgesetzes hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für „das Währungs-, Geld- und Münzwesen, Maße und Gewichte sowie die Zeitbestimmung". Wer aus der Währungshoheit das Recht des Staates ableitet, Vermögensumverteilungen von Geldgläubigern auf Geldschuldner vorzunehmen (= Forderungen auf Leistung einer Pension in Höhe eines Regierungsrats-Gehalts auf die Höhe eines Inspektor-Gehalts, Forderungen auf Zahlung einer Rente im Werte von 20 Zentnern Roggen auf den Wert von 15 Zentnern herabzusetzen), müßte dann auch konsequent aus den weiteren in Artikel 73 Nr. 4 GG erwähnten Kompetenzen folgern, Vertragsbestimmungen über Stundenlöhne oder über Warenlieferungen könnten einfach durch Änderung der Zeiteinteilung oder der Gewichts-, Hohl- und Längenmaße unter Aufrechterhaltung der alten

Termini geändert werden. Wer dem Staat das Recht zuerkennt, durch Eingriff in die Inhaltsbestimmung von Schuldverhältnissen, die Geld zum Gegenstand haben, Gläubiger zu enteignen und Schuldner zu begünstigen, müßte konsequent folgern, daß der Staat durch solche Eingriffe auch in umgekehrter Tendenz die Geldgläubiger auf Kosten der Geldschuldner bereichern könnte. Das grundsätzliche Verbot von Wertklauseln mag unbegründet sein, aber eine Rechtsordnung, in der es besteht, in der aber auch eine genehmigte oder vom Verbot nicht betroffene Wertklausel bis zum Konkurs des konkreten Schuldners (oder auch bis zur Vertragshilfe für ihn) gilt, ist einer Ordnung vorzuziehen, in der man das Verbot nicht kennt, sich aber vorbehält, es rückwirkend einzuführen.

Es bleibt jedoch die grundsätzliche Frage, ob eine so weitgehende Beschränkung der allgemeinen Dispositionsfreiheit mit den genannten Gründen gerechtfertigt werden kann. Wertklauseln sind schwierig und lästig; sie begegnen daher selbst dort nicht in erheblichem Umfang, wo sie allgemein zulässig sind, solange das staatliche Geld „gesund" ist. Es muß daher gefragt werden, ob ein Staat gut beraten ist, der seine Bürger zum Vertrauen in seine Währung zwingt, statt ihnen das Mißtrauen freizustellen und sich ihr Vertrauen durch eine funktionierende Währung verdienen und erhalten zu müssen.

B. Sonstige Implikationen

1. Problemstellung

a) Sonstige mittels Geldbeträgen bestimmte Rechtsverhältnisse

Ein anhaltender Geldwertschwund kann weiter da von Bedeutung sein, wo auf Währungseinheiten lautende Beträge den Inhalt anderer Rechtsverhältnisse als Geldeigentum und Geldforderungen bestimmen, wie dies etwa bei den Anteilsverhältnissen an der Aktiengesellschaft, der GmbH, der Genossenschaft, der OHG und der KG der Fall ist. Wenn die Kapitalanleihe der beiden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft je 50 000 DM betragen, weil das Sachvermögen für 100 000 DM angeschafft wurde, Schulden nicht bestehen und beide Gesellschafter gleich viel eingebracht haben, so führt eine Veräußerung des Sachvermögens nach Preiserhöhung zu einem Gewinn, der nach der gesetzlichen Regelung überwiegend dem Kapitalanteil des persönlich haftenden Gesellschafters zuzuschreiben wäre. Entspricht das dem Sinn der Regelung, die die Anstrengungen und das Risiko des persönlich haftenden Gesellschafters in der Geschäftsführung honorieren will?

b) Geldbeträge für Einzelpositionen in Bilanzen

Ein anhaltender Geldwertschwund kann ferner Probleme aufwerfen, soweit auf Währungseinheiten lautende Beträge in zwingend vorgeschriebener Höhe in Bilanzen einzustellen sind, wie dies etwa hinsichtlich des Grund- oder Stammkapitals (Einstellung unter die Passiven) oder hinsichtlich der Bewertung von Aktiven oder Passiven (Verbot der Bewertung zum höheren Tageswert) der Fall ist. Wie steht es mit dem Gläubigerschutz, den die Vorschriften gewährleisten sollen, nach denen das Grundkapital unter die Passiven der Bilanz einzustellen ist, die die Aktiengesellschaft zum Zwecke der Ermittlung der ohne Gefährdung der Gläubiger ausschüttbaren Beträge errichtet, wenn das Verhältnis des Grundkapitals zur Gesamtsumme der Passiven bei unveränderter Vermögensstruktur (gleiche Art und Menge der Aktiven, sonstige Passiven ausschließlich Darlehen zwecks Finanzierung der Anschaffungen) infolge Geldwertänderung von 1 : 4 auf 1 : 6 sinkt?

c) Geldbeträge als Ausdruck von Veränderungen im Bilanzzeitraum

Ein anhaltender Geldwertschwund kann auch insoweit von Bedeutung sein, als auf Währungseinheiten lautende Beträge in zwingend vorgeschriebener Weise als Ausdruck von Veränderungen im Bilanzzeitraum (Jahresüberschuß, Gewinn, Einkommen) zu ermitteln sind (Bilanzierung unter Vergleich der Anfangs- und der Endbeträge ohne Rücksicht auf den Geldwert). Ist eine auf Grund eines Gewinnbeteiligungsvertrages zu zahlende Tantieme verdient, ist ein steuerpflichtiges Einkommen erzielt, wenn die neue Bilanz die gleichen Aktiven enthält wie die alte und lediglich deshalb einen Vermögenszuwachs ausweisen muß, weil die neuen Aktiven im Laufe des Bilanzjahres infolge Geldwertschwundes zu höheren Preisen angeschafft werden mußten?

d) Geldbeträge im Tatbestand von Rechtsnormen

Ein anhaltender Geldwertschwund kann schließlich da von Bedeutung sein, wo der Eintritt irgendwelcher Rechtsfolgen davon abhängt, daß ein Umstand des Sachverhalts einen im Rechtssatz absolut fixierten „Wert" hat (= wo im Tatbestand des Rechtsatzes auf Währungseinheiten lautende Beträge verwendet werden). In dieser Weise werden etwa bestimmt

— gerichtliche Zuständigkeiten, die Zulässigkeit bestimmter Verfahrensarten und der Zivilverfahrensrechtlichen Rechtsmittel, das Verfahren der Erklärung der vorläufigen Vollstreckbarkeit in Zivilsachen und die Zulässigkeit bestimmter Arten der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen,

— die Beschränkungen der Pfändbarkeit bestimmter Forderungen,

— die Beschränkungen der Gefährdungshaftung der Halter von Kraftfahrzeugen, der Halter von Luftfahrzeugen, der Luftfrachtführer, der Eisenbahnunternehmer, der Inhaber von Energieanlagen, der Inhaber und Besitzer von Atomenergieanlagen,

— der Mindestbetrag des Grundkapitals o. ä. als Mindestbetrag des Gründungsvermögens und des „Ausschüttungssperrbetrags" für Vermögen bestimmter Rechtsform (Handelsgesellschaften mit beschränkter Haftung) oder Funktion (Hypothekenbanken u. ä.),

— die Genehmigungsbedürftigkeit bestimmter Geschäfte nach Privatrecht oder Wirtschaftsaufsichtsrecht,

— die Art und Weise der Verwendung einzelner Einnahme- oder Ausgabemittel der öffentlichen Hand,

— der Umfang zulässiger Geschäfte der Bundesbank mit „öffentlichen Verwaltungen",

— der Steuersatz der Einkommensteuer,

— die Begrenzungen der Sozialversicherungspflicht,

— die Abschöpfungsbeträge, Richtpreise, Interventionspreise, Schwellenpreise und Einschleuspreise nach den Agrarmarktordnungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Bestimmt der Gesetzgeber, daß die Ausfuhr von Waren nur dann genehmigungsbedürftig ist, wenn die Warenwerte 50 Mark übersteigen, weil die Verwaltung nicht mit Bagatellgeschäften belastet werden soll, so führen Preiserhöhungen im kritischen Bereich dazu, daß Geschäfte genehmigungsbedürftig werden, die es zuvor nicht waren. Wenn von der Rente eines nicht unterhaltspflichtigen Schuldners in Höhe von netto 500 Mark monatlich nur 39 vH pfändbar sind, weil der Gesetzgeber glaubt, den Rest brauche der Schuldner unbedingt selbst, wieso können dann 44 vH gepfändet werden, wenn die Rente nur zum Ausgleich von Geldwertänderungen auf netto 600 Mark erhöht worden ist? Kann mit einer Geldstrafe von 150 Mark (Höchststrafe bei Übertretungen) heute noch der Strafzweck erreicht werden, den diese Strafe im Jahre 1876 hatte?

e) Allgemeine Formulierung des Problems

Das hier aufgeworfene Problem stellt sich nicht nur in den zu a bis d erwähnten Fällen; es besteht auch bei Geldbetragsforderungen, mit deren Begründung ein besonderer Zweck verfolgt wird. Der Sinn der Gewährung einer Kriegsopferrente, die den Lebensbedarf eines Vollversehrten decken soll und die 600 Mark monatlich beträgt, wird verfehlt, wenn infolge von Preiserhöhungen zur Deckung des gleichen Lebensbedarfs 650 Mark erforderlich sind. Das Gleiche gilt für Beamtengehälter, Versorgungsleistungen, Unterhaltsrenten u. ä., die dem Berechtigten eine Lebensführung eines bestimmten sozialen Zuschnitts ermöglichen sollen. In allen diesen Fällen verschiebt sich infolge eines Geldwertschwundes der Geltungsbereich von Normen mit der Folge, daß der Normzweck frustriert wird, soweit die Norm jetzt anders gilt, als sie gelten wollte. Dieses Phänomen einer Verschiebung des Geltungsbereiches und damit des Wirkungssinns von Normen infolge eines Geldwertschwundes wird besonders drastisch sichtbar in der auf der Progression der Steuersätze beruhenden Erhöhung der Steuerbelastung von Einkommen bei nomineller Steigerung infolge Geldwertschwundes; es ist hier seit langem bekannt und Gegenstand politischer Erörterung (überproportionale Steigerung des Steueraufkommes). Wird diese verdeckte Erhöhung der Steuerbelastung beibehalten, weil sie finanz- und wirtschaftspolitisch als sinnvoll angesehen wird, so ändert das nichts daran, daß der ursprüngliche Zweck der Normen nicht mehr erreicht wird (am deutlichsten sichtbar in dem Umstand, daß früher steuerfreie Einkommen steuerbelastet werden, obwohl sich der soziale Status der Einkommenbezieher und der Inhalt der ihnen möglichen Lebensführung nicht geändert haben).

Die Beibehaltung der verdeckten Erhöhung der Steuersätze mag gute Gründe haben, es sind aber jedenfalls andere Gründe als sie für die Einführung der Steuersätze maßgeblich waren. Die Frustrierung des ursprünglichen Normzwecks mag erwünscht sein, dann aber findet eine (verdeckte) Zwecksubstitution statt (das gleiche gilt für die Besteuerung von Einkommen, die — in Kaufkraft gemessen — keine „Einkommen" sind).

Weitere Beispiele ließen sich häufen. Es muß jedoch genügen, wenn nur darauf hingewiesen wird, wieviele Veränderungen die zu d erwähnten Vorschriften in den letzten Jahrzehnten erfahren haben. Mag auch ein Teil dieser Veränderungen auf anderen rechtspolitischen Erwägungen beruhen, ganz überwiegend sind diese zahlreichen Gesetzesänderungen nichts anderes als Anpassungen von Regelungen, die infolge Geldwertänderungen einen anderen als den intendierten Geltungsbereich erlangt hatten.

Allgemein läßt sich feststellen, daß das hier aufgezeigte Problem immer dann entsteht,

— wenn bei Setzung einer Norm die Verhältnisse, für die die Norm gelten soll, nicht in ihrer konkreten Bewandtnis (Art und Menge genehmigungsfrei ausführbarer Waren, konkrete Gestaltung einer Lebensführung usw.) aufgeführt, sondern durch Bewertung dieser Bewandtnisse in Währungseinheiten angegeben werden,

— und wenn zwischen Setzung der Norm und Verwirklichung ihres Tatbestandes (= Eintritt der in ihr angeordneten Rechtsfolge) eine nicht schon in der Festsetzung des Betrags eskomptierte Geldwertänderung eintritt.

Das aufgezeigte Problem ist allgemein nicht dadurch zu erledigen, daß bei der Formulierung der Rechtssätze die Verwendung von Währungseinheiten durch Angabe der konkreten Bewandtnisse ersetzt wird. Eine solche Formulierung wäre regelmäßig ungeheuer kompliziert und in vielen Fällen in anderer Hinsicht unbrauchbar. Soll der Gesetzgeber alle Waren, die zur Entlastung der Verwaltung genehmigungsfrei ausgeführt werden dürfen, nach Art und Menge einzeln aufführen? Und wenn er es versuchte, würde der Sinn seiner Regelung dann nicht wiederum frustriert, wenn neue Warenarten auftauchen und Gegenstand von Bagatellgeschäften werden? Mit anderen Worten: Die Funktion von Geld als Maß ökonomischer Größen ist auch in der Fassung von Rechtssätzen unersetzbar.

Eine Frustrierung des Normzwecks tritt zwar nur bei Geldwertänderungen von einer Größenordnung ein, die über den Grenzbereich hinausgeht, innerhalb dessen die von der Norm getroffenen Unterscheidungen von Anfang an problematisch waren, sie tritt aber bei solchen Geldwertänderungen stets ein. Damit stellen sich sowohl für die Rechtsanwendung wie für die Gesetzgebung Probleme.

2. *Konsequenzen für Rechtsanwendung und Gesetzgebung*

Für die Rechtsanwendung stellt das aufgezeigte Phänomen die Frage, ob eine Rechtsnorm auch in den Fällen weiter gilt und angewendet werden darf, in denen dadurch ihr Zweck nicht mehr erreicht wird. Diese Frage mag allgemein nur schwer und nicht einheitlich beantwortet werden können (die Leerformel „cessante ratione cessat lex ipsa" kann jedenfalls das Problem nicht lösen), läßt aber für unseren Zusammenhang doch eine recht klare Antwort zu.

Die Frage, ob eine Norm trotz Frustrierung ihres Zwecks „unverändert" fortgelten soll (= Geltung in dem Sinne, der dem Wortlaut ihrer Fassung entspricht, also für die hier interessierenden Fälle gerade in einem anderen als dem intendierten Sinn), wirft einen Teilaspekt des uralten Problems auf, wem der Vorang gebührt: der Richtigkeit (Gerechtigkeit) oder der Sicherheit des Rechts, wenn beide Werte, wie immer wieder unvermeidlich, nicht zugleich zu verwirklichen sind. Dieses Problem stellt sich aber in unserem Zusammenhang nicht mit aller Schärfe: Einmal erreichen die „Frustrierungen von Normzwecken", um die es in unserem Zusammenhang geht, regelmäßig nicht ein Maß, das die „unveränderte" Fortgeltung der Norm als unerträgliche Bindung an den toten Buchstaben, als Unrecht erscheinen ließe; zum anderen wird ja das Problem in unserem Zusammenhang nur akut, weil das Gesetz um der Sicherheit, der Klarheit, Berechenbarkeit und einheitlichen einfachen Anwendbarkeit willen Geldbeträge zur Beschreibung des Tatbestandes oder zur Bestimmung der Rechtsfolge verwendet hat. Dieser weitere Sinn würde vereitelt, wenn wegen der Frustrierung des engeren Zwecks das Gesetz anders anzuwenden wäre, als es dem Wortlaut seiner Fassung entspricht. Solange die „unveränderte" Fortgeltung nicht ganz sinnwidrig, „unsinnig" wird, bleibt daher für die Rechtsanwendung die Fassung maßgebend; die Frustrierung des engeren Normzwecks muß um der Rechtssicherheit willen hingenommen werden.

Eine Anpassung der Normen an die Veränderung der Verhältnisse im Wege „berichtigender Auslegung" scheidet daher für unseren Zusammenhang im Regelfall aus, ja die Bedeutung gesetzlicher Fixierungen geht hier so weit, daß, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dem Beamten ein Recht auf Gesetzesänderung zustehen kann (Änderung der Beamtengehälter), nicht aber unmittelbar ein Anspruch auf mehr Geld. Für die Anpassung bleibt somit nur der Weg bewußter Setzung neuer Normen, für Einzelfälle durch Vertrag oder Richterspruch, allgemein durch Gesetz. Wie Vertragspartner, so kann auch der Gesetzgber rechtlich zur Anpassung verpflichtet sein (eine solche Verpflichtung könnte sich außer aus der Bindung an die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" etwa aus dem Gleichheitssatz oder aus dem Sozialstaatsprinzip ergeben). Aber selbst wenn eine — gegebenenfalls durch Verfassungsbeschwerde einklagbare — Verpflichtung nicht besteht, ist der Gesetzgeber doch regelmäßig zur Anpassung gehalten, solange der ursprüngliche Normzweck erstrebenswert bleibt (solange keine Zwecksubstitution stattfindet, zu der sich der Gesetzgeber jedoch wenigstens öffentlich bekennen sollte).

Die Gesetzgebung hat diese Aufgabe zu allen Zeiten erkannt und wahrgenommen. Die Rechtsgeschichte kennt eine Fülle von Gesetzen, die Gesetzesbestimmungen über Geldbeträge an Geldwertänderungen anpassen. Solche Anpassungen aber sind in mehrfacher Hinsicht problematisch:

Eine automatische Anpassung durch entsprechende Klauseln, mit der sich die Vertragspraxis (neben der Bestimmung sehr kurzer Geltungsfristen [Tarifverträge], die sich für Gesetze des hier interessierenden Inhalts von vornherein verbietet) zu behelfen versucht, würde im Ergebnis die bestehende Währungseinheit als Rechnungseinheit durch einen aus ihr mittels Multiplikation mit einem „Geldwertschwundkoeffizienten" (die Inflationsgesetzgebung von 1923 sprach von einer „Teuerungszahl") ermittelten Betrag ersetzen und damit die für die geltende Währungsordnung kennzeichnende Übereinstimmung von Rechnungseinheit und Zahlungsmitteleinheit aufgeben; sie bedeutete zum anderen angesichts der Unmöglichkeit, das Anpassungsmaß „objektiv" zu bestimmen, eine verfassungswidrige Delegation der Rechtssetzungsbefugnis an die zur Ermittlung des Anpassungsmaßes tätig werdenden Instanzen.

Andere als automatische Anpassungen aber

— folgen regelmäßig der Veränderung der Verhältnisse nach, ohne Rückwirkung erlangen zu können und gegen künftige Frustrierung gefeit zu sein, oder

— sind, wenn der time lag vermieden und der künftige Schwund durch Vorgriff berücksichtigt werden soll (nach der Methode: Jetzt zuviel, dann stimmt's in zwei Jahren und kann noch zwei Jahre lang ruhig zu wenig sein), nicht nur in ihrer Pauschalität bedenklich, sondern als staatliche Antezipation künftigen Geldwertschwundes auch im Widerspruch zu den vom zeitgenössischen Staat proklamierten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, oder

— sind, wenn sie zur Vermeidung dieser Schwierigkeiten sehr schnell aufeinander folgen, zunächst eine außerordentliche Belastung der Gesetzgebungsprozedur und der in ihr tätigen Menschen, weiter in der Gefahr, gerade die Funktion der Betragsbestimmung, einfache und sichere Handhabung zu gewährleisten, zu frustrieren, und schließlich geeignet, die Gesetzgebung als eine bloße Folge von Maßnahmen, den Staat als einen bloßen Manipulator sozialer Verhältnisse erscheinen zu lassen und das Vertrauen in die Ordnungskraft von Staat, Gesetzgebung und Gesetz, das ohne Kontinuität der Gesetzesgeltung nicht gedeihen kann, nachhaltig zu erschüttern.

VI.

Methodische Erläuterungen

Mittelfristiger Investitionsbedarf

1. Bei der Schätzung des zukünftig erforderlichen Investitionsvolumens im Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) wurde unterstellt,

   — daß die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte in den kommenden Jahren nicht mehr wesentlich steigen wird und infolgedessen kaum zusätzliche Arbeitsplätze mit Kapitalgütern ausgestattet werden müssen,

   — daß der langsame Anstieg des marginalen Bruttokapitalkoeffizienten im Unternehmensbereich — das ist das Verhältnis der Bruttoinvestitionen zur Veränderung des Beitrags dieses Bereichs zum Bruttoinlandsprodukt — sich auch in den nächsten fünf Jahren in etwa gleichem Tempo fortsetzen wird,

   — daß das künftige Wachstum der Arbeitsproduktivität nicht entscheidend von einer Zunahme des Arbeitsvolumens abhängt, die Mobilität der Arbeitskräfte also groß genug sein wird, eine möglichst reibungslose Expansion der von der Nachfrage begünstigten Bereiche zu gewährleisten.

2. Unter diesen Annahmen wird es möglich, mit Hilfe des extrapolierten marginalen Bruttokapitalkoeffizienten die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmensbereiches im Jahre 1970 in Preisen von 1965 abzuschätzen.

   Je nach dem, welche Kapitalkoeffizienten man für 1970 unter den oben skizzierten Bedingungen und bei den verschiedenen Produktivitätszielen (die bei konstantem Arbeitsvolumen Produktionszielen gleichzusetzen sind) auf Grund der bisherigen Entwicklung als den wahrscheinlichsten ansieht, müßten die realen Bruttoinvestitionen des Unternehmensbereichs mit den in der untenstehenden Tabelle angegebenen Jahresraten zunehmen.

und einem Produktivitätsziel von	Bei einem marginalen Bruttokapitalkoeffizienten von . . . im Jahre 1970 müssen die Bruttoinvestitionen im Unternehmensbereich jährlich um . . . vH zunehmen			Bruttoinvestitionsquote im Unternehmensbereich			
				1965	1970		
	5,0 (A)	5,5 (B)	5,9 (C) [1]		A	B	C
3 vH je Jahr	*−3,4*	*− 1,5*	*− 0,1*	20,0	14,6	16,0	17,2
4 vH je Jahr	*+3,1*	*+ 5,1*	*+ 8,4*	20,0	19,2	21,1	22,7
5 vH je Jahr	*+8,7*	*+10,8*	*+12,3*	20,0	23,8	26,2	28,1

[1]) Dieser Wert ergibt sich, wenn man den historischen marginalen Bruttokapitalkoeffizienten mit Hilfe eines linearen Trends fortschreibt. 1965 betrug der Trendwert 4,7.

Lohnpolitische Kennziffern

3. Die in Tabelle 42 mitgeteilten lohnpolitischen Kennziffern stellen den Versuch dar, die für eine mittelfristige, im Prinzip produktivitätsorientierte Lohnpolitik nach Ziffer 248 des Jahresgutachtens 1964 relevanten Größen für den Zeitraum 1959 bis 1965 so vollständig, wie dies beim gegenwärtigen Stand unserer Informationen möglich scheint, zusammenzustellen. Aus den in Ziffer 335 genannten Gründen ist aus den Berechnungen der Staat, im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ausgeschlossen; alle Größen beziehen sich also auf den privaten Sektor.

4. Basisgröße einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik nach Ziffer 248 des Jahresgutachtens 1964 ist das reale Produktionsergebnis je Stunde. Wir setzen an seine Stelle das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Preisen von 1954, Zähler und Nenner um den Staatsanteil bereinigt. Auf eine Berechnung je Stunde können wir bei dieser Rückschau verzichten, solange nur alle Grö-

ßen einheitlich je Erwerbstätigen (Arbeitnehmer) ausgedrückt werden.

5. Wenn sich die Terms of Trade mit dem Ausland verbessern, erbringt der Außenhandel einen zusätzlichen Einkommensvorteil, der — wie ein inländischer Produktivitätsfortschritt — in Form höherer Lohneinkommen verteilbar ist. Entsprechendes gilt, wenn sich die Terms of Trade verschlechtern. Den verteilungspolitisch relevanten Einfluß einer Veränderung der Terms of Trade erfaßt man, indem man statt des Zuwachses des realen Bruttoinlandsproduktes je Erwerbstätigen den Zuwachs des „Gross National Income" (=Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 — Außenbeitrag in Preisen von 1954 + Außenbeitrag zu Importpreisen von 1954) je Erwerbstätigen als Basis für die Lohnleitlinie wählt. Der in Tabelle 42 ausgewiesene Terms-of-Trade-Effekt ist die Differenz (in Prozentpunkten) zwischen den prozentualen Zuwachsraten nach den beiden Meßkonzepten.

6. Von den zahlreichen Lohnsummeneffekten des Strukturwandels, die in Ziffer 323 genannt werden, enthält Tabelle 42 nur eine Schätzung hinsichtlich der Veränderungen der Branchenstruktur und der Verschiebungen der Anteile von männlichen und weiblichen Beschäftigten. Das Verfahren, mit dessen Hilfe diese Effekte ermittelt wurden, ist bereits in Anhang IV, Ziffer 20 des Jahresgutachtens 1965 dargestellt worden.

7. Wenn sich die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung erhöhen, weil die Beitragssätze gestiegen sind oder Beschäftigte sozialversicherungspflichtig werden, die es bisher nicht waren, so ergeben sich indirekte Lohnerhöhungen, die lohnpolitisch wie direkte Lohnerhöhungen zu behandeln sind. (In den vergangenen Jahren hat allerdings eher das Umgekehrte eine Rolle gespielt, da viele Arbeitnehmer mit ihren Einkommen aus den Pflichtgrenzen herausgewachsen sind.) Dieser Effekt läßt sich einfach als Differenz (in Prozentpunkten) zwischen dem Anteil der Arbeitgeberbeiträge an der Bruttolohn- und -gehaltssumme im Jahre t und dem Anteil im Jahre t-1 messen. Die sich hieraus ergebenden Zahlen sind in Zeile (5) von Tabelle 42 angegeben.

8. Der Preisindex für die letzte Verwendung von Gütern und Dienstleistungen entspricht dem relativen Unterschied zwischen den in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angegebenen Größen zu laufenden und konstanten Preisen.

VII.

Statistischer Anhang

Tabelle 43

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige	Arbeitslose	Arbeitslosenquote [2]
	1 000		vH	1 000		vH
1950 [3]	46 908	21 577	*46,0*	19 997	1 580	*7,3*
1951 [3]	47 413	21 952	*46,3*	20 520	1 432	*6,5*
1952 [3]	47 728	22 289	*46,7*	20 910	1 379	*6,2*
1953 [3]	48 172	22 684	*47,1*	21 425	1 259	*5,6*
1954 [3]	48 710	23 216	*47,7*	21 995	1 221	*5,3*
1955 [3]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	928	*3,9*
1956 [3]	49 797	24 196	*48,6*	23 435	761	*3,1*
1957 [3]	50 434	24 602	*48,8*	23 940	662	*2,7*
1958 [3]	51 056	24 807	*48,6*	24 124	683	*2,8*
1959 [3]	51 634	24 857	*48,1*	24 381	476	*1,9*
1960 [3]	52 183	25 043	*48,0*	24 808	235	*0,9*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	271	*1,0*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	181	*0,7*
1962	56 938	26 937	*47,3*	26 783	154	*0,6*
1963	57 587	27 066	*47,0*	26 880	186	*0,7*
1964	58 266	27 148	*46,6*	26 979	169	*0,6*
1965	59 012	27 300	*46,3*	27 153	147	*0,5*
1960 1. Halbjahr	55 246	26 358	*47,7*	26 002	356	*1,4*
2. Halbjahr	55 622	26 660	*47,9*	26 492	168	*0,6*
1961 1. Halbjahr	55 984	26 649	*47,6*	26 427	222	*0,8*
2. Halbjahr	56 488	26 890	*47,6*	26 755	135	*0,5*
1962 1. Halbjahr	56 752	26 875	*47,4*	26 690	185	*0,7*
2. Halbjahr	57 124	26 999	*47,3*	26 875	124	*0,5*
1963 1. Halbjahr	57 403	27 007	*47,0*	26 770	237	*0,9*
2. Halbjahr	57 771	27 126	*47,0*	26 990	136	*0,5*
1964 1. Halbjahr	58 061	27 042	*46,6*	26 833	209	*0,8*
2. Halbjahr	58 471	27 250	*46,6*	27 125	125	*0,5*
1965 1. Halbjahr	58 811	27 207	*46,3*	27 022	185	*0,7*
2. Halbjahr	59 212	27 392	*46,3*	27 284	108	*0,4*
1966 1. Halbjahr	59 481	27 247	*45,8*	27 084	163	*0,6*

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung
[2] Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen
[3] ohne Saarland und Berlin

Tabelle 44

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschafts-bereiche	Land- und Forst-wirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe [2]	Handel und Verkehr [3]	Übrige Bereiche [4]
1950 [5]	100	24,8	42,6	16,0	16,6
1951 [5]	100	23,4	43,3	16,8	16,5
1952 [5]	100	22,2	43,8	17,5	16,6
1953 [5]	100	21,0	44,5	18,1	16,5
1954 [5]	100	19,8	45,6	18,1	16,4
1955 [5]	100	18,6	46,7	18,5	16,2
1956 [5]	100	17,7	47,5	18,7	16,2
1957 [5]	100	17,0	47,4	19,3	16,4
1958 [5]	100	16,3	47,5	19,4	16,7
1959 [5]	100	15,5	47,7	19,6	17,3
1960 [5]	100	14,5	47,6	17,0	20,9
1960	100	13,8	47,7	17,2	21,3
1961	100	13,0	48,1	17,4	21,6
1962	100	12,6	48,2	17,3	21,8
1963	100	12,0	48,2	17,6	22,1
1964	100	11,4	48,3	17,6	22,7
1965	100	10,9	48,7	17,6	22,8

[1]) einschließlich Tierhaltung und Fischerei
[2]) Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe
[3]) einschließlich Nachrichtenübermittlung
[4]) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Häusliche Dienste und Private Organisationen ohne Erwerbscharakter
[5]) ohne Saarland und Berlin

Tabelle 45

Sozialprodukt und

Millionen

Zeitraum	Brutto-inlands-produkt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt [1]	Brutto-sozial-produkt	Abschrei-bungen	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen	Indirekte Steuern abzüglich Subven-tionen	Netto-sozial-produkt zu Faktor-kosten (Volksein-kommen)
			in jeweiligen Preisen				
1950 [2]	97 820	+ 80	97 900	10 080	87 820	12 660	75 160
1951 [2]	119 430	+ 70	119 500	11 970	107 530	16 450	91 080
1952 [2]	136 490	+ 110	136 600	13 300	123 300	19 530	103 770
1953 [2]	147 010	+ 90	147 100	13 400	133 700	21 570	112 130
1954 [2]	158 240	— 340	157 900	13 640	144 260	23 180	121 080
1955 [2]	180 830	— 430	180 400	14 830	165 570	26 110	139 460
1956 [2]	199 000	— 200	198 800	16 530	182 270	27 900	154 370
1957 [2]	216 390	— 90	216 300	18 370	197 930	29 640	168 290
1958 [2]	231 210	+ 290	231 500	20 190	211 310	31 170	180 140
1959 [2]	250 750	+ 150	250 900	22 070	228 830	34 860	193 970
1960 [2]	279 420	+ 380	279 800	24 810	254 990	38 070	216 920
1960	296 640	+ 160	296 800	26 240	270 560	40 760	229 800
1961	326 600	— 400	326 200	29 650	296 550	44 950	251 600
1962	354 880	— 380	354 500	33 830	320 670	48 770	271 900
1963	377 960	— 360	377 600	37 800	339 800	50 760	289 040
1964 [3]	414 600	— 800	413 800	41 960	371 840	55 340	316 500
1965 [3]	449 860	—1 060	448 800	47 080	401 720	59 910	341 810
1960 1. Halbjahr	139 810	+ 260	140 070	12 660	127 410	19 330	108 080
2. Halbjahr	156 830	— 100	156 730	13 580	143 150	21 430	121 720
1961 1. Halbjahr	155 940	+ 20	155 960	14 320	141 640	21 790	119 850
2. Halbjahr	170 660	— 420	170 240	15 330	154 910	23 160	131 750
1962 1. Halbjahr	168 510	— 50	168 460	16 400	152 060	23 810	128 250
2. Halbjahr	186 370	— 330	186 040	17 430	168 610	24 960	143 650
1963 1. Halbjahr	176 890	— 230	176 660	18 420	158 240	24 530	133 710
2. Halbjahr	201 070	— 130	200 940	19 380	181 560	26 230	155 330
1964 1. Halbjahr [3]	195 160	— 460	194 700	20 320	174 380	26 650	147 730
2. Halbjahr [3]	219 440	— 340	219 100	21 640	197 460	28 690	168 770
1965 1. Halbjahr [3]	212 730	— 730	212 000	22 830	189 170	29 160	160 010
2. Halbjahr [3]	237 130	— 330	236 800	24 250	212 550	30 750	181 800
1966 1. Halbjahr [4]	228 400	— 300	228 100	25 340	202 760	31 860	170 900

[1]) Ein Pluszeichen bedeutet, daß Inländern mehr Einkommen aus der übrigen Welt zugeflossen sind als der übrigen Welt von Inländern. Ein Minuszeichen bedeutet das Umgekehrte.
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) vorläufige Ergebnisse
[4]) erste vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 45

Volkseinkommen

DM

Brutto-inlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt [1])	Brutto-sozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozial-produkt zu Marktpreisen	Zeitraum
		in Preisen von 1954			
112 790	+ 110	112 900	12 260	100 640	1950
125 100	+ 100	125 200	12 510	112 690	1951
136 380	+ 120	136 500	12 790	123 710	1952
147 210	+ 90	147 300	13 160	134 140	1953
158 240	— 340	157 900	13 640	144 260	1954
177 340	— 440	176 900	14 410	162 490	1955 [2]) (1950–1960)
189 530	— 230	189 300	15 620	173 680	1956
200 320	— 120	200 200	16 840	183 360	1957
206 670	+ 130	206 800	18 200	188 600	1958
221 070	— 70	221 000	19 740	201 260	1959
240 320	+ 80	240 400	21 630	218 770	1960
254 980	— 80	254 900	22 870	232 030	1960
269 170	— 570	268 600	25 040	243 560	1961
280 180	— 580	279 600	27 370	252 230	1962
289 860	— 560	289 300	29 940	259 360	1963
309 400	— 900	308 500	32 780	275 720	1964 [3])
323 460	— 1 060	322 400	35 930	286 470	1965 [3])
120 940	+ 130	121 070	.	.	1960 1. Halbjahr
134 040	— 210	133 830	.	.	2. Halbjahr
130 270	— 110	130 160	.	.	1961 1. Halbjahr
138 900	— 460	138 440	.	.	2. Halbjahr
134 250	— 170	134 080	.	.	1962 1. Halbjahr
145 930	— 410	145 520	.	.	2. Halbjahr
137 230	— 330	136 900	.	.	1963 1. Halbjahr
152 630	— 230	152 400	.	.	2. Halbjahr
147 800	— 500	147 300	.	.	1964 1. Halbjahr [3])
161 600	— 400	161 200	.	.	2. Halbjahr [3])
155 480	— 680	154 800	.	.	1965 1. Halbjahr [3])
167 980	— 380	167 600	.	.	2. Halbjahr [3])
160 450	— 350	160 100	.	.	1966 1. Halbjahr [4])

Tabelle 46

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts-

Millionen DM

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe [2]	Handel und Verkehr [3]	Übrige Bereiche [4]
			in jeweiligen Preisen		
1950 [5]	97 820	10 180	48 480	19 430	19 730
1951 [5]	119 430	12 270	61 270	23 060	22 830
1952 [5]	136 490	13 330	69 290	27 780	26 090
1953 [5]	147 010	13 430	76 110	28 550	28 920
1954 [5]	158 240	13 760	82 560	30 220	31 700
1955 [5]	180 830	14 540	95 780	35 200	35 310
1956 [5]	199 000	14 970	105 190	39 070	39 770
1957 [5]	216 390	15 620	113 240	43 490	44 040
1958 [5]	231 210	16 520	120 390	46 240	48 060
1959 [5]	250 750	16 880	131 700	50 310	51 860
1960 [5]	279 420	17 520	148 440	55 360	58 100
1960	296 640	17 720	158 080	58 490	62 350
1961	326 600	17 940	174 700	63 400	70 560
1962	354 880	17 970	189 910	69 670	77 330
1963	377 960	19 280	199 000	73 920	85 760
1964 [6]	414 600	20 510	218 910	80 610	94 570
1965 [6]	449 860	20 000	236 890	87 590	105 380
1960 1. Halbjahr	139 810	8 570	73 830	27 500	29 910
2. Halbjahr	156 830	9 150	84 250	30 990	32 440
1961 1. Halbjahr	155 940	9 240	82 900	29 720	34 080
2. Halbjahr	170 660	8 700	91 800	33 680	36 480
1962 1. Halbjahr	168 510	8 790	89 360	33 010	37 350
2. Halbjahr	186 370	9 180	100 550	36 660	39 980
1963 1. Halbjahr	176 890	9 140	91 720	34 580	41 450
2. Halbjahr	201 070	10 140	107 280	39 340	44 310
1964 1. Halbjahr [6]	195 160	10 180	102 120	37 500	45 360
2. Halbjahr [6]	219 440	10 330	116 790	43 110	49 210
1965 1. Halbjahr [6]	212 730	10 050	111 780	40 570	50 330
2. Halbjahr [6]	237 130	9 950	125 110	47 020	55 050
1966 1. Halbjahr [7]	228 400	9 700	119 040	43 780	55 880

[1]) einschließlich Tierhaltung und Fischerei
[2]) Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe
[3]) einschließlich Nachrichtenübermittlung
[4]) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter
[5]) ohne Saarland und Berlin
[6]) vorläufige Ergebnisse
[7]) erste vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 46

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1])	Produzierendes Gewerbe [2])	Handel und Verkehr [3])	Übrige Bereiche [4])	Zeitraum
		in Preisen von 1954			
112 790	11 610	53 380	23 320	24 480	1950 [5])
125 100	13 290	60 920	25 070	25 820	1951 [5])
136 380	13 400	68 250	26 630	28 100	1952 [5])
147 210	13 450	75 450	28 360	29 950	1953 [5])
158 240	13 760	82 560	30 220	31 700	1954 [5])
177 340	13 670	95 730	34 010	33 930	1955 [5])
189 530	13 550	102 760	37 360	35 860	1956 [5])
200 320	14 000	108 020	39 840	38 460	1957 [5])
206 670	14 840	111 570	40 460	39 800	1958 [5])
221 070	15 330	120 500	43 580	41 660	1959 [5])
240 320	15 910	133 160	47 430	43 820	1960 [5])
254 980	16 090	141 880	50 010	47 000	1960
269 170	16 360	150 800	52 250	49 760	1961
280 180	15 710	157 460	54 580	52 430	1962
289 860	16 980	162 000	56 060	54 820	1963
309 400	17 890	175 660	58 790	57 060	1964 [6])
323 460	16 800	185 180	62 010	59 470	1965 [6])
120 940	7 520	66 960	23 430	23 030	1960 1. Halbjahr
134 040	8 570	74 920	26 580	23 970	2. Halbjahr
130 270	8 740	72 500	24 680	24 350	1961 1. Halbjahr
138 900	7 620	78 300	27 570	25 410	2. Halbjahr
134 250	7 480	74 970	25 960	25 840	1962 1. Halbjahr
145 930	8 230	82 490	28 620	26 590	2. Halbjahr
137 230	8 070	75 670	26 440	27 050	1963 1. Halbjahr
152 630	8 910	86 330	29 620	27 770	2. Halbjahr
147 800	9 010	82 960	27 730	28 100	1964 1. Halbjahr [6])
161 600	8 880	92 700	31 060	28 960	2. Halbjahr [6])
155 480	8 750	88 380	29 070	29 280	1965 1. Halbjahr [6])
167 980	8 050	96 800	32 940	30 190	2. Halbjahr [6])
160 450	7 880	91 730	30 350	30 490	1966 1. Halbjahr [7])

Tabelle 47

Verteilung des Volkseinkommens

Millionen DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [1]	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: insgesamt	der privaten Haushalte [2]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [3] = unverteilte Gewinne [4]	des Staates [5]
1950 [6]	75 160	44 070	31 090	26 110	4 280	700
1951 [6]	91 080	53 430	37 650	31 880	4 690	1 080
1952 [6]	103 770	59 600	44 170	35 820	6 730	1 620
1953 [6]	112 130	65 770	46 360	37 160	7 440	1 760
1954 [6]	121 080	71 870	49 210	39 700	7 640	1 870
1955 [6]	139 460	81 950	57 510	45 890	9 100	2 520
1956 [6]	154 370	91 820	62 550	50 080	9 820	2 650
1957 [6]	168 290	100 520	67 770	53 660	10 980	3 130
1958 [6]	180 140	108 990	71 150	56 610	11 350	3 190
1959 [6]	193 970	116 830	77 140	61 380	12 800	2 960
1960 [6]	216 920	131 400	85 520	67 490	14 560	3 470
1960	229 800	139 770	90 030	70 910	15 480	3 640
1961	251 600	157 180	94 420	74 680	15 430	4 310
1962	271 900	173 860	98 040	78 350	15 100	4 590
1963	289 040	186 530	102 510	82 510	14 970	5 030
1964 [7]	316 500	204 360	112 140	90 160	16 610	5 370
1965 [7]	341 810	225 650	116 160	95 240	15 360	5 560
1960 1. Halbjahr	108 080	65 660	42 420	.	.	.
2. Halbjahr	121 720	74 110	47 610	.	.	.
1961 1. Halbjahr	119 850	75 270	44 580	.	.	.
2. Halbjahr	131 750	81 910	49 840	.	.	.
1962 1. Halbjahr	128 250	82 840	45 410	.	.	.
2. Halbjahr	143 650	91 020	52 630	.	.	.
1963 1. Halbjahr	133 710	88 340	45 370	.	.	.
2. Halbjahr	155 330	98 190	57 140	.	.	.
1964 1. Halbjahr [7]	147 730	96 860	50 870	.	.	.
2. Halbjahr [7]	168 770	107 500	61 270	.	.	.
1965 1. Halbjahr [7]	160 010	106 590	53 420	.	.	.
2. Halbjahr [7]	181 800	119 060	62 740	.	.	.
1966 1. Halbjahr [8]	170 900	116 300	54 600	.	.	.

[1] „Meßbares" Einkommen: Einschließlich Werbungskosten, jedoch ohne bestimmte Lohnnebenkosten, die zum Einkommen aus unselbständiger Arbeit gehören, aber nicht in der Bruttolohn- und -gehaltssumme und in den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung erfaßt sind, wie Aufwendungen der Arbeitgeber zur Verbilligung der Lebenshaltung und für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge bei privaten Einrichtungen, Unterstützungen u. ä.

[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anm. 1).

[3] Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

[4] Vor Abzug der direkten Steuern u. ä. der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

[5] nach Abzug der Zinsen auf öffentlichen Schulden

[6] ohne Saarland und Berlin

[7] vorläufige Ergebnisse

[8] erste vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 48

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner DM	Volkseinkommen je Einwohner 1960 = 100	Volkseinkommen je durchschnittlich Erwerbstätigen DM	Volkseinkommen je durchschnittlich Erwerbstätigen 1960 = 100	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer DM	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer 1960 = 100	Bruttoinlandsprodukt je durchschnittlich Erwerbstätigen (Produktivität) [1] DM	Bruttoinlandsprodukt je durchschnittlich Erwerbstätigen (Produktivität) [1] 1960 = 100
1950 [2]	1 602	39	3 759	43	3 223	47	5 647	58
1951 [2]	1 921	46	4 439	51	3 740	54	6 104	63
1952 [2]	2 174	52	4 963	57	4 040	59	6 533	67
1953 [2]	2 328	56	5 234	60	4 286	62	6 883	71
1954 [2]	2 486	60	5 505	63	4 501	65	7 207	74
1955 [2]	2 834	68	6 109	70	4 866	71	7 781	80
1956 [2]	3 100	75	6 587	75	5 252	76	8 104	83
1957 [2]	3 337	80	7 030	80	5 587	81	8 388	86
1958 [2]	3 528	85	7 467	85	5 992	87	8 624	88
1959 [2]	3 757	90	7 956	91	6 305	91	9 141	94
1960 [2]	4 157	100	8 744	100	6 891	100	9 759	100
1960	4 146	100	8 755	100	6 875	100	9 773	100
1961	4 479	108	9 462	108	7 582	110	10 176	104
1962	4 775	115	10 152	116	8 258	120	10 518	108
1963	5 019	121	10 753	123	8 756	127	10 839	111
1964 [3]	5 432	131	11 731	134	9 484	138	11 521	118
1965 [3]	5 792	140	12 588	144	10 331	150	11 961	122
1960 1. Halbjahr	1 956	94	4 157	95	3 271	95	4 680	96
2. Halbjahr	2 188	106	4 595	105	3 600	105	5 088	104
1961 1. Halbjahr	2 141	103	4 535	104	3 664	107	4 954	101
2. Halbjahr	2 332	112	4 924	112	3 916	114	5 220	107
1962 1. Halbjahr	2 260	109	4 805	110	3 960	115	5 059	104
2. Halbjahr	2 515	121	5 345	122	4 296	125	5 458	112
1963 1. Halbjahr	2 329	112	4 995	114	4 175	121	5 154	105
2. Halbjahr	2 689	130	5 755	131	4 579	133	5 683	116
1964 1. Halbjahr [3]	2 544	123	5 506	126	4 534	132	5 535	113
2. Halbjahr [3]	2 886	139	6 222	142	4 947	144	5 983	122
1965 1. Halbjahr [3]	2 721	131	5 921	135	4 916	143	5 778	118
2. Halbjahr [3]	3 070	148	6 663	152	5 412	157	6 180	126
1966 1.Halbjahr [4]	2 873	139	6 310	144	5 325	155	5 947	122

[1]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) vorläufige Ergebnisse
[4]) erste vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 49

Verwendung des

Millionen DM

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr	Einfuhr	Außenbeitrag [1]
				in jeweiligen Preisen						
1950 [2]	97 900	63 360	14 000	18 140	9 290	8 850	+3 670	11 310	12 580	−1 270
1951 [2]	119 500	73 710	17 500	22 320	11 970	10 350	+3 720	18 720	16 470	+2 250
1952 [2]	136 600	81 820	20 800	25 570	13 920	11 650	+5 120	22 120	18 830	+3 290
1953 [2]	147 100	89 560	21 170	29 100	15 150	13 950	+1 910	25 360	20 000	+5 360
1954 [2]	157 900	95 110	22 030	32 760	17 260	15 500	+2 840	30 770	25 610	+5 160
1955 [2]	180 400	106 190	23 820	40 660	21 560	19 100	+5 590	36 620	32 480	+4 140
1956 [2]	198 800	117 750	25 350	44 830	23 430	21 400	+4 010	44 130	37 270	+6 860
1957 [2]	216 300	128 160	27 300	46 490	23 790	22 700	+5 320	52 500	43 470	+9 030
1958 [2]	231 500	137 710	30 590	50 430	25 630	24 800	+3 670	54 180	45 080	+9 100
1959 [2]	250 900	146 480	33 530	57 960	28 460	29 500	+4 200	60 580	51 850	+8 730
1960 [2]	279 800	158 870	37 730	67 030	33 900	33 130	+7 990	69 750	61 570	+8 180
1960	296 800	170 030	40 400	70 620	35 600	35 020	+8 590	62 910	55 750	+7 160
1961	326 200	186 760	46 050	80 710	40 660	40 050	+5 900	65 810	59 030	+6 780
1962	354 500	204 030	53 100	90 200	44 660	45 540	+3 500	68 950	65 280	+3 670
1963	377 600	215 940	59 180	95 340	45 970	49 370	+2 100	74 990	69 950	+5 040
1964 [3]	413 800	232 900	61 740	109 150	51 600	57 550	+4 700	83 530	78 220	+5 310
1965 [3]	448 800	255 050	69 600	119 420	58 700	60 720	+5 500	91 140	91 910	− 770
1960 1. Halbjahr	140 070	79 830	19 520	32 290	16 530	15 760	+5 270	30 070	26 910	+3 160
2. Halbjahr	156 730	90 200	20 880	38 330	19 070	19 260	+3 320	32 840	28 840	+4 000
1961 1. Halbjahr	155 960	87 680	21 270	37 610	19 520	18 090	+5 060	32 580	28 240	+4 340
2. Halbjahr	170 240	99 080	24 780	43 100	21 140	21 960	+ 840	33 230	30 790	+2 440
1962 1. Halbjahr	168 460	96 830	24 170	41 490	21 470	20 020	+3 780	33 480	31 290	+2 190
2. Halbjahr	186 040	107 200	28 930	48 710	23 190	25 520	− 280	35 470	33 990	+1 480
1963 1. Halbjahr	176 660	101 710	27 850	41 470	21 630	19 840	+4 300	35 200	33 870	+1 330
2. Halbjahr	200 940	114 230	31 330	53 870	24 340	29 530	−2 200	39 790	36 080	+3 710
1964 1. Halbjahr [3]	194 700	109 240	28 310	49 480	24 300	25 180	+3 800	40 690	36 820	+3 870
2. Halbjahr [3]	219 100	123 660	33 430	59 670	27 300	32 370	+ 900	42 840	41 400	+1 440
1965 1. Halbjahr [3]	212 000	119 120	31 890	55 160	28 300	26 860	+5 700	43 870	43 740	+ 130
2. Halbjahr [3]	236 800	135 930	37 710	64 260	30 400	33 860	− 200	47 270	48 170	− 900
1966 1. Halbjahr [4]	228 100	130 050	34 760	59 390	30 060	29 330	+2 700	48 620	47 420	+1 200

[1]) Ausfuhr ⁒ Einfuhr
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) vorläufige Ergebnisse
[4]) erste vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 49

Sozialprodukts

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vor-ratsver-ände-rung	Aus-fuhr	Ein-fuhr	Außen-bei-trag [1]	Zeitraum
					in Preisen von 1954					
112 900	68 960	17 430	21 800	11 200	10 600	+3 900	13 630	12 820	+ 810	1950
125 200	74 440	19 410	23 150	12 440	10 720	+3 310	18 490	13 600	+4 890	1951
136 500	81 180	21 560	24 600	13 290	11 310	+4 840	21 040	16 720	+4 320	1952
147 300	90 060	21 430	28 780	14 760	14 020	+1 800	24 940	19 710	+5 230	1953
157 900	95 110	22 030	32 760	17 260	15 500	+2 840	30 770	25 610	+5 160	1954
176 900	104 540	22 970	39 460	21 340	18 120	+5 510	36 250	31 830	+4 420	1955 [2] (1950–1960)
189 300	113 470	23 150	42 380	22 620	19 760	+3 860	42 270	35 830	+6 440	1956
200 200	120 450	24 150	42 590	22 340	20 250	+5 090	49 120	41 200	+7 920	1957
206 800	126 210	26 150	45 210	23 740	21 470	+3 450	50 890	45 110	+5 780	1958
221 000	132 970	28 450	51 000	26 600	24 400	+4 060	57 940	53 420	+4 520	1959
240 400	142 320	30 720	56 880	31 260	25 620	+7 680	65 670	62 870	+2 800	1960
254 900	152 430	32 780	60 000	32 870	27 130	+8 190	59 280	57 780	+1 500	1960
268 600	162 980	35 480	65 630	36 650	28 980	+5 500	61 250	62 240	— 990	1961
279 600	172 770	39 770	69 440	38 860	30 580	+3 100	63 860	69 340	—5 480	1962
289 300	177 900	43 080	71 390	39 900	31 490	+2 000	70 020	75 090	—5 070	1963
308 500	187 530	42 630	79 960	44 500	35 460	+4 400	77 260	83 280	—6 020	1964 [3]
322 400	199 060	45 450	85 710	49 190	36 520	+5 000	82 770	95 590	—12 820	1965 [3]
121 070	71 900	16 060	27 570	15 300	12 270	+5 000	28 490	27 950	+ 540	1960 1. Halbjahr
133 830	80 530	16 720	32 430	17 570	14 860	+3 190	30 790	29 830	+ 960	2. Halbjahr
130 160	77 130	16 480	31 180	17 640	13 540	+4 730	30 360	29 720	+ 640	1961 1. Halbjahr
138 440	85 850	19 000	34 450	19 010	15 440	+ 770	30 890	32 520	— 1 630	2. Halbjahr
134 080	82 490	18 220	32 430	18 730	13 700	+3 310	31 080	33 450	— 2 370	1962 1. Halbjahr
145 520	90 280	21 550	37 010	20 130	16 880	— 210	32 780	35 890	— 3 110	2. Halbjahr
136 900	84 090	20 570	31 620	18 810	12 810	+4 070	32 860	36 310	— 3 450	1963 1. Halbjahr
152 400	93 810	22 510	39 770	21 090	18 680	—2 070	37 160	38 780	— 1 620	2. Halbjahr
147 300	88 480	19 820	36 680	21 040	15 640	+3 570	38 070	39 320	— 1 250	1964 1. Halbjahr [3]
161 200	99 050	22 810	43 280	23 460	19 820	+ 830	39 190	43 960	— 4 770	2. Halbjahr [3]
154 800	94 200	21 190	40 080	23 830	16 250	+5 190	40 030	45 890	— 5 860	1965 1. Halbjahr [3]
167 600	104 860	24 260	45 630	25 360	20 270	— 190	42 740	49 700	— 6 960	2. Halbjahr [3]
160 100	98 700	21 740	42 090	24 740	17 350	+2 500	43 560	48 490	— 4 930	1966 1. Halbjahr [4]

Tabelle 50

Investitionen der Unternehmen

Jahr	Insgesamt [1])		Ausrüstungs- investitionen		Bau- [1]) investitionen		Vorratsveränderung	
	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH
1950 [2])	15 620	*100*	9 020	*57,7*	2 930	*18,8*	+3 670	*23,5*
1951 [2])	18 350	*100*	11 590	*63,2*	3 040	*16,6*	+3 720	*20,3*
1952 [2])	21 610	*100*	13 500	*62,5*	2 990	*13,8*	+5 120	*23,7*
1953 [2])	20 290	*100*	14 710	*72,5*	3 670	*18,1*	+1 910	*9,4*
1954 [2])	23 790	*100*	16 800	*70,6*	4 150	*17,4*	+2 840	*11,9*
1955 [2])	32 340	*100*	21 060	*65,1*	5 690	*17,6*	+5 590	*17,3*
1956 [2])	33 630	*100*	22 880	*68,0*	6 740	*20,0*	+4 010	*11,9*
1957 [2])	35 870	*100*	23 200	*64,7*	7 350	*20,5*	+5 320	*14,8*
1958 [2])	36 870	*100*	24 970	*67,7*	8 230	*22,3*	+3 670	*10,0*
1959 [2])	41 020	*100*	27 750	*67,6*	9 070	*22,1*	+4 200	*10,2*
1960 [2])	51 240	*100*	33 020	*64,4*	10 230	*20,0*	+7 990	*15,6*
1960	54 140	*100*	34 670	*64,0*	10 880	*20,1*	+8 590	*15,9*
1961	57 970	*100*	39 600	*68,3*	12 470	*21,5*	+5 900	*10,2*
1962	60 520	*100*	43 410	*71,7*	13 610	*22,5*	+3 500	*5,8*
1963	60 570	*100*	44 500	*73,5*	13 970	*23,1*	+2 100	*3,5*
1964 [3])	71 220	*100*	50 060	*70,3*	16 460	*23,1*	+4 700	*6,6*
1965 [3])	80 140	*100*	57 100	*71,3*	17 540	*21,9*	+5 500	*6,9*

[1]) ohne Wohnungen
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 51

Bauinvestitionen

Jahr	Insgesamt	Unternehmen [1])	Staat insgesamt	Staat Verkehrsbauten	Staat sonstige Bauten	Wohnungen
			Millionen DM			
1950 [2])	8 850	2 930	1 570	510	1 060	4 350
1951 [2])	10 350	3 040	1 940	690	1 250	5 370
1952 [2])	11 650	2 990	2 360	850	1 510	6 300
1953 [2])	13 950	3 670	2 880	1 020	1 860	7 400
1954 [2])	15 500	4 150	3 090	1 160	1 930	8 260
1955 [2])	19 100	5 690	4 090	1 670	2 420	9 320
1956 [2])	21 400	6 740	4 710	1 990	2 720	9 950
1957 [2])	22 700	7 350	4 900	2 060	2 840	10 450
1958 [2])	24 800	8 230	5 470	2 350	3 120	11 100
1959 [2])	29 500	9 070	6 980	3 130	3 850	13 450
1960 [2])	33 130	10 230	8 000	3 630	4 370	14 900
1960	35 020	10 880	8 400	3 740	4 660	15 740
1961	40 050	12 470	9 770	4 360	5 410	17 810
1962	45 540	13 610	12 160	5 570	6 590	19 770
1963	49 370	13 970	14 170	6 880	7 290	21 230
1964 [3])	57 550	16 460	16 720	7 120	9 600	24 370
1965 [3]	60 720	17 540	17 700	7 670	10 030	25 480
			Anteil in vH			
1950 [2])	*100*	*33,1*	*17,7*	*5,8*	*11,9*	*49,2*
1951 [2])	*100*	*29,4*	*18,7*	*6,7*	*12,0*	*51,9*
1952 [2])	*100*	*25,7*	*20,3*	*7,3*	*13,0*	*54,0*
1953 [2])	*100*	*26,3*	*20,6*	*7,3*	*13,3*	*53,1*
1954 [2])	*100*	*26,8*	*19,9*	*7,5*	*12,4*	*53,3*
1955 [2])	*100*	*29,8*	*21,4*	*8,7*	*12,7*	*48,8*
1956 [2])	*100*	*31,5*	*22,0*	*9,3*	*12,7*	*46,5*
1957 [2])	*100*	*32,4*	*21,6*	*9,1*	*12,5*	*46,0*
1958 [2])	*100*	*33,2*	*22,1*	*9,5*	*12,6*	*44,7*
1959 [2])	*100*	*30,7*	*23,7*	*10,6*	*13,1*	*45,6*
1960 [2])	*100*	*30,9*	*24,1*	*11,0*	*13,1*	*45,0*
1960	*100*	*31,1*	*24,0*	*10,7*	*13,3*	*44,9*
1961	*100*	*31,1*	*24,4*	*10,9*	*13,5*	*44,5*
1962	*100*	*29,9*	*26,7*	*12,2*	*14,5*	*43,4*
1963	*100*	*28,3*	*28,7*	*13,9*	*14,8*	*43,0*
1964 [3])	*100*	*28,6*	*29,1*	*12,4*	*16,7*	*42,3*
1965 [3])	*100*	*28,9*	*29,2*	*12,6*	*16,5*	*42,0*

[1]) ohne Wohnungen
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 52

Einnahmen und Ausgaben

Millionen DM

Jahr	Einnahmen [1])				
	insgesamt	Steuern u.ä., Übertragungen [2])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen [3])	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen [4])	Veränderung der Verbindlichkeiten [5])
	Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)				
1950 [12])	36 490	29 900	1 120	1 880	+3 590
1955 [12])	67 340	59 370	3 470	2 930	+1 570
1956 [12])	73 750	66 000	3 610	3 190	+ 950
1957 [12])	81 230	72 490	4 050	3 510	+1 180
1958 [12])	88 030	77 720	4 120	3 920	+2 270
1959 [12])	100 090	86 200	4 020	4 340	+5 530
1960 [12])	110 540	98 620	4 570	4 830	+2 520
1960	114 190	102 070	4 770	5 140	+2 210
1961	129 070	115 060	5 320	5 570	+3 120
1962	141 940	126 510	5 690	6 140	+3 600
1963	153 010	134 170	6 180	6 700	+5 960
1964 [13])	165 560	145 940	6 510	7 620	+5 490
1965 [13])	179 110	155 880	6 820	8 280	+8 130
	Sozialversicherung				
1950 [12])	.	8 920	110	10	.
1955 [12])	.	16 650	780	30	.
1956 [12])	.	18 570	1 030	20	.
1957 [12])	.	22 170	1 230	20	.
1958 [12])	.	25 000	1 320	20	.
1959 [12])	.	26 620	1 410	20	.
1960 [12])	.	29 720	1 530	30	.
1960	.	31 680	1 600	30	.
1961	.	34 580	1 780	30	.
1962	.	38 300	2 040	40	.
1963	.	41 130	2 330	40	.
1964 [13])	.	44 080	2 610	40	.
1965 [13])	.	48 210	2 750	40	.

[1]) Ohne Einnahmen von anderen Körperschaften des Staatssektors. Im Prinzip dargestellt im Stadium der Entstehung von Forderungen und Verbindlichkeiten.

[2]) Unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

[3]) Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen zuzüglich unterstellter Bankgebühren für Einlagen

[4]) Gebühren und Entgelte von Unternehmen sowie von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter; die Verkäufe der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung sind nicht enthalten.

[5]) Nach Abzug von Tilgungsausgaben; die Angaben über die Veränderung der Verbindlichkeiten sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen (einschließlich einer „statistischen Differenz").

[6]) ohne Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors (vgl. Anmerkung 1)

[7]) Käufe von Waren und Dienstleistungen für die Bereitstellung von Verwaltungsleistungen und die Durchführung von Investitionen in eigener Regie ohne die vom Staat gezahlten indirekten Steuern; die Käufe der Sozialversicherung von Gebietskörperschaften sind nicht enthalten.

Tabelle 52

des Staates

Ausgaben [6]) insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf [7])	Investitionen [8])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Löhne, Gehälter u. ä. [9])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä. Übertragungen, Subventionen [10])	Veränderung der Forderungen [11])	Jahr
		Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)					
36 490	8 220	1 860	7 050	550	14 420	+ 4 390	1950 [12])
67 340	13 680	4 830	11 990	1 270	25 280	+10 290	1955 [12])
73 750	13 910	5 480	13 380	1 370	28 900	+10 710	1956 [12])
81 230	14 620	5 770	14 800	1 380	35 840	+ 8 820	1957 [12])
88 030	16 870	6 460	16 110	1 450	41 210	+ 5 930	1958 [12])
100 090	19 650	8 020	16 520	1 650	43 560	+10 690	1959 [12])
110 540	22 220	9 320	18 430	1 770	46 780	+12 020	1960 [12])
114 190	23 430	9 770	20 110	1 840	47 210	+11 830	1960
129 070	26 240	11 390	23 070	1 860	53 560	+12 950	1961
141 940	31 400	14 230	25 220	2 050	60 110	+ 8 930	1962
153 010	34 910	16 510	27 980	2 260	61 750	+ 9 600	1963
165 560	35 290	19 260	30 610	2 430	67 920	+10 050	1964 [13])
179 110	39 110	20 330	34 890	2 740	76 390	+ 5 650	1965 [13])
			Sozialversicherung				
.	1 690	70	340	0	7 400	.	1950 [12])
.	3 340	110	660	0	14 320	.	1955 [12])
.	3 820	120	730	0	16 070	.	1956 [12])
.	4 320	130	780	0	21 100	.	1957 [12])
.	4 960	180	890	0	24 760	.	1958 [12])
.	5 490	170	930	0	26 050	.	1959 [12])
.	6 110	160	1 030	0	27 590	.	1960 [12])
.	6 590	170	1 100	0	29 750	.	1960
.	7 350	120	1 240	0	33 140	.	1961
.	8 270	180	1 320	0	36 490	.	1962
.	9 050	170	1 430	0	39 670	.	1963
.	9 910	170	1 560	0	42 350	.	1964 [13])
.	11 420	170	1 720	0	45 830	.	1965 [13])

[8]) Käufe für Anlageinvestitionen von Unternehmen (ohne selbsterstellte Anlagen) sowie Käufe von Land und gebrauchten Anlagen

[9]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung einschließlich unterstellter Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sowie Personalkosten für selbsterstellte Anlagen; ferner Sold und Verpflegung des Militärpersonals (einschließlich der Entgelte für die bei den Besatzungsmächten in Berlin (West) beschäftigten deutschen Arbeitnehmer).

[10]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.

[11]) Nach Abzug von Tilgungseinnahmen; die Angaben über die Veränderung der Forderungen sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen.

[12]) ohne Saarland und Berlin

[13]) vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 53

Zahlungs-

Millionen

Zeitraum	Saldo der Devisenbilanz [1]	Bilanz der laufenden Posten				
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der unentgeltlichen Leistungen (eigene: —)
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950 [7]	− 564	− 407	−2 472	−3 012	+ 540	+2 065
1951 [7]	+2 038	+2 341	+ 812	− 149	+ 961	+1 529
1952 [7]	+2 761	+2 528	+2 368	+ 706	+1 662	+ 160
1953 [7]	+3 614	+3 793	+4 244	+2 516	+1 728	− 451
1954 [7]	+2 782	+3 609	+4 083	+2 698	+1 385	− 474
1955 [7]	+1 851	+2 205	+3 039	+1 245	+1 794	− 834
1956 [7]	+5 014	+4 485	+5 691	+2 897	+2 794	−1 206
1957 [7]	+5 122	+5 878	+7 732	+4 083	+3 649	−1 854
1958 [7]	+3 188	+6 065	+7 955	+4 954	+3 001	−1 890
1959 [7]	−2 204	+4 234	+7 481	+5 361	+2 120	−3 247
1960	+8 007	+4 712	+8 106	+5 223	+2 883	−3 394
1961	−1 928 [a]	+2 905	+7 340	+6 615	+ 725	−4 435
1962	− 552	−2 093	+3 061	+3 477	− 416	−5 154
1963	+2 572	+1 022	+5 980	+6 032	− 52	−4 958
1964	+ 12	+ 463	+5 407	+6 081	− 674	−4 944
1965	−1 506	−6 071	− 211	+1 203	−1 414	−5 860
1965 1. Vierteljahr	− 510	− 233	+1 108	+1 098	+ 10	−1 341
2. Vierteljahr	−1 173	−2 581	− 815	− 46	− 769	−1 766
3. Vierteljahr	− 8	−2 618	−1 274	− 453	− 821	−1 344
4. Vierteljahr	+ 185	− 639	+ 770	+ 604	+ 166	−1 409
1966 1. Vierteljahr	−1 177	− 981	+ 536	+ 845	− 309	−1 517
2. Vierteljahr	+ 170	− 444	+ 906	+1 374	− 468	−1 350
3. Vierteljahr	+ 745	+ 145	+1 471	+2 256	− 785	−1 326

[1]) Veränderung der Währungsreserven (netto) der Deutschen Bundesbank (Zunahme: +). Ohne die bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigten Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank, bei denen es sich hauptsächlich um die in der Position „Wertpapiere" des Bundesbankausweises enthaltenen Weltbankbonds und Weltbanknotes handelt. Ab Januar 1959 einschließlich der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskosten, sowie einschließlich der Veränderungen der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger".

[2]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschließlich nachträglich gemeldeter und in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung.

[3]) ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels, sowie einschließlich sonstiger den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen

Tabelle 53

bilanz

DM

Kapitalbilanz (Kapitalexport: —)[4] Saldo der gesamten Kapitalleistungen	Saldo der langfristigen Kapitalleistungen zusammen	langfristigen privat	langfristigen öffentlich[5]	Saldo der kurzfristigen Kapitalleistungen zusammen	kurzfristigen privat	kurzfristigen öffentlich	Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs	Restposten der Zahlungsbilanz[6]	Zeitraum
+ 207	+ 458	.	+ 458	− 251	− 251	—	− 200	− 364	1950[7]
+ 87	− 149	.	− 149	+ 236	+ 236	—	+2 428	− 390	1951[7]
− 23	− 586	− 15	− 571	+ 563	+ 477	+ 86	+2 505	+ 256	1952[7]
+ 50	−1 645	− 61	−1 584	+1 695	+ 395	+1 300	+3 843	− 229	1953[7]
− 375	− 518	− 264	− 254	+ 143	+ 305	− 162	+3 234	− 452	1954[7]
− 450	− 381	− 110	− 271	− 69	+ 119	− 188	+1 755	+ 96	1955[7]
+ 52	− 555	+ 134	− 689	+ 607	+ 894	− 287	+4 537	+ 477	1956[7]
−2 460	− 595	+ 267	− 862	−1 865	− 55	−1 810	+3 418	+1 704	1957[7]
−2 405	−1 557	− 507	−1 050	− 848	− 761	− 87	+3 660	− 472	1958[7]
−6 226	−5 461	−1 166	−4 295	− 765	−1 163	+ 398	−1 992	− 212	1959[7]
+1 751	− 136	+1 103	−1 239	+1 887	+2 844	− 957	+6 463	+1 544	1960
−5 136	−4 211	+ 910	−5 121	− 925	+ 281	−1 206	−2 231	+ 303	1961
+ 825	− 127	+1 046	−1 173	+ 952	+ 358	+ 594	−1 268	+ 716	1962
+2 223	+1 938	+3 119	−1 181	+ 285	+ 743	− 458	+3 245	− 673	1963
−1 963	− 792	+ 448	−1 240	−1 171	+ 276	−1 447	−1 500	+1 512	1964
+2 651	+ 818	+2 105	−1 287	+1 833	+ 630	+1 203	−3 420	+1 914	1965
−1 271	+ 296	+ 478	− 182	−1 567	−1 837	+ 270	−1 504	+ 994	1965 1. Vierteljahr
+ 146	+ 246	+ 584	− 338	− 100	− 6	− 94	−2 435	+1 262	2. Vierteljahr
+2 148	+ 154	+ 493	− 339	+1 994	+1 383	+ 611	− 470	+ 462	3. Vierteljahr
+1 628	+ 122	+ 550	− 428	+1 506	+1 090	+ 416	+ 989	− 804	4. Vierteljahr
− 886	+ 185	+ 528	− 343	−1 071	− 893	− 178	−1 867	+ 690	1966 1. Vierteljahr
+ 261	−1 759	+ 487	−2 246	+2 020	+ 403	+1 617	− 183	+ 353	2. Vierteljahr
+ 332	− 7	+ 326	− 333	+ 339	+ 326	+ 13	+ 477	+ 268	3. Vierteljahr

[4]) Für die Aufgliederung in „privat" und „öffentlich" ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört.

[5]) vgl. Anmerkung 1)

[6]) Saldo der nicht erfaßten Posten und der statistischen Ermittlungsfehler; hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment.

[7]) bis 5. Juli 1959 ohne Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland

[a]) ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 54

Einkommen und Ersparnis

Millionen

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen [4]	Einkommen insgesamt (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [5]
	insgesamt	Einkommen aus				
		unselbständiger Arbeit [2]	Unternehmertätigkeit und Vermögen [3]			
1950 [9]	70 180	44 070	26 110	12 080	82 260	13 700
1951 [9]	85 310	53 430	31 880	13 460	98 770	16 850
1952 [9]	95 420	59 600	35 820	15 850	111 270	20 330
1953 [9]	102 930	65 770	37 160	17 580	120 510	22 780
1954 [9]	111 570	71 870	39 700	18 580	130 150	23 950
1955 [9]	127 840	81 950	45 890	20 810	148 650	26 650
1956 [9]	141 900	91 820	50 080	23 190	165 090	29 790
1957 [9]	154 180	100 520	53 660	28 280	182 460	33 440
1958 [9]	165 600	108 990	56 610	31 820	197 420	36 510
1959 [9]	178 210	116 830	61 380	32 960	211 170	40 290
1960 [9]	198 890	131 400	67 490	34 220	233 110	47 050
1960	210 680	139 770	70 910	37 490	248 170	49 790
1961	231 860	157 180	74 680	41 050	272 910	57 610
1962	252 210	173 860	78 350	44 960	297 170	64 840
1963	269 040	186 530	82 510	47 960	317 000	70 550
1964 [10]	294 520	204 360	90 160	52 840	347 360	76 850
1965 [10]	320 890	225 650	95 240	58 980	379 870	82 540

[1]) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

[2]) „Meßbares" Einkommen: Einschließlich Werbungskosten, jedoch ohne bestimmte Lohnnebenkosten, die zum Einkommen aus unselbständiger Arbeit gehören, jedoch nicht in der Bruttolohn- und -gehaltssumme und den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung enthalten sind, wie Aufwendungen der Arbeitgeber zur Verbilligung der Lebenshaltung und für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge bei privaten Einrichtungen, Unterstützungen u. ä.

[3]) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anmerkung 2).

[4]) Öffentliche Renten und Pensionen, Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung und -hilfe, der Sozialhilfe und sozialen Krankenversicherung, Hausrat- und Kriegsgefangenenentschädigung, gesetzliches Kindergeld u. a. m., Zuschüsse an private Organisationen ohne Erwerbscharakter von Gebietskörperschaften, ferner laufende Übertragungen von der übrigen Welt

[5]) Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen, sowie laufende Übertragungen an die übrige Welt

[6]) Hauptentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs, Währungsausgleichs für Sparguthaben Vertriebener, Altsparerentschädigung, Wiedergutmachungsleistungen (soweit Kapitalentschädigung), Sparprämien u. a. m.

[7]) Erbschaftsteuer, Lastenausgleichsablösungsbeträge, Rückzahlungen von Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen

[8]) einschließlich der Einlagen und Darlehen (netto) der privaten Haushalte u. ä. in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, der Eigenmittel von privaten Haushalten u. ä. als Bauherren (ohne Auszahlungen der Bausparkassen und Tilgungen von Bauspardarlehen), des Erwerbs von GmbH- und Genossenschaftsanteilen (jedoch nicht Aktienerwerb) sowie der Zunahme (netto) der Pensionsrückstellungen

[9]) ohne Saarland und Berlin

[10]) vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 54

der privaten Haushalte [1])

DM

Verfügbares Einkommen nach der Umverteilung	Privater Verbrauch	Ersparnis	Empfangene Vermögensübertragungen [6])	Geleistete Vermögensübertragungen [7])	Nicht entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. [8])	Finanzierungssaldo	Jahr
68 560	63 360	5 200	—	120	3 130	1 950	1950
81 920	73 710	8 210	—	190	5 840	2 180	1951
90 940	81 820	9 120	40	280	4 720	4 160	1952
97 730	89 560	8 170	660	460	2 600	5 770	1953
106 200	95 110	11 090	1 320	690	4 210	7 510	1954
122 000	106 190	15 810	530	1 000	8 690	6 650	1955 [9])
135 300	117 750	17 550	450	1 500	10 270	6 230	1956
149 020	128 160	20 860	430	1 690	9 720	9 880	1957
160 910	137 710	23 200	930	2 090	10 400	11 640	1958
170 880	146 480	24 400	1 240	2 670	10 150	12 820	1959
186 060	158 870	27 190	2 120	3 080	12 050	14 180	1960
198 380	170 030	28 350	2 250	3 110	12 860	14 630	1960
215 300	186 760	28 540	2 800	3 810	11 100	16 430	1961
232 330	204 030	28 300	3 030	4 680	9 100	17 550	1962
246 450	215 940	30 510	3 010	5 060	7 560	20 900	1963
270 510	232 900	37 610	3 530	6 100	9 190	25 850	1964 [10])
297 330	255 050	42 280	3 740	6 790	7 270	31 960	1965 [10])

Tabelle 55

Käufe der inländischen privaten

nach Verwen-

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel [2]		Kleidung, Schuhe		Wohnungsmieten u. ä. [3]		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH
					in jeweiligen Preisen					
1950	62 150	*100*	26 680	*43,0*	9 560	*15,4*	4 450	*7,2*	1 870	*3,0*
1951	72 290	*100*	30 730	*42,5*	11 180	*15,5*	4 670	*6,5*	2 390	*3,3*
1952	80 210	*100*	34 390	*42,8*	11 880	*14,8*	5 100	*6,4*	2 980	*3,7*
1953	87 760	*100*	37 190	*42,4*	12 310	*14,0*	5 660	*6,4*	3 080	*3,5*
1954	93 170	*100*	39 030	*41,9*	12 950	*13,9*	6 040	*6,5*	3 700	*4,0*
1955 [5]	104 120	*100*	43 310	*41,6*	14 070	*13,5*	6 700	*6,4*	4 240	*4,1*
1956	115 490	*100*	47 120	*40,8*	15 660	*13,6*	7 600	*6,6*	4 930	*4,3*
1957	125 790	*100*	50 650	*40,3*	17 050	*13,6*	8 350	*6,6*	5 330	*4,2*
1958	135 210	*100*	54 140	*40,0*	17 350	*12,8*	9 130	*6,8*	5 610	*4,1*
1959	143 950	*100*	57 150	*39,7*	17 830	*12,4*	10 040	*7,0*	5 620	*3,9*
1960	156 190	*100*	60 230	*38,6*	19 600	*12,5*	11 640	*7,5*	6 080	*3,9*
1960	167 180	*100*	64 470	*38,6*	20 890	*12,5*	12 640	*7,6*	6 510	*3,9*
1961	183 620	*100*	69 260	*37,7*	22 870	*12,5*	14 870	*8,1*	7 240	*3,9*
1962	200 840	*100*	74 580	*37,1*	24 940	*12,4*	16 230	*8,1*	9 000	*4,5*
1963	212 490	*100*	77 070	*36,3*	25 700	*12,1*	18 310	*8,6*	10 750	*5,1*
1964 [6]	229 110	*100*	81 520	*35,6*	27 760	*12,1*	20 770	*9,1*	10 350	*4,5*
1965 [6]	250 980	*100*	88 170	*35,1*	30 810	*12,3*	23 440	*9,3*	10 720	*4,3*
					in Preisen von 1954					
1950	67 370	*100*	28 680	*42,6*	9 080	*13,5*	4 860	*7,2*	2 470	*3,7*
1951	72 780	*100*	31 240	*42,9*	9 490	*13,0*	5 040	*6,9*	2 870	*3,9*
1952	79 450	*100*	34 440	*43,3*	10 580	*13,3*	5 370	*6,8*	3 200	*4,0*
1953	88 230	*100*	37 490	*42,5*	12 120	*13,7*	5 710	*6,5*	3 240	*3,7*
1954	93 170	*100*	39 030	*41,9*	12 950	*13,9*	6 040	*6,5*	3 700	*4,0*
1955 [5]	102 530	*100*	42 510	*41,5*	14 140	*13,8*	6 540	*6,4*	4 140	*4,0*
1956	111 390	*100*	45 400	*40,8*	15 600	*14,0*	7 040	*6,3*	4 710	*4,2*
1957	118 370	*100*	48 050	*40,6*	16 280	*13,8*	7 670	*6,5*	4 930	*4,2*
1958	124 120	*100*	50 320	*40,5*	16 040	*12,9*	8 280	*6,7*	5 050	*4,1*
1959	130 870	*100*	52 050	*39,8*	16 640	*12,7*	8 930	*6,8*	5 260	*4,0*
1960	140 210	*100*	55 010	*39,2*	17 930	*12,8*	9 690	*6,9*	5 770	*4,1*
1960	150 180	*100*	58 940	*39,2*	19 160	*12,8*	10 510	*7,0*	6 180	*4,1*
1961	160 660	*100*	62 420	*38,9*	20 510	*12,8*	11 310	*7,0*	6 970	*4,3*
1962	170 500	*100*	65 310	*38,3*	21 710	*12,7*	12 120	*7,1*	8 520	*5,0*
1963	175 560	*100*	66 010	*37,6*	21 760	*12,4*	12 930	*7,4*	9 890	*5,6*
1964 [6]	185 080	*100*	68 100	*36,8*	23 030	*12,4*	13 640	*7,4*	10 120	*5,5*
1965 [6]	196 560	*100*	71 430	*36,3*	24 810	*12,6*	14 360	*7,3*	10 690	*5,4*

[1]) Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963)
[2]) einschließlich Verzehr in Gaststätten
[3]) einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen
[4]) einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.

Tabelle 55

Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä.[4])		Jahr
Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	Millionen DM	vH	
				in jeweiligen Preisen						
7 540	*12,1*	3 550	*5,7*	2 010	*3,2*	4 110	*6,6*	2 380	*3,8*	1950 [5])
9 420	*13,0*	4 090	*5,7*	2 230	*3,1*	4 810	*6,7*	2 770	*3,8*	1951 [5])
10 070	*12,6*	4 670	*5,8*	2 520	*3,1*	5 500	*6,9*	3 100	*3,9*	1952 [5])
11 670	*13,3*	5 350	*6,1*	2 830	*3,2*	6 200	*7,1*	3 470	*4,0*	1953 [5])
12 360	*13,3*	5 760	*6,2*	3 000	*3,2*	6 460	*6,9*	3 870	*4,2*	1954 [5])
13 920	*13,4*	6 580	*6,3*	3 470	*3,3*	7 540	*7,2*	4 290	*4,1*	1955 [5])
15 570	*13,5*	7 640	*6,6*	3 810	*3,3*	8 360	*7,2*	4 800	*4,2*	1956 [5])
17 040	*13,5*	8 350	*6,6*	4 330	*3,4*	9 310	*7,4*	5 380	*4,3*	1957 [5])
18 270	*13,5*	9 740	*7,2*	4 810	*3,6*	10 150	*7,5*	6 010	*4,4*	1958 [5])
19 430	*13,5*	10 910	*7,6*	5 250	*3,6*	10 830	*7,5*	6 890	*4,8*	1959 [5])
21 090	*13,5*	12 400	*7,9*	5 700	*3,6*	11 700	*7,5*	7 750	*5,0*	1960 [5])
22 570	*13,5*	13 070	*7,8*	6 090	*3,6*	12 740	*7,6*	8 200	*4,9*	1960
24 580	*13,4*	14 540	*7,9*	6 550	*3,6*	14 170	*7,7*	9 540	*5,2*	1961
26 420	*13,2*	16 330	*8,1*	7 280	*3,6*	15 250	*7,6*	10 810	*5,4*	1962
27 260	*12,8*	17 950	*8,4*	7 860	*3,7*	15 980	*7,5*	11 610	*5,5*	1963
30 000	*13,1*	19 390	*8,5*	8 590	*3,7*	17 690	*7,7*	13 040	*5,7*	1964 [6])
32 660	*13,0*	21 750	*8,7*	9 480	*3,8*	19 330	*7,7*	14 620	*5,8*	1965 [6])
				in Preisen von 1954						
8 270	*12,3*	4 180	*6,2*	2 390	*3,5*	4 610	*6,8*	2 830	*4,2*	1950 [5])
9 150	*12,6*	4 380	*6,0*	2 360	*3,2*	5 030	*6,9*	3 220	*4,4*	1951 [5])
9 650	*12,1*	4 630	*5,9*	2 560	*3,2*	5 500	*6,9*	3 520	*4,4*	1952 [5])
11 660	*13,2*	5 360	*6,1*	2 840	*3,2*	6 250	*7,1*	3 560	*4,0*	1953 [5])
12 360	*13,3*	5 760	*6,2*	3 000	*3,2*	6 460	*6,9*	3 870	*4,2*	1954 [5])
13 710	*13,4*	6 610	*6,4*	3 350	*3,3*	7 380	*7,2*	4 150	*4,0*	1955 [5])
14 960	*13,4*	7 700	*6,9*	3 580	*3,2*	7 980	*7,2*	4 420	*4,0*	1956 [5])
15 860	*13,4*	8 290	*7,0*	3 950	*3,3*	8 640	*7,3*	4 700	*4,0*	1957 [5])
16 570	*13,3*	9 170	*7,4*	4 200	*3,4*	9 150	*7,4*	5 340	*4,3*	1958 [5])
17 480	*13,4*	10 290	*7,9*	4 510	*3,4*	9 790	*7,5*	5 920	*4,5*	1959 [5])
18 640	*13,3*	11 560	*8,2*	4 760	*3,4*	10 430	*7,4*	6 420	*4,6*	1960 [5])
20 010	*13,3*	12 280	*8,2*	5 110	*3,4*	11 400	*7,6*	6 590	*4,4*	1960
21 030	*13,1*	13 580	*8,5*	5 280	*3,3*	12 270	*7,6*	7 290	*4,5*	1961
21 580	*12,7*	15 110	*8,9*	5 620	*3,3*	12 730	*7,5*	7 800	*4,6*	1962
21 850	*12,4*	16 240	*9,3*	5 850	*3,3*	13 050	*7,4*	7 980	*4,5*	1963
23 720	*12,8*	17 500	*9,5*	6 170	*3,3*	14 120	*7,6*	8 680	*4,7*	1964 [6])
24 860	*12,6*	19 610	*10,0*	6 530	*3,3*	14 930	*7,6*	9 340	*4,8*	1965 [6])

[5]) ohne Saarland und Berlin
[6]) vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 56

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
	Wertindex: Umsatz 1954 = 100				vH			
1954	107	111	111	99	*107*	*111*	*111*	*99*
1955	126	127	136	112	*105*	*105*	*108*	*101*
1956	137	136	147	126	*103*	*102*	*105*	*103*
1957	143	142	154	129	*99*	*99*	*101*	*94*
1958	142	137	163	119	*97*	*96*	*99*	*98*
1959	175	168	203	147	*109*	*107*	*111*	*98*
1960	201	185	255	148	*108*	*103*	*119*	*109*
1961	201	179	254	160	*101*	*97*	*105*	*99*
1962	207	188	253	170	*98*	*100*	*97*	*99*
1963	216	193	269	176	*100*	*101*	*99*	*99*
1964	247	223	310	196	*103*	*102*	*103*	*101*
1965	263	230	336	210	*101*	*99*	*103*	*100*
1965 1. Vierteljahr	254	218	336	193	*103*	*100*	*110*	*95*
2. Vierteljahr	265	237	329	218	*103*	*102*	*101*	*111*
3. Vierteljahr	257	234	326	195	*99*	*97*	*102*	*94*
4. Vierteljahr	276	229	354	236	*99*	*98*	*98*	*102*
1966 1. Vierteljahr	268	233	343	214	*101*	*103*	*103*	*96*
2. Vierteljahr	271	243	340	218	*100*	*99*	*98*	*106*
3. Vierteljahr [2])	254	238	320	185	*94*	*96*	*97*	*86*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. — Ohne Saarland und Berlin.
[2]) vorläufige Ergebnisse

noch Tabelle 56

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
	Wertindex: Umsatz 1954 = 100				vH			
1954	106	110	111	99	*106*	*110*	*111*	*99*
1955	125	127	135	112	*104*	*104*	*107*	*101*
1956	132	130	139	126	*101*	*99*	*100*	*103*
1957	137	137	146	129	*99*	*100*	*99*	*98*
1958	136	131	158	119	*97*	*96*	*100*	*93*
1959	167	160	194	146	*108*	*107*	*110*	*108*
1960	191	179	246	148	*107*	*103*	*117*	*98*
1961	193	173	248	159	*100*	*97*	*104*	*99*
1962	200	182	248	170	*98*	*100*	*97*	*98*
1963	203	182	255	174	*98*	*100*	*97*	*99*
1964	233	213	293	194	*102*	*102*	*102*	*101*
1965	248	216	321	208	*100*	*99*	*101*	*100*
1965 1. Vierteljahr	237	203	322	189	*102*	*99*	*110*	*94*
2. Vierteljahr	251	226	314	216	*104*	*102*	*100*	*111*
3. Vierteljahr	244	222	316	193	*98*	*97*	*102*	*93*
4. Vierteljahr	258	214	334	233	*98*	*98*	*96*	*100*
1966 1. Vierteljahr	247	215	319	209	*100*	*102*	*102*	*94*
2. Vierteljahr	250	225	312	214	*99*	*99*	*94*	*106*
3. Vierteljahr [2])	234	223	293	182	*93*	*96*	*94*	*86*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. — Ohne Saarland und Berlin.
[2]) vorläufige Ergebnisse

noch Tabelle 56

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Ausland

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
	Wertindex: Umsatz 1954 = 100				vH			
1954	114	118	113	106	*114*	*118*	*113*	*106*
1955	135	130	142	115	*112*	*109*	*116*	*103*
1956	168	172	175	126	*117*	*115*	*121*	*104*
1957	172	176	180	127	*101*	*97*	*104*	*99*
1958	168	171	177	119	*96*	*98*	*95*	*98*
1959	215	216	231	149	*112*	*109*	*114*	*109*
1960	248	226	281	160	*114*	*102*	*123*	*102*
1961	241	225	268	163	*104*	*99*	*107*	*101*
1962	241	228	265	169	*99*	*99*	*98*	*102*
1963	283	266	311	203	*106*	*106*	*105*	*107*
1964	318	286	357	224	*105*	*102*	*107*	*101*
1965	340	316	377	240	*104*	*100*	*106*	*103*
1965 1. Vierteljahr	337	312	376	229	*108*	*103*	*112*	*99*
2. Vierteljahr	335	312	371	237	*102*	*100*	*103*	*106*
3. Vierteljahr	322	313	353	212	*102*	*98*	*107*	*91*
4. Vierteljahr	367	327	409	281	*103*	*100*	*103*	*114*
1966 1. Vierteljahr	376	352	413	274	*109*	*107*	*110*	*105*
2. Vierteljahr	385	358	428	270	*106*	*101*	*108*	*107*
3. Vierteljahr [2])	357	332	400	230	*99*	*94*	*104*	*87*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. — Ohne Saarland und Berlin.
[2]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 57

Umsatz in der Industrie [1]

a) Insgesamt

Millionen DM

Zeitraum	Umsatz [2]						
	insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien
1950 [3]	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951 [3]	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952 [3]	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953 [3]	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [3]	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955 [3]	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 525
1956 [3]	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957 [3]	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958 [3]	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 524
1959 [3]	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 458	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 348	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1965 1. Vierteljahr	87 602	2 513	85 089	25 222	31 028	16 620	12 219
2. Vierteljahr	91 819	2 596	89 223	27 038	32 776	16 410	12 999
3. Vierteljahr	94 301	2 719	91 581	28 194	32 282	17 384	13 722
4. Vierteljahr	100 891	2 778	98 113	27 707	36 628	19 304	14 474
1966 1. Vierteljahr	93 765	2 588	91 177	26 625	33 358	18 275	12 919
2. Vierteljahr	97 151	2 605	94 546	28 626	34 945	17 234	13 741
3. Vierteljahr	97 408	2 430	94 978	28 906	33 614	18 265	14 192

[1] ohne Energie und Bau
[2] Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte)
[3] ohne Saarland und Berlin

noch Tabelle 57

Umsatz in der Industrie [1])

b) Inland

Millionen DM

Zeitraum		Umsatz [2]) insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien
1953	[3])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	[3])	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	[3])	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	[3])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	[3])	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	[3])	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	[3])	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960		225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961		244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962		259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963		266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964		292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965		315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1965	1. Vierteljahr	73 675	1 966	71 709	21 057	23 346	15 327	11 979
	2. Vierteljahr	77 207	2 098	75 110	22 769	24 456	15 136	12 748
	3. Vierteljahr	80 035	2 169	77 865	23 800	24 543	16 054	13 468
	4. Vierteljahr	84 855	2 193	82 662	23 146	27 434	17 895	14 187
1966	1. Vierteljahr	78 301	2 067	76 235	22 006	24 733	16 835	12 661
	2. Vierteljahr	80 834	2 109	78 725	23 716	25 723	15 804	13 482
	3. Vierteljahr	81 118	1 915	79 202	23 908	24 623	16 744	13 927

[1]) ohne Energie und Bau
[2]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte)
[3]) ohne Saarland und Berlin

noch Tabelle 57

Umsatz in der Industrie [1])

c) Ausland

Millionen DM

Zeitraum	Umsatz [2])						
	insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien
1953 [3])	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954 [3])	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955 [3])	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [3])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957 [3])	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958 [3])	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959 [3])	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1965 1. Vierteljahr	13 927	547	13 380	4 165	7 683	1 292	240
2. Vierteljahr	14 612	499	14 113	4 269	8 319	1 275	251
3. Vierteljahr	14 266	550	13 716	4 394	7 739	1 330	254
4. Vierteljahr	16 036	585	15 451	4 561	9 194	1 408	287
1966 1. Vierteljahr	15 463	521	14 942	4 619	8 625	1 440	257
2. Vierteljahr	16 317	496	15 821	4 910	9 222	1 429	259
3. Vierteljahr	16 290	514	15 775	4 998	8 991	1 522	265

[1]) ohne Energie und Bau
[2]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte)
[3]) ohne Saarland und Berlin

Tabelle 58

Beschäftigte

in

Zeitraum	Insgesamt [1])		Bergbau		Ver insgesamt	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [2])	4 797	4 039	571	528	4 226	3 510
1951 [2])	5 332	4 493	593	548	4 739	3 945
1952 [2])	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953 [2])	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954 [2])	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955 [2])	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956 [2])	6 991	5 820	652	594	6 338	5 226
1957 [2])	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958 [2])	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959 [2])	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1965 1. Vierteljahr	8 379	6 534	483	418	7 896	6 116
2. Vierteljahr	8 482	6 597	480	415	8 002	6 182
3. Vierteljahr	8 495	6 601	471	407	8 024	6 194
4. Vierteljahr	8 486	6 581	463	399	8 023	6 182
1966 1. Vierteljahr	8 421	6 512	455	391	7 966	6 120
2. Vierteljahr	8 459	6 520	443	379	8 017	6 140
3. Vierteljahr	8 414	6 472	430	368	7 985	6 104

[1]) ohne Energie und Bau
[2]) ohne Saarland und Berlin

Tabelle 58

in der Industrie [1])

1 000

arbeitende Industrie								
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genußmittelindustrien		Zeitraum
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 143	338	266	1950 [2])
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 287	357	282	1951 [2])
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952 [2])
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953 [2])
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954 [2])
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955 [2])
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956 [2])
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957 [2])
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958 [2])
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959 [2])
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 779	1 368	3 586	2 704	2 020	1 673	511	371	1965 1. Vierteljahr
1 817	1 396	3 638	2 734	2 033	1 679	514	372	2. Vierteljahr
1 821	1 397	3 647	2 737	2 030	1 676	526	384	3. Vierteljahr
1 800	1 375	3 644	2 728	2 047	1 691	531	388	4. Vierteljahr
1 769	1 343	3 632	2 710	2 050	1 694	514	373	1966 1. Vierteljahr
1 792	1 358	3 649	2 711	2 060	1 698	516	373	2 Vierteljahr
1 784	1 349	3 630	2 690	2 042	1 679	529	386	3. Vierteljahr

Tabelle 59

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Millionen Stunden

Zeitraum	Geleistete Arbeiterstunden [2])						
	insgesamt [1])	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien
1950 [3])	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	625
1951 [3])	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952 [3])	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953 [3])	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954 [3])	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955 [3])	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956 [3])	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	808
1957 [3])	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958 [3])	12 377	1 135	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959 [3])	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	784
1960	13 394	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1965 1. Vierteljahr	3 139	193	2 946	676	1 300	783	186
2. Vierteljahr	3 166	185	2 982	696	1 319	778	189
3. Vierteljahr	3 112	180	2 932	694	1 284	758	196
4. Vierteljahr	3 238	181	3 057	697	1 347	805	207
1966 1. Vierteljahr	3 109	175	2 933	661	1 297	789	186
2. Vierteljahr	3 074	164	2 910	665	1 286	771	188
3. Vierteljahr	3 001	159	2 843	661	1 240	746	195

[1]) ohne Energie und Bau
[2]) von Arbeitern (einschließlich gewerblicher Lehrlinge) geleistete Stunden
[3]) ohne Saarland und Berlin

Tabelle 60

Industrielle Produktion

1958 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion [1])								Index der industriellen Bruttoproduktion [1])	
	Gesamte Industrie		Bergbau	Verarbeitende Industrie						
	einschließlich Energieversorgungsbetriebe und Bauhauptgewerbe	ohne Energieversorgungsbetriebe und Bauhauptgewerbe		insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien	Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [3])
1950	49,3	49,3	73,8	47,0	51,5	39,4	52,0	49,5	40,4	42,7
1951	57,7	57,9	81,7	55,7	60,5	50,1	58,5	55,5	49,5	49,1
1952	61,2	61,3	85,9	59,0	62,4	55,4	59,7	59,6	57,4	52,8
1953	66,6	66,5	87,8	64,5	66,9	58,3	69,5	67,4	60,2	61,6
1954	74,1	74,0	90,0	72,5	76,1	68,0	75,4	71,9	69,9	67,9
1955	85,5	85,5	95,4	84,6	88,6	83,6	83,9	79,4	85,6	78,0
1956	92,3	92,2	99,2	91,6	94,0	91,0	92,6	86,7	92,9	87,2
1957	97,3	97,3	100,9	97,0	98,9	94,5	99,6	95,6	95,6	94,9
1958	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1959	107,4	107,1	97,0	108,1	112,7	106,9	107,5	102,1	105,3	108,5
1960	119,2	119,4	99,1	121,3	128,6	123,8	117,8	105,2	120,2	121,8
1961	126,8	126,8	101,4	129,2	135,2	134,5	124,3	111,1	133,1	129,0
1962	132,4	132,1	102,0	134,9	141,2	138,2	132,3	117,6	137,9	137,2
1963	137,5	136,7	103,7	139,8	148,2	141,4	136,0	124,0	137,6	144,6
1964	149,2	148,1	105,5	152,1	167,5	152,6	144,9	129,3	147,3	154,4
1965	157,5	156,6	102,6	161,6	177,9	163,0	155,0	134,0	156,2	164,1
1965 1. Vierteljahr	151,2	151,2	105,8	155,4	169,5	160,2	151,2	121,2	151,8	162,7
2. Vierteljahr	162,8	161,7	101,9	167,3	184,1	172,0	158,8	133,4	165,2	170,0
3. Vierteljahr	150,8	149,5	99,4	154,2	179,5	148,9	143,9	129,0	142,1	149,1
4. Vierteljahr	165,0	163,9	103,3	169,6	178,7	172,1	166,4	149,2	166,7	175,3
1966 1. Vierteljahr	156,3	155,7	103,6	160,6	178,3	161,1	160,1	123,6	155,3	169,0
2. Vierteljahr	168,0	166,9	98,3	173,3	195,0	173,5	166,6	137,7	170,1	174,6
3. Vierteljahr [4])	151,8	150,5	94,4	155,8	185,4	145,3	146,7	132,5	141,3	148,9

ohne Berlin

[1]) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

[2]) einschließlich Produktion der Pkw über 2 Liter Hubraum sowie 40 vH der Pkw-Produktion mit 1 bis 2 Liter Hubraum

[3]) einschließlich Produktion der Pkw bis 1 Liter Hubraum sowie 60 vH der Pkw-Produktion mit 1 bis 2 Liter Hubraum

[4]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 61

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde

1958 = 100

Zeitraum	Index des Produktionsergebnisses je Beschäftigtenstunde [1])						
			Verarbeitende Industrie [2])				
	Gesamte Industrie [1]	Bergbau [2])	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	67,5	72,4	67,0	65,7	67,2	66,9	62,5
1951	72,1	76,8	71,6	70,3	74,6	69,4	66,9
1952	74,3	79,2	73,8	71,0	78,1	70,7	69,8
1953	77,5	80,2	77,3	75,2	78,9	76,4	76,0
1954	81,8	84,7	81,5	80,5	84,0	79,5	78,1
1955	87,1	89,6	86,8	86,7	90,4	83,1	83,0
1956	90,0	92,5	89,7	89,2	92,4	88,0	87,2
1957	96,0	96,0	96,0	96,5	96,5	95,7	94,7
1958	100	100	100	100	100	100	100
1959	107,9	107,4	107,9	111,3	106,0	109,1	103,3
1960	116,6	119,0	116,3	122,3	114,7	118,0	107,1
1961	122,0	127,9	121,4	126,1	119,8	125,3	112,8
1962	129,3	138,5	128,4	135,6	124,1	135,1	118,5
1963	136,5	149,9	135,4	145,6	128,5	142,6	124,7
1964	147,8	159,3	146,7	162,2	137,2	153,5	132,6
1965	155,0	166,0	154,1	170,7	142,8	164,7	139,7
1965 1. Vierteljahr	150,4	163,3	149,3	164,8	141,5	159,9	131,3
2. Vierteljahr	153,5	163,5	152,7	170,5	142,7	161,5	135,6
3. Vierteljahr	155,8	167,6	154,8	175,7	139,0	165,0	139,5
4. Vierteljahr	159,8	171,0	158,8	169,9	147,5	172,9	151,7
1966 1. Vierteljahr	156,8	172,3	155,6	176,0	143,8	169,7	135,8
2. Vierteljahr	160,8	174,0	159,6	186,1	144,7	168,6	139,6
3. Vierteljahr [3])	161,9	176,9	160,7	189,2	141,2	167,7	143,2

ohne Berlin
[1]) ohne Energieversorgungsbetriebe und Bauhauptgewerbe
[2]) für Vierteljahre: eigene Berechnung
[3]) vorläufige Ergebnisse (Juni, Juli, August)

Tabelle 62

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1])							
	Umbauter Raum [2])				Veranschlagte reine Baukosten [3])			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude von Unternehmen und Freien Berufen [4])	Nichtwohngebäude von Gebietskörperschaften [5])	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude von Unternehmen und Freien Berufen [4])	Nichtwohngebäude von Gebietskörperschaften [5])
	1000 cbm				Millionen DM			
1950 [6])	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951 [6])	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952 [6])	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478	
1953 [6])	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954 [6])	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955 [6])	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956 [6])	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 069	
1957 [6])	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068
1958 [6])	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612
1959 [6])	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614
1961	422 657	248 582	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307
1962	427 299	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 191	21 836	6 768	5 586
1964	429 634	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665
1965	441 222	259 242	134 893	47 087	44 860	28 519	9 137	7 204
1965 1. Vierteljahr	86 327	50 184	27 675	8 468	8 535	5 404	1 857	1 274
2. Vierteljahr	116 728	68 306	37 644	10 778	11 492	7 456	2 430	1 606
3. Vierteljahr	125 637	73 765	37 094	14 778	13 106	8 199	2 584	2 323
4. Vierteljahr	112 530	66 987	32 480	13 063	11 728	7 460	2 267	2 001
1966 1. Vierteljahr	97 482	55 760	32 341	9 381	9 917	6 291	2 171	1 455
2. Vierteljahr	110 134	65 056	35 664	9 414	11 630	7 583	2 498	1 549
3. Vierteljahr	113 025	66 461	35 823	10 741	12 214	7 821	2 629	1 764

[1]) aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.

[2]) ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude)

[3]) alle Baumaßnahmen

[4]) einschließlich privater Bauherren

[5]) alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude

[6]) ohne Saarland und Berlin

Tabelle 63

Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2])				Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])
	insgesamt	Wohnungsbau	Landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau		
	Millionen DM				1000	Millionen
1950 [5])	6 182	.	.	.	913	1 811
1951 [5])	7 783	.	.	.	922	1 862
1952 [5])	9 237	.	.	.	945	1 899
1953 [5])	10 690	.	.	.	1 051	2 179
1954 [5])	11 722	5 470	2 831	3 424	1 095	2 262
1955 [5])	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498
1956 [5])	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551
1957 [5])	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379
1958 [5])	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340
1959 [5])	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 493
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 605	2 660
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908
1965	44 375	15 906	9 716	18 753	1 643	2 800
1965 1. Vierteljahr	7 728	2 754	1 841	3 133	1 542	490
2. Vierteljahr	10 357	3 995	2 270	4 092	1 688	803
3. Vierteljahr	12 676	4 515	2 703	5 458	1 706	818
4. Vierteljahr	13 615	4 642	2 902	6 070	1 634	689
1966 1. Vierteljahr	8 349	3 055	2 006	3 288	1 559	540
2. Vierteljahr	11 384	4 233	2 530	4 622	1 660	779
3. Vierteljahr	12 942	4 530	2 802	5 611	1 646	773

[1]) nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei
[2]) nur baugewerblicher Umsatz; vorwiegend Zahlungseingang
[3]) ohne mithelfende Familienangehörige
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.
[5]) ohne Saarland und Berlin

Tabelle 64

Einzelhandelsumsatz [1])

1962 = 100

Zeitraum		Einzelhandel insgesamt	mit Nahrungs- und Genußmitteln	mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen	mit Hausrat und Wohnbedarf	übriger Einzelhandel	insgesamt	mit Nahrungs- und Genußmitteln	mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen	mit Hausrat und Wohnbedarf	übriger Einzelhandel
		in jeweiligen Preisen					in Preisen von 1962				
1950		39	41	46	31	32	46	50	48	42	42
1951		44	46	51	39	37	48	52	48	46	44
1952		46	50	51	40	41	51	54	53	45	47
1953		50	53	53	44	44	57	61	59	53	52
1954		53	58	55	48	48	61	66	63	58	56
1955		59	63	60	55	54	67	70	69	65	63
1956		66	69	68	64	61	74	76	77	74	69
1957		71	74	74	70	65	77	80	81	78	72
1958		74	78	75	74	70	79	83	79	81	76
1959		78	82	77	79	74	83	86	83	86	80
1960		85	87	84	85	82	89	92	89	92	87
1961		92	93	94	93	90	96	97	96	97	93
1962		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963		105	105	104	102	107	103	103	102	100	104
1964		113	112	112	112	115	109	109	107	108	109
1965		124	122	124	125	127	115	114	116	116	117
1965	1. Vierteljahr	106	108	98	104	112	100	102	92	98	103
	2. Vierteljahr	122	121	121	112	127	113	113	113	104	117
	3. Vierteljahr	120	124	111	122	121	110	113	103	113	111
	4. Vierteljahr	150	137	168	163	148	138	126	155	150	134
1966	1. Vierteljahr	117	117	110	114	125	106	106	100	105	111
	2. Vierteljahr	129	130	125	121	134	116	116	114	110	119
	3. Vierteljahr [2])	125	129	116	131	125	113	117	105	119	111

[1]) ab 1962 neuer Berichtsfirmenkreis, der mit dem früheren nicht vergleichbar ist
[2]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 65

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1] [2]		Index der Durchschnittswerte [2]		Terms of Trade [3]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Millionen DM				1960 = 100		
1950 [4]	8 362	11 374	11 135	10 669	75,1	106,6	70,5
1951 [4]	14 577	14 726	15 467	11 064	94,2	133,1	70,8
1952 [4]	16 909	16 203	17 195	13 379	98,3	121,1	81,2
1953 [4]	18 526	16 010	19 253	14 813	96,2	108,1	89,0
1954 [4]	22 035	19 337	23 291	18 302	94,6	105,7	89,5
1955 [4]	25 717	24 472	27 015	22 867	95,2	107,0	89,0
1956 [4]	30 861	27 964	31 359	25 521	98,4	109,6	89,8
1957 [4]	35 968	31 697	35 657	28 471	100,9	111,3	90,7
1958 [4]	36 998	31 133	37 443	30 800	98,8	101,1	97,7
1959 [4]	41 184	35 823	41 894	36 485	98,3	98,2	100,1
1960	47 946	42 723	47 946	42 723	100	100	100
1961	50 978	44 363	50 814	45 887	100,3	96,7	103,7
1962	52 975	49 498	52 612	52 426	100,7	94,4	106,7
1963	58 310	52 277	58 414	55 880	99,8	93,6	106,6
1964	64 920	58 839	64 355	62 170	100,9	94,6	106,7
1965	71 651	70 448	69 658	72 281	102,9	97,5	105,5
1965 1. Vierteljahr	17 377	16 279	16 955	16 860	102,5	96,6	106,1
2. Vierteljahr	17 391	17 437	16 963	17 831	102,5	97,8	105,1
3. Vierteljahr	17 253	17 706	16 719	18 198	103,2	97,3	106,3
4. Vierteljahr	19 630	19 026	19 020	19 392	103,2	98,1	105,2
1966 1. Vierteljahr	18 957	18 112	18 143	18 233	104,5	99,3	105,2
2. Vierteljahr	19 623	18 248	18 855	18 299	104,1	99,7	104,4
3. Vierteljahr	19 891	17 635	19 064	18 020	104,3	97,9	106,5

[1]) Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1960
[2]) Werte 1950 und 1951 von Originalbasis 1950, Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954 umbasiert
[3]) Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr
[4]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 66

Warenausfuhr nach Ländergruppen

— Verbrauchsländer —

Millionen DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder (einschließlich Jugoslawien) [2]	Ostblockländer in Europa und Asien (ohne Jugoslawien)	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder
						zusammen [3]	Vereinigte Staaten	
1950 [4]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951 [4]	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952 [4]	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953 [4]	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954 [4]	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955 [4]	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956 [4]	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957 [4]	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958 [4]	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959 [4]	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 242
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 382
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 193
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1965 1. Vierteljahr	17 377	6 273	4 645	1 108	597	2 101	1 253	2 599
2. Vierteljahr	17 391	6 152	4 797	1 156	640	2 214	1 384	2 378
3. Vierteljahr	17 253	5 855	4 704	1 179	684	2 237	1 449	2 536
4. Vierteljahr	19 630	6 941	5 196	1 336	754	2 517	1 655	2 819
1966 1. Vierteljahr	18 957	7 022	4 830	1 325	638	2 375	1 589	2 705
2. Vierteljahr	19 623	7 215	5 072	1 384	784	2 478	1 618	2 627
3. Vierteljahr	19 891	7 120	4 943	1 276	870	2 799	1 881	2 817

[1]) einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"
[2]) ohne Ostblockländer
[3]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten
[4]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 67

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

— Herstellungsländer —

Millionen DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder (einschließlich Jugoslawien) [2]	Ostblockländer in Europa und Asien (ohne Jugoslawien)	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder
						zusammen [3]	Vereinigte Staaten	
1950 [4]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951 [4]	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952 [4]	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953 [4]	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954 [4]	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955 [4]	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956 [4]	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957 [4]	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958 [4]	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959 [4]	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 234
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 563
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 042
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1965 1. Vierteljahr	16 279	6 019	2 855	680	608	2 744	2 101	3 350
2. Vierteljahr	17 437	6 686	2 951	603	644	3 113	2 359	3 416
3. Vierteljahr	17 706	6 826	3 005	688	760	3 053	2 209	3 349
4. Vierteljahr	19 026	7 116	3 322	935	905	3 385	2 526	3 337
1966 1. Vierteljahr	18 112	6 831	3 110	766	746	3 013	2 213	3 622
2. Vierteljahr	18 248	7 130	2 970	676	720	3 130	2 305	3 601
3. Vierteljahr	17 635	6 806	2 856	660	829	3 044	2 116	3 411

[1] einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"
[2] ohne Ostblockländer
[3] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten
[4] bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 68

Warenausfuhr und -einfuhr nach Ländergruppen

— Käufer- bzw. Einkaufsländer —

Millionen DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder (einschließlich Jugoslawien) [2]	Ostblockländer in Europa und Asien (ohne Jugoslawien)	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder
						zusammen [3]	Vereinigte Staaten	
	Ausfuhr nach Käuferländern							
1958 [4]	36 998	10 527	10 907	2 053	1 640	4 523	2 764	7 147
1959 [4]	41 184	11 884	11 916	2 403	1 671	5 773	3 827	7 338
1960	47 946	14 504	14 217	2 771	2 032	6 027	3 836	8 254
1961	50 978	16 530	15 228	3 106	1 819	5 768	3 551	8 380
1962	52 975	18 324	15 538	3 256	1 804	6 247	3 934	7 641
1963	58 310	21 958	16 613	3 409	1 601	6 777	4 231	7 766
1964	64 920	23 908	18 650	3 865	1 990	7 711	4 778	8 573
1965	71 651	25 459	20 335	4 596	2 468	8 911	5 741	9 649
1965 1. Vierteljahr	17 377	6 308	4 930	1 066	550	2 057	1 252	2 412
2. Vierteljahr	17 391	6 207	5 029	1 113	597	2 175	1 383	2 216
3. Vierteljahr	17 253	5 931	4 922	1 140	638	2 211	1 460	2 353
4. Vierteljahr	19 630	7 013	5 453	1 278	684	2 467	1 646	2 668
1966 1. Vierteljahr	18 957	7 067	5 123	1 276	560	2 328	1 573	2 541
2. Vierteljahr	19 623	7 249	5 378	1 335	686	2 442	1 608	2 470
3. Vierteljahr	19 891	7 163	5 297	1 224	740	2 748	1 866	2 653
	Einfuhr nach Einkaufsländern							
1958 [4]	31 133	8 791	9 119	1 545	1 179	6 847	5 550	3 621
1959 [4]	35 823	11 261	10 743	1 670	1 400	7 023	5 889	3 689
1960	42 723	13 859	12 756	1 857	1 630	8 292	6 986	4 227
1961	44 363	14 998	13 330	2 096	1 637	8 412	6 988	3 796
1962	49 498	17 142	14 286	2 120	1 848	9 658	8 124	4 357
1963	52 277	18 460	14 718	2 103	1 750	10 555	9 146	4 611
1964	58 839	21 552	16 419	2 405	1 940	10 989	9 341	5 449
1965	70 448	27 995	18 398	2 696	2 355	12 495	10 359	6 411
1965 1. Vierteljahr	16 279	6 342	4 363	637	457	2 841	2 413	1 616
2. Vierteljahr	17 437	7 041	4 538	555	496	3 120	2 591	1 663
3. Vierteljahr	17 706	7 177	4 511	639	650	3 134	2 552	1 570
4. Vierteljahr	19 026	7 436	4 986	865	752	3 399	2 803	1 562
1966 1. Vierteljahr	18 112	7 200	4 814	711	601	3 066	2 502	1 696
2. Vierteljahr	18 248	7 545	4 629	617	597	3 165	2 591	1 674
3. Vierteljahr	17 635	7 051	4 505	597	674	3 221	2 534	1 558

[1] einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"
[2] ohne Ostblockländer
[3] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten
[4] bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 69

Warenausfuhr nach Warengruppen

Millionen DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2]	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2]	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2]	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2]	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2]	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2]	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2]	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2]	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2]	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1965 1. Vierteljahr	17 377	510	16 797	575	1 580	14 642	3 242	11 400
2. Vierteljahr	17 391	462	16 851	618	1 467	14 766	3 219	11 547
3. Vierteljahr	17 253	461	16 719	655	1 542	14 522	3 289	11 234
4. Vierteljahr	19 630	548	18.994	708	1 664	16 622	3 562	13 060
1966 1. Vierteljahr	18 957	491	18 396	673	1 691	16 031	3 481	12 550
2. Vierteljahr	19 623	453	19 080	721	1 746	16 613	3 581	13 032
3. Vierteljahr	19 891	461	19 337	694	1 790	16 853	3 713	13 139

[1]) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen
[2]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 70

Wareneinfuhr nach Warengruppen

Millionen DM

Zeitraum	Insgesamt[1])	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950[2])	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951[2])	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952[2])	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953[2])	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954[2])	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955[2])	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956[2])	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957[2])	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958[2])	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959[2])	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1965 1. Vierteljahr	16 279	3 556	12 598	2 840	2 637	7 121	2 477	4 644
2. Vierteljahr	17 437	4 029	13 253	2 872	2 719	7 662	2 644	5 018
3. Vierteljahr	17 706	4 334	13 182	2 846	2 715	7 621	2 624	4 997
4. Vierteljahr	19 026	4 933	13 884	2 873	2 736	8 275	2 679	5 596
1966 1. Vierteljahr	18 112	4 397	13 553	3 083	2 578	7 893	2 688	5 205
2. Vierteljahr	18 248	4 276	13 762	2 984	2 677	8 101	2 818	5 283
3. Vierteljahr	17 635	4 226	13 223	2 919	2 776	7 529	2 529	5 000

[1]) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen
[2]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 71

Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Millionen DM

Zeitraum		Insgesamt [1])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Erzeugnisse der Investitionsgüter-industrien	Erzeugnisse der Verbrauchsgüter-industrien	Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittel-industrien	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
		Ausfuhr						
1958 [2])		36 998	2 243	10 007	19 947	3 475	657	344
1959 [2])		41 184	2 293	11 680	21 657	3 948	766	434
1960		47 946	2 595	14 037	24 963	4 470	867	439
1961		50 978	2 561	14 528	27 304	4 630	841	448
1962		52 975	2 520	14 527	28 901	4 960	909	476
1963		58 310	2 715	15 493	32 118	5 646	978	596
1964		64 920	2 551	17 433	35 576	6 523	1 209	682
1965		71 651	2 464	19 661	38 883	7 235	1 498	779
1965	1. Vierteljahr	17 377	618	4 786	9 437	1 709	364	216
	2. Vierteljahr	17 391	568	4 760	9 532	1 702	371	172
	3. Vierteljahr	17 253	621	4 917	9 095	1 825	357	174
	4. Vierteljahr	19 630	657	5 198	10 818	1 999	407	216
1966	1. Vierteljahr	18 957	586	5 251	10 253	1 960	370	221
	2. Vierteljahr	19 623	563	5 522	10 697	1 933	375	179
	3. Vierteljahr	19 891	584	5 706	10 660	2 096	385	156
		Einfuhr						
1958 [2])		31 133	4 011	8 161	2 856	2 912	2 565	9 569
1959 [2])		35 823	3 757	9 501	3 644	3 502	3 331	10 438
1960		42 723	4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996
1961		44 363	4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884
1962		49 498	4 744	12 823	7 006	5 653	4 662	11 992
1963		52 277	5 109	13 530	7 161	6 222	4 760	11 042
1964		58 839	6 205	16 650	8 453	7 123	5 020	12 275
1965		70 448	6 602	19 074	11 089	8 955	6 240	13 932
1965	1. Vierteljahr	16 279	1 542	4 584	2 408	2 083	1 334	3 153
	2. Vierteljahr	17 437	1 657	4 809	2 896	2 067	1 402	3 491
	3. Vierteljahr	17 706	1 742	4 824	2 598	2 312	1 554	3 490
	4. Vierteljahr	19 026	1 661	4 857	3 187	2 493	1 950	3 798
1966	1. Vierteljahr	18 112	1 678	4 720	3 137	2 556	1 676	3 732
	2. Vierteljahr	18 248	1 704	5 020	3 217	2 345	1 505	3 642
	3. Vierteljahr	17 635	1 795	4 897	2 791	2 466	1 625	3 315

[1]) einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten

[2]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 72

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Preisindex mit wechselnder Wägung

1954 = 100

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung von Gütern [2]	Letzte inländische Verwendung von Gütern: insgesamt	darunter: Privater Verbrauch	darunter: Staatsverbrauch	darunter: Anlageinvestitionen	Ausfuhr [1]
1950 [3]	86,7	98,1	87,9	88,5	91,9	80,3	83,2	83,0
1951 [3]	95,4	121,1	98,0	97,5	99,0	90,2	96,4	101,2
1952 [3]	100,1	112,6	101,4	100,9	100,8	96,5	103,9	105,1
1953 [3]	99,9	101,5	100,1	99,8	99,4	98,8	101,1	101,7
1954 [3]	100	100	100	100	100	100	100	100
1955 [3]	102,0	102,0	102,0	102,2	101,6	103,7	103,0	101,0
1956 [3]	105,0	104,0	104,9	105,0	103,8	109,5	105,8	104,4
1957 [3]	108,0	105,5	107,6	107,8	106,4	113,0	109,2	106,9
1958 [3]	111,9	99,9	109,8	110,6	109,1	117,0	111,5	106,5
1959 [3]	113,5	97,1	110,3	111,9	110,2	117,9	113,6	104,6
1960 [3]	116,4	97,9	112,6	114,3	111,6	122,8	117,8	106,2
1960	116,4	96,5	112,8	114,3	111,5	123,2	117,7	106,1
1961	121,4	94,8	116,4	118,5	114,6	129,8	123,0	107,4
1962	126,8	94,1	120,3	123,1	118,1	133,5	129,9	108,0
1963	130,5	93,2	122,8	126,6	121,4	137,4	133,5	107,1
1964 [4]	134,1	93,9	125,6	129,9	124,2	144,8	136,5	108,1
1965 [4]	139,2	96,2	129,4	134,1	128,1	153,1	139,3	110,1
1960 1. Halbjahr	115,7	96,3	112,1	113,6	111,0	121,5	117,1	105,5
2. Halbjahr	117,1	96,7	113,4	114,9	112,0	124,9	118,2	106,7
1961 1. Halbjahr	119,8	95,0	115,2	117,1	113,7	129,1	120,6	107,3
2. Halbjahr	123,0	94,7	117,6	119,8	115,4	130,4	125,1	107,6
1962 1. Halbjahr	125,6	93,5	119,2	121,9	117,4	132,7	127,9	107,7
2. Halbjahr	127,8	94,7	121,3	124,2	118,7	134,2	131,6	108,2
1963 1. Halbjahr	129,0	93,3	121,5	124,9	121,0	135,4	131,2	107,1
2. Halbjahr	131,9	93,0	124,0	128,1	121,8	139,2	135,5	107,1
1964 1. Halbjahr [4]	132,2	93,6	124,1	128,5	123,5	142,8	134,9	106,9
2. Halbjahr [4]	135,9	94,2	127,0	131,1	124,8	146,6	137,9	109,3
1965 1. Halbjahr [4]	137,0	95,3	127,4	131,9	126,5	150,5	137,6	109,6
2. Halbjahr [4]	141,3	96,9	131,1	136,2	129,6	155,4	140,8	110,6
1966 1. Halbjahr [5]	142,5	97,8	132,1	137,5	131,8	159,9	141,1	111,6

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin

[2] Verbrauch, Investitionen und Ausfuhr

[3] ohne Saarland und Berlin

[4] vorläufige Ergebnisse

[5] erste vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 261

Tabelle 73

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz)

1962 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt 1)	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter 1) 2)	Verbrauchsgüter 2)
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien		
1950 3)	79,8	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7	.	.
1951 3)	94,7	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3	.	.
1952 3)	96,9	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5	.	.
1953 3)	94,4	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0	.	.
1954 3)	92,9	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8	.	.
1955 3)	94,5	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4	85,0	92,6
1956 3)	95,9	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1	87,4	93,1
1957 3)	97,6	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8	90,2	94,8
1958 3)	97,2	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0	92,0	94,9
1959 3)	96,5	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8	91,9	94,0
1960 4)	97,6	100,0	100,7	97,2	100,8	94,5	96,6	96,8	93,3	95,6
1961	98,9	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	99,1	98,3	96,2	97,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1	101,0	101,1
1964	101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9	102,8	101,9
1965	104,0	105,7	103,5	104,0	102,2	104,6	106,0	103,4	105,9	104,4
1965 1. Vierteljahr	103,3	106,3	101,5	103,2	101,5	104,0	105,1	102,7	105,3	103,4
2. Vierteljahr	103,9	105,3	103,5	103,9	102,5	104,6	105,6	102,9	105,8	104,2
3. Vierteljahr	104,2	105,2	104,5	104,2	102,3	104,8	106,3	103,7	106,2	104,8
4. Vierteljahr	104,7	105,9	104,7	104,7	102,6	105,0	107,0	104,5	106,4	105,1
1966 1. Vierteljahr	105,6	105,8	104,6	105,7	104,1	105,7	108,0	105,2	107,2	106,1
2. Vierteljahr	106,2	104,9	104,8	106,3	104,1	107,1	108,7	105,5	108,9	106,6
3. Vierteljahr	105,9	105,1	104,8	106,0	102,5	107,2	109,1	106,0	109,3	106,9

1) ohne Erzeugnisse der Bauindustrie
2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion
3) ohne Saarland und Berlin
4) ohne Berlin

Tabelle 74

Preisindices für Bauwerke, Preise für Bauland

Zeitraum	Preisindices für Bauwerke [1]						Preise für Bauland [2]	
	Wohngebäude	Bürogebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	Gemischt genutzte Gebäude	Straßenbau	Baureifes Land	Rohbauland
	1962 = 100						DM je qm	
1950	54,8	.	.	.	.	.	.	.
1951	63,4	.	.	.	.	.	.	.
1952	67,5	.	.	.	.	.	.	.
1953	65,3	.	.	.	.	.	.	.
1954	65,6	.	.	.	.	.	.	.
1955	69,1	.	.	.	.	.	.	.
1956	71,0	.	.	.	.	.	.	.
1957	73,5	.	.	.	.	.	.	.
1958	75,8	76,3	77,7	78,1	75,9	.	.	.
1959	79,8	80,7	81,4	81,5	80,4	.	.	.
1960	85,8	86,4	87,1	86,7	86,3	88,8	.	.
1961	92,3	92,6	92,8	92,8	92,4	93,3	.	.
1962	100	100	100	100	100	100	14,83	9,50
1963	105,2	105,0	104,5	105,1	104,9	103,7	16,92	11,44
1964	110,0	109,5	108,6	109,2	109,3	102,7	18,46	12,12
1965	114,6	113,6	112,8	113,2	114,2	97,5	...	...
1965								
Februar	112,0	111,2	110,5	111,0	111,7	98,0	20,65	13,50
Mai	115,1	114,1	113,0	113,9	114,6	97,9	22,54	13,93
August	115,5	114,5	113,7	114,4	115,1	97,2	22,42	13,49
November	115,7	114,7	114,0	114,6	115,3	96,9	21,85	13,85
1966								
Februar	116,9	115,9	114,8	115,7	116,7	95,4	22,61	14,43
Mai	119,1	118,0	116,8	117,8	118,9	95,9	...	...
August	119,2	118,1	116,4	117,9	119,0	95,5	...	...

[1]) Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt für Straßentyp mit einem Regelquerschnitt (Kronenbreite) von 28,5 m, überwiegend für Bundesfernstraßen gültig. Bis einschließlich 1965 ohne Berlin.

[2]) bis einschließlich 1964 ohne Berlin

Tabelle 75

Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter

1958 = 100

Zeitraum		Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
				zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
							zusammen	darunter Investitionsgüter [1]	darunter Verbrauchsgüter [1]
1954		95,4	95,1	95,4	90,7	93,8	95,9	90,7	100,9
1955		97,4	93,9	97,5	91,1	98,2	97,8	93,1	100,3
1956		100,1	96,9	100,2	95,2	102,1	100,2	97,1	99,9
1957		102,4	99,5	102,5	101,6	105,0	102,2	100,7	100,3
1958		100	100	100	100	100	100	100	100
1959		99,2	93,6	99,4	99,4	99,4	99,3	99,5	99,2
1960		100,5	92,6	100,7	98,5	100,2	100,9	101,5	99,2
1961		100,3	92,1	100,5	98,6	95,7	101,2	104,2	99,9
1962		100,5	97,8	100,6	98,6	92,5	101,8	106,8	100,8
1963		100,6	102,4	100,6	100,9	91,9	101,7	107,7	101,3
1964		104,2	102,6	104,2	103,3	97,2	105,2	111,2	102,8
1965		106,7	102,5	106,8	105,3	100,7	107,6	114,5	105,8
1965	1. Vierteljahr	106,4	102,3	106,5	105,5	100,4	107,4	113,9	104,9
	2. Vierteljahr	106,6	101,8	106,7	104,6	100,6	107,7	114,4	105,5
	3. Vierteljahr	106,7	101,5	106,8	105,1	100,5	107,7	114,7	106,1
	4. Vierteljahr	107,0	104,2	107,0	105,9	101,1	107,8	115,2	106,7
1966	1. Vierteljahr	107,9	108,7	107,9	107,0	101,9	108,7	116,1	107,2
	2. Vierteljahr	109,2	110,8	109,1	106,4	104,3	109,9	117,3	108,1
	3. Vierteljahr [2]	109,0	112,1	109,0	105,3	103,6	109,8	117,7	108,6

[1]) nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppierte Fertigwaren-Enderzeugnisse (ohne Nahrungs- und Genußmittel)
[2]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 76

Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter

1958 = 100

Zeitraum		Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
				zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
							zusammen	darunter	
								Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]
1958		100	100	100	100	100	100	100	100
1959		97,5	96,1	98,1	96,5	100,8	97,8	98,6	97,3
1960		98,2	95,3	99,5	97,4	103,6	98,7	98,3	97,0
1961		94,5	91,5	95,9	93,5	98,6	96,3	97,0	94,5
1962		93,6	93,0	93,8	90,6	96,4	95,2	97,5	94,2
1963		95,8	98,7	94,4	91,3	97,2	95,6	97,9	94,6
1964		97,8	99,0	97,3	93,8	101,8	97,6	101,6	94,0
1965		100,2	104,7	98,1	92,6	105,5	98,4	102,2	94,7
1965	1. Vierteljahr	99,0	102,5	97,5	92,0	104,6	98,0	101,8	94,2
	2. Vierteljahr	100,4	106,0	97,8	91,8	105,9	98,2	101,8	94,3
	3. Vierteljahr	100,0	104,0	98,1	92,7	105,3	98,5	102,5	95,1
	4. Vierteljahr	101,3	106,3	99,0	93,8	106,2	98,9	102,8	95,2
1966	1. Vierteljahr	102,5	106,8	100,5	96,0	108,1	99,6	103,2	95,9
	2. Vierteljahr	104,4	105,3	104,1	97,0	119,5	100,3	103,5	96,7
	3. Vierteljahr [2]	101,9	99,8	102,8	95,5	116,5	100,6	103,8	96,8

[1]) nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppierte Fertigwaren-Enderzeugnisse (ohne Nahrungs- und Genußmittel)
[2]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 77

Preisindex für die Lebenshaltung [1])

Alte Systematik

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschließlich Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2])	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950 [3])	78,8	82,1	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951 [3])	84,9	87,7	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952 [3])	86,7	87,6	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953 [3])	85,1	86,0	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954 [3])	85,3	85,2	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79,7	86,3
1955 [3])	86,7	86,3	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956 [3])	88,9	88,3	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957 [3])	90,7	90,3	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	86,7
1958 [3])	92,7	92,3	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	88,6	93,2
1959 [3])	93,6	92,7	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960 [4])	94,9	94,6	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961 [4])	97,1	97,6	96,2	99,1	96,8	98,1	98,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	102,8	103,3	101,0	105,8	102,6	100,4	102,3	102,4	103,7	104,1
1964	105,4	105,2	105,8	101,6	112,4	104,1	101,1	104,3	104,2	107,4	105,1
1965	109,0	108,1	110,6	101,8	118,9	105,9	102,9	107,1	107,4	111,8	106,2
1965 1. Vierteljahr	107,2	107,0	107,6	101,5	116,7	106,2	102,1	106,0	106,2	109,7	105,6
2. Vierteljahr	108,6	107,6	110,5	101,6	118,0	104,4	102,8	106,8	106,9	111,0	106,1
3. Vierteljahr	109,7	108,3	112,4	101,8	119,6	105,7	103,2	107,3	107,6	112,3	106,4
4. Vierteljahr	110,3	109,4	112,1	102,3	121,4	107,4	103,6	108,5	108,9	114,0	106,7
1966 1. Vierteljahr	111,8	111,1	113,1	105,0	126,3	107,8	103,9	109,5	110,6	115,2	107,5
2. Vierteljahr	113,1	112,3	114,8	105,9	128,8	105,7	104,2	110,3	111,8	116,2	111,1
3. Vierteljahr	112,9	113,0	112,8	106,3	130,7	106,8	104,4	110,8	112,8	117,3	111,1

[1]) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1960, ab 1961 Warenkorb 1962

[2]) bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau

[3]) ohne Saarland und Berlin

[4]) ohne Berlin

Tabelle 78

Preisindex für die Lebenshaltung [1])

Neue Systematik

1962 = 100

Zeitraum		Gesamtlebenshaltung einschließlich Nahrungs- und Genußmittel [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963		103,0	103,1	102,9	102,2	105,6	102,7	102,0	104,6	102,9	101,4	103,3
1964		105,4	105,7	105,0	104,3	112,1	104,2	103,4	105,7	105,6	103,4	106,7
1965		109,0	108,9	109,0	107,1	118,5	106,1	106,2	106,8	109,2	106,3	109,7
1965	1. Vierteljahr	107,2	107,8	106,5	105,9	116,4	106,3	105,0	106,2	107,9	105,0	108,5
	2. Vierteljahr	108,6	108,4	108,8	106,7	117,7	104,5	105,9	106,7	108,6	106,3	108,8
	3. Vierteljahr	109,7	109,2	110,4	107,2	119,1	105,8	106,7	107,0	109,2	106,6	110,3
	4. Vierteljahr	110,3	110,3	110,2	108,4	120,9	107,5	107,3	107,4	111,0	107,2	111,3
1966	1. Vierteljahr	111,8	111,9	111,7	109,5	126,2	108,0	107,8	108,2	113,3	108,2	111,9
	2. Vierteljahr	113,1	113,1	113,2	110,2	128,9	105,9	108,3	112,2	114,6	109,1	112,3
	3. Vierteljahr	112,9	113,9	111,6	110,7	130,8	106,9	108,5	112,3	116,2	109,6	113,9

[1]) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Gliederung nach Hauptgruppen des Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).

[2]) einschließlich Verzehr in Gaststätten

[3]) bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau

Tabelle 79

Verbraucherpreisindices in ausgewählten Ländern

1962 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich (Paris)	Italien	Niederlande	Großbritannien	Schweiz	Vereinigte Staaten
1950	78,8	80,6	53,5	65,1	70	62,3	81,7	79,5
1951	84,9	88,3	62,6	78,7	79	68,0	85,6	85,9
1952	86,7	89,1	69,9	80,3	79	74,2	87,8	87,8
1953	85,1	88,8	69,1	81,1	79	76,6	87,2	88,4
1954	85,3	89,9	68,9	83,4	82	77,9	87,8	88,8
1955	86,7	89,5	69,7	85,3	83	81,4	88,6	88,5
1956	88,9	92,1	71,0	88,2	85	85,4	89,9	89,8
1957	90,7	94,9	73,0	89,4	91	88,6	91,7	93,0
1958	92,7	96,2	84,0	91,9	92	91,3	93,4	95,5
1959	93,6	97,4	89,1	91,5	93	91,8	92,8	96,3
1960	94,9	97,6	92,4	93,6	96	92,7	94,1	97,8
1961	97,1	98,6	95,4	95,5	98	95,9	95,8	98,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	102,1	104,9	107,5	104	102,0	103,4	101,2
1964	105,4	106,4	108,2	113,8	110	105,3	106,6	102,6
1965	109,0	110,7	111,2	119,0	115	110,3	110,3	104,3
1965 1. Vierteljahr	107,2	109,0	110,0	117,7	111	107,9	108,1	103,3
2. Vierteljahr	108,6	110,3	110,9	118,3	116	110,6	109,5	104,1
3. Vierteljahr	109,7	111,4	111,6	119,5	116	111,1	111,0	104,5
4. Vierteljahr	110,3	112,3	112,3	120,3	116	111,8	112,5	105,0
1966 1. Vierteljahr	111,8	113,8	113,3	121,1	120	112,6	113,9	105,8
2. Vierteljahr	113,1	115,9	114,4	121,4	124	114,8	115,1	106,9
3. Vierteljahr	112,9	115,5	115,0	121,7 [a]	122	115,2	115,8	107,8 [a]

[a] Juli, August

Tabelle 80

Löhne und Gehälter

1960 = 100

Zeitraum		Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer [1])	Bruttostundenverdienste in der Industrie [2])	Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel [3])	Tariflöhne und -gehälter in der Gesamtwirtschaft [4])	Tarifliche Stundenlöhne in der Industrie [5])	Tarifliche Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften [5])	Tarifliche Monatsgehälter in der Industrie [5])	Tarifliche Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften [5])
1957		81	81,3	84,8	86,6	.	.	.	.
1958		87	86,8	89,5	90,8	90,1	89,8	90,9	90,7
1959		91	91,5	93,2	93,6	93,6	93,4	93,8	93,6
1960		100	100	100	100	100	100	100	100
1961		111	110,3	108,6	108,5	108,1	108,2	108,5	107,9
1962		121	123,0	117,9	116,8	119,3	119,0	117,7	115,9
1963		128	132,2	125,6	122,8	127,1	127,0	123,9	122,6
1964		139 [a])	143,3	133,8	128,8	135,9	135,4	129,7	128,2
1965		152 [a])	157,3	144,9	137,8	146,3	145,8	138,7	136,5
1965	1. Vierteljahr [6])	145 [a]) (1. und 2. Vierteljahr)	151,5	141,3	134,7	141,8	141,7	136,0	134,0
	2. Vierteljahr [6])		155,6	143,4	137,1	145,2	144,8	137,6	136,0
	3. Vierteljahr [6])	159 [a]) (3. und 4. Vierteljahr)	159,8	146,3	139,1	148,2	147,6	139,8	137,2
	4. Vierteljahr [6])		162,0	148,6	140,3	149,8	149,2	141,4	139,0
1966	1. Vierteljahr [6])	156 [b]) (1. und 2. Vierteljahr)	162,4	151,5	143,1	153,3	152,3	144,1	141,0
	2. Vierteljahr [6])		167,8	154,5	146,2	156,1	156,2	147,2	144,5
	3. Vierteljahr [6])	.	170,4	157,2	147,3	157,9	158,0	148,4	146,5

[1]) bis 1959 ohne Saarland und Berlin
[2]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau. — Bis 1959 ohne Saarland.
[3]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — Bis 1959 ohne Saarland.
[4]) Ohne Berlin, bis 1959 ohne Saarland. — Tariflöhne und -gehälter je Woche. — Quelle: Deutsche Bundesbank.
[5]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau. — Ohne Berlin, bis 1959 ohne Saarland.
[6]) Für Bruttostundenverdienste bzw. -monatsgehälter und tarifliche Stundenlöhne bzw. Monatsgehälter (Sp. 2, 3, 5 bis 8): Januar, April, Juli, Oktober.
[a]) vorläufige Ergebnisse
[b]) erste vorläufige Ergebnisse

Tabelle 81

Ausfuhr in ausgewählte Länder nach Warengruppen [1])

vH

Land Warenbenennung	Anteil [2]) 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum						
		1965				1966		
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
Frankreich								
Rohstoffe	7,4	−10,9	−12,4	+ 10,2	+ 9,0	+12,0	+ 17,1	− 1,2
Steinkohlen	5,7	− 9,9	−16,1	+ 8,9	+ 1,0	− 1,9	+ 11,5	− 4,9
Halbwaren	10,6	+ 0,8	− 6,4	− 9,2	− 1,3	+14,9	+ 27,0	+ 15,4
Vorerzeugnisse	20,7	+ 0,7	− 6,2	+ 1,4	+ 4,7	+ 8,4	+ 24,3	+ 17,0
Enderzeugnisse	57,5	+12,8	+ 7,5	+ 1,6	+14,4	+20,9	+ 17,4	+ 27,5
Maschinen	23,2	+11,0	+ 6,6	− 0,6	+18,5	+17,5	+ 13,2	+ 22,4
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	9,1	+ 1,4	− 0,4	− 11,2	+14,7	+35,7	+ 36,1	+ 49,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	6,7	+13,4	+ 1,3	+ 14,1	+ 6,0	+22,0	+ 32,0	+ 30,7
Ausfuhr insgesamt	100	+ 7,8	+ 1,7	+ 0,5	+ 9,6	+15,1	+ 18,7	+ 21,3
Italien								
Rohstoffe	4,7	−33,5	− 5,7	+ 15,0	+58,7	+67,4	+ 58,0	+ 49,8
Steinkohlen	1,0	−52,7	−54,4	− 25,9	+54,4	+34,8	+205,9	+125,8
Halbwaren	14,2	+ 1,9	+13,0	+ 52,4	+33,9	+17,8	+ 26,3	+ 19,9
Vorerzeugnisse	18,0	−24,5	− 6,1	+ 18,7	+46,7	+57,4	+ 37,6	+ 39,3
Enderzeugnisse	56,9	−27,2	−15,6	− 5,1	+10,1	+15,3	+ 18,2	+ 37,5
Maschinen	18,2	−42,4	−29,2	− 23,7	+ 3,4	+22,3	+ 17,9	+ 52,4
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	8,0	−36,7	− 8,2	+ 17,8	+11,1	− 1,2	+ 10,0	+ 63,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	9,1	−14,5	−11,9	+ 11,9	+19,1	+23,9	+ 47,1	+ 29,6
Ausfuhr insgesamt	100	−21,6	− 9,4	+ 7,0	+22,6	+23,1	+ 23,1	+ 34,7
Großbritannien								
Rohstoffe	2,1	−24,9	+ 1,2	+ 18,3	−28,7	+27,8	− 14,6	− 0,2
Halbwaren	9,7	− 3,3	+ 3,4	+ 37,6	− 6,1	+34,3	+ 65,7	+ 33,5
Vorerzeugnisse	18,7	− 6,3	−13,8	+ 11,0	+ 5,0	+11,9	+ 11,9	− 8,1
Enderzeugnisse	65,2	−10,3	+ 5,8	+ 12,1	+14,9	+24,4	+ 20,0	+ 12,6
Maschinen	31,9	+ 9,5	+ 9,8	+ 21,6	+15,5	+34,2	+ 13,0	+ 33,7
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	6,7	+ 5,2	+ 9,7	+ 19,5	+43,0	+30,1	+ 23,9	+ 18,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	7,1	+ 5,9	− 4,2	− 3,4	− 8,8	+23,1	+ 16,1	+ 22,8
Ausfuhr insgesamt	100	− 8,9	− 0,2	+ 14,0	+ 9,0	+22,1	+ 20,5	+ 9,7
Vereinigte Staaten								
Rohstoffe	1,9	−30,6	− 1,4	+ 14,4	+38,1	+33,7	+ 35,6	+ 0,1
Halbwaren	3,6	+16,6	+ 9,8	+155,3	+28,6	+19,0	+ 49,6	+ 33,4
Vorerzeugnisse	16,8	+27,2	+46,6	+ 45,7	+33,4	+13,1	− 0,4	+ 27,9
Enderzeugnisse	74,9	+10,3	+12,5	+ 16,9	+22,0	+30,8	+ 20,2	+ 31,9
Maschinen	14,7	+39,9	+31,7	+ 31,3	+19,3	+26,3	+ 29,7	+ 42,7
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	37,5	+ 8,9	+ 1,9	+ 26,2	+27,5	+35,0	+ 17,7	+ 34,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	4,6	+10,6	+38,0	+ 9,7	+17,6	+32,7	+ 16,2	+ 41,9
Ausfuhr insgesamt	100	+12,2	+17,5	+ 24,7	+24,5	+26,8	+ 16,9	+ 29,8

[1]) Spezialhandel nach Verbrauchsländern
[2]) Anteil an der Gesamtausfuhr in das jeweilige Land

Tabelle 82

Außenhandel (Spezialhandel) mit außereuropäischen Entwicklungsländern [1])

Zeitraum	Einfuhr			Ausfuhr		
	Tatsächliche Werte	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum	Anteil an der Einfuhr insgesamt	Tatsächliche Werte	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum	Anteil an der Ausfuhr insgesamt
	Mrd. DM	vH		Mrd. DM	vH	
1958 [2])	7,44	— 3,1	23,9	7,95	— 0,1	21,5
1959 [2])	8,21	+ 10,4	22,9	8,13	+ 2,3	19,7
1960	9,50	+ 15,7	22,2	8,98	+ 10,5	18,7
1961	9,37	— 1,4	21,1	9,10	+ 1,4	17,9
1962	10,23	+ 9,3	20,7	8,24	— 9,5	15,6
1963	10,56	+ 3,2	20,2	8,38	+ 1,7	14,4
1964	12,04	+ 14,0	20,5	9,19	+ 9,7	14,2
1965	13,45	+ 11,7	19,1	10,33	+ 12,4	14,4
1966 Januar bis September	10,63	+ 5,1	19,7	8,15	+ 8,5	13,9

[1]) Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Ostblockländer, Ozeanien
[2]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 83

Entwicklung des Osthandels [1]) ausgewählter Länder

Anteil der Ausfuhr in vH der Gesamtausfuhr

Land	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966 1. Halbjahr
Bundesrepublik Deutschland	4,5	4,7	4,1	4,0	3,1	3,6	3,7	3,7
Frankreich [2])	3,5	4,0	3,8	4,2	3,6	3,2	3,7	4,7
Italien [2])	5,4	5,8	5,9	5,6	5,8	5,0	5,4	5,3
Niederlande [2])	1,9	1,4	1,6	1,6	1,7	1,5	2,0	2,1
Großbritannien [2])	2,6	3,1	3,2	3,1	3,3	2,7	2,9	3,4
Schweden [2])	5,1	4,8	4,0	5,0	4,3	5,0	4,2	4,4
Vereinigte Staaten [2])	0,5	1,0	0,6	0,6	0,7	1,3	0,5	0,7

[1]) Ausfuhr nach der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, der Volksrepublik China, Nord-Korea und der Mongolischen Volksrepublik (Verbrauchsländer)

[2]) einschließlich Ausfuhr nach dem Währungsgebiet der DM-Ost

Tabelle 84

Einfuhr aus ausgewählten Ländern nach Warengruppen [1])

vH

Land Warenbenennung	Anteil [2]) 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum						
		1965				1966		
		1. Viertel-jahr	2. Viertel-jahr	3. Viertel-jahr	4. Viertel-jahr	1. Viertel-jahr	2. Viertel-jahr	3. Viertel-jahr
Frankreich								
Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse	64,1	+ 26,5	+ 19,7	+ 19,3	+ 11,7	+ 15,9	+ 10,0	− 1,0
Ernährungswirtschaft	20,4	+ 12,4	+ 13,0	+ 31,0	+ 41,4	+ 49,8	+ 46,1	+ 8,7
Erze und Metallhalbwaren	6,0	+ 39,4	+ 24,1	+ 3,4	− 30,9	+ 0,7	− 18,3	− 0,9
Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl	10,6	+ 46,9	+ 10,6	+ 0,0	− 12,7	− 7,8	− 6,1	− 17,2
Enderzeugnisse	35,0	+ 27,3	+ 31,9	+ 45,0	+ 49,2	+ 42,5	+ 19,4	+ 6,6
Maschinenbauerzeugnisse	9,6	+ 32,3	+ 33,7	+ 35,2	+ 77,4	+ 64,2	+ 23,9	+ 2,5
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	6,6	− 13,9	− 3,1	+ 56,3	+ 41,5	+ 52,7	+ 27,8	+ 7,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	3,8	+ 56,4	+ 95,7	+ 57,9	+ 37,2	+ 15,7	− 1,9	− 8,8
Einfuhr insgesamt	100	+ 26,6	+ 23,3	+ 27,5	+ 23,4	+ 24,4	+ 13,3	+ 1,4
Italien								
Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse	51,3	+ 43,2	+ 42,6	+ 29,5	+ 25,8	+ 15,8	+ 4,9	− 2,7
Ernährungswirtschaft	24,4	+ 21,5	+ 35,7	+ 25,2	+ 32,8	+ 18,4	+ 0,1	− 6,5
Erze und Metallhalbwaren	1,6	+260,7	+117,2	+ 36,9	− 28,2	− 58,2	− 35,1	− 51,4
Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl	3,0	+359,5	+107,7	+ 23,7	− 18,8	− 5,2	+ 17,7	+ 15,4
Enderzeugnisse	48,2	+ 63,7	+ 82,1	+ 73,5	+ 48,5	+ 20,1	− 5,5	− 0,9
Maschinenbauerzeugnisse	6,7	+ 43,1	+ 43,8	+ 55,7	+ 34,4	+ 26,4	+ 27,4	+ 4,2
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	5,8	+ 1,7	+ 3,8	+ 8,8	+ 29,0	+ 37,2	+ 27,3	+ 50,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	4,6	+119,2	+ 95,0	+121,5	+110,9	+ 23,0	+ 32,6	+ 18,3
Einfuhr insgesamt	100	+ 52,1	+ 59,3	+ 44,9	+ 35,2	+ 17,5	− 0,2	− 1,7

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern
[2]) Anteil an der Gesamteinfuhr aus dem jeweiligen Land

noch Tabelle 84

Einfuhr aus ausgewählten Ländern nach Warengruppen [1])

vH

Land Warenbenennung	Anteil [2]) 1965	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 1965 1. Vierteljahr	1965 2. Vierteljahr	1965 3. Vierteljahr	1965 4. Vierteljahr	1966 1. Vierteljahr	1966 2. Vierteljahr	1966 3. Vierteljahr
EFTA-Länder								
Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse	59,5	+ 16,8	+ 11,2	+ 12,8	+ 4,7	+ 2,7	− 2,7	− 9,7
Ernährungswirtschaft	12,4	+ 4,0	+ 24,8	+ 44,8	+ 28,7	+ 18,6	− 7,2	− 25,3
Erze und Metallhalbwaren ..	13,1	+ 20,8	+ 3,6	− 0,5	− 9,4	− 1,9	− 6,0	+ 2,7
Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl	3,5	+ 30,3	+ 7,5	+ 1,9	− 6,0	− 3,5	− 2,7	− 16,8
Enderzeugnisse	38,3	+ 21,7	+ 16,6	+ 16,0	+ 16,7	+ 17,2	+ 3,9	+ 1,9
Maschinenbauerzeugnisse	12,6	+ 14,5	+ 11,5	+ 13,5	+ 23,1	+ 19,4	+ 4,9	− 2,0
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	2,1	+ 36,3	− 8,2	− 6,0	− 25,4	+ 13,7	− 0,4	+ 33,9
Elektrotechnische Erzeugnisse .	4,6	+ 29,7	+ 25,7	+ 25,6	+ 22,5	+ 28,3	+ 10,0	+ 8,6
Einfuhr insgesamt ...	100	+ 18,6	+ 13,0	+ 14,2	+ 9,4	+ 8,9	+ 0,7	− 5,0
Vereinigte Staaten								
Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse	53,0	− 3,2	+ 14,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 22,6	− 6,2	− 3,0
Ernährungswirtschaft	23,0	− 13,9	+ 9,5	+ 23,5	+ 12,9	+ 66,2	+ 4,1	+ 4,3
Erze und Metallhalbwaren ..	5,3	+ 79,7	+ 26,8	− 28,1	− 36,1	− 32,2	− 32,5	− 15,0
Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl	0,4	− 12,9	+ 12,2	+ 2,6	− 34,0	− 37,6	− 53,6	− 40,6
Enderzeugnisse	46,6	+ 24,2	+ 40,6	+ 22,2	+ 20,0	− 11,1	+ 0,4	− 5,6
Maschinenbauerzeugnisse	10,1	− 1,9	+ 41,8	+ 27,5	+ 26,8	+ 33,4	− 16,1	− 6,7
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	6,3	+ 36,0	− 8,2	+ 29,4	+ 144,2	+ 20,8	− 29,8	+ 4,6
Elektrotechnische Erzeugnisse .	4,5	+ 21,2	+ 20,0	+ 21,8	+ 18,8	+ 29,8	+ 17,9	+ 17,5
Einfuhr insgesamt ...	100	+ 8,9	+ 24,9	+ 13,5	+ 9,7	+ 5,3	− 2,3	− 4,2

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern
[2]) Anteil an der Gesamteinfuhr aus dem jeweiligen Land

Tabelle 85

Warenverkehr mit dem Währungsgebiet der DM-Ost

1 000 DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien	Land- und Forstwirtschaft
			Lieferungen [1])				
1958	800 360	43 391	362 645	188 982	51 093	58 666	95 583
1959	1 078 564	123 231	509 186	228 159	83 174	65 008	69 806
1960	959 507	34 154	457 938	258 988	92 515	50 868	65 044
1961	872 859	39 796	482 273	207 543	72 394	35 543	35 310
1962	852 712	40 109	442 185	135 411	65 617	114 392	54 998
1963	859 578	71 540	415 108	125 821	66 498	115 517	65 094
1964	1 150 979	86 892	496 833	218 949	94 457	187 951	65 897
1965	1 191 114	29 853	630 484	194 752	96 535	172 349	67 141
1965 1. Halbjahr	525 498	12 359	291 896	81 303	45 538	58 626	35 776
2. Halbjahr	665 616	17 494	338 588	113 449	50 997	113 723	31 365
1966 1. Halbjahr	789 843	15 671	424 506	110 503	70 654	138 842	29 667
			Bezüge [1])				
1958	858 154	237 203	268 959	83 802	143 138	106 817	18 235
1959	891 687	195 904	318 310	89 779	150 980	101 923	34 791
1960	1 122 450	266 683	353 223	106 629	215 607	94 866	85 442
1961	940 916	209 722	325 070	98 920	198 717	88 946	19 541
1962	914 446	240 511	306 156	84 772	165 347	73 041	44 619
1963	1 022 301	255 850	341 359	83 710	200 927	66 636	73 819
1964	1 027 365	252 429	211 371	122 656	263 696	97 430	79 783
1965	1 262 773	213 891	274 644	154 135	331 141	155 192	133 770
1965 1. Halbjahr	529 591	89 692	127 266	66 820	150 450	57 091	38 272
2. Halbjahr	733 182	124 199	147 378	87 315	180 691	98 101	95 498
1966 1. Halbjahr	622 639	80 660	118 341	68 112	171 011	74 976	109 539

[1]) des Währungsgebietes der DM-West

Tabelle 86

Finanzierung des Wohnungsbaus [1])

Finanzierungsquelle	1950	1960	1961	1962	1963	1964	1965 [2])
	Mrd. DM						
Finanzierung des Wohnungsbaus insgesamt	4,35 [a])	15,74	17,81	19,77	21,18	24,15	25,00
	Anteil in vH						
davon durch							
Sparkassen	*11,7*	*16,5*	*14,7*	*14,8*	*15,8*	*15,8*	*16,6*
Pfandbriefinstitute	*5,6*	*14,4*	*15,8*	*18,4*	*18,0*	*17,8*	*16,2*
Lebensversicherungen	*5,3*	*3,5*	*3,9*	*3,6*	*3,9*	*4,2*	*5,3*
Sozialversicherungen	*0,6*	*0,7*	*0,7*	*0,8*	*0,9*	*1,0*	*1,1*
Bausparkassen	*9,1*	*20,8*	*21,3*	*21,8*	*22,9*	*23,5*	*27,1*
Öffentliche Mittel	*38,3*	*25,6*	*21,3*	*23,4*	*22,1*	*20,4*	*19,9*
Sonstige Mittel [3])	*25,1*	*18,5*	*22,4*	*17,3*	*16,4*	*17,3*	*13,8*

[1]) Tatsächlicher Aufwand. — Nach den Neuberechnungen des Bundesministeriums für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

[2]) vorläufige Ergebnisse

[3]) echtes Eigenkapital, Selbst- und Gemeinschaftshilfe, Arbeitgeberdarlehen, Privathypotheken, Mietdarlehen, Verwandschafts- und Gefälligkeitsdarlehen, Kaufgeldstundungen, Zwischenkredite u. dgl.

a) einschließlich nach Finanzierungsquellen nicht aufteilbarer ERP-Mittel (4,4 vH)

Quelle: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie

Tabelle 87

Offene Stellen nach ausgewählten Berufsgruppen [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in 1 000

Zeitraum	Offene Stellen			Ungelernte Hilfskräfte	Bauberufe	Metallberufe	Dienstleistungsberufe
	insgesamt	Männer	Frauen		Männer	Männer	Frauen
1959	+ 65	+ 31	+33	+11	+ 8	+11	+ 4
1960	+174	+116	+59	+24	+31	+30	+ 9
1961	+ 87	+ 60	+27	+ 5	+19	+16	+ 5
1962	+ 22	+ 11	+11	. a)	. a)	. a)	. a)
1963 1. Vierteljahr	− 61	− 58	− 3	−14	−18	−11	− 3
2. Vierteljahr	− 32	− 19	−13	− 5	− 1	− 7	− 4
3. Vierteljahr	+ 0	− 2	+ 2	+ 0	+ 1	− 2	− 1
4. Vierteljahr	+ 22	+ 20	+ 2	+ 3	+ 3	+ 6	− 4
1964 1. Vierteljahr	+ 61	+ 52	+ 9	+ 9	+10	+22	+ 0
2. Vierteljahr	+ 56	+ 29	+27	+ 1	− 8	+26	+ 4
3. Vierteljahr	+ 53	+ 21	+33	− 2	− 8	+24	+ 8
4. Vierteljahr	+ 54	+ 17	+37	+ 0	− 7	+17	+ 8
1965 1. Vierteljahr	+ 42	+ 2	+40	− 3	−12	+ 8	+ 7
2. Vierteljahr	+ 48	+ 4	+43	− 2	− 6	+ 2	+10
3. Vierteljahr	+ 40	+ 5	+36	+ 3	− 1	− 4	+ 8
4. Vierteljahr	+ 21	− 6	+27	− 2	− 1	− 7	+ 6
1966 1. Vierteljahr	− 25	− 31	+ 7	− 8	− 4	−15	+ 1
2. Vierteljahr	− 74	− 56	−19	−11	−10	−22	− 6
3. Vierteljahr	−133	− 90	−44	−21	−13	−32	− 9

[1]) Jahres- und Vierteljahresdurchschnitte

a) Neue Klassifizierung der Berufe, deshalb mit 1961 nicht vergleichbar.

Tabelle 88

Beschäftigte in der Industrie nach ausgewählten Industriegruppen und -zweigen [1])

Industriegruppe bzw. -zweig	1965				1966	
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr
	Anzahl					
Industrie insgesamt	8 378 936	8 481 670	8 495 210	8 485 813	8 420 533	8 459 354
Steinkohlenbergbau	395 574	392 177	383 999	378 247	371 624	359 547
Industrie der Steine und Erden	250 584	273 015	275 315	265 843	248 877	267 313
Eisenschaffende Industrie	357 178	361 294	360 210	355 423	351 508	350 555
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	345 146	349 130	348 017	343 361	339 642	338 831
Chemische Industrie [2])	528 114	535 444	538 422	537 403	537 206	545 072
Stahl- und Leichtmetallbau	225 558	228 032	230 790	230 524	218 362	219 089
Maschinenbau	1 068 035	1 088 648	1 090 383	1 087 489	1 097 239	1 107 099
Straßenfahrzeugbau	508 421	513 501	515 636	518 901	518 018	521 934
Elektrotechnische Industrie	960 276	976 031	981 423	980 241	974 856	975 996
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	416 183	420 179	418 632	417 942	416 373	416 656
Holzverarbeitende Industrie	218 188	218 890	218 048	219 182	218 366	219 937
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	207 609	211 160	212 234	213 676	212 943	216 492
Textilindustrie	549 699	547 273	544 254	546 892	546 190	544 059
Bekleidungsindustrie	392 681	398 571	397 317	404 305	407 913	412 346
Ernährungsindustrie	471 545	474 154	487 116	492 561	476 729	478 612
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum					
Industrie insgesamt	+182 219	+188 505	+159 085	+107 255	+41 597	−22 316
Steinkohlenbergbau	− 14 734	− 17 281	− 18 342	− 20 542	−23 950	−32 630
Industrie der Steine und Erden	+ 2 513	+ 1 009	− 32	− 1 830	− 1 707	− 5 702
Eisenschaffende Industrie	+ 9 664	+ 9 565	+ 5 936	+ 308	− 5 670	−10 739
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	+ 9 344	+ 9 119	+ 5 623	+ 272	− 5 504	−10 299
Chemische Industrie [2])	+ 19 490	+ 19 706	+ 17 244	+ 12 856	+ 9 092	+ 9 628
Stahl- und Leichtmetallbau	+ 3 045	+ 3 736	+ 4 658	+ 4 530	− 7 196	− 8 943
Maschinenbau	+ 38 283	+ 43 454	+ 39 725	+ 31 968	+29 204	+18 451
Straßenfahrzeugbau	+ 30 332	+ 27 260	+ 22 907	+ 17 740	+ 9 597	+ 8 433
Elektrotechnische Industrie	+ 44 437	+ 45 475	+ 41 878	+ 29 728	+14 580	− 35
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	+ 11 547	+ 11 243	+ 7 454	+ 2 238	+ 190	− 3 523
Holzverarbeitende Industrie	+ 4 121	+ 4 413	+ 2 957	+ 1 981	+ 178	+ 1 047
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	+ 3 190	+ 4 331	+ 4 719	+ 5 528	+ 5 334	+ 5 332
Textilindustrie	− 9 777	− 10 858	− 8 043	− 6 238	− 3 509	− 3 214
Bekleidungsindustrie	+ 5 755	+ 10 687	+ 11 349	+ 13 858	+15 232	+13 775
Ernährungsindustrie	− 408	+ 1 052	− 272	+ 3 709	+ 5 184	+ 4 458

[1]) Durchschnitte. — Ohne Energie und Bau. — Industriegruppen bzw. -zweige mit 200 000 und mehr Beschäftigten im August 1966.

[2]) einschließlich Kohlenwertstoffindustrie

Tabelle 89

Beschäftigte in der Industrie nach Stellung im Betrieb und Geschlecht

Stellung im Betrieb	Geschlecht	1958 [1]	1960 [2]	1962 [2]	1964 [3]
			1 000		
Tätige Inhaber und Mitinhaber	m		46,9	47,3	47,8
	w		7,8	9,3	8,7
	zusammen	881,0	54,7	56,5	56,5
Angestellte (einschließlich kaufmännischer Lehrlinge)		413,1			
	m	1 294,1	972,2	1 126,1	1 196,8
	w		471,8	552,8	579,5
	zusammen		1 443,9	1 678,9	1 776,3
Arbeiter (einschließlich gewerblicher Lehrlinge)	m	4 300,5	4 612,0	4 773,6	4 704,6
	w	1 678,2	1 780,9	1 858,3	1 841,3
	zusammen	5 978,7	6 392,9	6 631,9	6 545,9
Beschäftigte	m	5 181,4	5 631,1	5 947,0	5 949,2
	w	2 091,3	2 260,4	2 420,4	2 429,5
	insgesamt	7 272,7	7 891,5	8 367,4	8 378,7
			Anteil in vH der jeweiligen Beschäftigtengruppe		
Tätige Inhaber und Mitinhaber	m		*85,8*	*83,6*	*84,6*
	w		*14,2*	*16,4*	*15,4*
		68,1			
Angestellte (einschließlich kaufmännischer Lehrlinge)		*31,9*			
	m		*67,3*	*67,1*	*67,4*
	w		*32,7*	*32,9*	*32,6*
Arbeiter (einschließlich gewerblicher Lehrlinge)	m	*71,9*	*72,1*	*72,0*	*71,9*
	w	*28,1*	*27,9*	*28,0*	*28,1*
Beschäftigte Insgesamt	m	*71,2*	*71,4*	*71,1*	*71,0*
	w	*28,8*	*28,6*	*28,9*	*29,0*
			Anteil in vH der Beschäftigten insgesamt		
Tätige Inhaber und Mitinhaber	m		*0,6*	*0,6*	*0,6*
	w		*0,1*	*0,1*	*0,1*
	zusammen	*12,1*	*0,7*	*0,7*	*0,7*
Angestellte (einschließlich kaufmännischer Lehrlinge)		*5,7*			
	m	*17,8*	*12,3*	*13,5*	*14,3*
	w		*6,0*	*6,6*	*6,9*
	zusammen		*18,3*	*20,1*	*21,2*
Arbeiter (einschließlich gewerblicher Lehrlinge)	m	*59,1*	*58,4*	*57,0*	*56,1*
	w	*23,1*	*22,6*	*22,2*	*22,0*
	zusammen	*82,2*	*81,0*	*79,3*	*78,1*
Beschäftigte	insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*

[1] Ergebnisse der monatlichen Industrieberichterstattung; Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
[2] Ergebnisse der Zusatzerhebungen zum Industriebericht September 1960 und September 1962; Bundesgebiet ohne Berlin. — [3] Ergebnisse der Zusatzerhebung zum Industriebericht September 1964

Tabelle 90

Belastung des Volkseinkommens durch direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge

vH

Zeitraum	Belastung des						
	Volkseinkommens	Einkommens aus unselbständiger Arbeit [1])					Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [2])
		insgesamt [2])	durch direkte Steuern	durch Sozialversicherungsbeiträge			
				insgesamt	Arbeitgeberbeiträge	Arbeitnehmerbeiträge	
1950 [3])	21,7	21,1	4,1	16,9	9,7	7,3	21,3
1951 [3])	22,0	22,2	5,5	16,7	9,5	7,2	20,5
1952 [3])	23,2	22,8	6,2	16,6	9,6	7,0	22,2
1953 [3])	24,2	22,7	5,6	17,0	9,8	7,3	24,7
1954 [3])	23,6	22,3	5,5	16,8	9,6	7,2	23,9
1955 [3])	22,5	22,6	5,7	16,9	9,8	7,2	20,6
1956 [3])	22,8	22,8	6,0	16,8	9,7	7,1	20,9
1957 [3])	23,5	23,4	4,7	18,7	10,8	7,9	22,0
1958 [3])	23,8	24,5	4,9	19,6	11,2	8,3	20,9
1959 [3])	24,2	24,2	4,7	19,4	11,1	8,4	22,3
1960 [3])	25,2	25,2	5,7	19,5	11,1	8,4	23,1
1960	25,1	25,1	5,6	19,5	11,1	8,4	23,0
1961	26,3	25,5	6,5	19,0	10,9	8,2	25,3
1962	27,1	25,8	6,8	19,0	10,8	8,2	26,6
1963	27,3	26,1	7,1	19,0	10,7	8,2	26,4
1964 [4])	27,0	26,1	7,7	18,4	10,3	8,2	25,3
1965 [4])	26,4	25,4	7,0	18,4	10,2	8,2	24,8
1965 1. Halbjahr [4])	26,3	24,2	5,9	18,3	10,1	8,2	27,2
2. Halbjahr [4])	26,5	26,4	8,0	18,4	10,2	8,2	22,7
1966 1. Halbjahr [5])	27,7	25,4	6,6	18,8	10,5	8,3	28,9

[1]) Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung für Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä.

[2]) Nicht zurechenbar auf die beiden angegebenen Einkommensarten ist die Belastung durch die Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer, ferner die Lohnsteuer der Pensionäre sowie die freiwilligen Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen.

[3]) ohne Saarland und Berlin

[4]) vorläufige Ergebnisse

[5]) erste vorläufige Ergebnisse

Tabelle 91

Laufende Übertragungen des Staates an private Haushalte [1])

Art der Übertragung	1950	1957	1965 [2])	1950 bis 1957	1957 bis 1965 [2])	1950	1957	1965 [2])
				Durchschnittliche jährliche Veränderung		Anteil		
	Mrd. DM			vH				
Öffentliche Pensionen einschließlich Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst ..	2,42	5,04	10,42	+11,1	+ 8,1	20,1	17,9	17,7
Leistungen der Rentenversicherung einschließlich gesetzlicher Unfallversicherung	3,77	12,35	29,33	+18,5	+10,1	31,3	43,9	49,8
Versorgung der Kriegsopfer	1,85	3,26	4,75	+ 8,4	+ 3,9	15,4	11,6	8,1
Leistungen im Rahmen des Lastenausgleichs [3])	1,17	1,95	1,90	+ 7,6	— 0,9	9,7	6,9	3,2
Leistungen der sozialen Krankenversicherung	0,59	1,94	4,40	+18,5	+ 9,8	4,9	6,9	7,5
Leistungen der Arbeitslosenversicherung ..	0,57	0,80	0,87	+ 5,0	— 0,3	4,7	2,8	1,5
Leistungen der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	1,44	1,02	1,54	— 4,8	+ 3,4	12,0	3,6	2,6
Gesetzliches Kindergeld	—	0,48	2,76	.	+23,9	—	1,7	4,7
Sonstige Leistungen [4]) .	0,23	1,30	2,89	+28,1	+ 9,4	1,9	4,6	4,9
Insgesamt ...	12,04	28,14	58,86	+12,9	+ 8,4	100	100	100

1950 und 1957 ohne Saarland und Berlin
[1]) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter
[2]) vorläufige Ergebnisse
[3]) Kriegsschadenrente im Rahmen des Lastenausgleichs und sonstige laufende Lastenausgleichsleistungen
[4]) Altershilfe für Landwirte, laufende Wiedergutmachungsleistungen und Kriegsgefangenenentschädigung, Barleistungen nach dem Mutterschutz-, Wohngeld- und Unterhaltssicherungsgesetz, Krankenhilfe für Heimkehrer u. ä.

Tabelle 92

Ausgaben der Gemeinden, Ämter, Landkreise und Bezirksverbände

Millionen DM

Art der Ausgaben	1961	1962	1963	1964	1965 [1]	1966 [1]
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt					
Personalausgaben	6 214	6 805	7 501	8 186	9 066	10 144
Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen, sonstige Verwaltungs- und Zweckausgaben [2]	4 209	4 692	5 291	5 997	6 430	6 637
Aufwendungen für soziale Leistungen [3]	1 833	1 952	2 255	2 392	2 596	2 736
Zinsen	702	785	901	1 066	1 324	1 642
Tilgung	924	1 032	1 164	1 240	1 348	1 695
Gewährung von Darlehen	1 000	1 228	1 315	1 449	1 565	1 499
Erwerb von Beteiligungen	316	299	275	264	174	119
Sachinvestitionen [4]	8 333	10 506	12 092	14 473	15 977	16 432
Zuweisungen an Land (Bund)	981	1 029	1 101	1 087	1 204	1 303
Zuweisungen an Zweckverbände usw.	637	758	847	1 003	1 126	1 247
Zuführung an Rücklagen und an Kapitalvermögen	2 019	2 368	2 423	2 588	2 495	2 468
abzüglich Erstattungen	−463	−476	−553	−625	−689	−754
Bereinigte Gesamtausgaben [5]	26 705	30 978	34 612	39 120	42 616	45 168
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	.	*+16,0*	*+11,7*	*+13,0*	*+8,9*	*+6,0*
	darunter: kreisfreie Städte					
Personalausgaben	3 285	3 586	3 937	4 250	4 630	5 115
Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen, sonstige Verwaltungs- und Zweckausgaben [2]	1 857	2 044	2 286	2 546	2 700	2 772
Aufwendungen für soziale Leistungen [3]	661	679	737	770	816	851
Zinsen	385	427	498	586	695	860
Tilgung	447	495	567	563	603	734
Gewährung von Darlehen	230	901	907	968	1 077	1 013
Erwerb von Beteiligungen	703	223	189	181	110	57
Sachinvestitionen [4]	3 136	3 816	4 053	4 561	4 757	4 643
Zuweisungen an Land (Bund)	454	474	506	490	522	578
Zuweisungen an Zweckverbände usw.	234	262	296	338	373	407
Zuführung an Rücklagen und an Kapitalvermögen	928	961	996	1 130	990	915
abzüglich Erstattungen	−261	−263	−288	−328	−360	−393
Bereinigte Gesamtausgaben [5]	12 059	13 605	14 684	16 055	16 913	17 552
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	.	*+12,8*	*+7,9*	*+9,3*	*+5,3*	*+3,8*

[1]) Haushaltsansätze und Schätzungen auf Grund der Haushaltsansatzstatistik, der Vierteljahresstatistik der Kommunalfinanzen, der Umfrage des Deutschen Städtetages zur Erfassung der Haushaltsvoranschläge 1966 und der Rechnungsstatistik

[2]) ohne Aufwendungen für soziale Leistungen

[3]) „Übrige Verwaltungs- und Zweckausgaben" in folgenden Aufgabenbereichen: Sozialhilfe, sonstige soziale Leistungen, Kriegsopferfürsorge, Jugendhilfe, Miet- und Lastenbeihilfen, übrige soziale Maßnahmen und nicht aufgeteilte soziale Angelegenheiten (einschließlich Unterhaltssicherung, ohne Lastenausgleichsleistungen).

[4]) Erwerb von Grundvermögen, Bauten und große Instandsetzungen, Neuanschaffung von beweglichem Vermögen

[5]) ohne Zuweisungen an Gemeinden (Gv). Erwerbsvermögen brutto gestellt

Quelle: Deutscher Städtetag

Tabelle 93

„Bedarfsfeststellungen" für Infrastrukturverbesserungen

Bereich bzw. Programm	Quelle	Durchführungszeit	Mrd. DM
1. Bildungswesen:			
Wissenschaftliche Forschung	[1]	1966 bis 1968	20,0 bis 23,0
Wissenschaftliche Hochschulen	[2]	1966 bis 1975	20,0
Schulen, einschließlich berufsbildende Schulen und Ingenieurschulen	[3]	1966 bis 1975	30,9
Schulen, einschließlich berufsbildende Schulen und Ingenieurschulen	[4]	1966 bis 1975	44,9
Kunst- und Kulturpflege	[2]	1962 bis 1970	1,2
Bildungswesen in Hessen	[5]	1965 bis 1975	4,5
2. Gesundheitswesen und Sozialwesen:			
Einrichtungen der Altenhilfe, Jugendhilfe, Krankenanstalten und Sportanlagen	[4]	1966 bis 1975	20,1
Altersheimwesen	[6]	1964 bis 1970	2,4
Altersheimwesen	[6]	1964 bis 1975	3,9
Sportwesen (Sportstättenbau — reine Baukosten)	[7]	1962 bis 1970	6,3
Gesundheitswesen in Hessen	[5]	1965 bis 1975	1,1
3. Verkehrswesen:			
Fernstraßenprogramm	[8]	1966 bis 1990	100,0
Nahverkehrsplan	[8]	1967 bis 1976	83,1
Straßenbau, ruhender Verkehr, öffentlicher Nahverkehr	[9]	1965 bis 1975	99,3
Deutsche Bundesbahn		1966 bis 1970	14,9
Fernmeldewesen	[10]		24,0
Verkehrswesen in Hessen	[5]	1965 bis 1975	6,1
4. Sonstige kommunale Investitionen:			
Wirtschaftliche Unternehmen einschließlich Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs	[4]	1966 bis 1975	27,6
Müllbeseitigung und Abwasserwirtschaft	[4]	1966 bis 1975	19,1
Sonstige Verwaltungszweige der Gemeinden und Gemeindeverbände	[4]	1966 bis 1975	61,0
Wasserwirtschaft in Hessen	[5]	1965 bis 1975	8,3

[1]) Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: Bericht der Bundesregierung über den Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung mit einer Vorausschau des Bedarfs an Mitteln des Bundes für 1966 bis 1968 — Bundesbericht Forschung I, S. 144.

[2]) Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

[3]) eigene Schätzung nach Einzelinformationen und Unterlagen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder

[4]) Deutscher Städtetag

[5]) Der Große Hessenplan. Ein neuer Weg in die Zukunft. Herausgeber Hessischer Ministerpräsident, Wiesbaden 1965, S. 53 ff.

[6]) Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege: Die Altenheimplanung in der Altenhilfe, Bonn 1963

[7]) Deutsche Olympische Gesellschaft: Der goldene Plan in den Gemeinden, Frankfurt/M. 1960

[8]) Bundesministerium für Verkehr

[9]) Sachverständigenkommission zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden: Bericht der Sachverständigenkommission über eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2616, S. 218 f.

[10]) Richard Stücklen: Investiert die Deutsche Bundespost zuviel? In: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Investitionen, Umfang und Bedarf, a. a. O., S. 91.

Tabelle 94

Näherungsrechnung zu einer mittelfristigen Finanzplanung 1966 bis 1970 [1])

Milliarden DM

I. Verfügbare staatliche Finanzmasse bei einem Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt von 32,5 vH		846
II. Entwicklung der Staatsausgaben von 1966 bis 1970 [2])		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	41	
Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz	30	
Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft	30	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	47	
Förderung der gewerblichen Wirtschaft	21	
Kriegsopferversorgung	24	
Leistungen nach 131 GG	12	
Leistungen an Lastenausgleichsfonds	9	
Wiedergutmachung und Kriegsfolgelasten (ohne soziale)	8	
Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung	52	
Kindergeld und Ausbildungszulagen	14	
Sozialleistungen	13	
Schuldendienst [3])	10	
Laufende Infrastrukturausgaben	251	
Verteidigungslasten	101	
insgesamt		663
III. Für Infrastrukturmaßnahmen verfügbare staatliche Finanzmasse (I. ./. II)		183

[1]) Bei einem Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts von 5 vH je Jahr.
[2]) Berechnet nach Unterlagen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs.
[3]) Soweit nicht den Infrastrukturausgaben zurechenbar.

Tabelle 95

Entwicklung der Bankenliquidität

Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Millionen DM [1])

Zeitraum	Bestimmungsfaktoren der Bankenliquidität							
	Bargeldumlauf [2])	Netto-Guthaben von Nichtbanken bei der Bundesbank [2])	Netto-Devisenreserven der Bundesbank [3])	Kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute [3])	Bestand an Mobilisierungstiteln [4])	Reserve-Guthaben der Kreditinstitute bei der Bundesbank [2])	sonstige	Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute [3])
1962	−1 803	+1 260	− 515	+131	+553	−1 005	+323	−1 056
1963	−1 607	+1 414	+2 420	+376	+ 56	−1 222	−161	+1 276
1964	−1 784	+ 309	− 481	+887	+ 68	−2 222	− 93	−3 316
1965	−1 922	+1 252	−1 098	−153	− 87	− 934	−723	−3 665
1965 1. Vierteljahr	+ 520	− 669	− 349	+333	− 38	+ 356	−511	− 358
2. Vierteljahr	−1 173	+ 955	− 806	−206	−240	− 466	+162	−1 774
3. Vierteljahr	+ 7	− 622	− 380	−620	+165	− 455	−200	−2 105
4. Vierteljahr	−1 276	+1 588	+ 437	+340	+ 26	− 369	−174	+ 572
1966 1. Vierteljahr	+ 974	−1 665	−1 025	+ 16	+ 52	− 223	−776	−2 647
2. Vierteljahr	− 871	+ 770	+ 207	− 57	−255	− 464	+225	− 445
3. Vierteljahr	− 495	+ 477	+1 410	+426	−188	+ 150	−336	+1 444

Zeitraum	Liquiditätsdispositionen der Kreditinstitute			Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute [3])
	Bestand an Geldmarktpapieren [3]) (Verkehr mit der Bundesbank)	Kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute [5])	Refinanzierungskredite bei der Bundesbank [3])	
1962	− 660	+131	− 527	−1 056
1963	+ 704	+376	+ 196	+1 276
1964	−2 230	+887	−1 973	−3 316
1965	−1 870	−153	−1 642	−3 665
1965 1. Vierteljahr	+ 8	+333	− 699	− 358
2. Vierteljahr	− 970	−206	− 598	−1 774
3. Vierteljahr	− 492	−620	− 993	−2 105
4. Vierteljahr	− 416	+340	+ 648	+ 572
1966 1. Vierteljahr	− 308	+ 16	−2 355	−2 647
2. Vierteljahr	− 134	− 57	− 254	− 445
3. Vierteljahr	− 130	+426	+1 148	+1 444

[1]) auf der Basis von Durchschnitten aus den vier Bankwochenstichtagen der Quartals- bzw. Jahres-Schlußmonate
[2]) Zunahme = −; Abnahme = +
[3]) Zunahme = +; Abnahme = −
[4]) Offenmarktgeschäft mit Nichtbanken. Abgabe = −; Rücknahme = +
[5]) Bildung = +; Repatriierung = −

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 96

Entwicklung von Soll- und Habenzinsen [1])

vH

Gültig ab		Diskontsatz	Lombardsatz	Höchstsollzinsen: Kosten [2]) für Gelddarlehen im Rahmen des Kreditvertrages	Gelddarlehen durch Kontoüberziehungen	Wechselkredite [3])
1955	4. August	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	6 1/2
1956	8. März	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	7 1/2
	19. Mai	5 1/2	6 1/2	10	11 1/2	8 1/2
	6. September	5	6	9 1/2	11	8
1957	11. Januar	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	7 1/2
	19. September	4	5	8 1/2	10	7
1958	17. Januar	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	6 1/2
	27. Juni	3	4	7 3/4	9 1/4	6
	21. Juli			7 1/2	9	
1959	10. Januar	2 3/4	3 3/4	7 1/4	8 3/4	5 3/4
	4. September	3	4	7 1/2	9	6
	23. Oktober	4	5	8 1/2	10	7
1960	3. Juni	5	6	9 1/2	11	8
	11. November	4	5	8 1/2	10	7
1961	20. Januar	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	6 1/2
	5. Mai	3	4	7 1/2	9	6
1965	22. Januar	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	6 1/2
	13. August	4	5	8 1/2	10	7
1966	27. Mai	5	6 1/4	9 1/2	11	8

Gültig ab		Höchsthabenzinsen: Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist [4])	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von 12 Monaten bis weniger als 4 Jahren	Festgelder bzw. Kündigungsgelder für 12 Monate bis weniger als 4 Jahre
1955	4. August	3	4	3 5/8
1956	16. März		5	4 5/8
	19. Mai	3 1/2	5 1/2	5 1/2
1957	1. Februar			5 1/4
	17. Oktober		5 1/4	
1958	10. Februar	3 1/4	5	4 1/2
	21. Juli	3	4 1/4	3 7/8
	20. November		4	3 1/2
1959	1. Februar			3 1/4
	20. November			4
1960	1. Januar	3 1/2	4 1/2	
	1. Juli	4	5 1/4	4 3/4
	15. Dezember			4 1/4
1961	1. Januar		4 3/4	
	15. Februar			4
	1. April	3 1/2	4 1/2	
	10. Juni			3 1/2
	1. Juli	3 1/4	4	
			bis weniger als 2 1/2 Jahre	
1965	1. März	3 1/2	4 1/2	4
	1. Oktober	3 3/4	5	4 3/4
			bis weniger als 1 Million DM	
1966	1. Juli	4 1/2	5 1/2	5 1/4

[1]) Bis zum 28. Februar 1965 zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern galten die gleichen Sätze. Ab 1. März 1965 gelten die Sätze der Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen.

[2]) Ohne Umsatzprovision, deren Höchstsatz seit 1. 3. 1965 1/4 vH des Umsatzes der größeren Kontoseite oder 1 vH des in Anspruch genommenen Kredits beträgt.

[3]) in Abschnitten von 1000 DM bis unter 5000 DM bzw. ab 1. März 1965 bundesbankfähige Wechsel

[4]) Die Postspareinlagen wurden bis zum 30. April 1957 in der Regel 1/4 vH niedriger als die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist verzinst.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 97

Konsolidierte statistische Bilanz der Banken [1])

Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Millionen DM [2])

Zeitraum	Zunahme der Aktiva						
	Kreditgewährung						
	an inländische Nichtbanken				an alle Ausländer	inländische Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	sonstige Forderungen [4])
	insgesamt	durch Kreditinstitute		durch die Bundesbank [3])			
		kurzfristig	mittel- und langfristig				
1962	+21 130,0	+4 432,7	+16 438,6	+258,7	− 8,0	+ 899,2	+ 965,2
1963	+22 590,7	+3 535,9	+19 022,2	+ 32,6	+2 245,1	+ 613,7	+ 685,9
1964	+25 728,0	+4 214,0	+21 006,1	+507,9	+2 930,6	+1 201,4	+ 723,4
1965	+30 407,7	+6 400,6	+23 311,8	+695,4	+ 698,6	+1 345,5	+2 533,1
1965 1. Vierteljahr	+ 6 788,9	+1 741,6	+ 5 175,7	−128,4	+ 623,3	+ 542,0	+ 224,0
2. Vierteljahr	+ 8 079,0	+2 135,0	+ 5 443,3	+500,7	− 323,0	+ 744,7	+ 500,0
3. Vierteljahr	+ 8 014,1	+1 352,4	+ 6 731,0	− 69,3	− 866,6	− 333,7	+ 789,3
4. Vierteljahr	+ 8 312,0	+1 390,3	+ 6 501,7	+420,0	+ 940,6	− 86,0	+ 781,7
1966 1. Vierteljahr	+ 7 096,5	+1 856,3	+ 5 527,6	−287,4	+ 225,4	+ 73,7	+ 313,3
2. Vierteljahr	+ 8 457,1	+3 069,7	+ 5 123,4	+264,0	− 598,4	+ 41,3	− 585,7
3. Vierteljahr	+ 6 216,0	+ 797,0	+ 4 961,6	+457,4	+1 835,7	− 107,6	. . .

Zeitraum	Zunahme der Passiva						
	Veränderung des Geldvolumens		Geldkapitalbildung in Form von				Saldo der sonstigen Passiva und der sonstigen Aktiva
	Bargeldumlauf bei Nichtbanken	Sichteinlagen bei inländischen Banken [5])	Spareinlagen	Termineinlagen	Bankschuldverschreibungen und aufgenommenen Geldern und Darlehen	Verschuldung gegenüber Ausländern	
			bei inländischen Banken				
1962	+1 727,9	+4 002,4	+ 8 229,1	+1 476,0	+7 079,5	+ 16,4	+ 455,1
1963	+1 553,4	+2 632,9	+10 351,3	+1 000,2	+7 883,5	+153,0	+2 561,1
1964	+1 644,0	+3 632,8	+11 856,6	+1 419,0	+9 218,2	+468,4	+2 344,4
1965	+2 214,7	+3 791,9	+14 487,8	+ 669,1	+9 946,4	+678,0	+3 197,0
1965 1. Vierteljahr	+ 208,7	−1 366,0	+ 5 694,0	+1 130,3	+3 291,4	−469,0	− 311,2
2. Vierteljahr	+1 110,0	+1 788,0	+ 3 377,0	− 186,0	+1 794,0	+100,7	+1 017,0
3. Vierteljahr	+ 444,0	+ 868,0	+ 2 658,0	−1 041,3	+1 943,4	+219,3	+2 511,7
4. Vierteljahr	+ 215,3	+2 600,3	+ 3 853,0	+ 342,7	+2 201,0	+817,4	− 81,4
1966 1. Vierteljahr	− 356,0	−2 412,0	+ 5 884,7	+1 623,6	+4 959,3	− 12,4	−1 978,3
2. Vierteljahr	+ 973,3	+1 636,0	+ 2 653,0	+ 69,0	+1 391,3	−179,0	+ 770,7
3. Vierteljahr	+ 684,7	− 293,6	+ 2 942,6	+1 741,0	+1 072,7	+434,7	. . .

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank
[2]) errechnet aus dem Durchschnitt der Monatsendbestände
[3]) ohne Forderungen an den Bund wegen Nachkriegswirtschaftshilfe und Änderung der Währungsparität
[4]) inländische Schatzwechsel und Schatzanweisungen, Deckungsforderungen, Ausgleichsforderungen
[5]) ohne Sichteinlagen inländischer öffentlicher Stellen bei der Bundesbank

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 98

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden [1])

Milliarden DM

Jahr	Inländische Sektoren							Übrige Welt	Insgesamt
	Private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen		
		ohne Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung	zusammen					
	I. Vermögensbildung [3])								
1950 [2])	2,0	.	.	5,1	3,7	1,1	12,0	−0,3	11,7
1951 [2])	2,2	.	.	7,9	5,4	1,8	17,2	−3,0	14,2
1952 [2])	4,2	.	.	8,9	6,3	1,6	21,0	−2,8	18,2
1953 [2])	5,8	.	.	6,4	7,3	2,4	22,1	−4,0	18,0
1954 [2])	7,5	.	.	8,7	7,5	2,8	26,5	−3,8	22,7
1955 [2])	6,7	.	.	14,6	9,9	3,2	34,4	−2,2	32,2
1956 [2])	6,2	.	.	16,1	11,0	3,7	37,0	−4,2	32,8
1957 [2])	9,9	.	.	16,7	10,0	2,6	39,2	−5,6	33,6
1958 [2])	11,7	.	.	18,6	7,6	2,1	40,0	−5,6	34,3
1959 [2])	12,8	.	.	19,0	11,0	2,1	44,8	−4,4	40,5
1960 [2])	14,2	.	.	22,2	15,3	3,1	54,7	−4,1	50,6
1960	14,6	20,8	3,0	23,8	15,0	3,3	56,8	−3,8	53,0
1961	16,4	17,9	3,8	21,6	14,4	5,5	58,0	−1,0	57,0
1962	17,6	18,7	4,3	23,0	14,4	3,6	58,6	+1,3	59,9
1963	20,9	15,9	4,5	20,4	15,2	3,3	59,7	−0,1	59,6
1964	25,9	18,6	5,1	23,8	19,0	3,7	72,3	−0,4	71,9
1965	32,0	17,0	5,3	22,2	12,7	3,6	70,5	+6,4	76,9
	II. Sachvermögensbildung								
1950 [2])	—	.	.	10,0	1,6	0,1	11,7	—	11,7
1951 [2])	—	.	.	12,1	2,0	0,1	14,2	—	14,2
1952 [2])	—	.	.	15,6	2,5	0,1	18,2	—	18,2
1953 [2])	—	.	.	14,9	3,0	0,1	18,0	—	18,0
1954 [2])	—	.	.	19,4	3,3	0,1	22,7	—	22,7
1955 [2])	—	.	.	27,9	4,2	0,1	32,2	—	32,2
1956 [2])	—	.	.	27,9	4,8	0,1	32,8	—	32,8
1957 [2])	—	.	.	28,6	4,9	0,1	33,6	—	33,6
1958 [2])	—	.	.	28,6	5,5	0,2	34,3	—	34,3
1959 [2])	—	.	.	33,3	7,0	0,1	40,5	—	40,5
1960 [2])	—	.	.	42,5	8,0	0,2	50,6	—	50,6
1960	—	30,7	13,6	44,4	8,5	0,2	53,0	—	53,0
1961	—	31,6	15,4	46,9	10,0	0,1	57,0	—	57,0
1962	—	30,2	17,0	47,2	12,5	0,2	59,9	—	59,9
1963	—	26,9	18,1	44,9	14,6	0,2	59,6	—	59,6
1964	—	33,9	20,6	54,5	17,2	0,1	71,9	—	71,9
1965	—	37,7	21,2	58,9	17,9	0,2	76,9	—	76,9

Fußnoten vgl. Seite 259

noch Tabelle 98

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden [1])

Milliarden DM

Jahr	Inländische Sektoren							Übrige Welt	Insgesamt
	Private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen		
		ohne Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung	zusammen					
	III. Finanzierungssaldo (= I ⁄ II oder IV ⁄ V) Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (−)								
1950 [2])	+ 2,0	.	.	− 4,9	+2,1	+1,1	+ 0,3	− 0,3	—
1951 [2])	+ 2,2	.	.	− 4,2	+3,3	+1,7	+ 3,0	− 3,0	—
1952 [2])	+ 4,2	.	.	− 6,7	+3,8	+1,5	+ 2,8	− 2,8	—
1953 [2])	+ 5,8	.	.	− 8,5	+4,4	+2,3	+ 4,0	− 4,0	—
1954 [2])	+ 7,5	.	.	−10,8	+4,3	+2,7	+ 3,8	− 3,8	—
1955 [2])	+ 6,7	.	.	−13,3	+5,7	+3,1	+ 2,2	− 2,2	—
1956 [2])	+ 6,2	.	.	−11,8	+6,2	+3,6	+ 4,2	− 4,2	—
1957 [2])	+ 9,9	.	.	−11,9	+5,1	+2,5	+ 5,6	− 5,6	—
1958 [2])	+11,7	.	.	−10,0	+2,1	+1,9	+ 5,7	− 5,6	—
1959 [2])	+12,8	.	.	−14,4	+4,0	+1,9	+ 4,3	− 4,4	—
1960 [2])	+14,2	.	.	−20,3	+7,3	+3,0	+ 4,1	− 4,1	—
1960	+14,6	− 9,9	−10,6	−20,6	+6,6	+3,1	+ 3,8	− 3,8	—
1961	+16,4	−13,6	−11,6	−25,3	+4,5	+5,4	+ 1,0	− 1,0	—
1962	+17,6	−11,5	−12,7	−24,2	+1,9	+3,5	− 1,3	+ 1,3	—
1963	+20,9	−10,9	−13,6	−24,5	+0,6	+3,1	+ 0,1	− 0,1	—
1964	+25,9	−15,3	−15,5	−30,8	+1,8	+3,6	+ 0,4	− 0,4	—
1965	+32,0	−20,7	−16,0	−36,7	−5,1	+3,4	− 6,4	+ 6,4	—
	IV. Veränderung der Forderungen [4])								
1960	15,9	7,9	0,4	8,1	9,1	3,2	35,9	6,6	42,5
1961	17,6	10,8	0,4	11,0	9,8	5,1	41,6	0,7	42,3
1962	18,4	6,7	0,5	7,0	5,7	3,5	34,3	3,6	37,9
1963	21,8	9,5	0,6	9,8	6,9	3,1	41,2	4,7	45,9
1964	26,9	10,3	0,6	10,6	8,0	3,6	48,3	4,3	52,6
1965	33,0	10,5	0,7	10,8	4,3	3,4	50,3	7,0	57,3
	V. Veränderung der Verpflichtungen [4])								
1960	1,3	17,8	11,0	28,7	2,5	0,1	32,1	10,4	42,5
1961	1,1	24,4	12,0	36,3	5,3	−0,2	40,6	1,7	42,3
1962	0,8	18,1	13,2	31,2	3,8	—	35,6	2,3	37,9
1963	0,9	20,4	14,1	34,4	6,3	—	41,1	4,8	45,9
1964	1,0	25,6	16,1	41,4	6,3	—	47,9	4,7	52,6
1965	1,0	31,2	16,6	47,5	9,4	—	56,7	0,6	57,3

[1]) Zahlen für das 1. Halbjahr 1966 siehe Tabelle „Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Einnahme-Ausgabe-Salden der Sektoren" im Text

[2]) ohne Saarland und Berlin

[3]) Ersparnis einschließlich Vermögensübertragungen

[4]) im Sektor „Unternehmen" ohne die Veränderungen der Forderungen und Verpflichtungen der Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 99

Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der privaten Haushalte

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

in Milliarden DM

	1960	1961	1962	1963	1964	1965			1966
						Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr
(1) Geldvermögensbildung	15,9	17,6	18,4	21,8	26,9	33,0	15,1	17,9	12,8
in Form von									
Spar- und Termineinlagen	7,3	6,6	8,5	11,1	12,3	15,9	7,3	8,6	6,1
Anlagen bei Bausparkassen	1,9	1,9	1,8	2,1	2,3	3,5	0,1	3,4	1,1
Anlagen bei Versicherungen	2,5	2,9	3,3	3,8	4,0	4,5	2,0	2,5	2,2
Erwerb von Wertpapieren	2,5	3,7	3,5	3,4	6,1	7,0	3,6	3,4	1,7
Bargeld und Sichteinlagen	1,7	2,5	1,3	1,4	2,2	2,1	2,1	0,1	1,6
(2) Kreditaufnahme	1,3	1,1	0,8	0,9	1,0	1,0	0,1	0,9	0,4
(3) Finanzierungssaldo (1) ./. (2)	14,6	16,4	17,6	20,9	25,9	32,0	15,0	17,0	12,4

Quelle: Deutsche Bundesbank

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, um das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar darstellen zu können.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionsweise (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.** Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

Bruttoinlandsprodukt
\+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
= Bruttosozialprodukt
− Abschreibungen
= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
\+ Subventionen
= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkomensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Wegen fehlender statistischer Unterlagen sind bestimmte freiwillige Sozialleistungen, wie Aufwendungen zur zusätzlichen Alters- und Krankenvorsorge, noch nicht einbezogen.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten

Haushalte und des Staates aus Gewinn, Zinsen, Nettomieten und -pachten, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, den Sowjetsektor von Berlin und die deutschen Ostgebiete (zur Zeit unter fremder Verwaltung) umfaßt, bis 1959 auch das Saarland und Berlin (West). Für 1960 liegen Angaben ohne und einschließlich Saarland und Berlin (West) vor.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1954) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindices auf der Basis 1954. Diese Preisindices haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1954; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Sachregister

(Die Zahlen beziehen sich auf die Abschnitte des Textes)